

Eugster: Der gleiche Vorbehalt wie bei Art. 3 gilt auch für Art. 4bis.

Joß, Berichterstatter: Die Kommission ist einverstanden.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren. Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Bericht des Bundesrates vom 2. April 1928 (Bundesblatt I, 889).
Rapport du Conseil fédéral du 2 avril 1928 (Feuille fédérale I, 933).

Beschluss des Ständerates vom 6. Juni 1928.
Décision du Conseil des Etats du 6 juin 1928.

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten.

Minderheit:

(Graber, Huggler, Müri, Nobs, Reinhard,
Schmid-Olten)

Nichteintreten.

Propositions de la commission.

Majorité:

Passer à la discussion des articles.

Minorité:

(Graber, Huggler, Müri, Nobs, Reinhard,
Schmid-Olten)

Ne pas passer à la discussion des articles.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Um des guten Beispiels willen will ich versuchen, mich innerhalb der reglementarischen Redezeit zu halten und möchte hoffen, daß mir dieses Vorhaben gelinge und daß ich die Redezeit, wenn überhaupt, jedenfalls nur sehr wenig überschreite, wofür ich Sie zum voraus um Entschuldigung bitte. Es wird ja dann aber nötig sein, daß die Berichterstatter der Kommission sich vorbehalten, im Laufe der Diskussion noch einmal auf den einen oder andern Punkt zurückzukommen.

Präsident: Ich frage an, ob der Rat mit einer kurzen Verlängerung der Redezeit einverstanden ist. Es ist der Fall.

Meyer-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit: Seit der Volksabstimmung vom 5. Dezember 1926 hat die Bundesversammlung zweimal wichtige Beschlüsse in der Getreidefrage gefaßt. Sie galten beide Male dem Provisorium. Der Bundesbeschluß vom 7. Juli 1927 hat, wie Ihnen in Erinnerung ist, festgesetzt, daß die Bestimmungen über die Maßnahmen zur Unterstützung des einheimischen

Getreidebaues bis Ende Juni des Jahres 1929 weiter dauern sollen, daß aber das Monopol nur bis Ende Juni des Jahres 1928 in Kraft zu bleiben habe. Dann ist am 22. Juni 1928 ein neuer Bundesbeschluß ergangen; er hat auch für das Monopol als Endpunkt den 30. Juni 1929 festgesetzt. Es darf wohl bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß der Bundesrat in seiner Botschaft über das Provisorium vom Januar 1928 die Worte ausgesprochen hat: «der gegenwärtige Zustand und insbesondere das Einfuhrmonopol sollen seiner Ansicht nach (also des Bundesrates) auf den 1. Juli 1929 ihr Ende erreichen, und zwar auch dann, wenn der in Aussicht genommene Verfassungsartikel in der Abstimmung verworfen werden sollte». Man wird sich die Lage, die entstehen würde auf Ende Juni 1929, vor Augen halten müssen, wenn man die ganze Angelegenheit beurteilen will. Die provisorische Verlängerung des geltenden Getreiderechtes diene zwei Zwecken: einmal der ununterbrochenen Aufrechterhaltung aller jener Maßnahmen, die zur Unterstützung des einheimischen Getreidebaues vorgesehen wurden, also der Preisgarantie, der Abnahmepflicht des Bundes für das Inlandgetreide und der Mahlprämie; zum andern aber war es Zweck der Verlängerung, daß dadurch die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die monopolfreie Lösung zu studieren und insbesondere die Initiative, die im Jahre 1926 eingereicht worden war, auf ihre Eignung für die Aufstellung eines Verfassungsartikels zu prüfen. Es ist anzuerkennen, daß der Bundesrat sich mit Energie an die Prüfung gemacht hat. Zur Hauptsache sind diese Studien im Jahre 1927 abgeschlossen worden. Es sind von Ende April bis Ende August des Jahres 1927 acht Vernehmlassungen von Wirtschaftsverbänden eingegangen, und es geschah dann auf Veranlassung des Bundesrates, daß von diesen Verbänden ein gemeinsamer Entwurf für einen Verfassungsartikel und für ein Ausführungsgesetz aufgestellt wurde. Den Entwurf danken wir dem Schweiz. Müllerverband. Der Bundesrat hat daraufhin von sich aus auf Grund dieses Materials einen Entwurf für ein Ausführungsgesetz vorgelegt. Es geschah zuhanden einer einzuberufenden außerparlamentarischen Kommission. In dieser außerparlamentarischen Kommission, die Ende November 1927 tagte und die man das Getreideparlament nannte, ist die Vorbereitung für die monopolfreie Lösung einen guten Schritt weitergediehen. Dort haben Fachmänner Gelegenheit gehabt, sich zur Sache auszusprechen. Es ist dann in dieser Kommission mit großer Mehrheit beschlossen worden, daß der Entwurf des Bundesrates für ein Ausführungsgesetz eine brauchbare Grundlage für die neue Getreideordnung bilde, und es ist endlich dann von dieser Kommission einstimmig vorgeschlagen worden, es solle die Initiative abgelehnt und durch einen neuen Verfassungstext ersetzt werden.

Und nun die Frucht all dieser Vorbereitungen des Jahres 1927. Sie besteht in zwei gesetzgeberischen Entwürfen des Bundesrates für die dauernde Ordnung der Getreideversorgung. Der eine Bericht, derjenige vom 2. April 1928, verbreitet sich über die Initiative, stellt einen neuen Text für einen Verfassungsartikel 23bis auf und gibt in großen Umrissen das, was einmal im Ausführungsgesetz über die monopolfreie Lösung stehen soll. Das ist die Materie, mit der sich Ihre Kommission zu befassen hatte.

Daneben hat der Bundesrat noch eine andere Botschaft ausgegeben, datiert vom 12. April 1928. Sie betrifft die Revision des Art. 14 des Zolltarifgesetzes. Es handelt sich dort um die Erhöhung der statistischen Gebühren zum Zwecke der Finanzierung der Getreideversorgung. Diese Frage, die Revision des Zolltarifgesetzes, hat die Zolltarifkommission behandelt; sie wird dem Nationalrat Bericht erstatten. Wir beschränken uns hier darauf, über den Verfassungsartikel Antrag zu stellen und ich möchte Ihnen dabei aus den Verhandlungen der Kommission kurz einiges mitteilen.

Unsere Kommissionsverhandlungen waren sehr eingehend. Sie haben auch ziemlich lange gedauert. Das war dadurch bedingt, daß einmal der Bericht des Bundesrates die ganze Ausführung der monopolfreien Lösung skizzierte, und andererseits hat ja der Bundesrat, seitdem der Ständerat beschlossen hat, nicht nur einen, sondern mehrere neue Anträge an die Kommission gelangen lassen. Was nun die Beurteilung der vorliegenden monopolfreien Lösung anbetrifft, so hat die Kommission insbesondere ihre direkten Wirkungen auf die beteiligten Kreise in Betracht gezogen, also die Wirkungen auf die Landwirtschaft, das Müllereigewerbe, die Konsumenten. Die große Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, daß diesen Kreisen auf der einen Seite alles das durch die monopolfreie Lösung gegeben werde, was sie heute unter dem Monopol haben und was ihnen die verworfene Monopolvorlage hätte geben können, daß aber andererseits diese monopolfreie Lösung gewisse Vorzüge habe, die namentlich den Konsumenten mehr Garantien gewähren, als das, sei es unter dem jetzigen Monopol, sei es unter der verworfenen Monopolvorlage, der Fall gewesen wäre.

Im Einzelnen ist zu sagen, um die paar Punkte, welche im Verfassungsartikel aufgeführt werden sollen, hier kurz zu erwähnen, daß die Vorratshaltung das bringt, was heute geschieht und was auch unter der Monopolvorlage hätte geschehen sollen, ohne daß es dort ausdrücklich überhaupt erwähnt war. Es ist von allen Seiten klar als eine Pflicht des Bundes angesehen worden, Getreidevorräte in genügender Menge zu halten, und man hat als Maß angegeben eine Getreidereserve, die unsere Bevölkerung im Notfall für zwei oder drei Monate ernähren könnte. Diese Vorratshaltung ist also in der neuen Lösung gleich wie bisher und wie in der verworfenen Vorlage. Nur ist sie hier ausdrücklich erwähnt.

Und nun der Hauptpunkt, die Förderung des einheimischen Getreidebaues. Da haben die Vertreter der Landwirtschaft in der Kommission anerkannt, daß die Maßnahmen, die da vorgesehen sind, die Preisgarantie, die Zahlung des Ueberpreises, die Abnahmepflicht des Bundes für das Inlandgetreide, die Ausrichtung der Mahlprämie, dann auch die Unterstützung der Gebirgsgegenden zum Zwecke eines gewissen Preisausgleiches, alles das der Landwirtschaft bieten, was sie heute hat und was die verworfene Vorlage ihr hätte geben können. Es ist vielleicht noch zu erwähnen, daß im neuen Verfassungstext ausdrücklich auch die Verbesserung der Technik des Getreidebaues erwähnt und daß ausdrücklich von der Förderung der Züchtung und Beschaffung hochwertigen einheimischen Saatgutes die Rede ist.

Nun zur Müllerei. Ihr legt man Lasten auf; sie muß vom Bund das Inlandgetreide, das er der Land-

wirtschaft abgenommen hat, übernehmen; sie muß bei der Lagerung, bei der Auswechslung der Lager unentgeltlich mitwirken. Ihr muß man daher, soll sie nicht zugrunde gehen, einen Schutz angedeihen lassen, und dieser Schutz soll bestehen entweder — das ist eine Alternative im Verfassungsartikel — in Maßnahmen an der Grenze, oder dadurch, daß der Bund sich das Recht der Mehleinfuhr vorbehält. Es ist dann in der Detailberatung Anlaß, auf diese Dinge im Einzelnen zurückzukommen.

Endlich die Stellung zu den Konsumenten. Es ist festzuhalten, daß heute und auch in der verworfenen Monopolvorlage von einer Garantie gegenüber den Konsumenten nie die Rede war. Inskünftig aber, in dem Verfassungstext, der vorliegt, ist ein anderes Prinzip angewandt in bezug auf das ganze Getreideregime. Nicht mehr das Prinzip, daß die Kosten der Unterstützung des einheimischen Getreidebaues auf die Brotkonsumenten und nur auf diese fallen sollen, wie das bisher war und wie es auch in der verworfenen Monopolvorlage hätte sein müssen. Es ist interessant, festzustellen, daß schon die Botschaft des Bundesrates vom November 1924 davon sprach, man könne sich eigentlich fragen, ob es richtig sei, die Kosten für die Unterhaltung, für die Förderung des einheimischen Getreidebaues ganz den Brotkonsumenten aufzubürden. Schon in jener Botschaft ist davon die Rede gewesen, daß eine breitere Basis gefunden werden sollte für diese Abwälzung der Kosten, und diese breitere Basis wurde damals vom Bundesrat darin gesehen, daß neben dem Brotgetreide die andern Getreidesorten und deren Mahlprodukte, auch so weit sie Fütterungszwecken dienen, mit bescheidenen Zollzuschlägen belegt worden wären. Darin zeigt sich das Bestreben, das Prinzip, das heute besteht, etwas abzuändern zugunsten der Brotkonsumenten. Aber ich stelle fest, daß weder heute unter dem bestehenden Monopolregime, noch auch in der Vorlage, die im Jahre 1926 verworfen wurde, irgend etwas derartiges in Aussicht genommen worden ist.

Nun ist im neuen Verfassungsartikel diese Basis auf das denkbar weiteste verbreitert worden dadurch, daß die 10 Millionen, die außer der Mahlprämie für die Unterstützung des Getreidebaues dienen sollen, aufgebracht werden durch die statistische Gebühr auf dem gesamten Warenverkehr mit dem Ausland. Diese neue Lösung hat nun so sehr den Vorzug von dem bisherigen Prinzip, daß ein Vertreter der Konsumentenschaft in der nationalrätlichen Kommission speziell mit Hinweis auf die heutige Finanzierung, wo alle Kosten der Unterstützung des Getreidebaues auf den Brotpreis geschlagen werden, diese Methode als direkt unsozial bezeichnet hat gegenüber dem neuen Verfassungsartikel, wo eben diese Umlage der Kosten auf die ganze Wirtschaft, können wir sagen, geschehen soll. Alles in allem möchte ich feststellen, daß bei der Mehrheit der Kommission eine große Befriedigung bestanden hat über die Vorlage des Bundesrates, namentlich auch in bezug auf die Finanzierung.

Ich möchte nicht unterlassen, zu erwähnen, daß in der Kommission, und zwar auch von Mitgliedern, die der neuen Lösung zustimmen, darauf hingewiesen worden ist, das Monopol wäre «einfacher» gewesen, es hätte reibungsloser funktioniert. Dazu wäre zu sagen, daß die Frage, ob wirklich die Monopolvorlage ein einfacheres System gebracht hätte, als die neue

Vorlage es nun vorsieht, nicht sehr leicht zu entscheiden ist. Denn es ist zu beachten, daß die Lösung, wie sie heute vorliegt und die ja nicht mehr die Mehlabgabe enthält, doch wesentlich einfacher erscheint, als das damals noch war, als die außerparlamentarische Kommission sich mit der Sache befaßte. Aber selbst wenn es der Fall wäre und man sagen könnte, daß das Monopol einfacher wäre, so kann das doch, glaube ich, für die Beurteilung nicht maßgebend sein. Unter der monopolfreien Lösung hat der Bund gewisse Kontrollfunktionen. Nun scheint es auf den ersten Blick, es wäre einfacher, wenn die Stelle, welche die Kontrolle ausüben hat, der Bund, nun auch gerade noch den Betrieb in seinen Händen hätte. Damit kommt man zur Verstaatlichung oder Sozialisierung. Allein diese « Vereinfachung », wenn man es so nennen will, entspricht denn doch den Tendenzen in unserem ganzen Gesellschaftsleben nicht, und zwar weder staatspolitisch, noch wirtschaftlich. Das Prinzip ist eher wachsende Differenzierung, Teilung der Funktionen. Es ist eine Erfahrung, daß Verstaatlichung oder Sozialisierung für die Wirtschaft Nachteile bringt, und zwar sind diese Nachteile nicht erst in der Botschaft des Bundesrates vom 2. April 1928 auseinandergesetzt worden, wie man dieser Vorlage zum Vorwurf gemacht hat, sondern es ist schon in der Botschaft des Bundesrates vom November 1924 davon die Rede gewesen, daß eigentlich die freie Initiative das sei, was das Aufwärtskommen eines Volkes bestimme. Es ist von der Verwaltung zugegeben worden, daß in gewisser Richtung die Kontrolle unter der monopolfreien Lösung etwas andere, etwas schwerere Aufgaben bringe, als es unter dem Monopol der Fall gewesen wäre; aber es ist gleichzeitig in der Kommission von kompetenten Fachmännern dargelegt worden, daß es sich hier keineswegs um Aufgaben handle, die nicht bisher schon auf andern Gebieten in einer befriedigenden Weise gelöst worden sind.

Ich will es der Minderheit der Kommission überlassen, ihren Standpunkt hier vor Ihnen darzulegen. Ich will immerhin erwähnen, daß die Minderheit der Kommission in erster Linie politische Gründe geltend gemacht hat für ihre Stellung gegen die monopolfreie Lösung. Daneben hat diese Minderheit auch wirtschaftliche Nachteile ins Feld geführt unter anderem auch auf die Schwierigkeit der Kontrolle hingewiesen, und insbesondere ist dann von dieser Seite ein weitergehender Schutz für die Konsumenten gefordert worden, als er in dem Wortlaut, der uns vorlag, enthalten war. In dieser Weise hat dann die Minderheit gewisse Anträge gestellt, und Sie haben ja aus der Presse gehört, daß es in den Kommissionsverhandlungen einen Moment gab, wo es schien, daß über die Einigung der bürgerlichen Parteien hinaus ein eigentlicher Getreidefrieden überhaupt zustande kommen könnte. Die Punkte, die von der Minderheit vorgeschlagen wurden, haben dann aber bei näherer Prüfung ergeben, daß sie in ihren Wirkungen zu wenig abgeklärt waren, als daß es zu verantworten gewesen wäre, die in ihnen liegenden Probleme bei dieser Gelegenheit lösen zu wollen. Ich möchte hier alles weitere auf die Detailberatung versparen.

Nach diesen Verhandlungen hat dann die Kommission mit 14 gegen 5 Stimmen Eintreten auf die Vorlage beschlossen. In der Detailberatung ist in erster Linie die Frage entstanden, was mit dem Volksbe-

gehen von 1926 zu geschehen habe. Die Initiative hatte die Absicht verfolgt, in der Behandlung der Getreidefrage den Faden dort wieder aufzunehmen, wo er im Jahre 1924 abgerissen worden war. Es ist ja nun zu konstatieren, daß auch der Bundesrat in seiner Vorlage dort wieder fortfährt, wo im Jahre 1924 oder 1925 aufgehört wurde, als jene sensationelle Wendung der Bundesversammlung in der Frage Monopol oder monopolfreie Lösung eintrat.

Aber der Bundesrat hat nun einen neuen Vorschlag für einen Verfassungsartikel vorgelegt. Seit 1924, wo der Bundesrat auch eine monopolfreie Lösung im Auge hatte, ist das System ein anderes geworden. Damals war davon die Rede, daß das vom Bund aufgekaufte Inlandgetreide auf die Getreidehändler überwält werden sollte, daß die Kosten also in erster Linie dem Getreidehandel zugeschoben werden, der sich dann auf dem Weg über die Mühlen an den Konsumenten für das, was er dem Bund entrichten muß und was zur Unterstützung des einheimischen Getreidebaues dienen soll, schadlos halten würde. Jetzt aber ist das System gewählt, wonach das Inlandgetreide, wenn es der Bund übernommen hat, an die Mühlen überwiesen werden soll. Diese haben nun die Last zu tragen, für deren Tragung vorher der Getreidehandel in Aussicht genommen war, allerdings nicht diese ganze Last, weil ja zur Finanzierung der Getreideversorgung eine besondere Finanzquelle flüssig gemacht wird, die etwa 10 Millionen neu herbringen soll. Dieser Gedanke, das Inlandgetreide an die Mühlen zu überweisen, ist, wie ich der Gerechtigkeit halber doch sagen muß, schon in einem aus dem Jahre 1923 stammenden Entwurf unseres Kollegen Hrn. Balmer ausgesprochen. Man ist heute deswegen auf diese Lösung gekommen, weil man sich sagte, die neuen Besprechungen in Genf über die Zollverträge und die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen forderten dazu auf, den bisher vorgeschlagenen Weg zu verlassen und nicht mehr den Importeuren ausländischen Getreides die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie zugleich ein gewisses Quantum Inlandgetreide übernehmen. Das kann nach außen als eine gewisse Beschränkung der Einfuhr erscheinen, was von diesem allgemeinen weltwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus nicht opportun ist.

Diese Aenderung im System und auch die Wünschbarkeit, gewisse Ergänzungen vorzunehmen, die seither vorgeschlagen worden sind, machen es nun notwendig, einen neuen vervollständigten Text für den Verfassungsartikel vorzulegen. Zwar hat ein bedeutender Rechtsgelehrter, Prof. Burckhardt, die Meinung vertreten, daß auch der in der Initiative enthaltene Wortlaut zur Not genügen könne, um das, was man mit der neuen Lösung schaffen wolle, in der Bundesverfassung zu begründen. Allein gerade die Anhänger der Initiative haben gesagt, nachdem diese Initiative im Feuer des Abstimmungskampfes war, wolle man Hand dazu bieten, einen neuen Text zu wählen, der diese Initiative ergänzt und das neu aufgestellte System zum Ausdruck bringt. So ist dann in der Kommission gemäß dem Antrag des Bundesrates einstimmig beschlossen worden, die Initiative dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen, weil es eine Ergänzung einer Initiative nicht gibt und weil die Urheber der Initiative sich auch nicht ausbedungen haben, daß sie diese Initiative zurückziehen können. Sie wird zur Abstimmung kommen müssen, aber es wird durch alle

bürgerlichen Parteien nicht die Initiative, sondern der Text des Bundesrates unterstützt.

Ich möchte noch erwähnen, daß in der Kommission die Frage aufgeworfen worden ist, ob nicht eine Ordnung, wie sie nun geplant ist, auch eine Abänderung des Art. 31 der Bundesverfassung über die Gewerbefreiheit nach sich ziehe. Es ist darauf geantwortet worden, und die Kommission hat sich mit dieser Antwort als befriedigt erklärt, daß eine solche Aenderung des Art. 31 nicht nötig sei. Einmal ist der Standpunkt vertreten worden, es handle sich mehr um Kontrollmaßnahmen als um Aufhebung des freien Handels. Darüber braucht nicht gesprochen zu werden. Man kann mit Fug und Recht beide Standpunkte vertreten. Es ist aber weiter darauf hingewiesen worden, daß seit etwa 20 Jahren eine neue Praxis eingeschlagen worden ist. Während früher solche Ausnahmen von der Gewerbefreiheit ausdrücklich im Art. 31 aufgeführt wurden, wurde diese Praxis seit 1908 nicht mehr gehandhabt. Eine ganze Reihe von solchen Ausnahmen von der Gewerbefreiheit, vom Absinthverbot angefangen über eine erhebliche Zahl anderer Bestimmungen, ist nicht mehr als Ausnahme vorgemerkt, sodaß wir uns mit dem neuen Verfassungsartikel 23bis begnügen können und an Art. 31 nichts zu ändern brauchen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine kurze politische Betrachtung. Weder von Seite der Landwirtschaft noch des Müllereigewerbes sind gegen den heute vorliegenden Verfassungsartikel Einwendungen vorgebracht worden. Es ist in der Kommission bestätigt worden, daß auch die allgemeinen Interessen durch diesen Verfassungsartikel in vollem Maße berücksichtigt werden. Dagegen hat man einzig unter dem Titel des Konsumentenschutzes neue Begehren eingereicht, und zwar zunächst von Seite der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission und dann von der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände. Ich möchte aber nochmals feststellen, daß weder unter dem Monopol noch in der verworfenen Monopolvorlage so weitgehende Garantien, wie sie heute in bezug auf den Konsumentenschutz verlangt werden, gewährt worden sind. Es darf nun nicht dazu kommen, daß wir die wichtigen Probleme, die in diesen Anträgen liegen, noch prüfen und abklären müssen, bevor wir diese Vorlage unter Dach bringen. Es kann wohl sein, daß einmal in der Schweiz eine Kartellgesetzgebung, wie sie auch in andern Ländern besteht, kommen wird, die Vorschriften in der Art der sozialdemokratischen Anträge enthält oder in der Art der zum Teil noch weitergehenden Vorschläge der Vereinigung der Angestelltenverbände. Aber diese Fragen werden, das ist ganz sicher, zur Abklärung Jahre brauchen, und es wäre nun doch ein verfehltes Verfahren, wenn wir uns vornehmen wollten, diese bei uns noch unabgeklärten Fragen bei Gelegenheit dieser Vorlage bereinigen zu können.

Wir sollten uns, das ist die Meinung der großen Mehrheit der Kommission, nicht auf diese Bahn bringen lassen. Wir sind es vorab der Landwirtschaft schuldig, daß sie vor Ende Juni 1928 die Sicherheit besitzt, daß die Maßnahmen, die zum Schutz des einheimischen Getreidebaues getroffen werden, in diesem Verfassungsartikel für sie greifbar werden. Zumal angesichts der heutigen Krise werden wir es nicht verantworten können, dem Bauer zuzumuten, daß

er auf Ende Juni 1929 in der Getreideversorgung vor einem Nichts steht, nur weil diese Fragen, die durch die neuen Anträge aufgerollt worden sind, noch nicht haben geklärt und erledigt werden können. Die Rücksicht auf die Alkoholgesetzgebung und damit auch auf die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung spricht mit gleicher Deutlichkeit und Eindringlichkeit wie der Standpunkt der Landwirtschaft dafür, daß wir uns ohne Umwege an das halten sollten, was der Bundesrat vorschlägt und was die Kommission in ihrer letzten Beratung bereinigt hat. Ich gestatte mir also im Namen der großen Mehrheit der Kommission, Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
Ici, le débat est interrompu.

Vormittagssitzung vom 18. September 1928.
Séance du matin du 18 septembre 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 713 hievor. — Voir page 713 ci-devant.)

M. Fazan, rapporteur de la majorité: Dans son rapport sur l'initiative populaire demandant l'insertion dans la Constitution fédérale d'un art. 23bis, relatif à l'approvisionnement de la Suisse en blé, le Conseil fédéral nous donne un exposé très suggestif de l'importance de la culture indigène des céréales pour notre agriculture et pour l'approvisionnement du pays en blé.

Il nous présente un historique très complet de la question du blé en Suisse depuis le XVII^e siècle et plus spécialement dès le début de la grande guerre, c'est-à-dire dès l'instant où elle est devenue une question vitale pour notre pays.

Nous n'avons donc pas l'intention d'analyser cette partie du rapport du Conseil fédéral qui n'a pas autrement retenu l'attention de la commission. Il nous suffit d'en retenir les points essentiels, qui se résument aux constatations suivantes:

les expériences de la période de guerre et les multiples études et discussions qu'a suscité la recherche d'une solution au problème de l'approvisionnement du pays en blé, ont démontré à l'évidence que la culture des céréales était indispensable à notre économie agricole et par là même à notre économie nationale;

que cette culture ne pouvait subsister sans une protection efficace qui la mette à l'abri de la concurrence des blés étrangers;

que l'efficacité de cette protection ne pouvait être complète sans la garantie donnée au producteur de l'écoulement de sa récolte à un prix rémunérateur;

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.09.1928
Date	
Data	
Seite	713-716
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 450

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

bürgerlichen Parteien nicht die Initiative, sondern der Text des Bundesrates unterstützt.

Ich möchte noch erwähnen, daß in der Kommission die Frage aufgeworfen worden ist, ob nicht eine Ordnung, wie sie nun geplant ist, auch eine Abänderung des Art. 31 der Bundesverfassung über die Gewerbe-freiheit nach sich ziehe. Es ist darauf geantwortet worden, und die Kommission hat sich mit dieser Antwort als befriedigt erklärt, daß eine solche Aenderung des Art. 31 nicht nötig sei. Einmal ist der Standpunkt vertreten worden, es handle sich mehr um Kontrollmaßnahmen als um Aufhebung des freien Handels. Darüber braucht nicht gesprochen zu werden. Man kann mit Fug und Recht beide Standpunkte vertreten. Es ist aber weiter darauf hingewiesen worden, daß seit etwa 20 Jahren eine neue Praxis eingeschlagen worden ist. Während früher solche Ausnahmen von der Gewerbe-freiheit ausdrücklich im Art. 31 aufgeführt wurden, wurde diese Praxis seit 1908 nicht mehr gehandhabt. Eine ganze Reihe von solchen Ausnahmen von der Gewerbe-freiheit, vom Absinthverbot angefangen über eine erhebliche Zahl anderer Bestimmungen, ist nicht mehr als Ausnahme vorgemerkt, sodaß wir uns mit dem neuen Verfassungsartikel 23bis begnügen können und an Art. 31 nichts zu ändern brauchen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine kurze politische Betrachtung. Weder von Seite der Landwirtschaft noch des Müllereigewerbes sind gegen den heute vorliegenden Verfassungsartikel Einwendungen vorgebracht worden. Es ist in der Kommission bestätigt worden, daß auch die allgemeinen Interessen durch diesen Verfassungsartikel in vollem Maße berücksichtigt werden. Dagegen hat man einzig unter dem Titel des Konsumentenschutzes neue Begehren eingereicht, und zwar zunächst von Seite der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission und dann von der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände. Ich möchte aber nochmals feststellen, daß weder unter dem Monopol noch in der verworfenen Monopolvorlage so weitgehende Garantien, wie sie heute in bezug auf den Konsumentenschutz verlangt werden, gewährt worden sind. Es darf nun nicht dazu kommen, daß wir die wichtigen Probleme, die in diesen Anträgen liegen, noch prüfen und abklären müssen, bevor wir diese Vorlage unter Dach bringen. Es kann wohl sein, daß einmal in der Schweiz eine Kartellgesetzgebung, wie sie auch in andern Ländern besteht, kommen wird, die Vorschriften in der Art der sozialdemokratischen Anträge enthält oder in der Art der zum Teil noch weitergehenden Vorschläge der Vereinigung der Angestelltenverbände. Aber diese Fragen werden, das ist ganz sicher, zur Abklärung Jahre brauchen, und es wäre nun doch ein verfehltes Verfahren, wenn wir uns vornehmen wollten, diese bei uns noch unabgeklärten Fragen bei Gelegenheit dieser Vorlage bereinigen zu können.

Wir sollten uns, das ist die Meinung der großen Mehrheit der Kommission, nicht auf diese Bahn bringen lassen. Wir sind es vorab der Landwirtschaft schuldig, daß sie vor Ende Juni 1928 die Sicherheit besitzt, daß die Maßnahmen, die zum Schutz des einheimischen Getreidebaues getroffen werden, in diesem Verfassungsartikel für sie greifbar werden. Zumal angesichts der heutigen Krise werden wir es nicht verantworten können, dem Bauer zuzumuten, daß

er auf Ende Juni 1929 in der Getreideversorgung vor einem Nichts steht, nur weil diese Fragen, die durch die neuen Anträge aufgerollt worden sind, noch nicht haben geklärt und erledigt werden können. Die Rücksicht auf die Alkoholgesetzgebung und damit auch auf die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung spricht mit gleicher Deutlichkeit und Eindringlichkeit wie der Standpunkt der Landwirtschaft dafür, daß wir uns ohne Umwege an das halten sollten, was der Bundesrat vorschlägt und was die Kommission in ihrer letzten Beratung bereinigt hat. Ich gestatte mir also im Namen der großen Mehrheit der Kommission, Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
Ici, le débat est interrompu.

Vormittagssitzung vom 18. September 1928.
Séance du matin du 18 septembre 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 713 hievor. — Voir page 713 ci-devant.)

M. Fazan, rapporteur de la majorité: Dans son rapport sur l'initiative populaire demandant l'insertion dans la Constitution fédérale d'un art. 23bis, relatif à l'approvisionnement de la Suisse en blé, le Conseil fédéral nous donne un exposé très suggestif de l'importance de la culture indigène des céréales pour notre agriculture et pour l'approvisionnement du pays en blé.

Il nous présente un historique très complet de la question du blé en Suisse depuis le XVII^e siècle et plus spécialement dès le début de la grande guerre, c'est-à-dire dès l'instant où elle est devenue une question vitale pour notre pays.

Nous n'avons donc pas l'intention d'analyser cette partie du rapport du Conseil fédéral qui n'a pas autrement retenu l'attention de la commission. Il nous suffit d'en retenir les points essentiels, qui se résument aux constatations suivantes:

les expériences de la période de guerre et les multiples études et discussions qu'a suscité la recherche d'une solution au problème de l'approvisionnement du pays en blé, ont démontré à l'évidence que la culture des céréales était indispensable à notre économie agricole et par là même à notre économie nationale;

que cette culture ne pouvait subsister sans une protection efficace qui la mette à l'abri de la concurrence des blés étrangers;

que l'efficacité de cette protection ne pouvait être complète sans la garantie donnée au producteur de l'écoulement de sa récolte à un prix rémunérateur;

et enfin que cette garantie exigeait la prise en charge du blé indigène par la Confédération, avec la possibilité pour celle-ci d'astreindre la meunerie du pays à acquérir le blé acheté des producteurs.

Or, cette conception, qui n'est plus aujourd'hui combattue que par quelques esprits timorés, ne s'est pas imposée à priori, mais au contraire elle est le fruit de la lutte pénible qui se livre depuis tantôt quatre ans autour du problème du blé. La situation critique de notre agriculture n'est sans doute pas étrangère à ce mouvement d'opinion, mais encore fallait-il que le résultat de la votation populaire du 5 décembre 1926 et surtout les déclarations formelles des adversaires du monopole au cours de la campagne vinsent nettement démontrer que le combat se livrait, non pas sur le but à atteindre, mais bien sur le moyen de l'obtenir.

Si les difficultés du problème à résoudre et les efforts laborieusement renouvelés pour trouver sa solution n'avaient pas pu jusqu'ici aboutir, ils avaient tout au moins conduit à l'unité de vues tant souhaitée quant au résultat à obtenir. Et c'est un résultat qui n'est pas à dédaigner, quelle que soit l'opinion que l'on puisse avoir sur la solution rejetée par le peuple suisse en 1926.

« De la discussion jaillit la lumière ». Tant mieux ! Mais dans le cas particulier, si nous nous reportons aux réunions de la commission du Conseil national à Kandersteg et à Zurich en 1925, au cours desquelles certains adversaires du monopole déclaraient catégoriquement s'opposer à toute protection de la culture des céréales indigènes, nous devons constater que le lumignon, insoupçonné alors, a mis du temps à devenir d'une intensité suffisante pour modifier complètement l'opinion de nos honorables adversaires d'alors.

Mais nous serions mal venus de leur en faire un grief ; au contraire, nous ne pouvons que nous réjouir de nous trouver maintenant sur le même terrain pour poursuivre ensemble l'étude de la question et la résoudre par les moyens les plus propres à donner satisfaction à tous les intéressés.

Il est intéressant de constater que c'est précisément l'insuffisance des garanties données aux producteurs de blé dans le projet d'article constitutionnel présenté par le Conseil fédéral en 1924 qui fut la cause de son rejet par les deux conseils et qui provoqua l'adoption par ceux-ci des propositions de la majorité de la commission du Conseil national tendant au maintien du monopole. Les représentants de l'agriculture, en particulier, trouvaient là la garantie la plus complète de l'écoulement de leurs blés à un prix convenable.

D'autre part, le financement du projet était garanti et d'une économie bien entendue. Il n'augmentait nullement les charges de la caisse fédérale et permettait le maintien des prix du pain à des normes parfaitement acceptables.

S'il fut rejeté par le peuple, et à une majorité de 5500 voix seulement, c'est, croyons-nous, beaucoup plus par hostilité de principe pour les monopoles que pour combattre les différents buts poursuivis par le projet.

Mais nous devons admettre aussi que le projet d'article constitutionnel déposé par l'initiative populaire du 16 octobre 1926 tendait plutôt à favoriser la campagne contre le monopole, qu'à donner une solu-

tion rationnelle à l'ensemble du problème. L'insuffisance de ce projet s'explique du reste par la hâte avec laquelle il fut préparé et parce que les initiateurs n'étaient pas, comme nous le sommes aujourd'hui, au bénéfice des études approfondies entreprises, au cours de plusieurs années, et qui nous permettent maintenant de prévoir jusque dans ses détails la portée pratique d'un article constitutionnel aussi compliqué.

L'initiative marque cependant un certain progrès sur le projet du Conseil fédéral de 1924, en ce sens qu'elle garantit au producteur la vente de son blé à un prix qui en permette la culture, mais elle reste parfaitement insuffisante sur plusieurs points.

Elle ne prévoit pas l'obligation pour le commerce privé d'assurer la sécurité de notre approvisionnement.

Son texte n'autorise pas le contrôle du commerce des céréales pas plus que la surveillance des moulins

Elle garantit au producteur la vente de son blé, mais ne dit pas que la Confédération aura l'obligation de l'acheter, pas plus que dans ce cas elle n'indique comment l'office fédéral des blés revendra ces céréales indigènes.

Elle ignore les conditions de renouvellement des réserves fédérales.

Enfin, et c'est le plus grand reproche que l'on puisse lui adresser, elle ne prévoit aucune disposition d'ordre financier. Or, ce qui caractérisait le projet de maintien du monopole, c'était précisément son financement simple et avantageux.

On ne comprendrait donc pas le remplacement de l'article constitutionnel rejeté par le peuple, par celui de l'initiative qui n'aurait, aux yeux mêmes des adversaires de celui-ci, que le seul avantage de confirmer leur satisfaction de principe sans résoudre les autres données du problème.

C'est bien ce que le Conseil fédéral a compris, et c'est pourquoi l'arrêté qu'il soumet à nos délibérations invite le peuple et les cantons à rejeter la demande d'initiative.

Mais il ne pouvait en rester là ; il se mit immédiatement à l'œuvre pour mettre sur pied un contre-projet comportant une solution sans monopole et tenant compte des exigences si nettement mises en évidence au cours des discussions antérieures.

Sur l'initiative du Conseil fédéral, les principales associations suisses hostiles au monopole apportèrent leur collaboration à la recherche de la fameuse solution et déposèrent au Département de l'économie publique des rapports intéressants.

De toutes ces propositions et suggestions, l'on pouvait inférer que peu à peu l'entente se faisait sur les points essentiels de la question. Dans certains milieux, où l'on avait jusque là douté de la possibilité de faire entrer dans le cadre d'une solution sans monopole la prise de livraison des céréales indigènes, l'examen approfondi du problème avait abouti à une autre conception. Cette évolution entraînait aussi, par conséquent, le maintien de la prime à la mouture et la protection de la meunerie du pays. Basé sur cette documentation nouvelle et plus spécialement sur les propositions présentées par l'Association suisse des meuniers, le Département de l'économie publique fit rédiger un avant-projet de solution sans monopole et le soumit à une commission consultative extra-

parlementaire représentant les différents groupes économiques intéressés.

C'est précisément sur la base des conclusions formulées par cette commission et adoptées à une grosse majorité de ses 50 membres, que le Conseil fédéral a édifié l'article constitutionnel qu'il nous présente comme contre-projet opposé à l'initiative.

Examinons maintenant dans leurs grandes lignes les principes énoncés dans ce nouvel art. 23bis qui doit constituer la solution définitive du problème du blé en excluant le monopole d'importation des céréales étrangères.

Constitution et entretien des réserves. Il nous paraît inutile de nous attarder à l'examen du premier alinéa du projet, qui ne fait que confirmer ce qui a été admis jusqu'ici sans opposition. Toutefois, nous devons relever que le projet en discussion prévoit la possibilité d'obliger les meuniers à emmagasiner une partie de la réserve fédérale de blé sans rétribution, et à racheter ce grain de la Confédération pour en permettre le renouvellement. La commission souscrit pleinement à ces dispositions. Les prestations demandées aux meuniers sont compensées par la protection qui leur est assurée par les dispositions du 3^e alinéa, sur lequel nous reviendrons plus tard. D'autre part, il est inutile de constituer une réserve intégralement logée dans les entrepôts fédéraux, alors que les moulins disposent pour la plupart de locaux suffisants dans lesquels ils pourront du reste puiser au fur et à mesure des nécessités de renouvellement de ces réserves.

L'encouragement à la culture indigène. Nous ne reviendrons pas sur le principe lui-même, qui n'a soulevé aucune discussion au sein de la commission. Le régime nouveau garantit expressément aux producteurs tous les avantages acquis sous le régime du monopole :

achat de la récolte indigène par la Confédération, étant bien entendu que les mêmes conditions de livraison, de paiement et de taxation seront maintenues ;
garantie d'un prix permettant la culture, c'est à dire autorisation accordée au Conseil fédéral d'arrêter chaque année ce prix dans les limites fixées par la loi et proportionnellement au prix moyen du blé étranger ; il serait aussi entendu que le Conseil fédéral pourrait dépasser ces normes dans des circonstances extraordinaires ;

maintien de la prime à la mouture en faveur des producteurs cultivant le blé pour leurs propres besoins.

Mais si le régime du monopole permettait tout naturellement la revente aux meuniers du blé indigène acheté par la Confédération en proportion de la quantité de blé étranger livré par elle, il n'en sera pas de même avec le retour à la liberté du commerce des blés importés. De là la nécessité d'imposer aux meuniers l'obligation d'acheter le blé du pays, afin que la Confédération soit assurée de l'écoulement de celui-ci et à un prix correspondant à sa valeur marchande.

Mais la répartition de ce blé ne peut plus se faire au prorata des achats de blés étrangers et il a fallu trouver une autre solution. Elle est simple, pratique et logique ; on la proportionnera au débit de farine panifiable de chaque moulin de commerce ; les meuniers ont compris la nécessité de cette mesure qu'ils ont, eux-mêmes, proposée.

Amélioration de la culture des blés. Dans ce domaine, il est tout naturel de prévoir l'encouragement de tout ce qui peut tendre au perfectionnement de la technique culturale, aussi bien pour ce qui concerne les méthodes de culture proprement dites, que celles qui peuvent améliorer les conditions de récolte ou de battage pour assurer la qualité du grain.

Sur la demande expresse des Associations de sélectionneurs, et d'entente avec le Conseil fédéral, votre commission vous propose une adjonction au 2^e alinéa du projet, garantissant l'encouragement à la sélection et à l'acquisition des semences indigènes de qualité. Cette disposition est pleinement justifiée afin que les efforts couronnés de succès, accomplis depuis quelques années dans ce domaine avec l'aide de la Confédération, ne soient point annihilés par la concurrence des semences étrangères à bon marché et pour la plupart non adaptées à nos sols et à notre climat.

Protection de la meunerie. La concurrence de la meunerie étrangère qui peut produire la farine à des conditions bien plus favorables que nos moulins ne tarderait pas à menacer leur existence si nous ne prenions des mesures de protection suffisantes. D'autre part, les charges imposées aux meuniers par les dispositions du projet et dont nous avons parlé tout à l'heure, exigent une équitable compensation. A ces charges, il faut encore ajouter l'obligation qui leur sera imposée de se soumettre à un contrôle serré de la Confédération sur leurs achats de blé et leurs ventes de farine. Ce contrôle est indispensable pour éviter, d'une part, les fraudes par substitution de blé étranger au blé indigène pour obtention de la prime de mouture ou du supplément de prix, et, d'autre part, pour fixer sur la base de la farine fabriquée la proportion de blé indigène qu'ils sont tenus d'acheter à la Confédération.

Cette protection de la meunerie indigène ne signifie donc pas l'octroi d'avantages spéciaux et gratuits, mais une juste compensation des charges d'ordre national qui leur sont imposées.

Nous avons du reste l'obligation d'assurer les moyens d'existence de nos moulins, puisque nous voulons lier leur sort à celui de la culture des céréales indigènes et au renouvellement de la réserve fédérale.

Pour ce, le projet prévoit la perception d'un droit de douane, perçu sous forme de taxe supplémentaire sur la farine étrangère en même temps que le droit d'entrée ordinaire. Il suffirait donc, quand la nécessité s'en fait sentir, d'élever suffisamment ces taxes pour exclure la concurrence étrangère.

Le Conseil fédéral a préféré cette solution à celle de la commission consultative qui avait choisi le monopole d'importation de la farine, permettant à la Confédération de régler à son gré l'entrée de celle-ci, suivant l'état de la concurrence étrangère et les besoins de notre meunerie.

Cependant, pour donner satisfaction aux vœux exprimés par les meuniers, le projet prévoit comme moyen exceptionnel le droit pour la Confédération d'importer les farines étrangères si les circonstances l'exigent.

Protection des consommateurs. Il découle tout naturellement des dispositions susmentionnées que la Confédération devra prendre toutes mesures utiles pour sauvegarder les intérêts des consommateurs contre des manœuvres spéculatives qui auraient pour

objet de renchérir le pain dans une mesure incompatible avec les conditions générales du marché des céréales.

Dans le projet qui nous est soumis, les dispositions concernant la sauvegarde des intérêts des consommateurs, et la protection de la meunerie forment un tout et sont exprimés dans une seule phrase ainsi conçue: « La Confédération prend, tout en sauvegardant les intérêts du consommateur de pain et de farine, les mesures nécessaires au maintien de la meunerie nationale. »

Le Conseil des Etats a accepté cette rédaction. Nos collègues socialistes ont présenté une proposition introduisant dans cet alinéa une disposition permettant à la Confédération de résilier sans autre tous les contrats préjudiciables aux consommateurs, conclus dans le commerce du blé, de la meunerie ou de la boulangerie, à moins qu'il ne soit établi que ces conventions sont nécessitées par les frais de production.

La majorité de la commission a estimé cette adjonction inacceptable pour diverses raisons sur lesquelles nous reviendrons au cours de la discussion sur les détails du projet (si vous décidez d'entrer en matière) et dont la principale est qu'il serait inadmissible de donner au pouvoir exécutif des compétences qui ressortent exclusivement du pouvoir judiciaire. Mais pour donner satisfaction au désir exprimé de faire ressortir davantage le principe de la protection des consommateurs, le Conseil fédéral a lui-même soumis à la Commission, qui l'a acceptée par 13 voix contre 5, une modification de cet alinéa qui est de nature à rassurer tous ceux qui craignent les tentatives de spéculation dans les commerces sus-mentionnés.

Cette disposition donnera à la Confédération le droit de surveiller le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain et de prendre, dans les limites de ses attributions, les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts des consommateurs. La loi d'application fixera la nature de ces mesures.

Frais de transport des céréales. Dans le but de maintenir une certaine unité des prix de la farine et du pain, il paraît indispensable de rembourser aux meuniers les frais de transport des blés à l'intérieur du pays; c'est ce qui se passe en fait actuellement, puisque tous les blés sont livrés aux meuniers franco gare la plus rapprochée.

Le Conseil fédéral estime cependant que l'application stricte de cette mesure n'assure pas l'uniformité des prix du pain, parce qu'il y a d'autres facteurs qui entrent en considération; il expose aussi que le remboursement total des frais de transport provoque des déplacements de marchandises injustifiés et des dépenses inutiles.

C'est pourquoi il propose un remboursement partiel, espérant ainsi obtenir la suppression d'une partie de ces frais, ce qui diminuerait d'autant le prix de revient du pain. On peut se demander si ces mesures seront suffisantes pour protéger nos petits moulins agricoles qui rendent de grands services à nos agriculteurs, mais qui ont beaucoup de peine à supporter la concurrence des grands moulins de commerce. Nous pensons cependant que dans la limite des dispositions du nouvel article constitutionnel, le Conseil fédéral pourra tenir compte de leur situation spéciale.

Enfin, le projet maintient le principe des mesures à prendre pour égaliser les prix de la farine dans les

régions de montagne, ce qui répond certainement aux désirs de tous ceux qui cherchent à venir en aide à ces populations dont les conditions d'existence deviennent de plus en plus difficiles.

Couverture des dépenses imposées par l'approvisionnement du pays en blé. Le point le plus délicat du problème, qui depuis si longtemps fait l'objet de nos préoccupations, est sans contredit son financement. Quelle que soit la solution à choisir, le compte se présente à peu près de la même façon, et il faut trouver les 14 à 15 millions de frais qui se répartissent comme suit: Prime de mouture et encouragement à la technique culturale 4,000,000 fr., magasinage de la réserve 1,800,000 fr., prise en charge du blé du pays 6,700,000 fr., subsides de transport en faveur des meuniers et des régions de montagne 1,850,000 fr., frais d'administration 450,000 fr., soit au total 14,800,000 fr.

Sous le régime actuel du monopole, 4 millions, soit la prime à la mouture, sont versés par la caisse fédérale et le soide par l'administration des blés qui les fait supporter par le prix de revente de sa marchandise aux meuniers, ce qui revient à dire que la répercussion de cette opération sur le prix de la farine et du pain reporte cette différence sur les consommateurs de ce dernier. Cependant, cette charge est largement atténuée par les bénéfices que réalise l'administration sur ses achats.

Mais la suppression du monopole n'aura pas pour effet une diminution des frais dont nous venons de vous présenter le tableau et le retour au commerce libre des blés étrangers enlèvera à la Confédération la possibilité de prélever sur ceux-ci la dîme nécessaire à la couverture des dépenses. C'est pourquoi, dans toutes les études de solutions sans monopole, on s'est toujours acheminé à cette formidable difficulté. Ce n'est pas que l'on n'ait rien trouvé pour y parer; de nombreuses combinaisons ont été envisagées et étudiées. Deux d'entre elles retinrent spécialement l'attention du Conseil fédéral et de la grande commission consultative. La première, déjà proposée en 1924 par l'Union suisse des paysans, consistait en un droit d'entrée supplémentaire sur les blés étrangers; la seconde, proposée par les meuniers et acceptée par la conférence du blé, introduisait une taxe sur la farine sortant des moulins. Mais l'une et l'autre de ces solutions soulevaient de graves objections; leur caractère nettement douanier ou fiscal eût été un obstacle infranchissable pour leur acceptation par le peuple. D'autre part, dans les deux cas, les consommateurs de pain demeureraient seuls à supporter les frais de l'opération.

Le projet du Conseil fédéral nous apporte une formule toute nouvelle et qui a trouvé d'emblée le meilleur accueil. Elle consiste, comme vous le savez, à faire supporter les charges de l'approvisionnement du pays en pain et de la protection des céréales indigènes, non plus par les consommateurs de pain, mais par l'ensemble des marchandises qui franchissent notre frontière et ceci par un relèvement de la finance de statistique fixée actuellement au taux uniforme de 2 cts. par 100 kg.

La solution proposée, nul ne l'ignore, par M. le conseiller fédéral Musy, est ingénieuse, élégante et pratique; on l'a comparée à l'œuf de Christophe Colomb et il est fort regrettable que M. Musy l'ait laissé couché si longtemps, car s'il l'eût tenu debout

deux ans plutôt, nous eussions évité bien des discussions ainsi que la lutte pénible qui nous a divisés en 1926. Mais n'épilignons pas et examinons de plus près les répercussions de la nouvelle formule. Nous croyons, comme le Conseil fédéral, que le système actuel de répartition des charges dont nous venons de parler présente quelque injustice en ce sens que les consommateurs de pain le sont en proportion inverse de leurs moyens d'existence, puisqu'il est avéré que le pain est un des aliments essentiels des familles nombreuses et de condition modeste, tandis qu'il ne représente qu'une faible proportion des frais d'alimentation des consommateurs de situation aisée.

Dans son rapport, le Conseil fédéral relève que garantir l'approvisionnement du pays en pain et protéger la culture des céréales indigènes est une nécessité d'ordre national; nous sommes aussi de cet avis et nous croyons comme lui que les 9 ou 10 millions que nous coûtera la nouvelle politique du blé constituent une sorte d'impôt, qui doit toucher tous les citoyens et chacun suivant ses moyens. Et l'on est certainement beaucoup plus près de ce résultat par le moyen proposé, qui, au lieu de faire supporter ces 10 millions de francs par les céréales panifiables seulement, les répartit sur les 120 millions de quintaux de marchandises qui franchissent notre frontière.

L'augmentation de 2 à 10 cts. de la finance de statistique représenterait à peu près les 10 millions nécessaires pour le financement de la question du blé. La première objection qui se présente et dont font grand état nos collègues de l'extrême gauche est la répercussion de cette nouvelle charge sur le coût de la vie. Mais il suffit de poser quelques chiffres pour se rendre compte que pour tout ce qui concerne les marchandises ayant quelque importance au point de vue de la relation entre leur prix de revient en gros et leur vente au détail, et plus spécialement en ce qui concerne l'alimentation et le vêtement, cette augmentation de quelques centimes par 100 kg représente un pour cent de la valeur absolument insignifiant. L'on peut bien admettre aussi que le producteur étranger supportera une partie de cette charge, ce qui diminuera d'autant la part du marchand de gros dans le pays et ne lui laissera pas le prétexte de se récupérer soit sur le détaillant, soit sur le consommateur.

Le relèvement de la finance de statistique touchera plus spécialement notre commerce de gros et la grosse industrie. Ce sera spécialement le cas pour les entreprises qui importent la plus grande partie de la matière première nécessaire à leur fabrication et qui ensuite exportent leurs produits manufacturés, qui seront ainsi frappés deux fois.

Mais la situation actuelle de nos industries nationales lui permet de faire ce sacrifice et leurs représentants ont déclaré sans hésitation accepter cette charge. C'est un peu la rançon de leur obstination du début contre la protection de l'agriculture et contre le principe du monopole. Nous sommes du reste certains d'être les interprètes de leurs anciens adversaires bourgeois en leur disant aujourd'hui que nous leur sommes très reconnaissants de ce geste généreux et de leur compréhension actuelle des revendications agricoles.

On pouvait aussi se demander s'il était équitable de majorer la finance de statistique d'une manière

uniforme pour toutes les marchandises quelle que soit la relation entre la valeur et leur poids, ce qui est le cas actuellement. Si ce système ne présente pas d'inconvénient, étant donné la minimité de la finance, par contre, il eût été fort discutable avec l'application du montant envisagé. Le Conseil fédéral s'en est bien rendu compte et la modification de l'art. 14 de la loi fédérale sur le tarif des douanes suisses, qu'il soumet aux Chambres fédérales en même temps que l'article constitutionnel 23bis, prévoit précisément un barème tenant compte des objections que nous venons de formuler.

Il ne nous appartient pas de nous prononcer sur ce point spécial qui a été soumis à l'examen de la commission des douanes.

La solution proposée est en même temps simple et pratique; elle a l'avantage de ne nécessiter aucun frais supplémentaire de perception et aucun contrôle spécial.

Nous avons ainsi terminé l'examen des dispositions générales du projet; mais avant de vous présenter nos conclusions, il nous paraît cependant nécessaire de justifier l'attitude de ceux qui, aujourd'hui, acceptent la solution hors monopole après avoir défendu de toutes leurs forces le projet rejeté par le peuple le 5 décembre 1926. D'autre part, nous ne pouvons laisser passer sans discussion certains passages du rapport du Conseil fédéral tendant à démontrer que son nouveau projet est nettement supérieur à celui que nous avons défendu.

Et nous nous faisons en cela l'écho de l'Union suisse des paysans qui, dans une lettre adressée aux Commissions des Chambres fédérales, relevait avec regret le fait que le Conseil fédéral soulevait à nouveau la question de savoir laquelle des deux solutions (avec ou sans monopole) était la meilleure. Nous ne voulons pas ergoter sur ce point; notre conviction ne s'est pas modifiée, mais nous n'oublions pas que nous sommes en présence d'un fait nouveau et d'une importance capitale: la décision du peuple souverain.

Au reste, la plupart des partisans du monopole, et plus particulièrement les paysans, ne s'étaient ralliés à cette solution que parce qu'aucune de celles qui leur étaient présentées ne remplissaient les conditions qu'ils étaient en droit d'exiger.

La preuve en est dans le premier projet de l'Union suisse des paysans, qui proposait la suppression du monopole et le financement du problème du blé par un droit d'entrée supplémentaire sur le blé étranger. Ce n'est donc pas au monopole comme tel que nous nous attachons, bien au contraire.

Mais malgré l'accueil chaleureux qui a été réservé à la trouvaille de M. le conseiller fédéral Musy, qui donne aux adversaires du monopole des arguments nouveaux et combien plus solides à leur thèse, malgré tout le plaisir que nous éprouvons nous-mêmes à nous rallier à une solution qui satisfait pleinement aux desiderata de l'agriculture, tout en nous détachant de conceptions étatistes qui nous pesaient quelque peu, nous avons cependant le devoir de relever ici que le système qui nous est proposé est loin d'être exempt des critiques si abondamment formulées par nos adversaires en 1926. Si le projet d'alors était accusé de développement du fonctionnarisme, s'il soulevait des difficultés de contrôle, s'il portait quelque atteinte à la liberté du commerce, si son

caractère monopolard en faisait une bête noire pour les adversaires du principe, si son financement comportait un sacrifice pour la caisse fédérale, et enfin s'il devait, soi-disant, entraver la baisse du prix du pain, reconnaissons que le projet d'aujourd'hui est un frère jumeau difficilement reconnaissable, si ce n'est par son nom.

Le nombre actuel des fonctionnaires ne pourra pas être diminué puisque l'on devra instituer divers contrôles, soit sur les importations de blé, soit sur les moulins.

Nous avons vu que les contrôles ayant pour but d'empêcher la fraude et les substitutions ne seront pas moins compliqués que ceux existants.

Si la liberté du commerce est rendue aux importateurs, par contre, les meuniers sont soumis à l'obligation d'acheter le blé du pays et celui des réserves.

Le principe lui-même du monopole n'est pas définitivement éliminé, puisqu'il est maintenu, exceptionnellement il est vrai, pour l'importation de la farine étrangère.

Le financement de l'opération ne comportera-t-il pas lui aussi un sacrifice de la caisse fédérale?

Et ne peut-on pas admettre que la nouvelle ressource apportée par le relèvement de la finance de statistique eût pu tout aussi bien être affectée au budget et servir à d'autres buts dont l'économie générale du pays eût largement profité?

Et, enfin, nous ne sommes pas si optimistes que le rapport du Conseil fédéral quant à l'influence du système nouveau sur le prix du pain.

Nous craignons, au contraire, que les bénéfiques à réaliser par les marchands de blé (bénéfiques que le rapport ne fait qu'effleurer et qu'il estime si modestement) auront tôt fait de faire disparaître les avantages escomptés par le projet au profit des consommateurs. Quant aux possibilités de constitution de trusts d'importateurs destinés à commander le marché intérieur et à peser sur les prix, les assurances données à la commission par M. le conseiller fédéral Musy ne nous ont pas complètement convaincus.

Mais, sans partager son optimisme débordant, sans faire état d'un enthousiasme que l'on ne saurait nous demander, nous croyons qu'après le vote du 5 décembre 1926, nous avons autre chose à faire qu'à nous lamenter sur le sort du système que nous avons défendu; le problème du blé doit être résolu dans le plus bref délai dans le sens nettement indiqué par le peuple.

Sous les réserves formulées plus haut, le contre-projet du Conseil fédéral nous donne satisfaction et, si nous estimions ne pouvoir nous dispenser de formuler les quelques objections dictées par notre conviction, nous nous sentons maintenant plus à l'aise pour vous inviter, au nom de la majorité de la commission, à voter l'entrée en matière, à rejeter la demande d'initiative et à adopter le contre-projet du Conseil fédéral avec les quelques modifications de détail que nous avons l'honneur de vous présenter.

M. Graber, rapporteur de la minorité: M. Fazan, au commencement de son discours, a souligné l'importance de la culture indigène du blé, puis il a rappelé qu'au début tout le monde ne se ralliait pas à la nécessité d'encourager cette culture.

Il ne saurait cependant nous adresser pareil reproche, puisque, dès le début, nous avons été parti-

san des mesures à prendre pour encourager la culture indigène, pour entretenir des réserves de blé, et que nous avons soutenu notre idée, surtout sous la forme du monopole.

Aujourd'hui, ce problème est remis en discussion. On le place à nouveau devant nous, de la façon suivante. On nous dit: En 1925, le peuple a rejeté le monopole et puisqu'il l'a repoussé, il faut maintenant, pour respecter cette volonté populaire, rechercher une solution sans monopole.

C'est là le gros argument, celui que je voudrais examiner aussi brièvement que possible.

En réalité, que s'est-il passé en 1925? A une très petite majorité, 5000 voix environ, seulement, le peuple a, en effet, repoussé le projet qui lui était soumis.

Je ne veux pas, en ce moment-ci, m'arrêter aux interventions fort étrangères au monopole, auxquelles on a recouru, en cette circonstance, pour faire échouer ce projet. Je voudrais cependant dire à ceux qui, aujourd'hui, se montrent si respectueux de la volonté populaire, qu'en recourant aux moyens qu'ils ont mis en œuvre à cette époque, pour obtenir la faible majorité qu'ils ont eue, ils se sont montrés bien peu soucieux de cette même volonté populaire. Les procédés auxquels ils ont recouru étaient vexatoires à l'égard de la volonté du peuple. Pour passionner le débat, on n'a pas hésité à y mêler des choses qui étaient complètement étrangères à la question. Mais, je passe là-dessus.

En somme, devant quelle décision à prendre le peuple s'est-il trouvé? D'une part, nous lui proposons le monopole. D'autre part, les adversaires du monopole disaient: Nous repoussons les interventions de l'Etat. Nous en avons assez de ces interventions; nous vous présentons une initiative qui laisse de côté les interventions de l'Etat, qui s'en affranchit presque complètement.

Mais, au fond, nous nous demandons si le peuple a repoussé le mécanisme même du monopole, ou seulement le mot de « monopole », ou si, au contraire, entraîné par cette vague, il n'a pas repoussé essentiellement l'intervention de l'Etat dans cette affaire.

Et alors, pour respecter cette volonté populaire, suffit-il, dorénavant, d'apporter un projet laissant de côté le vocable « monopole », mais dans lequel les interventions même de l'Etat sont infiniment plus considérables et plus nombreuses, plus désagréables et plus dangereuses qu'elles ne l'étaient avec le projet du monopole? C'est cela qu'il nous faut examiner pour savoir — puisque vous voulez avant tout respecter la volonté du peuple — de quelle façon on peut y réussir le mieux.

Or, je dis que le peuple tout d'abord s'est laissé tromper par l'initiative qui avait été lancée. Et je dénonce ici cette manœuvre, que j'appelle déloyale, qui permet à un comité de lancer, à la veille d'une consultation populaire, un projet d'initiative fédérale, projet sur lequel on fait grand bruit, avec lequel on amène l'opinion, projet qui a la prétention de démontrer au peuple qu'il est possible d'encourager la culture indigène sans recourir au monopole, mais un projet qui est tel que, le lendemain même de la consultation populaire, on est forcé de convenir qu'il ne vaut rien! Dès que les commissions fédérales s'occupèrent de ce projet, dès que la commission

d'experts s'en empara, plus personne n'osa le défendre.

Nous avons assisté à cette fameuse séance de ce qu'on a appelé le « Parlement du blé », où les auteurs eux-mêmes de l'initiative ont déclaré qu'évidemment, ils abandonnaient un projet insoutenable. C'était un peu tard de s'en apercevoir. (Rires.) Mais, en attendant, on avait ameuté l'opinion publique; on avait laissé croire à ceux qui sont trop crédules qu'on pouvait, en effet, défendre la culture indigène sans recourir au monopole. On dut donc convenir que ce projet était impossible, inapplicable, qu'il ne répondait pas à son but. On le laisse tomber.

Et alors, on s'acharne à trouver une solution sans monopole. Ah, Messieurs, si on pouvait retracer l'histoire de ces recherches et de ces efforts, ce serait fort intéressant. On montrerait à quelles difficultés extrêmes on s'est heurté, qu'on n'avait pas voulu soupçonner précédemment, à tel point que le problème parût même insoluble. La presse s'en est emparée et fréquemment on annonça qu'enfin une solution avait été découverte. Ce qui prouve que cette solution était bien difficile à atteindre, c'est que lorsqu'on essayait d'en envisager une ou qu'on s'imaginait l'avoir trouvée, on l'annonçait triomphalement dans le pays.

La commission d'experts ayant examiné le projet s'est ralliée plus ou moins aux propositions des meuniers. Et on arrive, après bien des difficultés, au projet qu'on vous présente aujourd'hui.

Examinons maintenant si ce projet permettait de laisser de côté ou de diminuer l'intervention de l'Etat, si ce projet, dans son esprit, correspond bien à cette volonté populaire, qu'on nous oppose lorsque nous prétendons encore que le monopole est la meilleure solution. Nous avons entendu dans la commission le représentant de l'agriculture nous dire qu'à l'heure actuelle le monopole était bien la solution idéale, la solution la plus efficace, la plus heureuse. Ce matin encore, un des rapporteurs qui a soutenu ce nouveau projet, un peu comme la corde soutient le pendu, sans très grand enthousiasme, — je dirai même sans grande confiance —, qui a mis de la bonne volonté pour arriver à soutenir le projet qui est présenté, a laissé entendre, lui aussi, que le monopole était la meilleure solution. Pour y échapper, on nous présente maintenant un projet extrêmement compliqué. Tout d'abord, derrière ce projet qui écarte le monopole de l'Etat, il y a en réalité un monopole accordé à une corporation, celle des meuniers, qui est aussi respectable que toute autre, mais qui sera la première en Suisse à bénéficier d'un tel monopole. Je ne sache pas que demain on songe à accorder à d'autres grossistes un pareil monopole. Ils en auraient pourtant aussi bien le droit que les meuniers. Je ne sais pas si un jour on accordera à certains grossistes de l'horlogerie le monopole du commerce horloger. Je ne sais pas où nous irions si nous multiplions ces exemples de corporations particulières, privées, auxquelles on accorderait un monopole privé, alors que dans notre économie mondiale, dans notre économie européenne et notre économie suisse aussi, les monopoles privés ont une telle tendance à s'affirmer et à dominer l'économie nationale. Il est étrange que ce soit l'Etat et les adversaires des monopoles qui proposent d'accorder, de par la grâce de l'Etat, un monopole à une corporation spéciale. C'est déjà une faiblesse extrême. On échappe

au monopole d'Etat et l'on tombe dans le monopole privé. Je ne vois pas que le monopole privé soit pour le consommateur une sauvegarde plus grande que le monopole d'Etat.

En outre, pour que ce monopole privé puisse fonctionner, il faut l'intervention de l'Etat. La Confédération commence par obliger les meuniers à emmagasiner du blé: première intervention. Elle fixera combien chaque meunier devra emmagasiner de blé, en proportion de la farine panifiable qu'il livrera annuellement. Il s'agira d'établir un premier contrôle, d'établir par des chiffres combien les meuniers devront prendre de blé. Et ils seront obligés de prendre cette quantité de blé: intervention de l'Etat! Puis, comme les réserves doivent subir des modifications, des changements pour se renouveler, les meuniers seront obligés d'acheter ces réserves: intervention de l'Etat à des conditions qui seront fixées! Ils devront ensuite acheter le blé indigène. La Confédération, elle, qui encourage la culture et qui veut accorder une aide à cette culture, achète les blés. Par conséquent, la Confédération reste commerçante en blé. Et précisément, on ne voulait pas cela. On trouvait qu'en procédant ainsi, l'Etat faisait une concurrence désastreuse au commerce des grossistes. La Confédération achète le blé indigène à des prix permettant d'encourager la culture, par conséquent à des prix plus élevés que ceux du marché mondial. Elle oblige les meuniers à acheter ce blé. Voyez tout le contrôle qu'il faudra exercer. Avec le régime du monopole, le contrôle se réduit à sa plus simple expression. Comme la Confédération importait tout le blé, on ne pouvait pas faire de fraude. Je ne veux pas accuser les meuniers d'être des commerçants moins scrupuleux que les autres, nullement. Dans la dernière commission, j'ai demandé à un de nos collègues — il n'est pas socialiste, bien le contraire, — ce qu'il pensait, lui, des affaires en général, de l'honnêteté générale du commerce. Il a haussé les épaules. On sait bien ce que vaut l'honnêteté commerciale générale. Le commerçant d'aujourd'hui, même s'il est un honnête homme en particulier, est entraîné dans le régime du commerce à profiter chaque fois qu'il le peut. C'est l'abc du commerce. Un homme qui ne profiterait pas d'une affaire lorsqu'il le peut ne serait pas un commerçant. On ne peut pas être philanthrope quand on fait du commerce. Dans le commerce, je ne connais pas de philanthrope et vous non plus d'ailleurs. On ne peut l'être. On peut évidemment spéculer pendant certaines années, se faire une grosse fortune sur le dos des consommateurs et ensuite redonner quelques miettes de sa fortune sous forme de philanthropie. Au contraire, dans le commerce, il y a la recherche passionnée du profit. Le scrupule n'intervient pas. Lorsque le meunier pourra tirer un profit d'une façon ou d'une autre, il le fera. La prime à la mouture peut lui fournir une occasion. Il peut acheter du blé étranger et le vendre comme blé indigène. Qui va contrôler ces opérations? Pour un contrôle efficace, une intervention de l'Etat beaucoup plus grande que celle que le monopole prévoyait et surtout beaucoup plus désagréable sera nécessaire. Cette fois-ci, ce sera l'agent fédéral qui exercera un contrôle. D'un côté, je ne vois pas d'inconvénient à ce que l'agent fédéral fasse un contrôle dans les entreprises privées. Ce sera un début. On ira après dans les fabriques de chocolat, dans les commerces de vin, etc. J'insiste sur le fait

que les contrôles seront plus lourds, plus pesants, plus vexatoires qu'avec le monopole.

La Confédération prend des mesures pour maintenir la meunerie nationale. Terme assez vague! On ne sait pas trop ce que cela veut dire en réalité. Est-ce que la «meunerie nationale» comprend tous les moulins aujourd'hui existants ou bien la meunerie indigène, du point de vue de la concurrence de la meunerie étrangère! Si c'est cela, nous pouvons l'admettre. Si, au contraire, on veut parler des meuneries existantes actuellement, nous ne sommes plus d'accord, car dans 10 ou 20 ans, cet état des meuneries sera périmé. Nous irions donc en contre-sens de l'histoire. Nous allons maintenir d'une façon artificielle toute une meunerie qui sera très en retard, à l'égard de ce que la technique pourra nous apporter. Et puis, on a omis une chose essentielle, c'est que tout ce projet, en venant difficilement à l'appui des cultivateurs de blé, néglige complètement le consommateur, parce qu'on ne peut pas encourager la culture eu blé, verser dix, douze, ou quatorze millions pour cette culture, on ne peut pas prélever ensuite des primes sur le blé, des taxes douanières, sans que le consommateur en souffre. On a vu que le côté difficile était celui-ci: une meilleure garantie des intérêts du consommateur. C'est, il est vrai, un avantage d'introduire dans la constitution un principe paraissant nouveau, mais qui devait être ancien, selon lequel la Confédération a le droit de protéger le consommateur; peut-être que certains articles, visant les taxes douanières, auraient dû être interprétés de cette façon. Mais, au contraire, on a chargé le consommateur et étendu les taxes douanières sur les matières alimentaires contrairement à l'esprit de la constitution.

Enfin, encore une fois, on nous déclarait qu'on introduirait le principe de la protection du consommateur. Au premier abord, on le faisait d'une façon si vague que nous avons fait une proposition demandant que l'on précisât, et nous y reviendrons lorsque nous examinerons cet alinéa. Le Conseil fédéral lui-même finit par comprendre la nécessité, et les membres de la commission l'ont compris aussi, de préciser de quelle façon on pourrait défendre le consommateur.

Le Conseil fédéral est arrivé avec une nouvelle proposition et il nous dit que la Confédération, pour sauvegarder les intérêts du consommateur, aura le droit de surveiller le commerce des céréales panifiables, des farines de la boulangerie. Eh bien, c'est une nouvelle intervention de l'Etat, beaucoup plus grave que toutes les autres, et je ne sais pas si vous mesurez toutes les conséquences de cette solution: L'Etat aura le droit de surveiller le commerce du blé et celui du pain, c'est à dire qu'il surveillera ce qui se passe dans les contrats d'achat du blé, puisque la Confédération lui donne ce droit; il surveillera ce qui se passe dans les contrats entre les meuniers et ceux qui achètent les farines, les opérations des boulangers et la façon dont les prix de vente du pain sont réglés.

Cette surveillance, comment voulez-vous qu'elle s'exerce? Lorsqu'on a prévu que ce contrôle serait plus difficile que le jeu du monopole, on a répondu: «Nous avons des agents sous la main, les douaniers, qui feront cette opération et contrôleront tout.»

Sont-ce les douaniers qui vont contrôler les prix de vente, les contrats de vente des meuniers? Sont-ce les douaniers qui vont contrôler le prix de revient de fabrication du pain et le prix de vente de localité à

localité? Examiner quand ils seront surfaits et quand la surveillance de la Confédération nécessitera une intervention? Nous aurons des douaniers dans tous les villages et toutes les cités du pays; le pays sera couvert de ces agents et je vois l'importance de cette armée des douanes, répandue sur tout le pays, pour exercer la surveillance que la constitution prévoit et que le Conseil fédéral propose. Voyez jusqu'où va s'étendre cette intervention de l'Etat: Ensuite, la Confédération règle l'importation de la farine panifiable, ce qui veut dire qu'elle pourra, le cas échéant, abaisser la taxe douanière sur les farines panifiables pour faire concurrence à d'autres farines dans le pays, pour chercher à lutter contre les abus des meuniers eux-mêmes et empêcher que des trusts ne viennent faire la loi à l'intérieur. On permettrait ainsi d'introduire des farines avec des taxes douanières abaissées pour qu'elles puissent faire concurrence aux meuniers. Je ne vois pas ce que deviendraient les blés du pays dans ce cas; mais enfin, je reconnais et je souligne le droit que la Confédération aurait dans ce domaine. Elle peut encore établir le monopole de l'importation de la farine. Nous avons la solution du monopole et nous y rentrons par le monopole privé; car on y ajoute un monopole d'Etat quand même. Après tous vos efforts, toutes vos tentatives, toutes vos recherches, avec tout ce que vous avez mis en œuvre pour arriver à une solution sans monopole vous arrivez avec le monopole d'importation de la farine de l'Etat, en plus du monopole privé accordé aux meuniers.

Puis enfin, la Confédération accorde des facilités aux meuniers pour réduire leurs frais de transport.

Le produit des droits statistiques sera chargé de couvrir les dépenses. Je m'arrête sur ce point.

Non seulement, on a eu de la peine à trouver une solution, et l'on n'a pas trouvé une solution qui défende sérieusement le consommateur, mais on a eu quelques difficultés à trouver de l'argent, car il en fallait pour encourager l'agriculture.

Où prendre cet argent? Les paysans disaient, au premier abord, une fois le monopole rejeté: «Nous allons frapper l'importation des blés et mettre des taxes douanières élevées pour trouver l'argent nécessaire.» Mais ils ont compris que le consommateur serait frappé trop directement et que la solution n'était pas solide. Il s'est trouvé quelqu'un pour résoudre ce problème d'une façon, dit-on, habile. C'est la qualité essentielle de la politique fédérale: c'est d'être habile. Il faut bien arracher une dent au peuple, mais sans douleur. C'est là l'essentiel. Il y a longtemps que dans nos communes, nos cantons, et dans la Confédération, on connaît le procédé. Au lieu de faire une opération franche, on cherche une solution qui n'embarrasse pas; au lieu de prendre 10, 12, 14 millions, à la frontière sur les blés, eh bien, on les prendra sur les blés, sur les sucres, sur les chocolats, sur les souliers, sur les vêtements, sur les matières nécessaires à l'industrie! on les prendra un peu partout, sans trop nettement laisser percer l'intervention brutale de l'Etat, et nulle part on ne s'en apercevra!

Maïs, j'en reviens au négoce. Est-ce que quelqu'un aurait la naïveté, est-ce que M. le chef du Département fédéral des finances aurait la naïveté (Une voix: Oh! il ne l'aura pas certainement, lui!) de croire qu'on va, aux frontières, prélever 10, 12 millions et que cette intervention à la frontière n'aura pas de répercussion sur le prix des marchandises à

l'intérieur? Est-ce que vous vous imaginez que le négociant va dire: « Je paie des droits d'entrée un peu plus élevés qu'auparavant sur les chaussures, sur les draps, le linge, etc., mais c'est si peu de chose que je veux les supporter moi-même! » Mais, c'est contraire à l'esprit du négociant! Le négociant recherche des occasions, des excuses, des prétextes, et il est à l'affût de ces prétextes pour augmenter le prix de sa marchandise et si on lui offre un petit prétexte, il en tirera de grosses conclusions. M. le chef du Département des finances, M. Musy, dira: « Ce n'est rien! » Le négociant, lui, ne dira pas: « Je paie tant pour mille de plus qu'auparavant, je suis forcé d'augmenter de tant pour mille le prix de ma marchandise. » Si cette taxe douanière est de 3 ‰, il augmentera, lui, de 3 ‰; et vous aurez un renchérissement, non seulement sur le blé, mais sur toutes les marchandises, sur les matières premières industrielles aussi. Quand tout aura ainsi augmenté, c'est 2, 4, 6, 10 fois même cette augmentation que le consommateur payera. On sait bien qu'il s'y est habitué avec les 210 millions prélevés aujourd'hui à la frontière; et vous l'avez bien habitué, bien entraîné à payer et sans qu'il s'en rende compte. Seulement, il faut être prudent; les meilleures choses ont une fin. Grâce aux conjonctures industrielles et économiques de l'étranger, nous avons pu, jusqu'à cette heure, défendre plus ou moins bien nos industries d'exportation. M. Fazan nous a dit: « Toutes ces taxes, en somme, ce n'est pas nous qui les paierons; c'est ainsi que les taxes qui frapperont les matières industrielles vendues à l'étranger seront payées par l'étranger. » Souvent, on nous raconte cela; mais M. Fazan ne vit pas dans un milieu industriel et je ne sais pas s'il se rend compte que nos industries d'exportation sont elles-mêmes sans cesse en butte à la concurrence étrangère et que toute élévation du prix de revient de nos produits industriels menace nos exportations et profite à la concurrence étrangère.

Je pourrais en citer un exemple extrêmement frappant et qui est très récent. Nous assistons, à la Chaux-de-Fonds, à une bataille qui aboutira à la grève, parce que les patrons de la boîte or ne veulent pas accorder des vacances payées à leurs ouvriers. Ils disent: « Nous ne pouvons pas le faire; si nous le faisons, nous renchérissons nos marchandises et nous ne pourrions plus lutter contre l'étranger. »

Il y a donc là un danger que nous avons déjà accru par nos tarifs douaniers actuels. Les 210 millions payés à la frontière pèsent sur les exportations en soieries, broderie, horlogerie, mécanique. Nos exportateurs le savent bien et c'est ce poids qu'on veut augmenter encore. Non seulement, ce poids pèsera sur le consommateur lui-même directement, mais sur nos industries d'exportation. Ne vous fiez pas trop à la chance. Jusqu'à ce jour, dans ce domaine, le consommateur a été trop frappé. Nos industries d'exportation ont des charges trop lourdes. Cela pourrait aboutir à une crise. Evidemment, on peut sourire. On peut dire: « Nous avons bien réussi jusqu'à aujourd'hui. » M. Musy lui-même peut penser: « J'ai bien réussi avec mes 210 millions; personne ne s'en plaint. On voudra bien accepter encore 10 millions de plus. » Il y a là une charge qui menace d'une manière générale le consommateur. Si je me résume, j'aboutis à ceci, c'est que le projet actuel établit une intervention de l'Etat plus généralisée, plus complète, plus dangereuse et plus désagréable que le projet du

monopole rejeté par le peuple. Celui-ci n'a pas repoussé le monopole uniquement parce que c'est le monopole; il l'a repoussé, parce qu'il ne veut pas l'intervention de l'Etat. (M. Berthoud: Mais non!) Ah! c'est M. Berthoud qui interprète la volonté du peuple! Vous voudrez bien m'en indiquer les raisons? (M. Berthoud: Aussi bien que vous, M. Graber.) Mais, M. Berthoud, c'est moi qui ai la parole; les arguments avancés par la presse qui repoussait le monopole n'étaient-ils pas tous basés sur l'intervention de l'Etat? On a parlé du nombre des fonctionnaires, des gendarmes qui devaient intervenir. C'est dans ce sens qu'on a surtout agi. M. Berthoud, qui est grossiste, a surtout repoussé la solution avec monopole, parce qu'il craignait qu'un frein fût mis aux agissements des grossistes; on craignait, peut-être, de voir un jour les grossistes en vin attaqués également, — il n'y a pas de risque de ce côté. Nous pensons donc que cet argument a pesé très lourdement. Or, on n'a fait que d'accentuer cette intervention dans le projet actuel. Pour cette raison, nous ne pensons pas qu'il soit possible de dire qu'en le soutenant, on respecte mieux la volonté du peuple. Les intéressés directs, les paysans eux-mêmes, finissent par déclarer qu'ils ont infiniment plus de confiance dans le monopole — et ils ont raison de le dire — que dans le projet compliqué présenté par M. Musy. Le consommateur lui aussi a bien plus confiance dans le monopole. En somme, personne n'a une très grande confiance dans le projet, si ce n'est son auteur, M. Musy. Et encore, j'en doute.

Nous avons raison de dire: présentons au peuple cette fameuse initiative sans monopole et nous verrons bien si le peuple en veut. Comme le peuple la repoussera certainement, il faudra revenir au monopole. Il me paraît que c'est la conclusion logique. Nous proposons donc de ne pas présenter de contre-projet à cette initiative. Laissez le peuple se prononcer clairement. S'il repousse un projet ne prévoyant pas l'intervention de l'Etat, un projet sans monopole, vous aurez alors à rechercher une solution et, pour nous, la seule possible, c'est celle du monopole. Nous aimerions donc charger le Conseil fédéral, une fois cette initiative repoussée, de remettre au travail un projet qui soit clair, pratique, qui défende les producteurs, les consommateurs et qui réduise au minimum l'intervention de l'Etat.

Balmer: Ich möchte vorerst dem Herrn Kommissionspräsidenten Herrn Dr. Meyer für seine anerkennenden Worte danken, die er gestern in der Einleitung in bezug auf mein Projekt vom Jahr 1923 ausgesprochen hat.

Wir haben im Jahre 1927 im ganzen 40,000 Waggons Auslandsgetreide importiert zu einem Einstandspreise von 32 Fr. 50 per 100 kg. In diesem Einstandspreise sind die Verwaltungskosten der Getreideverwaltung inbegriffen. Der Weizen wurde zu einem Durchschnittspreis von 37 Fr. 50 per 100 kg verkauft; wir haben somit einen Zuschlag von 5 Fr. auf 100 kg Auslandsgetreide und dieser Zuschlag ergibt auf das ganze importierte Quantum einen Bruttogewinn von 20 Millionen Franken. Aus diesen 20 Millionen Franken wurden ausgegeben: 9 Millionen Franken für Zoll- und Auslandfrachten auf dem Auslandsgetreide, der Ueberpreis auf dem Inlandgetreide im Betrage von 4,857,000 Fr., 2,280,000 Fr. für Lager-

und Unterhaltskosten der Getreidereserven und 167,000 Fr. für die Durchführung der Mahlprämie. Die Mahlprämie selbst ist in den letzten beiden Jahren aus der Bundeskasse bezahlt worden. Dazu kommen 151,000 Fr. Beiträge an die Transportkosten von Mehl in die Gebirgsgegenden, die Reduktion des Inventarwertes unserer Getreidebestände auf 31. Dezember 1927 mit $3\frac{1}{2}$ Millionen Franken, insgesamt 20 Millionen Franken. Wenn von diesen 20 Millionen Franken der Zoll und die Auslandsfrachten in Abzug gebracht werden, so bleiben noch 11 Millionen Franken. Dazu kommen eine halbe Million Franken Verwaltungskosten und 4 Millionen Franken für die Mahlprämie, zusammen $15\frac{1}{2}$ Millionen Franken. Das Getreidemonopol im letzten Jahre hat uns somit $15\frac{1}{2}$ Millionen Franken gekostet, wovon 4 Millionen Franken zulasten der Bundeskasse und $11\frac{1}{2}$ Millionen Franken zulasten unserer Brotkonsumenten gingen.

Die neue Verordnung bringt uns eine billigere und bessere Lösung. Der Zuschlag von 5 Fr. per 100 kg fällt in Zukunft weg und das Brot wird um 5 Fr. per 100 kg Auslandgetreide billiger werden. Die Kosten für den Ueberpreis auf dem Inlandgetreide, die Lagerung usw. werden nach der neuen Ordnung durch die Erhöhung der statistischen Gebühren bestritten. Die Erhöhung der statistischen Gebühr von 2 auf 5 bzw. 10 Rp. pro 100 kg Auslandgetreide ist durchaus erträglich und belastet niemand schwer. Wir beziehen an statistischer Gebühr 4 Rp. statt 2 Rp. auf dem Kilozentner Kohle, 10 Rp. statt 2 Rp. auf einem Kilozentner Mehl im Wert von 30 bis 40 Fr., 10 Rp. statt 2 Rp. auf einem Hektoliter Wein im Wert von 150 bis 200 Fr., 10 Rp. auf einem Kilozentner Kaffee im Werte von 300 bis 600 Fr. Die Erhöhung der statistischen Gebühr drückt niemand und belastet wenigstens nicht die Brotkonsumenten.

Die neue Ordnung ist kein Monopol, wie Herr Graber soeben ausgeführt hat. Nicht der Bund, sondern die freie Konkurrenz führt das Getreide ein; nicht der Bund, sondern die freie Konkurrenz macht in Zukunft den Brotpreis. Ein Monopol dagegen ist das, was Herr Graber mit seiner Motion anstrebt, die er soeben eingereicht hat: Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Entwurf einzubringen, durch welchen dem Bund das ausschließliche Einfuhrrecht für Brotgetreide und seine Mahlprodukte übertragen wird.

« Was lange währt, wird endlich gut », dieses alte Wort hat wohl auch für unsere neue Getreideordnung Geltung. Die neue Lösung darf als überaus glücklich bezeichnet werden und wir schulden dem Bundesrat und allen Organen, die mitgeholfen haben, diese Lösung zu finden, besonders Herrn Oberzolldirektor Gaßmann, unseren Dank. Wer es einigermaßen aufrichtig und gut mit unserer Landwirtschaft meint, wird dieser Lösung zustimmen müssen. Ich bin überzeugt, daß endlich der Boden gefunden ist, auf welchem sich Freunde und Gegner des Monopols wieder zusammenfinden können, und ich habe die beste Hoffnung, daß auch schließlich Herr Graber und seine Parteifreunde dieser Lösung zustimmen werden. Denn was nützt uns der Staatssozialismus, wenn er dem Arbeiter und dem Volke teures Brot bringt?

Ich stehe auf dem Boden der neuen Lösung und stimme ihr zu.

Meili: Gestatten Sie mir, mit einigen Worten die Stellung der Landwirtschaft zu der vorliegenden Frage zu skizzieren. Wir sind am 6. Dezember 1926 aus Ueberzeugung bei den Monopolfreunden gestanden. Es ist dabei kaum nötig zu sagen, daß wir das nicht um des Monopols willen getan haben, sondern weil wir im Getreideeinfuhrmonopol die einfachste, billigste und sicherste Lösung der Getreidefrage erblickt haben. Dieser Ansicht sind wir zwar auch heute noch, und die Verhandlungen in der Kommission und die übrigen seitherigen Verhandlungen vermochten uns nicht davon abzubringen. Aber das Monopol ist nun verworfen; zwar mit kleinem Mehr, aber es ist verworfen und nach unseren demokratischen Grundsätzen haben wir daher die Pflicht, dem Volke einen andern Weg zu weisen. Man hat es ja auch schon anders gehalten und das Gleiche oder annähernd das Gleiche zweimal gebracht, ein Vorgang, der aber offenbar nicht das Normale ist. Und wenn man einen andern Weg findet, so soll man ihn gehen.

Weil es wirklich rein sachliche Gründe waren, die uns im Dezember 1926 zu den Monopolfreunden gesellten, weil es uns nicht, wie den Sozialdemokraten, um das Monopol zu tun war, sondern um die Vorteile, die mit dem Monopol verbunden sind, so können wir uns auch jeder andern Lösung anschließen und uns mit ihr sogar befreunden, wenn sie dieselben Vorteile bringt, durchführbar ist, den Zweck erfüllt und, entschuldigen Sie den Egoismus, den Ansprüchen der Landwirtschaft gerecht wird. Nach unserer Auffassung trifft das für die vorliegende Vorlage zu, nicht bei der Initiative natürlich, von der möchte ich kein Wort sprechen, sie ist ja auch von ihren Vätern verlassen worden und wir sind ihnen dankbar dafür. Die Vorlage, wie sie nun von der Kommission redigiert ist, bringt in der Tat ungefähr das, was von einem Verfassungsartikel zur Sicherung der Brotversorgung des Landes verlangt werden muß. Dieser Verfassungsartikel gestattet die Anlage von Vorräten, durch den Bund einerseits, durch die Müller, den Handel andererseits, usw. Wir sind da nicht einmal an die zwei bis drei Monate gebunden, von denen man bisher gesprochen hat. Je nach den Verhältnissen kann man für kürzere oder längere Zeit Vorräte anhäufen. Der Verfassungsartikel postuliert sodann die Förderung des inländischen Getreidebaues, aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß das, was wir im Lande selber haben, uns am nächsten liegt, daß der Spatz in der Hand besser ist, als die Taube auf dem Dache. Als wertvolle Ergänzung dieser Förderung des inländischen Getreidebaues betrachten wir das, was die Kommission, im Einverständnis mit dem Bundesrat, in ihren Verhandlungen zugefügt hat, die Unterstützung der Saatzucht und die Beschaffung vorzüglichen Saatgutes. In dieser Beziehung haben wir schöne Anfänge, wir haben eine große Zahl vorzüglicher Getreidesorten, wir haben im Flachland Saatzuchtgenossenschaften, wir haben die Feldbesichtigung und die Kontrolle durch die Versuchsanstalten usw. Der Artikel sieht ferner die Förderung der Selbstversorgung vor. Das Bauernbrot soll nicht aussterben, sondern im Gegenteil wieder allgemeiner werden; es ist das beste und billigste Brot und hat eine gewisse nationale Bedeutung. Bei der Förderung der Selbstversorgung sollen die Gebirgsgegenden besonders berücksichtigt werden, weil dort auch besondere Schwierigkeiten zu überwinden sind und für

sie der Getreidebau zufolge ihrer Lage eine besondere Bedeutung hat. Für sie ist deshalb ein höherer Preis und eine höhere Mahlprämie vorgesehen. Zwar nennt der Verfassungsartikel selber weder den Ueberpreis noch die Mahlprämie, doch ist man grundsätzlich darüber einig; auch über die Ansätze bestehen keine Meinungsdivergenzen. Man will mindestens auf das bisherige Maß gehen, 8 Fr. 50 Ueberpreis und 5 Fr. Mahlprämie, mit Zuschlägen für die Gebirgsgegenden.

Der Verfassungsartikel garantiert im weiteren die Abnahmepflicht des Bundes einerseits und die Ueberwälzung an die Müller andererseits. In dieser Uebernahmepflicht des Bundes liegt natürlich weitaus das wirksamste Mittel zur Förderung des Getreidebaues; ein gesicherter Absatz zu ordentlichen Preisen, eine unparteiische Beurteilung, der Bund als Mittelsmann zwischen Bauer und Müller animieren natürlich außerordentlich zur Ausdehnung der Getreideanpflanzung. Auch die Müllerei erhält ihre Garantie; «der Bund sorgt für die Erhaltung der inländischen Müllerei», heißt es ausdrücklich im Verfassungsartikel. Und es liegt ja durchaus diese Sorge im Rahmen und Zweck der Vorlage; denn ohne Müllerei keine gesicherte Brotversorgung. Und endlich ist auch den begreiflichen und bis zu einem gewissen Grade berechtigten Befürchtungen der Konsumenten Rechnung getragen worden, den Befürchtungen, es könnte die Pfeife für sie unter Umständen etwas zu teuer bezahlt werden. Der Bund wird speziell beauftragt, für die Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten zu sorgen. Wie er das tut, das festzulegen, ist Sache des Gesetzes. Der Verfassungsartikel gibt dem Bund das ausdrückliche Aufsichtsrecht und es sollte gestützt darauf nicht schwer sein, im Gesetz die nötigen Bestimmungen festzulegen. Dieses Aufsichtsrecht kann nur verstanden werden als Recht zur Kontrolle, als Recht zur Verhütung von Mißständen, als Recht zu Verboten und zu Strafen. Es bietet dieses Aufsichtsrecht unserer Ansicht nach völlige Sicherheit gegen Mißbräuche gegenüber den Konsumenten, und deshalb erscheint uns der Antrag Reinhard in dieser Beziehung nicht als nötig, daß dem Konsumenten schädliche Abmachungen im Müller- und Bäckergerwerb für ungültig erklärt werden können, d. h. daß dem Bundesrat die Möglichkeit dazu vorbehalten werde. Er erscheint uns insofern sogar als gefährlich, weil er eine ungenügend klare Fassung besitzt und weil seine Auswirkungen völlig unabgeklärt sind.

Daß der Bundesrat zur Sicherung der Zwecke dieser monopolfreien Vorlage und zum Schutze gegen die Uebervorteilung der Konsumenten nicht ohne den Vorbehalt des Mehleinfuhrmonopols auskommt, ist vielleicht nicht gerade die stärkste Seite dieser monopolfreien Vorlage. Wir sind aber einverstanden damit, daß man sich beide Wege vorbehält zum Schutze der Konsumenten gegen zu teures Mehl: Zollerhöhung einerseits und alleiniges Einfuhrrecht des Bundes für Mehl, andererseits die Möglichkeit für den Bundesrat, gegebenenfalls das Mittel zu ergreifen, das unter den dannzumaligen Verhältnissen rasch und sicher wirkt: Das wird in der Regel die Zollbelastung sein, vielleicht Prohibitivzölle, die von heute auf morgen aufgestellt und geändert werden können und somit ein sofort wirksames Mittel sind. Es kann aber auch einmal das Mehleinfuhrmonopol das geeignete Mittel sein.

Was die Deckungsfrage anbetrifft, so stimmen wir der Erhöhung der statistischen Gebühr zu, und zwar glauben wir, daß die ganze statistische Gebühr zur Förderung des inländischen Getreidebaues bestimmt werden sollte, und nicht nur die Erhöhung. Das muß nach zwei Richtungen beruhigend wirken: dem Produzenten gibt es die Garantie, daß die Mittel zur Förderung des inländischen Getreidebaues allezeit vorhanden sind; dem Konsumenten gibt es die Beruhigung, daß die statistische Gebühr, die ja eine Belastung des allgemeinen Lebens bedeutet, nicht später einmal ungebührlich ins Ungemessene erhöht wird, wenn vielleicht einmal nicht genug Geld vorhanden ist für irgend eine andere Sache, und man denkt, es bequem aus der statistischen Gebühr herauszuholen. Von diesem Standpunkt aus erscheint es uns deshalb unbegreiflich, daß von sozialdemokratischer Seite aus in der Kommission der Antrag gestellt wurde, die statistische Gebühr nicht zu diesem Zweck heranzuziehen, und die Mittel aus der Bundeskasse zu nehmen, die 10 Millionen, die wir ungefähr nötig haben, welcher Antrag, wie ich höre, auch im Rat eingebracht werden soll. Es scheint uns eine Entlastung der Konsumenten zu sein, wenn wir festlegen, daß man die ganze Gebühr zur Getreideversorgung heranziehe, deren Erhöhung später somit ausgeschlossen ist. Summa summarum muß man anerkennen, daß die bundesrätliche Vorlage, wie sie von der Kommission redigiert worden ist, ohne große Unebenheiten den Zweck erfüllt, den sie hat: Sicherung der Brotversorgung des Landes. Sie versucht es mit zwei Mitteln: Lagerung einerseits, Förderung des Getreidebaues andererseits, von welchen jedes für sich dazu geeignet ist. Sie dienen beide dem gleichen Haupt- und Endzweck: Sicherung der Brotversorgung. Gestatten Sie, daß ich das wieder einmal in den Vordergrund stelle: das Primäre ist die Sicherung der Brotversorgung des Landes und das Sekundäre ist die Förderung des Getreidebaues; Sicherung der Brotversorgung ist der Zweck, Förderung des Getreidebaues das Mittel zum Zweck. Dabei wollen wir durchaus anerkennen, daß mit dieser Förderung des Getreidebaues eine Sicherung eines großen Teils der Landwirtschaft verbunden ist: 100,000 Bauernbetrieben wird dadurch die Existenz gesichert und zum Teil auch erst ermöglicht.

Auf Grund all dieser Erwägungen, die ich nur ganz kurz habe streifen können, kommen wir Landwirte dazu, der monopolfreien Vorlage zuzustimmen, und ich möchte zum Schluß nicht unterlassen, zur Beruhigung oder als Trost an die bisherigen Monopolanhänger — ich glaube, das dürfte auch für die Sozialdemokraten ein Trost sein — zu sagen, daß all das Geld und die Aufregung anlässlich der Abstimmung und die bisherigen Verhandlungen nicht vergeblich gewesen sind. Die Sache ist damit besser geworden, man hat wirklich gelernt. Es liegt heute eine monopolfreie Lösung vor, die wir vor Jahren niemals erhalten hätten, die nie möglich gewesen wäre. Die Lage ist abgeklärt worden; die Vorlage wird allen Bevölkerungsschichten gerecht, den Müllern, den Bauern, den Konsumenten und vor allem dem ganzen Lande. Mögen Sie nach den Lehren des Krieges die Worte des Bundesrates beherzigen, der erklärt hat, daß die Förderung des Getreidebaues eine nationale Pflicht sei, und mögen Sie der Vorlage zustimmen, die ein geeignetes Instrument ist zur

Erfüllung dieser nationalen Pflicht. Ich beantrage Ihnen also Eintreten und möglichst unveränderte Annahme der Vorlage.

Sulzer : Mit seiner letzten Getreidebotschaft hat sich der Bundesrat vorbehaltlos auf den Boden der monopolfreien Lösung der Getreidefrage gestellt. Er hat in dieser Botschaft über das Wesen und Wirken der beiden Wirtschaftsformen, des Monopols einerseits, der freiwirtschaftlichen Lösung andererseits, eine Anzahl Ausführungen gemacht, die wir in allen Teilen nur billigen und gutheißen können. Er hat damit die Getreidefrage all der Vorurteile und irrigen Auffassungen entkleidet, in die sie allzu lange gehüllt war.

Wir haben stets und konsequent den Standpunkt vertreten, den auch der Bundesrat heute einnimmt, aus der Ueberzeugung heraus, daß die monopolfreie Lösung grundsätzlich diejenige sei, die dem Lande am besten diene.

Dem Entwurf der Initianten hat nun der Bundesrat einen Gegenentwurf gegenübergestellt, der heute Gegenstand der Beratung ist. Ueber das, was diese Vorlage der Landwirtschaft bringt, will ich mich nicht weiter aussprechen, das ist bereits von anderer Seite geschehen. Die Vorlage erfüllt in weitgehendem Maße die Begehren der Landwirtschaft, und wir sind an sie herangetreten mit dem Wunsche, daß damit der Boden der Verständigung gefunden sei und daß gegensätzliche Anschauungen, die wir stets in ehrlichster Ueberzeugung vertreten haben, darin ihren Ausgleich und ihre Lösung finden. Wir haben es aufrichtig bedauert, daß gegensätzliche Anschauungen allzu lange eine Spaltung innerhalb der bürgerlichen Parteien herbeigeführt haben, die durch das einmütige Zusammenstehen aller bürgerlichen Parteien zur heutigen Vorlage beseitigt werden sollte. Soviel zur allgemeinen Lage.

Was nun die heutige Vorlage als von Grund auf neu kennzeichnet, das ist die Lösung der Deckungsfrage, und dazu gestatte ich mir einige nähere Ausführungen. Das Monopol hat die sämtlichen Kosten für den Ueberpreis und die Mahlprämie, für Frachterleichterungen und andere Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft auf seinem Abgabepreis in Anrechnung gebracht. Es hat damit die Brotkonsumenten im Verhältnis ihres Verbrauches mit diesen Kosten voll belastet. In analoger Weise wollte die Expertenkommission, die die monopolfreie Lösung begutachtet hat, durch die Mahlabgabe diese Belastung ebenfalls auf die Brotkonsumenten verteilen. Das war eine offene Darlegung dessen, was in verdeckter Weise im Monopol tatsächlich stets gehandhabt worden war. Die Vorlage des Bundesrates schlägt nun hier einen ganz neuen Weg ein, den sie in der Botschaft eingehend begründet: die Deckung soll durch die erhöhte statistische Gebühr auf dem gesamten Grenzverkehr erfolgen. Der Bundesrat hat es für schwierig erachtet, aus psychologischen wie aus taktischen Gründen, eine Mehlabgabe in seine Vorlage hineinzunehmen, obwohl das in Wirklichkeit, und das muß festgestellt werden, gar nichts anderes gewesen wäre, als was im System des Monopols, nur in anderer Form, ebenfalls enthalten war. Aber mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die der Bundesrat mit Recht erkannte, hat er den neuen Deckungsvorschlag gemacht.

Es ist einleuchtend, daß die erhöhte statistische Gebühr hauptsächlich und einseitig Handel und Industrie trifft; ganz überwiegend die Industrie. Darüber sind wir uns heute vollkommen klar. Die Industrie ist daher an die Prüfung dieser Fragen nicht ohne Bedenken herangetreten. Insbesondere der Exportindustrie werden durch die erhöhte statistische Gebühr sehr namhafte Belastungen auferlegt, und das würde in doppeltem Maße der Fall sein, wenn diese erhöhte Gebühr nicht nur auf der Einfuhr der Rohstoffe und Halbfabrikate, sondern auch auf der Ausfuhr der fertigen Waren erhoben würde, wie das im Entwurf ursprünglich geplant war. In einem Zeitpunkt, wo andere Länder durch weitgehende positive Maßnahmen alles tun, um ihre Exportindustrie zu schützen und den Export zu fördern, erschiene es in der Tat als eine verkehrte Wirtschaftspolitik, wenn diese Industrien bei uns von Staats wegen in vermehrtem Maße belastet würden. Das haben wir bei der Vorberatung des Entwurfes pflichtgemäß zum Ausdruck gebracht, und ich konstatiere gern, daß wir seitens der Vertreter des Bundes in dieser Richtung Verständnis für unsere Bedenken gefunden haben. Die Erhöhung ist nunmehr, wie aus der Detailvorlage hervorgeht, abgestuft in dem Sinne, daß schwere Güter, Massengüter vor allem, weniger hoch belastet werden als leichtere Waren und Fabrikate. Zudem ist der Bundesrat in einer allgemeinen Zusatzbestimmung ermächtigt, gewisse Erleichterungen zu gewähren. Es wird nötig sein, wie in der Beratung der Kommission hervorgehoben wurde, daß solche Erleichterungen gewährt werden im gesamten volkswirtschaftlichen Interesse, insbesondere und in erster Linie für die Exportindustrie, aber auch für den Veredlungsverkehr, für den Transitverkehr und für eine Reihe anderer Fälle. Die Vorlage bestimmt, daß der Ertrag der statistischen Gebühr dazu beitragen werde, die Kosten der Getreideversorgung zu decken. Nachdem hier nun keine restlose Deckung verlangt wird, ist ein weiteres Bedenken, das wir mit Recht haben mußten, bis zu einem gewissen Grade gemildert worden. Das ist nun eine Fassung, die annehmbar erscheint, und in der Erwartung, daß von diesen Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat entsprechender Gebrauch gemacht werde, ist die Industrie nunmehr bereit, das ihr zugedachte Opfer zu tragen. Die schweizerische Handelskammer, als Vertreterin von Handel und Industrie, hat sich nach eingehender Aussprache einhellig auf diesen Standpunkt gestellt. Wir wollen damit Hand bieten zur Verständigung, zur Beendigung des Haders, der allzulange die bürgerlichen Parteien entzweite. Wir wollen damit die Getreidefrage ihrer endgültigen und richtigen Lösung entgegenführen, und wir hoffen, daß das ganz besonders in der Landwirtschaft gewürdigt werde.

Wir haben erwartet, daß nun eigentlich alle Parteien dieser Lösung zustimmen würden. Sie bringt ja nicht nur der Landwirtschaft, sie bringt vor allem auch der Gesamtheit der Konsumenten bleibende Vorteile. Nicht nur ist es der Vorteil des freien Wettbewerbes, der im Handel ganz gewiß dazu führen wird, daß wir möglichst billige Preise erzielen, es ist vor allem der Vorteil der Entlastung der Konsumenten vom Ueberpreis und der Mahlprämie, und darin darf eine Neuerung von ganz erheblicher sozialer Tragweite erblickt werden. Man sollte daher glauben, daß

insbesondere auch die Vertreter der sozialdemokratischen Partei dieser Lösung zustimmen müßten, und wir bedauern, daß das aus doktrinären Gründen nicht der Fall ist. Wir bedauern, daß bei der Beratung dieser Frage in der Kommission ein Mißtrauen zum Ausdruck gekommen ist, das wir in keiner Weise verdienen. Es ist dort der Verdacht ausgesprochen worden, daß die Industrie für das Opfer, das sie zu bringen gewillt ist, sich offenbar andere Vorteile zu sichern gewußt habe. Es spricht nicht gerade eine hohe Gesinnung aus einer solchen Aeußerung. Ich wüßte auch nicht, in welcher Weise eine solche Sicherung besonderer Vorteile überhaupt hätte erreicht werden können. Aber ich möchte hier das Bedauern darüber aussprechen, daß durch ein derartiges Mißtrauen die Verständigung natürlich in hohem Maße erschwert wird.

In grundsätzlicher Hinsicht sind gegen die Erhöhung der statistischen Gebühr an sich Bedenken erhoben worden, die ernster Prüfung bedürften. Es ist mit Recht die Frage aufgeworfen worden, ob nicht gewisse Handelsverträge, die wir mit andern Staaten abgeschlossen haben, dieser Erhöhung entgegenstehen. Darauf ist die Antwort erteilt worden, daß die Gebühr in diesen Handelsverträgen nicht gebunden sei, so daß von diesem Gesichtspunkt aus eine Schwierigkeit nicht bestehe. Es ist aber vor allem hingewiesen worden auf die Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf im Jahre 1927, wo allgemein ein Abbau der Erschwerungen, die den internationalen Verkehr belasten, ins Auge gefaßt worden ist, und es ist gewiß eine berechtigte Frage gewesen, ob nicht dem Sinn und Geist jener Abmachungen zuwider gehandelt werde durch die geplante Erhöhung. Wenn wir beachten, daß diese Erhöhung 10 Millionen ergeben soll, also 5 % des gesamten Zollertrages von 200 Millionen, so erkennen wir schon aus dieser Zahl die materielle Bedeutung der Vorlage, und ich glaube, nur der Zweck, den wir mit der Erhöhung der statistischen Gebühr erreichen wollen, der gute und richtige Zweck rechtfertigt es, daß wir sie trotzdem als annehmbar betrachten.

Es sind in letzter Zeit gegen die Vorlage selbst noch eine Reihe von Einwänden aus Konsumentenkreisen erhoben worden. Es ist hingewiesen worden auf die Handelsgewinne, die unter der monopolfreien Lösung in weitergehendem Maße gemacht werden könnten als sonst. Ich glaube, meine Herren, das Umgekehrte ist der Fall. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Freigabe des Getreideankaufes zu einem gesunden Wettbewerb führen wird, der letzten Endes dem Lande und den Brotkonsumenten nur zum Vorteile gereichen wird. Es ist hingewiesen worden auf Preisabreden der Müller und der Bäcker. Ich bin überzeugt, daß derartige Preisabreden viel leichter möglich sind unter dem Monopol als in der freien Wirtschaft, weil unter dem Monopol eben die Einheitlichkeit des Preises für das Getreide besteht, weil die Monopolverwaltung dieses zu einheitlichen Bedingungen abgibt und damit gerade die Grundlage schafft für derartige Preisabmachungen. Wenn in dieser Beziehung heute wirklich Mißstände bestehen, so sind sie ja gerade unter dem Regime des Monopols entstanden, das wir nun endlich abschaffen wollen. Gerade das Monopol mit seinen gleichmachenden Tendenzen ist der Boden, der derartige Dinge fördert.

Ich bin durchaus mit der Tendenz einverstanden,

daß die Konsumenten geschützt werden sollen, aber wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Ich glaube, es wäre verfehlt, grundsätzlich gegen Preisabreden vorzugehen. Man wird sie grundsätzlich nicht verwerfen dürfen; was aber unzulässig ist, das sind Preismargen, die über ein vernünftiges und richtiges Maß hinausgehen. Diesen Standpunkt müssen wir festhalten, hier muß eingesetzt werden, und die Vorlage enthält nun auf Grund der Kommissionsberatung eine Bestimmung, die meines Erachtens hier die nötige Sicherheit gibt und die nötige Beruhigung schaffen soll. Aber wir dürfen nicht mit derartigen Argumenten eine Lösung bekämpfen, die sicherlich gut ist, die die beste ist, die gefunden werden konnte. Die Annahme dieser Lösung wird das Land von einer Sorge befreien, die lange auf ihm gelastet hat. Die Verwerfung der Vorlage wäre verhängnisvoll; sie würde neue Kämpfe und neue Zersplitterung herbeiführen. Als Vertreter derjenigen Wirtschaftsgruppe, die bei dieser Lösung ein besonderes Opfer zu bringen hat, um sie überhaupt zu ermöglichen, halte ich mich für berechtigt, Herr Präsident, meine Herren, einen starken Appell an Sie zu richten, für die Vorlage mit allen Kräften einzutreten.

Held: Gestatten Sie auch einem Berner Bergbauern, zu dieser Vorlage einige Worte zu äußern. Herr Kollega Meili hat zwar den Standpunkt der Landwirtschaft und ihrer Vertreter hier im Rate und in der Kommission unzweideutig klargelegt. Ich möchte daher seine Ausführungen über die Frage unserer grundsätzlichen Einstellung nicht wiederholen, sondern nur bestätigen, daß, wie der Bauer in der Ostschweiz, so auch der Bauer im Flachland des Kantons Bern, der durch den Getreidebau auf diesem Zweige sein Auskommen sucht, wie aber auch der Bergbauer, der nicht für den Bund anpflanzt, sondern Selbstversorgung treibt und dem die Mahlprämie eine Vergünstigung bringt, daß auch dieser Bergbauer das langersehnte Ziel, die definitive Lösung der Getreidefrage erhofft. Wir glauben, es habe nun lange genug die Zeit des Provisoriums gedauert, nachdem die Monopolvorlage verworfen worden ist, und es dürfte nun endlich die definitive Lösung kommen.

Ich muß anerkennen, daß der Bundesrat und mit ihm alle Kreise, die an der nunmehrigen Vorlage gearbeitet haben, sich alle Mühe gegeben haben, einen für unsere Bauern vollwertigen Ersatz zu finden für das leider verworfene Monopol. Wenn uns, wie dies soeben Herr Kollega Sulzer gesagt hat, diese Zusicherungen schon früher gegeben worden wären, so wäre jedenfalls der Kampf um das Monopol nicht entbrannt. Es freut uns, daß uns die Vertreter der Industrie diese Zusicherung geben und die Forderungen der Landwirtschaft gutheißen. Wir freuen uns auch, daß nebstdem auch die volkswirtschaftlichen Postulate auf Schutz der einheimischen Müllerei gewährleistet werden, und daß auch die Konsumentenschaft durch die versprochene Kontrolle des Handels und Verkehrs mit Brotgetreide und Backmehl zu ihrem Rechte kommt. Ich glaube, sie brauchen vor einer Verteuerung des Brotes nicht Angst zu haben, denn die in der Vorlage geschaffenen Garantien sollen hinreichend sein, um auf diesem Gebiete keine Enttäuschungen aufkommen zu lassen. Machen wir nach den Anträgen der Minderheit hier Konzessionen, so

entfremden wir uns auf der andern Seite wieder andere Volkskreise, und das Ganze wird dadurch nur gefährdet.

Wir konstatieren mit Genugtuung daß in der nationalrätlichen Kommission von allen bürgerlichen Vertretern eine absolut loyale Haltung eingenommen wurde und daß namentlich auch in bezug auf die Deckungsfrage die hierzu notwendigen Mittel aufgebracht werden sollen durch die Erhöhung der statistischen Gebühr. Diese statistische Gebühr tut ja eigentlich niemandem stark weh und schafft die Mittel zur Stelle, sagen wir 12—14 Millionen Franken, die benötigt werden zur Förderung des Getreidebaues und zur Ausrichtung der Mahlprämie. Diese statistische Gebühr wird aber nicht bloß von der Industrie und vom Handel getragen, sondern sicher auch von der Landwirtschaft, deren Import- und Exportartikel einen beträchtlichen Bestandteil unseres Handels ausmachen. Auch andere weitere Forderungen, die im Ständerat noch nicht definitiv gelöst worden sind, sind nun vom Bundesrat und der Kommission gutgeheißen worden. Es ist dies die Förderung der Zucht von hochwertigem einheimischem Saatgut, das jedenfalls für die Getreideproduktion im Gesamten eine sehr wichtige Rolle spielt. Ich möchte daher dem Wunsche Ausdruck geben, daß die ganze Vorlage auch in diesem Rate nun endlich gutgeheißen würde und daß nachher auch in der Volksabstimmung der gleiche gute Geist walten möge wie bis anhin, und daß so kompetente Persönlichkeiten, wie unser Herr Kommissionspräsident, auch im Abstimmungskampf die Fahne voraustragen möchten.

Nun kommt aber leider von Seite der Sozialdemokratie der Antrag auf Ablehnung, auf Nichteintreten auf die Vorlage. Ich kann diese Haltung wirklich nicht begreifen, nachdem gerade die Herren der Sozialdemokratie in der Junisession so hohe Töne angestimmt haben, um der Landwirtschaft mit allen möglichen Postulaten zu helfen. Haben sie denn vergessen, daß gerade der Getreidebau einen Hauptfaktor bildet in den Existenzbedingungen der Landwirtschaft? Jedenfalls sollten sie doch die Erhaltung des einheimischen Getreidebaues, wenn sie es ernst meinen mit der Erhaltung der Landwirtschaft und der Unterstützung ihrer Forderungen, auf ihrem Programm stehen lassen. Wenn sie glauben, dies nur mit dem Monopol erreichen zu können, gehen sie jedenfalls irre; denn unzweideutig hat nun die Landwirtschaft erklärt, daß ja in erster Linie die Versorgung des Landes mit Brotgetreide, die Sicherung der Brotversorgung komme, dann aber das wichtige Postulat der Landwirtschaft, die Förderung des Getreidebaues und die Ausrichtung der Mahlprämie, in dieser Vorlage diejenige Sicherheit für die Landwirtschaft biete, die sie verlangen müsse, und es würde jedenfalls schwer halten, neuerdings in der Landwirtschaft eine andere Stimmung zu machen, um den Forderungen der Sozialdemokratie auf das Monopol zum Durchbruch zu verhelfen. Ich möchte Sie deshalb ersuchen, dieser Vorlage ohne nennenswerte Abänderungen zuzustimmen.

Nietlisbach: Man hat in den letzten Wochen nicht nur viel von Völkerfrieden, sondern auch von einem Getreidefrieden gesprochen und in Verbindung damit die Vorlage des Bundesrates als ein Werk der Verständigung bezeichnet, Ich stehe nicht an, diesen

Frieden, den die bundesrätliche Vorlage nun gebracht hat, als einen glücklichen und guten zu bezeichnen. Aber wie in so vielen andern Dingen, hat auch der Weg zu diesem Frieden durch den Krieg geführt und nach den bestehenden Verhältnissen durch den Krieg führen müssen.

Wir sind heute alle einig, daß eine Vorlage betreffend Getreideversorgung vor allem die Postulate der Landwirtschaft auf Förderung des inländischen Getreidebaues, und zwar durch die Stipulierung der Abnahmepflicht des Bundes und der Mahlprämie, berücksichtigen muß. Ich glaube, diese Auffassung ist heute Gemeingut aller geworden. Das war nun aber nicht immer so. Ich erinnere Sie an die Beratungen in der Kommission für die frühere Vorlage, an die Kommissionsitzung in Zürich vom Frühjahr 1925, wo man ein monopolfreies Provisorium beriet und wo gerade die Vertreter von Handel und Industrie diese Abnahmepflicht des Bundes mit aller Bestimmtheit ablehnten. Ich erinnere Sie an die Kommissionsitzung in Kandersteg, wo der Vertreter des schweizerischen Handels- und Industrievereins diese Abnahmepflicht als Zwangswirtschaft bezeichnete und erklärte: Meine Herren, ich warne Sie vor einem solchen Eingriff in die Handelsfreiheit, wie ihn kein anderes Land kennt! Da müssen Sie nun diejenigen, denen es um diese Postulate ernst war, verstehen, wenn sie vor die Alternative gestellt, zu wählen zwischen dem bisherigen bewährten Zustand des Getreidemonopols oder einer nicht bloß vielen technischen Schwierigkeiten, sondern auch der schärfsten Opposition der Sozialdemokraten und des Handels und der Industrie beugnenden monopolfreien Vorlage für die erste Variante sich entschieden. Ich betrachte es als das große Verdienst von Herrn Bundesrat Musy, die Kreise von Handel und Industrie davon überzeugt zu haben, daß an dieser Abnahmepflicht nicht zu rütteln ist, und daß eine monopolfreie Lösung unbedingt an der Abnahmepflicht des Inlandgetreides festhalten muß. Nun gehen Handel und Industrie in sehr aner kennenswerter Weise noch weiter. Sie erklären sich bereit, nicht nur diese Abnahmepflicht zu akzeptieren, sondern auch noch die Kosten der Finanzierung der Getreideversorgung in der Form einer Erhöhung der statistischen Gebühr zu übernehmen. Was hätten Handel und Industrie in Zürich oder in Kandersteg gesagt, wenn wir ihnen eine solche Vorlage unterbreitet hätten? Sie hätten die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. Die Erkenntnis, daß die Abnahmepflicht hier in dieser Vorlage aufzunehmen ist und daß Handel und Industrie in der Hauptsache auch die Finanzierung zu tragen haben, ist die schöne Frucht des hinter uns liegenden Monopolkampfes. Es ist nicht bloß eine Ironie des Schicksals, sondern auch eine gerechte Nemesis, daß nun gerade die Kreise, die mit ihrer unverständlichen Haltung in der gesamten Getreidefrage eigentlich den Monopolkampf riefen, nun auch die Kosten dieses Prozesses in Form der Uebernahme der statistischen Gebühr tragen müssen. Man hat von technischen Schwierigkeiten dieser Vorlage gesprochen. Ich will Ihnen rundweg sagen, ich bin heute noch der Ueberzeugung, daß technisch die verworfene Vorlage viel einfacher gewesen wäre. Man befürchtet, daß Unterschiebungen von ausländischem Getreide vorkommen können. Ich teile diese Befürchtungen nicht. Ich bin nicht der Auffassung, daß man

jedem Bauern, der Getreide abgibt, eine Kontrolle auf den Hals setzen muß, denn ich habe noch zu viel Vertrauen in den geraden und gesunden Sinn des Schweizer Bauers, als daß ich ihm eine solche Mentalität unterschieben möchte. Wenn aber auch Betrügereien vorkommen sollten, dann seien Sie versichert, daß gute Nachbarn oder Knechte schon dafür sorgen werden, daß früher oder später eine solche Machination zur Kenntnis der maßgebenden Behörden kommt. Ich muß Ihnen erklären, daß ich anfangs hinsichtlich der technischen Durchführung ein Bedenken hatte. Das bezog sich auf die Zuteilung des inländischen Getreides an die Müllerei, welche Zuteilung sich unter dem gegenwärtigen System, wo der Bund nicht nur das Inlandgetreide, sondern auch das ausländische an die Müllereien abgibt, sehr leicht und reibungslos vollzieht. Ich muß aber gestehen, daß mich die Ausführungen, die Herr Oberzolldirektor Gaßmann darüber in der Kommission gemacht hat, beruhigt haben. Herr Oberzolldirektor Gaßmann hat in allen Details auseinandergesetzt, wie diese Ueberwälzung des Inlandgetreides auf die Müllerei gedacht sei und hat auch die Erklärung abgegeben, daß die damit verbundenen Schwierigkeiten sehr wohl zu überwinden seien. Da sage ich mir nun: wenn die Verwaltung selbst, die ja eine solche Vorlage praktisch durchführen muß, erklärt, dieser Schwierigkeit Herr werden zu können, dann haben wir ganz sicher keinen Grund, in diese Erklärung irgendwelche Zweifel zu setzen.

Ich hätte es gerne gesehen, wenn sich das Einfuhrrecht des Bundes für Backmehl hätte ausmerzen lassen, nicht nur deswegen, weil ich dieses Einfuhrmonopol für Backmehl als einen Schönheitsfehler einer monopolfreien Vorlage betrachte, sondern weil ich die Befürchtung habe, es könnte sich gerade dieses Einfuhrrecht für Backmehl als Zankapfel zwischen Konsumentenschaft und Müllern auswirken. Denn darüber müssen wir uns schon klar sein, daß Müller und Konsumenten unter diesem Einfuhrmonopol etwas verschiedenes verstehen. Die Müllerei versteht darunter einen Ersatz für die handelsvertraglich unzulässige Einfuhrsperre, während die Konsumentenschaft darin mit Recht eine Korrektur gegen gewisse preistreibende Abmachungen der Müllerei und des Handels erblicken will. Ich habe mich davon überzeugen müssen, daß das Einfuhrmonopol für Backmehl für den Bund gerade wegen der Konsumentenschaft eine absolute Notwendigkeit ist. Es bedeutet den wirksamsten und besten Schutz der Konsumentenschaft. Mit diesem Einfuhrmonopol für Backmehl entfällt den Begehren, die von sozialdemokratischer und von Angestelltenseite gestellt worden sind und die auf Ungültigerklärung von Preisabreden gehen, die den Konsumenten nachteilig sind, eigentlich jede Begründung, indem es ja der Bund in der Hand hat, durch Einfuhr von Backmehl die Preise zu regulieren.

Was mir die Vorlage des Bundesrates ganz besonders sympathisch macht, das ist die außerordentlich glückliche Lösung der Finanzierungsfrage. Zu dieser Lösung ist Herrn Bundesrat Musy zu gratulieren. Der erste Vorschlag des schweizerischen Müllerverbandes ging bekanntlich dahin, es sei die Finanzierung des inländischen Getreidebaues durch eine sogenannte Mehlabgabe zu bewerkstelligen, durch eine Mehsteuer, welche zwischen Müller und Bäcker bezogen wird. Gegenüber diesem Vorschlag bietet

nun der Finanzierungsvorschlag von Herrn Bundesrat Musy einen doppelten großen Vorteil. Bei diesem Vorschlag ist einmal die Konsumentenschaft bezüglich der Kosten des inländischen Getreidebaues vollständig entlastet, was beim bisherigen System, beim Monopol nicht der Fall war. Und der zweite große Vorteil besteht darin, daß die Erhebung dieser Kosten nicht mehr zwischen Müller und Bäcker fällt, sondern an die Grenze verlegt wird und durch das bestehende Personal der Zollverwaltung erhoben werden kann, daß nicht jener komplizierte Kontrollapparat nötig wird, den eine Mehlabgabe unbedingt nötig gemacht hätte.

Nun ist heute auch noch ein Antrag gestellt worden, es sei dem Schweizervolk wiederum eine Monopolvorlage vorzulegen. Selbst wenn man der Ansicht sein sollte, daß die alte Vorlage große Vorteile vor der neuen böte — ich bin nicht dieser Auffassung — so glaube ich, daß man sich doch von dem Gedanken, nochmals mit einer Monopolvorlage vor das Volk zu treten, befreien sollte. Das Volk hat die Monopolvorlage im Dezember 1926 abgelehnt. Ich weiß nun wohl, man hat auf Präzedenzfälle verwiesen, wo man trotz eines ablehnenden Entscheides schon nach wenigen Jahren wieder vom schlecht orientierten Souverän an den besser orientierten appelliert hat. Man hat auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen, das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, insbesondere auf die Revision des Alkoholartikels hingewiesen, wo auch trotz des ablehnenden Entscheides vom 3. Juni 1923 beschlossen wurde, neuerdings an die Arbeit zu gehen, hoffentlich mit besserem Erfolg als das letzte Mal. Aber gerade zwischen diesen zitierten Fällen und dem Getreidemonopol besteht nun ein ganz wesentlicher Unterschied. Die Opposition gegen die Alkoholvorlage vom Jahre 1923 war keine prinzipielle, sie hat nicht dem Gedanken des Alkoholmonopols als solchem gegolten, sondern einzelnen Detailvorschriften. Die Bauern machten hier Opposition, weil der Brennhafen beseitigt wurde, die Wirte waren auch nicht aus prinzipiellen Gründen dagegen. Beim Getreidemonopol liegt der Fall anders. Hier galt die Opposition dem Grundsatz des Monopols und wenn auch wahr sein mag und sicher wahr ist, daß wenn man die vielen professionellen Neinsager von der ablehnenden Mehrheit in Abzug bringt, sich eine zustimmende Mehrheit für das Getreidemonopol ergeben würde, so hätte ich nun doch die schwersten Bedenken, eine so wichtige, in unser Staatsleben so tief eingreifende Institution wie das Getreidemonopol sie nun einmal darstellt, gegen eine so starke prinzipielle Opposition durchzukämpfen.

Nur noch ein kurzes Wort über die Getreideinitiative. Ich kann mich hier schon deshalb kurz fassen, weil ja die ganze Kommission in der Ablehnung dieser Initiative einig ist. Man hat den Zeitungen entnehmen können, und verschiedene monopolgegenerische Votanten haben das auch in ihren Voten durchblicken lassen, die Initiative wäre an und für sich schon gut, und wenn man sie aufgabe, so geschehe es eigentlich nur aus Courtoisie den Befürwortern der Vorlage vom Dezember 1926 gegenüber, denen man nun nicht zumute, das von ihnen seinerzeit so arg verschrieene Getreideschiff der monopolfreien Initiative nun nachträglich zu besteigen. So liegen nun die Dinge nicht. Die Initiative ist tatsächlich aus rein sachlichen Erwägungen unannehmbar. Ich

will Sie gar nicht darauf verweisen, daß der Text der Initiative eine Ueberwälzungsmöglichkeit des Getreides auf den Müller nicht zuläßt, auch bei der freiesten, largesten Verfassungsinterpretation nicht. Die Bundesversammlung und speziell der Nationalrat sind ja, was lange Verfassungsinterpretation anbelangt, zu eigentlichen Routiniers geworden. Aus dieser Getreideinitiative heraus kann man aber eine solche Ueberwälzungsmöglichkeit nicht herauslesen. Aber die Initiative ist auch deshalb unannehmbar, weil sie die allerwichtigste Frage, die Finanzierungsfrage vollständig offen läßt. Ich kann es den Initianten nicht übel nehmen, daß sie diese Finanzierungsfrage nicht lösen, denn sie war eine sehr schwierige Frage und die Lösung dieser Frage hat nun Jahre gebraucht und ist schließlich durch den Eingriff von Herrn Bundesrat Musy zu einem glücklichen Abschluß gekommen. Es wäre tatsächlich den Initianten, die es sehr pressant hatten, nicht möglich gewesen, in dieser kurzen Zeit diese wichtige Frage zu lösen, es sei denn, daß sie den gordischen Knoten, wie sie es nun taten, einfach durchschnitten hätten. Nun ist doch eine Verfassungsvorlage, die auf die Dauer eine Ausgabe des Bundes von 10 bis 14 Millionen vorsieht, und nicht zugleich auch die Mittel angibt, wie dieser Ausfall in der Bundeskasse zu decken sei, in meinen Augen unannehmbar. Ich möchte Ihnen deshalb die Ablehnung der Initiative und die Zustimmung zum Vorschlag des Bundesrates empfehlen.

Bringolf: Wenn man die Vorredner, die für den Vorschlag des Bundesrates und der Mehrheit der Getreidekommission eingetreten sind, gehört hat, so könnte man glauben, daß am bisherigen Zustand überhaupt nichts sei, zu dem man noch stehen könne. Der neue Vorschlag, der hier verfochten wird, hat plötzlich derartige Vorzüge, daß man sich wahrhaftig wundern muß, daß man in den letzten Jahren den bisherigen Zustand in der Getreideversorgung des Landes und in der Brotversorgung der Konsumenten überhaupt auch nur noch einen Tag länger andauern läßt, als das bisher geschehen ist. Aber selbstverständlich: im Interesse des viel genannten Getreidefriedens, im Interesse der Einigung der bürgerlichen Parteien liegt es ja, diese Haltung einzunehmen, und wenn ein derart hervorragender Vertreter des Bürgertums wie Herr Sulzer in dieser Frage sozusagen den Ton angibt, dann ist es begreiflich, daß weniger hervorragende Vertreter der bürgerlichen Parteien es nicht wagen, eine andere Haltung einzunehmen. Und aus diesen Gründen, so schließe ich, sind die Herren Befürworter der jetzigen Vorlage plötzlich zu einer veränderten Haltung — veränderten Haltung insofern, als sie vor dem 6. Dezember 1926 noch für die Monopollösung eingetreten sind — gekommen. Es scheint ja, daß zu gewissen Zeiten auch von Parlamentariern ein Bedürfnis nach gemeinsamer Verständigung, nach Ueberbrückung tatsächlich vorhandener Gegensätze besteht. Ja, es will mir den Eindruck erwecken, als ob diese Neigung oder dieses Bedürfnis in der Getreidekommission des Nationalrates einen geradezu auffallenden Ausdruck gefunden habe. Der Referent der Kommission, Herr Dr. Meyer, hat gestern in seinen Ausführungen gesagt: Es gab einen Moment in der Kommission, wo man glaubte, daß über die Einigung der bürgerlichen Parteien hinaus der Getreidefriede hergestellt werden könne. Er spielte

damit auf die Neigung der sozialdemokratischen Vertreter an, der neuen Lösung zuzustimmen unter einigen Bedingungen wie der Frage des Konsumentenschutzes. Ich kann mir lebhaft vorstellen, daß dieser Moment in der Kommissionssitzung allgemeines Erstaunen bei den bürgerlichen Vertretern, und auch allgemeine Zufriedenheit erweckt hat. Und irgend ein geschickter Regisseur — ich weiß nicht, ob es Herr Bundesrat Musy oder ein Adlatus des Herrn Musy gewesen ist — hat wahrscheinlich diesen Moment photographisch erfaßt: Schon saß auch die Kommission beieinander und wir haben das angenehme Vergnügen, in der Reihe des Herrn Musy als linken Flügelmann den Herrn Reinhard, Präsident der sozialdemokratischen Partei, als arrièregarde den Herrn Nobs, auch Sachverständiger in der Getreidefrage, zu sehen. Ein Bildchen, glaube ich, das ein Ausdruck des Bedürfnisses, in der Getreidefrage den Frieden herzustellen, ist, ein Bildchen, an das wir uns alle, glaube ich, immer mit Vergnügen erinnern werden. Ich weiß, wie gesagt, nicht, wer in diesem Augenblick der Regisseur gewesen ist, der es verstanden hat, diese Friedensstimmung plötzlich auszunützen. Aber ich glaube, wir wollen angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen immerhin dafür dankbar sein. Ich glaube aber doch, daß festgestellt werden muß, daß die vorliegende Lösung des Bundesrates, der ja nun auch die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission zustimmt, und der auch ein Teil der Minderheit nicht gerade in allen Teilen ablehnend gegenübersteht — daß diese Lösung vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus, der großen Masse der Brotkonsumenten, gegenüber dem jetzigen Zustand außerordentliche Benachteiligungen bringt und außergewöhnliche Verschlechterungen enthält. Es ist eben nicht richtig, daß die neue Lösung dem Konsumenten in jeder Hinsicht Rechnung trage. Etwas an der neuen Lösung ist wohl interessant. Es ist bereits darauf hingewiesen worden; ich kann mir deshalb darüber weitere ausführlichere Darlegungen ersparen. Es ist interessant und besonders für jenen Teil der im Lohnarbeitsverhältnis stehenden Bevölkerung nicht unwichtig, der seinerzeit gegen die Monopolvorlage gestimmt hat, daß die neue Vorlage des Bundesrates eine ganze Reihe monopolistische Elemente enthält, die schon die alte Vorlage, die verworfen worden ist, aufwies. Eine einzige Ausnahme besteht. Man muß ganz besonders darauf hinweisen gegenüber den Lobpreisungen der monopolfreien Lösung, daß bei der Lösung, die uns nun empfohlen wird, die Monopolverwaltung mit ihrem gesamten Apparat bestehen bleibt, daß diese Monopolverwaltung mit Ausnahme des Ankaufs ausländischen Brotgetreides alle übrigen Funktionen in bisheriger Weise zu erfüllen hat. Man muß festhalten, daß der verpönte und angegriffene bürokratische Staatsapparat, der für manche mit ein Grund war, im Dezember 1926 gegen die Monopolvorlage zu stimmen, bestehen bleibt.

Im weiteren kommen dazu das Einfuhrmonopol des Bundes für Backmehl und als eine weitere Verschlechterung die Erhöhung der statistischen Gebühr, die nichts anderes bedeutet als eine Erweiterung der indirekten Besteuerung der Konsumenten. Es ist ja geradezu rührend, wenn man gehört hat, wie der Vertreter der Großindustrie heute seine Gruppe als diejenige hinstellt, die bei dieser statistischen Gebühr

die Opfer zu bringen habe, und wie er die übrigen Parlamentsmitglieder anfleht, sie möchten nun, da sie ja keine Opfer bringen, wenigstens dieser Vorlage zustimmen und den Opferwillen der Industrie so gewissermaßen belohnen. Ich glaube, daß in diesem Saale in allen Parteien wenige sind, die an den Opferwillen der Großindustrie glauben; auch jene glauben es nicht, die vielleicht nicht wagen, dies offen zum Ausdruck zu bringen. Es ist doch selbstverständlich und die Erfahrung hat es wiederholt bewiesen, daß die Industrie, die heute erklärt, daß sie sozusagen allein die Last der Erhöhung der statistischen Gebühr zu tragen habe, diese Gebühr auf die breiten Massen der Konsumenten abwälzt. Darin liegt ja die Bedeutung der Vorlage, daß sie dadurch eine Voraussetzung schafft für die Erhöhung der Brotpreise, und dadurch eine weitere Voraussetzung, jeder Senkung des Brotpreises entgegenzusteuern. Denn eine Erhöhung der gesamten Produktionspreise auf dem Inlandmarkt, für die die statistische Gebühr die Voraussetzung schafft, trägt selbstverständlich dazu bei, die Senkung des Brotpreises zu verhindern. Es sind also nicht nur grundsätzliche, sondern auch praktische Ueberlegungen, die Veranlassung geben, dieser Finanzierung in jeder Hinsicht Widerstand entgegenzusetzen, weil die Kosten der Finanzierung von den breiten Massen der Konsumenten getragen werden. Allerdings, man gibt den Konsumenten etwas dafür, man verspricht ihnen Schutz. Ja, Herr Präsident, meine Herren, wenn schon selbst Herr Nietlisbach heute sagen mußte, daß der Nationalrat und damit wohl auch der Bundesrat ein Routinier geworden sei in der Auslegung der Verfassung, wenn wir andererseits wissen, daß trotz dem Art. 29 in der Bundesverfassung mit rücksichtsloser Härte in der Zollpolitik gegen die Interessen der Konsumenten gehandelt wurde, so glaube ich, daß man auf Versprechungen bezüglich des Konsumentenschutzes in dieser Vorlage nicht viel geben kann; und es werden sich wenige finden, die diesen Versprechungen Glauben schenken. Wenn solche Versprechungen in der Vorlage niedergelegt werden, so können sie nach den bisherigen Erfahrungen nur dazu dienen, Illusionen in den breiten Massen der Bevölkerung zu wecken, um diesen Teil der Bevölkerung dafür zu gewinnen, der Vorlage zuzustimmen. Die jetzige Vorlage enthält mit Ausnahme der Privilegierung des freien Getreidehandels, mit Ausnahme der Aufhebung des Einfuhrmonopols für Brotgetreide nicht nur alle übrigen Elemente, die der jetzige Zustand aufweist, sondern noch weitere Elemente, die zeigen, daß man eigentlich, um eine vollkommene Lösung zu schaffen — vollkommen selbstverständlich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, gemäß dem Charakter dieser Gesellschaftsordnung — das Monopol hätte festigen müssen. Das will heißen, daß man nicht nur am bisherigen Zustand festhalten, sondern diesen Zustand noch verbessern muß. Wir stehen auf diesem Standpunkt; wir haben ihn bei früheren Gelegenheiten vertreten und wir vertreten ihn weiterhin, weil der jetzige Zustand in der Getreideversorgung allein für die Brotkonsumenten einige Garantie bietet, aber auch für die Landwirtschaft Sicherheiten gewährt. Es macht nicht gerade einen guten Eindruck, obwohl ich durch diese Feststellung durchaus nicht etwa sentimentaleneigungen Ausdruck verleihen möchte, wenn man sieht, wie die Vertreter der Landwirtschaft sich mit den bür-

gerlichen Parteien Arm in Arm für die neue Vorlage einsetzen und völlig außer acht lassen, daß sie vor dem Dezember 1926 mit Hilfe der Arbeiterschaft versuchten, den jetzigen Zustand in der Getreideversorgung gesetzlich zu verankern. Gewiß, die Landwirtschaft hat scheinbar durch die neue Lösung die Vorteile, die sie für sich als wichtig erachtet, aber die Arbeiterschaft hat diese Vorteile, die der jetzige Zustand für sie enthält, durch die neue Vorlage nicht. Sie verliert diese Vorteile, und es wäre gewissermaßen eine Pflicht der Solidarität von seiten der Vertreter der Landwirtschaft, nicht nur den Egoismus ihrer eigenen Gruppen zu befriedigen, sondern die Interessen der Arbeiterschaft mit der Lösung der Getreidefrage zu verbinden. Das genannte Verhalten wirft ein eigenartiges Licht auf die Vertreter der Landwirtschaft hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Festigkeit, aber auch hinsichtlich ihrer Treue gegenüber der arbeitenden Bevölkerung. Unsere Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß der Antrag auf Nichteintreten unterstützt werden muß, daß alle Anstrengungen gemacht werden sollen, um den bisherigen erprobten Zustand zu erhalten und das an Verbesserungen anzubringen. Auch der gegenwärtige Zustand in der Getreideversorgung enthält Mängel, und zwar hinsichtlich seiner Wirkungen auf die Konsumenten.

Ich will mit einem Wort auf die Richtung der Verbesserung hinweisen. Wir könnten bei einer neuen Gestaltung der Getreideversorgung des Landes einer Ueberpreisgarantie für Inlandgetreide nicht mehr zustimmen. Dagegen soll die Abnahmepflicht, soll die Mahlprämie bestehen bleiben. Also, mit andern Worten: Maßnahmen, die den Getreideproduzenten hinreichend nützen und den Getreidebau im Inland fördern, sollen bestehen bleiben.

Escher: Auch ich gehöre zu denjenigen, von denen Herr Bringolf soeben sprach, die ihre Haltung verändert haben. Und ich empfinde heute noch Genugtuung in dem Gedanken, daß damals der Kanton Wallis zu denjenigen Kantonen gehört hat, die mit überwältigendem Mehr für die Monopolvorlage eingetreten sind. Wir haben das dazumal getan einmal aus Solidarität mit den Getreidebauern, dann aber auch, weil wir in der Vorlage bestimmte Vorteile sahen. Nun kommt die neue Vorlage des Bundesrates, die der Landwirtschaft die gleichen Vorteile bietet. Und es ist uns gelungen, die Vorlage des Bundesrates und des Ständerates in der Kommission des Nationalrates auch im zweiten Sinne zu verbessern, so daß heute auch wieder die Vorteile für die Gebirgsbevölkerung da sind, die in der Monopollösung gelegen haben.

Ich will sehr kurz sein. Es ist aber nicht unnütz, an diese Verbesserung zu erinnern gerade im Interesse der Gebirgskantone und der Allgemeinheit. Im zweiten Alinea hat der Bundesrat beantragt, daß die Selbstversorger zu unterstützen seien. Wir wissen, daß bisher die Selbstversorger in der Art unterstützt wurden, daß die Mahlprämie für die Gebirgsgegenden erhöht war. Nun ist unser Antrag unterstützt worden, der dahingehet, daß die Selbstversorger weiterhin zu unterstützen seien unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgskantone. Damit ist nun auch im Verfassungsartikel verankert, daß, sobald dieser Verfassungsartikel besteht, eine besondere Erhöhung der Mahlprämie für Gebirgsgegenden angewendet wird.

Wir haben noch eine zweite große Verbesserung anbringen können und die besteht im vierten Alinea, wo der Bundesrat beantragt hat — und der Ständerat hat beigespflichtet — daß der Bund Frachtbeiträge für Lieferung in Gebirgsgegenden gewähre. Der Bundesrat hat auf unseren Antrag ohne weiteres den Text angenommen, der lautet: «Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, einen Ausgleich der Mehlpreise herbeizuführen.» Der Unterschied ist in die Augen springend. Wir wissen, daß in der Monopollösung der gleiche Wortlaut vorgeschlagen war, Wir haben während der Kampagne eine authentische Interpretation verlangt. Es wurde uns dann damals gesagt, darunter sei verstanden, daß die Mehlltransporte in ihrer Gesamtheit bezahlt werden. Man hat exemplifiziert mit dem Salz, indem das Salz im letzten Bergdorf gleich bezahlt werde wie im ebenen Lande. Während dem Provisorium hat der Bundesrat geglaubt, er könne nicht die Totalität der Frachtauslagen bezahlen, sondern er hat nur Beiträge, nur Subventionen ausgerichtet. Heute, durch die Wiederaufnahme des Textes der Monopollösung unter der gleichen Interpretation ist uns die gleiche Sicherheit wieder geboten. Dies ist in doppelter Hinsicht von großer Bedeutung, einmal direkt durch den Beitrag; denn dadurch, daß die Transporte bis in das letzte Gebirgsdorf bezahlt werden, ist es möglich, ohne weiteres den Brotpreis im Dorfe um 5—8 Rp. herabzusetzen. Ein weiterer Vorteil liegt nun aber im Schutz der Konsumenten, denn die Gebirgsbevölkerung gehört zu den Konsumenten par excellence, und hier haben wir einen Schutz, der sich heute schon geltend macht. Ich kann Ihnen das an einem Beispiel zeigen, das wir in den letzten Tagen im Kanton Wallis erfahren haben. Dort haben die Bäcker sich geweigert, den Mehlpreis herabzusetzen, als die Reduktion im Getreidepreis eintrat. Die Getreideverwaltung in Verbindung mit dem Justizdepartement des Kantons Wallis hat eine Untersuchung durchgeführt und den betreffenden Bäckern erklärt: Wenn Ihr mit dem Brotpreis nicht herabgeht, so wird die Entschädigung für den Mehlltransport entzogen werden. Die Folge war, daß innert 24 Stunden die Bäcker ihren Brotpreis um 5 Rp. herabsetzten. Da haben wir also schon ein Schutzmittel für die Konsumenten.

Ich spreche heute den Herren Graber und Bringolf das Monopol ab, allein für die Konsumenten zu sprechen. Alle Bewohner des Hochgebirges gehören zu den Konsumenten, und ich glaube, im Namen dieser Konsumenten, die das Brot geradezu als ihr Hauptnahrungsmittel betrachten, sprechen zu können, wenn ich sage, daß wir für die neue Lösung mit aller Energie eintreten werden. Was sagt uns Herr Graber? Er bringt den Antrag, das Monopol wieder aufzunehmen. Er stellt diesbezüglich bereits eine Motion, er verlangt aber, daß der heutige Zustand weg falle. Er gibt uns also heute tatsächlich, was er so oft den andern vorwirft, Steine statt Brot. Statt daß wir heute das billige Brot haben, das verbilligte Brot, gibt er uns wieder den Kampf für das Monopol. Das können wir nicht annehmen. Ich möchte daher speziell alle Vertreter der Gebirgskantone gebeten haben, energisch für die neue Lösung einzutreten.

Abt: Gestatten Sie, daß auch ich hier ein kurzes Wort spreche, vor allem zu dem Zweck, ein wenigstens

theoretisches Bekenntnis zum Monopol abzulegen. Ich möchte dem Monopol die Treue bewahren, die nun gerade Herr Bringolf vermißt hat. Ich bin heute noch theoretisch absolut dafür, ich stimme aber für Eintreten auf die jetzige Vorlage der Kommission. Im übrigen werden Sie mir ohne weiteres glauben, wenn ich Ihnen sage, daß die heutige Situation zu gewissen Widersprüchen einfach reizt, und zwar auch Leute reizt, die nicht so schnell reizbar sind wie ich. (Heiterkeit.) Daß sie mich reizt, das müssen Sie ganz besonders begreifen.

Erinnern Sie sich doch auch an die Zeiten des 13. und 14. Dezember 1926, als wir hier im Saale über das Resultat der Volksabstimmung vom 5. Dezember debattierten. Erinnern Sie sich an das, was damals über die Monopolkampagne und insbesondere über das, was die Monopolgegner geleistet haben, gesagt wurde, daß sie die Schweizerfreiheit in Gefahr erklärten, daß sie den Kampf mit Waffen führten, von denen mein Freund Baumberger in geistreicher Weise sagte, daß sie nicht im Landesmuseum aufbewahrt werden würden. Erinnern Sie sich auch, in welcher Weise man die Initiative dazu mißbraucht hat, die Gebirgsbauern irre zu führen, wie man ihnen damals das tausendjährige Reich versprochen hat, auf das sie heute noch vergeblich warten.

Die Initiative hat sich dann, ich darf es ohne Ueberhebung sagen, als ein Blendwerk entpuppt, trotzdem Herr Duft an jenem 13. Dezember in den höchsten Tönen das hohe Lied der Initiative gesungen hat. Herr Kollega Nietlisbach hat es in seinem trefflichen Votum uns ja auch treffend auseinandergesetzt, daß die Initiative unannehmbar, unbrauchbar ist. Wir stehen heute hier an ihrer Bahre, und feiern eine stille Kremation, eine stille Kremation der Initiative, aus deren Asche nun als Phönix die neue monopolfreie Getreidevorlage emporsteigt.

Und doch muß man sagen: Die Freunde und die großen Befürworter der Initiative haben eigentlich noch Glück gehabt. Wenn nicht der deus ex machina der 10 Millionen der Erhöhung der statistischen Gebühr gekommen wäre, ihre Situation wäre eine schlimmere. Sie können unserm eidgenössischen Finanzminister, der diesen Gedanken geboren hat, ganz außerordentlich dankbar sein, denn man kann von Ihnen mutatis mutandis sagen, wie es in jenem Verse heißt:

Gepeitscht von Herrschsucht und seelischem Weh,
Haben sie die statistische Gebühr erfunden.

Das war eine kolossale Idee!

(Heiterkeit.) Und das ist sie auch, ganz ohne Zweifel. Ohne diese statistische Gebühr wäre das Ende der Initiative noch viel unrühmlicher gewesen.

Und nun ist es interessant, was aus ihrer Asche emporgestiegen ist, jener Phönix, auf dessen Flügeln geschrieben steht: Kampf dem Etatismus, los vom Etatismus, zurück zur einzig helfenden Wirtschaftsfreiheit! Es fehlt nur noch der Freiheitsbaum. Aber ich finde es interessant, daß sich die Monopolfreunde, die alle in einem gewissen Lager stehen, heute mit derartiger Vehemenz gegen den Etatismus wehren, sie, die gegenüber der stets sich vordringenden roten Flut hilf- und machtlos dastehen, sie, die überhaupt nicht wissen, was ihnen die Welt, wirtschaftlich und politisch gesprochen, morgen bringt, und die nicht imstande sind, irgendwelche Dämme aufzurichten gegen die rote Flut. Wenn es einen Damm gäbe, und

wenn es einen Damm gibt, und ich glaube daran, dann ist es eine vernünftige Sozialpolitik, sowohl gegenüber der Arbeiterschaft, als gegenüber der Landwirtschaft, und diese zu praktizieren, ist viel gescheiter, als auf Prinzipien herumzureiten, die sich längst überlebt haben. Die Getreidefrage ist nicht nur eine nationale Frage, sie ist auch eine soziale Frage, und zwar in ganz hervorragendem Maße. Heute, wo es Industrie, Handel und Gewerbe gut geht, wo es auch der Arbeiterschaft annehmbar geht, und heute, wo die Landwirtschaft so darniederliegt, wäre ja Gelegenheit gewesen, als erstes großes Werk praktischer Sozialpolitik gegenüber der Landwirtschaft das Getreidemonopol einzuführen.

Man hat es nicht getan, und ich habe Sie im Jahre 1926 schon auf die unabsehbaren Konsequenzen hingewiesen, die diese Stellungnahme der Monopolgegner politisch haben wird. Was bringt nun die Vorlage? Ich möchte Sie bitten, sich einen Moment auf den praktischen Standpunkt zu stellen. Was bringt die Vorlage anderes als das Monopol? Wenn es gut geht, bringt sie uns den gleichen Brotpreis, wenn es schlecht geht, bringt sie uns teureres Brot. Dazu hat die Industrie das Vergnügen, ihre 10 Millionen zu bezahlen; sie hat allerdings auch die große Satisfaktion gehabt, ihren Kopf durchsetzen zu können, sie hat sich das 10 Millionen kosten lassen, sie wird sich sagen, sie könne sich so etwas leisten, denn das Vermögen sei ja da. Das können sich nicht alle Gruppen im Staate leisten.

Wir nehmen diese statistische Gebühr, die nun den rettenden Engel spielt, dankbar entgegen; wir müssen sie entgegennehmen, denn die Landwirtschaft ist heute in einer Lage, daß sie auch Almosen entgegennehmen muß. Man kann sagen: «Pauper ubique jacet». Die Landwirtschaft kann nicht in irgendeiner Weise präntios sein, und darum stimmt ja die ganze Gruppe für die Vorlage, weil in der Not der Teufel Fliegen frißt. Aber was ist die statistische Gebühr? Wir wollen ihr doch den richtigen Namen geben. Unter den obwaltenden Umständen, nach ihrer Entstehung ist sie ein Geschenk der Industrie an die Landwirtschaft. Wer das Gegenteil sagt, der verbrämt die Tatsachen. Sie können ja sagen, sie beruhe auf gesetzlicher Grundlage. Selbstverständlich, aber wenn wir das Monopol gehabt hätten, dann hätten wir diese 10 Millionen durch das Monopol selber verdienen können. Herr Bundesrat Musy schüttelt den Kopf, und doch bin ich überzeugt, daß wenn er die Monopolverwaltung leitete, er mehr als 10 Millionen verdienen würde. Wir wollen hoffen, daß auch noch andere seiner Untergebenen das können. Ich glaube, die gegenwärtigen Leiter sind nicht gerade Idioten. (Bundesrat Musy: Wenn Sie behaupten, daß ich 10 Millionen mehr verdienen könne, als die jetzige Verwaltung, geben Sie dieser Verwaltung das Zeugnis, daß sie eine ziemlich dumme Verwaltung ist.) Ich habe nur gesagt, Sie können noch etwas mehr verdienen. Dafür sind Sie Bundesrat, daß Sie mehr können als Ihre Untergebenen, sonst hätten wir einen andern auf dieses Podium gestellt. Das begreifen Sie ohne weiteres. Ich sage also, das Geld, das uns heute die Industrie geben muß, das hätten wir bei der Monopolverwaltung selber verdient. Der Beweis ist geleistet worden, daß annähernd solche Summen verdient worden sind. Man darf nicht die Defizite der Kriegswirtschaft der Monopolverwaltung zu Lasten

schreiben. Das ist eine große Ungerechtigkeit, die in gewissen Kreisen immer wieder begangen wird. Wenn wir das Geld selber verdient hätten, hätten wir kein Almosen nötig gehabt. Wir halten eben immer noch etwas auf Ehre, und wenn es möglich ist, sollte der Bauer ohne außerordentliche Staatshilfe und ohne außerordentliche Subventionen auskommen. Heute ist leider die Situation so, daß er darauf angewiesen ist. Ich habe der Industrie gesagt, daß sie eine andere Stellung hätte einnehmen sollen und daß sie uns eben das Monopol nicht hätte diskreditieren sollen. Es drängt mich dazu, noch beizufügen, daß, als ich das letztmal in diesem Saale mit etwelchem Freimut, wie er mir eigen ist, den gleichen Standpunkt eingenommen habe, ich in der Industrie als ein ganz unglaublicher Kerl perhorresziert wurde. Man hat mich behandelt wie Hiob auf dem Mist und hat gesagt: Ecce homo, seht welch ein Mensch! Ich werde mich heute den gleichen Invektiven aussetzen müssen. Tant pis, ich habe es noch immer als Pflicht jedes Politikers betrachtet, daß er die Wahrheit sagt, auch wenn sie ihm schadet. Ich habe mich daran gestossen, daß die Botschaft vom 2. April 1928 gegen den Etatismus zu Felde gezogen ist und ihn kritisiert hat, daß sie auch die Kriegswirtschaft abgetan oder heruntergemacht hat. Auch der größte unter unsern Großen war ja dabei, er war froh, daß die Kriegswirtschaft funktionierte. Sie hat Großes geleistet und ein gewisses Gefühl der Dankbarkeit sollte nun man auch hier haben und man sollte nicht das eigene Nest — Sie wissen ja, was ich sagen will.

Im übrigen komme ich auf den Vogel zurück, von dem ich ausgegangen bin, der aus der Asche der bekannten Kremation der Initiative aufgestiegen ist. Dieser Vogel hat nun ein viel begackertes Ei gelegt und zwar nicht etwa das Ei des Kolumbus, sondern das Ei unseres Finanzministers, eben die monopolfreie Vorlage. Ich mache ihm mein Kompliment dafür; unter den gegebenen Verhältnissen, war es das Beste. Wenn schon eine monopolfreie Lösung gesucht werden mußte, und nachdem die statistische Gebühr geboren oder gefunden war, hat er sicherlich aus den vorhandenen Elementen das Beste geschaffen, was man überhaupt schaffen konnte. Es liegt mir daran, das hier zu sagen: Wenn ich den Vorsteher des Finanzdepartementes hier in einem gewissen Sinn wieder einmal kritisiere, so möchte ich seine großen Verdienste um das Land in keiner Weise schmälern. Ich anerkenne sie vielleicht mehr als mancher andere. Aber hier bin ich leider gar nicht mit ihm einverstanden. Die neue Vorlage hat den Vorzug, daß sie allen gerecht wird, sie ist so eine Art heilige Dreifaltigkeit, sie bietet Garantien den Getreidebauern, für alles, was sie bis jetzt gehabt haben, sie garantiert den Konsumenten billiges Brot, wie wir es bis jetzt gehabt haben und sie verheißt wirtschaftliche Freiheit, jenes Symbol und Ideal der idealistischen Monopolgegner.

Wenn eine Vorlage solche Vorzüge hat, so muß man von vorneherein einen gewissen Respekt vor ihr haben. Das hindert aber trotzdem nicht, daß man sie auch auf ihre Nachteile prüft. Und da muß ich sagen, daß man diese Vorlage an den Forderungen, Wünschen und Ideen der Monopolgegner messen muß. Wenn man das tut, sieht sie ganz anders aus. Sie bringt zum ersten, sie, die das Werk der Monopolgegner ist, die das Monopol perhorreszieren, sie bringt ein Mehlmonopöchen in niedrigster, schönster Auf-

machung. Man hat gesagt, daß dieses Mehlmonopolchen ja ein ganz ungefährliches Ding sei, weil es eigentlich nur den Zweck verfolge, das Mehl an der Grenze zurückzuhalten, während das Getreidemonopol umgekehrt das Getreide einführen wolle. Warum wollten wir das Getreide einführen? Zum Nutzen aller, um es zu verbilligen, um den Verdienst in die eigene Tasche zu leiten und ihn nicht der privaten Spekulation zuzuhalten.

Einen weiteren Nachteil bietet die monopolfreie Lösung dadurch, daß sie nun verfassungsmäßig eine Kontrolle über den Getreidehandel, die Mülerei und Bäckerei festlegt, daß sie die Abnahmepflicht und andere Zwangsmaßnahmen schafft, Dinge, die durchaus nötig sind und die wir anerkennen und respektieren, die aber nicht in Einklang zu bringen sind mit den Idealen und Wünschen der Monopolgegner. Sie schafft einen komplizierten Kontrollapparat und sie tut das alles nur, um dem alten überlebten, vielfach mißverstandenen Ideal der wirtschaftlichen Freiheit zu frönen. Sie schafft sogar einen eigentlichen Polizeistaat, sie, die eben die wirtschaftliche Freiheit verherrlichen sollte, treibt den Teufel mit dem Belzebub aus. Wenn man das in Betracht zieht, wenn man die Vorlage an den Idealen der Monopolgegner mißt, dann muß man sagen: Sancta simplicitas, ist das wirklich das, was die Monopolgegner nun herausgefunden haben! Die Gegner des Zwanges bringen eine Vorlage, die eigentlich mehr Zwang enthält oder mindestens so viel, wenn auch in anderer Form, als das, was wir vorher wollten und was sie vorher bekämpft haben. Ich frage mich: was sagt die Industrie, die freiheitsliebende zu einer solchen Lösung, und was sagt das Gewerbe, das mit solcher Begeisterung für die Ideale der wirtschaftlichen Freiheit eingetreten ist, dazu, daß man den Brotvogt in anderer Form wieder auf dem Teller serviert? Umarmt es ihn, frißt es ihn? Ich weiß es nicht, aber ich wundere mich über die Begeisterung, die man einer solchen Lösung entgegenbringen kann.

Die Vorlage hat für mich auch weitere Nachteile. Herr Kollege Nietlispach hat sie schon angetönt, hat sich aber mit ihnen, worüber ich mich eigentlich wundere, leicht versöhnt. Die Vorlage bringt Unklarheiten. Ich kann mich z. B. über die Frage, wie es möglich ist, das Inlandgetreide zu den gleichen Preisen zu verkaufen, trotz den ungeheuren Schwankungen des Weltmarktes, die sich zwischen 0 und 10 Franken wöchentlich bewegen, nicht hinwegsetzen. Ich verstehe nicht, wie das möglich sein soll bei freier Einfuhr, bei freier Preisbildung. Wie denkt man sich die Frage der Frachtvergütung, wie denkt man sich den Ausgleich der Mehlpreise zugunsten der Gebirgsbevölkerung, der bis jetzt ohne weiteres durch die Frankolieferung gegeben war? Vielleicht denkt der Herr Finanzdirektor: Nie sollst du mich befragen . . . , vielleicht gibt er mir auch eine Antwort. Aber sie kann nur aus leeren Worten bestehen. Man kann eine solche Frage nicht auf dem Katheder lösen, man muß sie in fest gegossenen bestimmten praktischen Formen zum Ausdruck bringen, und darum sage ich: Was mir vom Bundesratstische aus in dieser Beziehung heute geantwortet werden wird, das ist für mich nicht entscheidend. Die einzig richtige Lösung wäre, daß wir vom Bundesrat eine Ergänzungsbotschaft verlangten, einen Gesetzesentwurf über den Vollzug. Dann wissen wir, ob die Durchführung möglich ist,

und dann werden verschiedene Herren ihre Hefte noch revidieren müssen. Der Verfassungsartikel nützt nichts, wenn er nicht vollziehbar ist, so wenig wie die Initiative etwas genützt hat, weil sie praktisch nicht durchführbar war. Darum wollen wir vermehrte Abklärung.

Ich bin trotzdem für Eintreten. Was soll ich anderes tun? Ich habe schon gesagt, daß der Bauer heute in einer erbärmlichen Lage ist. Wir haben sein Interesse zu vertreten, wir müssen nehmen, was man ihm bietet, und wenn es ein Almosen ist. Da helfen grundsätzliche Erwägungen nicht mehr, wenn die Leute Hunger haben, wenn sie ihren Zins nicht mehr bezahlen können, wenn sie Gefahr laufen, innert Jahresfrist von ihren kleinen Höfen vertrieben zu werden. Es gibt solche Verhältnisse bei den Kleinbauern. Also stimmen wir hier zu, aber ich habe mir trotzdem erlaubt, den grundsätzlichen Standpunkt zu markieren, und ich hoffe, Sie haben das verstanden.

M. Musy, conseiller fédéral: Je dois dire que je regrette la confusion du discours de M. Abt qui, après avoir indiqué les raisons, à son avis, décisives, pour prendre position contre le projet du Conseil fédéral, en arrive à conclure qu'il votera son acceptation.

Je regrette cette attitude. Il faut être logique et aboutir dans un discours aux conclusions qui en découlent. M. Abt aurait donc mieux fait de dire: « Pour les raisons que je viens de développer, je vote contre le projet du Conseil fédéral. C'eût été plus logique et, M. Abt me permettra de le lui dire, bien plus courageux que de s'attarder à des digressions et à déclarer, enfin, après avoir combattu nos idées, qu'il voterait le projet.

Celui-ci se présentait dans des conditions particulièrement difficiles, puisqu'il défendait l'intérêt général contre l'intérêt de quelques-uns. (Un conseiller: Das Gegenteil.)

Après ce discours de M. Abt, ici, un autre M. Abt s'est élevé en Suisse. M. Abt, vous le connaissez cet autre M. Abt. Il a publié, avec courage, avec énergie, des articles en faveur de la lutte contre le schnaps. Je ne suis pas d'accord sur toute la ligne avec les propositions qu'il a faites, mais, enfin, quand le Gouvernement et ceux qui le représentent sont dans des situations particulièrement difficiles pour défendre l'intérêt du pays, on ne remplit pas son devoir en se livrant à des arguties et en dédaignant la logique dans les conclusions auxquelles on aboutit après un exposé de motifs. Ceci soit dit en passant, à titre de réplique à ce qu'a dit M. Abt. Etant un habile avocat, il ne m'en voudra pas de cette réponse et j'espère que, malgré cette explication, que j'ai jugée opportune en cet instant, nous pourrons, dans d'autres circonstances, tomber d'accord.

Le peuple suisse est devant le fait accompli. Le peuple a rejeté le monopole. Vous n'avez pas à discuter s'il l'a rejeté à une très grande majorité ou à une petite majorité. Il n'y a pas, Messieurs, de décision à grande ou à petite majorité. Il y a des décisions. Celle-là est prise. Le peuple a rejeté le monopole et le devoir du Conseil fédéral était de rechercher une autre solution. Il en a présenté une conforme au verdict populaire. M. Abt l'a dit d'ail-

leurs avec beaucoup de raison: il y a des difficultés considérables à surmonter, mais nous avons l'impression qu'elles sont résolues et que pour tous ceux qui ne sont pas attachés d'une façon définitive au monopole, pour ceux qui ne veulent pas le monopole à cause du monopole, pour ceux dont le cerveau n'est pas encore imbibé d'étatisme, la solution qui nous est présentée est une solution acceptable. Ce n'est pas un miracle que nous avons fait. Nous avons cherché sur tous les points une solution. Nous ne l'avons pas trouvée du premier coup. M. Fazan disait qu'il eût fallu la trouver plus tôt. Lorsqu'on m'a chargé de chercher une solution, je l'ai cherchée et je ne l'ai pas trouvée le premier jour. J'en ai envisagé plusieurs et il m'a paru que celle qui vous est présentée était la meilleure. Voilà la raison pour laquelle le Conseil fédéral unanime, Messieurs, unanime, s'y est rallié et m'a chargé de la défendre devant vous.

Je ne veux pas insister sur la nécessité de protéger la culture du blé en Suisse. Je crois, Messieurs, que si nous négligeons de protéger non seulement la culture du blé, mais l'agriculture d'une façon générale, celle-ci sera handicapée. Elle l'est déjà par des motifs d'ordre climatérique, d'ordre topographique. La situation des agriculteurs en Suisse est certainement beaucoup plus difficile que celle de l'agriculteur hollandais et je me réjouis de constater que l'industrie et la banque comprennent la nécessité de leur accorder une protection spéciale. Je me réjouis à la pensée que la banque et l'industrie comprendront encore mieux à l'avenir cette nécessité.

L'honorable M. Graber nous a dit tout à l'heure que le commerce et l'industrie étaient un danger au point de vue moral. Je veux dire à ce sujet que je souhaite de voir devenir aussi grand que possible le nombre des gens qui peuvent vivre sur leurs terres comme agriculteurs. Je crois en effet que le commerce et l'industrie, qui nécessitent le développement de l'habileté, quelquefois de la ruse, pour acquérir un profit au détriment d'autrui, en opposant l'homme à l'homme, sont des métiers probablement plus dangereux au point de vue moral que celui qui met l'homme aux prises avec la nature.

M. Graber conviendra cependant avec moi que le commerce et l'industrie sont des nécessités et qu'on est obligé de les admettre. Tous les pays du monde les admettent. Cela n'empêche point qu'avec lui, je souhaite et je désire que dans le commerce et l'industrie disparaisse la spéculation. M. Abt, d'ailleurs, a également déclaré qu'il n'aimait pas beaucoup la spéculation. Moi non plus, je n'aime ni les spéculateurs ni les Schieber. Par conséquent, il n'y a pas, sur ces points, entre M. Abt, M. Graber et moi, des divergences de doctrine capitales. Je suis, comme eux, partisan, dans le domaine de l'industrie et du commerce, de la pratique de la morale commerciale, mais je dois constater que chez nous, ni le commerce, ni l'industrie, ni la banque — M. Abt doit le savoir, lui qui a des relations internationales étendues et s'occupe beaucoup d'affaires qui l'obligent à se rendre dans les pays étrangers — n'ont à redouter la comparaison avec le commerce, l'industrie et la banque des autres pays.

Je crois avec M. Abt, je crois avec tous ceux qui ont pris la parole au nom des intérêts agricoles, qu'il faut que le nouveau projet confirme à l'agriculteur, au cultivateur de blé, le maintien de tous les avantages

qui lui ont été conférés par le système du monopole, y compris la prime à la mouture, qui n'est venue que bien après la guerre. Je suis partisan de cette prime à la mouture parce que, comme l'a dit d'ailleurs M. Escher, elle est au profit du petit paysan de la montagne, auquel il faut penser et qui est dans une situation particulièrement difficile.

Le paysan de la plaine, avec sa polyculture — il a ses légumes, il a ses fruits, il a quelquefois son vin — a la possibilité de gains multiples, tandis que celui des hautes vallées vit dans des conditions économiques beaucoup plus difficiles. Telle est la raison pour laquelle nous voulons que les paysans qui ont construit leurs moulins au creux de nos vallons alpestres bénéficient de conditions spéciales. Voilà pourquoi j'ai accepté la proposition faite en leur nom par M. Escher, au sein de la commission.

La prise de livraison. Il est superflu de la discuter, tout le monde est d'accord.

Les moulins. On nous a dit: « Vous faites aux moulins une situation tout à fait spéciale. » Nous protégeons les moulins contre la concurrence étrangère, non pour être agréables aux meuniers, mais parce que nous savons que le maintien du moulin est une nécessité nationale. Sans nos moulins suisses, comment pourrait-on tirer profit de nos seigles, de nos blés, de nos froments? Ce serait impossible; si la frontière était ouverte, la concurrence étrangère écraserait immédiatement tous nos moulins et nous serions, en réalité, hors d'état d'utiliser nos blés. C'est avec la farine qu'on fait le pain; par conséquent, la protection que nous donnons aux moulins n'est pas, comme l'a dit ce matin M. Graber, une protection accordée à une corporation, mais la défense d'une industrie dont le maintien est une nécessité d'ordre national.

Tout à l'heure, on a parlé du monopole de la farine. Si les restrictions d'importation n'avaient pas été supprimées, nous n'aurions besoin, ni d'impôts sur les farines, ni de relèvement de taxes à la frontière, qui constituent le régime actuel; c'est la frontière fermée à l'importation des farines étrangères. Il a passé, l'année dernière, un peu de farine de blé dur pour la fabrication des pâtes alimentaires et la préparation de certains aliments et médicaments, la préparation des farines lactées, par exemple; une soixantaine de wagons en tout, de sorte que le moulin suisse est actuellement protégé par une fermeture hermétique de la frontière.

Si nous avions pu appliquer des restrictions d'importation, c'eût été différent. Mais la Suisse s'est engagée, par la convention de Genève, à ne plus pratiquer ces restrictions. Je ne veux pas faire d'incursions dans le domaine de mon collègue. Est-ce un bien que la Conférence de Genève ait, en réalité, supprimé la possibilité de restrictions d'importation? Je comprends qu'on supprime les restrictions d'importation visant les produits d'ordre industriel; c'est une protection à la fabrication, à une production qui peut être réglée et qui est, si je puis le dire, artificielle, tandis qu'il y a des produits naturels; comme chez nous les produits agricoles, qui ne peuvent pas être exposés à la concurrence étrangère sans être voués, condamnés, à une situation intenable, au point de vue économique. Ainsi, la concurrence sur les beurres. Si le beurre hollandais peut être importé chez nous en toute liberté, comment voulez-vous que le paysan

suisse, qui a six mois d'hiver à la montagne, puisse faire concurrence, dans le domaine des produits laitiers, au producteur hollandais qui, pendant dix mois de l'année, fourrage son bétail au vert. Il y a là une situation tellement exceptionnelle, dans le domaine des produits naturels, qu'on aurait dû, me semble-t-il, faire une différence entre la protection des produits industriels et les restrictions d'importation appliquées aux produits du sol. Je n'ai pas pu me servir des restrictions d'importation dans la combinaison présentée, parce qu'elles sont contraires aux engagements pris, et c'est la raison pour laquelle nous sommes arrivés aux droits de douane, avec la possibilité d'aller jusqu'à la fermeture par le monopole. Ce n'est, en réalité, rien d'autre que la continuation du système actuel. Les autres Etats, la France, l'Allemagne, l'Autriche, ont protégé leurs moulins par des droits de douane très élevés.

Quand la loi d'application vous sera soumise, vous discuterez cette question et vous verrez si nous voulons pratiquer le système de protection par des droits de douane très élevés; pour le moment, il est plus prudent de laisser dans l'article constitutionnel la possibilité d'appliquer les deux solutions.

Maintenant, voyons le consommateur. Eh bien! la situation du consommateur est touchée surtout par la couverture financière. C'est ici que nous voulons discuter, et discuter avec M. Abt, la question des bénéfices qui peuvent être réalisés par le monopole, parce qu'il ne sert à rien d'avancer des chiffres, de parler de 20, 25 ou 10 millions. J'ai l'habitude des chiffres. On m'a dit tout à l'heure que je n'étais pas naïf. C'est un compliment de M. Graber et je l'en remercie; je tâche de l'être le moins possible, parce que mon devoir est de ne l'être jamais.

Nous allons discuter les conditions du prix du pain; c'est le moment de produire des chiffres. Actuellement, l'administration des blés incorpore dans le prix des blés livrés aux moulins suisses, par le jeu d'une majoration de prix, la totalité de ce que coûte la subvention à la culture indigène, sauf la prime à la mouture qui, d'après la décision des Chambres, est supportée par le budget. Par conséquent, le budget supporte actuellement, disons 4 millions de primes à la mouture, et tout le reste est incorporé aux prix des céréales, des blés livrés aux moulins. On nous dit: « Mais, au fond, ce sont les bénéfices de l'administration des céréales qui couvrent ces subventions. » On nous a dit encore (j'ai entendu à Heiden déjà cette parole prononcée par quelqu'un d'autre) que pendant la guerre le commerce des céréales pouvait réaliser un bénéfice de 25 millions par an. Nous nous sommes renseigné. Avant la guerre, comme aujourd'hui, on a importé un peu plus de 40,000 wagons de blé et les indications précises obtenues par un canal sûr, auprès de personnes qui n'ont pas de préoccupations d'ordre politique, auprès de personnes qui ne font que des chiffres, m'ont permis de préciser que les bénéfices faits à l'époque où le commerce des céréales était libre, étaient de 25 à 40 cts. par 100 kilos, presque jamais de 50 cts.; la moyenne de 50 cts. serait donc au-dessus; tous les bénéfices réalisés dans les dix ans précédant la guerre et l'institution du monopole, qu'est-ce que cela représente comme total? 40,000 wagons à 50 cts. le sac; cela ne représente pas 20 millions, mais 2 millions. Il ne faut pas jouer avec les zéros, parce que c'est un chiffre très dangereux,

surtout quand on le met après les unités. Par conséquent, sur ce point, il faut être bien au clair. Le bénéfice qu'on peut réaliser dans le commerce des blés est minime. Je suis sûr que l'administration des céréales a été bien conduite, que ceux qui ont été à sa tête ont fait de leur mieux, ont été de bons administrateurs, des gens loyaux et droits; par conséquent, il est superflu d'insister parce qu'il y a certains compliments qui peuvent davantage avoir une allure d'attaque que celle d'un compliment sincère.

Mais ce que je dis est étranger à la discussion. Il ne s'agit pas de cela. On a dit que si j'avais été directeur de l'office des céréales, j'aurais gagné 10 millions de plus; mais alors j'aurais pratiqué le commerce comme M. Graber l'a dit; j'aurais vendu mes céréales et mon pain extrêmement cher; la politique de l'administration des blés a été de charger le moins possible les consommateurs et moi, j'ai voulu aller plus loin, parce que j'estime que le système qui consiste à faire payer les frais de la culture indigène aux consommateurs de pain est acceptable dans une période extraordinaire comme la guerre, mais ne peut être définitif. Pourquoi?

Les meuniers nous avaient proposé une autre solution: la taxe sur la farine. Je n'en ai pas voulu pour les raisons suivantes: Comme dans le système de l'incorporation au prix des céréales, tout ce que coûte la culture indigène signifie un report sur le consommateur de pain de la subvention accordée au cultivateur de blé; or, les agriculteurs souhaitent et désirent, et je le souhaite et le désire avec eux comme avec vous tous, que la culture du blé se développe en Suisse, qu'au lieu d'avoir une moisson qui puisse couvrir les besoins pendant trois mois ou trois mois et demi, nous en ayons une qui nous suffise pour six mois. Seulement, la subvention ne sera plus alors de 10 millions, mais de 20 millions et il me semble qu'il serait très dangereux de mettre en opposition le cultivateur de céréales et le consommateur de pain, le paysan de la montagne et le citoyen d'un côté et l'agriculteur de la plaine de l'autre. Dans le cas particulier, qu'est ce que c'était que cette solution? C'était l'obligation de payer tous les jours, pour constituer cette subvention en faveur de l'agriculture qui aurait été en grandissant au fur et à mesure du développement de la culture intérieure; le consommateur de pain, le paysan de la montagne et le citoyen auraient été, de par cette combinaison, amenés à désirer que la culture du blé produise moins.

Nous voulons pouvoir développer la culture indigène sans que le consommateur de pain ait à couvrir la subvention proportionnellement grandissante qui en serait la conséquence.

Les meuniers nous avaient dit: « Qu'est ce que 10 millions par an? » Evidemment, aujourd'hui c'est 10 millions, mais lorsque la culture du blé aura doublé, ce sera 20 millions. Nous avons recherché ce que signifie le coût du pain dans un ménage. Contrairement à ce qu'on nous disait, nous avons constaté que ces 10 millions ne seraient pas à répartir sur 4 millions d'habitants, ce qui eût donné 2,5 par tête, chose parfaitement acceptable, mais seulement sur 3 millions, puisque 800,000 producteurs de blé n'auraient pas eu à supporter ce supplément. En mangeant le pain qu'ils produisent, ils n'auraient pas participé à la constitution de la réserve nécessaire pour faire

face à la subvention, puisqu'au lieu de payer, ils touchent une prime à la mouture. Et encore sur ces trois millions d'habitants, la répartition ne serait pas identique. Croyez-vous que sur la table du riche le pain joue un rôle important? Il y joue un rôle tout à fait insignifiant, tandis que chez le petit ouvrier, chez celui qui n'a qu'un traitement très modeste, dont la situation économique est précaire et qui a de nombreuses bouches à nourrir, le pain représente dans certains cas le 17 à 18 % de la dépense. Ce sont les chiffres qui nous ont été donnés par des industriels qui s'occupent des intérêts de leurs employés. Nous en avons heureusement beaucoup comme cela en Suisse.

Il est incontestable que ce système de taxe sur la farine ou de prolongation du régime actuel, aurait frappé surtout ceux auxquels doit aller notre sollicitude.

En Italie, alors que Cavour était chef du gouvernement, on a introduit la prime à la mouture, le macinato, comme on l'appelait. Dès l'adoption de cette mesure, on a pu constater à la Chambre et parmi le peuple un mécontentement grandissant. Le gouvernement a bien essayé de l'apaiser en diminuant la taxe. Cela n'a servi à rien. La lutte a continué et un certain nombre d'années plus tard le gouvernement a dû capituler devant l'opinion publique, qui ne voulait plus de l'impôt de la faim.

C'est la raison pour laquelle j'ai cherché une autre solution et je crois l'avoir trouvée. On a parlé de l'œuf de Christophe Colomb. Je ne désire qu'une chose. C'est que cette solution soit utile. On m'a dit que j'aurais dû la trouver plus tôt. Je regrette, avec M. Fazan, que quelqu'un d'autre ne s'en soit pas avisé avant moi.

Le prix du pain déchargé de cette taxe sur la farine ne semble pas devoir baisser. Si ces 10 millions prélevés actuellement par l'augmentation du prix des céréales livrées au moulin sont à l'avenir payées par d'autres, le consommateur de pain doit bénéficier de cette réduction. On m'a dit qu'au fond le monopole était le système du pain à bon marché, que tous les autres systèmes apporteraient un pain plus cher. Je suis encore de ceux qui croient que si l'on décharge l'ensemble de la consommation de 10 millions, il en résultera pour le consommateur un bénéfice. Je crois également à l'efficacité de la concurrence. J'ai peut-être des airs archaïques en persistant à croire que la concurrence sert à quelque chose dans le monde. L'expérience faite dernièrement en Norvège a démontré que le retour au système de la liberté dans le commerce des céréales a permis au consommateur de pain de bénéficier de prix inférieurs. Je ne me porte pas garant des chiffres qui ont été cités. On a prétendu que la Suède dépenserait 20 millions de couronnes par an de moins avec le système de la production sans monopole. Je constate simplement que dans ce pays, on prétend que la suppression du monopole a apporté un allègement intéressant.

On nous a parlé des trusts. Il y a trois possibilités de trust. Le trust du commerce des céréales. Le jour où les maisons suisses se seraient groupées en trust, il est incontestable que les maisons étrangères qui importent du blé en Suisse profiteraient de l'occasion du bénéfice offert par le trust et immédiatement le consommateur suisse bénéficierait de la concurrence que les étrangers feraient au trust indigène.

Les moulins! Vous savez qu'une grande partie des moulins appartiennent à des coopératives qui jouent un rôle important, parce que ces sociétés ne sont pas des organisations cherchant surtout à réaliser des gains. Les coopératives attireraient à elles toute la clientèle des moulins qui s'aviseraient de pratiquer des prix trop élevés.

Reste le trust des boulangers. Je constate simplement que sous le régime actuel le trust est possible. Si vous adressez à la solution proposée un reproche à ce point de vue, je vous répondrai qu'il n'y a rien de changé. Il en sera à l'avenir comme sous le régime actuel.

Un gros reproche qu'on nous adresse concerne le contrôle. Je ne veux pas reprendre ici toutes les critiques qui ont été adressées au projet et l'exposé détaillé fait par le directeur des douanes, M. Gassmann, à la commission à Heiden. Il est certain que l'administration des douanes accomplit actuellement certaines tâches beaucoup plus délicates. Lorsque je vous ai présenté ici les différentes combinaisons concernant les taxes sur le tabac avec l'application d'un taux différentiel, suivant qu'il s'agissait de tabac pour la pipe, pour le cigare ou pour la cigarette, on m'avait dit que c'était une tâche impossible. Nous avons déjà derrière nous sept ans d'expérience. Nous touchons chaque année plus de 20 millions. Je me réjouis de penser que cet argent est réservé aux assurances. Or, les fabricants de cigares et de cigarettes sont unanimes à nous déclarer qu'ils ne sont nullement gênés par le contrôle qui est cependant beaucoup plus difficile que celui que nous assumerions pour le blé. Au moment où il préparait son projet, le Département des finances a posé à M. Gassmann la question suivante: Pouvez-vous, en toute conscience, vous déclarer en mesure d'assumer ce contrôle et de le mener à bonne fin? M. Gassmann a étudié la question; il a démontré que lorsqu'il assume une tâche, il sait la mener à chef. Or, M. Gassmann m'a déclaré: «C'est parfaitement possible. Vous devez admettre que les tâches que nous remplissons aujourd'hui, en particulier en ce qui concerne le contrôle des tabacs et de tous les taux différentiels, sont beaucoup plus difficiles que le contrôle du blé. Dans ce domaine, je n'ai aucune crainte.»

M. Graber prétend qu'il y a trop de contrôles. Je le mets en opposition avec ce qui a été dit à Heiden. Si vous admettez d'aller un peu plus loin et de faire encore le contrôle du prix du pain, si vous admettez l'annulation des contrats collectifs qui pourraient être faits ou par les marchands de céréales, ou par les meuniers, ou par les boulangers, nous pourrions voter le projet. M. Graber prétend qu'il y a trop de contrôles. M. Reinhard dit qu'il n'y en a pas assez. Je vois dans ces deux attitudes une contradiction sur laquelle j'ai beaucoup de peine à me faire une opinion. Je ne sais pas pourquoi ces deux Messieurs ne veulent pas se mettre d'accord. (M. Graber: Nous sommes d'accord. C'est vous qui nous mettez en désaccord.)

Il est assez extraordinaire que M. Reinhard nous ait proposé, dans le cadre de la solution sans monopole, une solution qui va plus loin dans le contrôle, en affirmant éventuellement que le parti socialiste ne ferait plus d'opposition, qu'éventuellement il pourrait accepter cette solution.

Voyez-vous, il faut regarder les choses de près, se rendre compte de la façon dont cela jouera au point de vue pratique et l'on se convaincra que le projet est acceptable.

Il faut avoir le courage de reconnaître que chez un certain nombre d'opposants — je ne parle pas de M. Abt — l'opposition est en réalité dictée par des motifs d'ordre politique. Posons donc le problème sur son véritable plan, puisque c'est là en réalité qu'est l'origine de nos divergences.

J'ai entendu à Heiden un représentant du parti socialiste nous dire: «Nous sommes partisans du monopole, parce que c'est l'étatisation d'une branche de notre économie nationale et que notre politique socialiste tendra à demander l'étatisation, au fur et à mesure qu'elle sera mûre dans toutes les branches de notre industrie et de notre commerce». Voilà, Messieurs, un langage clair. Voilà qui situe le problème dans une lumière complète. Je ne suis pas partisan de l'étatisation et c'est la raison pour laquelle nous ne serons jamais d'accord. Ce n'est pas seulement pour des motifs de contrôle ou de détail. Il y a, à la base de cette divergence, des raisons d'ordre politique profondes sur lesquelles nous avons l'obligation d'insister quelques secondes.

Je comprends que le parti socialiste demande l'étatisation du commerce du blé et qu'il nous ait dit: «D'abord celle-là et ensuite toutes les autres branches de l'économie nationale.» J'ai la conviction, Messieurs, et l'histoire l'a suffisamment démontré, que la seule forme pratique du socialisme, c'est l'étatisation. En dehors de cela, il n'y a pas de solution pratique. Le marxisme a fait une faillite retentissante. Il a été condamné par ses propres élèves. Les écoles socialistes qui sont venues après, le réformisme, le syndicalisme, ont trouvé qu'en réalité la solution de Marx était inapplicable et nous voyons actuellement en Russie un phénomène intéressant: c'est l'opposition entre Trotzki et Staline. Trotzki est le représentant du marxisme intégral et l'autre, le ministre qui est encore là, Staline, est le représentant du socialisme que j'appellerai pratique. D'un côté, il y a la théorie, la théorie dans les nuages et les brouillards. D'un autre côté, il y a le socialisme pratique qui dit qu'en réalité, l'étatisation seule est la formule pratique du socialisme. Il ne veut plus de la dictature du prolétariat, il veut la dictature des bureaux et du fonctionnarisme. Messieurs, c'est dans cette direction que veulent en réalité s'orienter ceux qui désirent l'étatisation successive des différentes branches de notre économie nationale. Je dois dire que c'est la raison fondamentale pour laquelle je n'ai jamais voulu voter le monopole. C'était le motif essentiel. Il y en a d'autres, d'ordre secondaire. Est-ce que dans le domaine de l'étatisme — c'est la question que se sont posée en réalité les Etats européens qui ont fait des expériences — les socialistes ont abouti à quelque chose?

Branting a été à la tête d'un gouvernement qui était totalement socialiste. Qu'est-ce qu'il a fait de la socialisation? Rien. La Tchécoslovaquie a eu depuis la guerre un gouvernement qui était également socialiste; est-ce qu'il a étatisé, est-ce qu'il a introduit des monopoles? Non. En Allemagne, on a posé la question. Elle a été discutée à l'assemblée de Weimar. On a constitué une commission chargée d'étudier l'étatisation en particulier. Là aussi, il y a une trinité:

Kali, Kohle et Elektrizität. Je me suis renseigné pour savoir ce qu'on avait fait. Jusqu'à ce jour, l'activité de cette commission a dû être bien discrète, puisqu'on n'en entend plus parler. L'Etat prussien vient de décider la désétatisation des mines. En 1900, à l'université de Berlin, j'ai entendu une brillante cohorte de professeurs, j'ai entendu Schmoller, Wagner, d'autres encore. J'étais un élève assez assidu, j'ose le dire sans prétention. Je suivais avec une attention toute spéciale leurs exposés fort intéressants. Ils étaient brillants, Messieurs, brillants et séduisants. Il régnait une sorte de solidarité vague qui dominait toute cette doctrine très prenante pour nous. Nous avions, pour ces professeurs, une très grande admiration. Il est incontestable que les opinions qui dominaient à l'université de Berlin ont eu une influence sur les gouvernements et sur l'orientation de la politique économique de la presse. On avait acheté, au cours des années suivantes, en 1905, 1906, 1907, une série de mines avec l'intention de les étatiser. Actuellement, nous sommes en présence d'une condamnation authentique, puisque le Gouvernement et la Chambre prussienne viennent de décider la remise de ces mines à l'exploitation privée. Lisez donc une fois le message introductif à cette conclusion. Dans ce message, il est dit en particulier que l'on veut soustraire les mines à l'influence de la politique. C'est une doctrine. Je partage cette doctrine, je la défends. On m'a dit que je n'aurais pas dû faire ce fameux chapitre 7. Eh bien, j'ai été sincère. Je n'ai pas caché mon jeu. J'ai présenté une solution sans monopole, non pas seulement parce que le monopole a été rejeté, mais parce que je suis contre les monopoles.

Nous sommes maintenant bien au clair sur ce que le chef du Département des finances pense de l'étatisation.

Je veux dire à M. Bringolf que je le comprends parfaitement lorsqu'il vient demander ici le maintien du monopole du blé. Le seul Etat d'Europe qui l'ait encore, c'est la Russie. Tous les autres l'ont supprimé. La Suisse, pays des industriels, des commerçants et des citoyens intelligents, ne serait-elle pas capable de résoudre le problème des céréales en dehors du monopole? Nous ne méritons pas ce certificat d'incapacité. Si notre projet a besoin de transformations, je suis prêt à les lui faire subir.

M. Graber m'a dit que je ne croyais pas à ce projet. S'il y a quelqu'un qui y croit, c'est M. Graber. Il propose de soumettre au peuple, non pas le projet, mais l'initiative. M. Graber ne pouvait pas rendre un plus bel hommage au projet que le Conseil fédéral vous présente.

Il n'y a dans cette affaire, somme toute, après les discussions un peu vives qui ont eu lieu entre M. Abt et moi — nous avons tous les deux du tempérament, ce n'est pas un défaut — ni vainqueurs ni vaincus. La solution qui vous est présentée aujourd'hui n'aurait pas été possible avant la votation sur le monopole. Je n'ai pas l'impression que ceux qui font le sacrifice aujourd'hui en acceptant l'idée de la prise de livraison avec garantie de prix, en se chargeant de la couverture financière d'une dizaine de millions, l'auraient acceptée avant; elle peut être acceptée aujourd'hui grâce à la résistance des monopolistes.

J'ai entendu tout à l'heure, avec beaucoup d'intérêt, le discours de M. Fazan. Si le cœur de M. Graber est encore attaché tout entier au monopole, M. Fazan

n'a pas encore réussi à en détacher le sien. J'espère que les explications données contribueront à le ramener complètement à cette solution et je me réjouis, contrairement à ce qu'a dit M. Bringolf, que nous ayons réussi à réaliser une sorte d'unité nationale autour de ce projet. J'ai dit l'autre jour à Heiden: « Je ne désire pas la guerre, et si les socialistes pouvaient se rallier à cette solution, je m'en réjouirais, parce qu'alors nous serions tous d'accord et qu'on pourrait faire la photographie dont vous parliez tout à l'heure, M. Bringolf. » Je me réjouirai chaque fois qu'il sera possible de photographier le peuple dans une attitude de solidarité nationale.

On a dit: « Si ce projet est rejeté, eh bien, le projet sur l'alcool le sera probablement aussi! » Ce serait un grand malheur et les assurances seraient très compromises, ce que je regretterais profondément. J'ai par contre entendu quelqu'un qui se consolait en disant: « Si le projet est rejeté, ce sera la faillite des partis bourgeois et, par conséquent, une bonne affaire! » Ce ne sera pas la faillite des partis bourgeois, mais la faillite de la démocratie et je forme le vœu très sincère que notre démocratie fasse, à cette occasion, et à l'occasion de l'alcool, la démonstration qu'elle est capable de résoudre les problèmes les plus délicats. Voilà ma conclusion et je vous prie, avec tous ceux qui ont parlé en faveur du projet, de voter l'entrée en matière.

Abt · Es ist sonst nicht üblich und widerspricht den parlamentarischen Sitten, daß Bundesräte zu ihrer Verteidigung gegenüber ihnen mißliebigen Voten von Parlamentariern zu persönlichen Angriffen Zuflucht nehmen. Herr Bundesrat Musy hat das getan. Und es scheint, daß mein Votum Herrn Musy einen besonders tiefen Eindruck gemacht hat.

Er hat mir einmal vorgehalten, ich hätte hier in diesem Saale den Schnaps verherrlicht. Ich weiß wahrhaftig nicht, was das mit dem Getreidemonopol zu tun hat oder mit der monopolfreien Lösung. Ich habe am 9. Juni 1925 eine Interpellation eingereicht, die heißt: « Wie lange noch gedenkt der Bundesrat die schweizerische Landwirtschaft durch Tiefhaltung des Spiritpreises für eine neue Alkoholvorlage gefügig zu machen? Beginnt er noch nicht einzusehen, daß die mit dieser Strafexpedition verbundene Ausdehnung der Schapspest alle Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholismus zunichte macht? »

Meine Herren, Sie sehen an dem Tenor dieser Interpellation, daß ich nicht für den Schaps, sondern gegen den Schnaps geredet habe. Und der Eindruck, den Herr Bundesrat Musy mit seinen Ausführungen hat erwecken wollen, ist aktenwidrig und wahrheitswidrig.

Zum Zweiten hat er gesagt, ich hätte große internationale spekulative Beziehungen. Das ist wahr. Ich mache meine Geschäfte nicht nur in der Schweiz, sondern ich verdiene auch gerne in Berlin oder Paris etwas; ich weiß nicht, ob Herr Bundesrat Musy das auch so hat oder nicht. Aber jedenfalls hat er mit seiner Bemerkung den Eindruck erweckt, als ob ich unsaubere Geschäfte machte. Dagegen protestiere ich auf alle Fälle. Ich frage, was er damit sagen wollte. Er soll heraus mit der Sprache. Im übrigen bin ich bereit, meine geschäftliche Tätigkeit einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung vorzulegen. (Heiterkeit.) Ich hoffe, Herr Musy besitze soviel

Courtoisie, daß er das dann auch mit den seinen tue.

Zum Dritten hat er mir Mangel an Courage vorgeworfen. Ich glaube nicht, daß ich mich gegen diesen Vorwurf verteidigen sollte; Sie kennen mich zu gut. Ich glaube aber nicht, daß Herr Bundesrat Musy, der Diplomat, aktiv legitimiert sei, mir diesen Vorwurf zu machen.

Schär : Es ist in der bisherigen Diskussion von der Initiative, die sich als verfehlt herausgestellt habe, gesprochen worden. Ich möchte betonen, daß bei der Abstimmung vor zwei Jahren die Monopolverweigerer das Versprechen abgegeben haben, daß sie im Falle der Verwerfung des Monopols alles tun werden, um den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Zu diesem Zwecke war schon die Initiative lanciert worden (ich war nicht bei ihren Vätern; ich habe erst nachher davon Kenntnis erhalten), um den Landwirten Garantien zu schaffen, daß bei Verwerfung des Monopols die Getreidefrage nicht ins Leere falle, und daß dann immer noch eine Lösungsmöglichkeit vorhanden sei. Die Absicht war jedenfalls gut, und wenn die Initianten damals über die mit diesem Wortlaut mögliche Lösung vielleicht nicht ganz im klaren waren, so tragen nicht sie die Schuld daran, sondern der Bundesrat; denn die Initiative ist die wortgetreue Kopie der Vorlage des Bundesrates und des Volkswirtschaftsdepartementes vom Mai 1924. Wenn man der Initiative nun heute alle möglichen Lücken und Mängel nachreden will, fallen alle diese Vorwürfe auf den Bundesrat und den damaligen zuständigen Departementvorsteher und seine Berater zurück. Das gehört meines Erachtens hier auch festgestellt.

Nun in zweiter Linie: Die Lösung, die nach Verwerfung der Monopolvorlage gesucht werden mußte, wäre sehr einfach gewesen, wir hätten heute alle die Vorwürfe der Gegner der heutigen Vorlage nicht, wenn wir uns nicht durch unsere Versprechen gegenüber den Vertretern der Landwirtschaft gebunden gefühlt hätten. Und diese Versprechen haben eine zukünftige Lösung kompliziert. Es ist ausdrücklich erklärt worden, man brauche diesen gordischen Knoten nicht mit dem Schwert zu durchhauen und das Monopol einzuführen, weil die monopolfreie Lösung schwierig sei, sondern man müsse zunächst suchen, eine monopolfreie Lösung anzustreben und durchzuführen. Und wenn es sich dann ergeben sollte, daß die monopolfreie Lösung die Wünsche der Landwirtschaft nicht erfüllen könnte, könne man wieder miteinander reden. Und darum, glaube ich, ist es auch nicht loyal, wenn man der heutigen Lösung den Vorwurf machen wollte, sie sei kompliziert, weil die Komplikationen ja nur dadurch herbeigeführt wurden, daß man den Wünschen der Landwirtschaft Rechnung getragen hat, und zwar hauptsächlich einem Wunsche, über dessen absolute Berechtigung man verschiedener Auffassung sein kann, nämlich der Wunsch, daß der Bund als Zwischenhändler eingesetzt werde bei der Abnahmepflicht des Getreides, also daß das Getreide des Inlandes nicht direkt vom Produzenten an den Müller gelangen kann. Es wird von zuständigen Fachleuten erklärt, es wäre durchaus möglich, den größten Teil des Getreides ohne Vermittlung einer amtlichen Instanz an die Müller abzusetzen; bei einem gewissen Teil allerdings, hauptsächlich dem Roggen und einigen minder qualifi-

zierten Sorten wäre das etwas schwieriger. Aber weil die Landwirtschaft absolut auf dieser Uebernahmepflicht des Bundes beharrt, haben auch die Monopolgegner zugestimmt. Das war übrigens schon vor der Monopolabstimmung bekannt und ich möchte die Mitglieder der Kommission, die noch in Kandersteg dabei waren, daran erinnern, daß mit Ausnahme des Herrn Sulzer schon damals die Monopolgegner für diese Uebernahmepflicht zu haben waren.

Eine zweite Komplikation ist entstanden durch die zwangsweise Zuteilung des Inlandgetreides durch den Bund an die Müller; das ist die, daß die Müller nun auch Begehren stellen können. Sie kommen dadurch, daß ihnen der Bund erklärt: «Ihr müßt soundso viel Inlandgetreide mit vermahlen», in eine inferiore Lage gegenüber dem ausländischen Müller, dem man das nicht zumutet. Es geht nun doch nicht an, den Inlandmüller ohne Kompensation einer Konkurrenz auszusetzen, die bestimmte Verpflichtungen des Inlandmüllers nicht zu tragen hat. Und da bleiben als Schutzmaßnahmen nur übrig: entweder Einfuhrbeschränkungen, hohe Zölle auf Backmehl oder das Mehleinfuhrmonopol. Von diesen drei Varianten fällt die Einfuhrbeschränkung von vornherein dahin; es ist erklärt worden, warum. Es bleibt nur der hohe Zoll, der vielleicht am ehesten angewendet werden kann; aber eventuell muß man doch auf das Mehleinfuhrmonopol greifen. Was hat das aber materiell für eine Bedeutung? Wir können auch als prinzipielle Gegner des Getreidemonopols dieses Mehleinfuhrmonopol schlucken, weil es ja materiell nicht in Betracht kommt. Ich habe vor einem Jahr, als die außerparlamentarische Kommission vorbereitet wurde, gerade noch die Zollstatistik des Jahres 1927 durchgesehen. Was habe ich da entdeckt? Daß in den ersten zehn Monaten 1927 34,793 Waggons Getreide und nur 21 Waggons Mehl eingeführt wurden, also nicht einmal ein Promille, bloß etwas mehr als ein halbes Promille der Gesamteinfuhr. Und wegen dieser Kleinigkeit, die dann unter Umständen für ein allfälliges Monopol bleiben soll, wirft man uns Grundsatzlosigkeit vor.

Die Hauptsache ist doch für uns, daß das Monopol mit der neuen Lösung zu 75 bis zu 100 % fällt, daß Auslandgetreide wieder frei eingekauft werden kann, daß jeder Müller die ihm zusagenden Sorten einkaufen und vermahlen kann, daß er das Mehl nach den Wünschen seiner Kunden gestalten kann, nicht wie heute, wo infolge des Monopols keine große Auswahl möglich ist. Heute muß der Müller das nehmen, was das Monopol eingekauft hat. Die Sorten sind natürlich nicht alle gleich; man kann also nicht jedem nach seinen Wünschen zuteilen; der eine erhält etwas bessere, der andere etwas geringere Qualität, und das hat seinen Einfluß auf die Qualität des Backmehls. Es sind nicht nur Konsumvereinsbäckereien, sondern auch private, die erklären: «Wir warten sehnsüchtig auf den Zeitpunkt, wo wir unser Mehl wieder selbst auswählen können.» Das können sie aber erst, wenn die Mühlen wieder frei sind in der Auswahl der Sorten des Getreides, die ihnen passen. Es wird bei der Beurteilung der ganzen Frage von seiten der Monopolfreunde vergessen und übersehen, daß die Auswahl der Sorten beim Monopol nicht mehr möglich ist, daß hier eine gebundene Wirtschaft vorliegt, und daß dieser Umstand in seiner Wirkung viel bedeutender ist als gewöhnlich angenommen wird.

Nun ist erklärt worden, diese Lösung mit dem Mehlmopol, überhaupt die Bevorzugung der Müller durch die Verfassungsvorschrift, bedeute eine schwere Schädigung des Konsumenten. Da möchte ich einmal mit diesem Begriff «Konsument» abrechnen. Jeder erklärt, er sei Konsument, wenn es ihm gerade paßt; es ist auch jeder Konsument, aber es gibt zwei Sorten Konsumenten. Prof. Gide hat einmal das Wort geprägt: «Le consommateur est un roi fainéant»; er sei ein König, der seine Macht nicht ausübe. Das ist vielleicht übertrieben, aber bis zu einem gewissen Grade hat es seine Berechtigung. Wenn der Konsument sich seiner Konsumkraft bewußt wird und sich mit seinesgleichen zusammenschließt, auf dem Wege der Selbsthilfe wirtschaftliche Verbände gründet zur Deckung des Bedarfes, wenn er die Bedarfsdeckungswirtschaft an Stelle der heutigen Erwerbswirtschaft einführt, so ist auch kleinen Kräften möglich, was sogar Großkapitalisten nicht möglich ist. Den besten Beweis dafür haben wir darin; daß nicht nur in der Schweiz die größten Bäckereien heute nicht in den Händen von Großkapitalisten sind, sondern in denen der organisierten Konsumenten. Diesem Konsumenten der Selbsthilfe stelle ich denjenigen gegenüber, der sich wie ein Schaf das Fell über die Ohren ziehen läßt, der sich wehrlos abschlachten läßt. Für diesen wehre ich mich nicht, für ihn habe ich keine Sympathie, es geschieht ihm recht. Wie erwähnt, ist gerade im Gebiet der Müllerei, der Bäckerei, der Mehl- und Brotversorgung die schweizerische Konsumentenschaft durchaus leistungsfähig: sie wird durch eigene Mühlen, eigene Bäckereien schon selbst dafür sorgen, daß sie an sich selber keinen Gewinn macht, d. h. daß keine übersetzten Preise zu zahlen sind. Denn das ist sicher, daß sie, abgesehen von den nötigen Abschreibungen und der vorhergesehenen Reservedotierung Mehl und Brot zum Selbstkostenpreis liefern wird, unter dem ja wohl auch kein Profitmüller liefern kann.

Von diesem Gesichtspunkte aus, glaube ich, sind die Bedenken, die geäußert worden sind, hinfällig. Ich werde bei Art. 3, wenn dieser zur Diskussion steht, noch näher auf diesen Punkt zurückkommen.

Und nun ein weiterer Punkt, der für alle Konsumenten, die Schafe, wie die Selbsthilfekonsumenten gilt und die Vorlage annehmbar und erwünscht macht: das ist die dadurch zu erreichende Verminderung des Brotpreises. Es kann nicht bestritten werden, daß heute, abgesehen von der Mahlprämie, sämtliche Lasten des Ueberpreises und der sonstigen Produktionsprämien und Abgaben, die Frankolieferung, auf Kosten des Brotpreises erhoben werden. Ich habe anhand des Geschäftsberichtes der Getreideverwaltung von 1927 ausgerechnet, daß die Getreideverwaltung letztes Jahr zusammen 20 Millionen Zuschlag erhoben hat auf dem ausländischen Getreide, um den Ueberpreis, die überflüssigerweise für Frankolieferung übernommenen 6 Millionen Franken, dazu die Lagerkosten, Zinsen usw. zu decken. Dies alles kann nicht bestritten werden. Von diesen Lasten werden bei der zukünftigen monopolfreien Lösung dahinfallen einmal 6½ Millionen für Frankolieferung; in diesem Umfange werden Frachtzuschüsse nicht mehr gewährt werden; es kann sich höchstens um eine bis anderthalb Millionen Franken handeln, wie in der Expertenkommission ausgeführt worden ist, vielleicht nicht einmal um soviel. Es bleiben dann

noch Mahlprämie und Ueberpreis; das macht zusammen 14 Millionen, und das wird in Zukunft nicht mehr auf das Brot geschlagen; das Brot kann darum um 2½ bis 3 Rp. pro Kilo im Preis ermäßigt werden. Darum ist diese Lösung eminent konsumentenfreundlich und nicht konsumentenfeindlich.

Wir Gegner des Monopols hatten uns seinerzeit darum Sorgen gemacht, daß wir zur Deckung dieser 10—14 Millionen keine andern Finanzquellen finden. Das war uns unangenehm genug, wenigstens den Vertretern der organisierten Konsumentenschaft. Persönlich habe ich jedoch soviel Verantwortungsgefühl, daß ich sage: Man darf der Bundeskasse nicht neue Auslagen zumuten, ohne dafür eine Deckung zu schaffen. Ich war lange genug in der Finanzkommission, um die Berechtigung dieses Grundsatzes anzuerkennen und ich hoffe gerne, daß auch in Zukunft die Räte immer entsprechend diesem Grundsatz handeln werden, sonst kommt unser fein ausgeklügeltes Amortisationssystem zu Schaden. Ich habe schon in der Expertenkommission erklärt, die beste Lösung wäre die, wenn die Bundeskasse diese Lasten tragen würde; eventuell wäre es besser, man übertrüge die Last allgemein auf alle die Grenze passierenden Getreidearten, um nicht das Brot allein zu belasten. Herr Dr. Weber vom Gewerkschaftsbund sagte, er wisse ein Finanzmittel: er hat eine eidgeössische Erbschafts und Schenkungssteuer vorgeschlagen. Sie war schon einmal vom Bundesrate vorgeschlagen, ist dann aber in der Versenkung verschwunden, wegen des Widerstandes aus einflußreichen Kreisen. Wir machten uns darauf gefaßt, daß wir schließlich in irgendeiner Weise den Brotpreis verteuern müßten, um die Prämie für die Landwirtschaft zu tragen. Das war unsere schwache Stelle. Wir wußten, daß die Gegner der Vorlage, die Anhänger des Monopols sich auf diese Lösung stürzen und sagen würden: damit wird das Brot verteuert — trotzdem es auch heute durch das Monopol verteuert wird und da gar kein Unterschied besteht. So sagten wir: mit einer solchen Lösung haben wir unter Umständen im Volk einen schweren Stand. Da ist es nun das Verdienst des Herrn Musy, die heute vorliegende Lösung gefunden zu haben. Ich anerkenne das ausdrücklich. Ich habe seinerzeit für diese Lösung das Wort geprägt: Das Ei des Kolumbus. Ich übernehme dafür die Verantwortung. Der Vorschlag hat den großen Vorteil, daß diese 10 bis 12½ Millionen Franken auf eine viel breitere Basis verteilt werden: auf die 4½ Milliarden Grenzverkehr, nicht nur Einfuhr, sondern auch Ausfuhr. Ein Teil davon geht ganz sicher zu Lasten der Ausfuhr. Und nun fragt es sich nur, wieviel davon übernimmt das Ausland? Werden diese Gebühren vom Inland oder vom Ausland getragen? Es wird hie und da behauptet, eine Abwälzung sei nicht möglich; dann wird aber konsequenterweise mindestens der eine Teil, den die Ausfuhr trägt, vom Ausland getragen. Nun liegen die Verhältnisse nicht so einfach. Ich habe z. B. auch schon in Einkaufsvorschlägen in unserem Betrieb gelesen, daß es hieß: einen Teil des Zolles trägt der Exporteur aus Deutschland; das wird nicht ein einzelner Fall sein. Ich will trotzdem den schlimmsten Fall annehmen, daß von den 10 Millionen, um die die Gebühren erhöht werden, nur eine Million von der Ausfuhr und 9 Millionen vom Inland getragen werden. Aber das verteilt sich nur auf ganz andere

Schultern. Heute war das Brot allein belastet und damit die schwächsten Volkskreise, denn im Haushalt des Minderbemittelten spielt das Brot prozentual eine größere Rolle als in dem des Millionärs. Allerdings hat sich bei den statistischen Erhebungen herausgestellt, daß der Anteil des Brotes an den Ernährungsauslagen lang nicht mehr so groß ist wie ehemals; die Auslagen für Milch und Milchprodukte verschlingen heute auch im Haushalt des Minderbemittelten beinahe doppelt soviel wie für Brot und Getreideprodukte. Aber immerhin, die Auslagen für Brot und Mehl sind noch eine wesentliche Auslage; wenn man dies den Minderbemittelten abnimmt und auf breitere Schultern legen will, dann ist das nicht konsumentenfreundlich gehandelt, sondern konsumentenfeindlich.

Nun hat Herr Kollega Abt vorhin in seinen Ausführungen unter anderem auch erklärt, die 10 Millionen Franken, die in Zukunft durch die statistische Gebühr aufgebracht werden müssen, wären heute schon durch das Getreidemonopol selbst aufzubringen resp. zu ersparen oder zu verdienen. Es hat schon Herr Bundesrat Musy darauf aufmerksam gemacht, daß die Margen des Großhandels beim Getreide nicht so hoch sind, daß es sich bei den 10 Millionen Gewinn um phantastische Zahlen handle. Man überschätzt heute überhaupt die Gewinne im Großhandel. Der Verband schweizerischer Konsumvereine vermittelt nicht nur Getreide, auf dem man am wenigsten Zuschläge erheben kann, sondern auch noch alle übrigen Bedarfsartikel. Aber wenn wir im Laufe eines Jahres bei einem Umsatz, der gleich hoch ist wie der des Monopols, eine halbe bis drei Viertel Million Franken Reservedotierung herausbringen, so betrachten wir das als ein gutes Resultat. Von unsern Verbandsvereinen wird sogar erklärt, das sei noch zu viel. Wenn man mit solchen Zahlen rechnet, so darf man nicht glauben, bei einem Umsatz von 130 Millionen Franken lassen sich diese 10 Millionen Franken Großhandelsgewinn erzielen; das ist unmöglich; das können nur Leute glauben, die wirtschaftlich wie Kinder denken — ich kann es nicht anders sagen, und wenn sie sogar hier im Nationalrat sein sollten! Denn im Großhandel ist die internationale Konkurrenz, speziell beim Getreide, das ein Börsenartikel ist und jederzeit an der Börse gekauft werden kann, so groß, daß sie die Preise nach unten regliert.

Wenn das richtig wäre, was Herr Abt behauptet hat, so möchte ich doch betonen, daß man dann diese ganzen 14 Jahre hindurch, seit das Getreidemonopol besteht, den einheimischen Getreideinteressenten, sagen wir einmal den Müllern, die Möglichkeit genommen hat, diese 10 Millionen Franken selber zu verdienen. Die Konsumvereinsmühlen, die zusammen beinahe den zehnten Teil der schweizerischen Vermahlung besorgen, wären dadurch im Jahre regelmäßig um ca. 1 Million verkürzt worden, das würde seit Einführung des Monopols zirka 14 Millionen ausmachen, ein Betrag, den wir ganz gerne selber auch erlangt hätten. Denn als Freund der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft habe ich solche Gewinne immer noch lieber in den Händen der Genossenschaften als in denjenigen des Staates, weil man in der Genossenschaft damit viel Nutzbringenderes schaffen kann als im Staat, wo man das Geld zur Deckung sonstiger Staatsausgaben braucht.

Ich komme bei Art. 3 dann noch auf die Konsumentenschutzbestimmungen zurück. Es sind zwei Anträge, diejenigen der Herren Schmid-Ruedin und Reinhard, die sich damit befassen, und ich werde dann bei der Detailberatung auf diese Punkte eintreten.

Ich möchte nur noch, damit ich bei Abs. 1 das Wort nicht ergreifen muß, darauf aufmerksam machen, daß im heutigen Entwurf des Bundesrates gegenüber dem ersten vom Jahre 1924 eine redaktionelle Aenderung vorliegt. Heute heißt es: «Zur Sicherung der Versorgung des Landes unterhält der Bund genügende Getreidevorräte.» In der früheren Vorlage dagegen hieß es: «Der Bund soll insbesondere selbst Vorräte an Getreide halten oder in anderweitiger Weise Vorsorge treffen.» Ich habe mich erkundigt, was diese Aenderung bedeuten soll. Es hieß, eine materielle Aenderung sei nicht beabsichtigt, das sei einfach eine redaktionelle Aenderung, ohne daß am System etwas geändert werden sollte. Diese Redaktion deckt also auch das System, daß unter Umständen nach Annahme des Verfassungsartikels und nach Annahme des Ausführungsgesetzes, von dessen Entwurf übrigens — das möchte Herrn Abt interessieren — schon einige Paragraphen in der Kommission vorgelesen worden sind, der Bund selber keine Lager halten muß, sondern daß diese Lager durch die Mühlen unterhalten werden können. Dieses System hätte den Vorteil, daß der Bund die Auswechslung nicht selber besorgen muß, sondern daß die Mühlen sie besorgen könnten, was vielleicht sachverständiger und billiger und mehr ihren Wünschen entsprechend besorgt werden kann. Es ist auch im Ständerat diese Feststellung erfolgt. Der Wortlaut von Abs. 1 zwingt also den Bund nicht, selbst diese Vorräte zu halten.

Nobs: Ich stelle mit Befriedigung fest, daß sowohl bäuerliche seinerzeitige Anhänger des Getreidemonopols, als auch nichtbäuerliche bürgerliche Anhänger des Monopols in den Beratungen der Kommission und in diesem Rate mit einer durchaus wirtschaftlichen Argumentation ein Bekenntnis zum Monopol abgelegt haben. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß Herr Meili auch in diesem Rate das Bekenntnis abgelegt hat, das er schon in der Kommission uns nicht verheimlichte: «Die einfachste, billigste, zweckmäßigste Lösung wäre das Monopol gewesen, das ist unsere Meinung noch heute.» So hat er gesagt. Es haben die Herren Rochaix und Baumberger sich in der Kommission ebenso ausgesprochen, und es hat Herr Abt mit erfrischender Deutlichkeit vor kurzem noch zu Ihnen gesagt: «Ich bin theoretisch und absolut für das Monopol.» Ich darf daran erinnern, daß in der Kommissionssitzung in Siders am 24. April dieses Jahres Herr Bundesrat Scheurer, der dort den Bundesrat zu vertreten hatte, die folgenden Worte gesprochen hat, die ich ebenfalls wörtlich zitiere: «Viele Mitglieder des Bundesrates und auch der Sprechende, ich mache daraus gar kein Hehl, sind der Auffassung, daß tatsächlich das Monopol die beste Lösung der ganzen Frage gewesen wäre.»

Die Herren haben durchaus recht. Wir gehen mit ihnen vollständig einig und wir erblicken gerade in diesen Bekenntnissen von bürgerlicher Seite die beste Bestätigung für die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Monopols. Die Ueberzeugung von der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Monopols haben wir

keinen Augenblick preisgegeben. Wenn man uns nun hier in der Debatte, wie auch schon in der Kommission unterschoben hat, daß für die Sozialdemokraten wirtschaftliche Argumente in dieser Frage keine Rolle spielten, es handle sich für uns einfach um eine politische Sache, damit sei für uns die Stellung von vorneherein gekennzeichnet, und wie auch die wirtschaftlichen Argumente lauten möchten, so müßten wir ihnen das Ohr verschließen — so ist dem durchaus nicht so. Aber ich habe mit außerordentlichem Interesse heute aus dem Votum des Herrn Sulzer gehört, daß, wenn nicht bei uns, so doch bei andern Leuten politische Argumente in dieser Sache eine gewisse Rolle spielen. Und daß sie keine ganz geringe Rolle spielen, das hat Herr Sulzer damit unterstrichen, daß er wiederholt auf diese politischen Argumente zu sprechen gekommen ist, daß er seiner ganz besonderen Befriedigung darüber Ausdruck gegeben hat, daß nun die politische Situation sich in dieser Frage sehr geändert hätte, indem ein Zusammenstehen aller bürgerlichen Parteien möglich geworden sei, daß nun die Zersplitterung aufhöre und daß die Einheitsfront des Bürgertums gegen die Sozialdemokraten nun auch in dieser Frage wieder hergestellt sei. Meine Herren, das sind politische Argumente; aber nicht die Argumente sind politischer Art und politischer Ordnung, mit denen wir hier nach wie vor mit unerschütterter Ueberzeugung die Vorzüge des Getreidemonopols vertreten gegenüber den Nachteilen jeder andern Lösung.

Es ist gar keine Frage, daß jene Kreise des Wirtschaftslebens, die von der Preisgabe des Getreidemonopols einen materiellen Nutzen haben, ich meine also die eigentlichen Getreidehändler, daß diese Leute aus wirtschaftlichen Gründen gegen das Monopol sind, aus sehr triftigen, für siesehr überzeugen den wirtschaftlichen Gründen. Und für uns ebenfalls. Uns geht es jener kapitalistischen Profitwirtschaft gegenüber um ein Stück Gemeinwirtschaft, das wir vertreten, um ein Stück Antikapitalismus. Nachdem Herr Bundesrat Musy hier die Kathedersozialisten zitiert hat, zu deren Füßen er in seinen Studienjahren in Berlin gesessen ist und von denen er auch in der Kommissionssitzung uns mit einer gewissen Begeisterung erzählt hat, möchte ich auch einen Kathedersozialisten zitieren, Prof. Ballod, auch einen deutschen Gelehrten, der noch vor kurzem über diese Frage sich in folgenden unzweideutigen Worten ausgesprochen hat: «Dem Reicherwerden der Reichen wirkt außer einer ergiebigen direkten Besteuerung und außer der Sozialgesetzgebung entgegen die Einführung von Staatsmonopolen. Daher die furchtbare Wut der in kapitalistischen Händen befindlichen Presse gegen eine jede Art von Staatsmonopol, die sie als kalte Sozialisierung bekämpft.»

Das ist der Kern der Sache. Dem Reicherwerden der Reichen wirken die Monopole entgegen. Wer im Wirtschaftsleben eine kapitalistische Einstellung hat, der kann Monopole nicht akzeptieren, daher die verbissene Wut der Kapitalisten gegen die Monopole. Wir haben davon auch etwas gespürt, in jener Volksabstimmung vom 5. Dezember 1926. Und wenn Herr Bundesrat Musy mit vollem Recht gesagt hat, daß man die Nullen hinter die Ziffern setzen müsse und nicht davor, damit sie von Belang und Bedeutung seien, so ist ganz sicher, daß die Herren, die in jener Abstimmungskampagne die gewaltigen Kosten jener

demagogischen Irreführung des Volkes bezahlt haben; auch wissen, daß die Nullen hinter den Ziffern stehen und nicht vor den Ziffern.

Das allerbeste Zeugnis, das die Monopolgegner der staatlichen Getreideversorgung hätten ausstellen können, ist die Tatsache, daß man etwa zwei Dutzend Systeme hat erfinden müssen und immer noch nichts gefunden hatte, das allen Einwänden zu begegnen wußte. Auch Herr Bundesrat Musy hat in der Kommission gesagt: « Oh oui, j'ai bien vu que c'était plus difficile que je n'avais cru. » Die Monopol-Lösung wollen Sie ohne Grabgesang begraben. Wie steht es nun mit der monopolfreien Lösung, die Sie heute annehmen wollen? Welches ist nun der Siegespreis dieses Kampfes um Handels- und Gewerbefreiheit, dieses Kampfes gegen die staatliche Hineinregiererei, dieses Kampfes gegen den Brotvogt, der auf dem Plakat, mit Mantel und Dreispitz angetan, und das Brot des Volkes in bedrohlicher Weise umklammernd, unser Volk dazu gebracht hat, das Monopol zu verwerfen?

Wie sieht nun diese monopolfreie Lösung aus? Der Handel ist keineswegs völlig schrankenlos. Das Mühlengewerbe bekommt ein faktisches, ein wirkliches Monopol für sein Gewerbe, mit der Ausnahme, daß als Gegengift für den Fall einer ungebührlichen Ausnutzung dieser Monopolstellung für den Bund ein Mehleinfuhrmonopol vorgesehen ist. Sie dürfen gar nicht mehr von einer monopolfreien Lösung sprechen, denn die Lösung, die Sie als die monopolfreie bezeichnen, enthält ja in der Tat heute zwei Monopole. Aber der Schwierigkeiten und der Komplikationen mit diesem System ist kein Ende. Niemand kann heute darüber Auskunft geben, wie die Funktion dieser gesamten außerordentlich komplizierten Lösung sich gestalten wird. Man hat ja dieses System ausgeklügelt und ausgeheckt, wie kaum noch jemals ein Wirtschaftsapparat vorbereitet worden ist. Es wird da Schwierigkeiten an allen Ecken und Enden geben und Herr Dr. Abt hatte nur zu recht, wenn er verlangt hat, es müßte eine präzise Vorlage, ein Gesetzesentwurf, darüber vorliegen, der auch zeigt, wie denn dieses erkünstelte, komplizierte System praktisch funktionieren soll, bevor man die Ueberzeugung haben kann, daß es zur Befriedigung werde funktionieren können. Nach der Volksabstimmung über das Getreidemonopol hat Herr Kollega Baumberger ein Postulat eingereicht, das den Bundesrat einladen wollte, Vorsorge zu treffen für die anderweitige Beschäftigung des Personals, das heute in der Getreideverwaltung arbeitet. Dieses Postulat ist vollständig hinfällig geworden, denn Ihr schönes monopolfreies System wird zum allermindesten eben so viel Bürokratie benötigen wie die staatliche Getreideversorgung, die aber die gesamte Arbeit geleistet hat. Diese Bundesbürokratie bleibt, und wenn Sie die Kontrolle wirksam machen wollen, wenn im Verlaufe von einigen Jahren sich die Schwierigkeiten der Handhabung erst recht zeigen werden — wenn die Leute die Schliche und Kniffe merken, mit welchen man dieses komplizierte System zum privaten Vorteil ausnützen kann, dann werden sie die Kontrolle außerordentlich verstärken und vergrößern müssen. Sie werden gezwungen sein, noch mehr Personal anzustellen, um das Funktionieren dieses Systems zu ermöglichen und zu überwachern.

Man hat nun auch einen gewissen Garantieartikel hineingenommen, der in einem bestimmten Maße die

Interessen der Konsumenten sichern soll. Ich bestreite gar nicht, daß die vom Bundesrat neu vorgeschlagene Fassung besser ist als die frühere. Ich habe in der Kommission mit Befriedigung gehört, daß auch der Chef des Finanzdepartementes seine Auffassung dahin präzisiert hat, daß dieser neue Wortlaut durchaus so zu verstehen sei, daß er eine Einschränkung des Gewerbefreiheitsartikels 31 der Bundesverfassung enthalte. Aber wollen sie bestreiten, daß Sie, indem Sie eine wenn auch ungenügende, nicht nach jeder Richtung befriedigende Sicherstellung der Konsumenteninteressen schaffen, nun tatsächlich jenen eidgenössischen Brotvogt einführen, gegen den sich in der Abstimmungskampagne die größten Schlagworte gerichtet haben? Sie können es nicht bestreiten.

Wir haben in der Kommission bei der Beratung der Vorlage Dinge gesehen, die uns wenig gefallen haben. Wir haben mit Bedauern festgestellt, daß der Chef des Finanzdepartementes es nicht für notwendig erachtet hat, denjenigen Fachmann zur Beratung zuzuziehen, der in erster Linie kompetent gewesen wäre, die Auskünfte zu geben, die wir auf diesem Gebiete hätten haben sollen. Der Chef der eidgenössischen Getreideverwaltung, Herr Oberst Rychner, ist vollständig ausgeschaltet worden. Wenn man gewisse Auskünfte haben wollte, konnte man sie nicht an Ort und Stelle bekommen, sondern man mußte nach Bern telefonieren. Ich will gerecht sein und gleich beifügen, daß das Finanzdepartement diese Telefonspesen getragen hat. Sie werden mir aber zugeben, daß das keine normale Art der Vorbereitung parlamentarischer Geschäfte und der Behandlung derartiger Aufgaben in parlamentarischen Kommissionen ist. Eine weitere Feststellung: Nachdem diese in einer Kommissionssitzung des Nationalrates, die letzten Samstag in Zürich stattgefunden hat, von Herrn Dr. Käppeli vom Volkswirtschaftsdepartement bekanntgegeben worden ist, will ich sie auch Ihnen mitteilen, daß nämlich das Volkswirtschaftsdepartement zu dieser monopolfreien Vorlage gewisse Mitberichte zu verfassen gehabt hat, daß aber diese Mitberichte derjenigen Organe, die mit der Getreideverwaltung zu tun haben und in der Arbeit drin stecken, nach Ansicht des Herrn Dr. Käppeli in keiner Weise auf die den Räten unterbreitete Botschaft abgefärbt haben, sondern daß das Departement und seine Beamten, die jene Mitberichte verfaßt haben, in der Botschaft vielmehr das Gegenteil ihrer Feststellungen und der von ihnen erwähnten Tatsachen lesen mußten. Da braucht es nicht zu verwundern, wenn die nun hier vorgeschlagene monopolfreie Lösung anfechtbar ist und die Begründung der Vorlage in vielen Teilen nicht stichhaltig ist.

Es ist in der Botschaft insbesondere auf ausländische Verhältnisse hingewiesen worden. Ich möchte in allen Teilen das bestreiten, was die Botschaft über den allgemeinen Rückgang der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und im besondern sagte. Es hat kein anderer als der Chef einer unserer größten Banken, Herr Dr. Jöhr von der Schweizerischen Kreditanstalt, in einem Referat vor der schweizerischen Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft die ausdrückliche Feststellung gemacht — das Referat ist gedruckt, Sie kennen es — daß in der ganzen Breite der ökonomischen Entwicklung sich eine Bewegung zugunsten der Gemeinwirtschaft

kundtut, eine Bewegung entgegen dem rein kapitalistischen Betrieb. Ich habe hier die «Frankfurter Zeitung» vom 10. Juli 1928. Sie bringt einen bemerkenswerten Artikel über die Verschiebungen im deutschen Getreidehandel. Der Artikel enthält die Feststellung, daß eine deutsche landwirtschaftliche Großbank und eine deutsche Staatsbank, die Preußenkasse, sich zusammengetan haben, um durch ihren Eingriff 60 Prozent des deutschen Getreideimportes in ihre Hand zu bekommen. Der Artikelschreiber der Frankfurter Zeitung stellt fest, daß auf diese Art und Weise die deutsche Landwirtschaft gemeinsam mit dem preußischen Staate, sich, wenn auch noch keine Monopolstellung, doch eine dominierende Stellung im deutschen Getreidehandel gesichert habe, was für das ganze deutsche Volkswirtschaftsleben von Bedeutung sei. Jene Kreise, die gerade in Deutschland eine auf eine derartige Monopolentwicklung hin tendierende Bewegung begrüßen, sind durchaus nicht der Auffassung des Herrn Bundesrat Musy, daß das Spiel der Börse volkswirtschaftlich besonders gesund und erfreulich sei, sondern wir hören von deutschen Volkswirtschaftlern und Landwirten, wie wünschbar es wäre, daß einmal dieses beunruhigende Spiel alltäglicher Zufälligkeiten aufhöre und eine gewisse Stabilisierung der Preise eintrete, die im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, der Produzenten wie der Konsumenten, zu wünschen sei.

Ganz besonders geht die Botschaft des Bundesrates in die Irre in jenem Abschnitt, wo sie uns auseinandersetzt, wie in Norwegen das Getreidemonopol eine schwere Niederlage erlitten habe und durch den freien Getreidehandel ersetzt worden sei.

Wenn Sie und Ihr Herr Kommissionspräsident mir das Gegenteil nicht glauben wollen, daß heute in Norwegen das Getreidemonopol wieder eingeführt wird, daß es im Jahre 1929 wieder in Wirksamkeit treten wird, so verweise ich auf die «Neue Zürcher Zeitung» vom 16. Juli dieses Jahres, in welcher ein Bericht über «Die politische Spannung in Norwegen» erschienen ist. Dort können Sie nachlesen, daß eine linksbürgerliche Regierung in Norwegen, deren Führer Ministerpräsident Mowinkel ist, die Wiedereinführung des Getreidemonopols auf das Jahr 1929 beschlossen hat.

Sie sehen also, die Entwicklung geht durchaus nicht so eindeutig in der Rückkehr zum Privatkapitalismus, wie die Botschaft meint und wie Herr Bundesrat Musy es hier auch wieder auseinandersetzen wollte. Wenn die Rede des Herrn Bundesrat Musy in eine Verurteilung des Marxismus ausgeklungen ist, wenn er Stalin gegen Trotzky ausgespielt hat und selbst für Stalin gegen Trotzky Stellung genommen hat — wenn er damit weiter eine Polemik gegen Bureaucratie und Funktionalismus verband, so möchte ich sagen, daß das ganz willkürliche Konstruktionen sind. Es ist nicht richtig, daß die Volkswirtschaftslehre, die theoretische Nationalökonomie heute einheitlich eine andere Stellung einnimmt als vor 20 oder 30 Jahren, in der Blütezeit des Kathedersozialismus, da Herr Bundesrat Musy als fleißiger Student zu Füßen der Professoren Schmoller und Wagner in Berlin gesessen ist. Wir haben vor einigen Tagen einen dieser Kathedersozialisten in unserm Lande gehört, und ich habe mit besonderem Vergnügen in der Berner Bauernzeitung das Referat über den Vortrag dieses Kathedersozialisten nachgelesen und mit besonderer Befrie-

digung festgestellt, daß die Landwirtschaft, obschon sie heute für die monopolfreie Lösung eintritt, sich noch nicht ganz von allem Rückständen einstiger Monopolfreundlichkeit zu säubern vermocht hat, wenn sie noch dazu kommt, derartige Reden und Theorien von Kathedersozialisten vollinhaltlich zu reproduzieren. Prof. Sombart hat am Soziologentag in Zürich eine Wegleitung über die letzte und wahrscheinlich auch nächste Entwicklung der Volkswirtschaft gegeben. Er kommt dazu zu sagen: «der Kapitalismus hat seine Blütezeit überschritten.» Was er vor sich sieht, ist keine freie Wirtschaft mehr, keine kapitalistische Wirtschaft, die Entwicklung richtet sich gegen die Profitwirtschaft und geht die Bahn gemeinsüßiger Gemeinwirtschaft. Prof. Sombart erklärt, daß der Kapitalismus sich in einem «deutlich erkennbaren Stadium der Rückbildung» befinde, daß seine jüngste Entwicklung «nicht mehr die typischen kapitalistischen Züge» zeige, daß Unternehmer und Kapitalisten auf breiten Unternehmungsgebieten schon Beamte geworden seien oder, fügt er hinzu, sogar geniale Finanzminister. Wenn Prof. Sombart damit sagen will, daß geniale Finanzminister für die Gemeinwirtschaft eintreten, so ist das ein nicht sehr freundliches Kompliment für unsern Finanzminister. Sombart sieht voraus, daß wir uns einer Periode der Planwirtschaft nähern, und der Einschlag der Profitwirtschaft zurückgehe.

So möchte ich auf Grund dieses ganz wenigen Äußerungen eines Volkswirtschaftstheoretikers doch den Herrn Finanzminister wieder auf seine Kollegienhefte verweisen und sagen: Lesen Sie doch wieder einmal nach, was Sie vor 20 Jahren in Berlin in Ihre Kollegienhefte geschrieben haben. Was dort steht, ist viel richtiger und viel zeitgemäßer und entspricht viel mehr der heutigen volkswirtschaftlichen Erkenntnis, als die freiwirtschaftliche Theorie, die Sie uns in der Kommission vorgetragen haben. Es hat Herr Bundesrat Scheurer in der Kommissions-sitzung das Geständnis abgelegt, es werde knarren und knistern in der monopolfreien Maschine, bis sich alles eingelebt habe. Herr Abt und andere Herren haben ähnliche Ausführungen gemacht. Sie haben nicht bestreiten können, daß das System, das Sie einführen wollen, ein außerordentlich gefährliches Vehikel ist — daß man noch nicht weiß, ob und wie die Maschine funktionieren wird, und was für Schwierigkeiten im Räderwerk sich noch offenbaren werden.

Wir wollen von dieser Maschine nichts wissen. Wir lehnen sie ab. Wir sind der Ueberzeugung, daß der Pyrrhussieg vom 5. Dezember 1926 nicht der letzte Volksentscheid in dieser Sache gewesen ist. Vielleicht wird auch der nächste Entscheid nicht der letzte sein, den unser Volk in dieser Sache an den Urnen abgeben wird. Wir sind der Ueberzeugung, daß nicht die Demagogie, nicht die Verzerrung und Entstellung der Tatsachen, wie sie die Monopolgegner im November und Dezember 1926 betrieben haben, dauernd zu helfen vermag. Die Demagogie wird die klare Einsicht und praktische Erfahrung des Schweizervolkes mit dem Monopol nicht dauernd zu übertönen vermögen. Es ist klar, diese Auseinandersetzungen haben das Schweizervolk lange beschäftigt, aber gerade die Tatsache, daß wir jahrelang damit zu tun gehabt haben und daß das Schweizervolk nicht vom ersten Tage an den richtigen Weg hat finden können, zeigt doch bloß, wie außerordentlich schwierig die ganze Sache ist, wie

sehr sie gegen Traditionen verstößt und zeigt weiter, daß es sich hier um eine große grundsätzliche Neuorientierung handelt. Entgegen Herrn Bundesrat Musy sage ich, daß es nicht eine Krise der Demokratie bedeuten würde, wenn das Schweizervolk diese Vorlage verwerfen würde. Die Rückkehr zum Monopol, die kommen wird, wird ein doppelter Sieg der Demokratie sein, ein Sieg der politischen und wirtschaftlichen Demokratie.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 19. September 1928.
Séance du matin du 19 septembre 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 716 hievor. — Voir page 716 ci-devant.

M. de Rabours: Je désirerais commencer cette séance en vous faisant part des réflexions venues à l'esprit d'un citadin moyen en face des textes qui vous sont présentés. En plus de cette qualité de citoyen moyen, je revendique celle de libéral progressiste en face d'un document législatif qui, certainement, porte atteinte aux principes un peu périmés du libéralisme d'autrefois.

Hier, M. Graber, dans un discours fortement pensé, a fait cette objection que certainement quelques-uns des membres de cette assemblée pouvaient se trouver en contradiction complète avec les principes qu'ils ont toujours soutenus et défendus. Cela peut paraître vrai à la surface, mais c'est parfaitement erroné quant au fond. Il faut se pénétrer de cette pensée que l'alimentation en blé d'un pays a toujours été, depuis les temps les plus anciens de l'histoire, la chose de l'Etat. Le blé a toujours joué un grand rôle dans les grandes guerres. Permettez-moi de vous rappeler, et sans vouloir être pédant, que Thucydide, dans son Histoire de la guerre du Péloponèse, voyait déjà comme cause profonde de la guerre la volonté des Athéniens et l'obligation pour eux de se fournir en blé de Sicile. La politique anglaise actuelle, et celle du siècle dernier aussi, étaient fondées sur cette constatation que le pays était et est dans l'impuissance de nourrir, même une faible fraction, des habitants de ce territoire sur-industrialisé. Puisqu'il en est ainsi, pourquoi nous, dont le pays est en partie montagneux et dont l'autre partie n'est pas naturellement très féconde, n'intéresserions-nous pas l'Etat d'une façon constante à ce problème essentiel de notre vie économique?

Un souvenir me revient: Au mois d'avril 1914, notre état-major a reçu la visite d'un personnage qui connaissait bien l'ensemble de la question de l'approvisionnement en Suisse, et qui posa au chef d'alors la question suivante: « Si une guerre éclatait entre les pays qui entourent la Suisse, seriez-vous approvisionnés en blé? L'état-major a dû reconnaître que nous n'étions pas approvisionnés à ce moment-là, que le blé qui était nécessaire à notre alimentation venait des entrepôts de Mannheim par le Rhin et que nous ne possédions de provisions en céréales que pour trois ou quatre jours seulement. Du point de vue de la guerre nous n'étions pas prêts. Heureusement, en juin et en juillet, l'on fit le nécessaire pour que les entrepôts suisses se remplissent et au 1^{er} août, alors que la récolte n'était pas engrangée, nous possédions les réserves qui nous étaient nécessaires. Vous sentez bien — et cet exemple est destiné à le prouver — que le blé est un élément de défense nationale et non pas seulement un élément de sécurité sociale. C'est la première observation que je voulais faire. A quoi je pourrais ajouter que, dans le courant du moyen-âge, chaque cité un peu bien ordonnée avait des greniers à blé et que, jusqu'au 18^{ème} siècle, le blé était acheté en masse par l'Etat ou par les municipalités. A cet égard on peut donc dire que ceux qui demandent l'intervention de l'Etat sont dans la ligne d'une tradition historique imposée par les faits. Autrefois, il existait même des magistrats qui étaient chargés spécialement de cet approvisionnement en blé à Athènes, c'étaient les « Sitophilax ».

Cette constatation faite, je me sens plus libre pour dire que je voterai le projet qui est présenté, encore que, naturellement, dans son détail, il puisse ne pas répondre à tous les espoirs, à tous les désirs.

Je veux néanmoins répondre à une observation faite par M. Graber qui nous propose — d'une manière ironique d'ailleurs — de reprendre le texte de l'initiative première, que cela est naturellement complètement impossible. Le texte de cette initiative ne se révèle pas clair, n'est pas ordonné selon les exigences d'un texte de loi. Il ne peut venir à la pensée de personne, au moment où nous sommes appelés à discuter une aide extraordinaire en vue d'atténuer la crise agricole, de rester sous l'empire du régime inconstitutionnel et transitoire, régime, même dangereux, sous lequel nous vivons maintenant. Il faut développer la culture du blé plus encore qu'elle ne l'a été jusqu'ici. Le paysan doit être assuré de la vente de son produit. Or, vous n'avez qu'à constater quelle transformation ont subi nos paysages depuis quelques années. Nous voyons maintenant la blonde moisson lever dans des endroits où nous avions auparavant des prairies. La nature nous enseigne que certaines régions de notre pays ne nous fournissent que comme à regret un blé qui, malgré l'effort intelligent de nos agriculteurs, est, dans bien des régions de notre pays, loin de valoir le blé du Canada ou le blé que nous recevions autrefois de Russie, et celui de Roumanie.

La grosse objection que l'on peut faire à la proposition du Conseil fédéral est celle-ci — et je désire la souligner ici parce qu'elle a une importance capitale pour l'avenir de notre pays —

Il ne faudrait pas que, sous l'égide de textes législatifs comme celui-ci, on en vint à créer une sorte

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.09.1928
Date	
Data	
Seite	716-746
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 451

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

sehr sie gegen Traditionen verstößt und zeigt weiter, daß es sich hier um eine große grundsätzliche Neuorientierung handelt. Entgegen Herrn Bundesrat Musy sage ich, daß es nicht eine Krise der Demokratie bedeuten würde, wenn das Schweizervolk diese Vorlage verwerfen würde. Die Rückkehr zum Monopol, die kommen wird, wird ein doppelter Sieg der Demokratie sein, ein Sieg der politischen und wirtschaftlichen Demokratie.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 19. September 1928.
Séance du matin du 19 septembre 1928.

Vorsitz — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 716 hievor. — Voir page 716 ci-devant.

M. de Rabours: Je désirerais commencer cette séance en vous faisant part des réflexions venues à l'esprit d'un citadin moyen en face des textes qui vous sont présentés. En plus de cette qualité de citoyen moyen, je revendique celle de libéral progressiste en face d'un document législatif qui, certainement, porte atteinte aux principes un peu périmés du libéralisme d'autrefois.

Hier, M. Graber, dans un discours fortement pensé, a fait cette objection que certainement quelques-uns des membres de cette assemblée pouvaient se trouver en contradiction complète avec les principes qu'ils ont toujours soutenus et défendus. Cela peut paraître vrai à la surface, mais c'est parfaitement erroné quant au fond. Il faut se pénétrer de cette pensée que l'alimentation en blé d'un pays a toujours été, depuis les temps les plus anciens de l'histoire, la chose de l'Etat. Le blé a toujours joué un grand rôle dans les grandes guerres. Permettez-moi de vous rappeler, et sans vouloir être pédant, que Thucydide, dans son Histoire de la guerre du Péloponèse, voyait déjà comme cause profonde de la guerre la volonté des Athéniens et l'obligation pour eux de se fournir en blé de Sicile. La politique anglaise actuelle, et celle du siècle dernier aussi, étaient fondées sur cette constatation que le pays était et est dans l'impuissance de nourrir, même une faible fraction, des habitants de ce territoire sur-industrialisé. Puisqu'il en est ainsi, pourquoi nous, dont le pays est en partie montagneux et dont l'autre partie n'est pas naturellement très féconde, n'intéresserions-nous pas l'Etat d'une façon constante à ce problème essentiel de notre vie économique?

Un souvenir me revient: Au mois d'avril 1914, notre état-major a reçu la visite d'un personnage qui connaissait bien l'ensemble de la question de l'approvisionnement en Suisse, et qui posa au chef d'alors la question suivante: « Si une guerre éclatait entre les pays qui entourent la Suisse, seriez-vous approvisionnés en blé? L'état-major a dû reconnaître que nous n'étions pas approvisionnés à ce moment-là, que le blé qui était nécessaire à notre alimentation venait des entrepôts de Mannheim par le Rhin et que nous ne possédions de provisions en céréales que pour trois ou quatre jours seulement. Du point de vue de la guerre nous n'étions pas prêts. Heureusement, en juin et en juillet, l'on fit le nécessaire pour que les entrepôts suisses se remplissent et au 1^{er} août, alors que la récolte n'était pas engrangée, nous possédions les réserves qui nous étaient nécessaires. Vous sentez bien — et cet exemple est destiné à le prouver — que le blé est un élément de défense nationale et non pas seulement un élément de sécurité sociale. C'est la première observation que je voulais faire. A quoi je pourrais ajouter que, dans le courant du moyen-âge, chaque cité un peu bien ordonnée avait des greniers à blé et que, jusqu'au 18^{ème} siècle, le blé était acheté en masse par l'Etat ou par les municipalités. A cet égard on peut donc dire que ceux qui demandent l'intervention de l'Etat sont dans la ligne d'une tradition historique imposée par les faits. Autrefois, il existait même des magistrats qui étaient chargés spécialement de cet approvisionnement en blé à Athènes, c'étaient les « Sitophilax ».

Cette constatation faite, je me sens plus libre pour dire que je voterai le projet qui est présenté, encore que, naturellement, dans son détail, il puisse ne pas répondre à tous les espoirs, à tous les désirs.

Je veux néanmoins répondre à une observation faite par M. Graber qui nous propose — d'une manière ironique d'ailleurs — de reprendre le texte de l'initiative première, que cela est naturellement complètement impossible. Le texte de cette initiative ne se révèle pas clair, n'est pas ordonné selon les exigences d'un texte de loi. Il ne peut venir à la pensée de personne, au moment où nous sommes appelés à discuter une aide extraordinaire en vue d'atténuer la crise agricole, de rester sous l'empire du régime inconstitutionnel et transitoire, régime, même dangereux, sous lequel nous vivons maintenant. Il faut développer la culture du blé plus encore qu'elle ne l'a été jusqu'ici. Le paysan doit être assuré de la vente de son produit. Or, vous n'avez qu'à constater quelle transformation ont subi nos paysages depuis quelques années. Nous voyons maintenant la blonde moisson lever dans des endroits où nous avions auparavant des prairies. La nature nous enseigne que certaines régions de notre pays ne nous fournissent que comme à regret un blé qui, malgré l'effort intelligent de nos agriculteurs, est, dans bien des régions de notre pays, loin de valoir le blé du Canada ou le blé que nous recevions autrefois de Russie, et celui de Roumanie.

La grosse objection que l'on peut faire à la proposition du Conseil fédéral est celle-ci — et je désire la souligner ici parce qu'elle a une importance capitale pour l'avenir de notre pays —

Il ne faudrait pas que, sous l'égide de textes législatifs comme celui-ci, on en vint à créer une sorte

de trust privé de la meunerie. Il ne faudrait pas qu'à la suite d'un relâchement de surveillance, la meunerie devînt à cet égard trop puissante et n'absorbât une partie trop grande de ce que nous avons voulu faire surtout pour encourager l'agriculture. Nous savons que, dans un avenir prochain, la Suisse se trouvera aux prises avec cette question extrêmement délicate et difficile de savoir comment elle devra lutter contre la force sans cesse grandissante de trusts de toute sorte. Et quand je parle de la force grandissante de trusts de toutes sortes, je pense surtout au trust de la viande qui, actuellement, est un véritable chancre pour notre pays. Quand on songe à ce qui disparaît dans la poche des trusts intermédiaires, on ne peut s'empêcher d'être inquiet. Quand, dans un texte de loi, on aperçoit des mesures qui pourraient favoriser, une fois ou l'autre, un trust de cette nature, on a des raisons de crier aux consuls responsables: Faites attention, prenez garde. Nous aurons nous-mêmes, dis-je, à nous occuper de cette question — comme on l'a fait, il y a quelques années aux Etats-Unis — et ceci d'ici peu de temps, car la vie renchérit chez nous d'une manière que n'expliquent pas les droits de douane seuls, mais qu'explique l'organisation qui s'est formée à l'abri des textes de loi ou des arrêtés mis en vigueur à l'époque de la guerre. Soyons donc prudents.

Je m'excuse, M. le conseiller fédéral chef du département des finances, de vous poser directement une question. Je voudrais cependant en tant que juriste avoir une explication sur le sens d'une phrase: «La Confédération achète le blé indigène de bonne qualité, propre à la mouture, à un prix qui en permet la culture dans le pays. Les meuniers peuvent être tenus d'acquérir le blé pris en charge par la Confédération sur la base de sa valeur marchande.»

Si je comprends bien la «valeur marchande», c'est la valeur déterminée par le marché. Or, comme il n'y aura pas de marché du blé, je ne sais pas comment on déterminera cette valeur marchande. A mon avis, il faudrait modifier ce membre de phrase. Une valeur marchande sans marché, je ne sais pas ce que cela sera. Sera-ce une valeur correspondant aux blés de toutes sortes?

(M. Musy: Ce sera la valeur marchande correspondant à la qualité).

C'est un peu subtil, parce que chaque blé diffère selon la proportion de matière amylacée qu'il contient. Je ne suis pas entièrement satisfait par la réponse qui m'est faite. Mais, dans le cas particulier, le Conseil national se doit à lui-même de donner un témoignage de solidarité entre citoyens, en votant avec la plus grande majorité possible, les décisions qui sont actuellement proposées. Nous verrons, lorsque les dispositions proposées entreront en vigueur, s'il convient de les modifier. Nous sommes pressés par la nécessité. Nous voterons donc le texte en remerciant le Conseil fédéral d'avoir trouvé cette formule, en somme heureuse, malgré les critiques qui lui sont faites: Il n'y a d'ailleurs pas de formule parfaite en ce domaine.

Baumberger: Ich habe in der Dezembersession 1926 namens des Initiativkomitees für die verworfene Vorlage das Versprechen abgegeben, die Freunde der verworfenen Vorlage würden nun nach dem Volksentscheid und nach dem Entscheide der Stände loyal mitarbeiten an einer monopolfreien Lösung, und diese

Freunde freuten sich, wenn eine Lösung gefunden werden könne, die man mit voller Ueberzeugung dem Volke zur Annahme empfehlen könne, und die dann aber auch angenommen werde. Es ist nun der Augenblick gekommen, dieses Versprechen einzulösen, nachdem von unserer Seite loyal am Zustandekommen der gegenwärtigen Vorlage mitgearbeitet worden ist. Ein Redner hat gestern etwas ironisch vom Frieden von Heiden gesprochen; ich glaube, er gehört der kommunistischen Fraktion an. Es ist eigentümlich: bei beiden Vorlagen spukte ein Friede, bei der ersten der Friede von Kandersteg und bei der zweiten der Friede von Heiden. Der Friede von Kandersteg brachte die Zustimmung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder zum sogenannten gemischten Monopol, wie es Ausdruck fand in der Vorlage von damals. Der Friede von Heiden war wiederum von sozialdemokratischer Seite geboten in Abänderungsvorschlägen zum Entwurfe des Bundesrates. In beiden Fällen, und das soll ausdrücklich und lobend anerkannt werden, waren es die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, welche in entgegenkommendem Sinne in diese Frage eingegriffen haben.

Was beweist das? Das beweist, dass die Getreidefrage so schwerwiegend ist, daß auch die sozialdemokratische Partei, die es ja im Kapitel «Opposition» — ich glaube, das wird keine irgendwie verletzende Beschuldigung sein — nicht allzugenua, sondern nach meiner Meinung öfters allzusehr nimmt, ich sage also, daß auch die sozialdemokratische Partei bei dieser Frage, die ja so sehr Frage jedes Einzelnen ist, besondere Rücksichten zu nehmen hat.

Diese besondere Rücksichtnahme hatte dann aber in bezug auf den Frieden von Heiden keine längere Lebensdauer. Als ich gestern Herrn Kollegen Nobs hörte, mit welcher Wucht er sein Kriegsbeil gegen die Vorlage schwang, dachte ich mir: Es hat doch recht früh geändert seit den schönen Stunden auf den Hügeln des appenzellischen Vorderlandes. Wenn man ihn angehört hat, so wäre die Vorlage durchaus mißraten. Herr Kollega Nobs hat sich beinahe so pessimistisch über die neue Vorlage geäußert, wie unser Kollega Abt, nur mit dem Unterschiede, daß Herr Nobs ein überzeugter Gegner der Vorlage ist und Herr Abt letzten Endes angeblich ein überzeugter Freund. Ich nehme an, Herr Abt wird in den Volksversammlungen seiner Partei im Aargau mit aller Wucht für die Vorlage eintreten und Herrn Bundesrat Musy nicht in die Lage versetzen, zu sagen: Gott bewahre mich vor meinen Freunden; vor meinen Feinden will ich mich schon selber schützen.

Nun will ich Ihnen offen gestehen, ich habe den zornigen Tenor des Herrn Kollegen Nobs nicht recht begriffen. Ich sagte mir: In Heiden hat Herr Kollega Nobs noch zum Verständigungsantrage seines Kollegen Reinhard gestimmt, und nun plötzlich diese kriegerische Wendung, nachdem der Bundesrat dem Antrage Reinhard Rechnung getragen hat, soweit es überhaupt tunlich war. Und wenn man schon so weit gegangen ist im Entgegenkommen wie die Herren Sozialdemokraten in Heiden, dann kann eine Vorlage unmöglich so schlecht, so verwerflich sein, wie Herr Kollega Nobs eben gesagt hat. Man stand zu nahe beeinander. Schliesslich muß man sich auch sagen, wenn die Unterschiede nicht mehr größer sind, als zwischen dem Antrage Reinhard und der neuen Fas-

sung im Entwurfe des Bundesrates, so hat man eigentlich keinen Grund mehr zu einer wuchtigen Opposition.

Nun wird mir Herr Kollega Nobs natürlich sagen: Ja, die Differenzen zwischen Reinhard und Bundesrat sind doch zu groß! — Nach meinem alternden Verstande ist die Kluft aber gar nicht so groß. Herr Reinhard hat beantragt, daß der Bundesrat durch die zuständigen Behörden Preisabreden und andere den Konsumenten schädliche Abmachungen im Getreidehandel, in Müllerei- und Bäckereigewerbe als ungültig erklären könne, wenn sie nicht nachweisbar durch die Produktionskosten begründet seien. Ich will nicht mehr wiederholen, was gestern gesagt worden ist über die Schwächen dieses Antrages, der ja gut gemeint ist und auf den ersten Anblick bestechend wirkt, aber bei näherem Studium doch durchaus unhaltbar erscheint. Dagegen steht nun die neue Fassung des Bundesrates, wonach der Bundesrat den Verkehr im Getreidehandel, in der Müllerei und in der Bäckerei beaufsichtigt. Das kommt doch genau auf dasselbe hinaus. Wer Worte klaben will — soweit ich Herrn Nobs kenne, ist er kein Freund davon — kann nun freilich sagen: Hier ist die Differenz nun doch augenfällig! — Nein, man könnte höchstens sagen: Der Bund erhält nun ein Aufsichtsrecht über alle diese Dinge, über Getreidehandel, Müllerei und Bäckerei; aber man gibt ihm ein hölzernes Schwert, er kann nichts machen, er kann nur beaufsichtigend konstatieren, und dann am Schlusse sagen: Merci, Messieurs . . . Aber so ist nun die Sache doch nicht. Ich habe im Artikel die Einfuhrkompetenz des Bundes für Backmehl gesehen, wenn der Bund Mißbräuche konstatiert in der Preisabmachung usw. Der Getreidehandel kommt hier nicht in Frage, aber bei der Müllerei oder bei der Bäckerei kann es zutreffen. Der Bund braucht dann einfach zirka 200 Wagen Backmehl nach Zürich oder anderswo hin zu führen, und Sie würden sehen, wie unsere ehrsamten Müllers- und braven Bäckerfrauen im Schweizerland einen Tanz aufführen werden. Es genügt vollkommen, daß der Bund das Einfuhrrecht für Backmehl oder das Einfuhrmonopol, wenn Sie so wollen, besitzt. Er hat damit eine Waffe in der Hand, daß er jeden Mißbrauch im Preisabkommen oder auf anderen Gebieten unmöglich machen kann. Treten ungesunde Verhältnisse ein, im leider immer noch grassierenden Pachtwesen von Bäckereien, bei der Müllerei, so kann er dagegen auftreten. Ich habe in diesen Tagen wieder eine Klage aus dem Oberwallis bekommen, wonach eine dortige kleinere Müllerei, die Bäckereien verpachtet hat, diese preissteigernd stimulierte. Alle solche Abmachungen können mit dem Einfuhrmonopol von Backmehl absolut verhindert werden.

Ich möchte noch einmal betonen: Der Standpunkt des Herrn Reinhard und der Standpunkt, wie er in der Vorlage des Bundesrates Ausdruck gefunden hat, sind so nahe beieinander, daß es sich wahrhaftig nicht lohnt, eine große Sache und gar einen Kriegszustand daraus zu konstruieren. Ich setze den Fall, Herr Kollega Nobs und ich würden in einer Volksversammlung nachher einander gegenüber stehen. Er würde das Projekt dann zersauen. Ich würde ihm aber sagen: Ja, lieber Herr Kollege, wir sind doch so nahe beieinander, Sie haben sich in Heiden für eine Formel engagiert, die eigentlich das gleiche will. Also reichen wir uns die Hände, statt uns noch unsere

wenigen Haare auszuraufen! — Ich bin überzeugt, die Sache würde gar nicht so gefährlich.

Freilich, wenn man die Dinge einseitig ansieht, ich weiß nicht, durch welche Brille, dann mag man ja Unterschiede finden. Ich war ein warmer Anhänger des verworfenen Projektes, ich habe dafür geschrieben, ich habe dafür gesprochen, ich habe mir dafür fast die Schuhe abgelaufen. Es hat leider nichts genützt. Ich glaube, heute noch, das verworfene Projekt war gut und insofern besser als das jetzige, als wir wußten, was wir an ihm hatten. Es war bereits seit zehn Jahren ausgeführt worden, während das neue Projekt — Sie werden mir wenigstens einige minimale Kenntnisse in der Materie zutrauen — natürlich nicht das für sich hat und es nicht für sich haben kann, daß man es schon erprobt hätte. Hier haben wir etwas Neues. Aber wir müssen dann untersuchen: worin besteht nun dieses Neue? Das ist gar nicht so wichtig. Wir haben es mit einem Mehlmonopol der Müller zu tun. Herr Kollega Abt hat sich gestern etwas spöttisch darüber ausgesprochen. Er hatte überhaupt sehr viel Spott; ich weiß nicht, ob im Herzen oder im Kopfe, auf der Zunge jedenfalls. Ich gebe unumwunden zu, daß dem neuen Projekt unter Umständen zum Verhängnis werden kann die Kontrolle über die Lagerung und über die Auswechslung der Lager und dann die Handhabung der Ueberwälzung des inländischen Getreides von der Getreidestelle zu den Müllern. Das sind zwei Punkte, die erst durch die Tatsachen Abklärung finden können. Ueber die Kontrolle bei den Müllern bin ich aber vollends beruhigt, wenn sie in die Hände unserer Zollverwaltung gelegt wird. Bei der Uebernahme des Inlandgetreides durch die Müller hängt freilich sehr viel vom guten Willen der amtlichen Organe ab. Ich glaube, diesen guten Willen dürfen wir voraussetzen. Ich nehme an, unsere Getreideverwaltung werde durch die Annahme des neuen Projektes nicht an Qualität einbüßen, vielleicht auch nicht gewinnen, aber das hat sie gar nicht nötig. Wir haben eine ganz vortreffliche Getreideverwaltung. Das ist in diesem Saale immer anerkannt worden.

Also geht meine Schlußfolgerung dahin: Auch wenn wir zugeben, daß wir mit der verworfenen Vorlage etwas Erprobtes gehabt hätten, so ist das neue in der jetzigen Vorlage doch so, daß es in keinem Falle, ich unterstreiche das, eine Verwerfung rechtfertigen würde.

Wenn nun Herr Kollega Nobs — ich muß mich wieder mit ihm beschäftigen — von einer dritten Vorlage spricht, die nach Verwerfung der jetzigen kommen würde, so ist das mit einem wichtigen Problem etwas leichtherzig gespielt. Wie soll dann diese dritte Vorlage aussehen? Ich will Ihnen als alter Politiker sagen: Wenn das Schweizervolk etwas nicht erträgt, so erträgt es nicht das Kitzeln. Es erträgt nicht, daß, wenn es einmal einen Entscheid gefällt hat, man bald darauf ohne zwingenden Grund kommt und ihm sagt: So, liebes Volk, nun zeig einmal selber, daß du damals ein dummer Kerl gewesen bist! —

Nun weiter im Text. Wenn auch die dritte Vorlage verworfen würde, wollen wir dann wieder zur freien Wirtschaft zurückkehren und die Getreidefrage als nationales Postulat negieren? Ich weiß nicht, wer den Mut dazu hätte. Herr Nobs würde es auch nicht tun, habe ich den Eindruck. Also ist

es doch besser, wir nehmen die Vorlage an. Und nun will ich Ihnen etwas sagen: wenn diese Vorlage sich nicht bewährt, wenn sie wirklich unverbesserliche Mängel zeigen sollte, wie Herr Nobs und auch Herr Abt sie ihr andichten, dann seien Sie ganz sicher, dann kommen wir zu einem andern Zustand, und dieser andere Zustand wird dann eben das Monopol sein, meine Herren. Denn das ist auch gewiß: von dieser Vorlage weg führt kein Weg zurück zu einem freiwirtschaftlichen Stadium; sondern es gibt dann nur noch ein Vorwärts und dieses Vorwärts würde heißen «Monopol». Wahrscheinlich dann aber nicht mehr gemischtes Monopol, sondern reines Staatsmonopol. Das ist es, was mich durchaus beruhigt, was auch Herr Nobs und seine Freunde beruhigen könnte, und warum gerade er die Vorlage auch von seinem Standpunkt aus durchaus annehmen könnte.

Jetzt habe ich aber noch einen Punkt zu berühren: das geht die statistische Gebühr an. Und ich will offen sagen: es hat gestern einen bemühenden Eindruck gemacht, als Herr Kollega Abt diese statistische Gebühr ein Almosen — er betont das Wort so pathetisch wie ein Aumônier (Heiterkeit) — ein Almosen der Industrie an unsere Landwirtschaft nannte. Ja, mein lieber Kollega Abt, was sind dann die Zölle, was sind die Landwirtschaftszölle, sind die auch wieder ein Almosen? Was sind die Gewerbezölle, sind die auch ein Almosen? Was sind die Industriezölle? Sind die auch ein Almosen? (Abt: Ihre Verwendung ist nicht gebunden.) Wenn Ihnen ein Fünfliber in die Tasche fliegt, ist es Ihnen egal, ob er gebunden oder ungebunden sei. (Heiterkeit.) Nach der Theorie unseres Herrn Kollegen Abt wäre das «ganze» Schweizervolk heute almosengeössig. Aber auf diesen Standpunkt wollen wir freie Schweizer uns doch noch nicht stellen und vorderhand unsere nationalen Lieder noch behalten, wie sie wirklich lauten.

Nun hätte ich noch einen Punkt und das betrifft unsere Bergbauern. Ich möchte diesen Punkt hier nur zuhanden des Departements betonen, das dann das Ausführungsgesetz machen wird. Welches Departement das sein wird, wissen wir ja in der Bundesversammlung heute eigentlich noch nicht; aber treffe es dann, welches es wolle. Mit Dankbarkeit habe ich die neue Fassung — es ist eigentlich schon im alten Artikel so gewesen — die neue Fassung betreffend den Frachtausgleich für die Gebirgsgegenden gelesen. Nun möchte ich aber sagen: man muß sich hier etwas in Acht nehmen. So sehr ich für den Frachtausgleich bin, darf dieser doch nicht so weit gehen, daß er etwa zur Gefahr eines geringeren Getreideanbaues in gewissen Gegenden führen würde. Denn Sie müssen nicht vergessen: es wäre leicht möglich, daß, wenn man hier des Guten zu viel täte, dann in gewissen Berggegenden die Bauern sagten: ja, jetzt verzichten wir lieber auf den mühsamen Getreidebau, da wir ja das Mehl infolge der Frachtermäßigung so billig haben können. Und es ist in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Mahlprämie für die Gegenden über 1200 und 1300 Meter zu erhöhen sei; hier ist nach meiner Ansicht das Maximum von 8 Fr. zu niedrig. Wir haben Gemeinden im Wallis, in Graubünden, im Tessin, die 1400 bis 1500 Meter hoch liegen, mit Getreideanbau, und für diese Gemeinden ist der Getreideanbau der Lebensnerv, möchte ich sagen; sobald der Getreideanbau dort und die damit verbundene Selbstversorgung fallen, werden diese

Gemeinwesen dem rapiden Niedergang geweiht sein. Das ist nur ein Wunsch, den ich zuhanden des betreffenden Departements noch zur Kenntnis bringen wollte.

Und nun, meine Herren, möchte ich Sie bitten, der Vorlage der Kommission und des Bundesrates mit möglichst großer Mehrheit zuzustimmen, und möchte auch die sozialdemokratische Fraktion bitten, mit ihrer Opposition gegen dieses Werk, das ja doch, wie alle betonen, ein nationales ist, nicht zu weit zu gehen. Denn es wäre ein schönes Blatt in unserer Geschichte, wenn es heißen könnte: diese Frage ist gelöst worden ohne Opposition einer großen schweizerischen Partei.

• **König:** Ich werde mich bemühen, soweit meine schwachen Kräfte es gestatten, in den Fußstapfen des verehrten Vorredners zu wandeln und auch meinerseits im Sinne des Getreidefriedens wirken. Ich will mich deshalb jeglicher Erörterungen aus der bewegten Vorgeschichte der jetzigen Vorlage enthalten, trotzdem auch meinerseits die Versuchung nahe läge, einige interessante Punkte, an die man heute unwillkürlich denken muß, zur Sprache zu bringen. Es ist Ihnen aber gestern aus dieser Vorgeschichte eine Blütenlese präsentiert worden; deshalb will ich mich meinerseits in Selbstbeherrschung üben und mich jeglicher derartigen Erörterungen enthalten. Ich glaube, es hat im gegenwärtigen Moment auch keinen großen praktischen Wert, von unserem Standpunkt aus die Frage aufzuwerfen, welche Vorlage nun die bessere sei, die verworfene Monopolvorlage oder die heutige neue des Bundesrates und der Kommission. Ich mache mir die Sache viel einfacher und fasse sie viel praktischer an, ich sage mir ganz einfach: Das Monopol ist nun einmal am 5. Dezember 1926 verworfen worden, und dieser negative Ausgang der Volksabstimmung hat uns die Pflicht auferlegt, eine monopolfreie Lösung zu suchen. Und dieser Pflicht ist der Bundesrat nachgekommen unter Mithilfe der monopolgegnerischen Verbände. Auch wir haben loyal mitgeholfen und ich glaube, heute darf man sagen, daß in der Tat eine Lösung gefunden worden ist; und speziell, wenn wir die Vorlage vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus prüfen, so können wir mit Befriedigung konstatieren, daß die Hauptforderungen der Landwirtschaft durchaus erfüllt sind. Die Vorlage sieht die Abnahmepflicht für das Inlandgetreide vor, wie wir sie unter dem bisherigen System bereits hatten; dazu garantierte Preise, die auf die Produktionskosten Rücksicht nehmen; die Vorlage sichert uns auch für die Zukunft die Mahlprämie für die Selbstversorgung, und ich bin durchaus mit Herrn Baumberger einverstanden, daß diese noch etwas weiter ausgebaut werden könnte. Auch die Förderung der Technik des Getreidebaues und speziell die Züchtung und Beschaffung von hochwertigem Saatgut ist vorgesehen. Wir können also konstatieren, daß die für die Landwirte als Produzenten wichtigen Punkte des heutigen Systems durch diese Vorlage dauernd in der Verfassung verankert werden sollen.

Ueberhaupt hat der Bundesrat in seiner Botschaft ausgeführt, daß es für die Bauern als Produzenten beim neuen System auf das gleiche herauskommen solle wie beim alten. Diese Zusicherung ist sehr wertvoll; wenn wir den Bauern sagen können, die neue Vorlage komme für sie als Produzenten auf das gleiche

heraus, wie das jetzige System, so wird uns das die Aufklärungsarbeit in der Propaganda für die Vorlage ausserordentlich erleichtern. Angesichts dieser Sachlage hat denn auch der Vorstand des schweizerischen Bauernverbandes der Vorlage einhellig zugestimmt. Ich zweifle nicht daran, daß die Delegiertenversammlung, die einberufen wird, wenn die Vorlage einmal abstimmungsreif ist, diesem Beschluß ohne weiteres beipflichten und tatkräftige Unterstützung der Vorlage beschließen wird.

Ich anerkenne auch gerne, daß eine ganze Anzahl von monopolgegnerschen Verbänden ihre Zustimmung zu der Vorlage erklärt hat. Es betrifft dies in erster Linie den schweizerischen Handels- und Industrieverein, dessen Zustimmung uns gestern durch seinen Sprecher mündlich wiederholt worden ist. Es betrifft auch den schweizerischen Gewerbeverband, dessen Präsident uns diese Zustimmung auch noch persönlich erklären wird. Auch die historischen bürgerlichen Parteien haben sich bereits fest auf die Vorlage verpflichtet. Ich anerkenne das dankbar, aber ich erlaube mir, die genannten Verbände und Parteien darauf aufmerksam zu machen, daß damit nur der erste Schritt getan ist, und daß die Hauptsache erst noch kommt. Das Wort, das diese Verbände und Parteien der Landwirtschaft abgeben haben, ist erst eingelöst, wenn die Vorlage vom Schweizervolk angenommen worden ist. Man hat der Landwirtschaft seinerzeit im Abstimmungskampf große Versprechungen gemacht. Ich nehme an, die genannten Verbände und Parteien werden ihre Ehre darein setzen, ihr Versprechen auch tatsächlich zu erfüllen. Die monopolgegnerschen Verbände haben sich eine große Verantwortung aufgeladen mit der Bekämpfung und Boddigung des Getreidemonopols, und dieser Verantwortung werden sie auch erst dann entledigt, wenn die neue Vorlage angenommen ist.

Wenn man sagt, für die Landwirtschaft stehe viel auf dem Spiel bei dieser Abstimmung, so will ich das ohne weiteres zugeben. Aber ich behaupte, für die monopolgegnerschen Verbände und die bürgerlichen Parteien, für das Bürgertum und unsere ganze Demokratie überhaupt, liegt noch viel mehr auf dem Spiel als für die Landwirtschaft, nur liegt es in einer etwas andern Richtung.

Ich kann Ihnen sagen, daß wir von landwirtschaftlicher Seite bereit sind zu loyaler Aufklärungsarbeit für die Vorlage im Hinblick auf die Abstimmung. Ich bin auch überzeugt, daß es uns gelingen wird, weitaus den größten Teil der Bauern für die Vorlage zu gewinnen, und ich glaube sogar, es wird leichter sein, diejenigen Bauern für die Vorlage zu gewinnen, die seinerzeit für das Monopol gestimmt haben. Ich glaube aber auch, daß wir einen erheblichen Teil der andern gewinnen können. Jedenfalls haben wir die Zuversicht, daß das Abstimmungsergebnis in landwirtschaftlichen Kreisen gut sein werde. Ich glaube, wenn das nicht landwirtschaftliche Bürgertum ebenso gut stimmen wird wie die landwirtschaftliche Bevölkerung, dann wird die Vorlage zur Annahme kommen. Wir müssen uns aber klar bewußt sein, daß es dazu noch einer großen Arbeit bedarf.

Ich möchte mir auch noch ein Wort gestatten zu den Anträgen der Herren Reinhard und Schmid-Ruedin. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Anträge einen berechtigten Kern haben. Unsere Fraktion findet aber, daß sie etwas zu weit gehen. Dagegen wäre

sie bereit, einem Vermittlungsantrag zuzustimmen, von dem man gehört hat, daß ihn der Herr Kommissionspräsident eventuell zu stellen gedenkt. Ich würde es meinerseits sehr begrüßen — ich teile da die Auffassung des Herrn Baumberger —, wenn es möglich wäre, den Konsumenten noch etwas entgegenzukommen. Es ist ja allerdings richtig, daß bereits die Vorlage des Bundesrates, respektive speziell der neue Antrag des Bundesrates den Konsumenten in weitgehendem Maße entgegenkommt; aber wenn es möglich wäre, noch einen Schritt weiterzugehen, so möchte ich das meinerseits sehr befürworten; denn es liegt uns sehr daran, daß die Vorlage auch für die Konsumenten so ausfällt, daß sie dafür eintreten können.

Duft: Nachdem so viele Sprecher aus dem ehemaligen Monopollager mit Wärme und Anteilnahme für die neue Vorlage plädiert haben, gestatten Sie mir als einem Vertreter aus dem monopolgegnerschen Lager einige Ausführungen. Das monopolfreie Projekt des Bundesrates vom 2. April 1928 wurde weit herum in Schweizerlande als eine Osterbotschaft begrüßt. Sein in die Augen springender Vorzug, seine Ueberlegenheit liegt in der glücklichen, ja überragenden Lösung der Finanzfrage. Freudige Genugtuung hat die neue Vorlage besonders deshalb ausgelöst, weil der Bundesrat es ist, der die Friedensfahne im stark durchfurchten Getreideboden des Schweizerlandes aufpflanzen will. Zwar hätte nach unserer Auffassung der Initiativvorschlag durchaus genügt, um die landwirtschaftlichen und nationalen Forderungen des einheimischen Getreidebaues voll und ganz zu befriedigen: Ueberpreis, Mahlprämie und Abgabepflicht sind ja in ihrem Wortlaut enthalten, und es hat Herr Kollega Schär darauf hingewiesen, daß diese Formulierung an die Fassung des frühern bundesrätlichen Vorschlages sich angelehnt hat. Ich meine, daß es kaum nötig gewesen ist, daß die beiden aargauischen Bauernherolde, Nationalrat Nietlisbach und Nationalrat Abt, ihre Pfeile und Hiebe auf diese Initiativvorlage abgezielt haben. Es ist leicht, einem sterbenden Löwen den Tritt zu geben. (**Nietlisbach:** Das ist kein Löwe gewesen!) Die Initiative hat immerhin tüchtig geholfen, das Monopol zu bezwingen. Wir Initianten wollen indessen loyal anerkennen, daß der Gegenvorschlag des Bundesrates die Brücke bildet, um die ehemaligen Verteidiger und Bekämpfer des Monopols zu gemeinsamer friedlicher Aufbauarbeit zusammenzuführen. Wenn die Initianten — ich spreche insbesondere für die Monopolgegner aus dem katholischen Lager — also den Rubikon überschreiten, können wir auch erklären, daß wir mit der nämlichen Entschiedenheit und Energie für die neue Vorlage eintreten werden, wie wir seinerzeit dem Monopol auf den Leib gerückt sind. Wir geben diese Erklärung ab in der Voraussetzung und zuversichtlichen Erwartung, daß auch das schweizerische Bauerntum seinerseits ebenso kräftig mitarbeite und wenn nötig mitkämpfe zur Erreichung des gemeinsamen Zieles.

Herr Kollega Nobs kämpft meines Erachtens gegen Windmühlen, wenn er die Brotesser fürchten machen will mit dem Hinweis darauf, daß der deutsche Getreidehandel schon zu 60 % in den Händen der Preussenkasse sei. Wir haben gegen ein vermeintliches Privatmonopol einer schweizerischen «Preussenkasse» das direkte, pflichtgemäße Dazwischentreten des

Staates vorgesehen, der allen privatmonopolistischen Tendenzen sofort die Spitze brechen wird. Und daß er das im gegebenen Falle tut, dafür wird sicher auch die Fraktion des Herrn Nobs mitsorgen.

Daß nun ausgerechnet Herr Nobs über den bürokratischen, angeblich mehr Personal beanspruchenden Apparat der monopolfreien Lösung ein Klagelied anstimmt, könnte beinahe rührend wirken. Da ist zu sagen, daß jede staatliche Intervention ohne eine gewisse Bürokratie nicht auskommen kann.

Wenn von seite der Herren Sozialdemokraten das monopolfreie System als so schlecht, gekünstelt, unpraktisch geschildert wird, so möge man es nun einmal ruhig funktionieren, gewähren lassen. Sein Versagen wäre dann, wie mein verehrter Freund und Senior unserer christlichsozialen Gruppe, Nationalrat Baumberger, dargetan hat, der direkte Weg zum ersehnten Monopol, was meines Erachtens dann allerdings weniger ein Sieg der Demokratie als vielmehr der Sozialdemokratie wäre.

Geradezu erhebend wirkte die Apotheose des Herrn Nobs auf die Gemeinwirtschaft, der Prof. Sombart die Zukunft weist. Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß wir einer Periode der gemeinwirtschaftlichen, gemeinnützigen Planwirtschaft, der Einschränkung privaten Gewinnstrebens entgegengehen. Diese Entwicklung liegt durchaus in der Richtung und Verpflichtung des Wohlfahrtsstaates. Dafür legt nun gerade die neue Getreidevorlage beredtes Zeugnis ab. Sie ist nicht, wie Herr Nobs sie diskreditieren will, eine kapitalistische, freiwirtschaftliche Maschine, sondern ein Produkt des gemeinwirtschaftlichen Gedankens, der gemeinwirtschaftlichen Verständigung zwischen Landwirtschaft und Industrie; sie muß auch werden ein Produkt der Verständigung zwischen Produzenten und Konsumenten.

Wir Christlichsoziale huldigen der Gemeinwirtschaftsidee, aber nicht im Sinne der etatistischen Monopolwirtschaft oder gar der sozialistischen Diktatur- und Klassenkampfmaxime, sondern der volkswirtschaftlichen Solisarität, der Ständeversöhnung, des sozialen Ausgleiches und des genossenschaftlichen Zukunftsstrebens. Die Gemeinwirtschaft nach Sombarts und unserer Auffassung ist jene des Wirtschaftsfriedens zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen den Berufsständen und den Volksgenossen, nicht aber eine Gemeinwirtschaft des klassenkämpferischen Sozialismus.

Die monopolfreie Lösung garantiert der Landwirtschaft — gleich wie das Monopol — alles, was sie zur Hebung der Getreidekultur verlangt. Dem Produzenten wird somit der verdiente Schutz gewährleistet. Aber auch die Konsumenten — ich möchte namentlich von ihrem Standpunkt aus sprechen — kommen zu ihrem vollen Recht, was eine vorurteilsfreie Würdigung der Vorlage feststellen muß.

Von sozialdemokratischer Seite und von der Schweizerischen Angestelltenkammer liegen zwei Begehren vor. Das eine: Es habe der Ertrag der zollstatistischen Gebühr wie bisher ohne besondere Bindung in die allgemeine Bundeskasse zu fließen, und es seien andererseits die Kosten der Getreideaktion gesamthaft aus dieser zu bestreiten. Das andere: Der

Verfassungsartikel habe die Bestimmung zu enthalten, daß die den Konsumenten schädigenden Abmachungen im Getreidehandel, in der Müllerei und im Bäckereigewerbe als ungültig zu erklären seien, wenn sie nicht nachweisbar durch die Selbstkosten bedingt werden.

Die schweizerische Angestelltenkammer ließ, schon bevor sie die Beschlüsse der nationalrätlichen Getreidekommission kannte, verkünden, daß sie ihre Zustimmung zur Getreidevorlage ablehne, wenn ihren Begehren bezüglich wirksamen Schutzes der Konsumenteninteressen, namentlich gegenüber den Preisabreden, nicht entsprochen werde. Es ist das eine schlecht angebrachte Drohung, die aber nicht verfangen wird. Entweder stellt die schweizerische Angestelltenkammer die Form über die Sache, dann weiß man wenigstens, auf welchem politischen Boden sie steht; oder man will wirklich die schutzwürdigen Konsumenteninteressen vertreten, und dann geht es nicht an, derartige ultimative, den wahren Konsumenteninteressen zuwiderlaufende Schlußnahmen zu fassen und zu verkünden. Das heißt man « Unkraut unter den Weizen säen ». Sicherlich werden die Konsumentenmassen in ihrer überwiegenden Mehrheit, sowohl jene aus den Reihen der Sozialdemokratie, wie auch jene aus den Angestelltenkreisen, die eminenten Vorteile, die aus dem Wortlaut des Verfassungsartikels hervorgehen, herausfinden, auch wenn die verlangten speziellen Formulierungen nicht darin enthalten sind.

Die Tatsache kann nicht bestritten werden, daß bei der heutigen Ordnung die Kosten der staatlichen Getreideaktion (zurzeit mit Ausnahme der Mahlprämie) ausschließlich von der Monopolanstalt zu tragen und letztlich durch die entsprechend erhöhten Getreide-, Mehl- und Brotpreise von den Brotessern zu bezahlen sind. Diese auf den Brotkonsum abgewälzten Kosten betragen im letzten Jahre 11 ½ Millionen Franken. Widersinnig ist dabei die Reflexwirkung: je mehr der Getreidebau im Inlande gefördert, d. h. je mehr überpreisbelastetes Inlandgetreide produziert wird, um so stärker wird der Brotkonsum belastet. Es steht doch wohl einem ethisch und gerecht sein wollenden Staatswesen wenig gut an, daß es die minderbemittelten, kinderreichen Familien die Hauptlast der Brotsteuer bezahlen läßt. Das ist nicht nur unter dem Monopol, sondern bei jeder Lösung der Fall, so auch beim Müllerprojekt mit der Mehlabgabe, welche den Konsum direkt belastet. Das Brot ist für die ärmeren Familien unseres Landes immer noch das Hauptnahrungsmittel und für Hunderttausende von Schweizerfamilien die Hauptnahrung, wengleich die gehobene Lebenshaltung des Bevölkerungsdurchschnittes dem Brot einen bescheideneren Rahmen im Haushaltbudget eingeräumt hat. Gerade die Einwohnerschaft der Industriegebiete wird, gleich wie die kindergesegnete Bauernfamilie, eine mehrere Entlastung des Brotpreises freudig begrüßen.

Das Schweizervolk hat vor ungefähr Monatsfrist ein Brotpreisgeschenk erhalten. Seit dem 22. September 1925 bis dahin blieb der Abgabepreis der Getreideverwaltung sozusagen unverändert, und der Konsument hatte am Sinken des Weltmarkt-Getreidepreises keinen Anteil. Gegenwärtig steht der Monopolgetreidepreis pro 100 kg um zirka 5 Fr. höher als der Weltmarktgetreidepreis, das Getreide franko Mühle geliefert. Wenn bei der Monopolverwaltung Reserven angehäuft worden sind, so sind diese in

Wirklichkeit nichts anderes als die Erträgnisse aus den den Brodessern vorenthaltenen Konjunkturverbesserungen. Höchst interessant, vom Standpunkt der Konsumenten aus betrachtet, ist die Erscheinung, daß unter dem Monopolregime, trotz der Einheitsfracht, sich zum Teil sehr hohe Brotpreisunterschiede in den verschiedenen Gegenden unseres Landes herausbilden konnten, wobei z. B. Grenzorte, wie Rorschach und Lugano, die höchsten Brotpreise aufweisen. Ich berufe mich auf die jüngst veröffentlichte Publikation der Preisbildungskommission des Volkswirtschaftsdepartementes.

Die Konsumenten erhalten meiner vollen Ueberzeugung nach in der neuen Vorlage greifbare, wirkliche Garantien für einen zureichenden Schutz. Diese Garantien bestehen: 1. In der ausdrücklichen und positiven, von der Verfassung dem Bunde zu übertragenden Aufgabe, für die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten zu sorgen. 2. In der dem Bunde durch die Verfassung zu überbindenden Pflicht zur Beaufsichtigung des Verkehrs mit Brotgetreide, Backmehl und Brot. 3. In dem verfassungsmäßig festzulegenden Recht des Bundes, durch die ausschließliche, d. h. monopolmäßige Mehleinfuhr nötigenfalls die Interessen der Konsumenten gegenüber dem Getreidehandel, der Müllerschaft und dem Bäckereigewerbe wirksam zu verteidigen. 4. In der völligen finanziellen Entlastung des Brotkonsums von den Kosten der Getreideaktion, indem diese aus der zollstatistischen Gebühr bestritten werden. 5. In der in der monopolfreien Wirtschaft durch die freie Konkurrenz geförderten Verbilligung des Brotpreises. 6. In der durch die freie Konkurrenz bewirkten Frachtenverbilligung und Rationalisierung des Absatzes.

Es ist eine neue, weittragende Aufgabe, welche dem Bund als Wohlfahrtsstaat übertragen wird, nicht nur das einheimische Müllergewerbe, sondern eben so sehr auch die Brot- und Mehlkonsumenten zu schützen, die Mehl- und Brotpreisbildung zu überwachen und auftauchende konsumentenschädliche Praktiken zu bekämpfen, zu paralysieren.

Ein ebenso wichtiger Kernpunkt der Vorlage ist die Kostentragung durch die zollstatistische Gebühr, die zu einem Hauptteil vom Ausland und zum andern wesentlichen Teil von Industrie und Handel getragen wird, wodurch die Brotkonsumenten völlig entlastet werden. Dabei ist hervorzuheben, daß die Belastung von Industrie und Handel durch die zollstatistische Gebühr eine derart minime ist, daß daraus weder Preiserhöhungen, noch Lohnreduktionen resultieren können. Die Ueberwälzung der Kosten auf die Bundeskasse würde die Vorlage ihres wertvollsten Kernes berauben. Dieser Vorschlag hat meines Erachtens nur den Zweck, der Vorlage « ein Bein zu stellen ».

Besonders ist aber auch darauf hinzuweisen, daß die freie Konkurrenz um die billigsten Getreide-Mehlpreise wetteifern wird. Sie wird den Absatz zu rationalisieren suchen. Sie wird sich der kürzesten Zufahrtswege und der billigsten Frachten bemächtigen. Sie wird namentlich auch den Automobiltransport in diesen Lebensmittelverkehr einstellen, gegen die teuren Bundesbahnfrachten auswirken und sich den billigsten Ausnahmetarif zusichern lassen. Das alles ist heute bei der Monopolwirtschaft nicht der Fall. So wird die freie Konkurrenz auf dem kaufmännisch

richtigen und frachtenbilligsten Wege einen praktischen Ausgleich herbeiführen.

Der Antrag des Herrn Schmid-Zürich ist meines Erachtens angesichts dieser Feststellungen überflüssig. Was er bezweckt, ist in der heutigen Fassung und Formulierung enthalten. In der Pflicht des Bundes, die Konsumenteninteressen zu wahren und zu diesem Zwecke den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot zu beaufsichtigen, ist natürlich die Preiskontrolle inbegriffen. Wenn der Antrag Schmid noch eine Auskunftspflicht stipulieren will, so ist zu sagen, daß die Auskunftsverweigerung die Müller und Bäcker im gegebenen Falle ja von vorneherein ins Unrecht versetzen würde. Entschieden besser, wirksamer als die von den Sozialdemokraten und von der Angestelltenkammer beantragte enge Formel ist das Damoklesschwert des Mehleinfuhrrechtes des Bundes, das sofort und schlagkräftig jedes Preisdiktat, aber auch jede andere Beeinträchtigung und Schädigung der Konsumenten niederschlagen kann. Für diese Interessenwahrung der Konsumenten ist der Verfassungsrahmen weit genug, ich sage, weiter als die Formulierungen Reinhard und Schmid.

Der Vorschlag Reinhard ist deshalb zu eng, ich sage, für gewisse Fälle sogar schädlich, weil die Konsumenten ja leicht auf anderem Wege als durch Preisabreden geschädigt werden können. Auch ist zu berücksichtigen, daß es einer Staatsverfassung schlecht ansteht, strafgesetzmäßige Verbote aufzustellen und einzelne Erwerbsstände von Verfassung wegen mit Acht und Bann zu bedrohen. Derartige Bestimmungen sind Ausführungsvorschriften, die in das Ausführungsgesetz hineingehören, nicht aber in die schweizerische Bundesverfassung. Ich stehe zur Vorlage in der vollen Ueberzeugung, daß sie den Konsumenten den Schutz in kräftigem ausreichendem Maße sichert und daß sie ebenso sehr eine gerechte und sozial wertvolle Lösung verkörpert.

M. Wulliamoz: La solution du problème du blé revêt pour l'agriculture vaudoise une telle importance qu'il me sera permis d'ajouter quelques mots au rapport si intéressant de M. le conseiller d'Etat Fazan.

Dans les régions où la culture des céréales est intensive, c'est le cas du Gros de Vaud que j'habite, le prix des fermages et des terres est influencé par les perspectives d'écoulement du blé. En voici une preuve.

A l'approche de la votation du 5 décembre 1926, une promesse de vente d'un domaine stipulait que le prix serait de 5000 fr. inférieur au cas où le monopole serait rejeté. Aujourd'hui, nous sommes placés devant un projet de révision constitutionnelle excluant cette institution d'Etat dont le seul nom « monopole » éveilla les foudres de Jupiter.

Les paysans s'en accommoderont-ils? Certainement, car le projet nous offre les avantages qui nous sont aujourd'hui départis: Achat par la Confédération à un prix équitable permettant la culture des céréales, la prime à la mouture, l'encouragement à la sélection des semences, protection des moulins à l'intérieur du pays en bonifiant leurs frais de transport, égalisation des prix de la farine en faveur des régions de montagne.

Nos collègues socialistes nous disent aujourd'hui: « Vous avez tort d'accepter ce projet. Il faut enterrer l'initiative, ce dont nous sommes d'ailleurs pleinement convaincus, puis, ensuite, ouvrir une nouvelle

campagne afin d'obtenir la consécration définitive du monopole. »

Le paysan ne s'engagera pas sur cette voie périlleuse avant de connaître le sort réservé au projet que nous discutons. Il ne veut pas lâcher la proie pour l'ombre, ni imiter le geste du corbeau alléché par le renard.

La votation du 5 décembre 1926 nous a montré sur qui le paysan pouvait compter. Malgré l'effort sincère et loyal de leurs chefs, les masses ouvrières n'ont pas suivi, dans la mesure où nous pouvions l'espérer, et certainement les quelques 6000 voix qui ont manqué pour consacrer notre succès auraient pu être trouvées.

A côté de cela, nous devons reconnaître que, dans les rangs des agriculteurs, la solidarité aussi a été un vain mot. A part d'honorables exceptions, dans les cantons de Vaud et Valais, les montagnards se sont désolidarisés de leurs frères au labeur de la plaine. Leur avons-nous gardé un grief? Absolument pas, car la votation qui suivit, lors de la révision de l'art. 30 de la Constitution augmentant le subsidé de la Confédération aux régions montagneuses, a montré que le paysan de la plaine n'avait pas de ressentiment.

Dans le canton de Vaud même, presque toutes les villes ont rejeté le monopole et alors allons-nous nous lancer dans une nouvelle aventure pleine d'aléas? Le paysan y regarde à deux fois. Au reste, nous pouvions craindre une solution beaucoup plus désavantageuse que celle offerte aujourd'hui, car au lendemain de la votation paraissaient des articles enflammés disant: « Le monopole a sombré! Nous demandons immédiatement son abandon et l'importation libre des céréales », tandis que, par le projet soumis, nous reconnaissons certainement que l'agriculture obtient des avantages qu'elle réclame de tout temps. Au reste le paysan n'est pas attaché au monopole institution d'Etat, mais il reconnaît et, aujourd'hui encore, il l'affirme, que c'était la solution la plus avantageuse pour la collectivité. Ne l'oublions pas, le blé est une denrée de spéculation par excellence et lorsque M. le conseiller fédéral Musy nous déclarait hier qu'avant-guerre les importateurs ne gagnaient pas plus de 50 cts. par 100 kg, nous croyons au contraire qu'il y a eu des bénéfiques qui ont dépassé 2 fr. 50 cts. et 3 fr. par 100 kg; des fortunes se sont édifiées, d'autres se sont écroulées par le commerce et la spéculation sur les blés.

Au reste, examinez ce qui se passe dans les grands ports ou sur les marchés mondiaux où le cours des céréales a fléchi, depuis le mois de juin jusqu'à aujourd'hui, suivant les variétés, de 3 à 5 fr. par 100 kg. N'est-ce pas fournir le champ libre à la spéculation? Et lorsque M. Graber disait que, dans le commerce, la philanthropie n'existait pas, il avait raison. Vraie aussi l'affirmation de M. Abt quand il assurait que certainement l'administration des blés et M. le conseiller fédéral Musy pourraient trouver les quelques 10 ou 12 millions qui sont nécessaires pour encourager la culture indigène des céréales, grâce aux achats avantageux qui peuvent être opérés quand les conjonctures sont favorables.

La finance de statistique prévue est une ingénieuse trouvaille, car elle frappera en somme toutes les marchandises qui entrent et sortent de notre pays. Nous croyons que c'est justice, car l'agriculture prend aussi sa part de cette contribution modeste sacrifice

que le peuple fait en faveur de la culture indigène qui, lorsque les conjonctures ont été défavorables, les relations internationales entravées, a fourni un effort considérable.

Il ne faut pas oublier qu'en 1918, si la récolte des 8000 wagons de blé de la campagne suisse n'était pas venue à point, notre pays aurait souffert de la famine.

Je suis décidé à voter l'entrée en matière en soulignant toutefois l'obstacle que le projet risque de rencontrer dans l'al. 2 qui nous est soumis, en ce sens que le monopole d'importation de la farine y est définitivement instauré. Nous croyons que MM. les rapporteurs ont déjà évité cet écueil et qu'ils en parleront dans la discussion des articles. Il ne faudrait pas que le monopole de la farine fût institué. Ce texte un peu rigide qui dit: « La Confédération se réserve le droit exclusif d'importer ce produit », pourrait être remplacé par les mots suivants: « Si les circonstances l'exigent, elle peut se réserver le droit d'importer ce produit ».

Je déclare donc que les paysans en général seront favorables au projet soumis, tout en reconnaissant que le monopole servait mieux les intérêts de la collectivité.

M. Berthoud: Il y a dans l'argumentation des adversaires du projet du Conseil fédéral quelque chose d'assez singulier et de très significatif: Le grief principal qu'ils font à cette solution, c'est, non pas, comme on pourrait s'y attendre, qu'elle fait abstraction du monopole proprement dit, mais qu'elle est imprégnée d'un esprit étatiste par trop prononcé. « Comment », disent-ils à ceux qui ont mené la campagne contre le monopole, « vous avez livré bataille au nom du principe de la lutte contre l'étatisme et aujourd'hui vous vous ralliez à une solution qui comporte une intervention de l'Etat aussi prononcée, si ce n'est plus grave encore que dans la solution première. »

C'est à ce genre de dialectique que s'est abandonné hier le porte-parole de la minorité. Suivant une méthode de discussion qui lui est habituelle, M. Graber a commencé par interpréter à sa convenance les intentions, les désirs et même les secrètes pensées de ses contradicteurs pour pouvoir ensuite leur démontrer triomphalement qu'ils n'ont pas obtenu ce qu'ils désiraient. M. Graber, pour donner une base qu'il a cru solide, à son argumentation, a commencé par traduire à sa manière la volonté exprimée par le peuple lors du rejet du monopole et il a dit, si j'ai bien noté ses paroles, « que c'est contre l'intervention de l'Etat que la campagne a été menée et contre l'intervention de l'Etat que le peuple s'est prononcé. »

Il y a là une erreur profonde; ce n'est pas contre l'intervention de l'Etat que la campagne a été menée; à la seule exception d'un groupe infime de libéraux demeurés fidèles à la pure doctrine de Manchester, groupe représentant à peine un ou deux milliers d'électeurs, tous ceux qui ont mené la bataille contre le monopole ont reconnu la nécessité de l'intervention de l'Etat, cela pour les raisons avancées tout à l'heure par M. de Rabours. Pour ne pas exposer un pays aux pires aventures en cas de guerre économique ou militaire, il est indispensable de se préoccuper de son ravitaillement en pain, conséquemment, de son approvisionnement en blé.

Non, ce n'est pas contre l'intervention de l'Etat que la campagne a été menée; elle l'a été contre l'idée du monopole, contre ce qui était contenu dans cette idée: le principe cher aux socialistes de l'état commerçant. C'est contre ce principe, si vous me permettez à mon tour d'interpréter la volonté du peuple, que celui-ci a manifesté. Or, le projet qui nous est soumis tient compte de cette volonté.

Le point sur lequel l'accord était complet entre tous les adversaires du monopole, c'est qu'il fallait éviter surtout l'intervention de l'Etat dans le domaine des opérations d'achats et de ventes. Je vais vous en donner les raisons. Je sais bien que M. Graber a dit que le texte proposé fait une grave entorse à ce principe, puisque, dit-il, c'est la Confédération qui fera le commerce du blé indigène. Non! la Confédération ne fera pas le commerce du blé indigène. Ce n'est point faire du commerce que de fixer officiellement un prix d'achat et de déterminer officiellement aussi un prix de vente uniforme. M. Graber a donné, du reste, de singulières définitions du commerce sur lesquelles il y a lieu de revenir. A entendre M. Graber, le commerce est quelque chose de fort peu honnête. C'est là une appréciation. Je crois avec M. Wulliamoz qu'on peut se déclarer d'accord avec M. Graber lorsqu'il dit que le commerce n'est pas de la philanthropie, mais je crois qu'on peut être en droit de s'élever contre cette appréciation qui représente le commerce comme quelque chose de peu honnête. Je me permets de mettre en garde M. Graber contre le danger des généralisations. Je n'ignore pas qu'il peut y avoir dans le nombre des commerçants des gens qui n'ont que des rapports assez lointains avec l'honnêteté, mais je n'admets pas qu'on tire de cette exception une règle générale. Je pense bien que M. Graber sera d'accord avec moi pour reconnaître qu'il a manifestement passé les bornes et que ses paroles ont dépassé sa pensée, lorsqu'il a dit entre autres que le scrupule n'intervient pas dans le commerce. Oui, M. Graber, le scrupule intervient dans le commerce.

Pourquoi faut-il éviter que la Confédération se lance dans des opérations commerciales et pourquoi fallait-il en particulier éviter que la Confédération assume le monopole d'achat des blés étrangers?

Le message du Conseil fédéral concernant la solution précédente, heureusement rejetée par le peuple, ouvrait quelque peu nos yeux à ce sujet. Nous y avons lu en effet qu'à un moment donné les réserves de blé étaient tombées bien au-dessous du minimum reconnu nécessaire pour assurer notre ravitaillement et pour parer aux risques que nous pourrions courir en cas de difficultés internationales, économiques ou militaires. Pourquoi ces réserves étaient-elles tombées si bas? Parce que, en raison de l'intention des plus louables que l'on avait de faire des achats aussi avantageux que possible, à un moment donné, la régie des blés, constatant que les prix étaient à la hausse, a attendu des cours plus favorables. C'est alors que les réserves ont diminué à un point tel qu'on se serait trouvé, en cas de crise, dans une situation plus périlleuse encore qu'en août 1914. Si la Confédération assume elle-même la responsabilité de l'achat des blés étrangers, les services compétents sont précisément exposés en voulant attendre des cours favorables, à ne pas entretenir des réserves suffisantes. Au contraire, si c'est le commerce privé

qui est chargé de ces opérations d'achat, si, comme le prévoient les dispositions d'application du principe constitutionnel, les meuniers sont tenus d'entretenir toujours des réserves déterminées et proportionnées à l'importance de leurs affaires, la Confédération veillera à ce que ces réserves existent et nous serons assurés qu'elles seront toujours prêtes. Au point de vue de la sécurité de notre approvisionnement, il y a là un avantage considérable. Je tiens à signaler un autre danger que court l'Etat acheteur lorsqu'il se laisse tenter par le désir d'attendre des cours favorables et de prouver qu'il est en mesure d'acheter à des conditions plus avantageuses que les particuliers. Cela va fort bien lorsque la courbe des prix est descendante ou qu'elle représente une ligne à peu près horizontale. Il en va tout autrement lorsque les prix sont à la hausse. L'Etat, peut alors attendre ... attendre une baisse qui ne vient pas et alors, non seulement les réserves deviennent insuffisantes, mais les achats se font à un prix exagéré.

Si, au contraire, c'est le commerce privé qui intervient, on se trouve en présence d'une situation tout autre. Des commerçants peuvent acheter à des conditions favorables, plus favorables même que les cours moyen; d'autres, soit par maladresse, soit pour d'autres circonstances, achètent plus cher. Les uns réalisent un profit, c'est entendu, et peut-être est-ce à ceux-là que M. Wulliamoz a fait allusion lorsqu'il a dit que le bénéfice de 40 à 50 cts. par 100 kg, indiqué comme norme par M. le conseiller fédéral Musy, a été souvent dépassé, d'autres commerçants, par contre, ayant acheté trop cher, sont obligés de ramener le prix de vente à la norme de leurs concurrents. Ceux-ci subissent les conséquences de leurs achats malheureux. Si c'est la Confédération qui achète, il y en va tout autrement; ce sont les consommateurs qui ont à subir les conséquences de ces opérations d'achat malencontreuses. Voilà la seconde raison pour laquelle il me paraît que le principe du monopole devait être écarté et pour laquelle il me semble que le peuple suisse a été bien avisé de le repousser.

Ce principe étant ainsi exclu, que reste-t-il devant nous?

Il reste un projet qui représente une solution d'entente et de concorde et qui, de plus, constitue pour le consommateur une solution incontestablement plus avantageuse que le monopole, en raison du fait que le financement de toute l'opération est assuré par le produit des taxes de statistiques.

Je sais que M. Graber soutient que cette finance de statistique se répercutera sur les consommateurs. Pour prétendre cela, il faut décidément une forte dose de parti pris. Toute personne qui peut avoir eu un contact quelconque avec le commerce et l'industrie se rend parfaitement compte que les finances de statistiques représentent un pourcentage si minime de la valeur des marchandises qu'il n'est raisonnablement pas possible d'en faire retomber le poids sur les consommateurs. Ces finances pourront se répercuter sur certains intermédiaires — c'est ce qui se passera probablement pour toutes les opérations portant sur des wagons complets, parce qu'à ce moment-là c'est le destinataire qui règle la lettre de voiture et les frais accessoires — cela n'ira pas plus loin, parce que ces charges restent incontestablement dans les limites d'élasticité des frais généraux d'une entreprise.

Par conséquent, ce n'est pas le consommateur qui supportera cette dépense, c'est la généralité des industriels et des commerçants. Comme ce sont les industriels et les commerçants qui, avant tout, étaient opposés au monopole, et qu'ils se rallient aujourd'hui à la nouvelle solution, je trouve qu'il est pour le moins singulier de le leur reprocher. La solution proposée est, du reste, avantageuse aussi bien pour l'agriculteur que pour le consommateur, parce qu'elle lui donne des garanties et lui assure des prix au moins égaux à ceux que lui assurerait le monopole.

C'est la raison pour laquelle il me paraît que, dans cette affaire, on devrait faire abstraction de toute question de prestige et d'amour-propre, d'attachement à une doctrine politique quelconque. Je constate que ceux qui sacrifient le plus à leurs idées et à leurs convictions, ce sont les libéraux, car la solution proposée aujourd'hui est bien plus rapprochée de la doctrine socialiste que de la doctrine libérale. Je suis étonné que l'opposition parte du camp socialiste et je me demande si nos collègues d'extrême-gauche ne pourraient pas faire abstraction des questions de prestige, qui semblent dicter leur attitude à moins que leur but ne soit pas tant d'assurer le ravitaillement du pays et de donner à l'agriculture l'aide qu'elle réclame, que de jeter le trouble et la confusion dans les esprits pour pouvoir ensuite exploiter ce trouble et cette confusion. J'espère que les socialistes voudront bien faire en sorte qu'on ne puisse pas leur prêter de tels dessins et qu'ils donneront, au contraire, la main à cet essai de solution du problème, hors monopole.

Vonmoos: Nachdem schon 22 Redner so schön und lang gesprochen haben, ist es eigentlich fast nicht möglich, und es wäre auch unkollegial, wenn man noch neue Gedanken vorbringen wollte, welche diese Redner vergessen haben sollten. Und wenn das überhaupt noch möglich wäre, so müßte man auch Rücksicht nehmen auf diejenigen, die nachkommen. Ich könnte deshalb auf das Wort verzichten, aber ich will nun noch die Gelegenheit benutzen, um meinem lieben Freunde Abt zwei Worte zu sagen, weil er die heutige Vorlage nach meiner Ansicht allzusehr zerzaust hat. Ich gehe mit meinem Freunde Abt darin einig, daß das Monopol eine sehr gute und die am besten durchführbare Lösung gewesen wäre. Ich bin auch dafür eingetreten. Ich gehe mit ihm ganz besonders darin einig, daß diejenigen Männer, die an der Spitze der Getreideverwaltung stehen, sich große Verdienste erworben haben und unseren vollen Dank verdienen. Aber ich gehe mit ihm darin nicht einig, wenn er an dieser Vorlage sozusagen keinen guten Faden lassen will. Ich finde im Gegenteil, daß die Vorlage gut ist, und ich glaube, daß es im Interesse unseres Landes liegt, wenn diese Vorlage sobald als möglich angenommen wird. Die Konsumenten stehen bei der heutigen Vorlage besser als bei der früheren, die Produzenten erhalten nach der heutigen Vorlage alles, was sie nach der früheren erhalten hätten, was allgemein auch heute noch als notwendig anerkannt wird. Dazu hat diese Vorlage noch den großen Vorzug, daß sie einigend wirkt und daß sie die getrennten Lager versöhnen will. Das sind bedeutende Vorteile und ich glaube, wir dürfen dem Bundesrat für die rasche und gute Lösung sehr dankbar sein und auch der Kommission für ihre wertvollen

Ergänzungen. Aber wenn wir diese Vorlage durchbringen wollen, so ist es nach meiner Ansicht angezeigt den Wagen nicht mehr zu belasten, als er schon belastet ist, und es ist nach meiner Ansicht auch nötig, daß man mit etwas mehr Wärme für diese Vorlage eintritt. Denn die Schwierigkeiten, die Vorlage durchzubringen, sind nach meiner Ansicht bedeutend größer, als viele sich vorstellen und ich glaube, es bedarf der aufrichtigen Mitarbeit aller, wenn man diese Sache zu einem guten Ende führen will.

Nun hätte ich im Namen der Gebirgsbevölkerung auch noch einige Forderungen anzubringen. Ich will eine einzige nennen, und ich will das nicht in der Form vorbringen, daß die Vorlage dadurch belastet wird, sondern nur in Form eines Wunsches, zuhanden der späteren Ausführung dieser Vorlage. Ich möchte nämlich die Aufmerksamkeit des verehrten Bundesrates darauf hinlenken, daß für die Erhaltung der Gebirgsbevölkerung das allerwichtigste, die Selbstversorgung ist. Ich habe mit großer Freude gesehen, daß man in der früheren und auch in der jetzigen Vorlage anerkannt hat, daß man der Selbstversorgung die größte Aufmerksamkeit widmen muß, daß man besonders die Gebirgsverhältnisse berücksichtigen muß. Das ist von sehr großer Wichtigkeit. Wenn die Existenz des Gebirgsbauern gesichert werden soll, dann muß dieser Gebirgsbauer soweit als irgend möglich alles Getreide, das er benötigt, selbst pflanzen. Wenn er etwas zukaufen muß, dann ist er schon verloren, denn dann muß er Geld ausgeben, und Geld ist nun eben das, was er nicht besitzt. Er muß sich selbst versorgen. Sie wissen alle, daß der Getreidebau im Gebirge doppelt und dreifach so kostspielig ist wie im Flachland. Ich brauche Ihnen die Gründe nicht auseinanderzusetzen. Sie wissen auf der andern Seite, daß der Ertrag eines Ackers im Gebirge kaum halb so groß ist wie im Flachland. Weil der Getreidebau im Gebirge so schwierig ist, weil der Getreidebau für den Bergbauern eine solche Bedeutung hat, ist es notwendig, daß man ihn wirksam unterstütze. Wenn man den Getreidebau fördern will, so muß man aber die Gebirgsmahlprämie, die jetzt auf 8 Fr. angesetzt ist, bedeutend erhöhen. Ich möchte den Herrn Bundesrat bitten, die Frage im Auge zu behalten und bei der späteren Ausführung der Vorlage der Gebirgsbevölkerung in dieser Beziehung entgegenzukommen. Das ist, was ich ausführen wollte. Im übrigen werde ich mit Freude für Eintreten stimmen.

Tschumi: Wenn in aller Welt das Getreide so gut ausgedroschen wird, wie hier in unserem Saal die Getreidevorlage, dann braucht uns eigentlich um die Brotversorgung unseres Landes nicht hänge zu sein. Ich werde mich deshalb hüten, das Redetournoi wesentlich zu verlängern. Aber die Behandlung der Vorlage gibt mir nun doch den Anlaß, einmal eine Abklärung zu schaffen. Sie wissen, daß der Großteil, ja der weitaus größte Teil des schweizerischen Gewerbestandes gegen die Monopolvorlage Stellung genommen hat. Jene Stellungnahme hat viele Kommentare und Kritiken ausgelöst, die in der Hauptsache neben der Wahrheit vorbeigegangen sind. Der Gewerbestand darf vom Grundsatz der selbständigen privaten Betriebsart und der Erhaltung des Privatvermögens nicht abweichen, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Dieser oberste Grundsatz war es, der ihn auch gegen die Monopolvorlage Stellung

nehmen ließ. Aber diese gegnerische Stellung gegen das Getreidemonopol galt nicht dem Bauernstand, mit dem der Gewerbestand ja stark verbunden ist. Namentlich in ländlichen Gegenden ist der Kleinbauernstand mit dem Kleingewerbestand, namentlich mit dem Handwerkerstand, auf Gedeih und Verderb verbunden. Die Stellungnahme, die wir dannzumal gegen die Getreidevorlage einnehmen mußten, ist uns also nicht leicht geworden und wir haben schon damals gesagt, wenn auf monopolfreiem Wege eine Vorlage zustande komme, dann werden wir dem Bauernstand vom Gewerbe aus gerne geben, auch wenn wir dafür Opfer bringen müssen, was er durch die Monopolvorlage erhalten hätte. Die Frage ist nun die: wollen wir das damals gegebene Wort einlösen oder nicht. Die Jahresversammlung des schweizerischen Gewerbeverbandes in Altdorf, die stark besucht war, hat einstimmig mit Akklamation beschlossen, für die jetzige Getreidevorlage einzustehen, sofern sie hier in den Beratungen nicht eine andere Physiognomie erhält. Deshalb möchte ich Sie bitten, zur Vorlage, wie sie aus der Kommission des Nationalrates hervorgegangen ist, Stellung zu nehmen und sie noch nicht mit diesem oder jenem beschweren zu wollen, was dann unsere Stellungnahme neuerdings gefährden könnte. Wenn die Vorlage ohne weitere Belastung so angenommen wird, dann glaube ich das Versprechen abgeben zu dürfen, im Namen der Direktion und des Zentralvorstandes des schweizerischen Gewerbeverbandes, daß er seine ganze Stimmkraft zugunsten der Vorlage in den Kampf werfen wird.

Brügger: Wenn ich nun noch als dreiundzwanzigster Redner auftrete, und Sie mich noch anhören müssen, so verdanken Sie das in erster Linie Herrn Abt. Er hat, dem Drang der Freiwirtschaft folgend, eine kleine Schieberei auf der Rednerliste vorgenommen. Dadurch habe ich die Orientierung verloren und bin vom achten Platz, wo ich eingeschrieben war, nach hinten versetzt worden.

Die Abstimmung vom 5. Dezember 1926 über das Getreidemonopol hatte sich nicht in richtiger und konsequenter Weise ausgewirkt, aber nach einigen Schwankungen, nach gewissen Zwischenspielen, kam die Sache dann doch in das richtige Fahrwasser. Jetzt hat vor allem das Finanzdepartement eine Vorlage uns unterbreitet, die politisch und wirtschaftlich das zusammenfaßt, was die Abstimmung vom 5. Dezember 1926 wollte und den Behörden vorschrieb. Mit Genugtuung erfüllt uns die Tatsache, daß wir nun eine auch von der Landwirtschaft anerkannte brauchbare monopolfreie Lösung haben und daß dadurch ein gewisser Zweifel, ein gewisser Spott und Hohn über die technische Unmöglichkeit einer solchen Lösung nun endgültig verschwinden muß. Darüber wollte ich eigentlich weiter nichts sagen. *Quia non movere!* Nun aber könnte einem das Votum des Herrn Abt doch etwas reizen. Ich will mir die größte Zurückhaltung auferlegen und nach dieser Richtung nur folgendes feststellen: Herr Abt hat den Monopolgegnern einen gewissen Widerspruch und eine Inkonsequenz andichten wollen, wohl wissend, als forscher parlamentarischer Fechter, daß man mit dem Vorwurf des Widerspruchs den Gegner am leichtesten aufspießt und erledigt. Nun weiß ich aber nicht, ob gerade Herr Abt in dieser Sache legi-

timiert ist, weil ich nicht weiß und nicht wissen kann, ob er z. B. im Kreise der aargauischen Strohindustriellen auch im gleichen Ton über Industrie und Wirtschaft im allgemeinen spricht, wie er es gestern hier getan hat. Aber das glaube ich, daß Herr Abt doch die Bedeutung der Stunde einigermaßen übersehen hat. Schließlich sind wir nicht hier zusammengekommen, um Altes aufzuwärmen, sondern wir sind gekommen, um den Getreidefrieden endlich herzustellen, um eine stark zerfahrene Situation einmal in Ordnung und in den Senkel zu stellen. Herr Abt hat allerdings einige recht witzige Bemerkungen gemacht und hat dabei seinen alten Ruf als Polemiker und Satiriker gewahrt und gemehrt. Aber was schließlich einmal später ein *arbitrarius elegantiarum* darüber denkt, ist eine andere Frage. Herr Abt hat sich auch mit der Initiative auseinandergesetzt. Er ist mir dort vorgekommen wie Marc Anton an der Leiche Cäsars: «Aber das sage ich: ehrenwert war sie». Mit der Initiative wollten wir zeigen, daß uns nicht nur an der Bekämpfung des Monopols gelegen war, sondern daß wir eine monopolfreie Lösung wollten. Wir haben nie die Leute im Unklaren gelassen, daß wenn irgendeine bessere Lösung gefunden würde, wir dieser zustimmen.

Die bundesrätliche Vorlage erfüllt nun die bäuerlichen Forderungen, welche auch von Monopolgegnern stets anerkannt wurden. Diese Forderungen unterstützen wir im Hinblick auf die nötige Hilfe für die Landwirtschaft, welche auch wir als ersten Trappfeiler unseres Landes ansehen, als welche sie uns auch erhalten bleiben soll. Da möchte ich nun einen Appell an die Landwirtschaft richten, in diesem Moment nicht etwa nur mit lendenlahmen Resolutionen und Zustimmungen zur Vorlage zu stehen, sondern mit der ganzen Stoßkraft ihrer Gruppen, meinetwegen so, wie sie vor einiger Zeit auch hier auf dem Bundesplatze zu sehen war, vielleicht in einer etwas andern Nüancierung! Wir Monopolgegner sind da; wir haben durchgehalten; an der Landwirtschaft ist es nun vor allem, die Sache durchzubringen. Herr König hat vorhin — ich verstehe ihn — die Verantwortlichkeitsfrage aufgerollt. Herr König, sorgen Sie dafür, daß die Bauern samt und sonders für die Vorlage sind, dann bringen wir sie mit ihnen zusammen durch. Auf der andern Seite hat die Vorlage ja eine gewisse Sicherung der Brotversorgung gebracht, was ein altes militärisch-politisches Postulat ist. Daß sie auch die Konsumenten entlastet, ist von den verschiedensten Seiten gesagt worden. Diese Entlastung geschieht bekanntlich durch Abwälzung auf die Industrie. Aber das möchte ich mit Nachdruck sagen, daß die Möglichkeit der Erhöhung dieser statistischen Gebühr auch ihre Grenzen hat. Es ist immer notwendig, Binsenwahrheiten zu wiederholen. Die sozialen Lasten für die Industrie dürfen nicht ad infinitum gesteigert werden. Sozialpolitik wird nun einmal nicht mit Phrasen und Worten, nicht mit Motionen und Postulaten gemacht, sondern einzig mit dem Geld, und deshalb ist es nötig, daß die Industrie nicht über Gebühr — ich sage: über Gebühr — belastet wird. Ein Vertreter der Konsumenten soll laut Zeitungsberichten in der Kommission gesagt haben, diese Vorlage sei das Ei des Kolumbus. Ich möchte nun hoffen, daß auch andere Vertreter der Konsumenten die Vorlage nicht mit weitem Anträgen belasten, um den Pressionen eines Linsengerichtes zu

entgehen. Hier hat nun jeder Gelegenheit, seine immer zur Schau getragene Bauernfreundlichkeit wirklich durch die Praxis zu zeigen, indem er hilft, die Vorlage durchzubringen. Die bundesrätliche Vorlage, ausgearbeitet von Herrn Musy, hat die bürgerliche Einheit mehr oder weniger hergestellt und das ist ihr großer staatspolitischer Vorzug gegenüber der Monopollösung, die doch seinerzeit einen starken Keil in die Bürgerschaft getrieben hat. In diese schöne bürgerliche Einheit platzt nun der sozialdemokratische Antrag zum Schutz der Konsumenten. Dieser Antrag ist so richtig eine sozialistische Sprengbombe für die Bürgerlichen — gut ausgedacht, gut gelegt — aber immerhin so, daß man die Zündschnur noch richtig erkannt hat. Dieser Antrag mit seinem starken Eingriff in die freie Wirtschaft ist für uns unannehmbar. Wenn dieser Antrag, der den Behörden das Recht und die Pflicht gibt, Abmachungen im Getreidehandel, in der Müllerei und Bäckerei für ungültig zu erklären, angenommen würde, dann hätten wir einen Präzedenzfall für staatliche Preiskontrolle und mehr oder weniger den Anfang der Sozialisierung. Der Brotpreis und die Brotversorgung bliebe so dauernd eine öffentliche politische Angelegenheit. Ich frage: warum hat das Schweizervolk das Monopol verworfen, warum sind schließlich soviel Nein herausgekommen, wie eine Grundwelle, um das Monopol zu erledigen, trotzdem große Parteien dafür waren, trotzdem das Departement und der Bundesrat ihr moralisches Schwergewicht in die Waagschale geworfen haben? Der Grund war der, weil das Schweizervolk einmal Schluß machen wollte mit dem Hineinregieren des Staates in die Wirtschaft, dort, wo es nicht nötig ist. Es wollte Schluß machen, einen gewissen Grenzstein setzen gegen den Staatssozialismus.

Nun hat Herr Grimm, so habe ich wenigstens vor einigen Tagen in der Zeitung gelesen, im Großen Rat gesagt, die Bauern treiben selber Staatssozialismus. Ich begreife Herrn Grimm, daß er dieses pikante Argument gebracht hat. Daran vorbeizugehen, wäre zwar von ihm zuviel Selbstverleugnung verlangt. Ja, die Abnahmepflicht mit den Ueberpreisen ist in der Tat ein gewisser Staatssozialismus, aber wir sind nicht so individualistisch; unter gewissen Umständen hat der Staat das Recht und die Pflicht dazu. Meine Herren, das widerspricht ja auch nicht dem Liberalismus. Da wird immer so falsch argumentiert. Der Liberalismus ist nicht eine sterile, stabile Formel, die irgendeinmal von einem Menschen entdeckt wurde und die nun unabwendbar durch die Jahrhunderte schreitet, sondern er ist ein lebendiges Entwicklungsprinzip. In der frühliberalen Zeit hat man ganz anders gedacht als heute; der Sozialismus vor 30 und 40 Jahren präsentierte sich ebenso anders als heute, alles ist ein Fluß «panta rhei». Immerhin will ich den Bauern in aller Offenheit und Freundschaft sagen, daß die Selbsthilfe vorangehen muß und daß es von jeher der Stolz des Bauern war, nicht an den Staat und die Gemeinde zu gelangen, wenn es nicht unbedingt nötig war. Nun ist aber eine solche Notwendigkeit vorhanden, und wir glauben die monopolfreie Lösung sei der richtige Weg dazu, ihr abzuhelfen.

Herr Abt hat mit verschiedenen anderen Herren uns gesagt: ob Monopol oder kein Monopol, sei gleich, da doch der Staat da sei und bei beiden Typen ein

großer Eingriff in die freie Wirtschaft vorliege. Ich bestreite, daß der monopolfreie Weg und das Monopol das gleiche sei. Beim monopolfreien Weg geben wir dem Staat entschieden eine Kontrolle, aber beim Monopol hat er nicht nur die Kontrolle, sondern auch die Ausführung. Und wenn Herr Abt einmal in einer freien Stunde am Sonntag auf seinem Gut Bünzen über diese Frage nachdenkt, so wird er diesen elementaren Unterschied auch einsehen. Er ist in dieser Richtung in der Kritik, im Drang der Geschäfte und im Drang seines Temperamentes nicht allzu tief gegangen, sondern sehr an der Oberfläche hängen geblieben.

Der sozialdemokratische Antrag bedeutet nun meiner Auffassung nach den Versuch, auf Umwegen doch schließlich zum Ziel zu kommen. Ich sage aber, die Konsumenten haben diesen Schutz insofern nicht nötig, als sie geschützt sind durch die Schaffung eines eventuellen Mehleinfuhrmonopols. Das Recht auf Ungültigerklärung von Abmachungen im Wirtschaftsleben gehört nicht in die Verfassung. Da hat uns der Herr Kommissionsreferent gestern oder vorgestern richtig belehrt. Wenn das nötig wird, dann gehört das einmal in eine Kartellgesetzgebung, aber nicht in unser Grundgesetz. Wenn je einmal, so möchte ich hier den Spruch zitieren: caveant consules, und ich hoffe, daß einem der Nationalräte die Bedeutung dieser Sache aufgeht.

Nun zum Schluß noch etwas. Die Getreidefrage und ihre endliche Lösung ist wichtig, da könnte man vielleicht noch die Ansicht haben, weil es so wichtig sei, so sollte man hier zu einer Einigkeit kommen. Ich glaube, es war der Ritter Georg, der diese Idee, sie ist ihm gut angestanden — bereits aussprach. Ich sage aber, ich habe alles Verständnis für Kompromisse in der Politik, für Konzessionen; aber auf der andern Seite gibt es Situationen, wo man keine machen darf, sonst ist es eben keine Politik mehr. Was hat der sozialdemokratische Parteitag getan? Er hat seine Stellung sich vorbehalten. Der kluge Politiker geht aber nie auch nur in eine mögliche Falle. Das arbeitende Volk weiß, daß die bundesrätliche Vorlage billigeres Brot bringt, einmal weil die Weltmarktpreise zur Geltung kommen und weil die statistische Gebühr herangezogen wird. Nun wird immer behauptet, daß die Lösung durch das Monopol eben nichts kosten würde. Das ist ein Irrtum, den ich gewissermaßen vor Torschluß meinerseits noch richtig stellen muß. Die Einstandspreise des ausländischen Getreides franko Schweizergrenze betragen 1925 35.35 Fr. pro Kilogramm, 1926 33.59 und 1927 32.55 pro Kilogramm, d. h. im Laufe von 3 Jahren ein Abschlag von 10 Prozent, aber die Getreideverwaltung hat 1925 keinen Abschlag gewährt; also der Konsument hat am Sinken der Brotpreise auf dem Weltmarkt keinen Anteil. In der Differenz dieses Ankaufspreises zum Abgabepreis der Getreideverwaltung an die Mühlen liegen die Kosten für die Förderung des inländischen Getreidebaues. Es ist deshalb nicht richtig, wenn man sagt, daß das Monopol billig arbeitet, daß diese Förderung gar nichts gekostet hat, aber selbstverständlich kostet auch die monopolfreie Lösung Geld, denn die Förderung des Getreidebaues erfolgt nicht umsonst. Der Zuschlag wird dann aber auf die Weltmarktpreise gemacht. Dazu kommt noch die Abwälzung auf die Industrie. Nun hat Herr Graber, sich speziell mit dieser Abwälzung befaßt und gesagt, das nütze nichts, denn die Industrie

werde das einfach auf die Konsumenten abdrehen. Das ist eine Behauptung; ich behaupte das Gegenteil, und beweisen kann es keiner. Aber selbst wenn es abgewälzt werden sollte bei Heller und Pfennig, würden wir zum mindesten nicht schlechter stehen als beim Monopol.

Es ist vielleicht jetzt der Moment, um mich mit Herrn Nobs ganz kurz auseinanderzusetzen. Er wird uns nicht zumuten, das wir ihm aufs Wort glauben, daß bei der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei einzig und allein die wirtschaftliche Seite Geltung hatte. Dafür hat er mir am Schluß seines Votums einen zu begeisterten Panegyrikus auf die Gemeinwirtschaft gehalten. Ob aber diese an die Stelle des privaten Profit- und Gewinnstrebens treten wird, bezweifle ich, trotz dem Zeugnis von Herrn Jöhr, trotz Sombart; das ist Glaubenssache. Herr Nobs glaubt es, ich glaube es nicht. Ich stelle nur fest, daß bis jetzt noch kein System entdeckt worden ist, das das private Gewinnstreben ersetzt hätte, um die Produktion aufrechtzuerhalten und damit die kulturelle Entwicklung. Vielleicht gibt es einmal eins; ich weiß das nicht. Aber sicher ist, daß es nicht der Marxismus ist, sondern irgend etwas anderes. Herr Nobs hat auf die Konzentration der Betriebe hingewiesen. Ich gebe ihm zu, daß ist die einzige Säule im marxistischen System, die bis jetzt standgehalten hat. Konzentration der Betriebe ist eingetreten und wird vielleicht noch weitere Fortschritte machen; aber persönlich habe ich die Auffassung, daß auch hier die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Es gibt für die Expansion der Geschäfte ein wirtschaftliches Optimum; das Gesetz der zunehmenden und abnehmenden Erträge wird auch hier wirken. Wir haben gewaltige Konzentrationen erlebt, die heute schon zusammengebrochen sind, weil sie überorganisiert waren. Aber das ist nicht eingetreten, was Herr Marx seinerseits prophezeit hatte: daß mit der Konzentration gleichzeitig auch die Akkumulierung des Kapitals in wenigen Händen mit gleichzeitiger Verelendung der Massen stattfinden müsse. Das ist nicht richtig, und das müssen selbst sozialistische Theoretiker und Politiker von Zeit zu Zeit unter dem Druck der Verhältnisse zugeben. Herr Max Schippel z. B. hat noch letzthin geschrieben, daß mit jeder Phase des Kapitalismus eine neue Emanzipation der Arbeiterschaft eintrete.

Dies ganz kurz eine kleine Entgegnung an Herrn Nobs.

Ich glaube, daß dem arbeitenden Volk vor allem daran liegt, daß es billigeres Brot bekommt; es liegt ihm nichts am Monopol; das hat die Abstimmung von 1926 gezeigt. Und deshalb glaube ich in der Tat, daß auch die Sozialdemokraten, obwohl ich politisch ihre Stellung gut begreifen kann, der Vorlage zustimmen könnten.

Ich schließe und sage: wir Bürgerlichen wenigstens sollten versuchen, uns hier auf diesem Boden zu vereinen, ich sage ausdrücklich: wenn es möglich ist mit den Sozialdemokraten, wenn aber nicht, gegen sie.

Präsident: Herr Brügger möchte ich antworten, daß es sich bei der Rednerliste nicht um ein Schiebergeschäft, sondern um eine Verschiebung gehandelt hat. Die Herren Abt und Held hatten sich verständigt, daß die Reihenfolge in der Rednerliste aus-

gewechselt werde. Die Reihenfolge der übrigen Redner ist dadurch nicht tangiert worden. Bisher glaubte ich mich berechtigt, solchen Wünschen entgegenzukommen. Wenn der Rat anderer Meinung ist, gewärtige ich bezügliche Weisungen.

Abt: Mein Name wurde in der Diskussion so verschiedentlich genannt und meine Darlegungen sind so scharf kritisiert worden, daß Sie mir schon gestatten müssen, daß ich kurz repliziere.

Herr Vonmoos hat mir in erster Linie vorgeworfen, daß ich an der monopolfreien Lösung keinen guten Faden gelassen habe. Das ist eine falsche Auffassung. Ich habe mir einmal gestattet, grundsätzlich zum Monopol zu stehen, und im weitern habe ich mir erlaubt, die Freunde der monopolfreien Lösung darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Projekt sich nur sehr unwesentlich von dem unterscheidet, was sie vorher mit allen Mitteln bekämpft und perhorresziert haben. Nun, meine Herren, gibt es aber einen klassischeren Zeugen für diese Behauptung als unseren verehrten Herrn Dr. Baumberger, der in seinem Votum vorhin mindestens dreimal gesagt hat, es sei ja fast kein Unterschied zwischen der heutigen monopolfreien Vorlage und dem Monopol, und der Unterschied, hat er zuletzt gesagt, sei auf alle Fälle nicht so groß, daß es sich rechtfertige, deshalb die monopolfreie Lösung zu verwerfen? Er hat das Mehlmonopol zitiert; er hat die Kontrolle genannt und ist zu ihr gestanden; er hat alle die Punkte genannt, die beiden Vorlagen gemeinsam sind. Nun ist es doch sicherlich kein Staatsverbrechen, wenn ich mir gestattet habe, auf diesen geringen Unterschied aufmerksam zu machen und darauf, daß die Art und Weise des Kampfes von anno dazumal nicht gerechtfertigt war. Und um gerade zu Herrn Brügger zu kommen: er hat wiederum in lapidarer Form den Satz aufgestellt, das Volk habe das Monopol verworfen, weil es vom Staatssozialismus nichts wissen wollte. Was versteht das Volk von Staatssozialismus? (Heiterkeit). Das Volk hat das Monopol verworfen wegen der unerhörten, alle Grenzen überschreitenden, lügenhaften Gegenpropaganda. (Sehr gut). Das habe ich schon anno 1926 gesagt, und ich wiederhole das zu jeder Zeit; ich habe Ihnen auch dafür in ein paar wenigen Punkten den Beweis erbracht. Er ist übrigens nicht schwer zu erbringen. Man hat von seiten des Herrn Brügger als besondern Vorteil der neuen Vorlage die Wiederherstellung der bürgerlichen Einheitsfront erwähnt. Es ist wahr, die bürgerliche Einheitsfront ist zusammengeflückt worden, aber daß sie einen Riß erhalten hat durch die Art und Weise, wie man das vom Bundesrat, von der großen Mehrheit der Kommission, von der großen Mehrheit der Bundesversammlung akzeptierte Monopol bekämpft hat, kann niemand bestreiten, und die großen bürgerlichen Politiker, die auf diese wahnsinnige Art und Weise das Monopol bekämpft haben, tragen die Verantwortung dafür, daß namentlich bei den Bauern, aber auch bei andern Schichten des Schweizervolkes ein starker Ruck nach links eingetreten ist. Das wollte ich auch konstatieren.

Im übrigen weiß ich nicht, warum Herr Brügger mir noch die Frage gestellt hat, ob ich im Kreise der aargauischen Strohindustrie auch so rede, wie hier im Rate. Die Frage war furchtbar müßig. Man kennt mich auch in den Kreisen der aargauischen Strohindustrie. Er nickt mit dem Kopfe, unser verehrter

Freund aus der appenzellischen Industrie, Herr Eisenhut! Man kennt mich auch dort, wie man mich hier kennt, und man nimmt mich eben, wie ich bin. Ich will nicht so undelikat sein und Herrn Dr. Brügger die Gegenfrage stellen, ob er im Verwaltungsrat der Zementindustrie auch seine idealistischen, und von sozialem Empfinden triefenden Reden halte. Das wäre die Gegenfrage: ich werde sie nicht stellen. (Heiterkeit).

Nun gestatten Sie noch, Herrn Dr. Schär einiges zu antworten. Er hat namentlich meine Behauptung bestritten, daß die Monopolverwaltung auch etwas verdiene und daß es möglich sei, einen großen Teil der Zuwendungen an die Landwirte, wie die Unterstützung des Inlandgetreidebaues durch die Monopolverwaltung aufzubringen. Er hat diese Auffassung verhöhnt und dabei irgend einen Ausdruck gebraucht — ich war nicht gerade da und habe mir von dritter Seite referieren lassen — wie « wirtschaftspolitische Kinderei ». Er hat mir etwas stark ins Ohr geklungen, dieser Ausdruck. Meine Herren, was ist der Vorteil der Monopolverwaltung? Er besteht vor allem in großen, gemeinsamen Einkäufen, er besteht zweitens in einer Vereinfachung des Verwaltungsapparates, in einer effektiven Verminderung der Spesen und in einer Beseitigung des Zwischenhandels. Was ist der Vorteil des Genossenschaftswesens, was ist der Vorteil des Verbandes schweiz. Konsumvereine? Er besteht vor allem im Vorteil des gemeinsamen Einkaufes, in einer Verminderung der Spesen durch Vereinfachung des Verwaltungsapparates und in einer Beseitigung des Zwischenhandels. Wenn Herr Dr. Schär die Monopolverwaltung und ihr Prinzip so verurteilt, dann verurteilt er sein eigenes Lebenswerk (sehr gut!), das auf ganz gleicher Basis steht. Das ist die Logik. Nun hat es allerdings böartige Mäuler gegeben, die auch in den Federn und durch die Federn in den Zeitungen sich Ausdruck verschafften, und die da sagten, daß die Konsumvereine und insbesondere der Basler Verband überorganisiert seien, und einmal ist das große Wort gesprochen worden: Im Schatten der Konsumvereine feiere der Zwischenhandel Orgien. Das war in der Kriegszeit, und es war nicht so sehr neben das Ziel geschossen.

Ich beschäftige mich noch kurz mit Herrn Dr. Duft, der in seinem sonst wirklich schönen und anerkanntswerten Votum doch nicht umhin gekonnt hat, die Monopolverwaltung anzugreifen. Er hat gesagt, wie übrigens auch Herr Dr. Brügger, seit 1925 habe kein Getreide- oder Mehlp reisabschlag stattgefunden. Herr Dr. Brügger war so freundlich, mir bereits für die Replik etwas vorzugreifen und zu sagen, daß die Weltmarktpreise für Getreide seit jener Zeit nur um 10 % zurückgegangen sind. Also kann man sich schon fragen, ob ein Abschlag bei dieser geringen Differenz gerechtfertigt sei. Herr Dr. Duft hat gesagt, heute stehen die Verkaufspreise der Monopolverwaltung fünf Franken über dem Weltmarktpreis. Aber man braucht nicht des relations internationales commerciales spéculatives zu haben, wie mir gestern der verehrte Herr Vorsteher des Finanzdepartementes vorgehalten hat, wenn einer nur einen gesunden Menschenverstand hat, so weiß er, daß heute auf dem Getreidemarkt eine große Baissebewegung herrscht und daß derjenige, finanziell und finanzpolitisch gesprochen, ein Idiot wäre, der so darauf so reagieren würde, daß er das

Produkt, das jetzt auf der Börse um ein paar Franken zurückgegangen ist, ebenfalls um ein paar Franken billiger verkaufen würde. Es ist eine elementare Forderung der sorgfältigen Geschäftsführung der Getreideverwaltung, daß sie hier nicht sofort mit dem Preise zurückgeht, abgesehen davon, daß man ihr vorhalten würde: Seht jetzt die Getreideverwaltung, nun geht sie mit dem Preis zurück, um nachher die Getreidehändler in Verlegenheit zu bringen, damit sie gegen einen billigen Getreidepreis ankämpfen müssen! Es ist ungerecht und unsächlich, daß man in dieser Weise hier wiederum die Monopolverwaltung die ihre Verdienste hat, wie es Herr Vonmoos doch sehr richtig hervorhob, ja man dürfte sagen, ihre großen Verdienste, wie das hier gelegentlich schon gesagt wurde, anzugreifen sucht. Es ist auch ungerecht, wenn Herr Dr. Duft gesagt hat, die Reserven der Monopolverwaltung seien aus dem Gelde der Brotesser zusammengespart worden. In dieser Form ist die Behauptung unrichtig. Denn der Vorteil des Großeinkaufes, des mächtig großen Einkaufes und die Vereinfachung der Verwaltung ermöglichen unbedingt Ersparnisse in einem vernünftigen Betriebe und daß die Monopolverwaltung gut geleitet sei, hat man bisher auch von seiten der Gegner nicht zu bestreiten gewagt.

Das, was die Monopolverwaltung verdient, ist eben das, was sonst in der Tasche des Privathandels verschwinden würde und was wir haben retten wollen für die Allgemeinheit. Aber Sie haben es nicht gewünscht, und damit hat nun die andere Lösung platzgegriffen.

Herr Dr. Duft hat sich auch noch ausgesprochen über die statistische Gebühr, darüber, daß sie niemanden belaste. In dieser Beziehung bedeutet sie ja wirklich das Ei des Kolumbus. Sie ist da, sie bringt 10 Millionen, aber diese kommen nirgends her, wohl aus der Luft, wie der Stickstoff (Heiterkeit). Nun hat Herr Dr. Duft hier eine Wendung gebraucht, die mir einen gewissen Eindruck gemacht hat. Er hat gesagt, der wertvollste Kern der heutigen Vorlage sei die statistische Gebühr (Duft: Vom Konsumentenstandpunkt aus). Ja, es ist mir wurst, von welchem Standpunkt aus (Heiterkeit), er, als der Vater der Initiative! Aber ich stelle die Gegenfrage: Wenn das der Kern und der Gipfelpunkt ist, was würden die Herren Initianten gemacht haben, wenn die Erhöhung der statistischen Gebühr nicht erfunden worden wäre? Er hat nämlich beigefügt, man könne die Lasten nicht der Bundeskasse aufladen, das würde einer Bekämpfung der Vorlage gleichkommen. Das ist doch ein merkwürdiger Widerspruch und stimmt eben mit dem überein, was ich Ihnen gestern schon gesagt habe; sie war ein deus ex machina für die Initianten; es hat Ihnen ein unrühmliches Ende verhütet, daß irgend jemand die statistische Gebühr erfunden hat.

Herr Dr. Duft hat uns die frohe Botschaft von dem billigeren Brote gebracht, und ich möchte ihn dabei behaften. Wenn es ja der monopolfreien Lösung gelingt, uns billigeres Brot zu beschaffen und den Bauern das zu geben, was man ihnen seit Jahren versprochen hat, und was sie auch beim Monopol hatten — mein Liebchen, was willst du noch mehr? Dann sind wir alle zufrieden, und dann bin ich eines Tages bereit, hier im Saale oder auch, wenn ich nicht mehr hier bin, an einem andern Orte, ex officio Abbitte zu

leisten, zu revozieren und zu deprezieren und mein Betragen als pöbelhaft zu erklären (Heiterkeit). Aber ich komme nicht dazu, meine Herren, seien Sie ganz sicher!

Und nun noch ein kurzes Wort auf die Ausführungen des Herrn Dr. Baumberger. Er hat in seiner bekannten, äußerst geschickten Art sich wieder einmal als Niklaus von der Flüe aufgetan und im wallenden weißen Haupthaar den Frieden verkündet. Wenn man den Frieden zwischen verschiedenen streitenden Parteien verkünden will, dann muß man gelegentlich etwas übertreiben, dann muß man auf allen Seiten etwas zugeben. Er hat mir namentlich vorgehalten, daß die statistische Gebühr nicht ein Almosen bedeute, sondern gleichzustellen sei mit den Zöllen und mit andern Einnahmen des Staates. Es tut mir leid, daß ich ihm hier in Bestätigung meines Zwischenrufes erklären muß, daß sein Vergleich hinkt und daß die statistische Gebühr einen andern Charakter hatte, weil die Industrie es ist, die sie gibt. Und für wen gibt? Für die Landwirtschaft. Herr Sulzer ist es, der gestern schon in leiser Antönung uns hat merken lassen, daß wir eigentlich für die generöse Geste der Industrie dankbar sein müßten. Diese Stimmen werden sich wiederholen und werden bei gewisser Gelegenheit immer deutlicher werden und sagen: Ihr Bauern, wir haben euch 10 Millionen geschenkt, seid bei Gott zufrieden, sonst geben wir Euch nicht mehr, oder Ihr seid undankbare Kerle!

So liegt die Situation effektiv mit dieser statistischen Gebühr. Sie ist und bleibt ein Almosen für uns, das wir heute als Vertreter der Bauern akzeptieren müssen. Wir hätten eine andere Lösung, bei der wir das Geld in der Hauptsache selber hätten verdienen können, vorgezogen. Diese 10 Millionen hätte die Industrie doch leisten können; für soziale Zwecke wären sie so sehr brauchbar gewesen. Glauben Sie etwa, daß bei der heutigen Entwicklung des Wirtschaftslebens es mit den sozialen Lasten, die die Industrie heute trägt, sein Bewenden habe? Ich habe es gestern schon angetönt, und ich bin an der Industrie auch interessiert, so gut wie mancher andere, der sich sogar als Industrievertreter ausgibt. Aber gerade wenn man kapitalistisch denkt, dann muß man dafür sorgen, daß die Situation, wie wir sie heute haben, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung erhalten bleibt. Wenn man das tun will, dann gibt es nur eines: Das ist ein geschickter Kampf gegen das Vordringen der Sozialdemokratie. Dieser Kampf besteht in einer vermehrten und vergrößerten Sozialpolitik. Die Lage ist ganz anders als im Jahre 1919 oder besser im Jahre 1922, in der Nachkriegs- und in der Inflationskrise. Damals lagen Industrie Handel und Gewerbe darnieder, heute haben sie sich erholt, heute können sie wieder Dividenden zahlen, heute können sie wieder Reserven öffnen, und heute ist der Moment neuerdings gekommen, mit Sozialpolitik anzufangen, und wenn nur im Interesse unseres kapitalistischen egoistischen Standpunktes, im Interesse der Erhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung . . . für den Fall, daß man nicht andere Gründe, Herzensgründe, findet für die Sozialpolitik. Diese 10 Millionen hätte ich sehr gerne in dieser Richtung verwendet, sie wären dort besser angebracht gewesen, unter Beibehaltung des Getreidemonopols.

Nietlisbach: Wenn ich ein zweites Mal ganz kurz das Wort ergreife, so geschieht es, weil eine Bemerkung meines Freundes und Kollegen Dr. Duft mich dazu veranlaßt. Herr Dr. Duft ist auf die Initiative zu sprechen gekommen und hat dann das schöne Bild vom sterbenden Löwen gebraucht. Ich will zwar auf dieses Bild nicht mehr zurückkommen, so sehr es auch an und für sich zur Satire reizte. Aber Herr Duft, der offenbar heute in seinem Vortrage etwas bilderreich veranlagt war, hat uns noch ein anderes Bild vorgeführt, einen Zweispänner, und daran meinen verehrten Herrn Kollegen Dr. Abt und mich gespannt. Ich muß Ihnen nun schon gestehen, es ist schon wiederholt vorgekommen, daß wir beide in Abstimmungskämpfen am gleichen Zweispänner gegangen sind. Ich hoffe auch, es wird sich wieder Gelegenheit dazu bieten. Aber in diesem Falle kann es nun nicht geschehen.

Die Rede, die Herr Dr. Abt gehalten hat, war, darüber müssen wir uns im klaren sein, die gefährlichste und wichtigste Rede gegen den bundesrätlichen Vorschlag. Daran vermag auch die Bemerkung am Schluß und am Anfang nichts zu ändern, daß er für Eintreten stimme und die Vorlage befürworte. Ich war bekanntlich auch ein Befürworter des Getreidemonopols. Ich bin entschieden für die frühere Vorlage eingestanden, und ich stehe heute noch nicht an zu erklären, daß ich den Volksentscheid vom Dezember 1926 bedaure. Ich habe, ich will das offen erklären, auch eine Zeitlang zu jenen gehört, die in die Melodie von Schillers Tell einstimmten: Wir fahren zu Tal, wir kommen wieder! Aber ich bin nach gründlicher Ueberlegung von diesem Gedanken vollständig kuriert. Es ist meines Erachtens direkt gefährlich, heute speziell der Bauernsamen den Gedanken nahe zu legen, wir könnten ein zweites Mal mit einer Monopolvorlage aufrücken; schon deshalb gefährlich, weil, wie wir ja in der Abstimmungskampagne genügsam konstatieren konnten, die grundsätzliche Opposition gegen das Monopol an sich nirgends so tief verankert ist, wie gerade in der Bauernsamen selbst. Das habe ich wiederholt konstatieren müssen. Wir müssen uns doch noch daran erinnern, welche Arbeit wir aufwenden mußten, um nur in unserem Wahlkreis, im Kanton Aargau eine annehmende Mehrheit fertig zu bringen. Da hat die Bauernsamen fürwahr keinen Grund, dieser Vorlage gegenüber skeptisch zu sein, denn diese Vorlage bringt ihr ganz genau alle Vorteile, welche das Getreidemonopol gebracht hat. Das hat in sehr zutreffender Weise heute Herr Kollega König ausgeführt. Sie bringt sogar noch mehr, sie bringt auch noch eine Förderung der Saatzucht,

Nun hat Freund Baumberger heute meines Erachtens sehr richtig gesagt, daß wir dieser Vorlage zustimmen können ohne Bedenken betr. die technischen Schwierigkeiten. Denn er hat richtig bemerkt, wenn sich in der Ausführung dieser Vorlage wirklich Schwierigkeiten ergeben müßten, die die Vorlage praktisch undurchführbar erscheinen ließen, dann der einzige Weg nach Küsnacht via Monopol führte. Das wäre doch die zwangsläufige Entwicklung. Aber ebensosehr, wie ich von dieser Auffassung überzeugt bin, bin ich auch davon überzeugt, daß die Ablehnung dieser Vorlage uns nicht zum Monopol führte, sondern uns vis-à-vis de rien stellte. Das

müssen wir speziell in den Kreisen der Bauernsame mit aller Bestimmtheit erklären.

Nun noch ein kurzes Wort betr. die Konsumenteninteressen. Es ist heute viel über die Erwartungen gesprochen worden, welche die Befürworter der Vorlage bezüglich der Brotpreisgestaltung hegen. Ich muß Ihnen erklären, ich bin der Auffassung, daß diese Erwartungen etwas überspannt sind. Ich bin übrigens in dieser Sache nicht Sachverständiger. Aber auf einen Punkt dürfte nun gerade in dieser Beziehung doch noch zugunsten der Vorlage verwiesen werden, was bis anhin in der Diskussion nicht gesehen ist. Man hat immer nur von Gewinnen der Getreideverwaltung gesprochen. Ja, meine Herren, wenn aber eine Getreideverwaltung einmal falsch spekuliert, und das ist auch möglich, dann trägt unter der Herrschaft des Monopols die Folge dieser falschen Spekulation einzig die Brotkonsumentenschaft. Das ist aber beim Privathandel nicht der Fall. Wenn dort ein Einkäufer falsch spekuliert, dann kann er die Folgen dieser falschen Spekulation nicht auf die Konsumentenschaft abwälzen, daran hindern ihn die Preise der übrigen Konsumenten. Er würde direkt unter den Wagen seiner Konkurrenz geraten, wenn er die Folgen seiner falschen Rechnungsweise abwälzen wollte.

Ich erkläre zum Schluß, daß ich insbesondere nach der so glücklichen Lösung der Finanzierungsfrage nicht mit Vorbehalten, sondern mit aller Entschiedenheit ein Befürworter dieser bundesrätlichen Gegenvorlage bin.

M. Graber: Je voudrais chercher à répondre à quelques-uns des arguments qui nous ont été opposés au cours de ce débat.

Tout d'abord, je voudrais rappeler dans quel sens je suis intervenu au début.

Lorsqu'au commencement de cette discussion, j'ai pris la parole, j'ai fait un effort pour essayer de mettre en valeur un argument. On nous disait surtout que la solution présentée aujourd'hui, tout en étant favorable ou insuffisamment favorable aux producteurs, tout en ménageant insuffisamment les consommateurs s'imposait cependant, parce qu'elle voulait respecter la volonté populaire. C'était le gros argument des partisans du monopole qui les incitait à accepter la solution présentée. J'ai cherché à démontrer que le projet actuel prévoyait des interventions de l'Etat plus nombreuses et plus désagréables que le projet du monopole. Lorsque j'ai présenté ces interventions de l'Etat en les énumérant et en montrant le caractère, je n'ai pas voulu pour autant les condamner comme telles. J'en ai fait un tableau qui devait démontrer que le projet actuel respecte encore moins la volonté populaire qu'une proposition qui chercherait à recourir au monopole.

Je ne sais pas si j'ai été bien compris. J'ai l'impression que quelques-uns de nos adversaires ont pensé que je faisais le tableau de ces interventions pour les condamner comme telles. J'ai simplement voulu montrer la situation dans laquelle nous trouvions.

M. Musy, lui, a repris l'argument de la volonté populaire, comme d'autres orateurs. C'est pourquoi je voyais quelque importance à mettre de la clarté sur ce point.

M. Musy m'a reproché, dans un entretien particulier, d'avoir recouru, au cours de ma démonstration, à des sophismes. Je voudrais reprendre certains de ces arguments pour essayer de démontrer que ce ne sont pas ceux qui reprochent aux autres de recourir à des sophismes qui sont le moins habiles pour y recourir.

On nous dit par exemple qu'en défendant les moulins, — car j'avais soutenu l'idée qu'en accordant à une corporation privée des avantages qu'on n'accorde pas à d'autres, avantages dangereux pour le consommateur, on ne soutient pas la méunerie, mais on défend un intérêt national. Si ce n'est pas un sophisme, je me demande ce que cela pourrait être. On pourrait tenir le même raisonnement pour l'horlogerie, pour la broderie et pour d'autres domaines industriels. On pourrait leur accorder un monopole qui servirait à garantir les avantages de ces industries et qui, en protégeant l'économie nationale, présenterait un intérêt national.

Ce qu'il y a de certain, c'est qu'on accorde un privilège à une corporation, on constitue un monopole privé. Voilà le fait essentiel. Si c'est dans l'intérêt national qu'on accorde de tels monopoles, je recommande à M. Musy l'étude d'autres monopoles à organiser en Suisse dans l'intérêt national. Il finira bien par nous en doter d'un certain nombre, genre monopole des meuniers. Nous verrons alors si ceux qui défendent ce projet suivront M. Musy dans cette voie.

M. Musy nous a dit, pour nous effrayer au point de vue financier et pour effrayer les consommateurs: Prenez-y garde, si la production indigène du blé venait à couvrir six mois de consommation, ce n'est pas 10 millions de subventions qui seraient accordés, mais 20 millions. Et ces 20 millions répartis sur l'ensemble de la consommation finiraient par renchérir sérieusement le prix du pain. Je ne vois pas d'abord pratiquement comment en Suisse on arriverait à couvrir six mois de la consommation en blé. C'est donc une hypothèse un peu hardie. En supposant même que les cultivateurs arrivent à développer leurs emblavures à tel point qu'on couvre six mois de consommation, qui est-ce qui obligerait à ce moment-là la Confédération à augmenter la somme totale qui leur serait répartie pour l'encouragement de la culture? C'est en effet la Confédération qui fixe la différence entre le prix du blé mondial et le prix payé au cultivateur. Si ceux-ci étendent par trop leurs emblavures, la Confédération n'est pas forcée de conserver la même différence; elle peut diminuer la prime pour rétablir l'équilibre et conserver la même somme de subvention générale. De cette façon, le consommateur n'aurait rien à risquer de ce côté-là.

M. Musy a cherché en outre — c'était de la polémique — à mettre en contradiction M. Reinhard et moi en disant que M. Reinhard, à Heiden, avait déclaré qu'il n'y avait pas suffisamment de contrôles, qu'il avait reconnu que les contrôles protégeaient les consommateurs, tandis que moi, j'aurais dit qu'il y avait trop de contrôles. La contradiction n'est qu'apparente, parce que je n'ai pas trouvé qu'il y avait trop de contrôles, j'ai simplement constaté que vous étendiez très largement le contrôle pour montrer que l'intervention de l'Etat s'étendait plus loin que sous le monopole prévu précédemment. J'ai dit que personnellement je ne voyais pas d'inconvénient à ce que l'Etat intervienne dans la vie économique; au contraire je le souhaite. J'ai dit que vous ouvriez des

voies qui paraissent réserver des surprises, à vous qui les proposez et à ceux qui vous suivent, quand vous aurez, par une loi, appliqué le nouveau principe constitutionnel de la surveillance du négoce du blé, et même de la boulangerie; quand vous aurez, par une loi, sanctionné ce principe nouveau, vous aurez établi dans notre économie nationale un fait tellement nouveau que l'intervention de l'Etat prendra une forme inattendue pour ceux qui aujourd'hui le votent. J'ai l'impression que vous vous engagez un peu à la légère dans une loi que j'ai qualifiée de presque révolutionnaire (M. Musy: Oh!) . . . bien plus que vous le pensez. Quand l'Etat aura le droit d'intervenir dans le négoce, comme vous le proposez, quand vous aurez ouvert les écluses chaque fois qu'une nouvelle corporation se trouvera en face d'un danger spécial, elle viendra vous dire: Vous avez fait telle chose pour l'agriculture, vous pouvez bien faire quelque chose pour nous et vous aurez de la peine à résister. Je ne m'en plains d'ailleurs pas. Je dis simplement que la contradiction que vous voulez établir n'est qu'apparente. En fait, nous sommes parfaitement d'accord, puisque je soutiens moi-même la proposition de M. Reinhard demandant que le contrôle de la Confédération permette de sauvegarder les intérêts des consommateurs que vous ne sauvegardiez pas suffisamment. Vous en avez eu vous-mêmes si bien l'impression que le Conseil fédéral est revenu sur sa proposition et vous avez apporté à la commission une modification qui permet de formuler d'une manière plus précise le droit de la Confédération d'intervenir pour défendre le consommateur. C'est donc un petit procédé de polémique auquel vous avez recouru.

Vous avez fait intervenir dans ce problème des blés Staline, Trotzky, Carl Marx et les formules marxistes dont vous avez décrété la faillite retentissante. Il y a longtemps que dans le monde on proclame la faillite, non seulement du marxisme, mais du socialisme. Il y a longtemps que nous sommes morts, quoique bien vivants. Il y a longtemps qu'on proclame que nous sommes à la veille de la capitulation et de la déchéance. Il y a longtemps que le marxisme est condamné. Ce qui est extraordinaire, c'est qu'il y ait des choses qui survivent fortement.

Est-ce que c'est vraiment le mieux, à propos du monopole du blé, de discuter les doctrines marxistes? Je ne pourrais pas faire avec avantage ce qu'a fait M. Musy qui nous a cité des références universitaires. Il a entendu et bénéficié largement de l'enseignement de Wagner, de Schmoller et de Brentano. Je ne pourrais pas citer de semblables références et sur ce terrain je serai battu à l'avance. J'ai dit simplement, que je ne savais pas de quoi il s'agissait. Cela faisait assez bien, du haut de la tribune du Conseil fédéral, de faire intervenir, sous une forme cette fois un peu édulcorée, l'ombre de la Russie soviétique. Quand on n'a pas des arguments extrêmement solides, on recourt à des arguments qui portent. M. Musy voyant un terrain quelque peu vaciller, s'est dit: Il faut coûte que coûte, pour remporter la victoire, faire intervenir l'ombre de la Russie soviétique. Ça fait un effet foudroyant! Tout le monde s'incline quand le spectre de Staline, de Trotzky se dessine sur la paroi. Si c'est là que vous en êtes, M. Schulthess, qui nous a proposé le monopole, est donc un disciple de Staline? Est-ce que tous les bourgeois qui viennent de déclarer que la formule du monopole était infiniment plus efficace pour le

producteur et le consommateur, sont des disciples de Staline, de Trotzky ou de Marx? C'est un peu rabaïsser le débat que de faire intervenir des couleurs pareilles dans la gamme des arguments. Je déplore que cet exemple nous vienne de la tribune du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral, quand même et malgré tout, est une autorité qui s'entoure d'un certain prestige. Noblesse oblige! Quand on est conseiller fédéral, on ne recourt pas à tous les moyens de polémique devant un Conseil national. On reste à une certaine hauteur.

D'ailleurs, M. Musy a trouvé un argument plus solide: « Pourquoi, en somme, les socialistes tiennent-ils au monopole? Mais parce qu'ils tiennent à l'étatisation du blé, parce que c'est le commencement, parce que nous irons plus loin. » Nous n'en avons jamais fait de mystère. Nous savons que nous sommes pour la socialisation des grandes forces de production. Lorsqu'on discute de la défense des paysans et de la défense de la culture du blé, nous qui défendons plus particulièrement les consommateurs, nous nous plaçons sur ce terrain: entre producteurs et consommateurs, il y a un conflit incessant, une opposition d'intérêt. Cependant, parfois il faut défendre l'un et l'autre. Il faut trouver un compromis. Car lorsque les agriculteurs — c'est l'abc de l'économie politique — traversent une crise très grande, ils achètent moins de produits industriels. Et vice versa, lorsque les industriels traversent une crise, ils ont moins d'argent et ils achètent moins de produits de l'agriculture. Il y a là une sorte de solidarité que l'on connaît fort bien. Nous sommes parfois amenés à défendre les agriculteurs. En ce moment, il y a une vague de démagogie qui passe sur le pays, à la veille des élections, et à laquelle je ne veux pas me mêler. Aujourd'hui on est prêt à aider le paysan, car on tient à s'assurer le bloc-paysan. On sait qu'il y a des petits paysans qui sont mécontents du régime actuel. On veut galvaniser, on veut créer la grande armée paysanne pour garder la bourgeoisie. Alors, un mois avant les élections, on se livre à ce travail que je ne veux pas qualifier, à ce travail consistant à offrir aux paysans des millions: « vous voulez des millions peu avant les élections; il y en a des millions, nous en avons tant que vous en voudrez, Messieurs les paysans ». Nous, nous disons aux paysans: pas de démagogie! Nous sommes prêts, chaque fois que nous le pourrons, à trouver entre consommateur et paysan, un compromis qui permette de défendre les intérêts des uns et des autres, mais nous ne sacrifions jamais les intérêts des consommateurs.

M. Berthoud nous a dit que le projet actuel est inspiré d'esprit socialiste. J'en félicite M. Musy. Nous sommes entourés de gens extraordinaires: M. Schulthess est bolchéviste, M. Musy est socialiste. (Rires.)

Nous repoussons tout d'abord le projet, parce qu'il ne défend pas le paysan comme il devrait être défendu dans ce domaine. M. Nietlisbach nous a dit: « Je le reconnais, mais cela vaut mieux que rien. » Messieurs les paysans, nous reconnaissons d'un côté suffisamment votre ténacité et, d'un autre côté, tout le désir d'attraction qui gravite autour de vous, pour savoir que vous ne risquez absolument rien. Si on repousse une de vos demandes aujourd'hui, reprenez-la demain. Vous trouverez dans les rangs bourgeois assez de bonnes volontés pour reprendre un projet qui vous soit favorable, parce que les bourgeois ont des craintes extrêmes de vous perdre. C'est la

raison pour laquelle ils sont prêts à tout. Ils étaient prêts il y a trois ans à accepter le monopole. Ils sont prêts maintenant à accepter un projet inspiré par les doctrines socialistes! Les paysans ne risquent rien. Ils sont dans une situation privilégiée au point de vue politique. Tout le monde est prêt à leur tendre les bras, parce que tout le monde en a besoin politiquement. Quand on a besoin politiquement des paysans, on paie largement ce besoin. Mais, comme ce projet ne vous défend pas suffisamment — et vous le reconnaissez —, comme le monopole vous défend mieux, restons-en au monopole. Le consommateur lui-même est beaucoup moins bien protégé par le projet que par le monopole. MM. Brugger, Nietlispach et d'autres, se sont livrés à des commentaires sur le terrain de la régie des blés et les prix du marché mondial. Pendant trois années à peu près, il y a eu dans la presse des polémiques incessantes. On accusait l'administration des blés de vendre ces derniers au-dessus du prix moyen du marché mondial. Pendant plus de deux ans, nous nous sommes occupés de ce problème et chaque fois qu'on a fait préciser les choses, on s'est aperçu qu'on avait généralisé et qu'en réalité on s'était basé sur le prix d'un ou de deux jours. On avait profité d'une chute des prix pendant un ou deux jours, pour dire que l'administration des blés vend plus cher ses produits. Très souvent on a oublié de tenir compte des prix de transport. Très souvent on en a pris les prix à la bourse de Liverpool. On oubliait les prix de transport, les droits de douane, les autres frais. Ce dont nous sommes convaincus, après un examen objectif et serré de ce problème, c'est que l'administration des blés peut, grâce au jeu même du monopole, arriver à vendre le blé meilleur marché que le prix moyen mondial. L'administration peut, grâce à leur étendue, faire des opérations extrêmement avantageuses pour le consommateur. Voilà un fait certain. Ce dont nous sommes certains, d'un autre côté, c'est que lorsqu'il y a une crise de renchérissement, telle que celles qui sévissent lors des coups de bourse de New York et de Londres, c'est que l'administration, grâce à ses réserves, arrive à parer à ces hausses. Tandis que les prix avaient augmenté de 100 pour 100 en France, de 110 % aux Etats-Unis, la hausse n'atteignait que 50 % en Suisse.

M. Berthoud m'avait interrompu la dernière fois que j'ai parlé, en disant que j'avais tort de déclarer que ce que le peuple avait condamné, c'était l'intervention de l'Etat. Je n'ai pas dit « l'intervention de l'Etat », j'ai dit « les interventions ». Il y a une différence. Nous savons bien que pour encourager l'agriculture il fallait l'intervention de l'Etat. Ce n'est pas cela que le peuple a condamné. Ce sont les multiples interventions à l'intérieur de la vie économique de l'Etat. C'était non seulement les monopoles, mais aussi la bureaucratie, c'était l'Etat qui régit, l'Etat qui contrôle, l'Etat qui empêche la libre concurrence. Je ne dis pas que le monopole, en lui-même, comme monopole, n'a pas joué son rôle, il a joué même un rôle déterminant, parce que la différence a été très minime. Ce sont les interventions de l'Etat que l'on ne voulait pas admettre. M. Berthoud combat cette idée. Je ne peux pas le convaincre de la valeur de cet argument, mais il en a profité pour affirmer que dans le commerce on se laisse dominer par le scrupule. Il y a certainement des commerçants scrupuleux, je n'en doute pas. Mais il y a des exceptions remar-

quables, d'autant plus remarquables que pour être scrupuleux dans le commerce, il faut réagir contre des pressions incessantes et le commerçant scrupuleux est un surhomme, parce qu'il est forcé de réagir, je le répète, contre les nécessités de la concurrence et contre ce qui fait le jeu même de son rôle, contre toutes les occasions de faire une bonne affaire, même si elle est philanthropique en elle-même. Mais il y a des commerçants scrupuleux, je veux bien l'admettre; il y a des brigands scrupuleux; je connais un cambrioleur scrupuleux qui a beaucoup de sentiment et de générosité. Cela ne prouve rien; personne n'ose soutenir que le commerce n'a rien à voir avec les préoccupations de la conscience; mais je n'ai jamais, dans les conseils d'administration de grandes entreprises industrielles ou commerciales, entrevu cette monnaie: le scrupule de la conscience; il faut avoir un certain optimisme pour admettre cela.

M. Berthoud a dit tout à l'heure — c'est aussi une façon en somme d'argumenter —: « Après tout, puisque ce projet nouveau est inspiré d'esprit socialiste . . . (M. Berthoud: « Non! J'ai dit qu'il était plus rapproché de la doctrine socialiste que de la doctrine libérale. »)

J'admets cette formule. Mais, si elle est tout près du socialisme, elle s'en est inspirée, ou je n'y comprends rien. Mais je reprends cette formule; il nous a dit: « C'est une doctrine qui se rapproche de votre doctrine; acceptez-la donc, à moins, dit-il, que vous soyez décidés à jeter le trouble et la confusion dans les esprits! »

C'est une manière fort aimable de combattre quelqu'un. On lui dit: « Acceptez cela parce que, si vous ne l'acceptez pas, j'en conclurai que vous cherchez à jeter le trouble dans les esprits. » Alors même que je trouve ce projet mauvais, je suis forcé, pour ne pas accepter le jugement de M. Berthoud, pour ne pas être accusé de jeter le trouble dans les esprits, de dire: « J'accepte ce projet quand même je ne le trouve pas bon. »

C'est un marchandage politique que je n'accepte pas; je ne sais pas qui cherche à jeter le trouble dans les esprits en ce moment; je n'aime pas être de ceux-là, et je crois que nous avons pris une position claire et précise en disant: « Le monopole est l'occasion la plus favorable d'aider le producteur et le consommateur et il a l'avantage de limiter à sa plus simple expression l'intervention de l'Etat. » Voilà le terrain sur lequel nous nous plaçons; est-ce vraiment un terrain qui jette le trouble dans les esprits? Il faudrait alors que les esprits fussent bien faibles pour être troublés par des déclarations pareilles! C'est la limpidité absolue. Nous restons sur ce terrain, parce qu'il est supérieur à tout autre, parce que nous ne voulons pas entrer dans la voie des compromis où on jette peut-être le trouble dans les esprits et parce que c'est la route la plus heureuse pour le paysan, le consommateur et, en même temps, pour l'Etat.

Brügger: Ich habe die Pflicht, hier einen Vorwurf des Herrn Abt, der an die Adresse der Monopolgegner gerichtet war und dahin lautete: die Monopolgegner hätten einen lügenhaften Feldzug geführt, zurückzuweisen, weil er eine Beleidigung für viele Männer und Schweizerbürger bedeutet, die in guten Treuen und mit lauterem Motiven gehandelt haben. Daß meine Bemerkung betreffend die Strohindustrie

mir die Retourkutsche mit der Zementindustrie einbringen würde, war mir von vornherein klar. Ich habe aber in meiner Interpellation vom 14. Juni 1927 über die Kartelle meine Stellung in dieser Frage klar und lauter dargestellt. Wenn nun Herr Abt heute sein soziales Herz so öffentlich zur Schau trägt, so freut mich das. Im Grunde bin ich mit ihm einig, daß das der einzig wirksame Damm gegen links ist. Ich frage nur: War es immer so, Herr Abt? Aber schließlich ist ja im Himmel mehr Freude über die Bekehrung eines Sünders als über 77 Gerechte. (Zuruf: 99.)

M. Musy, conseiller fédéral: Quelques brèves remarques au sujet de la proposition de M. Graber et de certaines observations qui ont été faites.

Quest-ce que je dois penser du débat? Si je compare l'atmosphère qui régnait dans cette salle au lendemain du vote de décembre 1926 avec celle d'aujourd'hui, je dois tout de même constater une grande détente et une amélioration sensible.

Si M. Baumberger a été quelque peu déçu en comparant les débats d'Heiden avec ceux qui se déroulent ici en ce moment, j'en trouve l'explication dans le fait qu'à Heiden nous respirions l'atmosphère d'une commission qui examinait objectivement le projet, tandis que depuis lors, il y a eu la réunion du congrès socialiste. Fatalement, je n'en fais le reproche à personne, l'atmosphère politique se fait de nouveau sentir. Si, à Heiden, nous avons cru à un moment donné que nous allions manger ensemble la soupe de Kappel, il a fallu déchanter. Après le discours de M. Graber, je constate que nous sommes en présence d'une opposition qui s'annonce irréductible. Par conséquent, il faudra se résigner à combattre, à moins que d'ici là ne renaisse cette atmosphère d'Heiden. Personnellement, je le désire. Comme l'a dit M. Brügger, comme l'a dit également M. Baumberger, je souhaite que nous puissions mettre sous toit ce projet sans avoir à combattre l'opposition d'un grand parti politique.

Je n'ai pas pris au tragique le discours de M. Abt. Il a repris une série d'arguments connus. Il a répondu, comme il le fait toujours, avec esprit aux remarques qui ont été faites à son égard hier. Seulement, ce qui me console, c'est qu'il doit douter de la solidité de son argumentation, puisque, malgré tout, il va voter tout à l'heure avec nous. J'espère pour lui, et pour nous, que dans la campagne qui s'ouvrira prochainement, on ne se servira pas trop, contre le projet de solution sans monopole, des arguments qu'il a abondamment développés hier et aujourd'hui.

Je voudrais répondre en quelques mots aux remarques de M. Graber.

M. Graber a été très habile. Il a tiré le rendement maximum de la matière qu'il avait à traiter. Il s'est surtout arrêté à la question des prix. Je ne veux pas me faire d'illusions. Je sais que c'est dans cette direction que les adversaires de la solution sans monopole puiseront les arguments principaux en faveur de leur thèse. M. Graber est allé jusqu'à prétendre que la Confédération, achetant meilleur marché, pouvait vendre au-dessous du prix mondial. Je voudrais bien avoir le secret de cette opération. Comme chef du Département des finances, je m'en servais souvent. J'ai la conviction que si l'on pouvait me donner le secret de cette méthode de travail, je pourrais vous

apporter des résultats tout autres que ceux dont vous devez vous contenter. Que représentent les achats de la Confédération par rapport à la consommation totale? Si j'ai bonne souvenance, c'est deux ou trois pour cent de la totalité de la production. Comment voulez-vous exercer à la bourse de New-York une pression sur les prix avec des achats aussi minimes! Je sais bien — et en cela je suis d'accord avec les hommes de métier et avec l'administration des blés — que l'art d'acheter à bon compte consiste souvent à ne pas acheter de très grandes quantités, mais plutôt à prendre possession de soldes et à profiter de frêts avantageux. Lorsque, sur un bateau, il y a encore de la place disponible pour quelques milliers de tonnes, on peut obtenir des conditions plus favorables que pour une cargaison complète. L'argument invoqué tout à l'heure par M. Graber ne tient pas. Il est contraire à l'expérience pratique du commerce des céréales.

L'honorable M. Graber représente toute cette opération comme étant d'une simplicité extrême. Il croit que l'office des céréales câble directement à New-York: « Achetez tant de milliers de tonnes de blé! » Les choses ne se passent pas ainsi. L'administration des blés, ici à Berne, ne fait jamais ses achats directement. Elle passe par l'intermédiaire de commissionnaires. A ce propos, je dois faire remarquer que dans toute la mesure du possible, et je l'en félicite, elle a favorisé les anciennes maisons qui faisaient le commerce des céréales en Suisse, mais elle a aussi passé par des intermédiaires étrangers, lorsque les circonstances l'exigeaient. Croyez-vous que ces gens travaillent gratuitement? Ils demandent des commissions. Par conséquent, la situation actuelle, c'est l'achat pour le compte de la régie par intermédiaires payés.

Il y a un point sur lequel il me semble que l'on doit attirer spécialement l'attention du consommateur de pain, c'est le fait qu'un monopole ne subit jamais de pertes, ce qui n'est pas le cas pour le commerce privé. Lorsqu'il a acheté trop cher, si vous me permettez cette expression, il paie la casse. La bourse des blés oscille. Si malheureusement on achète à un moment où le blé est cher, le monopole qui doit travailler sans pertes — la formule qui est à la base de son exploitation le veut ainsi — ne pourra faire profiter le consommateur de la baisse future. Le commerce privé au contraire qui a acheté trop cher se trouvera en présence du concurrent qui n'a pas payé sa marchandise aussi cher et qui pourra, tout en faisant un bénéfice, la céder à un prix inférieur auquel devra se conformer celui qui a acheté trop cher, s'il ne veut pas risquer la mévente. Vous voyez donc que le rôle de la concurrence a pour effet d'obliger celui qui a payé trop cher à subir la perte. Il ne peut pas la transférer aux consommateurs, ce qui est le cas pour le monopole. Sur ce point encore, je crois que la solution sans monopole est avantageuse.

L'honorable M. Graber nous a dit: « Mes ces 10 millions que vous allez donner vous servent à acheter les agriculteurs. » J'ai entendu, lundi matin, le rapport présenté par l'honorable chef du Département de l'économie publique, M. le président de la Confédération Schulthess, sur les délibérations de la commission convoquée à Zurich pour examiner le projet d'un aide extraordinaire en vue d'atténuer la crise agricole. J'avais proposé un crédit à court

terme de 6 millions. Or, dans la commission, un représentant du parti socialiste a proposé de porter ce chiffre à 10 millions. C'est aller un peu loin. J'aurais été d'accord de la porter à 8. Ce fait me permet de constater que c'est vous-mêmes qui faites de la surenchère au profit des paysans. Ne nous adressez donc pas un reproche de ce genre. Je vous félicite de nous avoir aidé à faire accepter cette solution, mais je constate que vous voulez aujourd'hui m'entraîner trop loin. L'honorable M. Berthoud, dans un excellent discours, vous a dit tout à l'heure que ces 10 millions ne pourraient être reportés sur le consommateur. J'ai assisté à la séance de la Chambre de commerce suisse à Zurich, où ces questions ont été discutées. Il ne faut pas croire que tout le monde se soit précipité sur ces 10 millions en disant: « Nous revendiquons absolument le droit de les payer. » Les choses ne se sont pas passées ainsi. Le pour cent n'est quelquefois que d'un millième de la valeur des marchandises importées. Tout le monde a considéré qu'une telle proportion ne pouvait pas être reportée sur le consommateur.

L'honorable M. Graber disait hier que pour l'horlogerie, ces taxes pouvaient être très lourdes. J'ai procédé à des recherches et j'ai constaté, par exemple, que 100 kilos de cuivre payant 10 fr. auraient à supporter une taxe de 20 cts. Or, avec 100 kilos de cuivre, on fait 2000 montres. Ce chiffre m'a été indiqué hier par un industriel spécialiste dans cette fabrication. Comment voulez-vous que 20 cts. soient reportés sur un si grand nombre de pièces? Il est incontestable, comme ils l'ont d'ailleurs très bien compris, que ce sont les industriels qui supporteront ces frais, et je veux, Messieurs — puisqu'on a été ingrat à l'égard du geste qu'il a fait — remercier ici publiquement Monsieur le conseiller national Sulzer de son intervention, non seulement ici, mais à la Chambre de commerce où il a demandé qu'on accepte cela, de façon à faciliter la solution de ce grand problème du blé.

M. Graber, vous nous avez dit tout à l'heure: « On ne va pas doubler la culture en Suisse. » Pourquoi pas? Il fut un temps qui n'est pas très loin — M. Graber n'a jamais été à l'université, mais il lit beaucoup, je l'en félicite; il sait beaucoup de choses, c'est un autodidacte — où la Suisse couvrirait tous ses besoins en pain par la production indigène, à l'exception de quelques milliers de tonnes qui nous venaient d'Alsace. Si vous montez maintenant dans nos vallées alpestres, vous verrez très souvent au bord des ruisseaux que les meules de moulins n'existent plus. Quand on parle de la culture de l'orge, croyez-vous que ce soit une invention? Il y a eu dans les vallées alpestres une culture d'orge très développée autrefois; par conséquent, je ne vois pas pourquoi, en recourant à des moyens de culture perfectionnés, à la sélection de la semence que l'on est en train de faire dans les instituts subventionnés par l'Etat, on n'arriverait pas à augmenter, à développer cette culture.

« Cela coûtera », a dit M. Graber, « non pas 10, mais 20 millions. » Messieurs les agriculteurs, j'attire votre attention sur la suggestion de M. Graber: Quand ça vous coûtera trop cher, vous n'aurez qu'à réduire la prime à la mouture. Messieurs, je vous le répète ici, on n'a pas raisonné autrement ailleurs. Au Storthing de Suède, lorsque les socialistes ont proposé

le monopole, et ont réussi à le faire passer ainsi qu'en Norvège, au moment où l'on introduisait le monopole, on a supprimé la prime à la mouture et réduit en même temps les conditions d'achat. Par conséquent, là-bas, on a fait avant tout et surtout de cette question, non pas une question d'ordre économique — ce n'était pas le souci de venir en aide à l'agriculture qui était à la base de l'établissement du monopole, mais uniquement d'ordre politique.

Ne me reprochez pas d'avoir demandé hier que toute la question fût placée sur son véritable terrain. Je n'ai pas abaissé le niveau de la discussion en mettant le problème sur son véritable plan, c'est-à-dire sur le plan politique. A propos des moulins, encore un mot. Vous nous dites: On fait aux moulins une situation privilégiée. Qu'est-ce que nous imposons aux meuniers? Nous leur imposons la prise de livraison du blé indigène. Et ensuite? Nous les obligeons à contribuer à la constitution des réserves, comme l'a très bien dit M. Schär. Il y aura là par conséquent un moyen très intéressant. Les réserves peuvent être constituées chez les meuniers au lieu d'être emmagasinées dans les arsenaux de la Confédération. (M. Graber: Tout cela sera payé!)

Non. Il y a chez nous une règle de droit public — j'attire l'attention de M. Graber la-dessus: Vous n'avez pas été à la faculté de droit. Vous ne pouvez pas savoir cela. (Rires.) Lorsque, constitutionnellement, ou par la voie d'une loi, une obligation est imposée aux citoyens, elle est toujours gratuite, à moins que la loi ou la constitution ne fassent une exception, comme c'est le cas par exemple lors d'expropriations. (M. Graber: Ce travail des meuniers ne sera jamais gratuit. Je vous défie de l'obtenir gratuitement.)

Je parle, Messieurs, en considérant la jurisprudence suisse. Il est évidemment possible qu'au point de vue équité, l'on doive donner une indemnité. Si, par exemple, on oblige un meunier à construire un énorme hangar qui lui occasionnera des frais considérables, parce que le Département militaire, par exemple, estime qu'à tel endroit, sur tel point de notre territoire, il doit y avoir une réserve spéciale, il est possible que cela donne lieu, en équité, à une indemnité, mais la règle c'est que les dépôts qui seront constitués auprès des meuniers doivent l'être gratuitement, à moins que le contraire ne soit prévu dans la Constitution. Ces obligations, d'ordre national, appellent une certaine compensation.

D'autre part, M. Graber ne me contestera pas non plus, que le maintien de la meunerie soit une absolue nécessité. A quoi servirait notre grain si nous ne pouvions pas le réduire en farine? Il y a là une situation exceptionnelle sur laquelle j'attire votre attention. Le régime spécial que nous faisons aux meuniers n'est pas institué en considération de la sympathie que nous avons pour eux, mais pour des considérations d'ordre national.

M. Graber a parlé de politique. Il a discuté avec l'honorable M. Berthoud la question de savoir si le projet était socialiste ou non. Ce n'est pas un projet conforme à la doctrine de Manchester, ce n'est pas non plus un projet conforme à la doctrine socialiste. C'est un projet qui ne prévoit pas le monopole. Je tiens à attirer votre attention sur cette différence essentielle qui existe entre une solution avec et une solution sans monopole: avec le monopole tel qu'il

existe actuellement à titre provisoire, l'administration des blés achète pour le compte de la Confédération et revend 40,000 wagons de blé représentant une somme d'environ 140 millions, ce qui signifie par conséquent un mouvement de caisse de 250 millions. Le contrôle, dans une certaine mesure, peut être fait par le Département des finances, mais en réalité, toute cette politique administrative échappe au contrôle du Parlement. Et quand je vois, Messieurs, avec quelle minutie vous épilchez le budget, avec quelle minutie vous me disputez ici un poste de 1000 fr., là un poste de 500 fr., quelquefois même un poste de 100 fr., je me demande s'il est rationnel que dans une démocratie des opérations de cette envergure, allant jusqu'à un quart de milliard — à moins qu'il ne s'agisse de cas exceptionnels justifiés — échappent au contrôle parlementaire. Je vous pose la question. Je vous laisse le soin d'y répondre.

Si vous voulez connaître ma conception au point de vue économique, je vous dirai que je crois que c'est une erreur de remettre à l'Etat l'exploitation des activités économiques, surtout lorsque cette remise se fait dans la forme d'un monopole. Secondement, et je tiens à dire que sur ce point nous nous entendons avec M. Graber, je suis partisan de l'exercice de la liberté dans le respect des droits d'autrui garanti par le contrôle de l'Etat. Il est probable que c'est dans ce sens que j'avais parlé d'évolution. Puisque rien n'est immuable, et que tout se transforme, je souhaite que ce soit dans cette direction que notre évolution se fasse. Les grands arguments que nous opposerons à votre thèse seront surtout d'ordre politique et j'espère que par le vote qui interviendra sur ce programme, le peuple suisse manifesterà qu'il ne veut pas entrer dans la voie de l'étatisation où vous avez tenté de l'entraîner. (M. Graber: C'est M. Schulthess qui veut cela!)

Meyer-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit: Gestatten Sie mir, nach der reichlichen Diskussion noch einige Bemerkungen zu den gestellten Anträgen. Es ist von der Minderheit der Kommission der Antrag auf Nichteintreten gestellt worden. Das ist ein Antrag, der die reine Negation verkörpert. Dieser Antrag ist unmöglich. Die Bundesversammlung hat die Pflicht, sich mit der Initiative zu befassen, und der Bundesrat ist durch das Gesetz gehalten, diese Initiative dem Volke zur Abstimmung vorzulegen, sei es nun, daß die Bundesversammlung sich dazu ausspricht, oder daß sie keine Äußerung dazu abgibt. Aber ein Beschluß, wie ihn heute die Minderheit vorschlägt, einfach nicht einzutreten, ist eine Ungeheuerlichkeit, eine Unmöglichkeit. Wenn man nun überhaupt eine Logik in diesen Dingen noch finden will, dann kommt man auf den Antrag des Herrn Graber. Dieser ist soweit vernünftig, daß er zwar die Initiative behandeln und durch die Bundesversammlung zur Verwerfung empfehlen lassen will. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, die Initiative dem Volke vorzulegen. Aber der Antrag des Herrn Graber geht darauf hinaus, das vom Bundesrat vorgelegte, von der Kommission empfohlene Projekt, das Sie nun in der Detailberatung noch bereinigen sollen, zu streichen. Dafür will er dann eine Motion stellen, die den Bundesrat einladet, einen neuen Entwurf auf der Grundlage des Monopols vorzulegen. Man wird ja über den Antrag des Herrn Graber,

obwohl er eigentlich logisch zu den Nichteintretensanträgen gehört, nicht am Anfang abstimmen, sondern man wird ihn dem entgegenstellen, was der Nationalrat auf Grund der Vorlage des Bundesrates und der Kommission beschlossen haben wird. Die beiden Anträge gehören in die gleiche Kategorie. Der Antrag Graber will das, was hier an positiven Vorschlägen vorliegt, verwerfen.

Dann stünde man vor dem Nichts, dem Chaos, und man muß sich doch einen Moment vergegenwärtigen, wie es denn herauskäme, wenn wir hier sowohl die Initiative wie den Antrag des Bundesrates und der Kommission verwerfen und einfach wieder abwarten wollten, bis der Bundesrat eine Monopolvorlage vorlegt, bis ein Monopolkampf von neuem durchgeführt ist. Man muß doch bei der Beurteilung dieser Sachlage ein wenig auf die Geistesverfassung derer, denen man solche Vorlagen vorlegen will, der Masse des Volkes, Rücksicht nehmen. Vor einigen Monaten, es war im Jahre 1928, hat ein sozialdemokratisches Blatt geschrieben, daß der Kampf um das Getreidemonopol nur der Kampf um die Spekulationsgewinne von einigen Dutzend Getreidehändlern war. Das ist eine der vielen Ungereimtheiten und törichten Redensarten, die in jener Kampagne verübt worden sind. Der Mann aber, der im Jahre 1928 noch dergleichen Dinge schreibt, hat aus dem, was sich 1926 zugetragen, nichts gelernt. Im « Volksrecht » ist kurze Zeit nach der Abstimmung vom 5. Dezember 1926 ein Artikel eines prominenten Parteigenossen des Herrn Nobs erschienen. Ich sage eines prominenten Parteigenossen, obschon ich seinen Namen nicht kenne, denn das « Volksrecht » hätte diese Kapuzinerpredigt an die sozialdemokratische Partei nie aufgenommen, wäre nicht ein sehr hochgestellter Herr der sozialdemokratischen Partei dahinter gestanden. In diesem Artikel war der sozialdemokratischen Partei der Schweiz der Vorwurf gemacht worden, daß sie zwar eine Wahlpartei par excellence geworden sei, daß sie aber zu wenig Grundsätzlichkeit aufweise. In diesem Zusammenhang hat dieser Sozialdemokrat gesagt, die Herren möchten sich doch ein Beispiel an den bürgerlichen Gruppen nehmen, die jetzt vor kurzem den Kampf gegen das Monopol durchgeführt hätten. Diese hätten gesiegt, weil sie eben um Grundsätze gekämpft haben. Ich glaube, dieser Mann hat richtiger gesehen, als der erste, den ich zitiert habe. In der Tat, es waren Grundsätze, die die Monopolgegner leiteten, aber nicht die Grundsätze, von denen heute Herr Graber und Herr Bringolf und Herr Abt gesprochen haben. Die Herren haben uns unterschoben, daß wir von ganz andern Gesichtspunkten ausgegangen seien. Sie haben uns heute unsere Absichten verfälscht. Niemand unter den einsichtigen Gegnern des Monopols hat davon geträumt, daß wenn die Monopolvorlage gefallen sei, man einen absolut freien, von jeder Aufsicht und Kontrolle des Staates befreiten Verkehr mit Getreide und Mehl haben würde. Was die Monopolgegner nicht wollten, das war der Selbstbetrieb eines riskierten Weltmarktgeschäfts, das in die Hunderte von Millionen geht, durch den Staat. Aber was sie selber im Sinne hatten, und was sie mit der Initiative gezeigt haben, was sie nun auch durch ihre Zustimmung zum heutigen Entwurf des Bundesrates an den Tag gelegt haben, war, daß selbstverständlich die staatliche Aufsicht und

Kontrolle auch auf die mit der Brotversorgung verbundenen Geschäftszweige angewendet werden sollte.

Ich kann hier vollständig die trefflichen Worte unterschreiben, die Herr Berthoud und auch Herr de Rabours in dieser Richtung gesprochen haben. Wir wollen eben nicht diese sogenannte Vereinfachung, von der Herr Abt wieder gesprochen hat. Diese Vereinfachung würde nach ihm darin bestehen, daß der Bund das ganze Geschäft selbst betreibt und dann die Kontrolle auch noch ausübt. Diese Vereinfachung halten wir nicht für gut. Wir glauben, das sei auch nicht die Tendenz des ganzen Gesellschaftslebens, denn diese Tendenz geht auf Differenzierung und Teilung der Funktionen.

Ich halte es für fahrlässig, wenn man denen, die die Monopolvorlage bekämpft haben, solche Unterschiebungen macht, denn die Sache ist ja nicht so ganz ohne Vorläufer. Es gab einen andern Fall, der aufs Haar diesem Kampf um die Monopolvorlage bei der Getreideversorgung gleicht, der seinerzeitige Kampf gegen die Staatsbank bei der Schaffung eines zentralen Noteninstitutes. Damals bestand eine ähnliche Parteigruppierung. Auf der einen Seite die Monopoldoktrinäre, denen sich selbstverständlich heute wie damals die sozialdemokratische Partei zugesellte, auf der andern die Anhänger des heutigen Wirtschaftssystems. Als das Staatsbankprojekt gefallen war, da hat der Mann, der für unsere schweizerische Wirtschaftspolitik mehr als irgend ein anderer getan hat, Cramer-Frey, selber einen Entwurf vorgeschlagen, von dem Herr Bringolf auch sagen könnte, er enthalte monopolistische Bestandteile. Herr Graber und Herr Abt könnten auch finden, da sei etwas von Staatsmonopol enthalten. Es ist aber nicht das Monopol im gewöhnlichen Sinne, sondern eine Lösung ganz analog dem heutigen Vorschlag. Was die Gegner der Staatsbank nicht wollten, war der Betrieb des Bankgeschäfts durch den Staat und seine Bureaucratie, was sie taten, war die Verweigerung einer Kapitalbeteiligung des Bundes an der Nationalbank. Aber was die Gegner der Staatsbank selber verlangten, das war das Aufsichtsrecht des Bundes über dieses zentrale Noteninstitut. Beim zweiten Entwurf, auf dem heute die Nationalbank beruht, wurde nicht einmal das Referendum verlangt, auch nicht von den Sozialdemokraten. Vor zwei Jahren haben Sie das Privileg der Nationalbank um zehn Jahre verlängert, auf der heutigen Grundlage der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung, ohne daß die sozialdemokratische Partei der Schweiz einen Gegenantrag zu stellen gewagt hätte. So gut hat das Institut im nationalen Interesse funktioniert.

Wir verwahren uns also gegen diese Unterschiebungen, die uns gemacht werden. Es wäre konsequenter, vernünftiger und, wenn ich sagen darf, loyaler, wenn man das weitherzige Entgegenkommen der Gegner der Monopolvorlage, das sie heute beweisen, indem sie einer mit vielen Gebundenheiten gegenüber dem Staat versehenen Vorlage zustimmen, anerkennen, sich daran freuen würde, statt es herunterzureißen, wie das namentlich auch Herr Dr. Abt getan hat. Herr Dr. König hat in seinem schönen Votum den Monopolgegnern die Pflicht überbunden, nun auch dafür zu sorgen, daß diese neue Vorlage zur Annahme gelangt. Wenn sie das mit Recht von den Monopolgegnern verlangen, dann mögen die Herren Dr. König und seine Freunde von der Bauern-

partei dafür sorgen, daß nicht in ihrer eigenen Partei vor der Abstimmung eine Kritik erhoben wird, wie sie hier Herr Dr. Abt uns vorgeführt hat. Ich betone: Grundsätze haben die Gegner der Monopolvorlage geleitet, wie wir das übrigens auch den sozialdemokratischen Anhängern des Monopols zubilligten und heute zubilligen.

Nun stellen Sie sich aber vor, was durch den Antrag der Minderheit oder durch den Antrag Graber kommt. Abermals soll heraufbeschworen werden dieser Monopolkampf, dieser grundsätzliche Kampf über Monopol oder Nichtmonopol im Schweizervolk, ein Kampf, der voraussichtlich ebenso leidenschaftlich geführt werden wird wie im Jahre 1926. Als der Bundesrat in seiner Botschaft vom Mai 1924 mit den dringendsten Ausdrücken uns, das Parlament, beschwor, zur monopolfreien Lösung zu helfen, um der Landwirtschaft die Postulate, die sie gestellt hatte, zu sichern, da hieß es, daß neben der grundsätzlichen Erwägung, die in jener Botschaft scharf und klar ausgedrückt ist, die Erwägung enthalten war, daß auf der Grundlage der monopolfreien Lösung ein Werk der Verständigung geschaffen werden könne, und daß die Einführung des Monopols einen leidenschaftlichen Kampf mit ungewissem Ausgang rufen werde. Es ist jammerschade, daß die staatspolitische Einsicht, die aus diesen goldenen Worten spricht, jemals verlassen worden ist, vom Bundesrat und von der Bundesversammlung. Aber nachdem man nun in mühsamen Beratungen die Landwirtschaft und die Konsumenten wieder zusammengebracht hat, soll abermals nach den Anträgen der sozialdemokratischen Gruppe und des Herrn Graber ein Kampf um das Monopol, dieser grundsätzliche Kampf, von neuem beginnen. Diesem unbegrenzten Kampfwillen gegenüber muß ich sagen: Ich habe, wie wohl mit Ausnahme des Herrn Dr. Abt alle Angehörigen der bürgerlichen Parteien, Freude empfunden über die bürgerliche Einigung, und ich hätte mich heute mit dem Vertreter des Bundesrates gefreut, wenn es möglich gewesen wäre, in diesen Getreidefrieden die sozialdemokratische Partei einzubeziehen.

Herr Nobs hat sich in der Kommission beschwert, daß wir dieser Absicht der Sozialdemokraten in der Kommissionssitzung von Heiden nicht Gerechtigkeit angedeihen ließen. Ich habe nicht zu denen gehört, die diese Absicht irgendwie als Manöver taxiert hatten. Ich glaube, es sei den Herrn ernst mit diesem Antrag und ich hätte mich glücklich geschätzt, wenn die Einigung möglich gewesen wäre. Aber ich glaube, die Probleme, die in diesen Anträgen des Herrn Reinhard aufgeworfen worden sind, sind derart weittragend, daß sie noch sehr der Abklärung bedürfen und vor allem, daß sie hineingehören in eine Kartellgesetzgebung, deren Inhalt man in aller Ruhe und in eingehender Diskussion zur Abklärung gelangen lassen muß, bevor er in die Verfassung aufgenommen werden darf. Der Landwirtschaft würde nun statt der Sicherung der in der heutigen Lage absolut notwendigen Hilfe ein neuer politischer Kampf geboten, wirklich Steine statt Brot, und Ende Juni 1929 stände sie vor dem Nichts in der Frage des Getreidebaues. Die Rückwirkung auf die Volkswirtschaft kann man sich denken.

Könnte man es, könnten es die Sozialdemokraten verantworten, eine Verlängerung des Provisoriums, das wir zweimal schon verlängert haben, noch weiter

zu beschließen? Sie erinnern sich an jene Spannung im Dezember 1926, als man zum erstenmal von der Verlängerung des Provisoriums sprach. Da hat ein sozialdemokratisches Blatt, der «Aufbau», geschrieben: «Man redet von einer provisorischen Weiterführung der bestehenden Ordnung, die vom Volk abgelehnt worden ist. Man redet von Zufallsentscheid. Aber es ist an diesem Volksentscheid nicht zu rütteln; das Monopol ist begraben, und eine folgende Abstimmung würde kein anderes Bild ergeben, schon wegen der Zwängerei nicht, bestand doch schon heute ein großer Teil der Ja-Stimmenden nicht aus grundsätzlichen Monopolfreunden, sondern stimmten viele doch nur wegen der Getreidesubvention dafür. Es wird sich bald zeigen», heißt es zum Schluß in diesem sozialdemokratischen Blatt mit der Unterschrift des Herrn Pfarrers Gerber in Langenthal, «wieviel ein Volksentscheid bei uns noch gilt.» Also im Jahre 1926 hat man in sozialdemokratischen Kreisen schon gefunden, diese provisorische Verlängerung sei eigentlich nicht ganz nach unserem schweizerischen Staatsrecht. Es könnte ihm mit all der großartigen Disziplin in der Partei passieren, daß ihnen schließlich nicht alle Ihre Parteianhänger Gefolgschaft leisten. (**Schneider**: Wären Sie auf den Parteitag gekommen!) Von dem werde ich auch gerade noch sprechen. Der Effekt wäre jedenfalls der, daß außer dem momentan eintretenden politischen und wirtschaftlichen Chaos, das Sie auf Ende Juni 1929 herbeiführen werden, eine gewaltige Verzögerung in der Lösung der Getreideversorgung eintreten würde, und mit dieser Verzögerung erlitte eine peinliche Hinausschiebung auch die Frage der Alkoholordnung und die Finanzierung der Altersversicherung. Auf eine solche Verzögerung ließe auch der Vorschlag Dr. Abts heraus, der der Kommission zumutet, sie solle nun vom Bundesrat zunächst einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Entwurf für das Ausführungsgesetz verlangen. Wir haben das zwar auch schon gemacht, aber lange nicht in allen Fällen, und dieses Verlangen ist nicht billiger und gerechtfertigter als an irgendeinem andern Orte. Wir haben das in unserem Verfassungsrecht noch nicht als Regel aufgestellt, und ich glaube im Sinne der Mehrheit der Kommission zu sprechen, wenn ich die Interessen des Standes, den Herr Dr. Abt hier vertritt, gegen die Verzögerungstendenz, die in seinem Vorschlag liegt, in Schutz nehme.

Und nun, glauben Sie, daß der Ausgang eines neuen Monopolkampfes weniger ungewiß sein werde, als es der Bundesrat in der Botschaft von 1924 prophezeit hat? Ich will ein sozialdemokratisches Blatt, die St. Galler Volksstimme, zitieren, da heißt es: «Wenn auch die neue Vorlage abgelehnt wird — eben die, die nun die Herren durch die Nichteintretensanträge bodigen wollen —, dann hängt mit dem Aufhören des Provisoriums die Getreideversorgung in der Luft. Eine Initiative für die dauernde Erhaltung des Monopols hätte aber geringe Aussichten auf Annahme.» Merkwürdig, wie diese Ansicht in Uebereinstimmung ist mit dem Sozialdemokraten im «Aufbau».

Nun hat Herr Schneider mich an den sozialdemokratischen Parteitag erinnert. Gestatten Sie mir, daß ich zum Schluß auch davon spreche. Die Herren, die Mitglieder unserer Kommission waren und der sozialdemokratischen Partei angehören, haben

sich am Parteitag wegen ihres Vorschlages in der Kommission einigermaßen rechtfertigen, verteidigen müssen, dafür, daß sie so durchblicken ließen, daß sie unter Umständen für einen Waffenstillstand zu haben wären, wenn wir auf ihre Anträge eingingen. Es war die Frage gestellt worden, ob die Sozialdemokratie es einfach bewenden lassen solle bei ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen das Monopol oder ob sie darüber hinaus Abänderungsanträge stellen solle zum Schutz der Konsumenten. Da hat man sich für dieses Letzte entschieden, und wie Herr Huggler, der das Referat gehalten hatte, beifügte: weil mit der Annahme der Vorlage gerechnet werden müsse. Daraus sehen Sie allein schon, daß jedenfalls im grundsätzlichen Kampf, in den Sie das Schweizervolk hineinhetzen wollen, der Ausgang noch lang nicht gewiß wäre. Und einem Bericht über den Parteitag zufolge, den ich erhalten habe, der aber nicht publiziert worden ist, und bei dem ich mich zum voraus entschuldigen muß, wenn etwa ein Wort nicht genau so wiedergegeben sein würde, wie es gesprochen worden ist, hat Herr Schmid-Olten, unser Kollege in der nationalrätlichen Kommission, darauf hingewiesen, daß man am 30. Juni 1929 mit dem Aufhören des Monopols allem ausgeliefert wäre. Und dann fuhr er fort: «Da man im Verein mit den Monopolfreunden nicht gesiegt hat, — er meint die Abstimmung vom 5. Dezember 1926 — ist der Erfolg einer Verfassungsinitiative so gut wie ausgeschlossen.» Dann bemerkt er, wenn ich richtig berichtet bin: «Wir würden 40—50,000 Fr. opfern, nur um das Monopol noch mehr zu vergraben, als es schon vergraben ist.» Mit diesen Aussichten wollen Sie den neuen Kampf eröffnen!

Wenn das richtig ist, was ich hier aus dem sozialistischen Parteitag mitgeteilt habe, dann glaube ich, wird der Nationalrat mit der Ablehnung des Antrages Graber nicht nur den Bevölkerungskreisen, die die sozialdemokratischen Mitglieder vertreten, ebenso wie den übrigen Bevölkerungsschichten einen großen Dienst, sondern auch den Herren selbst hier im Saale einen Gefallen erweisen. Ich beantrage Ihnen also Eintreten.

M. Fazan, rapporteur: Je n'ai rien à ajouter aux considérations si excellemment exposées par M. le président de la commission. Je tiens seulement à constater que la discussion générale ne nous a en somme rien apporté de nouveau que nous n'ayions déjà entendu et largement commenté au cours des séances de la commission. Il ne me reste donc qu'à vous renouveler notre invitation de voter l'entrée en matière, mais, je voudrais préciser, je le fais sans arrière-pensée, ceci malgré l'allusion faite hier par M. le conseiller fédéral Musy, concernant mes sentiments à l'égard du monopole, ainsi que celle de notre honorable collègue M. Graber qui m'a accusé de soutenir le projet comme la corde soutient le pendu. Il m'a simplement paru nécessaire de justifier ici l'attitude de ceux qui ont défendu énergiquement le projet de monopole et qui, aujourd'hui, acceptent le nouveau projet du Conseil fédéral. J'estime que l'on n'a pas le droit de nous accuser d'avoir changé notre fusil d'épaule. Ce n'est point le cas. Nous nous sommes simplement adaptés à une situation nouvelle et nous avons par là manifesté notre respect du verdict populaire du 5 décembre 1926.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	101 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	39 Stimmen

Präsident: Nachdem Eintreten beschlossen ist, beantrage ich Ihnen, den Gegenentwurf des Bundesrates erst zu beraten.

Zustimmung. — Adhésion.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 19. September 1928.
Séance de relevée du 19 septembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 746 hievor. — Voir page 746 ci-devant.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Art. 1, Ziff. 2, Ingress und Art. 23bis, Abs. 1. —
Art. 1^{er}, chiff. 2, préambule et Art. 23bis, al. 1^{er}.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Zum Ingreß unter 2 habe ich keine Bemerkungen zu machen. Was nun den Entwurf des Bundesrates zum Art. 23bis in Al. 1 betrifft, so sehen Sie dort die Pflicht des Bundes umschrieben, für genügende Getreidevorräte zu sorgen. In der früheren Vorlage war eine Bestimmung hierüber nicht enthalten; aber stets hat man im Auge gehabt, daß dem Bunde diese Pflicht zur Haltung genügender Lagervorräte obliege. Die Höhe soll bestimmt werden durch das Ausführungsgesetz.

Es ist in der Kommission die Frage gestellt worden, ob hier nicht eingefügt werden solle: «Er kann die Müller verpflichten, unentgeltlich Getreide zu lagern, und die Getreidevorräte zwecks Auswechslung zu übernehmen.» Dazu ist zu sagen, daß es allerdings die Meinung hat, daß im Grundsatz diese Mitwirkung der Müllerei in der Lagerhaltung und in der Aus-

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

wechslung ohne Entschädigung statthaben soll, wenigstens soweit als der verfügbare Raum der Müllerei-etablissemments dies zuläßt. Es ist in Aussicht gestellt worden, daß bis zum Betrage von 4000 Wagen der Raum hierfür genüge. Sollte man aber den Müllern gegenüber die Forderung erheben, daß sie bauliche Neuanlagen zu erstellen haben, so wird jedenfalls eine Entschädigung durch den Bund nicht umgangen werden können. Aber auf Grund dieser Erwägungen hat die Kommission nicht für nötig befunden, das Wort «unentgeltlich» in Al. 1 einzusetzen. Ich beantrage Ihnen Annahme.

M. Fazan, rapporteur: Cette première partie du projet n'exige guère de commentaires. Cependant, la Commission s'est demandée s'il n'était pas nécessaire de préciser que l'emmagasinage du blé de réserve par les meuniers ne comporterait pas de rétribution. Mais le représentant du Conseil fédéral a fait remarquer que cette précision n'était pas nécessaire, étant donné qu'en droit public, il y a présomption de gratuité pour les obligations imposées aux particuliers par l'Etat. Mais il va sans dire que, si ensuite de circonstances imprévues, la Confédération imposait aux meuniers des frais importants, en particulier des constructions nouvelles, il leur serait accordé une équitable indemnité.

Quant à l'importance des réserves et à la part de celles-ci qui sera logée dans les moulins, la Commission estime qu'elle doit être fixée par la loi. Il en est de même pour les conditions d'achat par les meuniers du blé provenant des réserves au fur et à mesure des nécessités de renouvellement.

La Commission vous propose donc d'adopter ce premier alinéa tel qu'il est présenté par le Conseil fédéral.

Angenommen. — Adopté.

Abs. 2. — Al. 2.

Antrag der Kommission.

Der Bund fördert den Anbau von Brotgetreide im Inland, insbesondere die Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes, und unterstützt die Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgsgegenden. Er übernimmt gutes, mahlfähiges Inlandgetreide zu einem Preis, der den Getreidebau im Inland ermöglicht. Die Müller können verpflichtet werden, das vom Bund erworbene Inlandgetreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen.

Proposition de la commission.

La Confédération encourage la culture des céréales panifiables, elle favorise la sélection et l'acquisition de semences suisses de qualité et accorde, en tenant particulièrement compte des régions de montagne, une aide au producteur cultivant le blé pour ses propres besoins. Elle achète le blé indigène de bonne qualité, propre à la mouture, à un prix qui en permet la culture dans le pays. Les meuniers peuvent être tenus d'acquérir le blé pris en charge par la Confédération sur la base de sa valeur marchande.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Das Al. 2 handelt von der Unterstützung der Landwirtschaft. Ich

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.09.1928
Date	
Data	
Seite	746-769
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 452

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	101 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	39 Stimmen

Präsident: Nachdem Eintreten beschlossen ist, beantrage ich Ihnen, den Gegenentwurf des Bundesrates erst zu beraten.

Zustimmung. — Adhésion.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici, le débat est interrompu.)

Nachmittagssitzung vom 19. September 1928.
Séance de relevée du 19 septembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 746 hievor. — Voir page 746 ci-devant.)

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.

Art. 1, Ziff. 2, Ingress und Art. 23bis, Abs. 1. —
Art. 1^{er}, chiff. 2, préambule et Art. 23bis, al. 1^{er}.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Zum Ingreß unter 2 habe ich keine Bemerkungen zu machen. Was nun den Entwurf des Bundesrates zum Art. 23bis in Al. 1 betrifft, so sehen Sie dort die Pflicht des Bundes umschrieben, für genügende Getreidevorräte zu sorgen. In der früheren Vorlage war eine Bestimmung hierüber nicht enthalten; aber stets hat man im Auge gehabt, daß dem Bunde diese Pflicht zur Haltung genügender Lagervorräte obliege. Die Höhe soll bestimmt werden durch das Ausführungsgesetz.

Es ist in der Kommission die Frage gestellt worden, ob hier nicht eingefügt werden solle: «Er kann die Müller verpflichten, unentgeltlich Getreide zu lagern, und die Getreidevorräte zwecks Auswechslung zu übernehmen.» Dazu ist zu sagen, daß es allerdings die Meinung hat, daß im Grundsatz diese Mitwirkung der Müllerei in der Lagerhaltung und in der Aus-

Nationalrat. — Conseil national. 1928.

wechslung ohne Entschädigung statthaben soll, wenigstens soweit als der verfügbare Raum der Müllerei-etablissemments dies zuläßt. Es ist in Aussicht gestellt worden, daß bis zum Betrage von 4000 Wagen der Raum hierfür genüge. Sollte man aber den Müllern gegenüber die Forderung erheben, daß sie bauliche Neuanlagen zu erstellen haben, so wird jedenfalls eine Entschädigung durch den Bund nicht umgangen werden können. Aber auf Grund dieser Erwägungen hat die Kommission nicht für nötig befunden, das Wort «unentgeltlich» in Al. 1 einzusetzen. Ich beantrage Ihnen Annahme.

M. Fazan, rapporteur: Cette première partie du projet n'exige guère de commentaires. Cependant, la Commission s'est demandée s'il n'était pas nécessaire de préciser que l'emmagasinage du blé de réserve par les meuniers ne comporterait pas de rétribution. Mais le représentant du Conseil fédéral a fait remarquer que cette précision n'était pas nécessaire, étant donné qu'en droit public, il y a présomption de gratuité pour les obligations imposées aux particuliers par l'Etat. Mais il va sans dire que, si ensuite de circonstances imprévues, la Confédération imposait aux meuniers des frais importants, en particulier des constructions nouvelles, il leur serait accordé une équitable indemnité.

Quant à l'importance des réserves et à la part de celles-ci qui sera logée dans les moulins, la Commission estime qu'elle doit être fixée par la loi. Il en est de même pour les conditions d'achat par les meuniers du blé provenant des réserves au fur et à mesure des nécessités de renouvellement.

La Commission vous propose donc d'adopter ce premier alinéa tel qu'il est présenté par le Conseil fédéral.

Angenommen. — Adopté.

Abs. 2. — Al. 2.

Antrag der Kommission.

Der Bund fördert den Anbau von Brotgetreide im Inland, insbesondere die Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes, und unterstützt die Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgsgegenden. Er übernimmt gutes, mahlfähiges Inlandgetreide zu einem Preis, der den Getreidebau im Inland ermöglicht. Die Müller können verpflichtet werden, das vom Bund erworbene Inlandgetreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen.

Proposition de la commission.

La Confédération encourage la culture des céréales panifiables, elle favorise la sélection et l'acquisition de semences suisses de qualité et accorde, en tenant particulièrement compte des régions de montagne, une aide au producteur cultivant le blé pour ses propres besoins. Elle achète le blé indigène de bonne qualité, propre à la mouture, à un prix qui en permet la culture dans le pays. Les meuniers peuvent être tenus d'acquérir le blé pris en charge par la Confédération sur la base de sa valeur marchande.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Das Al. 2 handelt von der Unterstützung der Landwirtschaft. Ich

denke, Sie haben schon aus der bisherigen Diskussion ersehen, daß man auf allen Seiten über das, was der Bund hier tun soll, vollständig einig ist. Es ist beabsichtigt, den einheimischen Getreidebauern die Preisgarantie zu gewähren, einen Ueberpreis, der den lohnenden Anbau im Inlande gestattet. Dann ist selbstverständlich, daß der Bund die Abnahmepflicht für das inländische Getreide übernimmt. Weiter hat er die Mahlprämie auszurichten, und endlich soll er die Landwirtschaft dadurch fördern, daß er auch die technische Getreidewirtschaft unterstützt.

Gegenüber dem Beschluß des Ständerates ist die Vorlage, wie sie aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen ist, in zwei Punkten vervollständigt. Der eine Punkt ist der, daß ganz ausdrücklich die Förderung der Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes im Verfassungsartikel aufgeführt wird. Man hatte schon bei der Beschlußfassung des Ständerates die Meinung, daß sich die Pflicht des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft auch hierauf erstrecken solle. Endlich hat man hier gegenüber dem Beschlusse des Ständerates noch die besondere Berücksichtigung der Gebirgsgegenden hereingenommen. Was darunter zu verstehen ist, werden Sie heute in der allgemeinen Debatte z. B. aus dem Votum des Herrn Vonmoos entnommen haben, der dem Bundesrat ans Herz gelegt hat, in der Bestimmung der Mahlprämie besondere Rücksicht auf die Gebirgsgegenden zu nehmen. Ich möchte Ihnen die Annahme des Al. 2 in der neuen Fassung empfehlen.

M. Fazan, rapporteur: La première phrase du 2^e alinéa fixe le principe de la protection de la culture des céréales. Nous ne reviendrons pas sur ce point qui a été abondamment commenté au cours de la discussion générale. Il est entendu que cette protection comprend non seulement la culture proprement dite, mais l'encouragement à tout ce qui peut développer, par la technique culturale, la quantité et la qualité du grain.

Mais sur la demande expresse des représentants de l'agriculture et plus spécialement des associations de sélectionneurs, la commission vous propose une adjonction à cet alinéa. Cette adjonction a pour but de préciser que l'encouragement prévu sera aussi accordé à la sélection et à la production de semences indigènes de qualité.

Depuis le début de la période de guerre, nos établissements fédéraux d'essais et de contrôle de semences, aidés par les associations de sélectionneurs, ont accompli une oeuvre magnifique d'amélioration des céréales. D'innombrables essais ont été entrepris et se continuent encore; une sélection judicieuse poursuivie durant plus de 20 ans nous a permis d'obtenir toute une série de blés et de seigles à gros rendements, parfaitement adaptés aux divers sols et aux divers climats du pays. Des essais de panification ont déterminé exactement la valeur de chaque espèce et nombre d'entre elles supportent parfaitement la comparaison avec les blés étrangers. Mais pour maintenir cette culture au niveau des exigences actuelles et pour accentuer encore cette marche en avant, il est indispensable de protéger efficacement nos semences du pays contre la concurrence étrangère. Concurrence néfaste, car les

semences étrangères, non acclimatées mais bon marché, tentent facilement nos paysans auxquels elles réservent de désagréables surprises. Sous le régime du monopole et sous sa protection, on est arrivé à améliorer considérablement nos semences du pays. Mais elles coûtent cher, car leur prix de revient est élevé; c'est pourquoi la Confédération les subventionne à raison de 6 fr. les 100 kg, ce qui permet d'en réduire sensiblement le prix de vente aux cultivateurs. Mais c'est loin d'être suffisant pour lutter contre le prix des semences étrangères qui afflueront sur le marché une fois le monopole supprimé. Il faudra donc augmenter cette subvention afin de réduire le prix de vente des semences indigènes de telle façon que le paysan ne soit plus tenté d'acheter celles du dehors.

C'est le seul moyen efficace pour obtenir le but cherché. Au Conseil des Etats, M. Moser a proposé le monopole d'importation des semences, mais ce moyen ne nous paraît pas efficace, car il ne serait pas possible de distinguer le blé de semences de celui destiné à l'alimentation, d'autant moins que ces blés sont importés bruts et sont nettoyés et triés dans le pays. Si donc l'on ne veut pas risquer d'annihiler tous les efforts et tous les sacrifices consentis jusqu'à ce jour dans ce domaine par la Confédération et par les cultivateurs, il faut prendre les mesures qu'exigent les circonstances par l'introduction des dispositions nécessaires dans l'article constitutionnel.

La commission, d'accord avec le Conseil fédéral, vous propose donc d'introduire au 2^e alinéa une adjonction dans ce sens et de lui donner la forme suivante: « La Confédération encourage la culture des céréales panifiables, elle favorise la production et l'acquisition de semences de qualité et accorde une aide aux producteurs cultivant le blé pour leurs propres besoins. »

Sous réserve de cette adjonction, la Commission vous propose d'adopter ce 2^e alinéa; modifié encore par une autre petite adjonction qui consiste à préciser qu'il sera tenu compte particulièrement des régions de montagne en ce qui concerne l'encouragement de la culture des céréales, ce qui veut dire que nous maintiendrions le système actuel accordant un supplément de prime de mouture pour le blé cultivé dans les régions montagneuses.

Angenommen. — Adopté.

Abs. 3. — Al. 3.

Antrag der Kommission.

Der Bund trifft die notwendigen Maßnahmen für die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes; desgleichen sorgt er für die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten. Zu diesem Zwecke beauftragt er im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot. Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehles durch Maßnahmen an der Grenze; er behält sich das ausschließliche Recht vor, Backmehl einzuführen. Der Bund gewährt nötigenfalls den Müllern Erleichterungen auf den Transportkosten im Innern des Landes. Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, eine Ausgleichung der Mehlpreise herbeizuführen.

Proposition de la commission.

La Confédération prend les mesures nécessaires au maintien de la meunerie nationale; elle sauvegarde également les intérêts des consommateurs de farine et de pain. A cette fin elle surveille, dans les limites de ses attributions, le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain. La Confédération prend les mesures douanières nécessaires pour régler l'importation de la farine panifiable; elle se réserve le droit exclusif d'importer ce produit. La Confédération accorde, en cas de besoin, des facilités aux moulins afin de réduire leurs frais de transport à l'intérieur du pays. Elle prendra des mesures propres à égaliser les prix de la farine en faveur des régions de montagne.

Antrag Reinhard

vom 17. September 1928.

... Backmehl und Brot; er erklärt durch die zuständigen Behörden Preisabreden und andere den Konsumenten schädliche Abmachungen im Getreidehandel, im Müllerei- und Bäckereigewerbe als ungültig, wenn sie nicht nachweisbar durch die Selbstkosten begründet sind. Der Bundesrat regelt ...

Amendement Reinhard

• du 17 septembre 1928.

... le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain; elle déclare nulles, par l'organe des autorités compétentes, toutes conventions préjudiciables aux consommateurs qui sont conclues dans le commerce du blé, la meunerie et la boulangerie, à moins qu'il ne soit établi qu'elles sont nécessitées par les frais de production. La Confédération prend les mesures douanières ...

Antrag Schmid-Zürich

vom 17. September 1928.

... der Brot- und Mehlkonsumenten durch eine entsprechende Preiskontrolle. Er beaufsichtigt den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot. Für den Getreidehandel, die Müllerei und das Bäckereigewerbe besteht dem Bunde gegenüber die Auskunftspflicht. Der Bund regelt ...

Amendement Schmid-Zürich

du 17 septembre 1928.

... des consommateurs de farine et de pain par un contrôle des prix. Elle surveille le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain. Les meuniers et les boulangers sont tenus de répondre aux demandes de renseignement des organes de la Confédération. Celle-ci prend les mesures douanières ...

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Mit dem Al. 3 kommen wir zu den Bestimmungen, die in der Kommission weitaus am meisten zu reden gegeben haben. Das ist der Punkt, wo ja die Aussicht auf eine allgemeine Einigung einen Moment lang eingetreten ist. Sie werden sehen, daß der Wortlaut gegenüber dem Beschlusse des Ständerates fast gänzlich verändert ist.

Das Al. 2 handelt vom Schutze der Müllerei auf der einen Seite und vom Schutze der Konsumenten auf der andern. An den Anfang gestellt ist die Auf-

gabe des Bundes, die Müllerei zu schützen. Sie wissen, daß der Müllerei bedeutende Lasten auferlegt werden, die ihr die Konkurrenz gegenüber dem Auslande so beträchtlich erschweren würden, daß eine Gefahr bestünde, dieses Gewerbe könne sich nicht halten. Die Müller haben das Inlandgetreide anzunehmen und zu vermahlen. Sie haben ihre Mitwirkung zu leihen bei der Lagerung und bei der Auswechslung der Vorräte. Die Mittel des Schutzes für die Müllerei sollen bestehen in Maßnahmen an der Grenze und sodann in dem Recht der ausschließlichen Einfuhr, das sich der Bund reserviert.

Daneben die Garantie für den Schutz der Konsumenten. In der Ihnen vorliegenden Fassung ist diese Aufgabe im Gegensatz zu früheren Texten als selbständige Aufgabe neben dem Schutze der Müllerei dem Bunde übertragen. Sie sehen auch die Mittel für diesen Schutz der Konsumenten, nämlich die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Brotgetreide, Backmehl und Brot.

Nun ist aber wohl zu beachten, daß für den Schutz der Konsumenten auch noch eine Maßnahme in Betracht kommt, nämlich diejenige, die gleichzeitig auch dem Schutze des Müllereigewerbes dienen soll, das Recht des Bundes auf die Einfuhr des Backmehls. Das ausschließliche Recht, das der Bund sich vorbehalten kann, hat also zwei Seiten. Sofern der Bund zu diesem Mittel greift und sich nicht mit zollpolitischen Maßnahmen begnügt, um die Müllerei zu schützen, besteht es in der Regel in der Mehlsperre, dem Zustand, den wir heute bereits haben. Dadurch wird die Müllerei in den Stand gesetzt, sich gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu halten. Aber indem nun dieses Recht der ausschließlichen Mehleinfuhr dem Bundesrat verliehen wird, hat er auch eine Waffe, um preisregulierend im Inlande zu wirken. Wenn er einmal beginnt, Backmehl einzuführen; wird es ihm dadurch möglich sein, den Inlandsmarkt für Backmehl sehr maßgebend zu beeinflussen. Das ist, wie Sie in der allgemeinen Beratung ja gehört haben, eine zweifellos sehr wirksame Waffe zugunsten der Konsumenten. Es ist, wie es ein Votant genannt hat, das Damoklesschwert, das über der Müllerei hängt. Der Konsumentenschutz ist dadurch vervollständigt, daß eine besondere Berücksichtigung der Gebirgsgegenden in Aussicht gestellt wird. Diese besondere Berücksichtigung soll statthaben zum Zwecke eines Preisausgleiches.

Nun sind zum vorliegenden Wortlaut verschiedene Abänderungsanträge gestellt worden. Ich möchte es den Antragstellern überlassen, sie zu begründen; aber ich möchte noch eine Bemerkung zum Texte machen. Im vorliegenden Wortlaut heißt es: «Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehls durch Maßnahmen an der Grenze; er behält sich das ausschließliche Recht vor, Backmehl einzuführen.» Der letzte Antrag des Bundesrates hat gelautet: «Der Bund regelt die Einfuhr in Backmehl durch Maßnahmen an der Grenze» (diese Hälfte des Satzes ist also gleichlautend). Dann fuhr er fort: «Er kann sich das Recht vorbehalten, das Backmehl einzuführen.» In der Kommission sind nun Anträge gestellt worden, um diesen Text zu ändern und zu sagen: «Er behält sich das Recht vor, das Backmehl einzuführen.» Es handelt sich aber hier um ein alternatives Recht, das dem Bunde verliehen werden soll. Der Bund kann entweder zollpolitische Maßnahmen an der Grenze ergreifen,

um die Müllerei zu schützen, er kann sich aber auch das Recht vorbehalten, das Backmehl einzuführen. Um diese Alternative zum Ausdruck zu bringen, ist der Text: « Der Bund kann sich das Recht vorbehalten . . . » dem Sinne nach richtiger. Ich möchte Ihnen daher, ohne daß ich dafür die Vollmacht der Kommission hätte, aber nach Rücksprache mit einzelnen Kommissionsmitgliedern und im Einvernehmen mit dem Herrn Vorsteher des Finanzdepartementes, beantragen, den Text, wie er vom Bundesrate vorgeschlagen wurde, in diesem Satze wieder herzustellen. Im übrigen wollen wir die Begründung der Anträge gewärtigen, die in Aussicht gestellt worden sind.

M. Fazan, rapporteur: Votre Commission a longuement discuté ce 3^e alinéa. La première partie, en particulier, a abondamment alimenté la discussion; le projet du Conseil fédéral, adopté par le Conseil des Etats, ne donnait pas satisfaction à nos collègues socialistes pour ce qui concerne la protection des consommateurs contre les manoeuvres spéculatives éventuelles du commerce des blés, de la meunerie et de la boulangerie. Leur proposition, présentée par M. Reinhard, et dont vous avez en mains le texte légèrement modifié, fut d'abord accueillie avec une certaine sympathie, car il n'était pas facile de se rendre compte de prime abord de sa valeur et de ses conséquences. Présentée à brûle-pourpoint au cours de la séance de la Commission à Heiden, accompagnée d'une déclaration laissant sous-entendre que l'acceptation de ce nouveau texte permettrait, sous réserve de ratification par le parti socialiste, la renonciation de celui-ci à une opposition au projet, cette proposition méritait d'être examinée de plus près. Mais l'examen approfondi nous a amenés à la conviction que nous ne pouvons introduire de telles dispositions dans la Constitution. D'autre part, nous n'avons plus de doutes sur les sentiments du parti socialiste à l'égard de l'ensemble du projet et nous avons nettement l'impression que seule la crainte de l'inutilité de cette opposition a motivé cette proposition. Son adoption aurait certainement pour conséquence de diviser les partisans du projet et d'affaiblir leurs positions.

On ne peut imaginer que la Confédération intervienne directement dans l'exploitation du commerce pour fixer les prix; la restriction de la liberté du commerce ne peut pourtant aller jusque là.

Il ne serait pas non plus admissible de prendre des mesures spéciales contre les meuniers et les boulangers, alors que l'on ne pourrait en faire autant pour d'autres corporations, bouchers, charcutiers, etc.

S'il est peut-être désirable que la Constitution soit modifiée dans ce sens, elle ne peut l'être à l'occasion de la question du blé, mais cette révision devrait avoir un caractère beaucoup plus général.

L'annulation de contrats privés, quels que soient leurs buts, est du ressort exclusif des tribunaux et l'attribution de cette compétence au pouvoir exécutif serait une atteinte grave et dangereuse au principe de la séparation des pouvoirs, principe qui, sans être expressément spécifié par la Constitution fédérale, a, en fait, toujours été reconnu et appliqué.

En admettant cependant l'octroi de cette compétence au pouvoir exécutif, comment serait-il possible d'établir si les contrats ou conventions en question sont ou non nécessités par les frais de production?

On pourrait ergoter indéfiniment sur ce point, car nous savons que ces frais varient dans des proportions considérables d'une localité à l'autre sans que l'on puisse déterminer exactement les causes de ces variations.

Il suffit, de l'avis de la majorité de la Commission, d'énoncer le principe de la sauvegarde des intérêts des consommateurs, et pour cela de la surveillance du commerce des céréales, de la farine et du pain.

Cela permettra précisément à la Confédération de dénoncer à l'autorité judiciaire compétente les contrats ayant un but spéculatif ou simplement contraire à la morale et à l'intérêt public.

Les dispositions spéciales tendant à ces fins ne doivent pas encombrer l'article constitutionnel, mais seront introduites dans la loi d'application et indiqueront les mesures à prendre.

Pour ce qui concerne la protection de la meunerie, on envisage deux moyens.

Le premier consiste en une perception de taxes sur l'importation des farines étrangères, taxes suffisantes pour compenser la différence entre le prix de la marchandise importée et le prix de revient de la farine fabriquée dans le pays.

Mais il se peut que cette mesure ne soit pas suffisante et ne donne pas les résultats escomptés; il faut que la Confédération puisse commander le marché soit pour enrayer une hausse du prix du pain, soit pour protéger les meuniers contre une importation de farine exagérée; pour cela seul le monopole d'importation de la farine est efficace.

C'est pourquoi l'on a introduit ce principe dans cet alinéa; cependant, dans notre idée, nous ne croyons pas nécessaire d'instituer sans autre ce monopole tel que le prévoit la majorité de la commission. Au reste cette proposition, présentée au dernier moment à la commission prise au dépourvu, n'a pas été examinée à fond. Nous estimons donc qu'il serait préférable de maintenir le texte du Conseil fédéral qui prévoit que la Confédération peut se réserver le droit, si les circonstances l'exigent, d'importer la farine panifiable.

Quant à la question des frais de transport du blé dans l'intérieur du pays, votre Commission s'est ralliée à la décision du Conseil des Etats qui remplace la faculté par l'obligation d'accorder des facilités aux meuniers.

Elle estime que dans le but d'égaliser, dans la mesure du possible, le prix de la farine, il est nécessaire de rembourser tout ou partie de ces frais de transport aux meuniers. La loi fixera les modalités et les proportions de ces remboursements. Nous avons déjà exposé l'avis de la Commission sur ce point à l'occasion de la discussion sur l'entrée en matière et nous pensons qu'il est inutile d'y revenir, puisqu'aucune opposition ne s'est manifestée à ce sujet.

Enfin, ensuite d'une intervention de notre honorable collègue M. Escher, la commission a décidé de vous proposer une modification à la dernière disposition de cet alinéa touchant les facilités à accorder aux régions montagneuses, pour bien préciser que ces mesures doivent avoir pour but d'égaliser les prix de la farine.

Le Conseil fédéral s'est rangé à cette proposition.

Nous vous proposons donc de voter ce troisième alinéa tel qu'il vous est présenté par la majorité de la commission et accepté par le Conseil fédéral.

Reinhard: Sie werden es einem Vertreter der Konsumenten nicht übelnehmen und werden es einer Partei nicht übelnehmen können, welche in erster Linie die Konsumenteninteressen zu vertreten hat, wenn sie den neuen Vorschlag des Bundesrates und Ihrer Kommission daraufhin prüft, wie denn auch die Interessen der Konsumenten gesichert seien. Es ist vielleicht nicht ganz unnötig, darauf hinzuweisen, daß die ganze Bewegung, die Getreideversorgung des Landes gesetzlich zu regeln und die nötige verfassungsmäßige Vorarbeit dafür zu leisten, begonnen wurde im Interesse der Konsumenten selbst. Ja, ich wage zu behaupten, daß selbst die Unterstützung des inländischen Getreidebaues durch die mannigfaltigen Maßnahmen, die während des Krieges und nach dem Kriege getroffen worden sind, hier geleistet wurde vom Gesichtspunkt einer genügenden Getreideversorgung des Landes zugunsten der Konsumenten. Der Ausgangspunkt war also einmal die Frage: Schutz der Konsumenteninteressen.

Wenn man aber heute den Artikel nachprüft, so findet man darin eine vorzügliche Sicherung der Interessen der Getreideproduzenten; man findet, daß die Interessen der Müllerei in ausreichendem Maße gewahrt sind, man findet aber auch, daß der Getreidehandel auf seine Rechnung komme. Alle diese volkswirtschaftlichen Gruppen und Klassen haben in dem vorliegenden Verfassungsartikel ganz bestimmte Zusicherungen erhalten. Nicht einer hätte sich damit abgefunden, allgemeine Grundsätze annehmen zu müssen, sondern gleich von Anfang an wollte man wissen, woran man ist. Ich erinnere Sie daran, wie die Interessen speziell der Produzenten gesichert worden sind. Diese wissen heute, wie sie daran sind mit der Abgabe des Inlandgetreides an die neue Organisation; sie haben die Mahlprämie zugesichert erhalten, sie haben die Zusicherung, daß die Züchtung inländischen hochwertigen Saatgutes ebenfalls vom Bund aus unterstützt werden muß, eine Reihe praktischer, konkreter Bestimmungen im Verfassungsartikel, denen sich für die Müllerei und den Getreidehandel ganz ähnliche Bestimmungen zur Seite stellen.

Und nun ist unter dem Druck der drei genannten Gruppen der heutige Verfassungsartikel seinem eigentlichen Zweck außerordentlich stark entfremdet worden. Es steht nicht mehr im Vordergrund der Wunsch und der Wille, die Getreideversorgung des Landes zugunsten der Brotkonsumenten in erster Linie zu schützen und zu sichern, sondern man hat nur in den Vordergrund gestellt all die mannigfaltigen Interessen der Produzenten, der Müller, der Getreidehändler; die Konsumenteninteressen aber sind ganz beiseite gedrückt worden. Allerdings gebe ich zu, daß gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates, ganz zu schweigen von der ursprünglichen Initiative, gewisse Zugeständnisse allgemeiner Natur gemacht werden mußten. Aber, meine Herren, was soll es für die Konsumenten heißen, wenn hier gesagt wird: «Zu diesem Zwecke beaufsichtigt er im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot.» Was soll es heißen, wenn hier steht: «Er sorgt für die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten.» Das sind eine ganze Reihe schöner Worte. Wenn man sich aber fragt: Welche Maßnahmen sollen nun ebenso praktisch für die Konsumenten ergriffen werden,

wie für die Produzenten des Getreides — denen ich es übrigens ganz gut gönnen mag, ich bitte, das nicht im Sinne einer neidischen Stellungnahme aufzufassen — wenn ich frage, was sollen die Konsumenten praktisch herausholen, so bleibt außer ein paar schönen Grundsätzen eigentlich nichts.

Ich verwundere mich aufs allerhöchste, daß unser Herr Kollega Dr. Schär z. B. der Vertreter des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine, einer derartigen Interessenregelung der Konsumenten zustimmen kann. Als wir versuchten, weitergehende Anträge zu stellen, als wir versuchten, diese Anträge zu präzisieren und ihnen konkrete Form zu geben, da erklärte Herr Dr. Schär etwas lächelnd, das sei die Konsumentenkrawatte, die man der Sache anhängen müsse, damit sie etwas besser aussehe. Was da steht, ist nicht einmal eine Krawatte, das ist zugunsten der Konsumenten ein ganz schlecht zugeschnittenes Hemd, von dem man nicht einmal weiß, ob es den ganzen Körper überhaupt decken kann oder nicht.

Der Inhalt des Artikels hat allerdings eine gewisse Veränderung in den Worten erfahren. Vorher stand darin, daß der Bund das Recht habe, Zollzuschläge auf Backmehl an der Grenze zu erheben. Wir haben erklärt, daß vom Augenblick an, wo ein derartiger Zollzuschlag auf Backmehl erhoben wurde, wo der Brotzoll in verschleierte Form wiederum erhoben würde, wir uns mit aller Kraft gegen einen derartigen Artikel auflehnen müßten. Offenbar hat den Herren dann vorgeschwebt, daß eine Opposition, die sich stützen könnte auf den allgemeinen Widerwillen des Volkes, Brotzölle anzunehmen, für den vorliegenden Verfassungsartikel nicht ganz ungefährlich werden könnte. Was hat man nun gemacht? Man umschreibt die Sache ganz schön diplomatisch. Ich beglückwünsche den diplomatischen Verfasser dieses Artikels. Er schreibt: «Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehls durch Maßnahmen an der Grenze.» Plötzlich kann man sich darunter alles Mögliche vorstellen. Der Brotzoll wird nicht mehr ausdrücklich genannt, aber jeder, der weiß, wie die Sache steht, begreift, daß unter diesen Maßnahmen an der Grenze auch der Backmehlzoll wiederum auferstanden ist. Damit eine unserer hauptsächlichsten Forderungen, daß der Brotzoll fallen müsse, nur scheinbar akzeptiert wurde. Man hat sie gewissermaßen zum Fenster hinaus geworfen und dann durch ein Hintertürchen wiederum in den Saal hineingebracht. So werden die Konsumenten vor der netten Situation stehen, daß man ihnen in verschleierter Form wiederum den Brotzoll bringt.

Zudem kommt die Belastung durch die statistische Gebühr. Man hat heute morgen mit vielen Worten erklärt, das treffe ja nicht zu, die statistische Gebühr werde nicht abgewälzt werden. Herr Bundesrat Musy hat das Beispiel von den 100kg Kupfer genannt, aus denen man 2000 Uhren machen könne. So geht die Rechnung nicht. Jedermann weiß, daß natürlich der betreffende Betrag nicht immer nur auf den Preis übergewälzt wird; man kann vermehrte Geschäftskosten auch in anderer Weise auf die Arbeiter abwälzen, indem man ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es ist ganz sicher, daß auf die eine oder andere Weise die Industrie versuchen wird, die 10—15 Millionen, die man aus ihr herausholen will, auf andere Schultern abzuladen. Man müßte mir die Industriellen erst noch zeigen, die bereit wären, diese

10—15 Millionen, die man aus ihnen herauswirtschaften will, zu leisten, ohne zu versuchen, sich auf irgend eine andere Weise Deckung dafür zu verschaffen. Es bleibt bestehen, daß, auch wenn sich diese Ueberwälzung auf die Produkte nicht geltend machen kann, auf andere Weise dies doch versucht werden wird, und daß sie letzten Endes doch von den Arbeitern und den Konsumenten getragen werden muß.

So sind für uns die einzig praktischen Maßnahmen, die zugunsten der Konsumenten ergriffen werden sollen, die einzig praktischen Maßnahmen, die illustrieren sollen, wie man die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten vornehmen will, im vorliegenden Artikel der Brotzoll an der Grenze, die statistische Gebühr und die Auslieferung der Konsumenten an eine vollständig ungebundenes Müller- und Bäckergewerbe und an den Getreidehandel. Wenn Sie den Mut haben, dies Wahrung der Konsumenteninteressen zu nennen, so müssen Sie das vor sich selbst verantworten, wir können da nicht mitmachen.

Wir haben vor allem in der neuen Regelung eine große Gefahr gesehen, die Gefahr nämlich, daß sich die Müllerei unter den Einfluß großer fremder Kapitalgruppen begeben muß und daß unter dem Einfluß dieser Kapitalgruppen die Müllerei vertrustet wird. Ich weiß, man hat das als eine Illusion bezeichnet. Es geht eben auch hier wie im Faust: Den Teufel spürt das Völklein nie, und wenn er es am Kragen hätte.

Ich möchte aber doch an Hand eines Landes, das eine ähnliche Regelung wie wir gesucht hat, an Hand des deutschen Beispiels zeigen, wie in Wirklichkeit die Vertrustung der Müllerei und verbunden mit ihr des Getreidehandels bereits fortgeschritten ist. In den Wirtschaftsheften der Frankfurter Zeitung findet sich eine sehr gute Darstellung der deutschen Mühlenindustrie von Dr. Justus Schlosser in Berlin, bei der nun die verschiedenen großen Mühlenkartellgruppen dem Namen nach mit allen Großmühlen, die sie vereinigen, aufgezählt werden. Da haben wir die deutsche Mühlenvereinigung mit zehn verschiedenen Großmühlen, einem täglichen Ausstoß von 2400 Tonnen Backmehl, daneben die Gruppe Kampfmeier mit neun verschiedenen Großmühlen und einem täglichen Ausstoß von 2000 Tonnen Backmehl, und die Gruppe Illkirch mit 12 verschiedenen Großmühlen und 2900 Tonnen Ausstoß, dazu noch eine große Reihe anderer Gruppen. Das Interessante aber ist nun, daß diese Gruppen längst nicht mehr bloße Industriekartelle sind, sondern daß sich die Banken dieser Gruppen bemächtigt haben und daß unter dem Einfluß mächtiger Banksyndikate, es werden da speziell genannt die Dresdener Bank, die Kommerz- und Privatbank, versucht wird, die einzelnen noch rivalisierenden Gruppen zusammenzuschließen und größere Kartelle daraus zu bilden. Das Interessante ist, daß man nun den Getreidehandel hineinzunehmen und beides in einen großen Industrieblock, in ein Industriekartell zusammenzuschließen sucht.

Es war dem deutschen Staat durchaus bekannt, welches die Folgen derartiger Industrie-Gruppierungen für die Konsumenten sein müssen! Im Anfang, solange es galt, diese Gruppen aufzubauen, wahrscheinlich ein gewisses Sinken der Preise. Sobald aber die Herrschaft und die privatmonopolistische Organi-

sation erreicht war, mußte ganz selbstverständlich für alle diese Gruppen eintreten, was in andern großen Kartellen und privatmonopolistischen Betrieben bis dahin eingetreten ist, eine Verteuerung des Produktes, die letzten Endes bezahlt werden mußte vom Volk. Das hat den deutschen Staat bewogen, auf dem Umweg über ihm gehörende oder von ihm beeinflusste Banken sich in diese Gruppe Eintritt zu verschaffen. Sie haben vielleicht in der letzten Zeit die sogenannte Scheuertransaktion verfolgen können, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als daß auf dem Umweg über die Rentenbank der preußische Staat versucht, zugunsten der Konsumenten sich in dieses Mühlenkartell einzumischen, um dessen extrem privatwirtschaftlich gerichtete Tendenz brechen zu können. Mit andern Worten, der Staat der Konsumenten ist bereits in Kampf getreten mit diesem Mühlenkartell. Er mußte mit ihm in Kampf treten, wenn er nicht die Interessen der Konsumenten wehrlos dem Mühlenkartell und dem Getreidehandelskartell ausliefern wollte.

Da schien es uns, daß eine derartige Gefahr auch für uns besteht. Wir sind schließlich längst nicht mehr ein Land, das wirtschaftlich auf sich selbst gestellt sein kann, und wenn schweizerisches Kapital sich heute beteiligt an der deutschen Mühlenindustrie, so ist nicht einzusehen, weshalb es nicht versuchen sollte, mit Hilfe fremder Kapitalien auch die schweizerische Mühlenindustrie ganz genau gleich in Händen zu haben, mit den verhängnisvollen Folgen für die Konsumenten, wie das in Deutschland eingetreten ist.

Daß natürlich dabei die Preisabreden in den so entstandenen Kartellen von großer Bedeutung werden müßten, darüber sind gar keine weiteren Worte zu verlieren. Wir haben ja die Wirkung solcher Preisabreden bereits heute feststellen können. Sie haben sicherlich alle den Bericht der Preisbildungskommission, welche das Volkswirtschaftsdepartement eingesetzt hat, erhalten, jenen Bericht über die Brotpreise in der Schweiz. Wenn Sie ihn durchgesehen haben, werden Sie gesehen haben, daß diese Kommission, in der, soviel ich weiß, nur zwei Konsumentenvertreter sitzen, während die andern alle aus Gruppen der Industrie, des Handels und der Produktion herausgenommen worden sind, daß diese Kommission einhellig zum Schlusse kommt, daß die Preisabrede im Bäckergewerbe heute verteuernd gewirkt habe. Und warum? Weil in diesen Preisabreden Rücksicht genommen wird auf den schlechtest organisierten und technisch rückständigsten Betrieb, weil man sich durchaus nicht dazu entschließen kann, die Vorteile einer modernen Wirtschaftsorganisation den Konsumenten zugute kommen zu lassen. Das haben wir heute bereits im kleinen. Wir haben diesen Einfluß bereits spürbar in den großen Städten. Soll das nun weitergehen? Wir haben hier kleine wirtschaftliche Gruppen, die bereits einen derartigen Einfluß ausüben können. Wie, wenn diese Gruppen sich einmal mächtiger zusammenschließen können? Welches werden dann die Folgen für die Konsumenten sein? Schließlich handelt es sich hier um ein Produkt, das verhältnismäßig einfach ist. Nirgends ist die Kartellierung und die Vertrustung einer Industrie so leicht möglich wie bei einem Produkt, das auf allereinfachste Weise in ein paar Typen hergestellt werden kann. Wir haben das ge-

sehen bei der Zementindustrie. Die Zementindustrie ist heute in der Schweiz wohl lückenlos organisiert mit dem Erfolg, daß die Konsumenten, wenn man so sprechen darf, jedenfalls die Leute, die Zement brauchen für irgend etwas, den Zement um 20—30 Prozent über den Kosten kaufen müssen, die entstehen würden, wenn die Kartellierung nicht eingegriffen hätte. Wir haben heute im Zement eine Verteuerung des Produktes, herrührend einzig und allein von den Preisabreden des Kartells, von 20—30 Prozent des Einkaufspreises. Und was hier möglich ist, ist natürlich beim Mehl genau so leicht möglich. Dagegen wollten wir uns schützen. Nachdem man den Produzenten, den Müllern und Bäckern so weitgehend entgegengekommen ist, Gruppen, die zahlenmäßig kaum den vierten Teil der Konsumenten ausmachen, so wollten wir, daß man den übrigen $\frac{3}{4}$ des Volkes im Brotpreis auch entgegenkomme durch einen sichern und garantierten Schutz in der Verfassung und im späteren Gesetz. Deswegen kamen wir auf unsern Antrag, auf den Antrag, der Ihnen vorliegt, und der lautet, daß der Bund durch die zuständige Behörde Preisabreden und andere den Konsumenten schädliche Abmachungen im Getreidehandel, im Müllerei- und Bäckereigewerbe für ungültig erklären könne. Wir haben diese Forderung in voller Kenntnis ihrer Tragweite erhoben und auch sofort den gerechten Nachsatz gegeben, daß wir Preisabreden unter Umständen verstehen können und daß wir sie nicht bekämpfen wollen, dann, wenn sie bedingt sind durch die Selbstkosten. Wir wollen nicht, daß der Bund etwa mutwillig ein Gewerbe so drücke, daß es nicht mehr auf seine Kosten komme. Das fällt uns gar nicht ein. Wir verkennen das keineswegs, daß unter gewissen Bedingungen eine Kartellierung auch von den Konsumenten aus begriffen und geschützt werden muß, dann nämlich, wenn sie dazu führt, überflüssige und unrationelle Betriebe auszuschalten. Wir kommen also hier weit entgegen. Und wir haben auch den Begriff «Produktionskosten» durch den Begriff «Selbstkosten» ersetzt, weil wir fanden, daß der Begriff «Selbstkosten» klarer und eindeutiger als der Begriff «Produktionskosten» ist; unter dem Begriff Produktionskosten kann man sich, darüber hat man mich von volkswirtschaftlich-fachmännischer Seite genügend orientiert, heute alles mögliche vorstellen; wenn man 12 gelehrte Volkswirtschaftler fragt, was sie unter Produktionskosten verstehen, werden 13 verschiedene Meinungen herauskommen, während der Begriff «Selbstkosten» heute klar ist. Darüber ist eine Diskussion kaum mehr möglich. Wir haben also auch hier ein Entgegenkommen zeigen wollen.

Aber das Interessante ist nun, daß, als wir in Heiden diesen Vorschlag der Kommission gemacht hatten, die ganze Kommission ziemlich einstimmig der Meinung war, das sei ein Vorschlag, den man annehmen könne. Herr Dr. Georg Baumberger, der sich heute gegen unsern Vorschlag ausgesprochen hat, hat mir sogar — ich fühle mich heute noch unendlich geschmeichelt — den Titel des heiligen Niklaus von der Flüe des Getreidefriedens erteilt; er hat mir gesagt, ich hätte den Getreidefrieden erst gesichert. Und nachdem Herr Baumberger so freundlich gewesen war, die moralisch-historische Grundlage dieser Verständigung zu schaffen, kam Herr Schirmer und erklärte, er begreife unsern Antrag, er nehme ihn persönlich an (nicht wahr, so war der Hergang?) er

würde nur noch mit seinen Leuten sprechen. Und weshalb das alles? Weil wir in der Kommission bei aller Wahrung unserer prinzipiellen Grundsätze, die durch unsern Kollegen Huggler in überzeugender Weise klargelegt wurden, uns doch sagten: wir dürfen in einer derartigen Frage nicht allein Politik machen, sondern müssen versuchen, Wirtschaft zu betreiben. Wir wollten uns auf den Boden der Wirtschaftstat-sachen stellen und wirtschaftspolitisch denken. Das hat man in der Kommission begriffen. Wir haben uns mit einem Male ganz gut auf wirtschaftlichem Boden gefunden. Und es schien, als wir auseinandergingen, als ob jedermann der Meinung sei: da ist die Verständigung möglich, da kann man zusammenkommen, da können wir uns finden; die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund! Nun, der Tag war noch nicht zu Ende gegangen, an dem der Beschluß gefaßt wurde, in derartig ruhiger, rein objektiver wirtschaftlicher Betrachtung unsere Anträge als Maß beizubehalten und sich auf keine politischen Manöver einzulassen, als bereits der Getreidefriede torpediert wurde, und als er bereits einen Garanatvotreffer erhielt. Wer war der Schütze, der so losbombardierte? Es war eine Zeitung, die, wie ich annehme, unserem Herrn Kommissionspräsidenten nicht ganz fernstehen wird. Er hat mir heute morgen gesagt, er zitiere ein sozialdemokratisches Blatt und hat dabei den bösen Schnitzer be-gangen, den «Aufbau» zu zitieren. (**Eugster:** Es ist auch eins!) Es ist ein sozialistisches Blatt, das der Bewegung absolut fremd gegenübersteht. Ich nehme aber an, daß die «Neue Zürcher Zeitung» als freisinniges Kernorgan gelten dürfe, umso mehr, als ihr Chefredaktor, der gleichzeitig ja unser Kommissionspräsident ist, der freisinnigen Partei nicht ganz fernsteht. Was schreibt nun diese «Neue Zürcher Zeitung» zu den Beschlüssen von Heiden? «Auf alle Fälle aber darf der sozialdemokratische Vorschlag niemand dazu führen — wozu führen? die Getreideversorgung zu gefährden? Nein! Die bürgerliche Einigkeit zu gefährden! In dieser Richtung: Nichtgefährdung der sakrosankten bürgerlichen Einigkeit, haben Bundesrat und Parlament vor dem Volk eine große Verantwortung. (**Huggler:** Das ist Politik!) Bis heute ist es dem Bundesrat gelungen, die gesamten bürgerlichen Parteien, um seine neue Getreidevorlage zu sammeln. Es wäre unverantwortlich, wenn der sozialdemokratische Vorstoß unter dem Deckmantel einer Verteidigung des Abstimmungskampfes nur den Erfolg hätte, die bürgerlichen Gruppen aufs neue zu entzweien und die mühsam, mühsam! errungene bürgerliche Einheit in die Brüche gehen zu lassen.» Da steh ich nun, ich armer Tor! Herr Dr. Georg Baumberger nannte mich «Niklaus von der Flüe», und am Abend schon hat mich der Herr Kommissionspräsident als Teufel in Person an die Wand gemalt, der intrigiere gegen die bürgerliche Einigkeit und Zwie-tracht säend über das Feld der bürgerlichen Einigkeit hinschreite. Meine Herren, waren wir nun das? In der Kommission hat man uns gesagt: Ihr seid halt Doktrinäre; es handelt sich für Euch gar nicht darum, den Getreidefrieden zu schaffen, die Getreidevorlage so zu schaffen, daß wirklich dem Volk gedient ist. Ihr wollt nur Politik machen. «Schön, haben wir den Herren gesagt, machen wir einmal Wirtschaft. Spannen wir einmal zusammen, um Wirtschaftspolitik zu machen! Und heute kommt unser Kommissionspräsident und sagt: Nein, nein, nicht Wirtschaft;

Politik! Herr Bundesrat Musy war so freundlich, uns auch noch in der Kommission etwas in die Karten gucken zu lassen. Er hat gesagt: Meine Herren, ich mache jetzt Taktik. Es war so eine Art taktischen Kurses mit seinen Unteroffizieren und Hauptleuten. Und dann hat er gesagt, der Vorschlag der Sozialdemokraten sei verflücht gefährlich; er gewinne dafür vielleicht die unsichere Kampfgenossenschaft der Sozialdemokraten (da hat er sich schon getäuscht: wir wären auch unter diesen Verhältnissen nie seine Kampfgenossen geworden); aber er verliere dafür vielleicht gewisse Gruppen, welche heute mit ihm marschierten; er wisse nicht, ob er den Vorschlag aus diesen taktischen Gründen annehmen könne. Und genau so primitiv, genau so simplistisch hat heute Herr Fazan über meinen Vorschlag referiert, indem er sagte: Er ist nicht ernst zu nehmen, er will nur die bürgerliche Einigkeit sprengen. Ja, ums Himmelswillen, wenn Ihre bürgerliche Einigkeit durch einen derartigen Vorschlag gespalten werden kann, dann schlägt sie lieber heute noch in Scherben und laßt sie morgen begraben; mehr ist sie nicht wert! Und als nun der Freitag kam, an dem die Kommission noch einmal zusammentreten sollte, da fing die Fahnenflucht an. Das Fähnlein der Flüchtigen trug stolz erhobenen Hauptes wieder unser lieber Kollege Herr Georg Baumberger, und die andern schwenkten ein in die Front; rechts abmarschieren! Mich nimmt nur wunder, wo der Wachtmeister stand, der dieses recht schwierige Manöver vorgenommen hat, ob er an der Goethestraße in Zürich zu Hause ist oder auf dem Kirchenfeld drüben, an der Straße, wo seit langer Zeit die Helvetia verschleiert sitzt. Ich weiß es nicht, aber ich sage Ihnen, daß Sie mit der Behandlung unserer Vorlage bewiesen haben, um was es Ihnen geht: Es geht Ihnen nicht darum, die Getreideversorgung des Landes zu sichern, es geht Ihnen heute einzig und allein darum, den bürgerlichen Block vor Spaltungsversuchen durch die Sozialdemokraten zu bewahren, jenen bürgerlichen Block, den Sie ach so nötig haben für die kommenden Wahlen. Und nur unter dem Eindruck der kommenden Wahlen ist die ganze Sache gemacht worden.

Präsident: Ich mache Herrn Reinhard darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen ist.

Reinhard: Nur noch 2 Minuten.

Präsident: Der Rat ist einverstanden.

Reinhard: Nur unter dem Eindruck der kommenden Wahlen ist die ganze Geschichte so erledigt worden.

Nun ist für uns das eine klar; wir werden einen Artikel nicht annehmen können, der nicht diese primitive Sicherung, wie wir sie vorgeschlagen haben, bringt. Wir werden den Kampf aufnehmen müssen. Herr Dr. Meyer, der heute morgen sich als der General dieser vereinten bürgerlichen Sturmtruppen gefühlt hat, hat aus dem letzten Parteitag, den wir in seiner Heimatstadt abgehalten haben, einige Äußerungen zitiert und dabei gesagt: Ja, sehen Sie, die Sozialdemokraten sind selbst nicht sicher, wie die Sache ausgehen kann. Sie trauen der ganzen Sache selbst nicht. Ja, was ist denn damit bewiesen! Glauben Sie, wir beginnen einen Kampf nur, wenn wir den

Sieg von Anfang an in der Tasche haben? Dann hätten wir hier nicht beginnen dürfen. Wir haben Kämpfe begonnen, in denen wir hier im Saal ein ganz kleines Häuflein waren und im Felde draußen glänzend gesiegt haben. Ich will hier nicht an die Lex Häberlin und an den Art. 41 erinnern, aber wir haben es gewußt, daß wir hier in der absoluten Minderheit waren; und draußen haben wir doch gesiegt. Aber es wäre ja eine ganz unerhörte Nachlässigkeit, wenn eine Kampfpartei sich nicht von Anfang an sagte: Man kann den Kampf gewinnen, man kann ihn verlieren. Das Volk spricht mit vollem Recht von einem Kampf. Er wird gewonnen, er wird verloren; es gibt damit dem Ausdruck, daß ein Kampf immer ein wenig ein Glücksspiel ist, über dessen Ausgang keiner von uns Klarheit hat. Darüber haben wir uns Rechenschaft geben. Es ist möglich, daß wir diesen Kampf verlieren werden; es ist möglich, daß wir ihn gewinnen werden. Wir haben kämpfen wollen und sind durch den Volksentscheid nicht niedergeschlagen, denn wir haben nach dem Volksentscheid immer das mit uns gehabt: das Bewußtsein, in unserem guten Recht zu stehen. Es ist möglich, daß wir auch diesen Kampf verlieren werden; ich weiß es nicht. Das Volk wird zwischen uns und Ihnen entscheiden. Sie wissen auch nicht, wer ihn gewinnen wird; was aber uns anbetrifft, so haben wir Ihnen hier zum letztenmal die Möglichkeit gegeben, eine Vorlage einzubringen, die auch bei uns — ich will vorsichtig sagen: nicht den Widerstand gefunden hätte, wie ihn diese Vorlage unfehlbar finden muß. Sie mögen darüber entscheiden, Sie mögen den Kampf suchen: Wir weichen ihm nicht aus. Ich kann hier nur das sagen: Wenn Sie wirklich die wahre Interessensicherung der Konsumenten in dieser, ich muß es sagen, unverantwortlichen Weise des politisierenden Manövers und Manövranten ablehnen, dann trifft Sie die volle Verantwortung. Wir haben unser Bestes getan, und Ihnen die Möglichkeit gegeben, um auch die Interessen der Konsumenten zu sichern. Wollen Sie das nicht, dann ruht die Verantwortung für den Kampf auf Ihnen. Ich kann Ihnen nur soviel sagen: wir haben uns bemüht, unser Bestes zu tun, um die Interessen der Konsumenten zu sichern. Wir werden im kommenden Kampf unser Letztes tun, um uns den Sieg zu sichern. Das Volk mag entscheiden. Uns braucht es um den Ausgang nicht bang zu sein.

Schmid-Zürich: Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände hat an die Bundesversammlung eine Eingabe gerichtet, in welcher gewisse Forderungen aufgestellt waren. Der Zweck war Sicherung des Getreidebaues und dann insbesondere Konsumentenschutz. Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß der Landwirtschaft gegeben werden muß, was sie fordert. Dies billigen wir ohne weiteres. Unsererseits haben wir aber festgestellt, daß der Entwurf, wie er vom Bundesrat vorgelegt wurde, die Konsumenten nicht befriedigen kann. Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die Tagung in Heiden, vielleicht teilweise unter dem Eindruck dieser kleinen Eingabe und selbstverständlich auch unter dem Eindruck des Antrages der großen sozialdemokratischen Fraktion, diese Vorlage verbessert hat. Aber auch jetzt noch befriedigt sie nicht, weil die Formulierungen nicht eindeutig sind, und weil etwas Wichtiges fehlt: das ist eine gewisse Preiskontrolle. Die Konsumenten

müssen das Gefühl erhalten, daß sie zu wenig Sicherheit haben, und zwar in dem Momente, wo man — und das ist in diesem Saale heute und gestern gesagt worden — den Müllern ein Privatmonopol gewährt. Unser verehrter Herr Kommissionspräsident hat zwar darauf hingewiesen, daß gleichzeitig die Müller eine große Last auf sich nehmen, indem sie gezwungen werden, Vorräte zu halten usw. usw. Aber was nicht vorgeschrieben ist und was in ihrer Macht liegt, das ist die Preisbestimmung. Und die Konsumentenschaft muß Wert darauf legen, daß in dieser Beziehung die Müllerei und das Bäckereigewerbe nicht völlig frei sind, nachdem man speziell den Müllern dieses Monopol gewährt hat. Herr Kollege Escher hat gestern ein interessantes Beispiel erwähnt. Er hat gesagt, daß es gelungen sei, durch Vermittlung der Getreideverwaltung und des Justizdepartementes einer gewissen Gegend im Wallis eine Preisreduktion auf dem Brote zu erzwingen. Nun glaube ich, daß es möglich sein wird, eine Bestimmung in die Vorlage hineinzubringen, mit der in der ganzen Schweiz eine solche Preisermäßigung erzielt werden kann. Im übrigen wissen wir, daß gerade die Bäckermeister sehr gut kartelliert sind und daß sie die Preise in gewissen Gebieten sehr hoch halten. Mit welcher Wut die Bäckermeister diese Eingabe der Vereinigten schweizerischen Angestelltenverbände aufgenommen haben, wie sie die Preisbildungskommission, eine neutrale eidgenössische Kommission behandeln, geht aus der Bäckerzeitung hervor. Sie erklären, daß die Preisuntersuchung, daß die Broschüre, die von der Preisbildungskommission über das Brot herausgekommen ist, tendenziös sei.

Wir wissen, daß Preisabreden im Müllereigewerbe eintreten werden, wie das im Bierbrauereigewerbe geschehen ist und teilweise wird es im Sinne der Rationalisierung liegen, wenn eine Verteilung der Kunden eintritt, aber es soll nicht möglich sein, gleichzeitig die Preise hochzuhalten, wenn dies nicht nötig ist. Der Staat und die Konsumentenschaft sollen ein gewisses Mitspracherecht haben, auf alle Fälle dann, wenn die Ueberzeugung besteht, daß durch Preisabreden die Preise hochgehalten werden. Im übrigen besteht für die Bauern in dieser Beziehung das gleiche Interesse, und es hat mich gefreut, daß die Bauernfraktion durch den Mund des Herrn Dr. König gestern erklärt hat, daß sie es ebenfalls gerne sehen würde, wenn man den Konsumenten noch etwas mehr Sicherheit gewähren würde. Es kommt ja heute allerhand vor. Die Bauern wissen ja ein Liedchen zu singen. Ich erwähne nur die Fleischpreise. Wenn man die Schleuderpreise, die für das Vieh heute bezahlt werden, vergleicht mit den Fleischpreisen in den Städten, so wird man erkennen, daß die Metzgerschaft sich sehr wenig darum kümmert, daß die Bauern ihr Vieh zu Schleuderpreisen verkaufen müssen. Ich habe infolgedessen in meinen Antrag noch die Bestimmung aufgenommen, daß eine Preiskontrolle durchgeführt werden soll und daß für den Getreidehandel, für das Müllerei- und für das Bäckereigewerbe dem Bunde gegenüber die Auskunftspflicht besteht. Das ist gewiß nicht viel. Der verehrte Herr Kommissionspräsident hat gesagt, man könne keine Trustgesetzgebung in diesem Verfassungsartikel verankern. Das ist es auch nicht. Wir wollen sehen, ob im Laufe der nächsten Jahre eine solche Gesetzgebung kommen wird. Ich bin davon überzeugt.

Man hat von der bürgerlichen Front gesprochen und der großen Freude Ausdruck gegeben, daß diese bürgerliche Front wiederum geschlossen sei. Bis jetzt war sie es noch nicht, sie war bloß verkleistert. Ich möchte Sie dringend bitten, dafür zu sorgen, daß die Front auch wirklich geschaffen werden kann, daß die vielen, vielen Tausend Konsumenten mitmachen können bei diesem großen Friedenswerk.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte an die Adresse des Herrn Duft. Er hat heute morgen gesagt, wenn bei den Angestelltenverbänden keine politischen Momente im Spiele seien, dann müßten sie einschwenken und zufrieden sein mit dem, was die Vorlage bringt. Ich darf hier ruhig erklären, daß bei den Angestelltenverbänden keine politischen, sondern nur rein wirtschaftliche Momente mitspielen. Wir haben unsere Eingabe zu einer Zeit gemacht, wo wir noch gar nicht wußten, daß die sozialdemokratische Partei durch Herrn Reinhard in Heiden einen ähnlichen Antrag stellen werde. Der sozialdemokratische Parteisekretär, Herr Huggler, hat uns in der Berner Tagwacht außerordentlich scharf angeschnarcht mit einem Leitartikel « Auf dem Holzwege », weil wir uns vollständig frei und unabhängig von allen politischen Parteien erlaubten, unsere Anträge zu stellen. Wir werden auch in Zukunft auf diesem Wege weiter-schreiten.

Herr Abt verglich diese Vorlage mit einem neuen Phönix. Ich bitte Sie, sorgen Sie dafür, damit dieser neue Phönix nicht wieder in Asche aufgeht. Das können Sie verhindern, wenn Sie den Konsumenteninteressen in der von mir vorgezeichneten Richtung Rechnung tragen.

In den Voten von gestern und heute morgen hat man einen Unterton durchklingen hören, daß die Zugpferde, die angespannt wurden, um die Vorlage ans Ziel zu führen, nicht sehr stark der Haber steche. Das war besonders aus den Voten herauszuhören, die da hinten abgegeben worden sind. Deshalb bitte ich Sie, holen Sie noch einige gute Zugpferde aus dem Stall, um die Vorlage heimführen zu können. Wenn Sie den Konsumenten entgegenkommen, dann werden Sie meiner Ansicht nach viele Stimmbürger für diese Vorlage gewinnen. Ich an meiner Stelle werde dann ebenfalls mithelfen, die Vorlage durchzubringen.

Nobs: Ich gestatte mir, einen Antrag, den ich in der Kommission gestellt hatte und der dort unterlegen ist, hier aufs neue zu stellen. Ich beantrage Ihnen, in Al. 3 die Worte « im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben » zu streichen, so daß es dann heißen wird: « Zu diesem Zweck beaufsichtigt der Bundesrat den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot. »

Ueber die Bedeutung der Formel « im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben » ist man sich nicht ganz klar. Man weiß nicht, hat sie einschränkenden oder ausdehnenden Charakter. Herr Bundesrat Musy präziserte in der Diskussion in der Kommission seine persönliche Auffassung dahin, daß diese Worte am Inhalte des Satzes nichts ändern. Ob sie da seien oder nicht, der Sinn des Satzes sei durchaus gegeben und klar. Ich stimme dieser Auffassung durchaus zu und meine, man sollte in solchen Texten keine Weiterungen einführen, die nur Unklarheiten in der

Auslegung bringen können. Mir scheint, der Satz « zu diesem Zweck beaufsichtigt der Bundesrat den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot » sei einfach, klar, unzweideutig und unmißverständlich. Es haben sich denn auch Kommissionsmitglieder weit über die Reihen meiner Fraktion hinaus dieser Auffassung anschließen können. Mein Streichungsantrag ist in der Kommission nur durch den Stichtscheid des Kommissionspräsidenten abgelehnt worden. Das mag Ihnen zeigen, daß der Antrag keine Fraktionsache ist. Ich bitte Sie, die Streichung vorzunehmen, weil sie ganz sicher der Klarheit dient.

Schär: Kollege Reinhard hat vorhin erklärt, daß er über die Haltung des Sprechenden zu seinem Antrage etwas erstaunt sei. Ich muß deshalb meine Haltung etwas eingehender begründen und dabei auf die Frage der Preisbildung und der Gewinnmöglichkeit auf diesem Gebiet zurückkommen. Dabei habe ich auch auf das Votum des Herrn Abt noch etwas zu erwidern. Er hat heute den Standpunkt aufrechterhalten, es könnten 10 Millionen Franken Gewinn aus dem eidgenössischen Getreidemonopol gezogen werden. Die Frage darf wohl aufgeworfen werden, wenn das möglich ist und das Monopol schon 14 Jahre funktioniert, warum sind dann die Brot- und Mehlpriese bei uns bedeutend höher als in unsern Nachbarländern? Ich habe vor etwa vier Jahren angefangen, die Preiserhebungen des V. S. K. auch auf vier Konsumvereine der Nachbarländer auszudehnen. Die Erhebungen bei den Konsumvereinen in Bludenz (Oesterreich), in Mailand, in Mülhausen und in Lörrach, die alle Monate eingeholt werden, zeigen, daß mit Ausnahme einer ganz kurzen Periode, wo in Lörrach der Brotpreis vorübergehend gleich hoch war wie bei uns, die Preise erheblich niedriger sind als bei uns, in Oesterreich sogar um etwa 20 %. Man wird einwenden, der Brotpreis lasse sich nicht absolut vergleichen, weil verschiedene Qualitäten in Frage kommen. Das gebe ich zu, aber es gilt dasselbe auch beim Mehl, für das wir in der Schweiz trotz Monopol die höchsten Preise hatten. Ich habe immer behauptet, das sei die Folge des Monopols, weil diese 10 Millionen Franken Subvention auf den Brotpreis geschlagen werden mußten, etwas, was jeder, der die Kalkulationsgesetze einigermaßen kennt, anerkennen muß.

Aber noch eine zweite Frage stellt sich: Wenn wirklich auf dem Brotmehl 10 Millionen Franken verdient werden können, warum ist das gleiche nicht auch beim Futtergetreide möglich? Zerealien sind Zerealien; die Preisbildung für Brotgetreide und Futtergetreide ist durchaus die gleiche. Warum haben die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände verlangt, daß diese Bedarfsartikel für ihre Betriebe so schnell als möglich dem Monopol entzogen werden, damit nicht mehr die Verbilligung des Monopols ihre Wirkung ausübe auf Futtermittel und Futtermehl? Sie haben wohl selbst daran gezweifelt, daß das Monopol diese Artikel verbilligen könne. Man könnte ja bei der Zentrale der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, die sehr gut geleitet wird und die jedes Jahr Tausende von Waggons einkauft, anfragen, ob wirklich so hohe Gewinne zu erzielen sind. Wenn Herr Abt dann erklärt, wenn ich die preisverbilligende Wirkung des schweize-

rischen Getreidemonopoles anzweifle, so zweifle ich die Existenzgrundlage des Verbandes schweizerischer Konsumvereine an, und damit sogar den Beifall sämtlicher sozialdemokratischer Kollegen gefunden hat, so übersieht er den Wesensunterschied zwischen der freien Genossenschaft und der Zwangswirtschaft des Staates. Tatsächlich wirkt die Zusammenfassung der Konsumkraft in einem solchen Verband, wie es der V. S. K. ist und auch die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände verbilligend, und zwar für alle Kreise und für viele Artikel. Die sogenannten Verbandskonditionen, d. h., die des Verbandes schweizerischer Konsumvereine sind für einen großen Teil des schweizerischen Handels für die Artikel, die der V. S. K. vermittelt, grundlegend. Dadurch sind übermäßige Gewinne ausgeschlossen. Diese Wirkung hat sich allgemein fühlbar gemacht; jedes Vorstandsmitglied eines landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes, von denen wir hier verschiedene unter uns haben, wird das bestätigen müssen. Nun aber wird sich Herr Abt vielleicht doch eine Frage aufdrängen, wenn er so die Vorteile des Großeinkaufes, des Zusammenschlusses vieler kleiner Kräfte zu einem großen Ganzen betont. Warum hat er zugelassen, daß die Monopolverwaltung den schweizerischen Konsumvereinen, die vielleicht 2000 bis 3000 Waggon Getreide im Jahre ankaufen, den gleich hohen Preis verlangt, wie dem kleinsten Krautermüller, der vielleicht nicht einmal fünf Wagen im Jahr kauft? Uns hat das Monopol den Vorteil des Großeinkaufes entzogen. Darum hat das Getreidemonopol direkt eine Verhinderung der genossenschaftlichen Müllerei und Brotversorgung gebracht. Trotzdem haben die Konsumvereine dank ihrer Mühlen den Preis verbilligt. Ich habe letzthin festgestellt, daß der Konsumverein Delsberg vor der Brotverbilligung Brot zu 50 Rp. mit 7 % Rückvergütung abgab. Er hat sämtliche Bäcker auf dem Platze gezwungen, den gleichen Preis einzuhalten. Der Konsumverein Brugg hat schon seit einem Jahr das Brot zu 50 Rp. mit 10 % Rückvergütung, also netto zu 45 Rp. abgegeben. Da haben aber die Nichtkonsumvereinsmitglieder am Platze nicht von diesen Preisen profitiert, sondern haben lieber bei den privaten Bäckern für das Brot, 52 und 53 Rp. bezahlt. Hier hat der Konsumverein nicht für alle Kreise preisregulierend gewirkt. In Basel war der Preis bis 1. Mai 52 Rp. Die Bäcker haben sich daran halten müssen. Am 1. Mai hat die Verwaltung des A. C. V. ohne innere Berechtigung den Brotpreis auf 50 Rp., am 1. August auf 48 Rp. ermäßigt, und die Basler Bäcker haben alle sofort mit dem billigeren Preise folgen müssen. Sie sehen die preisregulierende Kraft der Konsumvereine. Ich will nebenbei erwähnen, der einzige Ort, an dem man seit dem Krieg Weggli zu 5 Rp. haben kann, ist Delsberg. Dort hat der Konsumverein auf Wunsch der Mitglieder den Preis auf 5 Rp. reduziert und die Bäcker mußten folgen. Hier sehen Sie die Wirkung dieser organisierten Selbsthilfe.

Nun hat Kollege Abt das Wort von Herrn Bundesrat Schultheß zitiert: « Im Schatten der Konsumvereine gedeiht der Privathandel. » Ich habe seinerzeit diesen Ausspruch hier mit eigenen Ohren gehört; es hat mir weh getan, aber bei näherer Prüfung mußte ich sagen, daß er in einigen Beziehungen zutrifft, hauptsächlich da, wo man vielleicht im Entgegen-

kommen und in den Leistungen gegenüber dem Personal zu weit gegangen ist und wo das Personal nicht entsprechend Gegenleistungen schafft. Aber unsere ernsthaften Bemühungen, diesen Fehlern nachzugehen, sie zu beseitigen, haben doch bewirkt, daß dieser Spruch nicht mehr in großem Umfange zutrifft. Er hat in seiner Allgemeinheit überhaupt nie zugefallen. Man muß immerhin berücksichtigen, daß diese Konsumvereine dem Staat durch die Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung für ihr Personal große Armenlasten abgenommen haben. Das sind Beiträge, die in große Summen gehen. Man kann z. B. ausrechnen, daß der Allgemeine Konsumverein Basel mit zirka 1800 Angestellten ungefähr 1,8 Million allein an Löhnen, abgesehen von den Versicherungssummen mehr ausbleibt als die Konkurrenz, mindestens 1000 Fr. pro einzelnen Angestellten mehr. Das ist auch eine soziale Leistung, die man nicht verkleinern darf.

Nun möchte ich nur noch das sagen: Würde in den Konsumvereinen überall so tief kalkuliert, wie ich von Delsberg und Basel erwähnt habe, dann würden andere Klagen laut werden von seiten der Konkurrenz, des Privathandels. Es ist mir bekannt, daß z. B. letzthin in einer Versammlung der bernischen Bäckermeister, die in Laupen zusammenkam, geklagt wurde, der Konsumverein Thun, der den Preis auf 48 Rp. ermäßigt habe, sei kein anständiger Konkurrent mehr, es seien andere Konsumvereine im Kanton Bern, die leben und leben lassen. Ich will diese letzteren hier nicht erwähnen; es würde Ueberraschung auslösen zu vernehmen, welches der gelobte Konsumverein ist.

Das bezüglich dieser Frage. Nun zu den Anträgen Reinhard und Schmid. Ich muß feststellen, daß ich, als der Antrag Reinhard in Heiden gestellt wurde, als erster Votant erklärt habe, ich betrachte den Antrag Reinhard mehr als eine Konsumentenkrawatte, ich messe ihm keine praktische Bedeutung zu und halte seine Annahme für nicht notwendig. Ich erklärte aber, ich würde diesem Antrag trotz alledem zustimmen; es sei vielleicht der Anfang einer Kartellgesetzgebung, die auf anderen Gebieten nötig sei, ich würde ihm auch zustimmen, wenn dadurch zwar nicht die Zustimmung der sozialdemokratischen Partei, wohl aber ihre Stimmenthaltung, oder ihr Beiseitestehen erreicht werden könne. Das ist aber nicht erreicht worden, denn wir haben seither gehört, daß die Bemühungen der Herren Reinhard und Huggler keinen Erfolg gehabt haben. Wir werden bei der Volksabstimmung mit dieser Opposition zu rechnen haben. Ich hätte aber, trotzdem ich prinzipiell von der Unrichtigkeit und Ueberflüssigkeit, sowie der Wirkungslosigkeit dieser Maßnahme überzeugt war, dafür gestimmt, wenn mir nicht in der Zwischenzeit eine Meinungsäußerung eines unserer erfahrensten schweizerischen Konsumverwalter zu Augen gekommen wäre. Er ist zugleich Vizepräsident der größten schweizerischen Mühle, unserer Mühlen-genossenschaft. Konsumverwalter Flach in Winterthur, so viel ich weiß, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hat in der Winterthurer Ausgabe des genossenschaftlichen Volksblattes einen längeren Artikel publiziert, der beginnt: «Staatshilfe anzurufen ist so etwas Alltägliches und wird so von allen Seiten geübt, daß, wer da nicht mitmacht, sich bald als der dumme Lastenträger vorkommt, der nicht

versteht, seine Bürde auf die andern, eben auf den Staat abzuwälzen.» Er fährt dann fort: «Die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände hat eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, in welcher zur Frage der Getreideversorgung des Landes Stellung genommen und Anträge gestellt werden, die verhüten sollen, daß die Müller die Mehlpreise künstlich hochhalten. Weiter wird als neue Gesetzesvorschrift vorgeschlagen: «Preisabreden und sonstige dem Konsumenten nachteilige Abkommen über Backmehl und Brot sind nichtig. Der Bund überwacht fortgesetzt die Preisbildung und erstattet alljährlich darüber Bericht.»

Herr Flach fährt dann weiter: «Wird das etwas helfen, wenn überhaupt der Eingabe Folge gegeben wird? Es ist verkehrt, die Wirkungen und Folgen zu kontrollieren und darüber alljährlich zu berichten, wenn nicht zuerst oder gleichzeitig den Ursachen nachgegangen und dort die Uebelstände beseitigt werden. Wenn die Zahl der Bäckereien Jahr um Jahr um so und so viele Neueinrichtungen ansteigt; wenn jährlich viele hundert Bäcker mehr ausgelernt werden als solche abgehen; wenn infolgedessen die Produktion der Bäcker immer kleiner wird, die Einrichtungen nicht ausgenützt werden können, der Aufwand an Heizmaterial steigt in dem Verhältnis, wie die Produktion zurückgeht, dann nützt alle Kontrolle und Kritik nichts, die Brotpreise werden langsam aber sicher relativ mehr steigen als die Mehl- und Getreidepreise. Dazu sind nicht einmal Preisabreden notwendig.»

«Es gibt einen Weg, zu verhüten, daß die Brotpreise ungerechtfertigt steigen, einen Weg, Preisabreden unnötig zu machen und wirksam für gerechte Brotpreise zu sorgen, das ist die genossenschaftliche Eigenproduktion des Brotes durch die Konsumenten, bzw. die Konsumgenossenschaft.»

«Es ist unwürdig, immer wieder die Staatshilfe anzurufen, wo die genossenschaftliche Selbsthilfe besser zum Ziele führt, es nur der zielbewußten Einstellung der Konsumenten und einer selbständigen Handlungsweise bedarf, um sicher zu erreichen, was mit Hilfe des Staates nicht oder nur halb gemacht werden kann.»

«Wir Konsumenten wollen selbst dafür sorgen, daß die Ausbeutung vor unserem Tische Halt macht, darum rufen wir alle Verbraucher auf zum Beitritt in den Konsumverein und zur Anteilnahme an allen Bestrebungen genossenschaftlicher Selbsthilfe.»

Sie sehen, wie ein Sozialdemokrat die Sache ansieht. Er kommt ungefähr zum gleichen Schluß, den ich in Heiden schon gezogen habe. Ich sagte dort, eine Preiskontrolle sei auf diesem Gebiete nicht nötig. Wenn man sich die Ausführung denkt, wird man auf enorme Schwierigkeiten kommen. Es können Preise nicht nur durch Vereinbarungen hochgehalten werden; die Preisgestaltung geht wunderbare Wege. Ich habe speziell die Preisgestaltung in den Konsumvereinen nachgesehen, gegen die man nicht den Vorwurf der Ausbeutung erheben kann, da schließlich ein allzu hoher Preis als Rückvergütung an den Konsumenten zurückkommt. Da sind die merkwürdigsten Feststellungen zu machen. Am 1. September, wo sich die Preisermäßigung des letzten Getreideabschlages überall ausgewirkt hat, bestehen Preisunterschiede in Vollmehl — ich habe absichtlich als Vergleichsobjekt nicht das Brot ausgewählt, weil

Qualitätsunterschiede in den verschiedenen Landesteilen gewisse Preisunterschiede rechtfertigen, was ich gegenüber den Feststellungen der Preiskontrollkommission sagen muß — zwischen 54 und 70 Rp., also von 16 Rp.; die Sache ist nicht etwa so, daß an kleineren Orten höhere Preise, an größeren Orten niedrigere Preise sind, sondern es kann gerade umgekehrt sein. Für Weißmehl schwanken die Preise zwischen 64 und 75 Rp., diese Preise schwanken also wie die des Brotes um 10—11 Rp. Ich habe letztes Jahr am 1. Dezember eine Preiserhebung über das ganze Land veranstalten lassen. Damals waren schon ähnliche Preisschwankungen von 15 Rp. für Vollmehl, 11 Rp. für Weißmehl vorhanden. Interessanterweise hatten unter anderen sogar kleine Bergdörfer im Wallis billigere Preise als große Konsumzentren. Interessant war wiederum, daß z. B. ein Konsumverein mit einem relativ hohen Brotpreis niedrige Mehlpreise hatte und umgekehrt. Es konnten aber auch Mehl- und Brotpreise niedrig oder hoch sein.

Nun wollen wir uns einmal die Preiskontrolle und die Untersagung von Preisabreden in der Praxis vorstellen. Wir stehen vor einer Botschaft des Bundesrates betreffend Verbot der Nacharbeit in sämtlichen Bäckereibetrieben der Schweiz. Der Bundesrat erklärt ausdrücklich, daß der Schichtenbetrieb in den Großbäckereien nicht gestattet werden dürfe, weil wir den Kleinbetrieb im Bäckereigewerbe aufrecht erhalten wollen. Der Ständerat hat heute morgen zugestimmt. Ich habe vor einem halben Jahr hier darauf aufmerksam gemacht, daß im Bäckereigewerbe Zwergbetriebe vorhanden sind, die vielleicht nur einmal oder zweimal in der Woche backen können. In der Bäckereizeitung wird selbst zugestanden, daß durchschnittlich gerechnet der größte Teil der schweizerischen Bäckermeister täglich nicht mehr als 100 kg Brot absetzen könne. Die Produktionsmöglichkeit für einen Arbeiter beträgt aber 400 kg pro Tag. Können wir nun annehmen, der Bundesrat werde, wenn die kleinen Bäckermeister erklären, sie können nur 100 kg Brot absetzen, von ihnen verlangen, sie müssen ihre Kalkulation auf einen Ausstoß von 400 kg machen? Das wird der Bundesrat nach seiner Tendenz, den Kleinbetrieb zu schützen, nicht machen. Angesichts dieser Tatsache wird eine Preiskontrolle, wie sie heute verlangt wird, rein theoretisch bleiben. Es wird in praxi dabei nichts herauskommen. Es ist richtig, daß die Bäcker zum Teil unvernünftige Preisvereinbarungen abgeschlossen haben, es ist richtig, daß die Bäcker in einer ungeschickten Weise der eingesetzten Preisbildungskommission ihre Tore verschlossen haben. Die Preisbildungskommission ist dadurch zu einzelnen falschen Schlüssen gelangt, so z. B. wenn sie erklärt, der hohe Brotpreis in der Ostschweiz sei nur durch Preisabreden zu erklären. Wir haben auch Konsumvereine in der Ostschweiz, die gleich hohe Preise haben, wie die privaten Betriebe, höhere Preise als in der West- und Zentralschweiz, und die trotzdem mit ihren Bäckereien keine Seide spinnen, sondern knapp durchkommen. Also müssen für die Preisdifferenzen andere Gründe vorhanden sein.

Aus diesen Gründen erachte ich es nicht als notwendig, daß wir in diesem Falle dem Antrag des Herrn Reinhard zustimmen. Ich betrachte die Sache zwar als unschädlich. Der Antrag ist, wie gesagt, eine Krawatte. Es war der jetzige Bundesrichter Brodt-

beck, der in der ersten Sitzung unserer Kommission für das Strafgesetzbuch diesen Ausdruck gebrauchte, als man darüber lange diskutierte, ob man für Verbrechen auch das Wort Verbrechen gebrauchen dürfe, oder einen anderen Ausdruck verwenden müsse. Die Expertenkommission hatte in ihrem Entwurfe vorgesehen, daß Verbrechen nur als Vergehen bezeichnet werden durften. Da hat Herr Bundesrichter Brodtbeck, damals unser Kollege, erklärt, er sei mit dieser Leisetreteri nicht einverstanden, betrachte das einfach als rote Krawatte und sei dafür, daß man die Dinge beim rechten Namen nenne.

Aehnlich wie er habe ich in Heiden erklärt, daß wir im Antrag Reinhard eine Konsumentenkrawatte vor uns haben, die nichts nützt und vielleicht auch nichts schadet. Wenn die sozialdemokratische Partei erklärt, bei Annahme dieser Vorschrift könne sie für die Vorlage eintreten, könnte man darüber reden.

Nun geht der vom Bundesrat vorgeschlagene Wortlaut eigentlich viel weiter als die Anträge Reinhard und Schmid. Wenn vorgeschlagen wird, es sollen zwecks Wahrnehmung der Interessen der Brotkonsumenten Preisabreden verboten werden, kann ich mir vorstellen, daß man vielleicht von Preisvereinbarungen, wie sie zwischen Gewerkschaften und Bäckermeistern vorkommen, ähnlich wie im Typographengewerbe, sagen könnte, das seien unstatthafte Vereinbarungen.

Auf jeden Fall könnte dagegen, gestützt auf die vom Bundesrat vorgesehene allgemein lautende Verfassungsbestimmung, das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien nicht mehr durchgeführt werden. Das verletzt die Interessen der Brotkonsumenten, die zu wahren dem Bundesrat überbunden wird. Die Fassung des Bundesrates ist viel weitgehender und viel prägnanter als der Antrag Reinhard, darum stimme ich ihr zu.

M. de Meuron: Le troisième alinéa de l'art. 1^{er} du contre-projet a fait surgir diverses propositions qui soulèvent d'importantes questions de principe. J'ai demandé la parole pour présenter quelques observations sur ces diverses propositions. La longueur des débats de ce matin, la fatigue de l'assemblée, l'heure avancée, me font hésiter à prendre la parole, mais je vous promets d'être très bref.

Je veux examiner tout d'abord la proposition de M. Reinhard. Il nous a dit tout à l'heure qu'il était juste, alors que nous avons fait de grosses concessions au producteur et en général à l'agriculture, de faire aussi quelque chose pour le consommateur. Son désir est légitime, mais sa proposition paraît dépasser le but poursuivi et le remède par lui suggéré serait pire que le mal que l'on veut combattre.

M. Reinhard a proposé d'attribuer à la Confédération le droit énorme, extraordinaire, de déclarer nuls des contrats de droit privé. Il ne s'agit pas seulement pour lui de surveiller le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain, mais encore d'annuler, par un acte d'autorité, par une décision unilatérale, les contrats qui seraient préjudiciables aux consommateurs. Cela me paraît impossible et inadmissible. Ce serait une atteinte à tous les principes constitutionnels, en particulier au principe de la liberté du commerce et de l'industrie garantie par l'art. 31 de la Constitution fédérale.

Je sais bien que l'art. 31 prévoit lui-même un certain nombre d'exceptions à ce principe. Mais lorsqu'on veut apporter des exceptions à cette garantie constitutionnelle, il faut le faire en toute connaissance de cause et lorsque c'est absolument nécessaire. On ne peut pas porter atteinte au principe de la liberté des conventions lorsque ce n'est pas indispensable et quand il y a un moyen de faire autrement. Or, dans le cas particulier, il y a d'autres manières d'éviter les inconvénients qui ont été signalés par M. Reinhard.

Et, Messieurs, ce serait en outre une grosse et grave atteinte à ce second principe de notre droit public: la séparation des pouvoirs. Les tribunaux ont leurs compétences et leurs pouvoirs. Jamais on n'a eu, jusqu'à ce jour, l'idée de donner à l'autorité exécutive, à un pouvoir politique, la faculté de remplacer les tribunaux et de rendre une sentence cassant, annulant des contrats de droit privé. C'est là une innovation qui me paraît inacceptable et à laquelle, pour ma part, je ne pourrais jamais me ranger. C'est quelque chose de tout à fait nouveau, qui, jusqu'à présent, n'avait jamais été proposé en des termes aussi positifs et aussi formels.

Ces critiques ont été formulées déjà lors de la dernière séance de la commission, séance à laquelle, malheureusement, M. Reinhard n'assistait pas, mais je pense que ses collègues lui ont rapporté les objections formulées contre sa proposition. Et alors, M. Reinhard a légèrement modifié sa proposition primitive, en y ajoutant ces mots: « par l'organe des autorités compétentes ». Il dit maintenant: « Elle (la Confédération) déclare nulles par l'organe des autorités compétentes toutes conventions préjudiciables aux consommateurs qui sont conclues dans le commerce du blé, la meunerie et la boulangerie. »

« Par l'organe des autorités compétentes ». . . mais cela ne suffit pas! La Confédération ne peut pas donner des ordres aux autorités compétentes. Et puis, qu'est-ce que c'est que les autorités compétentes? Est-ce que ce serait les tribunaux ordinaires? Est-ce que, au contraire, on créera une autorité spéciale à côté du Conseil fédéral, un Département, ou je ne sais quelle administration spéciale, pour surveiller le commerce des céréales, de la farine, du pain? La nouvelle rédaction ne précise pas plus que la précédente. Le dernier texte de M. Reinhard est encore plus dangereux que le précédent, parce qu'il résulte du maintien des mots « déclare nulles », que la Confédération aura le droit de dicter à l'autorité compétente, anonyme, que nous ne connaissons pas, ce qu'elle devra faire. Elle pourra lui donner l'ordre de déclarer nul tel ou tel contrat. On n'ose pas, vraiment, insérer dans la Constitution un article semblable, qui constitue une véritable confusion de pouvoirs et qui est d'une imprécision dangereuse.

Il y a une seule manière de répondre à l'idée de M. Reinhard, si elle est juste et si vous l'adoptez en principe. C'est d'accorder à la Confédération ce que j'appellerai, par analogie avec ce qui se passe dans d'autres domaines, une action révocatoire. Cela signifie le droit pour la Confédération de se porter demanderesse devant les tribunaux compétents, de dénoncer les contrats qui lui paraîtraient préjudiciables aux consommateurs et de soumettre aux tribunaux la question de savoir si ces contrats doivent être annulés ou non.

Nous connaissons cette méthode. Nous avons notamment — je prends cet exemple — dans un autre domaine, celui de la poursuite pour dettes et la faillite, une action révocatoire. La loi de 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite consacre un long chapitre intitulé « De l'action révocatoire » à la possibilité de faire annuler par les tribunaux certains actes qui sont contraires aux intérêts des créanciers, actes commis par des débiteurs soumis à la poursuite ou à la faillite. Mais seuls les tribunaux ont le droit d'annuler et l'on n'a jamais eu l'idée d'accorder ce droit aux offices de poursuite et de faillite eux-mêmes.

Du reste, l'affirmation de l'indépendance du pouvoir judiciaire est exprimée dans le texte même de l'art. 289 de la loi actuellement en vigueur. Cet article stipule que le juge statue librement, en tenant compte des circonstances, sur les contestations dérivant des art. 286 et suivants. « Le juge statue librement », voilà le principe en matière judiciaire.

Lorsqu'il s'agit d'annuler des conventions de droit privé, il faut que les tribunaux entendent les deux parties, examinent toutes les circonstances de la cause et qu'ensuite ils statuent librement et sans recevoir d'ordres de personne. Voilà ce que j'ai à dire sur la proposition Reinhard.

Je vous demande de la repousser, parce que, dans son texte actuel, j'estime qu'elle ne peut pas prendre place dans la Constitution. Une telle disposition ne peut pas devenir un article constitutionnel.

Le mieux est de nous contenter pour le moment de ce qui est prévu dans le projet du Conseil fédéral, puis de renvoyer les mesures d'exécution à la loi d'application. J'accepte très volontiers pour ma part la suggestion de M. le conseiller national Schmid d'ajouter « les prix », afin de bien marquer que la Confédération devra aussi surveiller les prix. Mais je pense qu'il nous faut renvoyer à la loi d'exécution tous les détails. Lorsque nous discuterons cette loi d'exécution qui sera nécessaire par l'article constitutionnel que nous élaborons maintenant, nous verrons si cette loi doit accorder à la Confédération une nouvelle action révocatoire en matière alimentaire, soit pour le commerce du blé, de la farine et du pain. Alors, la question sera étudiée sous toutes ses faces. On n'aura pas accepté hâtivement une disposition qui n'est pas admissible dans sa rédaction actuelle. C'est pourquoi, pour ces quelques motifs, que je m'efforce de résumer le plus possible, je ne puis pas, pour ma part, voter la proposition Reinhard. Je vous engage à la repousser et à nous en tenir, pour le moment, à ce qui est dit à l'art. 3 — et qui est suffisant. Le reste doit être renvoyé à la loi d'application, notamment la manière dont le Conseil fédéral devra et pourra surveiller le commerce et les prix, afin de protéger les intérêts des consommateurs.

M. le conseiller national Nobs, dans le même ordre d'idées, propose de supprimer la phrase « dans les limites de ses attributions ». Je ne puis pas non plus le suivre sur ce terrain. Je crois que cette partie de phrase est utile. Ce n'est peut-être pas très pratique. On me dira que cette phrase est un peu théorique, qu'elle ne dit pas grand'chose, en fait, sur la manière dont la Confédération devra exercer sa surveillance. Cependant, Messieurs, j'aime mieux maintenir « dans les limites de ses attributions » précisément pour montrer que la Confédération n'aura pas le droit

d'annuler unilatéralement des conventions et que ce droit appartiendra aux seuls tribunaux. « Dans les limites de ses attributions », c'est-à-dire dans les limites de l'art. 31 et de la séparation des pouvoirs, la Confédération devra et pourra surveiller le commerce et les prix du blé, de la farine et du pain. Pour tout le reste, renvoi à la loi d'exécution. Je propose également le rejet de la proposition de M. Nobs.

Pendant que nous discutons le troisième alinéa du contre-projet, je voudrais appuyer l'idée qui a été émise par M. le conseiller national Wulliamoz, et ensuite par MM. les rapporteurs, de revenir à la rédaction du Conseil fédéral quant au monopole de la farine. Pour le monopole de la farine, il y a aussi des variantes et un peu d'incertitude dans le texte adopté. La solution que la commission vous propose prévoit que la Confédération prend les mesures douanières nécessaires pour régler l'importation de la farine panifiable et se réserve le droit exclusif d'importer ce produit. Cette rédaction a été adoptée la semaine dernière, dans la dernière séance de la commission, à une heure avancée, alors qu'on n'avait pas pu discuter suffisamment les conséquences de cet amendement. On a modifié sur ce point le texte, préférable à mon avis, du Conseil fédéral, qui dit que la Confédération peut se réserver le droit, si les circonstances l'exigent, d'importer la farine panifiable. La rédaction proposée par la commission est, à mon sens, regrettable et le texte du Conseil fédéral est bien préférable.

La discussion générale a abouti ce matin au vote que nous avons émis, vote solennel, vote important. Notre Conseil a décidé à une forte majorité la suppression du monopole du blé, tout en accordant à l'agriculture et à la culture indigène des céréales les protections qu'elles méritent, qui leur sont nécessaires. Adversaire du monopole dès le début, mais en même temps regrettant que l'encouragement à la culture ait sombré en même temps que le monopole, je me réjouis et me félicite vivement du vote qui est intervenu ce matin. Mais j'ajoute qu'il serait illogique, alors que nous venons d'enterrer le monopole du blé, de créer immédiatement après un autre monopole, celui de la farine. Je crois donc qu'il serait préférable, ici encore, de nous en tenir aux principes généraux qui sont inscrits dans le projet du Conseil fédéral, de ne pas aller plus loin et de renvoyer également à la loi d'exécution tout ce qui concerne les mesures pratiques destinées à protéger les meuniers et à régler l'importation de la farine panifiable.

Voilà, Messieurs, ce que j'avais à dire au sujet de ces diverses propositions. N'oublions pas que nous discutons un article constitutionnel; que nous devons nous borner à des principes généraux; à des principes qui ne soient pas en contradiction avec d'autres principes constitutionnels et que nous devons renvoyer tous les détails, toutes les mesures d'exécution à la loi d'application. Cette loi fera l'objet d'une étude approfondie de la part du Conseil fédéral, tout d'abord, qui soumettra le résultat de cette étude aux Chambres lesquelles pourront à leur tour en toute tranquillité, et en toute connaissance de cause, prendre les mesures voulues. Pour aujourd'hui, il faut nous en tenir aux principes généraux du contre-projet, qui sont admissibles, qui ne sont pas révolutionnaires et qui ne sont pas en contradiction avec ceux qui sont à la base même de notre droit public, tels que la liberté de commerce et d'industrie et la séparation des pouvoirs.

En résumé, j'ai l'honneur de vous proposer de repousser la proposition Reinhard; de repousser également la proposition de M. Nobs et de maintenir les mots « dans la limite de ses attributions » et, enfin, de revenir au texte du Conseil fédéral, de préférence à la dernière proposition de la commission, en ce qui concerne la possibilité d'introduire un jour, exceptionnellement et si les circonstances l'exigeaient absolument, le monopole de la farine panifiable.

Schmid-Olten: Im Laufe dieser Debatte sind aus meinem Votum am sozialdemokratischen Parteitag in Zürich ein oder zwei Sätze vom Herrn Kommissionspräsidenten Dr. Meyer zitiert worden. Ich möchte nun erklären, daß das, was Herr Dr. Meyer gesagt hat, vollständig richtig ist. Ich habe das gesagt; aber etwas anderes habe ich auch gesagt, was Herr Dr. Meyer nicht angeführt hat, und das gehört dazu, nämlich daß, wenn die Bauern und die Angestelltenverbände sich mit dieser Lösung zufrieden geben und mitmachen, es für uns nicht möglich wäre, eine Initiative auf Wiedereinführung des Monopols durchzubringen. Das ist nun etwas wesentlich anderes, als man es hätte verstehen müssen, wenn man glaubte, daß mein Votum auf den Referendumskampf zu beziehen sei. Denn ich bin vollständig überzeugt, daß auch, wenn die Bauern und Angestelltenverbände zu der vorgeschlagenen Lösung des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission stimmen, wir es dennoch fertig bringen werden, die Vorlage zu Fall zu bringen, und zwar, wie ein Redner schon betont hat, weil die Zugpferde, die vor dieser Vorlage stehen, nicht restlos ihre ganze Kraft einsetzen werden. Ich erinnere an das Votum von Herrn Abt. Ich erinnere aber auch daran, daß der Vorstand der Angestelltenverbände am 12. September, d. h. nach der Sitzung in Heiden und vor der Sitzung in Bern, eine Eingabe gemacht hat, unterschrieben von Herrn Baumann, in der folgendes steht: « Die Geschäftsleitung wird ihr — der Generalversammlung der Angestelltenvereinigung — dann für den Fall ausreichender Sicherung der Konsumentenschaft durch Annahme unserer Anträge, d. h. derjenigen der schweizerischen Angestelltenschaft, die Zustimmung zur monopolfreien Vorlage empfehlen. Würde dagegen der Verlauf der parlamentarischen Beratungen dieser Voraussetzung nicht entsprechen, so sehen wir keine Möglichkeit zu einer zustimmenden Parole. Wir hielten uns für verpflichtet, Ihnen von dieser Sachlage Kenntnis zu geben. » Erst zwei Tage, nachdem das beschlossen worden war, hat die Sitzung in Bern stattgefunden. Der Vorstand der Angestelltenkammer hat seinen Beschluß gefaßt unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Antrages an der Kommissionssitzung in Heiden.

Der sozialdemokratische Antrag ist nachher in der Sitzung in Bern abgelehnt worden. Der vorliegende Antrag des Herrn Schmid-Zürich vom 17. September vermag in keiner Art und Weise das zu ersetzen, was hier im Zirkular des Vorstandes der Angestelltenverbände steht. Was in diesem Zirkular gesagt wird, das bezieht sich auf das Verbot der Preisabrede im Getreidehandel, im Müllerei- und Bäckereigewerbe. Was Herr Schmid-Ruedin von Zürich vorschlägt, ist eine Ergänzung des Kommissionsantrages. Was ist das? Das sind Feststellungen, die man dem Bundesrat erlaubt, zu machen.

Was nützen aber diese Feststellungen dem Konsumenten? Sie nützen ihm rein gar nichts.

Als in Heiden unser Antrag kam, ist die Sitzung abgebrochen worden. Die bürgerlichen Herren haben erklärt: Ja, wenn auf diesem Wege die Sozialdemokraten, wenn auch nicht zu einer Zustimmung, so doch zu einem Gewehr bei Fuß veranlaßt werden könnten, dann stimmen wir diesem Antrage zu. Was ist dann geschehen? Da hat Herr Bundesrat Musy erklärt: Jetzt haben wir nicht mehr sachlich über diese Anträge zu diskutieren, sondern jetzt stehen wir vor einer neuen Lage. Jetzt muß ich in Taktik machen. Und worin bestand diese Taktik? Daß Herr Bundesrat Musy sich zuerst erkundigen wollte, nicht nur ob der Gesamtbundesrat zustimme, sondern ob die von ihm als treu bezeichneten Truppen, die Händler, Müller und Bäcker, damit einverstanden seien. Da hat Herr Bundesrat Musy jedenfalls eine abschlägige Antwort erhalten. Darum ist nachher der sozialdemokratische Antrag umgewandelt worden in den Antrag, wie er heute vorliegt, und diesem Antrag können nun die sicheren Truppen der monopolfreien Lösung zustimmen. Für uns aber heißt es, daß dieser Antrag uns absolut keine Gewähr für ausreichenden Konsumentenschutz bieten wird. Das ist doch ganz klar.

Nun hat Herr Bundesrat Musy seine Truppen gewählt. Leider sind die Bauern auch wieder mitgegangen, die sich in Heiden bereit erklärt hatten, unserem Antrage zuzustimmen. Ob nun aber die große Mitgliedschaft der Angestelltenverbände zustimmen wird, auch dann, wenn der Antrag Schmid-Zürich angenommen wird, wage ich zu bezweifeln; denn ihr Wille ist in diesem Zirkular niedergelegt, und das ist etwas ganz anderes, als was nachher herausgekommen ist.

Man hat immer und immer wieder betont, man solle bei dieser Frage Wirtschaftspolitik betreiben und nicht Parteipolitik. Herr Brügger hat erklärt, der sozialdemokratische Antrag auf Konsumentenschutz sei in der Kommissionssitzung in Heiden wie eine Sprengbombe ins bürgerliche Lager geworfen worden. Es war aber die ehrliche Absicht, die Getreidefrage einer Lösung entgegenzuführen, der die Konsumentenschaft zustimmen kann. Das ist dann vereitelt worden, weil aus gewissen Kreisen des Bürgertums, nicht von der Bauernseite, nicht von der Angestelltenseite, sondern von den prinzipiellen Freihändlern die Politik über die Wirtschaft gestellt worden ist. Nur kein Monopol und nur keine Lösung, die irgend einen Eingriff in die Freiheit der Getreidehändler, der Müller und der Bäcker mit sich bringen würde! Deshalb nun dieser Vorschlag des Bundesrates mit der einzigen Neuerung, daß der Bundesrat das Recht erhält, zu konstatieren, und weiter auch gar nichts.

Herr Sulzer hat davon gesprochen, daß sie das Opfer der 10 Millionen gerne bringen, um damit die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten herzustellen. Ich glaube, auch Herr Sulzer ist allzu sehr nur vom politischen Standpunkt ausgegangen und zu wenig vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Denn diese Einheitsfront, die Sie mit Ihrer monopolfreien Lösung in der Fassung des Abs. 3 glauben herstellen zu können, wird nicht imstande sein, die bürgerliche Einheitsfront herzustellen. Es werden in dieser Front so und so

viele Gruppen stehen, die vom Konsumenteninteresse aus nicht werden zustimmen können. Das steht für mich fest. Deshalb bin ich auch vollständig davon überzeugt, daß Sie diese Lösung in der Fassung der Kommissionsmehrheit bei der Volksabstimmung nicht durchbringen werden, sobald wir dagegen Stellung nehmen. Das ist meine Ueberzeugung.

Es wird sich dann die Frage stellen: Ja, was dann? Von diesem: Was dann? werden in erster Linie die Bauern betroffen. Wir haben uns heute nicht weiter damit zu befassen, was dann kommen wird und kommen muß. Wir haben die Hand geboten. Der Beschluß des Parteitages in Zürich, daß man zuerst abwarten wolle, was hier herauskomme, um dann erst endgültig Stellung zu nehmen, war ein Entgegenkommen. Sie haben dieses Entgegenkommen zurückgewiesen, und wir sind damit in die Lage gekommen, jede Verantwortung für das, was nun kommen wird, abzulehnen.

Schirmer: Herr Reinhard hat eingangs seines Votums darauf hingewiesen, daß auch der Sprechende in Heiden seinem Antrag persönlich zugestimmt habe. Es ist mir gegangen wie Herrn Schär. Ich habe mir gesagt, praktisch schadet uns dieser Antrag nichts, und auf der andern Seite steht er mit meiner Auffassung nicht im Widerspruch, weil ich eine jede Preisabrede, die nicht den Produktionskosten entspricht, als illoyal und volkswirtschaftlich schädlich betrachte. Ich habe damals über die internen Verhältnisse der Brotpreisgestaltung vielleicht etwas mehr gewußt als andere Herren. Für mich war damals schon klar, daß nie eine staatliche Preisfestsetzungskommission dazu komme, einen Mahllohn für die Müller oder einen wesentlich andern Brotpreis für die Bäcker festzusetzen, als das heute aus Preisbildungstendenzen heraus, die Ihnen Herr Schär erläutert hat, ohnehin der Fall ist. Die Brotpreisstudie unserer offiziellen Preisbildungskommission ist eine außerordentlich fleißige Arbeit. Allein, sie geht doch in zwei Punkten von ganz falschen Voraussetzungen aus. Wenn die Preisbildungskommission festsetzt, daß die Produktionskosten in einem Betriebe in Zürich bei 300 kg Mehlverbackung auf diesen und diesen Preis kommt, so übersieht sie dabei, daß dies den tatsächlichen Verhältnissen eben nicht entspricht. Herr Schär hat schon darauf hingewiesen, daß der Durchschnitt, den wir in der Schweiz für einen Bäckereibetrieb haben, vielleicht nicht einmal mehr 100 kg Mehl ist. In St. Gallen sind es, nach den Haushaltsrechnungen ausgerechnet, 128 kg Brot, das ist pro Betrieb etwa 95 kg Mehl. Nun haben wir in der Schweiz 5000 Bäckereibetriebe. Ich gebe Ihnen zu, es sind 3000 zu viel. Wenn Sie dazu kommen, in der Bäckerei die Bedürfnisklausel einzuführen, dann werden die Bäckermeister die ersten sein, die einer solchen Bedürfnisklausel zustimmen. Solange das nicht der Fall ist, entwickeln sich Bäckereibetriebe überall da, wo man etwa die Hoffnung haben kann, daß ein Betrieb dabei seine Existenz noch finde.

Das ist zu bedauern, aber heute nicht anders zu machen, und namentlich nicht anders zu machen in einem Gesetz, wie es vor uns liegt, das mit dieser Frage nicht unmittelbar im Zusammenhang steht. Ich bin mit Herrn Schmid der Auffassung, daß wir, vielleicht früher als wir glauben, ganz sicher schon

in den nächsten 10 Jahren, mit einer Kartellgesetzgebung uns ernstlich werden befassen müssen. Man wird diese Gesetzgebung in ihrer ganzen Tragweite besprechen und sie vielleicht auch ordnen können, wenn ich auch bemerken muß, daß sie in der Praxis weit schwerer zu lösen ist als in der Theorie.

Nun die Preisabreden, welche in dieser Preisbildungsstudie in zweiter Linie genannt worden sind. Wer die Menschen kennt, der muß es sofort als absolut unmöglich bezeichnen, daß man mit 5000 Bäckermeistern ein Kartell bilden kann. Ein Kartell bilden kann man dort, wo wenige intelligente, weitblickende Kaufleute an der Spitze irgendwelcher Betriebe stehen. Ein Kartell bilden konnte man zum Beispiel in der Zementindustrie. Schon viel schwerer ist es in der Müllerei. Und meist ist es dann so, daß es einem Kartell außerordentlich gut oder außerordentlich schlecht geht. Nun wird Herr Reinhard nach mir noch einmal sprechen. Ich wäre ihm dankbar, wenn er mir sagen würde, woher er seine Kenntnisse hat über die Produktionskosten der Zementindustrie, woher er weiß, daß dort die Preise 20 oder 30 % zu hoch sind. Irgendwoher muß er das wissen, sonst hätte er es nicht so positiv sagen können.

In der Bäckerei Preisabreden durchzuführen, ist bei 5000 Bäckermeistern einfach eine Unmöglichkeit. Wie gehen diese Preisabreden vor sich? Da komme ich zu dem Grund, warum ich bei der praktischen Ueberlegung des Antrages Reinhard mir gesagt habe: Man erreicht eigentlich dabei nichts. Sie können doch den Bäckern nicht verbieten, das Brot zu irgendeinem Preise zu verkaufen. Für den Konsumenten ist natürlich ein jeder Preis eigentlich schädlich, denn für ihn wäre es am praktischsten, die Sache kostenlos zu bekommen. Wenn er schon einen Preis bezahlen muß, dann muß der Bäcker doch wissen, was für einen Preis er verrechnen soll, und da komme ich auf einen wunden Punkt zu sprechen.

Von 100 Bäckermeistern haben 99 keine Buchhaltung und wissen gar nicht, wie ihre Produktion sich eigentlich gestaltet. Ich habe schon vor etwa 4 oder 5 Jahren probiert, der Brotpreisgestaltung im Kanton St. Gallen einmal auf den Grund zu kommen. Ich habe mit Fachleuten einen Fragebogen ausgearbeitet und ihn an verschiedene Bäckermeister geschickt, und ich habe auch Auskunft bekommen, aber eine Auskunft, mit der ich gar nichts anfangen konnte, bei der ich gesehen habe, daß die Leute, die den Bogen ausfüllten, sich gar nie ein Bild darüber machten, was sie eigentlich mit ihrem Mehl anfangen, das sie das ganze Jahr verbacken. Sie leben von der Hand in den Mund, sie brauchen, was übrig bleibt, und im übrigen strecken sie sich nach der Decke. Das ist auch der Grund, warum die Preisbildungskommission von den Bäckermeistern keine Auskunft erhalten hat, vielleicht viel weniger, weil sie keine Auskunft geben wollten, als daß sie keine geben konnten, weil sie über diese Dinge selbst nicht unterrichtet sind.

Es ist auch ausserordentlich schwer, in einem gemischten Betrieb diese Kalkulation herauszuarbeiten. Nun stützt sich die Preisbildungskommission in ihrem Urteil auf einen einzigen Betrieb. Ich habe hier auch den Auszug aus einem Betrieb, den ich selbst zu Steuerzwecken erhoben habe, weil der Mann viel zu viel versteuern mußte. Da komme ich bei einem Betrieb mit 28,000 Fr. Umsatz — der Mann

verkauft also im Tag etwa 150 kg Brot, etwas mehr als der Durchschnitt — auf ein Einkommen, das bei 310 Arbeitstage für den Bäcker 3100 Fr. Arbeitslohn macht und für seine Frau für die Bedienung des Ladens 900 Fr., zusammen also ein Einkommen von 4000 Fr. Er hat im folgenden Jahre das Geschäft etwas vorwärts gebracht und einen etwas größern Umsatz erzielt. Im ersten Jahr hat der Backlohn 21 Rappen pro Kilo Brot betragen und im folgenden Jahre mit größerem Umsatz ungefähr 19 Rappen. Hätte der Mann die volle Produktionsquote herausholen können, wie sie Herr Dr. Schär das mit 400 kg im Tage festsetzt, dann wäre der Preis noch weiter gesunken. Allein diese kleinen Betriebe sind nun einmal in großer Zahl vorhanden; wir können die Leute doch nicht totschiagen, die zu viel sind im Bäckereigewerbe, und müssen mit diesen Verhältnissen rechnen. Wir sehen, daß der Preis immer etwas höher ist dort, wo im Verhältnis zur Bevölkerungszahl außerordentlich viele Bäckereibetriebe bestehen, weil Verhältnisse, über die man nicht hinauskommt, zu diesen Preisfestsetzungen zwingen.

Nun wird auch eine staatliche Kommission nichts anderes machen können, als sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden, und deshalb hat praktisch ein Verbot der Preisabrede keine Bedeutung. Und nun rechtlich? Da haben wir eigentlich heute schon ein genügendes Rechtsmittel. Wenn der Bäckermeisterverband einen Brotpreis verabredet, der illoyal ist, der den Produktionskosten nicht entspricht, so wird kein Richter den Verband schützen, der einen zu hohen Preis verabredet hat. Ich kann Ihnen aber praktisch sagen, daß z. B. in St. Gallen seit Jahren, solange ich mich zurückerinnern kann, kein Bäckermeister mehr gestraft worden ist, weil er den Preis nicht gehalten hat, trotzdem man an allen Ecken und Enden weiß, daß die Bäckermeister die Preise nicht halten und daß sie offen, mit Zugabe von Weggli und andern Dingen, die Preise unterbieten, um ihren Kundenkreis zu fördern. Warum strafft der Bäckermeisterverband keinen mehr? Weil er genau weiß, daß der Gebüßte aus dem Verband austritt und daß er ihn dann erst recht nicht mehr in den Fingern hat. Was die Durchführung der Preisabreden in den Verbänden betrifft, wollen Sie bedenken, daß diese in der Praxis viel, viel schwerer ist als in der Theorie. Es sind vielfach Kartenhäuser, die beim erstbesten Windstoß von außen zusammenfallen.

Wenn ich nun nicht gegen eine gewisse Preiskontrolle bin, so deshalb nicht, weil wir auf dem Gebiet des Submissionswesens direkt zum Staate gehen und ihn bitten, mit uns die Preise zu kontrollieren und gemeinsam festzusetzen, weil die Auswirkungen der Wirtschaftskonkurrenz so schwere sind, daß wir aus eigener Kraft gar nicht zu einer Preisgestaltung kommen, die den Produktionskosten entspricht. Da bewundere ich nun Herrn Reinhard in einem weitem Punkte. Er sagt: Ueber den Begriff der Produktionskosten bilden 12 Volkswirtschaftler 13 Meinungen, über den Begriff der Selbstkosten dagegen ist man vollständig im klaren. Ich möchte Sie nun einmal bitten, mir zu sagen, was für ein Unterschied ist zwischen Selbstkosten und Produktionskosten. Schon darüber würden wir jedenfalls auch 13 Meinungen erhalten. Wenn die Selbstkosten festgestellt werden können, so können es auch die

Produktionskosten, oder umgekehrt beides zusammen nicht. Ich glaube, wir sind heute noch kaum so weit, darüber ein absolut zutreffendes Bild zu haben, was man in die Produktionskosten oder in die Selbstkosten alles einrechnen muß. Auf alle Fälle muß man all das einrechnen, was den Geschäftsbetrieb belastet. Schließlich ist der sogenannte Unternehmergewinn nur das, was am Ende über die Ausgaben, die der Betriebsinhaber selbst hat und über die Vergütung für seine eigene Arbeitsleistung hinaus bleibt. Das ist z. B. in großen Kreisen des Kleingewerbes gar nichts mehr. Das Ergebnis kann in einem Großbetrieb oder bei glücklichen Verumständen allerdings auch einmal ein erfreuliches sein. Die eigene Arbeit des Unternehmers und all seine Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb, die Geschäftskosten usw. bilden aber einen nicht zu lösenden Teil der gesamten Selbstkosten.

Weil nun der Entscheid in all diesen Fragen außerordentlich schwierig ist und bei allfälligen Klagen durch die heutigen Gerichte kaum gelöst werden könnte, kam ich bei der Prüfung der Frage zur Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, jetzt im heutigen Zusammenhang diese Frage lösen zu wollen. Die Fassung, die in Bern bei der letzten Kommissionssitzung herausgekommen ist, gibt uns die nötige Grundlage, um das zu erreichen, was wir praktisch erreichen können, und im übrigen wollen wir es gern der künftigen Kartellgesetzgebung überlassen, wie sie diese Frage löst. Im Prinzip bin ich nicht dagegen, weil ich nicht an einem Orte etwas erstreben will, was ich andernorts als schädlich bekämpfe.

Nun noch ein letztes Wort über die Abwälzung der sogenannten statistischen Gebühr, von der auch Herr Reinhard gesprochen hat. Sie bedeutet mit ihren 10—12 Millionen in der Gesamtheit einen ganz erheblichen Betrag, aber sie verteilt sich in derart kleine Mengen, daß praktisch eine Ueberwälzung nicht mehr möglich ist. Wenn Sie in einer Maschinenfabrik heute mit Geschäftskosten, die etwa 150—200 % des Arbeitslohnes betragen, rechnen müssen, so werden Sie mir zugeben, daß es keine Rolle spielt, ob ich 150 % oder 150,3 % Geschäftskosten habe. Und mehr als zirka 0,3 % macht im Durchschnitt diese Belastung der statistischen Gebühr in den Betrieben nicht aus. Das ist nun eine so kleine Menge, daß, wenn sie auch im einzelnen Betrieb einige 10,000 Fr. ausmachen kann, sie in der Kalkulation praktisch nicht mehr erfaßt und deshalb praktisch auch nicht überwälzt werden kann. Es ist etwas ganz anderes, wenn ich eine Unfallversicherung bezahlen muß, welche 3, 4 oder 6 % des Arbeitslohnes ausmacht. Das ist ein Betrag, den ich praktisch in die Kalkulation einsetzen muß und einsetzen kann. Aber die Faktoren, die in einem Geschäftsbetriebe die Unkosten beeinflussen, sind viel größer und viel vielgestaltiger, als daß eine Belastung von 0,3 % praktisch erfaßt werden könnte. Theoretisch selbstverständlich müssen diese 10 Millionen wieder herausgewirtschaftet werden, aber man wird aus den Gründen, die ich jetzt genannt habe, nicht von einer unklaren Belastung der Konsumenten sprechen können.

Ich kann deshalb aus voller Ueberzeugung zu dem Antrag der Kommission stimmen. Wir fürchten eine Kontrolle z. B. im Sinne der Ausführungen des

Herrn Schmid durchaus nicht; aber es braucht dies nicht expressis verbis im Verfassungsartikel gesagt zu werden. Man soll dem Gesetz und der Gesetzesausführung Einzelheiten überlassen, die sicher das Rechte finden werden.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 20. September 1928.
Séance du matin du 20 septembre 1928.

Vorsitz -- Présidence: Hr. Minger.

2285. Maß und Gewicht. Aenderung des Art. 25 des Bundesgesetzes.

Poids et mesures. Revision de l'art. 25 de la loi.

(Siehe Seite 609 hievor. — Voir page 609 ci-devant.)

Beschluß des Ständerates vom 17. September 1928.
Décision du Conseil des Etats du 17 septembre 1928.
Vorlage der Redaktionskommission vom 20. September 1928.
Projet de la commission de rédaction du 20 septembre 1928.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Gesetzentwurfes 110 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 769 hievor — Voir page 769 ci-devant.)

Baumberger: Ich hatte wahrlich nicht im Sinne, ein zweitesmal zu diesem Gegenstande zu reden; denn ich will Ihnen offen gestehen, ich bin des Mahlens und Knetens ein wenig müde. Hingegen hat mein verehrter Herr Kollega Reinhard in seinem gestrigen Votum einige so liebenswürdige Worte an mich gerichtet, daß ich mich des Undanks schuldig machen würde, wenn ich nicht mit einigen Worten darauf entgegnete.

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.09.1928
Date	
Data	
Seite	769-785
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 453

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Produktionskosten, oder umgekehrt beides zusammen nicht. Ich glaube, wir sind heute noch kaum so weit, darüber ein absolut zutreffendes Bild zu haben, was man in die Produktionskosten oder in die Selbstkosten alles einrechnen muß. Auf alle Fälle muß man all das einrechnen, was den Geschäftsbetrieb belastet. Schließlich ist der sogenannte Unternehmergewinn nur das, was am Ende über die Ausgaben, die der Betriebsinhaber selbst hat und über die Vergütung für seine eigene Arbeitsleistung hinaus bleibt. Das ist z. B. in großen Kreisen des Kleingewerbes gar nichts mehr. Das Ergebnis kann in einem Großbetrieb oder bei glücklichen Verumständen allerdings auch einmal ein erfreuliches sein. Die eigene Arbeit des Unternehmers und all seine Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb, die Geschäftskosten usw. bilden aber einen nicht zu lösenden Teil der gesamten Selbstkosten.

Weil nun der Entscheid in all diesen Fragen außerordentlich schwierig ist und bei allfälligen Klagen durch die heutigen Gerichte kaum gelöst werden könnte, kam ich bei der Prüfung der Frage zur Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, jetzt im heutigen Zusammenhang diese Frage lösen zu wollen. Die Fassung, die in Bern bei der letzten Kommissionssitzung herausgekommen ist, gibt uns die nötige Grundlage, um das zu erreichen, was wir praktisch erreichen können, und im übrigen wollen wir es gern der künftigen Kartellgesetzgebung überlassen, wie sie diese Frage löst. Im Prinzip bin ich nicht dagegen, weil ich nicht an einem Orte etwas erstreben will, was ich andernorts als schädlich bekämpfe.

Nun noch ein letztes Wort über die Abwälzung der sogenannten statistischen Gebühr, von der auch Herr Reinhard gesprochen hat. Sie bedeutet mit ihren 10—12 Millionen in der Gesamtheit einen ganz erheblichen Betrag, aber sie verteilt sich in derart kleine Mengen, daß praktisch eine Ueberwälzung nicht mehr möglich ist. Wenn Sie in einer Maschinenfabrik heute mit Geschäftskosten, die etwa 150—200 % des Arbeitslohnes betragen, rechnen müssen, so werden Sie mir zugeben, daß es keine Rolle spielt, ob ich 150 % oder 150,3 % Geschäftskosten habe. Und mehr als zirka 0,3 % macht im Durchschnitt diese Belastung der statistischen Gebühr in den Betrieben nicht aus. Das ist nun eine so kleine Menge, daß, wenn sie auch im einzelnen Betrieb einige 10,000 Fr. ausmachen kann, sie in der Kalkulation praktisch nicht mehr erfaßt und deshalb praktisch auch nicht überwälzt werden kann. Es ist etwas ganz anderes, wenn ich eine Unfallversicherung bezahlen muß, welche 3, 4 oder 6 % des Arbeitslohnes ausmacht. Das ist ein Betrag, den ich praktisch in die Kalkulation einsetzen muß und einsetzen kann. Aber die Faktoren, die in einem Geschäftsbetriebe die Unkosten beeinflussen, sind viel größer und viel vielgestaltiger, als daß eine Belastung von 0,3 % praktisch erfaßt werden könnte. Theoretisch selbstverständlich müssen diese 10 Millionen wieder herausgewirtschaftet werden, aber man wird aus den Gründen, die ich jetzt genannt habe, nicht von einer unklaren Belastung der Konsumenten sprechen können.

Ich kann deshalb aus voller Ueberzeugung zu dem Antrag der Kommission stimmen. Wir fürchten eine Kontrolle z. B. im Sinne der Ausführungen des

Herrn Schmid durchaus nicht; aber es braucht dies nicht expressis verbis im Verfassungsartikel gesagt zu werden. Man soll dem Gesetz und der Gesetzesausführung Einzelheiten überlassen, die sicher das Rechte finden werden.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Vormittagssitzung vom 20. September 1928.
Séance du matin du 20 septembre 1928.

Vorsitz -- Présidence: Hr. Minger.

2285. Maß und Gewicht. Aenderung des Art. 25 des Bundesgesetzes.

Poids et mesures. Revision de l'art. 25 de la loi.

(Siehe Seite 609 hievor. — Voir page 609 ci-devant.)

Beschluß des Ständerates vom 17. September 1928.
Décision du Conseil des Etats du 17 septembre 1928.
Vorlage der Redaktionskommission vom 20. September 1928.
Projet de la commission de rédaction du 20 septembre 1928.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Gesetzentwurfes 110 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 769 hievor — Voir page 769 ci-devant.)

Baumberger: Ich hatte wahrlich nicht im Sinne, ein zweitesmal zu diesem Gegenstande zu reden; denn ich will Ihnen offen gestehen, ich bin des Mahlens und Knetens ein wenig müde. Hingegen hat mein verehrter Herr Kollega Reinhard in seinem gestrigen Votum einige so liebenswürdige Worte an mich gerichtet, daß ich mich des Undanks schuldig machen würde, wenn ich nicht mit einigen Worten darauf entgegnete.

Mein Kollege Reinhard, den ich hoch schätze, weil ich ihn immer als aufrichtigen, wenn auch etwas grobschlächtigen Politiker betrachtete (Heiterkeit), freilich auch nicht als besonderen Diplomaten — was kein Schimpf ist —, hat mir durch sein Votum entschieden den Eindruck erweckt, als ob er sich da doch unter die Diplomaten begeben hätte und nach deren alter Gepflogenheit die Kriegsschuld am kommenden Getreidekrieg zum voraus auf uns abladen wollte. Bekanntlich ist das ja immer das Spiel der später kriegtreibenden Parteien, daß man schon zum voraus jede die Schuld am Krieg auf die andern abwälzen will. Wir haben das ja in furchtbarer Weise erleben müssen 1914.

Nun wollen wir auf dieses Thema doch noch ein wenig zu sprechen kommen. Ich will Ihnen offen gestehen, ich habe, nachdem Herr Reinhard seinen Antrag in der Kommissionssitzung in Heiden eingebracht hatte und durchblicken ließ: wenn man diesen Antrag annehmen würde, könnte er seinerseits sich zu einer neutralen Stellung der Vorlage gegenüber bereit erklären — da habe ich aufgeatmet und habe darin eine gewisse Handreichung gesehen. Ich habe auch nicht verkannt, daß im Antrag Reinhard ein guter Kern liegt. Herr Kollega Reinhard erinnert sich vielleicht, daß ich schon in der ersten Kommissionssitzung in Sierre erklärt habe, in meinen Augen habe die Vorlage, die damalige, noch einen gewissen Mangel, da der Konsumentenschutz zu wenig zum Ausdruck komme, wobei wir alle ja einverstanden sind, daß es hier auch einen Konsumentenschutz geben muß. Und ich sagte mir: der Kern des Antrags Reinhard verfolgt diesen Zweck — wobei wir uns natürlich nähere Prüfung des Antrages vorbehalten mußten. Die Beratungen in Heiden nahmen dann den Verlauf, den Herr Kollega Schmid-Olten ziemlich getreu geschildert hat: Die Vertreter der Sozialdemokraten in der Kommission erklärten, sie könnten die Zusage der Neutralität im Falle der Annahme des Antrages Reinhard/Schmid-Olten (formell war der Antrag Reinhard, mit einigen redaktionellen Umgestaltungen, zu einem Antrag Schmid geworden) noch nicht verbindlich erklären, bis der Parteitag Beschluß gefaßt habe betreffend die Neutralität der Partei; wobei der Sprechende als selbstverständlich voraussetzte, daß es sich hier nicht um wörtliche Annahme des Antrages handeln würde, sondern um eine sinn gerechte Annahme. Ich glaube nun, das ist etwas, was auf der Hand liegt. Und andererseits erklärte, wie Herr Schmid ebenfalls betonte, Herr Bundesrat Musy seinerseits, auch er könne keine verbindliche Zustimmung abgeben, sondern er müsse die Stellungnahme des Bundesrates zu diesem Antrag abwarten. Wie nahe man sich am Schlusse der Sitzung gerückt war, beweist, daß gegen den Schluß die gesamte Kommission sich portraitierten ließ, natürlich um auch ein historisches Bild vom berühmten Getreidefrieden von Heiden zu hinterlassen. Ich glaube, beim Herrn Weibel drüben können Sie noch eine solche Photographie sehen, sie wird Ihnen vielleicht gefallen, denn sie stellt ein Bild rührender Eintracht dar.

Und nun zweiter Akt! Er spielte sich auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Zürich ab, der meines Wissens am 9. September dieses Jahres stattgefunden hat. Dort wurde das Friedensangebot der Vertreter der sozialdemokratischen Partei

unserer Kommission nicht anerkannt, sondern es wurde ungefähr gesagt — man ist da auf die Berichterstattung der Presse angewiesen —, eure Botschaft hören wir wohl, doch uns fehlt der Glaube. Der Verlauf am Parteitag in Zürich war ein solcher, daß man sagen konnte, die Herren sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission hätten eine gewisse Niederlage erlitten. Herr Reinhard schüttelt sein Haupt, aber diesen Eindruck mußte jeder Außenstehende haben. An diesem Eindruck war eben die sozialdemokratische Presse schuld. Ich denke, sie wird ziemlich getreu referiert haben, denn sie flickt immer so viel an den jeweiligen Referaten über unsere Parteitage herum, daß zu erwarten ist, die Referate über die eigenen Parteitage seien ein Spiegelbild der Treue, was zwar nicht überall geglaubt wird. Ich will das in Parenthese beifügen. Mit der Stellungnahme in Zürich war nun eigentlich die Offerte in Heiden dahingefallen, eine Offerte, die nota bene nicht auf Unterstützung der Vorlage hinausging, wenn man diesen Antrag annehme, sondern nur auf eine neutrale Stellung.

Wenn ich noch ein Wort über den Parteitag in Zürich verlieren soll, ist zu betonen: Jener Parteitag mußte nach den Referaten der sozialdemokratischen Presse den Eindruck erwecken, daß das Milieu dieses Parteitages zur ganzen Vorlage sehr negativ eingestellt war. Mich hat nur gewundert, daß man nicht direkt die Verwerfung proklamiert hat. Gewiß ist aber, daß mit der Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteitages die Offerte in Heiden, ich drücke mich so aus, dahingefallen war.

Jetzt will ich aber noch etwas anderes beifügen. Als ich am Montag die bezüglichen Referate las, war ich nicht etwa sehr erfreut, sondern ich habe mich in einem kleinen Kreise von Parteifreunden dahin ausgedrückt: Wenn wir jetzt nur so gescheid sind, daß wir das Gute, das im Antrag Reinhard steckt, nicht im Unmut über Bord werfen, sondern beibehalten. Ich glaube, das eine und andere Mitglied hier kann diese Auffassung, die ich zum Ausdruck brachte, bestätigen: Ich war deshalb außerordentlich angenehm überrascht, als ich in der neuen bundesrätlichen Fassung den guten Kern des Antrages Reinhard in weitestgehender Weise berücksichtigt sah mit der Schaffung eines Aufsichtsrechtes des Bundes über den Verkehr mit Brotgetreide, über den Verkehr der Müllereien und der Bäckereien. Ich sagte mir, mehr könne man unmöglich verlangen; wem das nicht genügt, der will eben zu viel und wer zu viel will, bekommt gewöhnlich nichts im Leben.

Verweilen wir noch einen Augenblick beim Vorschlag, wie er vom Bundesrat in der zweiten Sitzung der Kommission in Bern am 14. September vorgelegt wurde und wie er Ihnen auch vorliegt. Verweilen wir dabei vom Standpunkt des Schutzes der Konsumenten. Zunächst bemerken wir, daß dem Bunde wie schon im früheren Antrag auch die Wahrung der Interessen der Mehl- und Brotkonsumenten obliegt und daß diese Wahrungspflicht in ebenbürtiger Weise festgelegt ist wie die Schutzpflicht zur Erhaltung der Müllerei, die dem Bund im gleichen Artikel übertragen ist. Um hierüber ja keinen Zweifel zu lassen, daß Schutzpflicht der Müllerei und Wahrung der Interessen der Konsumenten koordinierte Begriffe sind, hat man hier noch die Ueberleitung mit dem Wörtlein «desgleichen» gemacht. Was heißt Wah-

rung der Interessen der Mehl- und Brotkonsumenten? Hier gibt es nur zwei Interessen zu wahren. Das eine ist das Preisinteresse, das Herr Kollega Schmid-Ruedin in einem ausführlichen Votum herausgekehrt hat und das andere ist die Wahrung in qualitativer Hinsicht. Ausser diesen beiden Interessen gibt es keine andern, und wenn der Bundesrat hier nicht schützen würde, dann hätte die ganze Bestimmung gar keinen Wert. Also würde eigentlich das schon genügen. Nun hatte aber die anfängliche Fassung des Bundesrates in meinen Augen eine Lücke. Wir hatten wohl die Wahrung der Interessen, wir hatten die Möglichkeit, die das Einfuhrmonopol für Backmehl dem Bunde gab, gegen alles, was Mißbrauch heißt, kategorisch aufzutreten, aber wir hatten keine Verbindung zwischen beiden. Diese Verbindung wurde hergestellt mit dem Aufsichtsrecht des Bundes über den Getreidehandel, über den Verkehr der Mülereien und Bäckereien. Ich habe Ihnen gestern auseinandergesetzt, daß dies genügen sollte für jeden, der nur einigermaßen guten Willens ist. Herrn Kollegen Reinhard möchte ich sagen, daß man, wenn man eben nicht mehr ein Fünkeln guten Willens und ein Fünkeln Vertrauen aufbringt, Gesetze und Verfassungsartikel machen kann, wie man will, es wird dabei nichts herauskommen.

Gestatten Sie mir noch ein Wort über den Preisschutz. Hier wird meines Erachtens etwas übertrieben. Der Preisschutz ist genügend gewahrt. Ich erinnere mich noch heute der Zeiten, in denen es bereits einen Preisschutz gab im Schweizerlande, wo man in den meisten Kantonen die amtliche Brotschatzung hatte für die Festlegung des Brotpreises. Ich habe es miterlebt, daß über die amtliche Brotschatzung der Unwille immer größer geworden ist und daß gerade die Konsumenten es waren, die am meisten darüber klagten. Der Grund ist sehr naheliegend. Die amtliche Brotschatzung mußte einen Preis festsetzen, bei dem auch der kleinste Bäcker noch existieren konnte. Damit war ein Höchstpreis geschaffen, welcher besonders für die kleinen Bäcker auf dem Lande zur Unerträglichkeit wurde. In zweiter Linie ergab sich ein Unwille bei den Konsumenten, weil mit der amtlichen Brotschatzung in mehr als einem Kanton die Servitut verbunden war, nicht billiger zu verkaufen. Das war in meinen Augen eigentlich selbstverständlich, wenn man nicht eine Unterbieterei heraufbeschwören wollte, die die kleinern Bäcker einfach ruiniert hätte, und das wäre eigentlich das Ideal, dem man zustreben sollte, wenn man den Preisschutz konsequent ins Extreme verfolgen würde, Herr Kollega Schmid. Ich, von meinem Standpunkte aus, wüßte im Interesse der Konsumenten nichts Schlimmeres als die Wiederkehr einer ähnlichen Institution, wie es die sogenannte amtliche Brotschatzung gewesen ist, die heute zu den verschollenen Dingen zählt.

Alles das betrachtet, finde ich eben doch, die Formulierung, die der Bundesrat gefunden hat, viel besser als den Antrag unseres verehrten Kollegen Herrn Reinhard. Herr Schmid-Olten hat besonders betont, wir seien die großen Sünder, die die zur Verständigung hingereichte Hand zurückgewiesen hätten. Ich möchte da kein Gezänk über Kriegsschuld und Nichtkriegsschuld heraufbeschwören. Aber wenn man den wirklichen Schuldigen suchen will, so muß man denn doch sagen, der sozialdemokratische Par-

teitag habe die Hand lahmgelegt, die in Heiden geboten worden ist. So liegen die Dinge. Wenn man heute den Antrag des Herrn Kollegen Reinhard, der in seiner rechtlichen Konstruktion so außerordentlich anfechtbar ist, wie Herr Kollega de Meuron gestern in einem sehr gründlichen Votum dargelegt hat, für uns zum caudinischen Joche machen und sagen will, ihr Bürgerlichen müßt darunter durchschlüpfen, damit wir Kommissionsmitglieder am nächsten Parteitag der Sozialdemokraten eine bessere Figur machen, da müßte ich doch den Herren empfehlen, schlüpfen Sie selber durch, mein Rücken ist zu alt geworden, um sich so zu buckeln. (Zuruf: Aber Sie haben doch in Heiden dem Antrag Reinhard zugestimmt.) Im Prinzip, ja, mein lieber Freund Nobs. Herr Schmid-Olten hat dann prophezeit, die Vorlage werde verworfen werden. Ich möchte mich nicht in Prophezeiungen ergehen, aber ich glaube noch nicht daran, denn diese Vorlage ist eine Lebensfrage für einen großen Teil unserer Landwirtschaft. Man glaubt vielfach, wenn auch dieser Entwurf unterliege, könne man doch die Förderung des Getreidebaues in unserer Landwirtschaft durch irgendwelchen Bundesbeschluß weiterführen. Nein, meine Herren, Sie können meinerwegen die Mahlprämie weiterführen, Sie können sie sogar erhöhen, auch wenn die Vorlage verworfen wird, aber die Hauptsache, die Leistung eines Ueberpreises mit Abnahmepflicht fällt dahin und das Hauptgewicht liegt auf der Abnahmepflicht. Wenn diese Vorlage verworfen wird, nachdem die andre schon verworfen worden ist, dann haben Sie die Abnahmepflicht ebenfalls verworfen und die Förderung des Getreidebaues durch den Bund ist so gut wie illusorisch geworden.

Herr Kollega Schmid-Olten vergißt bei seiner Prophezeiung etwas. Er hat nämlich den Faktor vergessen, daß in weiten Kreisen unseres Volkes die Ueberzeugung erwacht ist, sowohl bei den Freunden des Monopols als bei den Freunden der monopolfreien Lösung, daß mit dem Getreideversorgungsprojekt einmal fertig gemacht werden, daß hier eine Lösung getroffen werden muß. In weiten Kreisen ist man glücklicherweise der Ansicht, daß die Frage der Getreideversorgung über der Monopolfrage steht. Mit dieser Parole wird voraussichtlich die Prophezeiung unseres Kollegen, Herrn Schmid-Olten, nicht in Erfüllung gehen; er mag sich damit trösten, daß es andern Wetterpropheten auch schon so ergangen ist.

Reinhard: Ich habe mit einer gewissen freudigen Ueberraschung festgestellt, daß, nachdem man den Antrag der sozialdemokratischen Partei zunächst politisch behandelt hatte, man sich heute dazu bequemt hat, eine gewisse wirtschaftliche Betrachtung des Antrages einzuführen. Das ist durch verschiedene Ratsmitglieder geschehen. Gestatten Sie mir, darauf möglichst kurz noch eine Antwort zu geben. Herr de Meuron hat sich gegen meinen Antrag gewandt, weil er ihm aus zwei Gründen nicht paßte, weil er darin erstens eine Verletzung der Gewerbefreiheit sieht. Er hatte mit dem natürlichen Pathos eines Anhängers der unbedingten Gewerbefreiheit uns zum Vorwurf gemacht, daß wir sie neuerdings verletzten und den Rat aufgefordert, aus diesem Grunde den Antrag abzulehnen. Ich weiß wirklich nicht,

ob man auf gutem Boden steht, wenn man den Antrag aus diesen Gründen bekämpft. Sehen Sie sich doch einmal die Vorlage an. Ich berufe mich auf das Zeugnis des Herrn Bundesrat Musy, daß die ganze Grundlage im Grunde genommen von A bis Z eine Verneinung der Gewerbefreiheit sei. Der Bund behält sich das Recht vor, Backmehl einzuführen, mit andern Worten, der Bund verbietet eventuell einzelnen Männern, Backmehl einzuführen. Er behält ein Monopol für diese Einfuhr. Nehmen Sie weiter die vielen Einschränkungen, die sich die Müllerei gefallen lassen muß bei Abnahme des inländischen Getreides. Nehmen Sie gewisse Vorschriften, die den Bauern gemacht werden über den Verkauf des Getreides: sie werden auf der ganzen Linie von A bis Z nichts als Einschränkungen der Gewerbefreiheit finden. Diese Einschränkungen der Gewerbefreiheit hat Herr de Meuron ganz ruhig angenommen. Warum wendet er sich gegen unsern Vorschlag? Ganz einfach, weil die Vorschläge des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission zugunsten der Müller, Bauern, Getreidehändler gehen, während unsere Vorschläge zugunsten der Gewerbefreiheit, zugunsten der Konsumenten gehen. Was ist das für eine unbedingte Verteidigung eines Rechtes, wenn man es zuläßt, daß zugunsten der Besitzenden das Recht verletzt wird, während, wenn zugunsten der Besitzenden dieses Recht etwas verletzt werden soll, ein derartiger Protest erhoben wird. Man kann an die Ernsthaftigkeit solcher Proteste nicht mehr glauben. Nun hat Herr de Meuron gesagt, unser Antrag bringe eine unzulässige Vermischung der Gewalten. Ich weiß wirklich nicht, ob man das Recht hat, einen Antrag in dieser unzulässigen Art und Weise zu interpretieren, wie das hier geschehen ist. Der Antrag sagt ausdrücklich, daß der Bund durch die zuständigen Behörden, durch les autorités compétentes, die Preisabreden als ungültig erklären könne. Es fällt uns nicht ein, dem Bunde jetzt schon die Vorschriften zu machen, nur die und die Behörden seien zuständig, um das zu tun. Vor allem aus halten wir es als unzulässig, daß es der Bundesrat selbst tue. Es scheint uns ganz klar, daß dafür bestimmte Behörden geschaffen werden müssen. Der Gesetzgeber soll das bestimmen. Wir haben ja diesen Fall wahrhaftig schon oft gehabt. Ich erinnere Sie nur an das Zollgesetz. Wir haben Streitigkeiten aus dem Zollgesetz. Die zuständige Behörde ist dort speziell in der Zollrekurskommission eingesetzt worden, die solche Streitigkeiten zu entscheiden hat. Der Bundesrat und das Departement haben sich damit nicht zu befassen. Was aber im Zollgesetz möglich ist, ist bei dem guten Willen, den Herr Baumberger so oft erwähnt hat, auch hier möglich. Wir müssen nur wollen, und dann sieht man, daß der Antrag, den wir zu stellen die Ehre hatten, die einfachste Sache der Welt ist. Wenn man nicht bessere Gründe gegen unseren Antrag vorbringen kann, dann scheinen mir allerdings die Argumente der Gegner nicht gerade stichhaltig zu sein.

Herr Schirmer hat sich bemüht, nachzuweisen, daß der Antrag die besonderen Verhältnisse der Bäckereien nicht treffen könne. Wie steht es damit? Herr Schirmer hat im Prinzip das Bestehen einer Preisabrede im Bäckereigewerbe bestritten, wenigstens die Möglichkeit der Durchführung. Wenn das so ist, dann ist der Antrag natürlich für die Bäckerei undurchführbar; aber er braucht dann auch gar

nicht durchführbar zu sein. Aber angenommen, in der Bäckerei bestünde eine Preisabrede, wie sie von der Preisbildungskommission behauptet und meiner Ansicht nach mit Recht behauptet und bewiesen wird, so ist auch nicht ohne weiteres jede Preisabrede ungültig, sondern nur diejenige, die über den Grundsatz der Selbstkostenberechnung hinausgeht. Da decken sich meine Behauptungen mit denen des Herrn Schirmer. Er hat selbst gesagt, wenn eine Preisabrede nicht über das hinausgehe, was er Produktionskosten nennt, was man aber wohl besser mit dem Begriffe Selbstkosten ausdrückt, dann hat der Bäcker nichts zu fürchten. Wir sind einig darin, daß nur der Mißbrauch getroffen werden soll. Es scheint mir also, daß man da gegen Zustände gefochten hat, die ich nicht behauptet habe. Für uns sind wesentlich die Preisabreden, die durch große wirtschaftliche Organisationen, durch Trusts und Kartelle auf dem Gebiete der Müllerei und des Getreidehandels geschlossen, für den Konsumenten von großem Nachteil werden können. Die Möglichkeit des Bestehens solcher Preisabreden hat Herr Schirmer gar nicht bestritten. Wenn er den Antrag näher angesehen hätte, so würde er erkannt haben, daß er gegen Windmühlen fechte.

Mein verehrter Kollege Baumberger hat sich dann mit unserm Antrage und mit mir etwas näher beschäftigt. Er hat gesagt, er wisse neben andern Eigenschaften an mir die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit besonders zu schätzen. Ich verstehe seine Freude; denn man liebt am Andern immer das, was man selbst nicht besitzt. Er hat dann aber etwas in politischer Dramatik gemacht. Er hat gesagt, der erste Akt des etwas unfreiwilligen Dramas habe sich in Heiden abgespielt, der zweite am sozialdemokratischen Parteitage in Zürich. Damit beweist Kollege Baumberger wieder einmal, was ich von ihm längst wußte, daß er wohl ein ausgezeichneteter Schauspieler, aber ein schlechter Dramatiker ist. Er schmeißt die Akte durcheinander. Der zweite Akt nämlich ist geschrieben worden von unserem Kollegen Dr. Meyer im verhängnisvollen Artikel der «Neuen Zürcher Zeitung». Dort ist die Intrigue, die zu jedem Drama gehört, zuerst aufgetreten, und von dort hat sie sich entwickelt. Der Parteitag war dann nichts als der große dritte Akt des Dramas, in dem der Umschwung kommt. Es ist ganz klar, daß nach der Kriegserklärung, die uns Herr Dr. Meyer geschrieben hatte, die Partei nicht mehr das Vertrauen aufbringen konnte in den ehrlichen und guten Willen der Gegenseite. Wir haben uns infolgedessen die vollständige Handlungsfreiheit vorbehalten. Wenn man aber nun nicht in der, wie ich beschämt zugebe, feinen und sehr tiefgründigen Art und Weise unseres Kollegen Baumberger an einem Parteitagsbeschuß herumdeutelt, was sagt dann der Parteitagsbeschuß? Er sagt deutlich, was wir auch in Heiden betont haben, daß die Partei den Grundsatz des Monopols nicht preisgibt, sondern nach wie vor das Monopol als bessere Lösung betrachtet. Aber für den Fall, daß unser Antrag angenommen werde, obschon die feindliche Stimmung gegen unseren Antrag bereits erkennbar war, obschon bereits deutlich war, daß die Telephons gespielt hatten, und hinten herum die feindliche Beeinflussungsabsicht hervortrat, hat sich der Parteitag die vollständige Handlungsfreiheit vorbehalten und Stimmfreigabe beschlossen. Das

hätte man anerkennen müssen, auch wenn man nicht gesucht hätte, sich rasch aus einer Situation zu retten, die Herrn Baumberger etwas peinlich geworden war. Herr Baumberger hatte in Heiden unserem Antrage zugestimmt, und zwar ohne Reserve. Er stand durchaus auf unserem Boden. Wir waren nicht nur, wie er in seinem ersten Votum gesagt hat, nahe beisammen, sondern wir standen auf dem gleichen Boden und hatten uns gefunden. Bis dann von oben her der Wunsch deutlich wurde, daß man den gemeinsamen Boden wieder verlassen müsse. Nun hat Herr Baumberger als guter Soldat sofort rechts abgeschwenkt. Er ist nicht etwa durch das kaudinische Joch gegangen; das wäre doch gar zu schön und zu klassisch! Er ist einfach im Kasernenschritt rechts abgeschwenkt, und mit dem besten Willen kann ich darin nicht gerade etwas Schönes sehen, wie ich am Kadavergehorsam nie etwas Schönes gefunden habe.

Aber welchen Sinn hat es nun, in einer solchen wichtigen Frage nach links und rechts Liebeshwürdigkeiten auszutauschen? Solche Geistreichigkeiten, wie sie Herr Baumberger hier verteilt, sind ja billig; aber sie nützen der Sache nichts. Ich erkläre noch einmal, daß wir auf den Antrag großes Gewicht legen. Wenn Sie den Antrag annehmen, kommen Sie weiten Konsumentenkreisen entgegen. Die Stellung der Konsumenten wird von Ihrem Beschluß wesentlich beeinflußt. Wenn Sie meinen, Sie können die Konsumenteninteressen mit ein paar schönen und nichtssagenden Sätzlein abtun, werden Sie sehen, das berechtigte Mißtrauen, zu dem ich mich ebenfalls bekenne, führt dazu, daß die Vorlage vom Volke verworfen wird. Ich sage Ihnen in der Art und Weise, die mir eigen ist, ganz offen, wie es steht; Herr Baumberger mag das schätzen oder nicht. Das Volk wird zwischen uns entscheiden!

Nietlispach: Ich habe nur wenige Bemerkungen zur redaktionellen Fassung des Artikels vorzubringen. Die Vorlage, wie sie aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist, sagt: «Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehls durch Maßnahmen an der Grenze. Er behält sich das ausschließliche Recht vor, Backmehl einzuführen.» Dieser Satz ist das Ergebnis von zwei redaktionellen Abänderungsanträgen, eines Antrages von Herrn Duft, der das «kann» in der Fassung des Ständerates streichen wollte, und meines Antrages, der sagte: «... das ausschließliche Recht, Backmehl einzuführen», weil ich diese Fassung als sprachlich korrekter fand. Beide Anträge wollten materiell keine Abänderung gegenüber der ständerätlichen Fassung. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß die Vorlage den Bund nicht zum Mehlhändler machen will, sondern daß sie ihm nur ganz ausnahmsweise, wenn die Interessen der Konsumentenschaft dies erfordern, das Recht einräumen will, unter Ausschluß anderer Mehlimporteure Backmehl einzuführen. Da müssen wir nun zugeben, daß die Annahme beider Anträge zusammen, nicht in den Augen eines Juristen, sondern des Laien, geeignet sein könnte, den exzeptionellen Charakter des sogenannten Mehleinfuhrmonopols zu verwischen. Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, und Herr Duft hat sich damit ausdrücklich einverstanden erklärt, dieses «kann» der ständerätlichen Fassung wiederum hineinzunehmen und demnach zu

sagen: «Er kann sich das ausschließliche Recht vorbehalten, Backmehl einzuführen.»

M. Mussy, conseiller fédéral: Vous avez à vous prononcer sur 4 propositions: celles de MM. Reinhard, Schmid-Zürich, Nobs et celle qui vient d'être formulée par M. Nietlispach; je considère cette dernière comme une proposition d'ordre rédactionnel seulement.

En ce qui concerne la proposition de M. Reinhard — évidemment c'est la proposition principale —, il regrette que le Conseil fédéral n'ait pas accepté en plein la modification qu'il nous propose. Il a dû comprendre déjà à Heiden, à l'attitude prise par le représentant du Conseil fédéral, que sa suggestion avait une portée très considérable.

Lorsque M. Reinhard a formulé sa proposition, il a cru qu'il y aurait la possibilité d'un arrangement entre les deux parties en présence. J'ai sous les yeux le procès-verbal rédigé par le secrétaire de notre commission et, en examinant son exposé, je vois que M. Reinhard nous a dit: «Ich bringe Ihnen eine goldene Brücke.» J'ai pensé à ce moment-là, M. Reinhard ne m'en voudra pas, au vieil adage: «Et altera pars audiatur.» Je me suis dit que cette proposition devait être examinée de très près et le représentant du Conseil fédéral a déclaré: «Je ne puis pas me prononcer sur cette question avant d'en avoir préalablement référé au Conseil fédéral.»

A Heiden, les choses ne se sont pas passées tout à fait comme M. Reinhard l'a dit hier. Ce n'est pas M. Baumberger qui a voulu jouer le rôle de Nicolas de Flüe; c'est M. Reinhard et je l'en félicite; il a cherché une solution; mais quand il a parlé de son «pont d'or», je me suis souvenu de la façon dont on avait accueilli la solution sans monopole présentée par le Conseil fédéral et la polémique véhémement qu'elle a déchaînée dans toute la presse socialiste. Je me suis rendu compte que les excellentes intentions de M. Reinhard sont irréalisables et il doit aujourd'hui se dire avec moi: «Es wär zu schön gewesen; es hat nicht sollen sein!»

Était-il vraiment possible de concilier les deux systèmes qui sont en contradiction absolue, qui sont l'expression de deux tendances totalement divergentes? Vous avez entendu en séance de commission (je le rappelle à ceux qui ont assisté à la séance de commission de Berne) la proposition de l'honorable M. Huggler à Heiden. C'était une atmosphère de paix, mais, il a suffi de deux phrases ici, au Palais fédéral, pour créer une atmosphère de guerre; et vous avez entendu dans la discussion M. Graber de M. Nobs. Était-il vraiment possible de construire un pont, disons même une passerelle, entre le point de vue que nous avons soutenu hier, les deux représentants de votre commission et moi, et le point de vue exprimé avec beaucoup d'énergie et de netteté par MM. Graber, Nobs et, aujourd'hui, par M. Reinhard? J'aime beaucoup ces situations claires et nettes; je suis sorti plus d'une fois d'ici, après des discussions sur des questions économiques et financières, le cœur chargé, oppressé par cette imprécision qui dominait les discussions.

Hier, la situation était claire et nette et je suis profondément reconnaissant à MM. les rapporteurs et en particulier au président de la commission, M. Meyer, d'avoir posé le problème avec la netteté nécessaire. Nous sommes en présence d'une situation

parfaitement claire et le vote d'hier, en réalité, l'a précisé aussi d'une façon définitive.

M. Reinhard nous a fait une proposition dont le texte vous est connu. Il aurait voulu conférer au Conseil fédéral le pouvoir d'annuler les conventions de prix qui lui paraissent contraires aux exigences de la justice économique.

Je ne veux pas revenir sur tout ce qui a été excellemment dit hier par M. de Meuron concernant l'impossibilité d'admettre une solution de ce genre. La confusion des pouvoirs est une chose qu'il faut éviter et je veux rappeler à M. Reinhard et à ses amis socialistes la ténacité avec laquelle ils ont demandé l'institution du tribunal administratif, en particulier, pour pouvoir faire trancher par ce tribunal toutes les questions du personnel. On a dit que le département des finances, avec son office du personnel, a des compétences beaucoup trop grandes; il est juge dans sa propre cause. On nous a fait le même reproche en matière fiscale: « Mais, le Département des finances a la possibilité de trancher sur des recours et, en réalité, il tranche dans sa propre cause et ignore totalement l'application du principe: Il faut que les deux parties soient en présence d'un juge objectif et indépendant. » Eh bien! ce même principe, dont je ne conteste pas la nécessité d'application dans tout notre droit public fédéral, nous devons le respecter ici et je ne crois pas que l'on puisse conférer à l'autorité administrative le droit de trancher. Le Conseil fédéral et les autorités administratives ont déjà une besogne suffisante sans leur confier encore les attributions qui doivent rester l'apanage exclusif des tribunaux. Je sais que c'est le point délicat. C'est sur le terrain de la proposition Reinhard que, devant le peuple, on va discuter. Vous soutiendrez évidemment, avant la votation, que le consommateur n'est pas suffisamment protégé et que la situation qui lui est faite, en vertu de la solution du Conseil fédéral n'est pas du tout la même que celle dont il s'agit sous le régime du monopole.

Je ne veux pas revenir sur ce que j'ai dit hier de l'avantage qui consiste pour le consommateur à être déchargé des 10 millions de subventions attribués à l'agriculture; cela, tout de même, est un gros avantage de la nouvelle solution.

A côté de cela, M. Reinhard nous dit: « Mais, écoutez, ce monopole des meuniers, nous ne pouvons pas l'accepter; vous livrez en réalité le consommateur à leur bon plaisir.

Voyons. Est-ce que nous pouvons permettre l'importation libre de la farine? Je réponds: « Non! » à moins de livrer le moulin à la concurrence étrangère qui, au bout de quelques mois, aurait réduit au silence tous les moulins de notre pays.

Je veux vous rappeler les chiffres de l'importation des farines. En 1910, nous en avons importé 5096 wagons; en 1927, ce chiffre est tombé à 32 wagons; ce ne sont que des farines dures, destinées à la fabrication de certaines pâtes spéciales et, je crois, à la préparation de farines lactées, servant en particulier à l'alimentation des malades. Par conséquent, vous voyez qu'actuellement la frontière est en réalité fermée, puisqu'il n'a passé, en 1927, du 1^{er} janvier au 31 décembre, que 32 wagons et cela parce qu'il faut protéger la meunerie indigène contre la concurrence étrangère. Il faut que, sous le régime de la

solution sans monopole, la fermeture de la frontière soit maintenue parce que la situation du meunier indigène n'aura pas changé.

J'ai dit hier que si nous pouvions opérer avec des restrictions d'importation, nous n'aurions pas besoin de ces taxes surélevées à la frontière ou de l'introduction du monopole de la farine; mais, c'est parce que la convention de Genève ne nous permet pas de faire usage de ce moyen de protection efficace que nous sommes obligés de vous proposer, pour éviter la catastrophe de l'effondrement de toute la meunerie indigène, la possibilité du relèvement des taxes douanières ou bien, le monopole de l'importation de la farine.

N'allez pas confondre, au point de vue économique, la signification du monopole de ces 32 wagons de farine qui sont là avec la signification économique du commerce du blé portant sur plus de 40,000 wagons, soit un mouvement de caisse d'un quart de milliard. Evidemment, sur ce point-là, on ne manquera pas de dire: « On remplace un monopole par un autre. » Pas du tout; il s'agit d'une fermeture de la frontière et rien d'autre. Nous avons voulu nous réserver la possibilité d'importer des farines; au cas où les commerçants suisses céderaient à la tentation de faire des bénéfices trop grands, il y a la possibilité d'ouvrir la frontière. Si vous suivez les fluctuations de la politique douanière française, en matière de protection des céréales, vous constaterez que la France procède tout à fait comme cela. Lorsque la production indigène est considérable et que les prix sont bas, on élève les taxes. Ce n'est pas la Chambre qui fait cela, c'est le Ministère. Si, par contre, la production indigène baisse, et que les prix aient la tendance à hausser, à ce moment-là, on fait le mouvement inverse, on abaisse la barrière douanière pour laisser passer certaines quantités de blé et de farine, afin d'exercer une pression sur les prix à l'intérieur. Nous voulons nous réserver cette possibilité. Nous voulons nous réserver encore autre chose, dans le sens désiré par vous, Monsieur Reinhard, comme par l'unanimité de la commission. Il s'agit de maintenir le contrôle des prix.

On nous a dit que c'était une dérogation considérable au principe de l'article 31 de la Constitution fédérale. Je suis d'accord pour reconnaître que cet article de notre Constitution, comme d'autres, porte nettement l'empreinte des idées et des opinions qui dominaient à l'époque de 1848 la situation anglaise. Mais, depuis lors, nous avons évolué. Si nous reprenons l'article 34, celui que vous appelez le « Gewerbeartikel », nous constatons que la signification économique de cet article est totalement différente: l'esprit a déjà changé.

Comme l'a dit M. Graber hier, il n'y a rien d'immuable en ce monde; nous évoluons. L'article 34 est en contradiction avec l'esprit de l'ensemble de la Constitution de 1848.

Je crois que l'esprit de Manchester a un très bel avenir... derrière lui. Nous allons maintenant vers un avenir nouveau. Mais je ne veux pas de la balance entre Manchester et Moscou. Il y a des solutions intermédiaires. J'indiquais hier que nous ne voulions pas donner à l'Etat une activité économique qui doit demeurer l'apanage de ce que nous appelons en sociologie les organisations sociales. Mais

ne vous étonnez point que le Conseil fédéral ait accepté le principe du contrôle. Je suis partisan de la liberté du commerce, mais dans le respect des droits d'autrui garantis par la surveillance de l'Etat. Je crois que c'est dans cette direction que nous devons aller. Par conséquent la formule que nous vous présentons constituerait pour le consommateur des garanties essentielles.

M. Reinhard aurait voulu aller plus loin en disant: « Le contrôle envisagé aboutit à telle ou telle situation; nous ne voulons pas que le Conseil fédéral ait le droit dans cette hypothèse d'annuler ce qui a été fait. »

Nous ne pouvons pas aller jusque-là, pour les raisons indiquées hier avec beaucoup d'à propos par M. de Meuron. Cela ne signifie pas du tout que le seul moyen que la Confédération se réserve d'employer soit le droit d'importer des farines étrangères. Vous discuterez la loi d'application lorsqu'elle viendra devant vous, quand le peuple aura accepté le principe constitutionnel. Nous aurez alors l'occasion de formuler des propositions. Mais, je vous en prie, conformément aux conseils donnés hier par M. de Meuron, rédigez-les de façon à ne pas supprimer ce qui doit rester un principe fondamental de notre organisation fédérale: le principe de la séparation des pouvoirs.

Je vous propose par conséquent d'écarter la proposition de M. Reinhard parce qu'elle est, pour plusieurs raisons, complètement inacceptable. M. Schmidt, de Zurich, nous a proposé de compléter le texte constitutionnel que nous présentons, en intercalant encore une phrase relative au contrôle et à l'obligation de fournir des renseignements aux organes de la Confédération. Je constate qu'entre l'idée contenue dans ce texte et la proposition du Conseil fédéral, il n'y a pas d'opposition matérielle: la différence n'est que d'ordre rédactionnel. Mais on ne peut pas accepter ce long texte, parce qu'il alourdirait considérablement le texte constitutionnel, qui prend déjà maintenant une certaine ampleur. Je voudrais donner satisfaction à M. Schmidt en disant que nous allons intercaler encore, afin d'être bien au clair, une phrase disant que la Confédération surveillera dans les limites de ses attributions les prix du commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain.

Je crois qu'avec cela nous aurons tout dit. Mais je voudrais bien que M. Schmid se déclarât d'accord avec cette proposition et renoncât à intercaler une phrase d'au moins quatre lignes dans un article déjà trop long.

M. Nobs nous propose de supprimer le passage « dans les limites de ses attributions ». M. de Meuron nous a dit hier que cela n'a pas une importance capitale. Non, si l'on n'en avait pas parlé. Mais vu l'interprétation qu'a donnée hier M. Nobs, je regretterais la suppression de ces mots. Car il s'agit précisément d'être au clair sur la portée de cette dérogation à l'article 31 que constitue cet article du blé. Si nous donnons à la Confédération certaines compétences en dérogation du principe de l'article 31, nous pouvons parfaitement dire — et cela est devenu nécessaire après l'interprétation de M. Nobs — qu'il s'agira d'exercer ces compétences dans la limite des attributions spéciales concernant le blé.

Je vous demande donc avec M. le président de la commission de ne pas admettre la proposition de M. Nobs.

Une dernière proposition est celle de M. Nietlispach. Je pense que le président de la commission se déclarera d'accord pour l'accepter. Pour ma part, je l'accepte également. Toutefois, je fais observer qu'avant le vote final, il faudra que ces textes soient revus par la commission de rédaction.

Je conclus en vous demandant de ne pas adopter les propositions de M. Reinhard et de M. Nobs et de ne pas accepter non plus l'amendement de M. Schmid, tel qu'il a été présenté. En espérant que le président de la commission se déclarera d'accord, je suis prêt à accepter la proposition de M. Nietlispach.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Gestatten Sie nur noch wenige Worte zu den gestellten Anträgen. Zuerst zum Antrag Reinhard. Herr Reinhard findet, wie Sie gehört haben, den Schutz der Konsumenten in dem Verfassungsartikel ungenügend. Er muß zwar zugeben, daß nach mehr als einer Richtung hier Garantien vorgesehen sind, aber er betrachtet sie als unzureichend und er sieht vor allem das Gespenst des Mehlkartells, dem die Konsumenten ausgeliefert seien. Ich glaube, was Herr Reinhard in seiner ganzen Auffassung nicht genügend beachtet, ist einmal die Tatsache, daß der Bund durch das ausschließliche Recht, das er sich vorbehält, das Backmehl einzuführen, eine scharfe Waffe hat gegenüber allen Versuchen, die Konsumenten zu schädigen, sie durch ungerechtfertigte Preise über die Ohren zu hauen. Was Herr Reinhard weiter nicht genügend würdigt, ist die Stellung der organisierten Konsumenten in der Mühlenindustrie wie auch in der Bäckerei. Die Ausführungen des Herrn Dr. Schär und sein Urteil in dieser Beziehung sind doch von einem bedeutenden Wert. Ich konstatiere hier, daß Herr Dr. Schär in der Kommission den Ausspruch getan hat, die Konsumgenossenschaften seien in der Lage, die Mehl- und Brotpreise zu regulieren. Er hat das erklärt auf Grund der Tatsache, daß ein gewisser Prozentsatz sowohl des Mehls wie des Brotes von den Konsumvereinen produziert werde und daß sie damit den Markt maßgebend zu beeinflussen vermögen. Auf jeden Fall ist also der Vorwurf des Herrn Reinhard, daß für die Konsumenten nicht oder vollständig ungenügend gesorgt werde, stark übertrieben. Es war immer das Bestreben der Kommission, und daraufhin gingen in Heiden eigentlich die meisten Diskussionen, den Konsumenten Garantien zu bieten, weil ja die Kommission anerkennen mußte, daß durch den Verfassungsartikel und die besondere Stellung, die man der Mühlenindustrie zum Schutz gegen die ausländische Konkurrenz einräumen muß, gewisse Momente liegen, die es notwendig machen, den Konsumenten einen Schutz angedeihen zu lassen.

Nun ist aber der Vorschlag des Herrn Reinhard nicht annehmbar. Was er vorschlägt, ist, wie man mit vollem Recht gesagt hat, ein kleines Kartellgesetz, Vorschriften, die einmal kommen mögen, wie sie in andern Staaten auch schon bestehen, die wir aber dann sicher nicht nur für einen einzigen Geschäftszweig in unserer Volkswirtschaft aufstellen wollen, sondern für die Gesamtheit. Ich betone hier nochmals, und ich glaube, die Diskussion hat das in vollem Umfange bestätigt, daß in dieser Richtung der Antrag des Herrn Reinhard Probleme aufwirft, die noch abgeklärt werden müssen, die heute noch nicht liquid sind. Seit Herr Reinhard seinen Antrag

eingereicht hat, ist in der « Tagwacht » vom Donnerstag, den 6. September, ein Artikel erschienen. Herr Reinhard hatte damals den Ausdruck « Produktionskosten » angewandt. In diesem Artikel heißt es nun: « Produktionskosten, das ist ein theoretischer Kautschukbegriff. Dreißig der berühmtesten Kostentheoretiker werden 31 Begriffsbestimmungen für Produktionskosten aufstellen. » Was hat nun Herr Reinhard seither genommen? Den Vorschlag, der ihm in der « Tagwacht » präsentiert worden ist, nämlich statt der Produktionskosten zu sagen Selbstkosten. Er hat sich nicht die Mühe genommen, uns die Definition für seinen neuen Begriff zu geben. Ich will ihn aus der « Tagwacht » vorlesen. Dort heißt es: Selbstkosten heißen die Herstellungskosten plus Absatzkosten. Glauben Sie wirklich, daß diese Begriffe so viel klarer seien als der Begriff Produktionskosten? Ist denn nicht in diese neue Fassung eigentlich der Begriff Produktionskosten wieder hineingenommen, nur ergänzt durch den Begriff Absatzkosten, der hier vielleicht auch als das bezeichnet werden kann, als was die Tagwacht den ersten Begriff des Herrn Reinhard bezeichnet, einen theoretischen Kautschukbegriff. Dann die Aussetzungen, die Herr de Meuron in gründlichen Ausführungen gegen Herrn Reinhard gemacht hat. Zwar erklärt Herr Reinhard, er sei einverstanden, daß es nicht die Meinung habe, den Grundsatz der Gewaltentrennung zu verletzen. Allein ich stelle nur fest, daß Herr de Meuron heute noch erklärt, der neue Antrag Reinhard sei ebenso gefährlich wie der erste. Ich sehe daraus nur, daß man noch über diese Dinge diskutieren kann und daß man darüber diskutieren muß. Das ist das, was ich immer sage: diese Punkte sind nicht abgeklärt. Wir werden einmal vielleicht jahrelang über eine solche Kartellgesetzgebung diskutieren. Wenn wir sie dann bereinigt haben, so wollen wir die Sache bringen, aber nicht hier, wo es sich darum handelt, so rasch als möglich die Getreideversorgung auf eine richtige Bahn zu bringen.

Gestatten Sie mir nur noch eine kleine Bemerkung über die Situation in Heiden. Es ist wahr, es ist jetzt ja festgestellt worden: bürgerliche Mitglieder haben den Antrag des Herrn Reinhard in Heiden wohlwollend entgegengenommen. Aber an diesem Antrag haftete damals die Bereiterklärung der sozialdemokratischen Partei zu einem Waffenstillstand in der Frage der Getreideversorgung. Diese Aussicht hat sehr wenig lange gedauert. Unmittelbar nach dem Schluß der Sitzung in Heiden ist bekannt geworden, daß aus der eigenen Partei Stimmen gekommen sind, die die Haltung der Fraktionsmitglieder nicht gebilligt haben. Es ist sofort gesagt worden, und zwar schon vor dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei, eine bindende Erklärung könne in dieser Beziehung nicht abgegeben werden. Es ist gesagt worden, im besten Falle wolle man sich überzeugen, ob man Gewehr bei Fuß stehen wolle, ob man die Stimme freigebe wolle oder nicht. Auf eine solche mangelhafte Bindung konnte doch die bürgerliche Mehrheit nicht eintreten.

Nun ist es mir mit dem Artikel der « Neuen Zürcher Zeitung », den Herr Reinhard heute als eine Kriegserklärung betrachtet, gegangen, wie ihm in seiner eigenen Partei, die gute Meinung ist verdreht und verkehrt worden. Es war in keiner Weise die Absicht, hier eine Kriegserklärung zu bringen, und

ich stelle fest, daß dieser Artikel, den Herr Reinhard heute so scharf beurteilt, am Parteitag der Sozialdemokraten nach meinen Berichten, die ja, wie sich gestern herausgestellt hat, nicht ganz ungenau sind, gewissermaßen als Feststellung der bürgerlichen Auffassung in dieser Sache ohne ein einziges kritisches Wort, wie es heute Herr Reinhard vorgebracht hat, zitiert worden ist. Ich habe auch bis heute in keiner sozialdemokratischen Zeitung irgend etwas gelesen, was den heutigen Aussetzungen des Herrn Reinhard gleichkäme. Was er sagt, ist seine eigene Konstruktion.

Wenn also die Kommission auf diesen Antrag des Herrn Reinhard nicht eintreten kann, so wollen wir in der Linie, in der unsere Beratungen und die Ansichten der Kommission immer gegangen sind, doch ein Entgegenkommen dadurch zeigen, daß wir in bezug auf den Antrag Schmid (Zürich) hier eine Einschaltung im Text beantragen. Der Antrag des Herrn Schmid-Zürich will einmal die Beaufsichtigung der Preisgestaltung, und zum andern verlangt er eine Auskunftspflicht vom Getreidehandel, vom Müllerei- und Bäckereigewerbe. Ich möchte in gleicher Weise wie Herr Bundesrat Musy — ich kann es nicht im Namen der Kommission tun, denn sie hat seither keine Sitzung mehr abhalten können — beantragen, im zweiten Satz des deutschen Textes zu sagen: « Er beaufsichtigt im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben die Preisbildung und den Verkehr... »

Was nun den andern Teil des Antrages des Herrn Schmid betrifft, die Auskunftspflicht von Getreidehandel, Müllerei- und Bäckereigewerbe, so dürfte das in der Richtung der Ausführung liegen, wie sie wenigstens vom Bundesrat in Aussicht genommen ist. Ich würde also glauben, es wäre nicht nötig, unter diesen Umständen eine solche Bestimmung in den Verfassungsartikel aufzunehmen, und ich denke Herr Kollege Schmid könnte sich mit der Einschaltung, von der ich soeben gesprochen habe, beruhigen.

Gegenüber dem Antrag des Herrn Nobs, es seien die Worte « im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben » zu streichen, hat Herr Bundesrat Musy erklärt, daß der Bundesrat an seiner ursprünglichen Redaktion festhält. Es ist richtig, was Herr Nobs gesagt hat: mit einer einzigen Stimme Mehrheit ist in der Kommission die Aufrechterhaltung dieser Worte beschlossen worden. Es ist auch richtig, daß eine materielle Bedeutung dieser Redewendung nicht zugrunde liegt. Für sie sprach die Autorität hervorragender Juristen, wie des Herrn Prof. Burckhardt, dessen Ansicht in der Kommission durch Ausführungen unseres Mitgliedes Herrn de Meuron bestätigt worden ist. Ich möchte Ihnen also empfehlen, an dieser Form festzuhalten.

Endlich die textliche Aenderung, von der ich gesprochen habe. Es ist eine teilweise Wiederherstellung des Antrages des Bundesrates. Es würde also nach der Erklärung des Herrn Nietlispach Einverständnis darüber bestehen, daß wir die frühere Fassung herstellen in dem Sinne, daß gesagt wird: « Er (der Bund) kann sich das Recht vorbehalten... » Herr Dr. Nietlispach wünscht, daß man nochmals prüft und der Redaktionskommission die Frage vorlegt, ob nicht hier der Ausdruck: ausschließliches Recht eingefügt werden soll. Er hat betont, eine materielle Aenderung liege seiner Meinung nach nicht in dieser Fassung. Ich bin einverstanden, ich glaube,

es stände nichts entgegen, die von ihm vorgeschlagene Fassung aufzunehmen. Nun hat aber in seinem Votum auch Herr de Meuron noch eine Anregung gemacht, auf den früheren Text des bundesrätlichen Antrages zurückzugehen. Ich möchte also die Zustimmungserklärung des Herrn Nietlispach in der Fassung, wie ich sie vorhin beantragt habe, entgegennehmen, möchte auch seine Anregung annehmen, das Wort «ausschließlich» wieder hereinzunehmen, in dem Sinne, daß wir diese Anregung und die Anregungen des Herrn de Meuron der Redaktionskommission übermitteln.

M. Fazan, rapporteur: Après l'exposé que vient de vous présenter M. le conseiller fédéral Musy, je n'ai pas à revenir sur l'examen des différentes propositions qui vous ont été soumises.

Nous sommes en parfait accord avec le représentant du Conseil fédéral. Il ne me reste donc qu'à résumer l'attitude de la commission quant à ces différentes propositions.

Nous proposons de repousser l'amendement de M. Reinhard, ainsi que celui de M. Nobs. En revanche, nous admettons la proposition de M. Schmid de Zurich dans la forme exposée, soit par M. le représentant du Conseil fédéral soit par M. le Président de la commission.

D'autre part, nous sommes aussi d'avis de tenir compte du vœu de M. Nietlispach au moment de la rédaction définitive du projet par la commission de rédaction.

D'autre part, j'avais fait hier quelques réserves quant à la partie de l'alinéa concernant l'importation de la farine panifiable. Ensuite de la nouvelle rédaction proposée par M. le Président de la commission, je déclare m'y rallier.

Schmid-Zürich: Nachdem der Herr Kommissionspräsident und Herr Bundesrat Musy von meinem Antrag den wesentlichen Bestandteil in die Vorlage hinübergeworfen haben, kann ich zu einer Vereinfachung des Abstimmungsgeschäftes beitragen, indem ich meinen Antrag zugunsten dieses abgeänderten Antrages zurückziehe, dies auch deshalb, weil erklärt wurde, daß der zweite Teil meines Antrages, der die Auskunftspflicht vorsieht, sowieso schon erfüllt sei, indem diese Auskunftspflicht vorhanden sei, sodaß im Verfassungsartikel nicht ausdrücklich etwas davon gesagt werden müsse.

Präsident: Die Referenten beantragen, in Anpassung an den Antrag Nietlispach im dritten Satz zu sagen: «er kann sich das ausschließliche Recht vorbehalten...» Die Redaktionskommission soll diese Frage in Verbindung mit den Anregungen des Herrn de Meuron noch prüfen. Der Rat ist mit dieser Ordnung einverstanden.

Die Kommissionsreferenten haben den Text erweitert, indem sie in den zweiten Satz die Worte einschieben: «Und die Preisbildung». Im Hinblick auf diese Texterweiterung hat Herr Schmid-Zürich seinen Antrag zurückgezogen. Die Anträge der Kommissionsreferenten und des Bundesrates sind nicht bestritten und somit angenommen.

Abstimmung. — Vote.

Eventuell — Eventuellement :

Für den Antrag Nobs	Minderheit
Dagegen	Mehrheit

Definitiv — Définitivement :

Für den Antrag der Kommission	Mehrheit
Für den Antrag Reinhard	Minderheit

Abs. 4.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Al. 4.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Antrag Huggler

vom 19. September 1928.

Die aus der Getreideversorgung des Landes erwachsenden Ausgaben sind aus allgemeinen Bundesmitteln zu decken.

Amendement Huggler

du 19 septembre 1928.

Les dépenses nécessaires à l'approvisionnement du pays en blé seront prélevées sur les ressources générales de la Confédération.

Meyer-Zürich, Berichterstatter: Bei Al. 4 finden Sie im Beschluß des Ständerates eine kleine materielle Aenderung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Bundesrates. Es ist eine Fassung gewählt worden, wonach nicht nur die Erhöhung der statistischen Gebühr, die jetzt vorgeschlagen wird, sondern der ganze Ertrag der statistischen Gebühr verwendet werden soll für die Kosten der Getreideversorgung. Die Sache hat materiell keine große Bedeutung. Heute bringen diese Gebühren etwa 3 Millionen ein, die Erhöhung soll etwa 10 Millionen bringen; die ganzen Kosten für die Getreideversorgung betragen aber, wie Sie wissen, 14 Millionen; also wird die statistische Gebühr in ihrem ganzen Umfang, einschließlich der vorgesehenen Erhöhung, diese Kosten nicht decken; sie wird nur einen Beitrag an diese Kosten bilden. Deshalb hat sich auch der Bundesrat mit dieser Fassung einverstanden erklärt, und Ihre Kommission ist ebenfalls damit einverstanden.

Nun besteht zu diesem Al. 4 noch der Antrag des Herrn Huggler, ein Antrag, der die aus der Getreideversorgung des Landes erwachsenden Ausgaben aus allgemeinen Bundesmitteln decken will. Herr Huggler will also hier von der Erhöhung der statistischen Gebühr nichts sagen; die Kosten der Unterstützung des Getreidebaues sollen aus dem allgemeinen Bundesfiskus gezahlt werden.

Ich will aus dem, was ich in der Eintretensdebatte gesagt habe, wiederholen, daß in der Kommission diese Finanzierungslösung des Bundesrates als sehr zweckmäßig anerkannt wurde und daß selbst von der Minderheit der Kommission nicht bestritten worden ist, daß hier ein sehr geschickter Ausweg gefunden

worden sei, um die Finanzierung in die Wege zu leiten. Diese Finanzierungslösung mit Hilfe der Erhöhung der statistischen Gebühr schafft die « breitere Grundlage », von der wir ja sahen, daß sie schon der Bundesrat in der Botschaft von 1924 als grundsätzlich wünschbar erklärt hat. Ich glaube, man sollte es als einen Vorzug betrachten, daß diese Vorlage eine besondere Finanzquelle überhaupt vorsieht; das ist ein Vorgehen, dessen sich die Bundesversammlung mehr als bisher befließigen sollte: für jede Auslage, die sie dekretiert, eine Finanzquelle bereitzustellen. Das ist in diesem Falle in einer vorbildlichen Art geschehen. Ich glaube daher, man kann gegen die Finanzierung, wie sie im Al. 4 skizziert ist, nur dann sein, wenn man die ganze Lösung der Getreidefrage nicht will, die in Al. 1—3 umschrieben ist. Ich möchte weiter nichts beifügen. Ich glaube, der Antrag des Herrn Huggler sollte abgelehnt werden; er würde ja ein wertvolles Stück aus der ganzen Vorlage herausbrechen.

M. Fazan, rapporteur: La majorité de la commission vous propose d'adhérer à la décision du Conseil des Etats. Elle comporte une modification au texte proposé par le Conseil fédéral. Ce nouveau texte est celui-ci:

« Le droit de statistique prélevé sur toutes les marchandises qui franchissent la frontière douanière suisse sera relevé. Le produit de ce droit contribuera à couvrir les dépenses . . . »

Tandis que le texte du Conseil fédéral prévoyait que le relèvement seulement de la finance de statistique contribuerait à couvrir les dépenses occasionnées par l'approvisionnement du pays en blé.

Nous ne reviendrons pas sur la question de principe soulevée par cet alinéa, question que nous avons suffisamment commentée à propos de l'entrée en matière.

Au point de vue pratique, la différence entre la rédaction du Conseil des Etats et celle du projet n'a pas une grande importance. Les frais d'encouragement à la culture indigène seront supportés par la caisse fédérale, qui compensera cette dépense, en partie du moins, par le relèvement de la finance de statistique. Mais, comme l'augmentation de cette finance, telle qu'elle est prévue par la révision de l'art. 14 de la loi sur les tarifs douaniers, ne suffira pas à financer totalement les dépenses nécessaires à la solution du problème du blé, il est logique d'y consacrer la totalité du produit total de la finance de statistique; malgré cela, il restera encore probablement une différence à supporter par la caisse fédérale et qui correspondra à peu près au versement qu'elle fait actuellement pour assurer le paiement de la prime à la mouture. La minorité socialiste, par l'organe de M. Huggler, vous présente une proposition qui équivaut à la suppression pure et simple de cet alinéa. Inutile d'insister sur cette manière d'envisager la solution du problème du blé. La couverture financière constitue la base principale du projet; sans elle il n'a aucune chance d'être pris en considération. C'est, au contraire, le solide financement proposé qui fait la valeur du projet en discussion que nous ne pourrions pas nous-mêmes accepter sans cela. Nous vous proposons donc d'adhérer au Conseil des Etats et de repousser la proposition de M. Huggler.

Huggler: Ich muß mit einer Richtigstellung beginnen. Der französische Berichtersteller, Herr Fazan, hat meinen Antrag nicht ganz richtig interpretiert; dieser ist nicht eine suppression pure et simple der Bestimmungen der Finanzierung der Vorlage, sondern er setzt an Stelle des bisherigen Vorschlages die Bestimmung, wonach die Kosten aus allgemeinen Bundesmitteln bestritten werden sollen. Das ist natürlich nicht genau dasselbe. Aber nun möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Was im allgemeinen die Begründung meines Antrages anbetrifft, so betrifft sie alles das, was zusammenhängt mit einer andern Vorlage, die sich an diese Beratung anschließt, nämlich die Vorlage über die Revision des Art. 14 des Zolltarifgesetzes. Ich denke, wir haben das, was wir jetzt sagen, nachher dann nicht mehr zu wiederholen. Aber ich bin gezwungen, meinen Antrag jetzt zu stellen und zu begründen, wo es sich darum handelt, zu bestimmen, in welcher Form wir in der Verfassungsbestimmung die Finanzdeckung vorsehen wollen. Unser Antrag will, wie aus seinem Wortlaut hervorgeht, eine andere Form der Kostendeckung, als wie sie der Bundesrat vorsieht. Der Vorschlag des Bundesrates, ich weiß das, ist schwer anzufechten. Er wird als Frucht langer und fleißiger Arbeit des Suchens nach einer möglichst populären Lösung dieses Problem dargestellt, und Sie dürfen sicher sein, daß es mir durchaus fern liegt, Herrn Musy, den genialen Finder des Eies des Kolumbus in dieser Frage um seinen Ruhm zu bringen. Sie haben ja alle gesehen, daß man in der bürgerlichen Presse im allgemeinen den Erfinder dieser Lösung gefeiert hat, und haben es heute auch vom Kommissionspräsidenten gehört, daß man in bürgerlichen Kreisen der Ansicht ist, es gebe eigentlich gar keine bessere Lösung als diese, und daß man sich mehr oder weniger darüber wundert, daß es jemand wagt, eine andere Lösung vorzuschlagen. Aber ich denke, auch über diese Sache kann man in guten Treuen sehr verschiedener Ansicht sein. Einmal mache ich darauf aufmerksam, daß im ersten Moment, als das Ei des Kolumbus gefunden war, sogar in Kreisen von Handel und Industrie nicht eitel Freude darüber gewesen ist. Man hat dort gewisse Bedenken gehabt über die möglichen Wirkungen einer derartigen Lösung. Es ist dann allerdings Herrn Musy gelungen — ich zweifle nicht daran — diese Kreise zu beruhigen; ich glaube, daß dabei das Schreckgespenst einer späteren Monopolvorlage eine gewisse Rolle gespielt habe. Heute ist es nun so, daß man sich darüber freut, ein Mittel gefunden zu haben, in der Verteilung der Kosten auf den gesamten Warenverkehr, das unter den bisher bekannten Vorschlägen, sagen wir dem Mehlsoll oder Getreidezoll, zweifellos die angenehmere oder ich möchte sagen die angenehmste und erträglichste Form darstellt. Es wird sogar behauptet, durch Annahme dieser Lösung der Kostenfrage würde es möglich sein, das Brot und Mehl zu verbilligen.

Unter solchen Umständen ist es tatsächlich gewagt und wenig aussichtsreich, eine andere Art der Kostendeckung vorzuschlagen. Wenn es doch geschieht, so nicht um die Vorlage zu sabotieren oder ihre Chancen zu verschlechtern, sondern es geschieht ganz einfach, weil wir keine andere Möglichkeit haben, als jetzt im Zeitpunkt der Beratung Ihnen vorzuschlagen, was wir im Interesse der Kreise, die wir vertreten, als das Zweckmäßigste und Richtigste be-

trachten. Vorerst ist festzustellen, daß man in unseren Kreisen, wenn wir heute vor das Problem gestellt sind, nach den Millionen zu suchen, um die Getreidekosten zu decken, die auf Grund der neuen Vorlage entstehen werden, der Meinung ist: wenn man seinerzeit die Monopolvorlage akzeptiert hätte, so wären wir heute nicht vor dieses Problem gestellt. Eigentlich müßten diejenigen, die uns in diese Situation gebracht haben, nun für die Deckung der Kosten sorgen. Aber damit kommen wir ja nicht vom Fleck. Wir müssen ferner feststellen, daß diejenigen, die damals direkt oder indirekt die Getreidevorlage sabotiert haben, auch daran schuld sind, daß eine Anzahl Millionen — ob es 2½, 3, 5 oder 6 Millionen sind, ist grundsätzlich gleichgültig, aber jedenfalls ist unbestreitbar, daß es eine gewisse Anzahl Millionen sind — der Öffentlichkeit verloren gehen und dem Privathandel zugehalten werden. Und wir sind daher der Meinung, eigentlich wäre es also Sache dieser Kreise, diesen Schaden zu tragen. Aber es bleibt natürlich keine Möglichkeit, sie individuell oder kollektiv zu erfassen. Das Einzige, was uns möglich ist, ist eben, daß wir eine Lösung ablehnen, die trotz allen Vorzügen, die ihr nachgerühmt werden, doch gewisse bedenkliche Folgen haben kann. Wenn z. B. gesagt wird, daß am Getreideimport, d. h. an den Funktionen, die unsere Getreideverwaltung an den Privathandel zurückgeben muß, wenn diese Vorlage angenommen wird, nicht viel zu verdienen sei, so stehen dieser Behauptung andere Behauptungen gegenüber, und es ist sehr schwer, dafür einen richtigen Beweis zu erhalten. — Sicher ist, daß es sich auch dann noch um 2, 3 oder 4 Millionen handelt, die der Öffentlichkeit verloren gehen, die dem Interesse des Privathandels geopfert werden oder gleichviel, wer die Finger dazwischen hat. Jedenfalls ist es schade um diese Millionen. Es ist klar, daß wenn wir die Möglichkeit hätten, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen oder die Kreise zu belasten, die dafür verantwortlich sind, so würden wir das ohne weiteres tun. Was nun der Bundesrat und die Kommissionen Ihnen vorschlagen, das ist, man kann die Sache darstellen wie man will, eben doch eine Belastung der schweizerischen Volkswirtschaft. Ich gebe gern zu: es ist möglich, daß ein Teil dieser Belastung vom Ausland getragen, von den Importeuren übernommen wird; das ist wohl möglich, aber es kann sich jedenfalls nur um einen Teil handeln. Auf alle Fälle scheint mir aber absolut sicher zu sein, was Herr Graber schon vorhin in der Eintretensdebatte ausgeführt hat: daß jedenfalls im Lauf der Zeit der Inlandhandel, die Industrie und das Gewerbe ihre Belastung auf die Konsumenten in irgend einer Weise überzuwälzen verstehen werden. Das ist vielleicht nicht sofort möglich, später aber müssen wir damit rechnen, und besonders beachten, daß dann nicht nur der genaue Betrag der Belastung überwälzt wird, wie sie hier vorgesehen ist, sondern daß noch entsprechende Zuschläge gemacht werden, so daß die Konsumenten unter Umständen mehr zu tragen haben, als die tatsächlichen Getreidekosten ausmachen.

Das ist das eine, was hier zu beachten ist. Wenn gesagt wird, daß dem gegenüber der Brotkonsument durch diese Lösung entlastet werde, so könnte man daran glauben, wenn der Antrag Reinhard zum A. 3 akzeptiert worden wäre. Man könnte es glauben,

wenn man solide Sicherungen geschaffen hätte, damit die Differenz der 8 oder 9 Millionen, um die es sich handeln wird, bei den Zuschüssen aus den statistischen Gebühren in der Entlastung der Getreidekosten nicht auf der Strecke zwischen Getreideimport und dem letzten Konsumenten hängen bleiben. Diese Sicherungen hat man nicht gewollt.

Ich möchte niemanden verdächtigen, aber ich muß ganz offen sagen, wenn die Formulierung des Antrages Reinhard hier abgelehnt worden ist, so bin ich nach und nach zur Ueberzeugung gelangt, daß das vor allen Dingen deshalb geschehen ist, weil gewisse Kreise damit rechnen, nach der Annahme dieser Vorlage die 9 oder 10 Millionen, oder es mögen auch 11 Millionen Franken sein, aus der statischen Gebühr für sich fruktifizieren zu können. Diese Millionen werden gar nicht den Brotkonsumenten zugute kommen. Die einzigen möglichen Sicherungen haben Sie abgelehnt, und deshalb sehe ich beim besten Willen nicht ein, wie nun der Brotkonsum entlastet werden sollte. Es genügt nicht, Millionen auszuteilen, damit der Konsument davon profitiert. Sie könnten 20 Millionen, Sie könnten 100 Millionen Franken von Staats wegen in eine solche Unternehmung oder Organisation hineinstecken, wenn Sie nicht dafür sorgen, daß alle die Elemente, die zwischen dem Produzenten oder dem ersten Lieferanten und dem Konsument liegen, daran gehindert werden, die Zuschüsse abzuleiten zu können. Wenn nicht sichernde Vorsorgemaßnahmen getroffen werden, so riskieren Sie, daß am Ende von der ganzen Summe nichts mehr bleibt. Darauf mußte in diesem Zusammenhange besonders aufmerksam gemacht werden.

Ein weiterer Grund, weshalb ich heute und auch in der Zollkommission diese Lösung bekämpft habe, besteht darin, daß wir fürchten müssen, im Laufe der Zeit, namentlich wenn später möglicherweise für andere Zwecke weitere Erhöhungen der statistischen Gebühr vorgenommen werden, daß das Ausland Gegenmaßnahmen treffen wird. Wir haben dann ähnliche Wirkungen, wie wir sie schließlich von unserer Zollpolitik im allgemeinen befürchten müssen. Gewiß, es ist richtig, heute handelt es sich um Kleinigkeiten, um eine minimale Sache. Ich persönlich glaube nicht daran, daß das Ausland sofort Anstoß nehmen wird und zu Repressalien greifen wird, wenn wir bei diesen Ansätzen bleiben. Aber wir müssen damit rechnen, daß hier der Anfang einer Entwicklung geschaffen wird, deren Ende wir nicht voraussehen können. Das erscheint uns gefährlich und das sind für uns wichtige Motive, weshalb wir dieser Lösung nicht zustimmen können und Ihnen eine andere vorschlagen.

Damit komme ich notwendigerweise auf den Charakter der statistischen Gebühr zu sprechen. Sie werden begreifen, daß wir uns nicht ohne weiteres damit einverstanden erklären können, den Charakter der statistischen Gebühr zu verändern. Wenn Sie im Bundesblatt vom Jahr 1882, IV. Band, Seite 375, nachlesen, werden Sie dort eine Erklärung finden des Charakters der statistischen Gebühr, wie man ihn wenigstens seinerzeit aufgefaßt hat. Ich glaube, diese Schilderung stimmt überein mit dem, was ich in der Zollkommission in Sitten behauptet habe, daß es sich bei der statistischen Gebühr um eine Gebühr in vernünftigem Sinne des Wortes handle, der eine Gegenleistung gegenübersteht, und wo eine Zahlungspflicht in dieser Höhe kaum Bedeutung hat. Sobald Sie aber

anfangen, der statistischen Gebühr einen andern Zweck zu geben als den zur Kostendeckung für die Statistik über den Warenverkehr u. s. w., beizutragen, sobald Sie ihr einen wesensverändernden Zweck geben, ist die statistische Gebühr eben keine statistische Gebühr mehr, sondern der Anfang einer neuen Finanzquelle, einer neuen indirekten Besteuerung der Konsumenten parallel mit dem Zolltarif. Das sind Momente, die für uns sehr schwer ins Gewicht fallen und um derentwillen wir uns nicht entschließen können, einer solchen Lösung zuzustimmen.

Unsere Stellung zu indirekten Steuern kennen Sie; ich möchte mich hier nicht darüber verbreiten. Dagegen halte ich dafür, daß der Vorschlag, den wir machen, nämlich die Kosten aus allgemeinen Bundesmitteln zu decken, in seinem Effekt letzten Endes ja verwandt ist mit dem Vorschlag des Bundesrates! Die Verteilung auf eine breite Basis ist ungefähr dieselbe. Es ist nicht speziell der Wirtschaftskörper, der Warenverkehr, der sie trägt, aber die Verteilung ist an Umfang ebenso breit, d. h. es wird auf die Schultern des Einzelnen kein größerer Anteil entfallen als bei der vorliegenden Lösung. Weiter ist darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Erhöhung der statistischen Gebühr das Volk die Vorgänge in der Getreidefrage sehr bald aus den Augen verlieren wird. Man wird sich daran gewöhnen, daß der Ertrag für die Deckung der Kosten der Getreidefrage verwendet wird. Sollten sich im Laufe der Jahre die Kosten gegenüber den heutigen Berechnungen wesentlich vergrößern, so wird man eben die Schraube etwas stärker anziehen. Aber es ist zu befürchten, daß das, was in der Getreide- und Brotfrage vor sich geht, vom Volke in der Hauptsache aus den Augen verloren wird, abgesehen von direkt interessierten Kreisen. Dem gegenüber sind wir der Auffassung, daß die Lösung, die hier vorgeschlagen ist, das Projekt ohne Monopol mit allen seinen Einrichtungen und Mängeln auf die Dauer nicht haltbar ist. Früher oder später wird daran so viel korrigiert und geflickt werden müssen, daß wir entweder die Sache ganz fallen lassen oder zu einem Projekt gelangen, das ungefähr auf das hinausläuft, was das Monopolprojekt von 1926 war. So betrachten wir die Geschichte, und deshalb ist für uns wichtig, daß das Volk die Getreidefrage nicht aus den Augen verliere. Auch wenn vermittelst einer statistischen Gebühr die Kosten gedeckt werden, sind wir nicht der Meinung, daß es für den gewöhnlichen Schweizerbürger vollständig wurst sei, wie nachher operiert wird. Wenn wir das Interesse des Volkes an der Getreidefrage wachhalten wollen, ist zweckmäßiger, daß die Kosten aus allgemeinen Bundesmitteln bestritten werden. —

Man hat uns in der Kommission gesagt, es gehe nicht wohl an, eine Ausgabe von mehreren Millionen Franken zu beschließen, ohne gleichzeitig im Verfassungsartikel auch die Art der Kostendeckung vorzusehen. Grundsätzlich habe ich gegen eine solche Auffassung nichts einzuwenden; aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß ja die Art der Kostendeckung auch in meinem Antrage enthalten ist. Die Kosten sollen eben aus allgemeinen Bundesmitteln bestritten werden. Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß gerade in der allerletzten Zeit wie auch noch vor wenigen Jahren ganz enorme Ausgaben, die in die vielen Millionen gingen, ich erinnere an die Kriegshilfe in der Stickerei- und

Uhrenindustrie, an die Anträge, der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen aus den allgemeinen Bundesmitteln gedeckt worden sind. Ich habe nicht gesehen, daß man hier eine besondere Deckung vorgesehen hätte. Nun wird man mir sagen: Es besteht ein Unterschied insofern, als es sich bei diesen Hilfeleistungen oder Hilfsaktionen um einmalige Beträge handelt, währenddem, was hier in Betracht kommt, in Zukunft regelmäßig verlangt werden wird. Nun meine ich, auch in diesem Falle und bei der geringen Höhe der Summe, um die es sich handelt, wird man nicht im Ernste bestreiten können, daß es möglich wäre, im Bundesbudget, das etwa mit 3000 Millionen Franken in Einnahmen und Ausgaben bilanziert, diese Beträge unterzubringen. Einmal wird in der Botschaft selbst behauptet, daß die vorgelegte Kostenberechnung mit 14,7 Millionen Franken eher zu hoch veranschlagt sei. Wahrscheinlich werden also geringere Kosten in Betracht kommen, sagen wir 13 Millionen Franken. Dann wissen Sie wohl, daß der Bund jetzt schon 4 Millionen Franken zu eigenen Lasten übernommen hat für die Deckung der Ausgaben für die Mahlprämie. Ich müßte mich täuschen, wenn nicht nach der neuen Vorlage die Sache auch so beabsichtigt ist, daß in Zukunft die Mahlprämie ebenfalls zu Lasten der Bundeskasse übernommen werden sollte. Also bleiben in Wirklichkeit ungefähr 9—10 Millionen Franken neuer Kosten. Da muß ich gestehen: Ich glaube nicht daran, daß es bei gutem Willen nicht möglich wäre, im Bundesbudget, namentlich bei der Verbesserung der Finanzlage des Bundes, wie sie in der letzten Zeit eingetreten ist, diese Summe unterzubringen.

Man hat uns auch gesagt, daß bei Annahme unseres Antrages die ganze Vorlage in der Abstimmungskampagne gefährdet werde. Auch darüber kann man sehr verschiedener Meinung sein. Ich z. B. habe die Ueberzeugung, wenn unser Antrag angenommen würde und wenn nachher der Bundesrat erklärte, er sei bereit, etwa auf dem Militärbudget die 9 oder 10 Millionen Franken zu reduzieren, so würden die Chancen der Annahme der Vorlage nicht verschlechtert, sondern eher verbessert. Ich weiß natürlich schon, daß es eine Utopie ist, solches vom Bundesrat zu erwarten; aber ich wollte Ihnen nur den Beweis leisten, daß es doch Möglichkeiten gäbe, den Widerstand zu reduzieren und die Chancen für die Annahme der Vorlage zu verbessern.

Aber auch in anderer Weise könnte das geschehen. Es ist klar, daß wenn Sie nicht auf einer Art der Finanzierung beharren, die an sich ebenso schwer angefochten werden kann, wie das Projekt selbst, dann jedenfalls die Chancen für Annahme in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht verschlechtert werden. Es mag sein, daß dafür diese Chancen in den Kreisen verschlechtert werden, die grundsätzlich darauf eingestellt sind, alles, was an Ausgaben für staatliche Bedürfnisse, soziale Zwecke oder für Hilfeleistungen aller Art gebraucht wird, auf die großen Massen der Konsumenten abzuwälzen, damit Vermögen und Einkommen möglichst geschont werden. Wer es als ein Uebel oder Verbrechen betrachtet, irgend eine Möglichkeit zu schaffen, dem Vermögen oder großen Einkommen näher zu kommen, wird natürlich eine Verschlechterung der Vorlage darin sehen, wenn wir an Stelle des Kommissionsvorschlages Ihnen einen Vorschlag machen, die Kosten aus allgemeinen Bun-

desmitteln zu decken. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß den gleichen Antrag auch die Angestelltenverbände gestellt haben. Sie haben gestern von Herrn Schmid-Ruedin gehört, daß die Angestelltenverbände eine Verwandtschaft mit der Sozialdemokratischen Partei ablehnen. Herr Schmid hat Bezug genommen auf einen Artikel in der « Tagwacht » und seine Mißbilligung ausgedrückt über die Form dieses Artikels.

Wahrscheinlich hat er diesen Artikel nicht ganz richtig verstanden, denn ich habe die Leitung der Angestelltenverbände nicht scharf kritisiert. Aber an und für sich haben Sie aus den Erklärungen doch sehen können, daß die gleiche Auffassung auch in Kreisen besteht, die nicht mit uns verwandt sind, jedenfalls die Verwandtschaft nicht haben wollen. Wenn es wahr ist, daß die Förderung des inländischen Getreidebaues für Sie eine Art wirtschaftlicher Landesverteidigung bedeutet, so könnten Sie eigentlich nicht in dieser Weise Widerstand leisten gegen unsern Vorschlag zur Uebernahme dieser Kosten durch den Bund. Ich glaube, Sie können mir auch nicht bestreiten, daß es eine Erleichterung der Abstimmungskampagne wäre, wenn wir dieses Streitobjekt herausnehmen könnten. Der Streit würde sich dann nur noch um die Vorlage selbst drehen, nicht aber um die Finanzierung. — In dem Momente, wo man erklären könnte, die Kosten der Getreideversorgung werden aus allgemeinen Bundesmitteln übernommen, hätten Sie dann wenigstens nach dieser Richtung eine günstigere Position. Die Gründe, die für unsere Stellungnahme maßgebend sind, habe ich Ihnen schon auseinandergesetzt.

Zum Schluß möchte ich auf eine Bemerkung unseres verehrten Kommissionspräsidenten, Herrn Dr. Meyer hinweisen, die er gestern gemacht hat. Er hat einen Satz aus meinem Bericht am Parteitage zitiert und gesagt, daß ich erklärt habe, wir rechnen damit, daß die Vorlage angenommen werde, und mußten auch aus diesem Grunde entsprechende Verbesserungs-Anträge stellen. Das ist dem Sinne nach richtig; nur ist nicht ganz vollständig zitiert worden. Ich sage offen: ich rechne mit der Möglichkeit der Annahme der Vorlage. Darum halte ich es für meine Pflicht, jetzt, wo wir über die Dinge beraten, Ihnen dasjenige vorzuschlagen, was ich im Interesse der Kreise, die wir hier vertreten, für notwendig und zweckmäßig halte. Es ist meine vollendete Ueberzeugung, daß dadurch keine Sabotage bewirkt würde, sondern daß, wenn Sie sich entschließen könnten, diesem Antrag zuzustimmen, Sie Ihre eigene Position erleichtern würden.

M. Musy, conseiller fédéral: M. Huggler dit: Si vous acceptez ma proposition, la solution du projet en sera fortifiée. M. Reinhard disait à Heiden: Si vous acceptez ma proposition, la situation sera sauvée.

En réalité, si le Conseil accepte la proposition de M. Huggler, le projet sera complètement ébranlé. Le parti socialiste sait parfaitement bien que la solution que nous avons proposée est la base sur laquelle repose tout l'édifice. Aussi, pour enlever tout ce qui constitue sa force, le parti socialiste a-t-il délégué l'un de ses plus prudents officiers. Je me plais à remarquer en effet que les interventions de M. Huggler sont ordinairement frappées au coin du bon sens. Je ne suis donc pas surpris qu'on l'ait délégué.

Je n'insisterai pas sur les dangers de la proposition Huggler. M. Fazan en particulier a dit que pour son compte, il ne pourrait plus voter le projet, si ces propositions étaient acceptées. Le Conseil fédéral le refuserait certainement, si on supprimait les moyens financiers proposés.

M. Huggler dira qu'il n'est pas nécessaire de mettre cela dans l'article constitutionnel, mais que nous voterons la loi proposée faisant suite à l'article constitutionnel. Eh bien, je sais, Messieurs, que dans un instant vous allez vous lever comme un seul homme pour voter contre le projet constitutionnel!

Je vous demande donc, avec les deux rapporteurs de la commission, d'écarter la proposition de M. Huggler. Je sais que notre position est forte et quand le projet viendra devant le peuple, lorsqu'il s'agira de discuter les avantages et les désavantages du projet du Conseil fédéral, à ce moment-là vous devrez soutenir, vous, la théorie du pain cher et nous, la théorie du pain bon marché.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission

Mehrheit

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Präsident: Die Abstimmung über diesen Antrag ist mit derjenigen über den Antrag Graber zu Art. 2 zu vereinigen.

(Zustimmung. — Adhésion.)

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — Adopté.

Art. 1, Ziff. 1.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Art. 1, chiff. 1.

Proposition de la commission.

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Angenommen. — Adopté.

Antrag Graber
vom 17. September 1928.

I.

Art. 1. Es wird der Abstimmung des Volkes und der Stände unterbreitet der Verfassungsrevisionsentwurf der Initianten...

Ziff. 2 ist zu streichen.

Art. 2. Es wird Volk und Ständen beantragt, den Revisionsentwurf zu verwerfen.

II.

Motion.

Der Bundesrat wird beauftragt, einen neuen Entwurf einzubringen, durch welchen der Bund das ausschließliche Einfuhrrecht für Brotgetreide und seiner Mahlprodukte übertragen wird.

Proposition Graber.
du 17 septembre 1928.

I.

Art. 1^{er}. Est soumis au vote du peuple et des cantons le projet de revision...

Biffer le chiff. 2.

Art. 2. Le peuple et les cantons sont invités à rejeter la demande d'initiative.

II.

Motion.

Le Conseil fédéral est chargé de présenter un nouveau projet attribuant à la Confédération le droit exclusif d'importer du blé panifiable et des produits de sa mouture.

Präsident: Nun hat noch Herr Graber einen Antrag gestellt, und ferner eine Motion eingereicht. Dieser Antrag wird den soeben bereinigten Art. 1 und 2 nach Entwurf gegenübergestellt. Für den Fall, daß der Rat dem Antrag Graber zustimmt, würde ich nachher diese Motion in Diskussion setzen. Sollte der Rat den Antrag Graber ablehnen, so wird damit auch seine Motion ohne weiteres hinfällig.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	Mehrheit
Für den Antrag Graber	Minderheit

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble.

Für Annahme des Beschlußentwurfes	100 Stimmen
Dagegen	38 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2309. Getreideversorgung.
Änderung des Art. 14 des Zolltarifgesetzes.

Approvisionnement du pays en blé. Revision de l'art. 14 de la loi sur le tarif des douanes.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 12. April 1928 (Bundesblatt I, 1009). — Message et projet de loi du 12 avril 1928 (Feuille fédérale I, 1057).

Beschluss des Ständerates vom 7. Juni 1928.
Décision du Conseil des Etats du 7 juin 1928.

Antrag der Kommission.

Eintreten und Zustimmung zum Beschluß des Ständerates.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles et adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Berichterstattung. — Rapports généraux.

Odlinga, Berichterstatter: Die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist bereits im Prinzip in Al. 4 des Art. 23bis der Vorlage, die wir vorhin behandelt haben, beschlossen worden. Dort haben Sie festgelegt, daß die statistische Gebühr im Warenverkehr mit dem Ausland zu erhöhen sei. Ich darf mich daher allgemeiner Ausführungen über die Anlage der statistischen Gebühr und über die Notwendigkeit, sie zu erhöhen, enthalten. Es ist lediglich meine Aufgabe, Ihnen in wenigen Worten auseinanderzusetzen und zu begründen, in welcher Weise die Erhöhung vorgenommen werden soll. Der Art. 14 des Zolltarifgesetzes enthält die Bestimmung, daß für die Kontrolle der die schweizerische Zollgrenze überschreitenden Waren eine statistische Gebühr zu entrichten sei, und zwar von 2 Rp. per Zentner für die nach Gewicht, 2 Rp. per Stück für die nach Stückzahl zu deklarierenden Waren und 5 Rp. für die Sendung im Postverkehr. Diese Gebühren sollen für je eine Abfertigung bzw. Sendung nicht weniger als 5 Rp. betragen. Dann folgt die Ermächtigung an den Bundesrat, im Eisenbahnverkehr für von ihm näher zu bezeichnende Güter in ganzen Wagenladungen eine Ermäßigung der statistischen Gebühr und für einzelne Grenzverkehrsarten gänzliche Erhebung von deren Entrichtung anzuordnen.

Wenn Sie die Botschaft gelesen haben, haben Sie gesehen, wieviel die statistische Gebühr und die Gebühren überhaupt eingebracht haben. Sie haben daraus entnommen, daß der Ertrag der Nebengebühren vom Jahre 1920 in der Höhe von 17,14 % der Gesamteinnahmen auf 8,5 % im Jahre 1927 zurückgegangen ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der Botschaft des Bundesrates alles das detailliert auseinandergesetzt ist. Nun liegt uns die Aufgabe ob, die 10 Millionen, welche für die Getreideversorgung nötig sind, aus der statistischen Gebühr herauszubringen. So sind wir gezwungen, die Erhöhung vorzunehmen, wie sie von seite des Bundesrates vorgeschlagen wird. Es bringt das eine Erhöhung in folgendem Umfange mit sich: 5 Rp. der Zentner für Waren mit einem

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.09.1928
Date	
Data	
Seite	785-798
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 455

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 27. September 1928.
Séance du matin du 27 septembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: Hr. Minger.

2309. Getreideversorgung. Aenderung des Art. 14 des Zolltarifgesetzes.

Approvisionnement du pays en blé. Revision de l'art. 14 de la loi sur le tarif.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 798 hievor. — Voir page 798 ci-devant.)

Beschluss des Ständerates vom 25. September 1928.
Décision du Conseil des Etats du 25 septembre 1928.

Vorlage der Redaktionskommission vom 26. September 1928.
Projet de la commission de rédaction du 26 septembre 1928.

Präsident: Zur Redaktion habe ich zu bemerken, daß der Ständerat eine kleine Abänderung getroffen hat, indem er sagt: «Versorgung des Landes mit Brotgetreide», an Stelle des Wortes «Brotver-

sorgung». Ich frage den Rat an, ob er dieser redaktionellen Aenderungen zustimmt.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Schlußabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes	89 Stimmen
Dagegen	22 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Siehe Seite 713 hievor. — Voir page 713 ci-devant.

Beschluß des Ständerates vom 26. September 1928.
Décision du Conseil des Etats du 26 septembre 1928.

Vorlage der Redaktionskommission vom 26. September 1928.
Projet de la commission de rédaction du 26 septembre 1928.

Schlußabstimmung. — *Vote final.*

Für Annahme des Beschlußentwurfes	80 Stimmen
Dagegen	24 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Schluss des stenographischen Bulletins der Herbst-Session.

Fin du Bulletin sténographique de la session d'automne.

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.09.1928
Date	
Data	
Seite	838-838
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 461

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 6. Juni 1928.
Séance du matin du 6 juin 1928.

Vorsitz: — Présidence: M. Savoy.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Bericht des Bundesrates vom 2. April 1928 (Bundesblatt I; 889).
 Rapport du Conseil fédéral du 2 avril 1928 (Feuille fédérale I, 933).

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Anträge der Kommission.

Mehrheit:

Eintreten.

Minderheit:

Nichteintreten.

Propositions de la commission.

Majorité:

Passer à la discussion des articles.

Minorité:

Ne pas passer à la discussion des articles.

Keller-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit: Namens der Mehrheit unserer Kommission (alle Mitglieder außer Herrn Burklin) beantrage ich Ihnen, auf die Botschaft und die Anträge des Bundesrates vom 2. April 1928 einzutreten; Herr Burklin hat in der Kommission den Antrag gestellt, überhaupt auf die Vorlage nicht einzutreten; er hat jedoch für diesen Antrag keine Unterstützung gefunden. Bevor ich auf die Prüfung der Botschaft des Bundesrates und auf die Berichterstattung über die Beratungen unserer Kommission eintrete, lassen Sie mich ganz kurz und sine ira et studio an die Situationen erinnern, in denen wir uns betreffend die Getreideversorgung vor dem Krieg befunden haben und in die uns der Krieg gebracht hat.

1. Bis zum Kriege bekamen wir gutes und billiges Brot auf dem Wege des freien Handels; Störungen in der Brotversorgung fanden keine statt und der Ruf nach einem Getreidemonopol war nur vereinzelt. Wohl aber erlebten wir einen besorgniserregenden Rückgang des Getreidebaues in unserem Lande. Während 1905 noch 134,000 Hektaren mit Brotgetreide bepflanzt wurden, so war diese Zahl 1914 auf 100,000 Hektaren gesunken; die Inlandsproduktion deckte 1876/85 44 %, 1896/1905 noch 25 %, 1914 aber nur noch 12 % des Bedarfes. Eine starke Bevölkerungsvermehrung und die Konkurrenz des Weltgetreidemarktes gegenüber der Inlandsproduktion bilden für diese unerfreuliche Entwicklung die Ursache. Der Bund beschränkte sich darauf,

mäßige Getreidelager als Kriegsreserve zu unterhalten.

Dann kam der Krieg; er brachte uns schon am 9. Januar 1915 durch Bundesratsbeschluss das Getreidemonopol; nicht weil wir damals etwa schon an Brotmangel gelitten hätten, wohl aber, weil unsere Nachbarstaaten nur solches Getreide in die Schweiz hineinlassen wollten, von dem sie sicher waren, daß es auch dem inländischen Konsum zufalle. Später begann die Getreideknappheit und mit dieser im Zusammenhang eine Reihe behördlicher Maßnahmen zur Förderung des Getreidebaues; zunächst die Erlasse über Vermehrung der Anbaufläche, welche 50,000 Hektaren neues Pflanzland einbrachten; dann die Vorschriften über die Uebernahmepflicht des Bundes für nicht freihändig verkauftes Inlandgetreide unter Bezahlung eines sog. Ueberpreises und noch später die Mahlprämie; alle diese Maßnahmen basierten auf Notrecht: es waren entweder Bundesratsbeschlüsse auf Grund der außerordentlichen Vollmachten oder dringliche Bundesbeschlüsse der Bundesversammlung. Sie haben es ermöglicht, daß heute zirka ein Viertel des gesamten Landesbedarfes an Brot gedeckt ist. Das Regime, in welchem wir heute noch leben, ist dasjenige des Getreidemonopols, gehandhabt von der Eidgenössischen Getreideverwaltung und unter gewollter Förderung des einheimischen Getreidebaues durch die Uebernahmepflicht des Bundes für inländisches Getreide zu einem Uebernahmepreis und Bezahlung der sog. Mahlprämie.

Dieses Regime soll gemäß Bundesratsbeschlüssen aus letzter Zeit mit dem 30. Juni 1929 endgültig dahinfallen und durch ein Definitivum ersetzt werden auf Grund einer monopolfreien Lösung. Bundesrat und Bundesversammlung waren sich schon vor Jahren bewußt, daß das Notgetreiderecht durch eine endgültige Lösung ersetzt werden sollte; allein der Weg dorthin war ein dornenreicher und ist auch heute noch nicht voll getan.

2. Unterm 27. Mai 1924 erstattete der Bundesrat der Bundesversammlung einen Bericht über die Sicherung der Getreideversorgung des Landes; durch einen Verfassungsartikel 23bis sollte die Basis für die sachbezügliche Gesetzgebung geschaffen werden. Auf Grund einer wohldokumentierten Botschaft gelangte der Bundesrat zum Schluß, daß diese Sicherung bestehen solle: im Unterhalt von Getreidevorräten durch den Bund oder Dritte und in der Förderung des inländischen Getreidebaues durch Mahlprämie und Ueberpreis. Die hieraus für den Bund entstehenden Auslagen wurden auf rund 10,000,000 Fr. per Jahr berechnet; es wurde ausgeführt, daß diese 10,000,000 Fr. die Prämie bilden, welche das Schweizervolk auf sich nehmen solle, damit Zustände in der Brotversorgung wie 1914 nicht mehr vorkommen können. Das bestehende Getreidemonopol soll abgeschafft werden; der Entwurf sagt:

«Dabei (d. h. bei Ausübung vorstehender Grundsätze) darf jedoch ein ausschließliches Recht der Einfuhr von Getreide vorbehaltlich einer Zwangslage in Kriegszeiten weder für den Bund noch für eine private Organisation geschaffen werden.»

Die Beratungen dieser Vorlage in der Bundesversammlung sind noch in unser aller Erinnerung; mit Getreidelagerung, mit Ueberpreis und Mahlprämie war man allseits einverstanden. Dagegen

wurde das Monopolverbot eliminiert und an dessen Stelle die Einführung des Getreidemonopols durch die Gesetzgebung als zulässig erklärt.

Unterm 5. Dezember 1926 ist diese Vorlage der Bundesversammlung von Volk und Ständen verworfen worden; der Kampf ging wiederum nicht um die Maßnahmen zur Brotversorgung des Landes und zur Förderung der Landwirtschaft (Ueberpreise und Mahlprämie), sondern um das Monopol; d. h. um die Methode, das erstrebte Ziel zu erreichen. Dies geht mit aller Bestimmtheit nicht nur hervor aus den Presseäußerungen und den Voten der führenden Politiker aus jener Zeit, sondern wohl am deutlichsten und sinnfälligsten aus der Initiative, welche — von ungefähr 77,000 Schweizerbürgern unterzeichnet — am 16. Oktober 1926 der Bundeskanzlei eingereicht wurde und sich lediglich gegen das Monopol wendete und einer monopolfreien Lösung die Bahn ebnen sollte. Diese Initiative ist am 22. Dezember 1926 seitens der Bundesversammlung dem Bundesrat zur Berichterstattung überwiesen worden.

So kam der Bundesrat doppelt in die Lage, sich mit der Frage der Brotversorgung des Landes und der Förderung der Landwirtschaft nochmals zu beschäftigen; einmal durch die ihm obliegende Stellungnahme zur Initiative; dann aber auch aus eigenem Antrieb; denn das Abstimmungsresultat vom 5. Dezember 1926 allein schon gebot ihm in Respektierung des Volks- und Ständewillens, das Getreideproblem wieder aufzunehmen und nunmehr nach einer monopolfreien Lösung zu suchen.

Das Jahr 1927 verstrich mit der Einholung und Prüfung von Vorschlägen für eine monopolfreie Lösung; auf Ende November 1927 wurde eine außerparlamentarische Vorberatungskommission einberufen, die im Anschluß an einen Vorschlag der Müller das ganze Problem materiell diskutierte und zu bestimmten Vorschlägen zuhanden des Bundesrates gelangt ist. Die Mitwirkung des Müllereigewerbes bei diesen Beratungen sei hier besonders verdankt.

Das Ergebnis seiner neuen Prüfung hat nun der Bundesrat niedergelegt in zwei Botschaften:

a) Botschaft vom 2. April 1928 über das Initiativbegehren für die Aufnahme eines Art. 23bis in die Bundesverfassung betreffend die Getreideversorgung der Schweiz mit Anträgen auf Seite 55/56. Danach beantragt der Bundesrat, die Initiative abzulehnen, stellt aber einen Gegenvorschlag auf:

b) Botschaft vom 12. April 1928 betreffend Revision des Art. 14 des schweiz. Zolltarifgesetzes.

Das Verhältnis dieses letztern Gesetzentwurfes zur Aufnahme des Verfassungsartikels 23bis ist das folgende: Nach den neuern Vorschlägen des Bundesrates soll für die Finanzierung der Brotversorgung des Landes und der Förderung des Getreidebaues ein Teil der Geldmittel durch Erhöhung der statistischen Gebühren beschafft werden; Voraussetzung, daß das bezügliche Gesetz in Wirksamkeit gelangt, ist also, daß der vorgeschlagene Verfassungsartikel angenommen wird. Es hätte sich fragen können, ob unter diesen Verhältnissen nicht die Beratung der Revision des Art. 14 Zolltarifgesetz, zurückgelegt werden sollte, bis über den Verfassungsartikel entschieden sei. Sowohl die Kommission, für die ich referiere, als die Zolltarifkommission, welcher die Revision des Art. 14 Zolltarifgesetz zur

Vorberatung überwiesen war, hielten jedoch übereinstimmend dafür, daß beide Vorlagen von der Bundesversammlung gleichzeitig zu beraten seien. Einmal wird der Referendumsbürger, der über den Verfassungsartikel betreffend das Getreideproblem seine Stimme abzugeben hat, über die Finanzierung desselben genau orientiert sein wollen; wie die Mittel aufgebracht werden. Auf wessen Schultern finanziert wird, ist ihm nicht gleich, kann sogar seine Stellungnahme zum Verfassungsartikel endgültig bestimmen. Sodann ist die ganze Vorlage dringlich mit Rücksicht auf den Termin des 30. Juni 1929, auf welchen die Provisorien dahinfallen. Aus diesen Gründen erscheint die gleichzeitige Beratung beider Vorlagen als erwünscht, wobei wiederum beide Kommissionen darin übereinstimmen, daß zuerst die Vorlage betreffend den Verfassungsartikel zu behandeln sei und unmittelbar im Anschluß daran die Revision des Zolltarifgesetzes.

Sind einmal beide Vorlagen von der Bundesversammlung erledigt, so wird die Frage entstehen, wie dieselben zeitlich vor das Volk zu bringen sind, wobei zu erinnern ist, daß die erste dem obligatorischen, die zweite nur dem fakultativen Referendum untersteht; hierüber hat unsere Kommission einen Meinungsaustausch gepflogen, dagegen absichtlich keinen Beschluß gefaßt; mitbestimmend für die Beantwortung dieser Frage wird der Verlauf der Beratungen in den Kammern sein.

3. Ich gehe nun über zur Eintretensfrage mit bezug auf den vorliegenden bundesrätlichen Antrag vom 2. April 1928; Sie haben zweifellos demselben schon entnommen, daß der Bundesrat beantragt, die Initiative abzulehnen, dagegen einen von ihm aufgestellten Gegenvorschlag zu genehmigen.

Um diese Stellungnahme des Bundesrates zu verstehen, ist sein Projekt für die künftige Brotversorgung des Landes hier summarisch darzustellen. Die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, sind:

a) Unterhaltung von genügenden Getreidelagern, wobei die Müller verpflichtet werden können, Bundesgetreide zu lagern und Getreidevorräte zwecks Auswechslung zu übernehmen;

b) Förderung des Anbaues von Brotgetreide im Inland, Unterstützung der Selbstversorgung und Uebernahmepflicht des Bundes von mahlfähigem Inlandgetreide zu einem Preis, der den Getreidebau im Inland ermöglicht. Damit das so erworbene Getreide nicht beim Bund liegen bleibt, sollen die Müller verpflichtet werden können, dasselbe auf Grund des Marktpreises zu übernehmen;

c) Das Interesse an der Erhaltung eines inländischen, leistungsfähigen Müllereigewerbes und die Verpflichtungen desselben im Sinne obiger Ausführungen bedingen, daß dasselbe einen gewissen Schutz genießt; zu diesem Zweck soll der Bund Einfuhrzölle auf ausländisches Backmehl erheben; ja sogar gegebenenfalls dasselbe selber einführen können;

d) Die Kosten der Ausführung dieser Maßnahmen, die jetzt auf rund 14,000,000 Fr. p. a. berechnet werden, soll die Bundeskasse tragen, dafür aber soll ihr eine neue Einnahme zugeführt werden aus der Erhöhung der statistischen Gebühren im Warenverkehr mit dem Ausland.

Prüft man nun die Frage, ob die eben dargelegten Maßnahmen in den Rahmen des Wortlautes der Initiative fallen, so ergibt sich, daß derselbe jenen

zwar nicht zuwiderläuft, wohl aber ungenügend, nicht erschöpfend, ist und dies nach drei Richtungen:

a) Einmal muß in der Verfassung unzweideutig gesagt werden, nach welcher Seite die Handelsfreiheit im Mittelgewerbe eingeschränkt wird und daß dem Bundesrat über das letztere und den Getreidehandel eine Aufsicht bzw. Kontrolle zusteht. Beide sind unerlässlich, wenn keine Unterschiebungen von ausländischem Getreide bei der Mahlprämie stattfinden sollen und weil der Unterschied von Back- und Futtermehl festzustellen ist;

b) Sodann fehlt im Wortlaut des Initiativbegehrens jegliche Andeutung über die Finanzierung der Brotversorgung. Eine solche ist aber jedenfalls beim Projekt des Bundesrates nötig; denn die vorausgesehene Erhebung der Mehlsölle und erst recht der Vorbehalt, das Backmehl ausschließlich einzuführen, finden in Art. 29 der Verfassung keine Unterstützung; diese muß erst noch geschaffen werden;

c) Auch über den Schutz der Müllerei fehlt im Initiativbegehren eine deutliche Bestimmung.

Es ergibt sich daher als Notwendigkeit, will man dem bundesrätlichen Entwurf den verfassungsgemäßen Schutz deutlich und klar zukommen lassen, den Wortlaut der Initiative zu verlassen und einen neuen Verfassungsartikel 23bis aufzustellen, wobei dessen Benennung als Gegenentwurf vielleicht nicht ganz richtig ist, denn im Grunde ist er eine Weiterbildung des Initiativbegehrens-Entwurfes und nicht eine gegensätzliche Bestimmung.

Aus diesen Erwägungen teilt die Kommission die Auffassung des Bundesrates, daß das Initiativbegehren abzulehnen sei, und sie ist deshalb auf die Beratung des Gegenentwurfes des Bundesrates, welcher ebenfalls eine monopolfreie Lösung enthält, eingetreten und beantragt Ihnen, dasselbe zu tun.

4. Den Antrag des Herrn Bürklin, auf die Vorlage überhaupt nicht einzutreten, d. h. weder auf die Initiative noch auf den Gegenvorschlag des Bundesrates, bitten wir abzulehnen.

Ich will der Begründung desselben durch den Antragsteller nicht vorgreifen; er mag versuchen, Sie für seine Ansicht zu gewinnen; nur soviel sei jetzt schon gesagt: Es liegt im Antrag des Herrn Bürklin auf Nichteintreten meines Erachtens ein Widerspruch mit seiner übrigen und grundsätzlichen Haltung. Herr Bürklin ist Etatist, er ist Monopolfreund; aber er stellt einen Antrag, der durchaus zur freien Privatwirtschaft führt; denn er läßt die interimistischen Bundesbeschlüsse am 30. Juni 1929 ablaufen, ohne etwas an deren Stelle zu setzen; geht es nach seinem Kopf, so haben wir ab 1. Juli 1929 nicht nur kein Monopol mehr, auch die Leistungen des Bundes an die Landwirtschaft hören auf und der Zustand von 1914 gilt wieder ohne Schranken. Schon aus diesem Grunde muß der Antrag des Herrn Bürklin abgelehnt werden.

Es widerspricht aber auch der ganzen Entwicklung des Getreideproblems; anlässlich der Abstimmungscampagne über die Vorlage vom Dezember 1926 war man allseits darüber einig, daß die Verhältnisse in der Brotversorgung des Landes, wie sie 1914 vorlagen, sich nicht wiederholen dürfen; man war allseits darüber einig, daß zu diesem Zweck der Getreidebau gefördert werden müsse, und man anerkannte Mahlprämie und Ueberpreis als hierfür geeignete Mittel. Die Monopolgegner legten sich auf

diese Schutzmaßnahmen zugunsten des Landes fest für den Fall, daß das Projekt einer monopolfreien Lösung die Oberhand gewinnen sollte. Warum alles dies? Antwort:

In Erkenntnis, daß eine angemessene Brotversorgung des Landes eine staatliche Notwendigkeit sei; in Erkenntnis ferner, daß die Förderung des Getreidebaues die wirtschaftlich unbefriedigende Lage unserer Landwirtschaft zu verbessern geeignet sei, in Erkenntnis endlich, daß eine gesunde Landwirtschaft eine Vorbedingung eines gesunden Staates sei. Ich verweise auf die vortrefflichen Ausführungen des Bundesrates über die Bedeutung der Landwirtschaft auf Seiten 2 bis 8 seiner Botschaft.

An diesem Ziel und an dieser Ueberzeugung muß auch heute festgehalten, und es darf auch keine Zeit mehr verloren werden, denn der Termin vom 30. Juni 1929 wird bald genug erreicht sein.

Wir wollen also jetzt eintreten und müssen jetzt eintreten, wenn wir rechtzeitig ein Definitivum schaffen wollen. Wir dürfen aber auch ruhig die Verantwortlichkeit für einen solchen Beschluß übernehmen; denn, was uns der bundesrätliche Entwurf für den Art. 23bis bringt, ist in seinen Grundzügen zum guten Teil schon bekannt; Ueberpreis, Mahlprämie und Transporterleichterung; neu dagegen ist die Stellung des Müllereigewerbes in der Liquidation des vom Bund erworbenen inländischen Getreides und die Finanzierung des ganzen Problems. Hierüber noch folgende allgemeine Bemerkungen:

Wenn der Bund sich entschließt, dem Landwirt sein Getreide, das er nicht freihändig verkaufen kann, abzunehmen, so muß er Vorkehrungen treffen, daß ihm dasselbe nicht liegen bleibe; dasselbe gilt für Getreide, welches der Bund gelagert hat und das zur Auswechslung kommt. Wie mit diesem Getreide diesfalls zu verfahren sei, hat großen und langen Studien gerufen; es sind dem Bundesrat die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Die heute vorgeschlagene Lösung: das Müllereigewerbe übernimmt dieses Getreide zum Marktpreis, ist einfach und für die Müllerei tragbar, sobald sie gegen die Konkurrenz des Auslandes mit Backmehl geschützt wird; dies ist im Verfassungsartikel durch die Möglichkeit der Erhöhung der Mehlsölle vorgesehen, ja es ist sogar dem Bund das Recht vorbehalten, die Einfuhr von Backmehl ausschließlich zu übernehmen. Dieser Schutz der Müllerei ist eine staatliche Notwendigkeit; denn was nützt die Förderung des Getreidebaues, wenn die Mühlen im Lande fehlen, um die inländische Produktion zu vermahlen. Dieser Schutz bedingt aber auch eine gewisse Aufsicht des Müllereigewerbes durch den Bund, damit allfällige Mißbräuche abgestellt werden können.

Die Kommission hat in ihren Beratungen diese Lösung des Bundesrates gebilligt. Was nun die Finanzierung des Getreideproblems anbelangt, so sind auch diesbezüglich verschiedene Vorschläge gemacht worden. Der heute geltende Zustand im Zeichen des Monopols ist der folgende: Aus der Bundeskasse werden bezahlt die Auslagen für die Mahlprämie, jährlich zirka 4,000,000 Fr.; die Kosten für die technische Förderung des Getreidebaues, die Auslagen für Transporterleichterungen und endlich der Ueberpreis (zusammen zirka 10,000,000 Fr.) werden von der Getreideverwaltung getragen, d. h. auf den Getreide- respektive den Mehlpriß geschlagen

und belasten damit den Konsumenten. Grundsätzlich auf diesem Boden der Verteilung der Kosten zwischen Staat und Konsument standen auch der Vorschlag der Müller und die Beschlüsse der außerparlamentarischen Vorberaterkommission; durch eine auf das Mehl zu schlagende Abgabe (die Mehrabgabe) sollen die Summen eingebracht werden, um die Getreideverwaltung in den Stand zu setzen, für ihre Verpflichtungen gegenüber der Landwirtschaft aufzukommen. Der Bundesrat hat nun diesen Standpunkt verlassen; in der Befürchtung, daß aus der Mehlabgabe im Volke ein Brotzoll und damit die ganze Vorlage gefährdet werden könnte, hat er sich entschlossen, die Kosten für die Förderung des Getreidebaues, also die zirka 14,000,000 Fr. pro Jahr gänzlich auf die Bundeskasse zu übernehmen, dafür aber dieser eine neue Einnahmenquelle durch Erhöhung der statistischen Gebühren (Art. 14 Zolltarifgesetz) zu erschließen. Dieser Vorschlag, man darf vielleicht auch sagen, dieser geschickte Ausweg aus einer heiklen Situation, ist weit im Lande herum sympathisch aufgenommen worden, weil er die Kosten für die Förderung des Getreidebaues von den Schultern der Konsumenten abnimmt und auf eine größere Allgemeinheit, die Bezahler der statistischen Gebühren, überwälzt; überdies wird jedenfalls ein großer Teil dieser Gebühren nicht vom inländischen Warenbezüger, sondern vom ausländischen Versender getragen werden, wie es andererseits auch nicht selbstverständlich ist, daß der inländische Käufer, z. B. der Industrielle, die von ihm bezahlte Gebühr auf seinen inländischen Abnehmer abwälzen kann. Man hätte füglich erwarten dürfen, daß von sozialdemokratischer Seite aus in erster Linie diese Neuerung begrüßt worden wäre; denn die Entlastung der Getreideverwaltung von rund 10,000,000 Fr. pro Jahr, muß eine gewisse Verbilligung des Brotes zur Folge haben; und für die, nicht an Geld, wohl aber an Kindern begüterten Familien spielt diese eine nicht unbedeutende Rolle. Aber die Entgiftung, die zwischen Arbeiter und Landwirt durch diese Maßnahme angestrebt wird, paßt den führenden Häuptern jener Partei nicht, weil sie für den bevorstehenden Wahlkampf kein scharfes Schwert bildet.

Zuzugeben ist, daß mit der Erhöhung der statistischen Gebühr und der Heranziehung zur Finanzierung der Förderung des Getreidebaues eine stille Finanzreserve angezapft wird, die nun für andere Zwecke verloren geht.

Ueber den wirtschaftlichen Charakter der statistischen Gebühren, ihre Struktur und die in Aussicht genommene Erhöhung und Verteilung wird bei Beratung der Vorlage über die Revision des Zolltarifgesetzes zu sprechen sein. Nach der Botschaft des Bundesrates und nach den unzweideutigen Erklärungen des Herrn Vorstehers des Finanzdepartementes in beiden Kommissionen soll die Erhöhung der statistischen Gebühren nicht für die Bundeskasse eine neue allgemeine Einnahme schaffen, vielmehr nur in dem Umfange eine Erhöhung stattfinden, daß dadurch die Auslagen für die Förderung des Getreidebaues gedeckt werden.

Unsere Kommission billigt grundsätzlich den Vorschlag des Bundesrates, zur Finanzierung des Getreideproblems das Ergebnis einer Erhöhung der Gebühr heranzuziehen, vorbehaltlich der in der Detailberatung zu stellenden Anträge.

Die Kommission ist deshalb in ihrer Generaldebatte zum Schlusse gekommen, das vorliegende Projekt des Bundesrates in seinen großen Zügen (d. h. also Detailberatung vorbehalten) zu billigen, und sie beantragt Ihnen daher Eintreten auf die Vorlage in dem Sinne, daß der materiellen Detailberatung der Entwurf des Bundesrates zu einem Art. 23bis zugrunde gelegt wird.

Die Detailberatung stellen wir uns so vor, daß zunächst der bundesrätliche Entwurf des Art. 23bis beraten wird, im Anschluß daran der übrige Teil des Bundesbeschlusses.

Allgemeine Beratung. — *Discussion générale.*

Brügger: Ich möchte nur ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Auch ich habe die Initiative unterschrieben, in der Meinung, damit den gerechten Forderungen der Bauernsamen entgegenkommen zu wollen und entgegenkommen zu können. Ich muß nun heute gestehen, daß der Gegenentwurf des Bundesrates besser ist als die Initiative, die den gleichen Zweck verfolgt. Ich bin mit diesem Wort «Gegenentwurf» nicht ganz einverstanden; es ist kein Gegenentwurf, sondern im Grunde genommen eine Ergänzung des Initiativbegehrens. In der Kommission wurde die Frage der Benennung auch besprochen, wie man wohl in der Eintretensdebatte hervorheben darf. Man hat sich gefragt, ob man nicht von einem Ergänzungsentwurf sprechen könne statt von einem Gegenentwurf, um zum Ausdruck zu bringen, daß im Grunde genommen beide Entwürfe das gleiche Ziel verfolgen. Man glaubte dann, das übliche Wort Gegenentwurf belassen zu sollen, während ich immer noch geglaubt hätte, man könnte ganz gut Ergänzungsentwurf sagen. Das mag nun dahingestellt sein.

Einen andern Gedanken möchte ich noch hier herausheben. Ich wäre jetzt noch der gleichen Ansicht, wie Herr Kollege Böhi sie ausgesprochen hat, als man vor einiger Zeit über die Kostendeckung der Auslagen für die Landwirtschaft sprach, wo er erklärte, daß der Konsum so gering belastet werde, vielleicht mit 1,5 bis 2 Rp. per kg durch all das, was man für die Landwirtschaft tun wolle. Der Konsum, das Brot selber, könnte also diese kleine Belastung wohl tragen. Es ist das auch in der Tat in allen übrigen Ländern, die durch Zollmaßnahmen einen Schutz ihrer Landwirtschaft nötig haben, so gemacht worden. Dort trägt der Konsum diese Mehrkosten, so neuestens auch wieder in Norwegen, das von dem Monopol, welches im Kriege bestand, auch zur monopolfreien Lösung übergegangen ist. Ueberall werden die Mehrkosten für Unterstützung der Landwirtschaft auf das Brot geschlagen, und die Leute sind zufrieden. Man hätte das also sehr wohl auch bei uns tun können. Wir mußten uns aber dem Einwand fügen, daß eine solche Lösung bei uns deswegen nicht möglich sei, weil dieser Umstand in ganz demagogischer Weise ausgebeutet würde, um jede Vorlage zu Fall zu bringen. Sie ist also nicht unmöglich, nicht weil sie innerlich nicht richtig wäre, sondern aus den andern, eben genannten Gründen. Dieser Einsicht konnte ich mich nicht verschließen, und ich muß mich also aus diesen Gründen der Ansicht anschließen,

daß man davon absehen muß, das Brot selber auch nur im kleinsten Maße mit diesen Kosten zu belasten.

Da hat nun, und darüber sind wir glücklich und müssen dem Bundesrat dankbar sein, der Bundesrat einen recht geschickten Ausweg gefunden. Die Kosten sollen getragen werden durch eine ganz kleine Erhöhung nicht der Zollgebühren, sondern einfach der Kontrollgebühren für alle Waren, die ein- und ausgehen. Das war ein geschickter und glücklicher Fund, und dem dürfen wir mit voller Zufriedenheit zustimmen. Die Kommission war denn auch einstimmig für Eintreten auf diesen Gegen- oder Ergänzungsentwurf, mit Ausnahme des einzigen Vertreters der Sozialisten, der in unserer Kommission war. Dieser will auf den Entwurf aus grundsätzlichen Erwägungen nicht eintreten, weil eben die Sozialisten das Monopol grundsätzlich wünschen, gerade wie wir andern das Monopol grundsätzlich nicht wünschen. Wir haben uns da auf dem gleichen Boden gefunden, nur im umgekehrten Verhältnis. Darüber, über das umgekehrte Verhältnis, werden wir vielleicht in andern Zusammenhang noch reden. Hier möchte ich nur meine volle Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates aussprechen.

Wüllschlegler: Es ist in der Tat interessant, sich die Wandlungen, welche die Frage der Getreideversorgung in den wirtschaftlichen und politischen Parteien und namentlich in den Behörden durchgemacht hat, kurz zu vergegenwärtigen. Nach dem lange hin und her wogenden Kampf um das staatliche Getreideeinfuhrmonopol und nach dessen vorläufigem Sieg im Parlament erhob sich im Volk ein leidenschaftlicher Streit um dieses Monopol, und zwar in einer Art und Weise, daß man hätte glauben können, es könne sich in der Getreidefrage nur noch darum handeln, ob überhaupt irgendwelche staatliche Eingriffe Platz greifen dürfen oder ob auf jeden derartigen Eingriff vollständig zu verzichten sei. So wurde in der Presse durch Flugblätter und in Versammlungen gekämpft, aber der aufmerksame Beobachter merkte bald, daß die Sache ganz anders liegt, daß es sich gar nicht, wie man die Volksmassen glauben machen wollte, handelt um die Frage: staatlicher Eingriff, ja oder nein, sondern daß es sich bloß darum handelt, welche staatlichen Eingriffe vorgenommen werden sollen. Dafür hatte ja ein Teil der Monopolgegner schon gesorgt durch die Einbringung einer eigenen Initiative, welche gar nicht die staatlichen Eingriffe preisgab, sondern sie im Gegenteil ausdrücklich forderte, soweit es sich darum handelte, den einheimischen Getreidebau zu schützen und zu fördern. Also war das schon ein großer Widerspruch. Schließlich, nachdem das Getreideeinfuhrmonopol in der Volksabstimmung gefallen war, handelte es sich nicht mehr darum, ob überhaupt der Staat in der Getreidefrage eingreifen solle oder nicht, sondern lediglich darum, wie er eingreifen solle. Es konnte auch gar nicht anders möglich sein, sobald man den Grundsatz festhalten wollte, daß nach wie vor der einheimische Getreidebau gefördert werden sollte. Denn wie sollte man das tun können, ohne daß staatliche Maßnahmen Platz greifen?

Und nun legt der Bundesrat einen Entwurf vor, der selbstverständlich sehr weit davon entfernt ist, auf staatliche Eingriffe zu verzichten, sondern der im Gegenteil mehrere staatliche Eingriffe vorsieht. Es

ist keine Rede davon, den Monopolgedanken preiszugeben. Allerdings: das staatliche Getreideeinfuhrmonopol soll beseitigt werden. Dafür ist aber die Möglichkeit eines staatlichen Monopols für Mehleinfuhr vorgesehen, freilich eher in prohibitivem Sinne, um diese Einfuhr zu beschränken oder zu verhindern. Keine Rede davon, auf staatliche Kontrollmaßnahmen zu verzichten. Im Gegenteil, den Müllern werden eine Reihe von Verpflichtungen auferlegt, sie sollen einer staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Es ist auch die Möglichkeit vorgesehen, einen allerdings ebenfalls prohibitiv gedachten Mehllzoll einzuführen, also wiederum ein staatlicher Eingriff, kurz, staatliche Maßnahmen aller Art. Die Bureaucratie soll in der Regelung der Getreidefrage nicht schlankweg beseitigt werden; im Gegenteil, die staatliche Getreideverwaltung, die sich in der Abstimmungskampagne so viel Anfechtungen gefallen lassen mußte, wird ausdrücklich beibehalten. Man kann es gar nicht anders machen, wenn man die Müller kontrollieren will, kurz: Bureaucratismus. Ich schimpfe nicht auf die Bureaucratie; in der Volksabstimmungskampagne ist das von anderer Seite geschehen. Wir bekommen ein Monopol, nur ein Mehlmopol statt des Getreidemopols. Alles das ist jetzt vorgesehen. Bei dieser Sachlage hätte meines Erachtens die bundesrätliche Botschaft auf ihre Polemik gegen den Etatismus füglich verzichten dürfen, denn wer selber im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen um sich werfen. Es ist in Wirklichkeit doch so: zwar verdammen eine Menge Leute den Etatismus in Grund und Boden hinein; aber grundsätzlicher Gegner des Etatismus ist eigentlich niemand. Man ist für den Etatismus, wenn er einem zu nützen scheint; man ist gegen ihn, wenn er einem zu schaden scheint. Das ist die Situation.

Bei dieser Sachlage hätte man es, meiner Ueberzeugung nach, ganz wohl verantworten dürfen, sich neuerdings die Frage zu stellen, ob nicht doch auf das staatliche Getreideeinfuhrmonopol zurückzugreifen sei, das Monopol, das eigentlich nur während der Abstimmung so recht schlecht gemacht worden war, das sich aber in Wirklichkeit nach allen objektiven Urteilen gut bewährt hat. Dieses Zurückkommen wäre um so eher gerechtfertigt gewesen, als der negative Volksentscheid keineswegs überwältigend war. Eine winzige verwerfende Volksmehrheit, ein relativ allerdings etwas größeres Mehr der Stände, das aber bei einer anderen Situation leicht in ein kleines annehmendes Ständemehr sich hätte verwandeln können. Man hat bei andern Fragen und andern Gelegenheiten sich nicht so ängstlich gezeigt und nicht gleich die Flinte ins Korn geworfen, sondern hat mit gewissen Modifikationen auf die frühere Lösung zurückgegriffen und sich schließlich doch dem Volk beliebt machen können. Diesmal hat man darauf verzichtet, trotz des keineswegs entmutigenden Volksentscheides. Ich hätte dieses Zurückkommen keineswegs deswegen gewünscht, weil ich ein bedingungsloser Etatist bin, keineswegs etwa deswegen, weil ich in das Getreidemopol verliebt gewesen wäre. Ich habe bei einem andern Anlaß auseinander gesetzt, daß ich nicht zu den starren Etatisten gehöre, und ich bin überzeugt, daß viele von meinen Parteigenossen auf dem gleichen Boden stehen wie ich. Ich habe mich zum staatlichen Getreideeinfuhrmonopol bekannt lediglich deswegen, weil es sich

in der Praxis durchaus bewährt hatte und weil ich die Ueberzeugung besaß und noch habe, daß das Getreidemonopol das verhältnismäßig einfachste und die Brotkonsumenten am wenigsten belastende Mittel zur Lösung der Getreidefrage auf dem Boden der Förderung des einheimischen Getreidebaues sei.

Der Bundesrat hat nun aber einen andern Weg eingeschlagen und uns einen Entwurf unterbreitet, der meines Erachtens hinsichtlich seiner Wirkung auf die Brotkonsumenten und die Konsumenten überhaupt nichts weniger als durchsichtig ist. Er ist im Gegenteil recht dunkel. Die Deckung der Kosten für die Getreideversorgung soll erfolgen durch die Erhöhung der statistischen Gebühren im Warenverkehr mit dem Ausland. Dieser Vorschlag ist in der Tat auf den ersten Blick sehr bestechend, er liegt zweifellos im Interesse des Fiskus, und er macht der Kombinationsgabe unseres Herrn Finanzministers sicher alle Ehre. Aber es ist gegen diesen Vorschlag doch allerlei zu sagen. Wer trägt denn überhaupt letzten Endes die Erhöhung dieser statistischen Gebühr? Das ist ein recht dunkles Kapitel, und die bundesrätliche Botschaft hat sich darüber auch nicht sehr klar ausgesprochen, auch nicht aussprechen können, denn die Frage der Abwälzung von Gebühren wie diejenige der Abwälzung von Zöllen und von indirekten Steuern ist ein viel umstrittenes Kapital, und es lassen sich nur schwer die Fragen, die da entstehen, klar beantworten. Man kann wohl etwa mit bezug auf einzelne Warengattungen und in bestimmten Fällen feststellen, wer die Belastung trägt, aber in vielen Fällen läßt sich das einwandfrei gar nicht nachweisen. Aber das Eine wissen wir, daß diejenigen, die solche Gebühren, indirekte Steuern und Zölle in erster Linie bezahlen müssen, die Tendenz haben, wenn irgend möglich diese Lasten auf andere abzuwälzen, und man weiß auch, daß es jemand gibt, der sich sehr schwer dagegen wehren kann, und das ist der Konsument. Er hat im allgemeinen eine sehr schwache Position, namentlich dann, wenn es sich um Waren handelt, die für den täglichen Bedarf unentbehrlich sind, wie das Brot. Aber das Brot ist nicht der einzige unentbehrliche Bedarfsgegenstand, sondern es gibt noch viele andere, die es mehr oder weniger auch sind. Man kann wohl sagen, die Erhöhung der statistischen Gebühr belaste nicht mehr einseitig das Brot, natürlich nicht, diese Erhöhung kommt für alle möglichen Waren zur Geltung, aber schließlich ist es kein zu großer Unterschied, ob man eine Mehrbelastung lediglich im Brotpreis bezahlen muß oder ob man sie auch bezahlen muß in andern Artikeln, die ebenfalls unentbehrlich sind. Grundsätzlich ist da kein großer Unterschied. Da stehen wir eben vor etwas Unbekanntem. Wir wissen genau nicht, wie diese Erhöhung sich auswirken wird, wir wissen bloß, daß diejenigen, die sie zuerst zu bezahlen haben, Handel und Industrie, die ganz natürliche Tendenz — ich mache ihnen keinen Vorwurf — haben, sie auf die Konsumenten abzuwälzen. Der Konsument ist schwach, er macht nicht einmal von seiner Macht Gebrauch, wenn er es könnte. Es gibt nichts Schwierigeres, als große Massen von Konsumenten zusammenzubringen, um sich gegen Preisaufschläge zu wehren. Wir werden also mit der ernsthaften Möglichkeit rechnen müssen, daß sich diese Erhöhung der statistischen Gebühr in Preisaufschlägen nicht nur beim Brot, sondern bei einer Reihe von andern

Gebrauchsgegenständen auswirkt. Ich will nicht lange davon reden, ob es überhaupt zulässig sei, in dem Umfang, wie der Bundesrat es vorsieht, Gebühren zu erhöhen, wenn sie den Charakter von Gebühren behalten sollen. So, wie die Erhöhung vorgesehen ist, handelt es sich in Zukunft nicht mehr um reine Gebühren, sondern um ein Mittelding zwischen Gebühren und Zöllen, das in Wertprozenten ausgedrückt bei manchen Artikeln nicht mehr den Charakter der Gebühr, sondern den Charakter des Zolles erhält.

Der Bundesrat hat uns allerdings damit zu trösten gesucht, daß es in dieser Richtung in einer Reihe von auswärtigen Staaten noch ganz anders bestellt sei. Es ist mir wohl bekannt, daß unser Herr Finanzminister wünscht, gleich wie die Finanzminister anderer Staaten, noch mehr mit indirekten Lasten aufwarten zu können, statt notwendige Kostendeckungen mehr auf dem Wege der direkten Steuern zu suchen. Ich verstehe diesen Standpunkt, nehme ihn dem Herrn Finanzminister auch gar nicht übel, aber ich kann ihn nicht teilen, weil ich grundsätzlich auf einem andern Boden stehe und es für richtiger halte, wenn weniger die Massen als vielmehr diejenigen, die es vermögen, belastet werden. Jedenfalls lehne ich es meinerseits ab, diejenigen Staaten als Vorbild anzuerkennen, die dem Fiskus hauptsächlich auf dem Weg der Massenbelastung dienen wollen.

Es sind aber noch andere Befürchtungen, die ich nicht loswerden kann. Wird trotz aller staatlichen Kontrolle und trotz des Grundsatzes, der im bundesrätlichen Verfassungsartikel steht, daß die Interessen auch der Brot- und Mehlkonsumenten gewahrt werden sollen, die vorgeschlagene Lösung nicht vielleicht doch in irgend einer Form zu einem Trust der Müller führen, der dem Gemeinwohl nachteilig werden könnte? Ist es wirklich so, daß der private Getreidehandel, der nun wieder vollständig freie Hand erhalten soll, nachdem er unter der Herrschaft des staatlichen Einfuhrgetreidemonopols sich begnügen mußte mit der Rolle eines Bezügers von Vermittlungsprovisionen, das Getreide verbilligen wird, wie die bundesrätliche Botschaft in Aussicht stellt? Darüber haben wir gar keine Gewißheit. Wird die Bäckerei das Brot verbilligen? Daran zweifle ich sehr stark, denn hier wissen wir ja, daß die Konsumenten schon gar nichts zur Festsetzung des Brotpreises zu sagen haben, sondern von den Preiskonventionen der Bäcker vollständig abhängig sind. Ich glaube nicht, daß unter der neuen Lösung grundsätzlich hier eine Besserung eintrete. Die Brotpreise werden der Bevölkerung nach wie vor von den Bäckern diktiert werden. Jedenfalls hielte ich es für klug, in dieser Richtung gar keine Hoffnungen zu erwecken, da sie vermutlich doch nicht in Erfüllung gingen.

So komme ich dazu, wie mein Kollege und Parteigenosse Burklin in der Kommission, mich gegenüber der bundesrätlichen Lösung ablehnend zu verhalten; selbstverständlich ablehnend auch gegenüber der Volksinitiative. Ich stelle hier den Antrag, in Aufnahme des von Herrn Burklin in der Kommission gestellten Antrages, es sei auf die Vorlage nicht einzutreten. Man kann uns natürlich fragen, wie der Herr Kommissionsreferent schon Herrn Burklin gefragt hat, warum unsererseits nicht ein anderer Vorschlag aufgestellt werde. Ich halte das unter den dermaligen Umständen für überflüssig. Die Sache

liegt doch so: soweit bekannt, haben die Organe aller bürgerlichen Parteien sich grundsätzlich für Annahme des bundesrätlichen Entwurfes ausgesprochen. Eine Genehmigung in beiden Kammern des Parlamentes ist deshalb sicher. Es besteht also keine Notwendigkeit, einen formulierten Gegenantrag zu stellen, der ja sowieso, weil es sich nicht um eine Volksinitiative handelt, nicht dem Volke gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet würde. Wir haben also Zeit, das Resultat der Volksabstimmung abzuwarten. Fällt die Volksabstimmung in Zustimmung zu den voraussichtlichen Beschlüssen des Parlamentes annehmend aus, dann ist die Sache für einmal erledigt, fällt aber der Volksentscheid negativ aus, was durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt, so sind wir sowieso genötigt, das ganze Problem nochmals aufzurollen. Man könnte natürlich darauf verzichten, aber das wird nicht geschehen, weil ja die Landwirtschaft selbstverständlich und mit gutem Grund nicht auf ihre Forderung des staatlichen Schutzes des einheimischen Getreidebaues verzichten wollen und auch allgemeine nationale Interessen dafür sprechen. Man wird also im Falle eines negativen Volksentscheides neuerdings zum Problem Stellung nehmen müssen, und dann ist noch Zeit genug, sich zu überlegen, was an Stelle des Verworfenen zu treten hat. Ich glaube daher, für mich und auch für Herrn Burklin, der heute leider verhindert ist, früher zu erscheinen, der aber später noch in die Sitzung kommen wird, daß die Notwendigkeit, einen formulierten Gegenantrag hier einzubringen, nicht vorliegt. Ich stimme also gegen die Vorlage.

M. Musy, conseiller fédéral: M. le président de votre Conseil m'a suggéré d'allonger un peu mon exposé, de manière à donner à mon adversaire principal en cette question le temps d'arriver au milieu de nous. J'avais plutôt l'intention d'être bref. Je ne puis donc pas vous promettre de parler assez longtemps pour que M. Burklin, encore absent, puisse prendre part au débat sur l'entrée en matière. J'ai entendu, tout à l'heure, les arguments principaux invoqués au nom, je dirai, de la minorité, par l'honorable M. Wullschleger. M. Burklin prendra encore la parole, s'il en a la possibilité. Sinon, je me permettrai, au cours de mon exposé, de répondre très brièvement aux observations qu'il a déjà formulées lui-même au sein de la commission, en opposition à la proposition du Conseil fédéral.

Je ne veux pas revenir sur tout ce qui a été dit à l'égard de la culture du blé en Suisse. Je suis du nombre de ceux qui regrettent que cette culture ait, pour ainsi dire, jusqu'au moment où la guerre lui a donné quelque regain de vie, presque complètement disparu de notre pays. Autrefois, chaque vallée alpestre avait son moulin. Ces usines de jadis sont depuis longtemps démolies. Le souvenir n'en est rappelé que par les meules abandonnées ça et là, au bord des ruisseaux de montagne. La concurrence étrangère, victorieuse de la meunerie alpestre, a obligé le paysan suisse à s'orienter vers la culture fourragère et l'élevage du bétail. Ainsi donc, comme l'a fort bien rappelé tout à l'heure M. le président de la commission, immédiatement avant la guerre, la culture du blé en Suisse avait perdu considérablement de son importance. Reconnaissons tous ensemble, Messieurs,

que c'est là un phénomène profondément regrettable. Nous verrons tout à l'heure à quels moyens on pourrait recourir — quelques-uns ont déjà été exposés ici à maintes reprises par M. le chef du Département de l'économie publique, avec toute la compétence que vous lui connaissez — pour nous efforcer de maintenir, de développer même, si possible, ce qui subsiste aujourd'hui de la culture du blé, et d'accroître ainsi la sécurité de notre approvisionnement en pain.

La guerre a exigé, chez nous, l'instauration du monopole. Disons immédiatement et constatons que la plupart des pays, pratiquement, en ont fait autant; par conséquent, la période extraordinaire de la guerre a obligé à une rationalisation de l'utilisation du blé qu'on pouvait encore importer. Les pays belligérants subordonnaient les autorisations d'exportation à des garanties qui devaient être données par l'Etat. On ne voulait pas que le blé importé profitât à l'ennemi.

Il y avait là des circonstances toutes spéciales qui nous ont obligé d'introduire, à titre provisoire, le régime du monopole, resté en vigueur chez nous depuis 1914 jusqu'à présent.

Après la guerre, le Conseil fédéral a examiné de très près la question de savoir quelle solution définitive il fallait donner à la question des céréales.

L'honorable M. Wullschleger a dit tout à l'heure: «Oui, il y a eu là des hésitations!» N'en faites de reproche à personne; le problème n'était pas si facile à résoudre et nous n'avons pas la prétention de soutenir ici que la solution présentée actuellement par le Conseil fédéral ne se heurte à aucune difficulté. Il en existe, mais j'ai la conviction que nous pouvons les résoudre.

En 1924, il avait proposé une solution sans monopole. Ce n'est qu'au moment où la fameuse question de la prise de livraison obligatoire par la Confédération a été posée devant la Conférence de Kandersteg que la commission a hésité à suivre la proposition du Conseil fédéral et qu'en particulier les représentants de l'agriculture — nous ne leur en faisons aucun reproche, puisque à ce moment-là on n'a pas cru devoir donner la garantie expresse, catégorique et définitive que la Confédération prendrait livraison des blés indigènes à des conditions qui en permettent la culture, — ont dit: «Dans ces conditions, il n'y a pour nous qu'un chemin absolument certain: c'est le monopole; la solution du monopole nous fournit la garantie de la prise de livraison avec surpris, par conséquent donnons-lui la préférence.»

Il était tout naturel que les agriculteurs agissent comme ils l'ont fait, comme il sera tout naturel pour eux de se ranger, maintenant qu'on leur fournit les possibilités de la prise de livraison avec surpris par le moyen de la solution sans monopole, à la solution présentée par le Conseil fédéral.

Le vote de décembre 1926 a été négatif; par conséquent, le Conseil fédéral avait à chercher une solution positive. Vous avez en réalité, et cela doit être dit, à trancher deux questions: vous avez à vous prononcer sur l'initiative et, en outre, sur le projet du Conseil fédéral.

Comme l'a très bien dit l'honorable M. Brügger, il ne s'agit pas, en définitive, d'une contre-proposition, disons, d'une proposition opposée à l'initiative, mais il s'agit tout de même d'un projet différent. Ainsi donc, Messieurs, quand on parle d'un projet complétant l'initiative, on a peut-être raison quant

au fond, mais cela n'est plus exact quand il s'agit de la forme.

La Constitution donne aux Chambres la faculté de présenter un contre-projet lorsqu'une initiative ne lui paraît pas acceptable; mais les Chambres n'ont pas le droit de la modifier; par conséquent, vous avez à choisir entre l'acceptation ou le rejet de l'initiative, c'est-à-dire recommander au peuple son acceptation ou son rejet. Pour les raisons déjà indiquées tout à l'heure, le Conseil fédéral a estimé, et votre commission avec lui, que l'initiative ne comporte pas les possibilités constitutionnelles nécessaires pour donner à la question du blé une solution totalement rationnelle. Il a présenté ce que nous devons appeler, pour nous servir du langage constitutionnel, le contre-projet sur lequel j'aurai également à m'expliquer.

Vous connaissez les conclusions du Conseil fédéral: ne pas accepter l'initiative; par contre, le gouvernement vous recommande de vous rallier au projet qu'il a lui-même présenté.

Je disais tout à l'heure que le problème n'était pas très facile à résoudre. Il y a des compétitions d'intérêt: tout d'abord, celui des paysans. D'un côté, vous avez la situation des meuniers et, de l'autre côté, il y a une considération sur laquelle M. Wullschleger a longuement insisté: les intérêts des consommateurs de pain.

Il s'agissait de trouver une solution conciliant ces trois groupes d'intérêts, dont les uns, à première vue, sont en contradiction avec les autres, et il fallait, en outre, présenter une formule applicable au point de vue technique, c'est-à-dire qui ne se heurte pas à des difficultés insurmontables.

J'envisage tout d'abord l'intérêt des agriculteurs. Qu'il me soit permis de le dire en passant, j'ai regretté beaucoup qu'à un moment donné on ait pensé que ceux qui n'ont pas pu se rallier à la solution du monopole — et j'étais du nombre — ont manqué de clairvoyance en ce qui concerne la protection énergique due aux intérêts agricoles. La preuve que nous voulons donner à l'agriculture tout l'appui dont elle a besoin, c'est que la solution présentée par le Conseil fédéral cristallise définitivement, au profit de celle-ci, tous les avantages spéciaux qui lui sont conférés par la solution du monopole. Par conséquent, ici, nous avons posé en principe que l'agriculteur devait garder tout ce qu'il a maintenant. Nous ne pouvons rien lui enlever. Je sais, comme vous, et parce que j'ai vécu toute ma jeunesse et une bonne partie de mon existence politique dans un canton essentiellement agricole, quelles sont les difficultés auxquelles l'agriculteur doit faire face maintenant. Je crois qu'à son point de vue, comme au point de vue de la collectivité, il y a un intérêt national, à ce que la culture du blé soit maintenue et, si possible, développée. Au point de vue économique, pour le paysan — je ne veux pas entrer dans les détails d'une science qui m'est partiellement étrangère — on m'a démontré, d'une façon évidente, que l'assolement avait des avantages énormes. Si, par sa culture maraîchère, le paysan peut non seulement alimenter le marché, mais encore se suffire à lui-même mieux que jusqu'ici, ce sera au point de vue économique une accentuation de son indépendance, parce qu'en réalité la situation difficile où il se trouve actuellement résulte du fait que ce qu'il vend, au fond, il le vend meilleur marché que ce qu'il achète. Par conséquent, moins il sera

obligé de faire appel au marché étranger pour en tirer des denrées alimentaires qui constituent son alimentation, plus il aura pour lui la possibilité d'équilibrer son budget. Je crois que nous lui devons cela.

J'ai insisté, dans le message, sur le fait que la proportion de la population agricole en Suisse a baissé. Certains statisticiens prétendent que ce pourcentage est encore plus faible en Belgique. Mais, en tout cas, nous ne sommes pas au-dessus de 30 %; c'est, je crois, le 26 ou 27 %. Nous devons empêcher la jeune génération de se détourner de la terre et veiller à ce que la population qui vit à la campagne ne diminue pas davantage. Pour cela, il faut lui assurer les possibilités d'une culture qui occupe beaucoup de bras. Si nous n'avons plus que la culture fourragère pour assurer une main-d'œuvre suffisante, l'exode de la campagne vers la ville continuera à s'accroître. C'est un problème d'ordre social et politique très important, en dehors de la question électorale, car ce n'est pas sous cet angle que j'envisage la question.

Ces considérations d'ordre politique et social, nous les posons comme une pierre d'angle à la base de la solution que nous vous présentons. Que devons-nous offrir aux paysans pour maintenir et, si possible, développer la culture du blé? A Kandersteg, on n'était pas très au clair sur ce point et j'ai entendu des gens, à qui l'on pouvait reconnaître une certaine compétence, soutenir que la livraison à la Confédération n'était pas une nécessité et que l'on pouvait se contenter de subventionner la culture du blé sous une autre forme. J'ai toujours été personnellement d'un autre avis, pour les raisons suivantes: Bien que les efforts considérables en vue d'améliorer la qualité de nos moissons aient abouti déjà à des résultats très réjouissants, la culture du blé reste cependant dans notre pays, dont le climat est très variable, une entreprise aléatoire. Notre agriculture suisse, juxtaposition de petites exploitations, met sur le marché des blés qui n'y arrivent que par petites quantités et souvent de qualités très variables et inégales. Si l'année est sèche, avec une série de beaux jours au moment de la moisson, cela va bien; la récolte est de qualité tout à fait normale, et elle trouvera preneur sur le marché. Mais si, comme c'est trop souvent le cas, l'été est pluvieux, la récolte est de qualité inférieure. Or, nous subissons la loi universelle; le peuple suisse est devenu beaucoup plus gourmand; et, par conséquent, les farines provenant d'un blé de qualité inférieure ne trouvent plus preneur.

La direction des douanes a fait dans le domaine du tabac des expériences tout à fait concluantes que j'ai citées à la commission, à titre comparatif. Avant la guerre, on cultivait dans la Broye vaudoise et fribourgeoise des tabacs noirs se rapprochant sensiblement des Kentucky. On trouvait la possibilité de vendre ce produit indigène à des conditions rémunératrices, quoique à cette époque la protection douanière ne fût que de 25 fr. par 100 kg. Aujourd'hui, cette protection douanière a décuplé. Malgré cela, le cultivateur de tabac de la Broye vaudoise et fribourgeoise ne trouve que très difficilement preneur pour sa récolte. Pourquoi? Parce que le fumeur suisse est aussi devenu plus exigeant; il ne veut plus de tabac noir suisse; il le trouve trop âpre et lui préfère les qualités supérieures importées de l'étranger. J'ai eu l'occasion de discuter avec un fabricant de tabac

de la Broye. Il m'a dit: «Nous avons fabriqué pendant longtemps, pour la pipe, de grosses quantités de tabac en rouleaux. Ce sont des rouleaux que l'on tordait comme des cordes de chanvre, et c'était ce que l'on fumait surtout dans les cantons de montagne. Actuellement, on a une peine énorme à placer ce tabac. Les montagnards n'en veulent plus!

Je me souviens d'avoir vu les armaillis partir pour l'alpage en emportant leur rouleau de tabac enfilé à un bâton. Actuellement, on ne voit plus cela. Les derniers qui aient fumé ces rouleaux, ce sont les Appenzellois. Et maintenant les Appenzellois eux-mêmes, devenus à leur tour gourmets, renoncent à ce produit de qualité inférieure. Et ceux qui connaissent le commerce des tabacs, en particulier des cigares, disent que certaines maisons ont perdu une grande partie de leur clientèle, parce qu'elles se sont obstinées — c'était, du point de vue national, une obstination très louable — à faire rentrer dans la fabrication de leurs bouts les tabacs de la Broye. Le phénomène dont je viens de parler n'est point spécial aux fumeurs, il est d'ordre général. On attache aujourd'hui beaucoup plus d'importance qu'autrefois à la qualité.

Il est certain dès lors que l'écoulement de nos blés indigènes restera difficile. Pour protéger le paysan contre l'insécurité dont il ne peut seul courir le risque, il faut lui assurer la vente de sa récolte à un prix rémunérateur. Afin que le paysan continue à produire du blé, garantissons-lui qu'il retrouvera ses frais. L'achat des céréales indigènes par la Confédération à un prix qui en permette la culture est dès lors nécessaire. Il reste le point capital de tout le problème du blé.

Je sais bien que c'est là une nouvelle intervention de l'Etat. Mais je ne suis pas partisan du libéralisme absolu. Si M. Burklin n'est pas encore arrivé dans quelques minutes, j'aurai l'occasion de répondre à M. Wullschleger sur ce point particulièrement intéressant.

La prise de livraison par la Confédération, à un prix surélevé de 87 ou 87.50, constituera un sacrifice. S'il est facile de prendre livraison du blé indigène, il le sera moins de le revendre. On se trouvera en face de deux solutions: la revente sur le marché libre, qui présentera les mêmes difficultés que pour le paysan, et le système que nous proposons, qui nous permettra d'écouler ce blé.

J'avais préconisé en janvier 1927 le système qui est pratiqué actuellement en Norvège. On oblige les importateurs de blé étranger à prendre un certain pour cent de blé indigène, proportionnellement à la quantité de blé importé. C'était une solution très simple. On a craint qu'elle ne fût en contradiction avec certaines dispositions de nos traités de commerce, avec les déclarations faites à Genève et aussi avec le bon exemple que nous voulons donner. Nous avons donc cherché un autre système: on obligera les meuniers à prendre livraison des blés indigènes au prorata de l'importance de leur mouture. C'est le système appliqué actuellement. Mais les meuniers devront-ils verser à la Confédération le prix que celle-ci paiera aux agriculteurs, c'est-à-dire non seulement la valeur marchande du blé, mais encore la prime? Il n'y a pas de doute qu'il faudra vendre le blé aux meuniers à sa valeur marchande et qu'il y aura pour la Confédération une perte de 8 fr. à 8 fr. 50,

cela afin de ne pas se heurter à de grandes difficultés pratiques. Ce sera donc la valeur marchande qui fera règle. C'est cette question que nous aurons à résoudre. Nous lui avons donné une solution en 1928 en trouvant le moyen de couvrir la subvention à l'agriculture, non pas en incorporant la subvention au prix des blés vendus aux meuniers, c'est-à-dire en surchargeant le prix du pain, mais en la faisant supporter à l'ensemble des importateurs et des exportateurs.

Le projet du Conseil fédéral cristallise au profit du cultivateur indigène tous les avantages qui lui sont conférés par le régime provisoire. Je constate avec satisfaction que, sur ce point capital, partisans et adversaires du monopole sont aujourd'hui d'accord. Tous les groupes économiques ont reconnu la nécessité de la prise de livraison et de la prime à la mouture. C'est un progrès considérable vers la solution du difficile problème du blé. Les discussions très vives qui ont agité l'opinion publique, la lutte intense qui précéda le vote du 5 décembre 1926 aboutirent enfin à un rapprochement dont les adversaires de la prise de livraison obligatoire firent les frais.

Constatons que les efforts courageux faits par nos cultivateurs suisses pendant la guerre pour assurer l'alimentation du pays en pain méritaient aux paysans cette précieuse manifestation de sympathie.

Examinons maintenant la situation du meunier. Le projet l'oblige à prendre livraison des blés indigènes achetés par la Confédération et lui impose de participer au maintien et au renouvellement de la réserve fédérale. Pour des raisons exposées dans le Message, la meunerie étrangère travaille dans des conditions plus avantageuses que les moulins suisses. Puisque notre meunerie doit assurer l'utilisation de nos céréales indigènes, puisque nous lui imposons certaines obligations dans l'intérêt général, son maintien est une condition nécessaire à la conservation et au développement de la culture du blé. Le sort de la culture du blé et l'avenir du moulin sont intimement liés. Il faut, par conséquent, protéger le moulin non pas surtout pour venir en aide aux meuniers, mais parce que l'intérêt général l'exige. Une solide barrière douanière protégera efficacement le moulin suisse contre la concurrence trop facile des moulins étrangers. Et si des circonstances extraordinaires devaient l'exiger, le projet permet à la Confédération de se réserver l'importation de la farine panifiable.

En ce qui concerne la situation des consommateurs, je pourrais peut-être parler de la couverture des dépenses exigées par la protection de la culture indigène. Ces deux questions: prix du pain et mode de couverture, sont intimement liées. Actuellement, les dépenses exigées par la protection de la culture sous forme de paiement d'un prix supplémentaire pour le blé livré par les paysans et de la prime à la mouture touchée par celui qui cultive du blé pour sa propre consommation, représentent une somme globale variant de 12 à 14 millions. En parlant de 14 millions, nous articulons un chiffre maximum, qui n'a jamais été atteint. Je n'ai pas l'habitude, quand je fais des constructions financières, de les étriquer. J'aime avoir de la marge. En parlant de 14 millions, nous sommes probablement de 2 millions au-dessus de la moyenne qui sera atteinte par cette subvention à la culture, à moins que la culture,

ainsi que je le désire, ne se développe. J'attire l'attention du Conseil sur cette question. Plus la culture du blé s'étendra en Suisse, plus le chiffre de la subvention sera considérable. Je reviendrai tout à l'heure sur cette constatation, pour affirmer que ce serait une politique peu sage d'opposer l'intérêt des consommateurs de pain à celui des cultivateurs. Ceux-ci ont intérêt à produire le plus possible, tandis que le consommateur a un intérêt direct à ce que l'on cultive le moins possible, le blé étranger étant meilleur marché que le blé indigène. Vous pouvez immédiatement constater que moins on aura de blé indigène, plus le prix de la farine, et partant celui du pain, sera bas. C'est une des raisons pour lesquelles j'ai cherché une autre solution, en supprimant l'antagonisme entre ces intérêts. Si nous voulons développer la culture des céréales en Suisse, il faut le faire sans que cela entraîne fatalement une augmentation du prix du pain. C'est dans le sens des intérêts bien compris de l'agriculture que nous avons voulu modifier quelque chose à la situation actuelle. On a l'air de dire que la subvention à la culture ne coûte rien. Pardon! Cette subvention est payée par le consommateur de pain. Il est possible, évidemment, que l'administration des blés fasse certains bénéfices, mais ils ne sont pas considérables. J'ai examiné cette question de très près et j'ai les chiffres sous les yeux. L'administration des blés a été très bien conduite par des gens sérieux qui ont ma confiance la plus complète. Je répète qu'il n'y a pas dans le commerce des céréales une marge de bénéfice très importante et ceux qui ont pratiqué ce métier avant la guerre reconnaissent que cette marge va de 5 à 7 centimes par 100 kilos. C'est bien peu de chose. Actuellement, l'administration des blés ne peut pas acheter de céréales directement chez les producteurs. Elle ne va pas aux Etats-Unis ou à Manitoba pour acheter les grains. Elle se sert d'intermédiaires; je la félicite d'avoir suivi cette pratique qui a permis à certaines maisons de se spécialiser dans ce domaine et de continuer à faire un certain bénéfice sous le régime du monopole. Les commissions accordées sont payées d'après le système pratiqué avant la guerre par les vendeurs. Ce n'est pas l'administration des blés qui paie.

Une question intéressante est celle de savoir comment est payée cette subvention sous le régime du monopole. La prime à la mouture est payée par la caisse fédérale. Elle ne l'a jamais été par l'administration des blés. La subvention à la culture, versée sous forme de prime supplémentaire à ceux qui livrent leur blé, est supportée par l'administration des céréales; mais celle-ci retrouve cette somme. Elle a varié beaucoup; cela dépend de la quantité de céréales livrées; si la récolte est belle, elle coûte davantage; mais si elle est moins belle, le chiffre est aussi moins élevé; s'il y a moins de wagons, la subvention sous forme de surprix versé aux producteurs est évidemment moins considérable. Je constate que l'année dernière on a dû, pour couvrir la subvention à la culture indigène, prélever 1 fr. 69 par 100 kilos. Qui a payé cela? C'est le consommateur de pain. Le meunier à qui on a livré ce blé a été obligé de payer le prix représentant ce que l'Office des céréales appelle « l'Einstandspreis » et le prix de livraison, celui auquel on a ajouté la somme proportionnelle nécessaire à reconstituer la somme destinée à couvrir la subvention qui a livré les céréales. C'est le point capital sur lequel

je m'appuie pour répondre à M. Wullschleger. Le système actuel, sous réserve de bénéfices éventuels qui ne peuvent pas être considérables, comporte l'obligation pour le consommateur de pain de payer la subvention à la culture du blé. Les chiffres sont là; c'est inutile d'essayer d'esquiver ce qui est une réalité chiffrée; il n'y a pas de syllogisme qui tienne devant les chiffres; on a beau être un dialecticien habile, on est pris dans les colonnes. Sous le régime actuel, c'est comme cela. Voilà pourquoi j'ai cherché une autre solution. Les meuniers réunis, ici même, dans cette salle, pour prendre part aux discussions intéressantes de ce qu'on a appelé « le Parlement économique », avaient présenté une autre solution. Ils ont dit: « Ecoutez, nous allons remplacer par une taxe sur la farine le système actuel qui consiste à incorporer au prix du blé livré la somme nécessaire à constituer la subvention à l'agriculture; nous verserons à l'administration des céréales, disons à la Confédération, une taxe que nous prélèverons sur chaque sac de farine vendu », et ils avaient la logique pour eux. Pour le consommateur, que nous augmentions le prix des céréales ou que nous augmentions le prix de la farine, cela revient au même; peu importe le moment où l'incorporation se fait; que ce soit une majoration sur le prix d'un sac de blé, ou sur celui d'un sac de farine, la répercussion sur le prix du pain est la même; par conséquent, le peuple suisse ne pourra pas se plaindre de la taxe sur la farine; nous changeons simplement le mode de faire, mais non pas le degré de répercussion sur le consommateur. C'est la logique, oui, mais j'ai l'impression que, dans ce domaine, le sentiment l'aurait emporté devant le peuple. En effet, lorsqu'on aurait présenté à ce dernier une solution comportant le recouvrement de la somme nécessaire par les moyens d'un impôt sur la farine — au fond c'eût été cela, et le jour de la votation on aurait même parlé d'un impôt sur le pain — j'ai la conviction que cette taxe sur la farine aurait entraîné un échec de la solution sans monopole.

J'ai eu l'occasion, tout à fait par hasard, de rencontrer quelqu'un qui m'a parlé de ce qu'on a appelé, en Italie, vers l'année 1870, « il macinato »; c'était une taxe prélevée sur la mouture; si je suis bien renseigné, cette taxe existait déjà avant l'arrivée de Cavour au Gouvernement italien et a fait partie de son programme financier.

A peine cette taxe fut-elle introduite, qu'on a eu, en Italie, des luttes extrêmement vives sur cette question; on la considérait, non pas sans raison, comme une solution antidémocratique et antisociale; ces luttes se sont poursuivies jusqu'au moment où le Gouvernement italien, de concession en concession, a été obligé de renoncer définitivement au « macinato ».

Les meuniers nous ont dit: « Cela fait 2 fr. 50 par tête; ce n'est pas considérable. » Mais cela ne fait pas 2 fr. 50 par tête, si nous comptons 10 millions de francs à répartir pour la mouture, puisque ces 10 millions seront répartis, non pas sur 4 millions d'habitants, mais entre 3 millions. En effet, tous ceux qui profitent de la prime à la mouture, c'est-à-dire 100,000 familles, n'achètent pas de pain; cela ne fait donc pas une moyenne de 2 fr. 50 et j'ai insisté sur ce point devant la commission, parce que le pain ne joue pas le même rôle sur la table d'un homme de condition élevée que sur celle d'un ménage modeste.

Les indications fournies par l'Office de statistique nous permettent de dire que pour certains ménages le pain représente incontestablement jusqu'à 15, 16% de l'ensemble des frais du ménage, tandis que dans les familles riches, c'est le 2 à 3%. Si j'insiste un peu longuement, c'est pour répondre aux objections faites par M. Wullschleger, qui a dit: «Oui, le prix du pain sera plus élevé!» J'estime qu'il le sera moins, parce que nous avons trouvé le moyen de décharger le consommateur de ces 10 millions et, au point de vue social, c'était une combinaison heureuse, puisque, encore une fois, la taxe sur la farine, comme la majoration du prix des céréales, ont comme conséquence de peser beaucoup plus sur le budget d'un homme modeste que sur celui d'un homme de condition sociale élevée.

On a fait des calculs et je demanderai à M. Wullschleger de nous dire pourquoi, sous le nouveau régime, le pain serait plus cher? Voyons, les achats de blé se feront aux mêmes endroits; au lieu de se faire par l'intermédiaire de commissaires travaillant à la commission, ils se feront par l'intermédiaire de marchands de céréales travaillant à leurs risques et périls. Est-ce que vous croyez que cela aura comme conséquence d'élever le prix des céréales? Je crois, au contraire, que cette concurrence aura nécessairement comme conséquence de limiter, autant que cela se peut, les bénéfices de l'intermédiaire. Sous le régime actuel, les meuniers touchent 5 fr. 50 par 100 kilos de mouture. Pourquoi toucheraient-ils davantage sous le régime sans monopole? Il y a, dans ce domaine, également, possibilité de concurrence; ce sera pour eux l'obligation de réduire leurs frais généraux par tous les moyens. Le régime actuel leur est plus favorable, parce qu'en réalité ils touchent la somme fixée par l'administration des blés et la concurrence ne peut pas réduire les frais, dans le domaine des transports particulièrement; mais, je crois à l'efficacité de la concurrence, à condition de ne pas la paralyser par les trusts. Est-ce que le danger de trust existe en ce qui concerne le commerce des céréales? Si les maisons suisses trustaient, comme la moitié des importateurs suisses sont des maisons étrangères, celles-là seraient coulées par la concurrence de celles-ci de sorte que, dans ce domaine, pareille éventualité est impossible. Pour les moulins, c'est là même chose; rien ne justifie un renchérissement.

Par contre, il y a lieu de penser que le marché s'améliorera. La raison décisive, c'est qu'à l'influence de la concurrence vient s'ajouter le fait que nous aurons déchargé le consommateur des frais de la subvention à la culture indigène.

Une expérience a été faite en Norvège. L'«Aftenposten», l'un des principaux journaux de ce pays, affirme que la suppression du monopole des céréales vaut au pays une diminution du prix du pain, qui signifie une économie annuelle de 18 millions. Il va de soi que tous les gouvernements attachent une importance très grande au prix du pain. Il nous paraît intéressant de constater ici que de tous les pays qui ont introduit le monopole des céréales pendant la guerre, seule, la Russie des Soviets l'a maintenu.

A côté des considérations de doctrine, il y en a d'autres qui sont d'ordre social et politique, il y a l'expérience des autres pays, qui a sa valeur. Je conclus donc que de sérieuses raisons portent à croire que, grâce au nouveau régime, tout en accordant aux

paysans ce qu'ils reçoivent sous le régime actuel, et tout en accordant aux moulins la protection dont ils ont besoin, on aura institué un système dont le consommateur profitera, surtout en raison du fait qu'il sera déchargé de la surtaxe assez importante dont il était grevé pour constituer les sommes nécessaires au subventionnement.

Je crois que le fait que l'on pourra développer la culture des céréales sans faire monter d'autant le prix du pain et le fait d'avoir supprimé cet antagonisme entre l'intérêt du producteur des céréales et l'intérêt du consommateur de pain, sont tout à fait dans le sens des intérêts bien compris de l'agriculture suisse.

Je vois que l'honorable M. Burklin est là; il prendra probablement encore la parole; je me bornerai à présenter quelques observations très brèves en ce qui concerne les remarques d'ordre général formulées par M. Wullschleger.

La mission de l'Etat est d'assurer l'unité et l'harmonie de la vie sociale. Dans le domaine économique, sa fonction est un rôle d'équilibre et d'unification. Cette conception du rôle de l'Etat est inconciliable avec le libéralisme absolu de Manchester; cependant elle ne signifie nullement qu'il faille chercher le remède aux graves imperfections du régime actuel dans l'étatisation de l'économie, c'est-à-dire dans le socialisme d'Etat.

J'ai eu le privilège, en 1900, d'assister très régulièrement aux cours donnés à l'université de Berlin par le célèbre économiste Wagner, qui était le portedrapeau du socialisme d'Etat à Berlin. Il y avait à côté de lui Schmoller et Brentano, tous ces professeurs qui, en ce moment-là, constituaient un brillant état-major. J'ai entendu Wagner soutenir ses brillantes théories; c'était un extraordinaire artificier dans le domaine de la parole. Il savait présenter ses constructions avec une habileté extrême; il avait surtout le talent d'imprégner son exposé de solidarisme, prévoyant que l'économie nouvelle travaillerait, non plus au profit de quelques-uns, mais de tous. Il y avait aussi dans ces exposés cette magnification de l'Etat, de l'Etat omnipotent. Et je n'ai pas été le seul à me laisser impressionner par ces brillantes leçons données devant des auditoires très nombreux, où il n'y avait jamais de places vides, et où l'on voyait toujours, au fond de la salle, des étudiants debout, avides d'entendre les exposés des professeurs.

Mais déjà depuis 1908, avant que l'on eût essayé l'application pratique des théories de Wagner et de Schmoller, on vit, que leur crépuscule s'annonçait en Allemagne. Puis, ce fut la guerre! En 1919, on a institué en Allemagne ce fameux conseil de surveillance appelé, en particulier, à donner les directives pour l'exploitation des mines de charbon et des gisements de potasse. Je me suis demandé ce que ce Conseil était devenu. Actuellement, personne n'en parle plus! C'est comme s'il n'existait pas. Ce qui devait être un commencement d'étatisation s'est complètement arrêté.

L'Etat prussien est celui qui possédait le plus de mines. Il en avait acheté, notamment, au moment où Wagner et Schmoller entraînaient l'opinion publique dans cette direction. Il a exploité ses mines par une organisation d'Etat. Or, j'ai été profondément étonné de constater que la loi que le Landtag prussien a votée en 1923 statue que l'exploitation des mines ne sera plus faite par l'Etat, mais qu'elle sera remise à des

sociétés privées. Si vous avez une fois le temps de lire l'exposé des motifs à l'appui de cette loi, vous y constaterez des choses très intéressantes, qui sont en contradiction absolue avec les théories que j'ai entendues lorsque j'étais étudiant à l'université de Berlin. Et je sais qu'on a voulu, en remettant l'exploitation des mines à l'entreprise privée, les soustraire à l'influence du fonctionnarisme.

Je ne dis rien de plus; nous avons en Suisse des fonctionnaires excellents. Ce n'est pas moi qui en dirai jamais du mal; je les défendrai et je m'opposerai à toutes les attaques injustifiées dont ils sont quelquefois victimes. Mais je crois qu'il n'est pas dans l'intérêt de l'Etat d'en augmenter le nombre par l'étatisation.

Telles sont les quelques observations que je voulais formuler pour répondre à l'honorable M. Wullschleger.

Qu'est-ce que l'étatisme? Je n'en ai jamais trouvé la formule dans Wagner, ni dans Schmoller. Ce n'est pas une doctrine dans le sens strict du terme, mais plutôt une tendance. Dans le message, j'ai exposé ma manière de voir. Je sais que M. Wullschleger pense autrement; mais il ne doit pas m'en vouloir d'avoir exprimé ma pensée et de lui avoir répondu aujourd'hui.

Avec lui, je crois que le système capitaliste actuel n'est pas le dernier mot de l'économie politique. (M. Wullschleger: Certainement pas!) Je crois avec lui à la démocratisation de l'industrie et du commerce. Mais cette démocratisation ne se fera pas par l'étatisme. Cela résulte de l'expérience concluante de beaucoup de pays. On arrive à construire cela théoriquement et l'on peut appuyer cette conclusion sur les expériences faites. Et alors, je m'étonne que M. Wullschleger m'ait reproché d'admettre le contrôle de l'Etat. La démocratisation de l'industrie et du commerce n'est possible que par le contrôle de l'Etat, et je crois que sous ce rapport, dans quelques années, si nous sommes encore de ce bas monde, nous pourrions constater des progrès auxquels nous ne pensons pas maintenant, progrès dont nous pourrions nous réjouir tous, à quelque orientation politique que nous appartenions; mais, encore une fois, ces progrès ne sauraient être réalisés par l'application généralisée d'une formule aboutissant très souvent à la cristallisation, c'est-à-dire à la stérilisation des forces qui doivent rester des sources vives de prospérité.

Je conclus en vous recommandant la solution du Conseil fédéral et en vous demandant par conséquent d'écarter l'initiative pour les raisons qui vous ont été indiquées tout à l'heure par M. le président de la commission. Cette initiative n'est pas suffisante. Pour donner satisfaction à M. Brügger, nous avons complété l'initiative qu'il a signée en y incorporant la totalité des possibilités constitutionnelles pour la législation future.

Avec le président de la commission, je vous recommande l'entrée en matière.

M. Burklin: Permettez-moi en quelques mots de vous expliquer sur quelle base et par quels motifs la proposition de la minorité de ne pas entrer en matière sur le projet du Conseil fédéral se justifie. M. le rapporteur de la majorité de la commission vous a fait remarquer que la minorité s'est contentée simplement de refuser l'entrée en matière, mais n'a pas présenté de contre-projet. Ceci pourrait laisser supposer que, dans mon esprit, j'observais une attitude négative

en ce qui concerne l'approvisionnement du pays en céréales, puisque je me contentais de refuser l'entrée en matière. Ce n'est pas le cas. Je me place exactement sur le même terrain que la majorité qui vous recommande le projet du Conseil fédéral.

Nous avons fait, en 1926, une expérience en soumettant à la volonté populaire un projet de réglementation de la question des céréales; ce projet contenait l'idée du monopole. Vous savez que, primitivement, au sein du Conseil des Etats, on avait même envisagé la possibilité de soumettre simultanément deux modalités de réglementation des céréales: une avec monopole, l'autre sans monopole. Finalement, la majorité des Chambres a accepté une autre solution: celle de proposer quelque chose de précis au corps électoral et c'est, finalement le système avec monopole qui lui fut soumis.

En 1926, je le répète, la majorité du peuple suisse — très faible majorité, je le rappelle — a refusé cette solution. Aujourd'hui, nous devons lui en soumettre une autre. Ceux qui sont en faveur de l'entrée en matière et, par conséquent, qui se déclarent prêts à soumettre le projet au peuple, sont exactement dans la même situation que la minorité qui ne recommande pas l'entrée en matière et qui veut que le peuple se prononce. D'après les constellations politiques actuelles des Chambres fédérales, il est à prévoir que tous les partis politiques, à l'exclusion du parti socialiste, donneront leur approbation à cette solution. La majorité des Chambres fédérales prendra cette décision et recommandera au peuple suisse d'accepter ses nouvelles propositions. Il n'y a donc qu'à attendre la campagne électorale, pour connaître l'accueil que la volonté populaire fera à ce nouveau projet. Dans l'affirmative, il sera valable; dans la négative, nous nous trouverons dans la même situation que celle que j'envisage aujourd'hui par la non entrée en matière.

Cela dit, je me permets de répéter, encore une fois, que, si l'on place en face la théorie d'Etat et la théorie du libéralisme, on est obligé de déclarer — et M. le conseiller fédéral chargé du Département des finances l'a dit tout à l'heure — qu'on ne peut pas être un admirateur absolu du libéralisme. Si l'on ne peut pas tout soumettre à l'Etat, il faut tout de même, dans la théorie économique actuelle, admettre le contrôle de l'Etat.

En ce qui me concerne, je vais même plus loin et je dis que le pain étant un aliment de première nécessité, il doit dépendre de la collectivité; c'est elle qui doit avoir la possibilité de réglementer toute cette question. Je tiens également à affirmer, ainsi que vous avez pu le voir lors de la campagne en ce qui concerne la votation de décembre 1926, que le parti socialiste est intervenu d'une manière énergique pour défendre le monopole des céréales devant le corps électoral; il a ainsi prouvé qu'il était disposé à réglementer la question des céréales dans notre pays et à encourager la culture des céréales en Suisse. Il a estimé, avec raison, que chaque travail mérite salaire et que, dans les conditions actuelles du marché des céréales, il n'était pas possible à l'agriculture de continuer cette culture sans en retirer une rémunération suffisante. C'est le motif pour lequel, aujourd'hui encore, je suis partisan de cette réglementation. Naturellement, les voies et moyens que j'envisage sont différents de ceux proposés par la majorité de la

commission. Dans les controverses qui ont surgi, je voudrais retenir un point et vous rappeler que lors des discussions du compte d'Etat, lors de la discussion de la gestion du Conseil fédéral, on a fait remarquer que certaines dépenses ne pouvaient plus être supportées par la Confédération. On a surtout fait constater que la prime à la mouture, qui devait être payée par la caisse de la Confédération pour un montant annuel de 4 millions, n'était plus supportable. Certaines propositions ont vu le jour tendant à réduire cette participation à 50 %, soit 2 millions, en mettant la différence à la charge de la régie fédérale des céréales.

Depuis lors, surtout depuis que le nouveau projet du Conseil fédéral a surgi, on a vu les députés appartenant aux tendances politiques qui défendaient cette théorie, se rallier à une autre manière de voir et dire: La totalité de la prime à la mouture doit être supportée par la Confédération et non pas être mise à la charge de l'administration des céréales.

Ceux qui ont suivi toute la question de la réglementation du blé, ont le droit d'être un peu étonnés de ce changement d'attitude. Il est permis d'en tirer la déduction suivante: tant que c'était une organisation d'Etat qui devait assurer le ravitaillement en céréales, certaines tendances voulaient mettre à la charge de cette organisation les frais généraux, tandis qu'au moment où on veut remettre au commerce libre la possibilité de ravitailler la Suisse en céréales, les mêmes personnes éprouvent le besoin de décharger autant que possible le commerce des céréales de tous les frais généraux et frais accessoires. C'est là une constatation que je me permets de faire, en passant, et qui confirme ma théorie.

D'autre part, on a surtout remarqué que la remise au commerce libre de la réglementation des céréales, à côté de la question de principe, pour ceux qui ne veulent pas de monopole, avait un gros avantage; celui de décharger la consommation du pain d'une somme d'environ 10 millions annuellement, en la reportant sur d'autres épaves. A priori, cette observation peut être exacte; mais dans la pratique ce n'est pas ainsi que les choses se passeront. On a voulu démontrer que l'initiative privée pourra travailler aux mêmes conditions que la régie des blés. C'est le motif pour lequel on enlève cette somme de 10 millions en faisant remarquer à la page 46 du message du Conseil fédéral que probablement le prix du pain baissera. On s'est maintenu, à cet égard, dans une sage prudence, en disant: «Cet allègement considérable doit permettre une réduction du prix du pain.» Ceci me laisse supposer que dans les milieux intéressés, en particulier au Conseil fédéral, on n'est pas certain que le prix du pain subisse une baisse. Pourtant, si l'on enlève cette charge de 10 millions au commerce des céréales, la consommation moyenne devrait enregistrer normalement une baisse immédiate de 2 à 2,5 centimes par kilo de pain livré au consommateur. Si la solution qui est proposée est acceptée, le prix du pain devrait non seulement ne pas augmenter, mais subir immédiatement la diminution que je viens de vous indiquer. Et alors, devant l'attitude de la majorité de la commission qui, elle, s'est ralliée aux nouvelles propositions, et qui, à côté du principe qui proclamait: «Nous ne voulons pas de monopole», a également examiné différentes modalités envisagées pour une solution

nouvelle, il faut constater que le commerce des céréales n'est pas entièrement libre dans notre pays; avec le contrôle institué, soit pour l'accumulation des réserves, soit pour les frais de transport sur le parcours suisse, ce n'est pas un commerce entièrement libre. Ceux qui, au point de vue doctrinaire, se placent sur le commerce avec liberté absolue, n'obtiennent que partiellement satisfaction. Pourquoi? Parce que ce qui nécessitait des dépenses est laissé à la charge de la collectivité et ce qui permettait de réaliser des bénéfices est remis au commerce libre. C'est une méthode intermédiaire, mais qui n'est pas équitable, parce qu'ainsi on pense de plus en plus démontrer, ou l'on veut tenter de démontrer, que les régimes collectifs ne peuvent pas résoudre le problème posé.

Quelles sont les garanties données aux consommateurs, dans le projet que nous discutons? La situation des meuniers par contre est largement prise en considération. On les charge de pouvoir emmagasiner les céréales; on a envisagé également le subventionnement des transports internes pour éviter que les moulins de la périphérie soient avantagés au détriment de ceux du centre du pays. Comme représentant d'un canton de la périphérie, je dois vous déclarer que je suis partisan d'une solution semblable, de façon que tous les meuniers puissent subsister. Mais, en poussant la théorie plus loin et si nous voulons aller jusqu'au bout, si nous voulons que le prix du pain puisse être maintenu à un prix uniforme pour le consommateur dans n'importe quelle partie de notre pays, tout en constatant que le producteur a aussi des garanties par la prise en charge du blé indigène par la Confédération à un prix rémunérateur, il en résulterait, si nous tenons compte des 10 millions de la taxe sur les droits de statistique, que le prix du pain devrait subir une diminution.

Je pense que, plutôt qu'une garantie en la forme de déclarations ou d'allusions contenues dans le message, il serait utile également, dans l'article constitutionnel, de fixer cette garantie en ce qui concerne le prix du pain livré aux consommateurs. C'est le motif pour lequel, si la majorité du Conseil décide d'entrer en matière, je me réserverai de proposer à votre acceptation un al. 5 complétant l'article constitutionnel qui est soumis à votre examen aujourd'hui.

Moser: Zur Eintretensfrage möchte ich mich nur ganz kurz äußern. Vom Standpunkt der Landwirtschaft aus möchte ich dankbar anerkennen, daß den Hauptforderungen in bezug auf die Preisgarantie, die Abnahmepflicht und die Mahlprämie Rechnung getragen worden ist. Ich möchte auch bemerken, daß ich den Initiativvorschlag von Anfang an als durchaus ungenügend angesehen und auch nicht als sehr ernst aufgefaßt habe. Ich hoffe gerne, daß die Unterzeichner der Initiative sich dann bei der Abstimmung in dem Sinne verhalten werden, wie es heute Morgen von unserem verehrten Herrn Kollegen Brügger auseinandergesetzt worden ist.

Ich habe bei der Detailberatung einige Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen, möchte aber auf sie hier nicht eintreten, da ich annehme, daß die Detailberatung so geleitet wird, daß die einzelnen Alineas besprochen werden. Ich möchte Ihnen also ebenfalls Eintreten auf die bundesrätliche Vorlage empfehlen.

M. de Meuron: Je n'avais pas l'intention de prendre la parole dans ce débat, mais les observations faites tout à l'heure par M. Burklin m'obligent à intervenir pour remettre les choses au point. M. Burklin s'est étonné qu'un certain nombre de membres de la commission, qui avaient été d'accord avec lui pour que le projet provisoire soumis par le Conseil fédéral mette la prime à la mouture à la charge de la Confédération, n'aient pas maintenu leur attitude à l'égard de l'article constitutionnel actuellement en discussion.

Je rappelle que, lors de la première discussion, il ne s'agissait que d'un arrêté provisoire. La minorité, composée, sauf erreur, de MM. Moser, Brügger et moi-même, s'est trouvée d'accord avec M. Burklin pour ne rien changer à l'état de choses en vigueur, tandis que le Conseil fédéral, dans son arrêté provisoire, prévoyait une modification à la répartition des frais relatifs à la mouture. Nous avons estimé, que pour que cet arrêté provisoire ait le plus de chances d'être accepté sans discussion, il fallait ne rien changer à l'état de choses existant. C'est dans cette idée-là que nous avons été d'accord avec M. Burklin, et non pas du tout sur le fond de la question. Aussi lorsque, à propos de l'arrêté présenté maintenant, on en vient à traiter la question pour elle-même, nous nous prononçons pour cet arrêté et cela sans aucune contradiction avec notre attitude précédente.

Je tenais à faire cette déclaration pour qu'il n'y ait pas de doute sur l'attitude que nous avons eue dans ces deux cas. Pour mon compte, je ne peux que recommander l'entrée en matière sur le projet que nous discutons actuellement.

M. Musy, conseiller fédéral: Sur ce dernier point, il faut observer que le nouveau système innove quant à la répartition des frais.

Actuellement, la prime à la mouture est payée par la caisse fédérale, pour une part; le reste, par les consommateurs de pain, tandis que d'après la proposition que nous vous faisons, le relèvement de la finance de statistique prélevée sur toutes les marchandises qui franchissent la frontière contribuera à couvrir les dépenses pour l'approvisionnement du pays en blé. Quelle est exactement la somme qu'apportera à la caisse fédérale ce relèvement de la finance de statistique? Nous aurons l'occasion d'en parler lorsque nous aborderons l'examen du système proposé. Je crois que la charge qui pèsera sur les finances fédérales sera certainement inférieure à la charge actuelle. Nous devons par conséquent être très reconnaissants à l'industrie de faciliter ainsi la solution d'un problème aussi délicat. La discussion qui a eu lieu ici et ce que j'ai lu dans la presse me laissent l'espoir que le vote sera affirmatif et que nous aurons, à cette occasion, la possibilité de réaliser une union nationale, que je voudrais être une unité nationale. J'aurais salué avec une profonde satisfaction l'adhésion du parti socialiste à cette solution. Je crois qu'il ne sera pas du tout aisé de soutenir que la solution financière présentée par nous ne constitue pas un avantage sur la situation actuelle. Il eût été vivement désirable de voir tous les partis se retrouver sur les questions du blé et de l'alcool dans un vote affirmatif pour réaliser ce qui est, au point de vue politique et social, un très grand progrès national.

Keller-Zürich, Berichterstatter: Erlauben Sie mir drei kurze Bemerkungen zu den gefallenem Voten.

Ich habe in meinem Eintretensbericht bereits darauf hingewiesen, daß der Ausdruck «Gegenentwurf» nicht ganz korrekt sei, daß man eigentlich eher von einem Ergänzungsentwurf sprechen sollte, und es ist dann diese Frage aufgegriffen worden von Herrn Kollega Brügger und auch von Herrn Bundesrat Musy. Die Kommission hat beschlossen, die Frage, ob man hier von einem Gegenentwurf sprechen solle oder ob man diesen Entwurf des Bundesrates anders taufen wolle, noch der Redaktionskommission zu unterbreiten, so daß ich glaube, wir können diesen Punkt als erledigt ansehen. Das ist das eine.

Dann hat Herr Kollega Wullschleger auf die Ausführungen der Botschaft aufmerksam gemacht, worin das Lob der Freiheit gesungen wird. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, daß über diesen etwas umstrittenen Teil der Botschaft des Bundesrates im Kommissionsreferat nichts gesagt worden ist. In der Kommission haben wir diese Frage auch besprochen, aber wir waren der Meinung, daß, da wir ja auf dem Wege zu einem gemeinsamen Ziele sind, diese Diskussion hier im Rate nicht zu wiederholen sei; wir wollen sie in der Kommission begraben. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist der: Es hat Herr Kollega Wullschleger sich dahin geäußert, wenn er und auch Herr Burklin heute keine bestimmten Anträge darüber stellen, wie man weiter vorgehen wolle, sofern ihre Anträge angenommen werden, so sei dies deshalb, weil sie vorerst abwarten wollen, ob die neue Vorlage des Bundesrates angenommen werde, und er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, gesagt: Wir machen nichts anderes als was die Initianten gemacht haben. Das ist nun eben falsch. Die Initianten haben sich zusammengefunden und haben die Initiative eingereicht, bevor nur die Abstimmung über die erste Vorlage vom Dezember 1926 stattgefunden hat. Es ist so, wie ich auseinandergesetzt habe. Wenn man den Anträgen der Herren Burklin und Wullschleger heute zustimmen würde, so hätten wir vom 1. Juli 1929 an einen vollständigen Ex-lex-Zustand, es wäre dannzumal keine Regelung mehr vorhanden, keine neue Lösung, und die Beschlüsse der Bundesversammlung über die Mahlprämie und den Ueberpreis beim Kauf von inländischem Getreide wäre dahingefallen. Für wie lange? Das kann man nicht sagen. Wenn man also auf dem Standpunkt steht wie die Herren Burklin und Wullschleger, es solle diese Lösung abgelehnt werden, so hat man in meinen Augen allerdings allen Grund, sofort mit einer neuen Lösung zu kommen, damit das Interregnum, das zwischen der Abstimmung über diese Vorlage und der kommenden Vorlage entstehen wird, möglichst kurz ausfällt. Ich bleibe also bei meiner Behauptung und meiner Ueberzeugung, daß die beiden Anträge einen großen Mangel aufweisen: sie sagen uns nicht, was nachher kommt.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag der Kommission (Ablehnung der Initiative)	32 Stimmen (Einstimmigkeit).
Für den Antrag der Kommissionsmehrheit (Eintreten)	29 Stimmen
Für den Antrag Burklin-Wullschleger	2 Stimmen

Artikelweise Beratung. — Discussion des articles.**Titel, Ingress und Art. 1. — Titre, préambule art 1.****Antrag der Kommission.**

Mehrheit:

Titel und Ingress, Art. 1, Abs. 1, 2, 3: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 4. Der Bund sorgt unter Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten für die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes. Zu diesem Zwecke kann er Einfuhrzölle auf ausländischem Backmehl erheben und sich das Recht vorbehalten, wenn die Umstände es verlangen, das Backmehl einzuführen. Der Bund gewährt nötigenfalls den Mühlen Erleichterungen, um ihre Transportkosten im Innern des Landes zu ermäßigen. Er gewährt Frachtbeiträge für Mehllieferungen in Gebirgsgegenden.

Abs. 5. Die statistische Gebühr im Warenverkehr mit dem Auslande ist zu erhöhen. Der Ertrag dieser Gebühr wird zur Deckung der aus der Getreideversorgung des Landes erwachsenden Ausgaben beitragen. »

Minderheit:

(Burklin)

Eventueller Zusatzantrag.

... Ausgaben beitragen.

Abs. 5bis Der Bund behält sich das Recht vor, den Brotpreis und den Mehlpreis derart festzusetzen, daß die Geldopfer, die durch die Erhöhung der statistischen Zollgebühr bewilligt werden, den Verbrauchern zugute kommen. »

Proposition de la commission.

Majorité:

Titre et préambule et Art. 1 al. 1, 2, 3: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 4. La Confédération prend, tout en sauvegardant les intérêts du consommateur de pain et de farine, les mesures nécessaires au maintien de la meunerie nationale. Elle peut, à cet effet, prélever des droits d'entrée sur les farines étrangères et se réserver le droit, si les circonstances l'exigent, d'importer la farine panifiable. Elle accorde, en cas de besoin, des facilités aux moulins afin de réduire leurs frais de transport à moulins afin de réduire leurs frais de transport à l'intérieur du pays. Elle subventionne le transport de la farine vers les régions de montagne.

Al. 5. Le droit de statistique prélevé sur toutes les marchandises qui franchissent la frontière douanière suisse sera relevé. Le produit de ce droit contribuera à couvrir les dépenses occasionnées par l'approvisionnement du pays en blé. »

Minorité:

(Burklin)

Proposition subsidiaire.

... du pays en blé.

A. 5bis La Confédération se réserve le droit de fixer le prix du pain et de la farine de telle manière que les sacrifices financiers consentis par le relèvement de la finance de statistique douanière profitent aux consommateurs. »

II. Minderheitsantrag

(Moser)

Al. 3bis. Der Bund beaufsichtigt im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben den Verkehr mit Brotgetreide. Dabei kann er das Recht zur Einfuhr von Saatweizen für sich beanspruchen.

Proposition de la II^e minorité

(Moser)

Al. 3bis. La Confédération surveille le commerce des céréales panifiables dans le cadre des tâches qui lui ont été confiées. Elle peut en outre se réserver le droit d'importer du blé de semence.

Keller-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit; Zum Ingress des Bundesbeschlusses hat die Kommission keine Bemerkungen zu machen; sie wird mit bezug auf die gesamte Umstellung des Bundesbeschlusses am Schluß der Debatte noch einen Antrag stellen, der mehr redaktioneller Natur ist. Was Art. 1 anbelangt, so müssen wir unterscheiden die Ziffer 1 und anschließend den Passus, welcher sich auf die Initiative bezieht. Hier ist nichts mehr zu beschließen, da Sie beschlossen haben, die Initiative zur Verwerfung zu empfehlen. Dann kommt Ziffer 2, oben auf Seite 2, und im Anschluß daran der Wortlaut des Gegenentwurfes.

Wir haben am Entwurf des Bundesrates einige Abänderungen vorgenommen. Ich möchte in erster Linie konstatieren, daß der Bundesrat mit unseren Abänderungsanträgen einverstanden ist. Hingegen bestehen noch zwei weitere Anträge: der Antrag des Herrn Moser, der erst im Plenum gestellt worden ist, über welchen also die Kommission nicht beraten konnte, und der Zusatzantrag des Herrn Burklin, der in der Kommission behandelt worden ist. Ich habe Ihnen nun zu den einzelnen Alineas des Art. 23bis namens der Kommission noch folgende Ausführungen zu machen:

Zu Abs. 1. Die Auffassung des Bundesrates, in den Verfassungsartikel nur aufzunehmen, was nötig ist, das übrige der Gesetzgebung vorzubehalten, billigt die Kommission. Es wird deshalb in Al. 1, Satz 1 nur das staatliche Gebot der Getreidelagerung zur Sicherung der Versorgung des Landes aufgestellt, dagegen die Frage des Umfanges der Lagerung der Gesetzgebung zum Entscheid überlassen. Dagegen muß in Satz 2 die Verpflichtung der Müller, Getreide zu lagern, und Getreidevorräte zwecks Auswechslung zu übernehmen, ausdrücklich aufgestellt werden, weil sie eine Einschränkung in deren Handels- und Gewerbefreiheit bedeutet. Satz 2 ist dahin zu verstehen, daß die Müller kraft gesetzlichen Gebotes zur unentgeltlichen Lagerung von Getreide und zur unentgeltlichen Auswechslung verhalten werden können. Die Ausführung gehört jedoch in das Gesetz. In der Kommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Wortlaut des Satzes 1: »Der Bund unterhält genügend Getreidevorräte« sich in einem bewußten Gegensatz zum bundesrätlichen Entwurf vom Mai 1924 befinde, worin es hieß: »Der Bund unterhält Getreidevorräte oder kann für Getreide in anderweitiger Weise Vorsorge tragen.« Der Vertreter des Bundesrates, Herr Bundesrat Musy hat eine solche bewußte Abänderung des neuen Gesetzestextes verneint und erklärt, daß auch unter der Fassung des jetzigen Entwurfes der Bund «in anderer Weise» für Getreide sorgen könne.

Zu Al. 2. Im ersten Satz ist festgelegt, welche Maßnahmen zur Förderung des Getreidebaues getroffen werden sollen; Satz 2 enthält die Uebernahmepflicht des Bundes von inländischem, nicht freihändig verkauftem Getreide. Weder die Höhe der Mahlprämie noch des Ueberpreises sind hier bestimmt, es wird dies Aufgabe des Gesetzes sein; doch hat sich dieses an den Rahmen des Satzes 2 zu halten, wonach der Preis so zu gestalten ist, daß er den Getreidebau ermöglicht. Satz 2 endlich enthält die wichtige Verpflichtung der Müller, das vom Bunde erworbene Inlandgetreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen. Dieser Satz muß der Verfassung einverleibt werden, weil er wieder die Handels- und Gewerbefreiheit der Müller tangiert. Was hier nicht ausdrücklich gesagt ist, was aber durch dieses Schweigen gerade gekennzeichnet ist, das ist die wiedergewonnene Freiheit des Marktes im Ankauf von Getreide. Zu diesem Alinea hat der Schweiz. Bauernverband unserer Kommission eine Eingabe eingereicht, worin er eine Ergänzung des Inhaltes postulierte, daß besondere Vorschriften über den Verkehr mit Saatgut aufzustellen seien und daß der Bund die Verwendung ungeeigneten fremden Saatgutes durch Einfuhrverbote oder Einfuhrzölle verhindern dürfe. Die Kommission ist mit der Tendenz des Antrages des Schweiz. Bauernverbandes nach der materiellen Seite hin: Schutz des Saatgutes, einverstanden; sie glaubt aber einstimmig, daß dieser Schutz nicht durch einen Zusatz in der Verfassung verankert werden müsse; was hier der Schweiz. Bauernverband postuliere, falle schon unter die Förderung des Anbaues von Brotgetreide (Al. 2, Satz 1) und sei auch durch das Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft geschützt. Die Kommission hält deshalb einstimmig dafür, daß diese Frage im Ausführungsgesetz zu erledigen sei und zwar im positiven Sinne durch Zustimmung zur Anregung des Bauernverbandes.

Zu Al. 3, Satz 1 und 2. Es ist früher schon ausgeführt worden, daß gegenüber den Verpflichtungen, welche das Müllereigewerbe übernehme, eine gewisse Kompensation stattzufinden habe, diese müsse darin bestehen, daß das Müllereigewerbe vor der Konkurrenz des ausländischen Backmehles geschützt werde. Dieser Schutz sei auch nötig, damit ein leistungsfähiges einheimisches Müllereigewerbe bestehen bleibe. Die Vertreter der Müllerschaft postulieren als Schutz das Verbot der Einfuhr von Backmehl, indem sie sich nicht sicher glaubten bei einer bloßen Zollerhöhung auf Backmehl. In Al. 3, Satz 1 und 2 ist nun dieser Schutz nach beiden Richtungen hin vorgesehen, aber in anderer Reihenfolge: Zunächst Zollerhöhung auf Backmehl und nur eventuell, « wenn die Umstände es verlangen », Einfuhrmonopol des Bundes für Backmehl. Die beiden Möglichkeiten sind in der Verfassung vorzusehen, da der Text des Art. 29 sie nicht deckt. Es sei hier bemerkt, daß die Handhabung der Zölle und eventuell des Einfuhrmonopols durch den Bund diesem auch die Möglichkeit gibt, allfälligen Uebertreibungen oder übersetzten Ansprüchen des inländischen Müllereigewerbes den Riegel zu schieben. Dies alles bezieht sich nur auf Backmehl; frei im Handel bleibt Futtermehl.

Satz 3 betreffend Frachtermäßigungen hat auch in unserer Kommission, wie seinerzeit im Bundesrate und noch früher in der parlamentarischen Vorbe-

ratungskommission viel zu reden gegeben. Unter dem Regime des Getreidemonopols — also heute noch — kauft der Bund das Getreide in der Regel franko Grenze ein und gibt es allen Müllern mit dem gleichen Transportzuschlag loko Mühle ab. Der Transportzuschlag ist also für den Müller derselbe, gleichviel, ob seine Mühle mitten im Lande oder an dessen Peripherie liegt. Die Durchführung dieses Prinzipes durch die Getreideverwaltung beim Monopol war eine einfache, indem diese die Transportkosten für die Strecke loko Einfuhrgrenzort bis loko Mühle übernahm. Vor dem Krieg bestanden solche Vergünstigungen nicht, der Müller kaufte sein Getreide loko Einfuhrstation ein, schlug die Transportkosten auf dasselbe und kam dabei aus.

Die Vertreter des Müllereigewerbes haben nun geltend gemacht, daß Erleichterungen an die Transportkosten des Getreides ins Inland auch künftighin nötig seien, wenn überall im Lande derselbe Mehl- und Brotpreis gelten solle; ziehe man in Betracht, daß zirka 350 Mühlen die Verpflichtung übernehmen müssen, dem Bunde Getreide abzunehmen und solle das Müllereigewerbe leistungsfähig bleiben, so müsse der Unterschied in den Transportkosten von der Allgemeinheit getragen werden. In diesem Postulat wird das Müllergewerbe natürlicherweise von den Bevölkerungskreisen des Inlandes und deren Vertretern im Parlament unterstützt.

Der Bundesrat hat sich nun — wohl auch aus politisch taktischen Erwägungen — dazu entschlossen, im Verfassungsartikel vorzusehen, daß, um die Lieferungskosten — gemeint ist im Inland — zu ermäßigen, den im Innern des Landes gelegenen Mühlen « nötigenfalls besondere Erleichterungen » gewährt werden sollen. Er kommt also der Müllerei hier entgegen und öffnet im Verfassungsartikel für solche Erleichterungen eine Türe, in der Meinung, daß das Vollzugsgesetz die Ausführung bestimme. Da aber dieses Postulat der Müller in seiner finanziellen Tragweite nicht festgestellt werden kann, da dabei auch die Staffelung der Eisenbahntarife eine wesentliche Rolle spielt, so enthält der Verfassungsartikel auch zwei Reserven. Einmal sollen diese Erleichterungen nur nötigenfalls erteilt werden und zweitens sollen diese Transportkosten vom Bunde nicht voll und allein getragen werden, sondern der Müller erhält nur Erleichterungen an dieselben. Unsere Kommission stimmt dem Antrage des Bundesrates zu, im Gegensatz zu der bereits erwähnten Eingabe des Schweiz. Bauernverbandes, der die Uebernahme aller Transportkosten von der Grenze bis zur Mühle durch den Bund postuliert. Sie hält dafür, daß diese Lösung schon deshalb verfehlt wäre, weil dabei die Müller keinerlei Interesse mehr hätten, den billigsten Transportweg zu wählen; es bestehen aber auch Differenzen bei den Gestehungskosten des Mehles in den verschiedenen Teilen des Landes, die bei Ausmessung der Transporterleichterungen mit in Betracht gezogen werden dürften. Die Ausrechnung kann sich ohne Schwierigkeiten durch die Eisenbahnen machen lassen. Dagegen hat die Kommission den Wortlaut des Satzes 3 etwas geändert, um zum Ausdruck zu bringen, daß als « Mühle im Innern des Landes » nicht nur die geographisch zentral gelegene gelte, sondern auch die peripherisch gelegene, wenn der Einfuhrort nicht zunächst der Mühle liegt.

Beispiel: Schaffhauser Müller können keine Trans-

porterleichterungen verlangen für Getreide, das bei Singen hereinkommt, wohl aber für solches z. B. über Chiasso. Der Bundesrat ist mit der neuen Redaktion einverstanden.

Es ist nicht zu verkennen, daß diese Bestimmung einen Einbruch in die monopolfreie Lösung bedeutet; allein man kann ihrer nicht entraten, wenn man das Ganze im Auge hat; das gleiche ist zu sagen mit bezug auf den letzten Satz von Al. 3, wonach der Bund Frachtbeiträge für Mehllieferungen in Gebirgsgegenden gewähren soll; dies geschieht heute schon unter dem Schutz des Monopols; es ist verständlich, daß die interessierten Kreise auf diese Vergünstigung nicht verzichten wollen; in Betracht kommt namentlich Graubünden. Wir beantragen Zustimmung zum Antrag der Kommission.

Zu Al. 4. Ueber die Bedeutung der Heranziehung der statistischen Gebühren für die Finanzierung der Förderung des Getreidebaues haben wir in der Eintretensdebatte gesprochen; nach Ansicht des Bundesrates soll die Bundeskasse nebst den bisher getragenen 4,000,000 Fr. p. a. für die Mahlprämie, auch den Rest von rund 10,000,000 Fr. auf sich nehmen, dafür aber durch eine Erhöhung der statistischen Gebühren entsprechend entschädigt werden. Mit diesen Grundgedanken haben Sie sich einverstanden erklärt, Al. 4 enthält die in den Verfassungsartikel aufzunehmende Bestimmung.

Es könnte allerdings noch die Frage aufgeworfen werden, ob überhaupt die Erhebung dieser Gebühr, die heute schon und seit langem besteht, durch einen Zusatz in die Verfassung sichergestellt werden muß. Wenn der Bundesrat dies vorschlägt, so tut er dies wohl wegen des Zusammenhanges der Maßnahme mit dem ganzen Getreideproblem und weil der allfälligen Beanstandung, es trage die erhöhte Gebühr nicht mehr den Charakter einer solchen, von Anfang begegnet werden will. Die Kommission ist mit dieser Auffassung des Bundesrates einverstanden. Sie hat jedoch am Antrage des Bundesrates noch eine Aenderung vorgenommen, der übrigens der Vertreter des Bundesrates zugestimmt hat.

Während, wie schon ausgeführt, nach dem bundesrätlichen Vorschlag die 4,000,000 Fr. p. a. für die Mahlprämie wie bisher von der Bundeskasse separat zu leisten und der Rest durch die Erhöhung der statistischen Gebühr zu decken wäre, beantragt Ihnen die Kommission, es sei die ganze Gebühr und nicht nur der Betrag der Erhöhung für die Förderung des Getreidebaues zu verwenden, womit dann die Entnahme der 4,000,000 Fr. aus der allgemeinen Rechnung wegfällt. Im Verhältnis der Bundeskasse zur Unternehmung: Förderung des Getreidebaues kommt es auf dasselbe heraus, ob die 14,000,000 Fr. aus der statistischen Gebühr allein oder aus dieser und einem allgemeinen Bundesbeitrag gedeckt werden. Auf der einen Seite der Staatsrechnung fällt die Ausgabe von 4,000,000 Fr. weg ((Volkswirtschaftsdepartement), dagegen entsteht bei der Zollverwaltung eine entsprechende Erhöhung der Ausgaben, indem nun auch das bisherige Ergebnis der statistischen Gebühr jener Unternehmung zugute kommt. Im Verhältnis zum Kreise der Zahler der statistischen Gebühr entsteht aber keine Mehrbelastung, denn das bisherige Erträgnis haben sie schon bisher geschaffen. Es hat denn auch die Schweiz. Handelskammer sich mit dieser Lösung grundsätzlich einverstanden erklärt;

über das Detail wird bei Behandlung der Botschaft Nr. 2309 zu sprechen sein. Unter allen Umständen aber, und es sei das hier nochmals vermerkt, darf aus der Erhöhung der statistischen Gebühr für die allgemeine Bundeskasse keine dauernde Mehreinnahme entstehen; sollte die Einnahme aus der ganzen statistischen Gebühr die Kosten für die Förderung des Getreidebaues dauernd überschreiten, so würde eine Minderung der statistischen Gebühr erfolgen. Umgekehrt, sollten die Einnahmen aus der statistischen Gebühr für die Kosten der Förderung des Getreidebaues allein nicht genügen, so hätte die allgemeine Bundeskasse die Differenz zu tragen und von diesem Gesichtspunkte aus darf man wohl mit dem Antrag des Bundesrates von einem « Beitragen » sprechen. Persönlich bin ich der Meinung, daß der Ausdruck « beitragen » von der Redaktionskommission noch überprüft werden sollte. Im übrigen ist der Antrag der Kommission in seiner Abänderung von demjenigen des Bundesrates nur redaktioneller Natur.

Zu Al. 5. Herr Kollege Burklin hat zu Art. 23bis noch einen Zusatzantrag gestellt, der dem Art. 23 als Al. 5 anzugliedern wäre. Sie finden den Wortlaut in der Vorlage. Ich will auch hier der Begründung des Antragstellers nicht vorgreifen. Die Kommission beantragt mit aller gegen die Stimme des Herrn Burklin Ablehnung. Herr Burklin postuliert Bestimmungen des Bundes, die sicherstellen, daß die Geldopfer des Bundes den Verbrauchern des Brotes zugute kämen und er will zu diesem Zwecke dem Bundesrat das Recht geben, die Mehlpriese und Brotpriese festzustellen. Ganz abgesehen davon, daß formell der Antrag des Herrn Burklin nicht in die Verfassung paßt wegen seines rein programmatischen Charakters, so steht er auch materiell im Widerspruch mit der von uns angestrebten monopolfreien Lösung; er bedeutet auf einem Umweg: Zurückkommen auf die Monopolwirtschaft. Die Kontrolle aber, die Herr Burklin materiell erzielen will, läßt sich auch handhaben nach der Auffassung des Herrn Vorstehers des Finanzdepartementes durch die Bestimmung der Mehlzölle und durch ein eventuelles Mehleinfuhrverbot.

Wir sind deshalb der Meinung, daß dieser Antrag des Herrn Burklin ebenfalls verworfen werden muß. Was den ersten Teil des Antrages des Herrn Moser betrifft, lautend: « Der Bund beaufsichtigt im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben den Verkehr mit Brotgetreide », so hat Herr Moser diesen Antrag erst hier im Plenum eingereicht. Er ist also in der Kommission nicht besprochen worden. Ich möchte mich zu demselben erst äußern, wenn Herr Moser ihn begründet hat.

Das sind die Bemerkungen, die ich Ihnen zu Art. 23bis zu machen habe. Ich beantrage Ihnen, die Annahme dieses Art. 23bis in dem Wortlaut, der ihnen als Antrag der Mehrheit der Kommission vorliegt, dem der Bundesrat zustimmt.

Moser: Ich habe eigentlich zwei Anträge zu stellen. Der erste bezieht sich auf die Frachtbeiträge an die Transportkosten und der zweite bringt ein neues Al. 3bis in Vorschlag. Wenn ich bei der Detailberatung das Wort ergreife, um Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen, so geschieht es nicht etwa, um der Vorlage Schwierigkeiten zu machen, sondern es geschieht aus dem Gefühl und der Verpflichtung heraus, am Zustandekommen einer Vor-

lage mitzuwirken, die auch in der Ausführung möglichst reibungslos funktioniert. Das sind, wie ich hier ausdrücklich betonen möchte, die Erwägungen, die mich nach genauem Studium der ganzen Materie veranlaßt haben, hier Ergänzungsanträge zu stellen.

In der Kommission hat bereits eine eingehende Besprechung über die Frage der Franko-Lieferung oder Leistung von Beiträgen an die Transportkosten stattgefunden. Je mehr ich mich mit dem Problem beschäftigt habe, desto mehr hat sich für mich die Ueberzeugung gefestigt, daß eigentlich die Franko-lieferung auch bei der monopolfreien Lösung das richtige wäre. Der heutige Zustand ist der, daß das Getreide franko Empfangsstation dem Müller geliefert wird. Darauf basiert auch der Einheitspreis für das Backmehl, das von den Müllern zu diesem Preis in einem gewissen Umkreis den Bäckern zugeführt wird. Einzig die in größerer Entfernung von den Mühlen gelegenen Konsumplätze haben einen gewissen Teil der Transportkosten zu tragen, was dann in einem erhöhten Mehlpriest zum Ausdruck kommt. Es sind das die im Landesinnern gelegenen Gegenden, insbesondere die Gebirgsgegenden. In der Absicht, den Miteidgenossen in solchen Gebieten entgegenzukommen, ist ja in den Bundesbeschluß vom 7. Juni letzten Jahres die Bestimmung aufgenommen worden, wonach der Bundesrat Maßnahmen zu ergreifen hat, um durch Uebernahme von Transportkosten einen Ausgleich der Mehlpriest zugunsten der Gebirgsgegenden herbeizuführen. Gestützt auf diesen Beschluß werden seit letzten Herbst von der Getreideverwaltung solche Beiträge ausgerichtet, die 1—2 Fr. und mehr pro 100 kg Mehl betragen. Damit ist allerdings noch kein vollständiger Frachtenausgleich herbeigeführt, das ist auch nicht möglich, indem auch noch andere Faktoren die Brotpriest beeinflussen, so z. B. das Backverfahren, die Konkurrenzverhältnisse im Bäckereigewerbe, aber gelegentlich auch, wie das auch angetönt worden ist, willkürliche Preisfestsetzungen von einzelnen Bäckerorganisationen. Das in bezug auf diese Punkte. Aber die Franko-lieferung dient, wie bereits ausgeführt worden ist, nicht bloß der Verbilligung der Mehl- und Brotpriest zugunsten entlegener Gebiete, sondern sie schafft auch einen billigen Ausgleich für die im Landesinnern gelegenen Mühlen. Das ist auch der Grund, warum man dazu gekommen ist, Frachtbeiträge zu bewilligen.

Die Differenz zwischen Kommission, Bundesrat und mir ist nur die, ob man die Franko-lieferung telle quelle übernehmen will oder ob man gewisse Beiträge geben will. Ich möchte nicht auf die heutigen Frachttarife eintreten, sondern nur wenige Beispiele nennen. Basel als Grenzstation hat natürlich keine Fracht, Genf hat nur 7 Rp. auf 100 kg, Zürich 1,50, Luzern 2,57, Bern 2,16, Freiburg 2,50, Thun 2,60, Interlaken 3,60. Es ist zuzugeben, daß wenn die Getreidebezugsländer ändern, sich naturgemäß auch für einzelne Gegenden die Frachtsätze verschieben. Das sind Zahlen für Frachten via Basel. Kommt das Getreide über Buchs, so ändern sich die Verhältnisse beispielsweise für die Ostschweiz. Nun war man bis vor kurzem allgemein der Meinung, daß mit Abschaffung des Einfuhrmonopols auch die Voraussetzungen für die Franko-lieferung dahinfallen sollen. In diesem Sinne hat sich der Bundesrat sowohl in seiner Botschaft vom November 1924 als

auch in der Botschaft vom Mai 1924 geäußert, ebenso der Berichterstatter Herr Kollege Keller-Aargau in seinem Eintretensvotum in der Märzsession des Jahres 1925. Das Begehren der Müllerschaft um einen angemessenen Schutz der im Landesinnern befindlichen Mühlen gegenüber den großen Mühlen an der Landesgrenze hat nun der Bundesrat mit Bericht vom 2. April 1928 in den vorgeschlagenen Verfassungsartikel mit der Bestimmung übernommen, daß den im Landesinnern gelegenen Mühlen Frachterleichterungen gewährt werden sollen. Das ist auch von der Kommission akzeptiert worden. Nun möchte ich auf die Eingabe des Bauernverbandes vom 14. April 1928 zurückkommen, die dahin geht, daß das Getreide an sämtliche Mühlen franko zu liefern sei, und da möchte ich aufmerksam machen, daß die Wichtigkeit dieser Frage nicht nur im Hinblick auf die Mühlen im Landesinnern, speziell auch der Gebirgsgegenden berücksichtigt werden muß, sondern daß noch andere Faktoren mitspielen, so der Preis des Inlandgetreides und die Höhe der Mahlprämie. Diese Momente sind in der Tat so wichtig, daß sie hier doch angeführt werden müssen. Wenn die Franko-lieferung dahinfällt oder nur teilweise stattfindet, so wird zweifellos damit die Situation der Mühlen im Landesinnern gegenüber denjenigen an der Landesgrenze beeinflußt. Ich halte dafür, daß die Frachtbeiträge ganz bedeutend sein müssen, wenn die im Landesinnern gelegenen Mühlen, namentlich die kleineren, die Konkurrenz gegen die Großmühlen an der Grenze aushalten sollen. Sonst werden wir ganz sicher den Prozeß erleben, wie er sich bis heute in der Brauerei vollzogen hat, wo die Zahl der Betriebe innert eines kurzen Zeitraumes von 500 auf 70—80 zurückgegangen ist. Die Beiträge müssen also bedeutend sein, weil die an der Grenze gelegenen Mühlen eben den großen Vorteil haben, daß sie nachher das Mehl und nicht das Getreide mit seinem Ballast spedieren müssen. Nun kommt das andere dazu, die Preisbildung in bezug auf Mahlprämie und Ueberpreis. Da ist nun folgendes zu bemerken. Es ist in Aussicht genommen, daß der bisherige Ueberpreis von ca. 8 Fr. 50 bleiben soll und daß die Mahlprämie mit 5 Fr. eingestellt werden soll. Man muß sich bei Erörterung dieser Frage fragen, in welcher Beziehung der Ueberpreis zur Mahlprämie steht. Auf diese Frage möchte ich hier etwas näher eintreten. Wie kam diese Differenz von Ueberpreis und Mahlprämie zustande? Der Ueberpreis ist auf 8 Fr. fixiert gegenüber dem Preis, den das ausländische Getreide franko Grenzstation kostet. Nun ist aber das Getreide, welches ins Inland geht, natürlich belastet mit den Frachtspesen, Lagerspesen und mit dem Ueberpreis des Absatzgetreides, und das macht nach den Berechnungen der Getreideverwaltung ungefähr 3 Fr. aus. Das Getreide wird also von der Monopolverwaltung zu 3 Fr. über dem Einstandspreis verkauft. Daraus ergibt sich nun, daß eine Parität vorhanden ist, wenn wir dem Landwirt, der eigenes Getreide vermahlt, 5 Fr. geben. Wenn nun aber die Franko-lieferung aufhört, so ist es ganz klar, daß dabei erhebliche Differenzen entstehen, mehr oder weniger groß, je nach Größe der Frachtbeiträge für Getreide in den Grenzkantonen und im Landesinnern. Das wirkt sich dann so aus, daß der Landwirt in Baselland oder in den Grenzkantonen selbstverständlich kein Interesse hat, das Getreide selber zu

vermahlen, denn er bekommt den Ueberpreis in vollem Umfange, während er als Mahlprämie nur 5 Fr. erhält. Er wird dort das Getreide alles verkaufen und dann für den Bedarf eben von der Mülerei kaufen. Das ist allerdings nicht das, was wir eigentlich wollen, sondern wir wollen ja, daß möglichst viele Landwirte oder alle Landwirte vorab den eigenen Brotbedarf selber decken. Ein Zwang kann natürlich nicht ausgeübt werden. Man hat den Zwang bis dahin auch unterlassen, weil man glaubte, daß er auf Opposition stoßen würde und daß die Kontrolle viel zu viel kosten würde. Es ist interessant, festzustellen, daß Norwegen keinen Unterschied kennt zwischen dem Ueberpreis für dem Staate geliefertes Getreide und der Mahlprämie für zur Selbstversorgung verwendetes Getreide. Diese Feststellung dürfte mindestens so interessant und wichtig sein als alles andere, was mitgeteilt worden ist.

Mit der Frankolieferung wäre auch eine viel bessere Kontrolle möglich, darüber, wo das Getreide hinkommt, während im andern Fall diese Kontrolle jedenfalls sehr erschwert wäre.

Ich möchte zum Schluß noch die Frage aufwerfen, ob man nicht die Frankolieferung auch deshalb beibehalten sollte, um einen guten Ausgleich der Brotpreise herbeizuführen, was den Gebirgsgegenden in hohem Maße zugute käme. Es bleibt die Frage offen, ob diese Transportspesen voll und ganz vom Bunde übernommen werden müssen. Man kann ganz gut die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, vom importierten Getreide an der Grenze einen kleinen Frachtzuschlag zu erheben, der vorab für die Frankolieferung verwendet würde. Praktisch käme das ungefähr auf das gleiche hinaus, wie es nun vorgeschlagen wird, mit dem kleinen Unterschied, daß die an der Grenze gelegenen Orte etwas mehr Fracht zahlen müßten. Das wäre ein Ausgleich, der durchaus nicht unangebracht wäre und unzweifelhaft dazu beitragen würde, unsere Mühlen im Inland sicherzustellen, einen bessern Ausgleich der Brotpreise herbeizuführen und damit auch das, was ich vorhin über Mahlprämie und Ueberpreis gesagt habe, mehr oder weniger zu verwirklichen. Ich halte dafür, daß die technischen Schwierigkeiten bei einem derartigen System der Frankolieferungen mit oder ohne Frachtzuschlag bedeutend geringer wären als bei dem nun vorgeschlagenen System, wo man doch nicht vergessen darf, daß sozusagen für jede einzelne Mühle im Landesinnern der Frachtbeitrag erforscht werden muß und festzusetzen ist und zwar verschieden je nachdem, ob das Getreide von diesem oder jenem Ort des Auslandes bezogen wird. Ich fürchte, daß die Getreideverwaltung sehr viel Scherereien haben wird und fortgesetzt Gesuche der einzelnen Müller entgegennehmen muß. In der Botschaft ist allerdings ausgeführt, daß es da jedenfalls nicht große Schwierigkeiten geben werde, indem ja heute auch die Alkoholverwaltung Kartoffeln spediere und Frachtbeiträge leiste. Das ist mir sehr wohl bekannt, allein dort liegen ganz bestimmte Verhältnisse vor. Man weiß genau, daß die Kartoffeln aus dem Kanton Bern nach Zürich, St. Gallen usw. spediert werden müssen. Man bestimmt den Frachtbeitrag und dann ist der Handel erledigt.

Wenn ich zu diesen Vorschlägen gelangt bin, so nicht, um Opposition zu machen, sondern weil ich meinen technischen Bedenken Ausdruck geben

und dokumentieren wollte, daß ich es für richtiger halte, die Frankolieferung beizubehalten, allenfalls mit einem kleinen Frachtzuschlag auf allem Getreide und daß dieses System jedenfalls einfacher wäre als das hier vorgeschlagene. Sicher ist, daß die Frachtbeiträge für gewisse Mühlen im Inland bedeutend sein müssen, wenn die Mülerei im Innern des Landes erhalten werden soll.

Gestatten Sie mir nun, meinen Antrag zu Al. 3bis zu begründen. In der Botschaft vom 2. April 1928 kommt der Bundesrat zum Ergebnis, daß der von der Initiative vorgeschlagene Verfassungsartikel für eine monopolfreie Lösung der Getreidefrage Mängel aufweise, die ihn nicht als brauchbare Grundlage erscheinen lassen. Die Mängel des Initiativvorschlages werden namentlich auf Seite 12 und 13 der bundesrätlichen Botschaft genannt. Dabei wird unter anderem die Frage aufgeworfen, ob der Text des Initiativvorschlages die Kontrolle des Getreidehandels und die Aufsicht über die Mühlen zulasse. Diese Frage wurde vom Bundesrat verneint. Im Gegenvorschlag wird daher folgerichtig die Verpflichtung der Müller näher umschrieben: «Er (der Bund) kann die Müller verpflichten, Getreide zu lagern und die Getreidevorräte zwecks Ausmahlung zu übernehmen . . . Die Müller können verpflichtet werden, das vom Bund erworbene Inlandgetreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen.»

Auf Grund dieser Verfassungsbestimmungen wird auch eine passende Kontrolle möglich sein. Damit ist also die Lücke, welche im Initiativvorschlag enthalten ist, und offen zugegeben wird, soweit es die Müller anbetrifft, ausgeglichen.

Ganz anders liegen nun aber nach meiner persönlichen Auffassung die Verhältnisse in Sachen des Getreideverkehrs und Getreidehandels. Diese werden in dem vom Bundesrat vorgeschlagenen und von der Kommission akzeptierten Verfassungsartikel eigentlich mit keinem Worte erwähnt und nach meiner Meinung wird sich daher auch der Getreidehandel gestützt auf Art. 31 B. V. auf die Handels- und Gewerbefreiheit berufen können und verlangen können, nach allen Richtungen frei schalten und walten zu dürfen. Mit Rücksicht auf die mannigfachen Aufgaben, die nach dem Verfassungsartikel zu lösen sind, ist es meiner Auffassung nach geradezu ausgeschlossen, daß dem Getreidehandel die vollständige Handels- und Gewerbefreiheit zugestanden werden kann. Eine gewisse Beaufsichtigung und Einschränkung im Getreideverkehr wäre aus verschiedenen Gründen unerlässlich. So muß vor allem darüber gewacht werden, wie in der Botschaft durchaus anerkannt wird, daß das im Verkehr befindliche Brotgetreide, welches natürlich billiger ist als das Inlandgetreide, nicht mit diesem Inlandgetreide vermischt oder an dessen Stelle untergeschoben wird. Auf Grund des vorgeschlagenen Verfassungsartikels wird man die Müller und auch die Getreideproduzenten, welche Ueberpreise oder Mahlprämien für Inlandgetreide beziehen, beaufsichtigen und sie für den Verkehr mit Brotgetreide einschränken können. Das ist mit bezug auf die Müller ohne weiteres durch den Verfassungsartikel gegeben, ebenso mit bezug auf die Getreideproduzenten. Man wird die Müller zu einer Buchhaltung verhalten können, aus welcher die Eingänge von Brotgetreide und auch die Ausgänge zu ersehen sind, ferner wird man vorschreiben können und dür-

fen, daß das einmal in die Mühle verbrachte Getreide in unvermahlenem Zustand ohne Kontrolle nicht mehr in den Verkehr gebracht werden soll. Dem Produzenten, der für das eigene Getreide Mahlprämie oder Ueberpreis bezieht, wird man, um Unterschleibungen vorzubeugen, den Zukauf von fremdem Getreide grundsätzlich untersagen können. Staat und Gesamtheit der Bevölkerung haben an einer guten Kontrolle zur Vermeidung von Mißbräuchen das größte Interesse, denn wenn Mißbräuche eintreten, wird damit das ganze System mehr oder weniger diskreditiert. Wenn nun aber die Privilegien des Ueberpreises und der Mahlprämie für Selbstversorger auf das Inlandsgetreide beschränkt bleiben und wenn man mit Sicherheit vermeiden will, daß sie für die gleiche Ware mehrmals bezogen werden, dann muß man auch dafür sorgen, daß eine gewisse Kontrolle des Getreidehandels eintritt.

Dann möchte ich weiter daran erinnern, daß die Verpflichtung der Müller zur Getreidelagerung, zur Abnahme von Lagergetreide des Bundes und zur Uebernahme von Inlandgetreide ja auf Grund ihrer Vermahlung von Brotgetreide bemessen sein soll, sowohl der Produzent wie namentlich der Müller hat ein gewisses finanzielles Interesse, in Verkehr befindliches Getreide wenn möglich unkontrolliert seinem Betriebe zuzuführen, denn dieses unkontrolliert zugeführte Getreide wird bei der Zuteilung von Lagergetreide des Bundes nicht Berücksichtigung finden.

Nun möchte ich doch fragen, ob es unter diesen Umständen angebracht ist, den Getreidehandel freischalten und walten zu lassen und möchte auf gewisse Versuche aufmerksam machen, denen Müller und Getreideproduzent ausgesetzt sind. Wenn ein Landwirt fremdes Getreide ankauft und mit eigenem vermischt, so ist das strafbar, mit vollem Recht. Wenn ein Müller unkontrolliertes Getreide hineinnimmt um damit eine geringere Quote zu erreichen, so ist das ebenso mit vollem Recht strafbar. Nun möchte ich doch die Frage aufwerfen, ob es dann richtig ist, wenn der Getreidehändler, der an diesen Manipulationen beteiligt ist, nicht bestraft wird. Ich habe das Gefühl, daß sich nach dieser Richtung der Getreidehandel auch einer gewissen Kontrolle — nicht mehr als absolut nötig — unterziehen muß und daß diese Beaufsichtigung mit aller Deutlichkeit im Verfassungsartikel verankert sein muß. Der ehrliche Handel wird darunter in keinerlei Weise leiden. Ich möchte ferner darauf aufmerksam machen, daß nicht nur Weizen, der zur Brotbereitung bestimmt ist, eingeführt wird, sondern daß jährlich über 5000 Wagenladungen Hartweizen, speziell zur Herstellung von Teigwaren, importiert werden. Schon unter dem heutigen Monopolsystem erfolgte diese Einfuhr von Hartweizen vollständig frei in dem Sinne, daß die Müller ihren Weizen nicht von der Monopolverwaltung beziehen müssen, sondern dort beziehen können, wo sie ihn am besten erhalten können. Aber es muß natürlich eine entsprechende Kontrolle einsetzen; damit dieser Hartweizen für die Zwecke verwendet wird, für die er eingeführt wurde. Ich nehme an, daß diese 5000 Wagenladungen, die in den einzelnen Mühlen vermahlen werden, nicht belastet werden, wie es auch heute nicht geschieht, mit den Spesen der Lagerhaltung usw., weil sie ja nicht der Brotbereitung dienen, sondern der Bereitung von anderen Nahrungsmitteln. Ferner ist darauf hinzu-

weisen, daß einige Hundert Wagenladungen zur Kindermehlfabrikation eingeführt werden. Auch hier muß eine gewisse Kontrolle eintreten. Endlich ist zu sagen, daß für die Fütterung, namentlich für unser Nutzgeflügel einige hundert Wagenladungen Futterweizen eingeführt werden. Glücklicherweise können wir sagen, daß sich die Geflügelhaltung in der Schweiz in den letzten Jahren ganz bedeutend entwickelt hat, sodaß wir heute schon etwa 60—70 % des Eierbedarfes aus dem Inland decken können, während das früher nur zu einem ganz geringen Prozentsatz möglich war. Auch dieser Futterweizen geht in die Hände kleiner Verbraucher und muß auch eine gewisse Kontrolle erfahren und das scheint mir nur möglich zu sein, wenn eine gewisse Kontrolle des Getreidehandels stattfindet.

In Verbindung damit komme ich mit einigen Worten auf das Saatgut zu sprechen. Ich habe bereits in der Kommission darauf aufmerksam gemacht und darauf verwiesen, daß es nach jahrelanger Versuchstätigkeit möglich geworden ist, für unser Land drei Weizensorten zu erzielen, die in bezug auf Backfähigkeit und Qualität, wie Herr Bundesrat Musy ausgeführt hat, in guten Jahren ausländischem Weizen durchaus nicht nachstehen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß heute der schweizerische Landwirt kein Saatgut aus dem Auslande beziehen kann ohne Spezialbewilligung. Wir dürfen nicht vergessen, daß das inländische Saatgut um 12—20 Fr. teurer ist, man muß es speziell zubereiten, und da ist die Möglichkeit eben vorhanden, daß gewissenlose Spekulant Weizen importieren und ihn als Saatgut anpreisen, sodaß wir einen Sortenwirrwarr bekommen. Man hat in der Kommission gesagt, das könne man alles machen. Wenn das zutrifft, so habe ich nichts dagegen einzuwenden, wenn der zweite Teil des Satzes gestrichen wird, aber ich möchte Sicherheit haben, daß man es kann, und daß wir nicht wieder in den Sortenwirrwarr zurückfallen, aus dem wir uns heute herausgearbeitet haben. Diese rein technische Frage berührt eigentlich weder die Konsumenten, noch die Müller, noch die Produzenten. Wenn man sagt, daß Wort « Saatweizen » passe nicht in die Verfassung hinein, so finde ich, treffe das ebenso sehr für das Wort « Backmehl » zu. Wenn man das Wort « Backmehl » hineinnehmen kann, so kann man auch das Wort « Saatgut » darin aufnehmen.

Ich möchte nun doch die Bitte an Sie richten, über diesen Wunsch der Landwirtschaft und der Getreideproduzenten nicht ohne weiteres hinwegzugehen. Wenn die Gesetzgebung, die entsprechende Sicherheit bieten wird, dann mag man es in die Gesetzgebung verweisen. Aber unter allen Umständen stelle ich fest, daß die Landwirtschaft diese Forderung erhebt und daß dabei absolut keine andern Interessen berührt werden.

Ich komme nun auf den Hauptpunkt zu sprechen. Bisher wurde bei allen Beratungen von Fachleuten die Notwendigkeit der Beaufsichtigung des Getreidehandels im Sinne meiner Darlegungen anerkannt. Ich erinnere nur an die Verhandlungen der kleinen Studienkommission, die im März 1923 über die von ihr vorgeschlagene monopolfreie Lösung dem Bund einen ausführlichen Bericht erstattet hat. Die damals in Vorschlag gebrachte Kontrolle sah amtliche Ursprungszeugnisse für Inlandgetreide, Mahlbescheinigungen der Müller usw. vor. Zum gleichen Ergebnis

kam auch die Botschaft des Bundesrates vom 14. November 1924 über die projektierte Aufhebung des Monopoles. Nach dieser Vorlage waren für die Einfuhr von Brotgetreide sowie für Backmehl usw. allgemein gültige Bewilligungen vorgesehen. Und es wird vom Bundesrat in seiner Botschaft vom 14. November 1924 auf Seite 9 ganz speziell hervorgehoben, daß an die Einfuhr von Korn, Roggen und Weizen, gewisse Bedingungen geknüpft werden müssen, um eben eine Unterschiebung des inländischen Getreides zu verhindern. Der Präsident der Kommission, Herr Kollega Keller, hat damals in seinen Ausführungen besonders auf diesen Punkt hingewiesen. Auch die Botschaft vom 2. April 1928 weist an verschiedenen Orten darauf hin. So möchte ich hinweisen auf Seite 12/13 der Botschaft, wo es heißt: «Es entsteht vor allem die Frage, ob der Verfassungstext die Kontrolle des Getreidehandels und die Aufsicht über die Mühlen zuläßt.» Und auf Seite 20 können Sie lesen: «So wird die Aufhebung des Einfuhrmonopols die heute bestehende Gefahr der Unterschiebung möglicherweise erhöhen. Indessen kann eine zweckmäßig eingerichtete Beaufsichtigung des Getreidehandels unter Verwendung des Auslandgetreides künftig wie bisher Mißbrauch verhindern. Unsere Verwaltung verfügt hierin über gewisse Erfahrung. Der Tabak, vor allem die Rohstoffe für die chemische Industrie, und auch die Produkte, die ja nach ihrer Verwendung unterschiedlichen Zollansätzen unterliegen, haben von der Verwaltung eine noch weit schwieriger durchzuführende Kontrolle gefordert als die Beaufsichtigung des Handels und der Vermahlung von Auslandgetreide. Durch die Mitwirkung der Zollorgane kann der Getreideverwaltung die Aufgabe wesentlich erleichtert werden.» Ferner steht auf Seite 22: «Es ist eine Aufgabe der Sicherung der Getreideversorgung, die Verbesserung der Technik des Getreidebaues durch geeignete Maßnahmen zu fördern.» Und auf Seite 23 finden Sie unter dem Titel «Die Beaufsichtigung des Getreidehandels» den Passus: «Schon heute übt die Getreideverwaltung eine Aufsicht über den Handel mit Futtermitteln aus. Das Einfuhrmonopol umfaßt wohl das Brotgetreide, läßt aber dem Futtergetreide die Türe offen. Auch muß Brotgetreide als Körnerfutter abgegeben werden. Der schweizerische Produzent hätte nur angeblich zur Viehfütterung bestimmtes Getreide zu kaufen und könnte dann dieses als aus eigenem Anbau stammend unterschieben. Derartige Unterschiebungen setzen die Getreideverwaltung der Gefahr aus, Mahlprämie oder Ueberpreis an Nichtzuberechtigten auszurichten. Die Kontrolltätigkeit der Monopolverwaltung muß noch verschärft werden, weil durch die Ausdehnung der Einfuhrfreiheit auf sämtliche Getreidearten die Unterschiebungsmöglichkeit naturgemäß weiter anwächst. Es muß also ein Mittel gefunden werden, die Unterschiebung von Auslandgetreide an Stelle des Inlandgetreides zu verhindern und zwar sowohl bei der Ablieferung des Getreides als auch bei der Ausrichtung der Mahlprämie. Dieser Aufgabe ist unsere Verwaltung wohl gewachsen. Das Inlandgetreide läßt sich von den meisten Auslandgetreidesorten schon nach dem Aussehen unterscheiden. Diese Eigenschaft erleichtert die Nachprüfung. Doch ist dieses verschiedene Aussehen nicht immer charakteristisch genug und bildet kein unbedingt sicheres Erkennungsmittel. Zu der

gegenwärtig bestehenden Aufsicht würde noch die Mitwirkung der Zollorgane treten. Die Zollverwaltung kann das eingeführte Getreide auf seine Verwendung hin gut beaufsichtigen. Sie hat bei der Anwendung der unterschiedlichen Zollansätze schon viel größere Schwierigkeiten überwunden als sie die hier notwendige Aufsicht darbietet.»

Hier ist überall gesagt, daß die Kontrolltätigkeit gewissermaßen nach einzelnen Richtungen noch verschärft werden müsse. Nun möchte ich doch aufmerksam machen, daß nach meiner Auffassung die verfassungsrechtliche Grundlage im Verfassungsartikel nicht vorhanden ist. Der Bundesrat führt ganz richtig aus, daß die Initiative die Grundlage nicht enthält für die Beaufsichtigung der Müller und für die Beaufsichtigung des Getreidehandels und er kommt dann dazu, im Verfassungsartikel die Beaufsichtigung der Müller speziell zu kreieren, aber von der Beaufsichtigung des Getreidehandels sagt man nichts. Da habe ich die Befürchtung, daß, so wie die Verhältnisse liegen, eine Beaufsichtigung nicht stattfinden kann in dem Umfang, wie es in der Botschaft auseinandergesetzt wird. Ich bin nicht der Meinung, daß der Getreidehandel reglementiert oder schikanös beaufsichtigt werden soll, aber man sollte doch im Verfassungstext die deutliche Grundlage geben, daß man ihn, so weit es nötig ist, beaufsichtigen kann. Ich wiederhole, was am meisten auffällt, ist das, daß man in der Initiative sagt, daß dort weder das eine noch das andere enthalten ist, daß dann im Verfassungstext des Bundesrates die eine Frage, die Beaufsichtigung der Müller gelöst wird, während vom Getreidehandel nichts gesagt wird. Aus diesem Grunde halte ich dafür, daß mein Antrag eine notwendige Ergänzung des Verfassungstextes bedeutet.

Es handelt sich bei mir nicht darum, dem Projekt, dem ich freudig zustimme, und von dem ich anerkenne, daß die Hauptforderungen der Landwirtschaft berücksichtigt sind, irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Aber ich hielt es für meine Pflicht, die Probleme genauer zu studieren und auf diesen Mangel hinzuweisen. Sie mögen nun entscheiden.

M. Musy, conseiller fédéral: Evidemment, la loi précisera les conditions dans lesquelles la réserve devra être constituée. Le message contient, sur cette question, quelques précisions.

En outre, nous obligeons les meuniers à prendre livraison des blés indigènes et à participer à la constitution des réserves, ainsi qu'à leur renouvellement. Sur ce point, j'ai déjà insisté tout à l'heure, l'initiative contient une lacune que nous essayons, à l'article premier, de combler.

En ce qui concerne la prise de livraison des céréales indigènes, il est bien entendu, comme le message l'a prévu, qu'elle se fera franco à la gare la plus voisine du moulin destinataire. A ce sujet, il est survenu une discussion assez vive entre les représentants du groupe des meuniers et ceux d'autres groupes. Je tiens à déclarer qu'à mon avis, aucune modification ne doit être apportée sur ce point au système actuel. La remise des céréales par les producteurs s'effectuera donc à l'administration des blés, qui les remettra aux moulins. On s'en tiendra au prix commercial et non pas à celui prévu pour les producteurs de blé. Les frais de transport seront à la charge de l'office des céréales, comme c'est le cas actuellement.

L'al. 1^{er} est adopté, ainsi que l'al. 2.

M. Moser a attiré l'attention du Conseil, en tout premier lieu, sur l'avantage dont jouissent les moulins de la périphérie, comparativement à la situation plus difficile des moulins intérieurs. Tirant conclusion de cette constatation, il estime qu'il n'est pas impossible que le consommateur du centre du pays paie peut-être son pain plus cher que celui de la périphérie. Il déduit, par conséquent, du fait de la suppression du transport franco la possibilité d'une différence de traitement entre le consommateur à l'intérieur du pays et celui qui est près de la frontière.

Messieurs, constatons tout d'abord, en ce qui concerne les céréales indigènes, que le régime actuel ne subira aucune modification. C'est le maintien de la situation actuelle, telle quelle, de sorte que la différence envisagée par M. le conseiller aux Etats Moser ne portera pas sur les céréales indigènes, puisque celles-là, sous le régime que nous vous proposons comme sous le régime provisoire actuel, seront livrées à la gare la plus voisine du moulin auquel elles sont destinées. C'est la raison pour laquelle je dois dire que je n'ai pas très bien compris — la pensée de M. Moser. Je ne vois pas comment il peut redouter un danger dans la suppression des frais de transport mis à la charge de la Confédération pour ce qui concerne les blés étrangers. Il n'y a pas de danger pour le producteur suisse. On nous a dit, si j'ai bien compris, que sous le régime nouveau les blés étrangers ne seraient plus transportés aux frais de la région et qu'alors le producteur de la périphérie aurait avantage à livrer son blé plutôt qu'à le faire moudre. Sinon avions supprimé les transports des blés indigènes, aux frais de la région, oui, cela serait possible; mais nous n'envisageons pas cette suppression. Au contraire, pour tous les blés indigènes, c'est le maintien de la situation actuelle, avec les frais de transport mis à la charge de la région. Celle-ci vendra les blés indigènes à tous les moulins, qu'ils soient situés dans le voisinage immédiat du champ de blé, ou qu'ils en soient éloignés, sur la base du même prix. En d'autres termes, les frais de transport seront répartis uniformément entre tous, sur la même base et la même proportion. Donc, des blés qui auront mûri dans le canton de Vaud seront livrés, par exemple, au moulin de Malters au même prix qu'à celui de Payerne.

Ainsi l'objection formulée tout à l'heure par M. Moser repose sur un malentendu. Il ne s'agit pas de supprimer le système actuel des frais de transport pour ce qui concerne les blés indigènes, mais seulement pour les blés étrangers. La crainte exprimée par M. Moser est donc injustifiée. Du reste, si elle était fondée, elle le serait déjà sous le régime actuel. Or, on a pu constater jusqu'à présent que la prime à la mouture en plaine n'est pas la même qu'à la montagne. La prime à la mouture dans les régions alpestres est beaucoup plus élevée que dans le plateau. Je ne pense pas que cette situation ait provoqué des inconvénients. L'expérience ayant démontré le bon fonctionnement du système actuel, nous vous proposons de le conserver à titre définitif.

Maintenant, j'en viens à l'autre question, celle sur laquelle M. le conseiller aux Etats Moser a insisté: le transport des blés étrangers.

Actuellement, ces blés sont achetés par l'administration des céréales et livrés franco gare destinataire,

parce que les frais de transport depuis la frontière sont payés ou avancés par l'office des céréales pour être répartis, à l'occasion de la fixation du prix des céréales, entre tous les meuniers.

Je reprends mon exemple: Si le moulin de Payerne, qui est plus près de la frontière, reçoit des blés, les frais de transport seront aussi élevés pour lui que pour celui de Malters; en d'autres termes, Malters ne paiera rien de plus pour recevoir ses blés qui auront roulé plus longtemps que ceux allant à Payerne. Par la prise à charge des frais de transport, on les a égalisés en les répartissant entre tous.

A l'avenir, sous le régime définitif, on pourrait maintenir cet état de choses, qui ne présente aucun inconvénient quelconque. Les Chemins de fer fédéraux ont un office spécial des détaxes qui pourrait parfaitement établir ces calculs pour l'office des céréales, de sorte que la répartition se ferait à l'avenir comme sous le régime actuel.

En sera-t-il ainsi? La loi le dira. Constatons en passant qu'une série des observations faites par l'honorable M. Moser, toutes très intéressantes, auraient peut-être été plus à leur place à l'occasion de la discussion de la loi; nous pourrions alors les reprendre et voir comment nous voulons fixer dans cette dernière les solutions de détail auxquels M. Moser a fait allusion tout à l'heure.

En ce qui concerne les frais de transport des blés étrangers à l'intérieur du pays, ainsi que les farines, je crois que la question n'a pas l'importance qu'on lui attache. Théoriquement, M. Moser peut avoir raison; mais, pratiquement, les inconvénients auxquels il a fait allusion sont d'une beaucoup moins grande importance.

Voyez-vous, dans ce domaine, la concurrence joue tout de même un certain rôle. J'ai déjà exposé à la commission que j'avais été frappé de constater, par exemple, qu'un meunier dont les installations sont à la frontière bernoise, mais sur terre fribourgeoise, fournit la farine dans un village de montagne du canton de Fribourg exactement au même prix qu'il la livre dans un village bernois, à trois kilomètres de son moulin. Le jour où il fut interpellé à ce propos (car enfin, il était obligé de conduire sa farine beaucoup plus loin et avec une différence de niveau considérable, ce qui devait nécessairement entraîner, pour les camions, des dépenses plus élevées), ce meunier a répondu: «Mais si, moi, je ne livre pas la farine aux deux boulangers de ce village de la montagne fribourgeoise au même prix que dans le village bernois voisin de mon moulin, les fournisseurs de la Broye livreront là-haut et prendront ma clientèle». La concurrence exercera certainement une influence dans le domaine de l'égalisation.

Il ne faut pas oublier une chose: pour le consommateur de pain, il n'y a pas que les frais de transport de céréales qui comptent, mais aussi les frais de transport de la farine. En général, si les moulins de la frontière ont un avantage en ce qui concerne les frais de transport des blés, ils sont moins avantagés que les moulins de la Suisse centrale, qui ont leur clientèle à proximité.

Je prends l'exemple d'un moulin de Bâle. Evidemment, ce moulin aura des frais de transport en blé moins élevés que le moulin de Malters; mais je suis certain, par contre, que, pour le premier, les frais

de transport de la farine seront plus considérables que pour le second.

Soit dit en passant, nous avons constaté avec une certaine curiosité que sous le régime actuel les blés qui sont transportés aux frais de la régie pour être moulus dans les moulins à l'intérieur du pays, reviennent sous forme de farine à peu près à la périphérie. Grâce au fait du transport gratuit, les meuniers qui sont à l'intérieur du pays peuvent réexpédier presque jusqu'à la frontière ces matières premières transformées en farine; je crois que pareils inconvénients ne se représenteront plus. Les prix de transport ne sont pas toujours proportionnels à la distance kilométrique. Le tarif général prévoit tout d'abord une dégression. A partir des premiers 100 kilomètres, le prix est moins élevé. Cette manière de calculer profite aux moulins qui sont les plus éloignés de la frontière. Ils paient quelque chose de plus, mais non pas en proportion de la distance.

Il y a encore les différences provenant des réductions que les C. F. F. ont dû consentir pour faire face à la concurrence des lignes étrangères. Voici des chiffres: 100 kilos de farine entrant en Suisse par Bâle à destination de Buchs, qui devront parcourir une distance de 196 kilomètres, paieront 77 centimes, tandis que la même quantité de blé envoyée à Utzenstorf paiera 2 fr. 10, c'est-à-dire à peu près le triple pour une distance de 80 kilomètres.

Cette grande élasticité du tarif permettra de trouver une solution dans le sens des intérêts très légitimes que représente M. Moser.

On pourra, par une diminution de tarifs portant sur une distance inférieure à 100 kilomètres, donner satisfaction aux meuniers qui se trouvent près de la frontière et qui disent que la réduction des taxes de transport leur permettra de supporter la concurrence des moulins étrangers.

Les C. F. F. sont en train d'élaborer un nouveau tarif. Les propositions envisagées comportent une réduction de 25 % sur les chiffres actuels. Par conséquent, dans tout ce domaine, il n'y a pas d'aussi grandes difficultés que l'on pourrait le croire. Il suffira d'un peu de bonne volonté pour arriver au résultat désiré. La Confédération pourra subventionner, dans les cas où cela sera nécessaire, le transport des blés étrangers vers les moulins de l'intérieur.

En Suède également, il y a des moulins le long de la côte et d'autres à l'intérieur. Les moulins de la côte travaillent à des conditions plus favorables. On a trouvé le moyen de donner satisfaction aux moulins de l'intérieur en accordant une subvention de transport. Nous avons également prévu cette possibilité.

M. Moser a insisté sur le contrôle. On nous dit: Il faut absolument qu'on prévoie dans la Constitution, comme je le suggère maintenant dans la proposition que j'ai formulée, en faveur de la Confédération, le droit de surveiller le commerce des céréales. Je regrette que l'honorable M. Moser n'ait pas présenté son postulat au sein de la commission, parce que je l'aurais accepté. On aurait pu dire que la Confédération surveille le commerce des céréales panifiables, disposition qu'on aurait ajoutée au troisième alinéa de l'art. 2 du projet du Conseil fédéral.

Au point de vue pratique, je dois toutefois constater que cette adjonction n'apporterait rien de plus à ce qui est déjà indiqué non pas expressis verbis, mais en fait à l'art. 23. On n'a pas, à l'art. 28 du tarif

douanier, prévu expressément que la Confédération aura le droit de contrôler le commerce de toutes les marchandises à l'intérieur du pays pour assurer un paiement normal de tous les droits. On a pensé que cela allait de soi, bien que ce soit contraire à l'art. 31 de la Constitution, qui prévoit le principe de la liberté du commerce et de l'industrie.

Voulez-vous un exemple? L'amidon paie un double droit: 1 franc, lorsqu'il s'agit de l'amidon destiné à l'industrie; 8 francs, sauf erreur, lorsqu'il s'agit de l'amidon destiné à la confiserie. La proportion est donc ici de 1 à 8. La même situation se retrouve pour la soude et pour le malt. La conséquence toute naturelle de cette double imposition est qu'une surveillance doit être exercée d'une façon extrêmement minutieuse, si l'on veut assurer à la Confédération la perception des droits prévus dans le tarif. L'administration des douanes a d'ailleurs déjà organisé un tel service de contrôle: le malt est suivi du moment où il passe la frontière jusqu'au moment de son utilisation. Ce service de contrôle est beaucoup plus sévère, beaucoup plus méticuleux que celui qu'il sera nécessaire d'introduire pour assurer, comme le désire avec raison M. Moser, une exécution normale de tous les points prévus dans l'article constitutionnel. C'est donc par erreur qu'il pense que la Confédération ne pourra pas assurer une exécution normale, si pareille disposition ne figure pas dans l'article constitutionnel. Nous organiserons ce contrôle, parce qu'il est prévu dans l'article stipulant que la Confédération a le droit et l'obligation de prendre livraison du blé indigène qu'elle paie 8 fr. de plus. Nous disons que la Confédération, par ce fait même, peut prendre les mesures de contrôle nécessaires à empêcher la fraude. C'est ce qui se passe pour de nombreux autres articles constitutionnels, alors que les mesures de contrôle afférentes ne sont pas prévues expressis verbis dans la Constitution, et bien qu'elles dérogent au principe général de l'art. 31.

Pour ces raisons, comme nous ne pouvons pas réunir la commission, et que la question pourra être reprise par le Conseil national, je vous propose d'en rester pour l'instant à la solution de la commission.

Wullschleger: Wenn ich Herrn Kollegen Moser richtig verstanden habe, schlägt er eventuell vor, an der Landesgrenze auf Getreide Frachtzuschläge zu erheben, deren Ertrag zur Finanzierung der Getreide- und Mehltransporte ins Landesinnere verwendet werden soll. Ich bin grundsätzlich durchaus damit einverstanden, daß der Bund durch Beiträge die Getreide- und Mehltransporte im Landesinnern möglichst verbillige, um so eine Verteuerung der Mehl- und Brotpreise in diesen Landesgegenden nach Möglichkeit zu verhindern. Aber ich müßte entschieden dagegen Stellung nehmen, daß zur Finanzierung solcher Beiträge auch noch ein Extra-Frachtzuschlag auf ausländischem Getreide an der Grenze erhoben wird. Sicherlich genießen die Grenzorte durch ihre Lage gewisse Vorteile, aber diesen Vorteilen stehen auch Nachteile gegenüber. Wenn man alles berücksichtigt, sind die letzteren entschieden viel größer. Ich kann beispielsweise darauf hinweisen, daß eine Stadt wie Basel gemäß ihrer Bedeutung ein wirtschaftliches Zentrum für eine viel größere Umgebung sein könnte, wenn sie nicht in vielen Beziehungen durch ihre Lage unmittelbar an der Landesgrenze einge-

schnürt würde. Es fällt mir nicht ein, für Grenzorte irgendwelche Extrabegünstigungen vom Bund zu beanspruchen, aber um so mehr muß ich darauf bestehen, daß die wenigen Vorteile, die ihnen aus dieser Grenzlage erwachsen, ihnen ungeschmälert erhalten bleiben.

Moser: Ich halte meinen Antrag, den ich als Abs. 3 bis eingereicht habe, aufrecht. Ich bin nun doch etwas verwundert, aus dem Munde des verehrten Herrn Bundesrat Musy zu hören, daß man das akzeptiert hätte, wenn ich es in der Kommission vorgebracht hätte. Ob das jetzt noch akzeptiert wird, weiß ich nicht. Ich halte also meinen Antrag aufrecht. In bezug auf Al. 3 stelle ich den Entscheid dem Rat anheim. Es ist nicht das erstmal, daß ein von mir kommender Antrag hier unterliegt, während er dann später via Nationalrat doch zur Annahme gelangt.

M. le Président: La discussion est close. Il n'y pas de divergence à l'égard de l'al. 3, attendu que l'amendement proposé par la commission est accepté par le Conseil fédéral.

M. Musy, conseiller fédéral: Il importe d'être bien au clair: le Conseil fédéral accepte la modification qui a été apportée par la commission.

En ce qui concerne la proposition de M. Moser, j'ai déclaré que la première partie: « La Confédération surveille le commerce des céréales panifiables... » aurait pu être acceptée par le représentant du Conseil fédéral, si elle avait été présentée et débattue au sein de la commission. Par contre, sur la seconde partie de la proposition de M. Moser, je n'aurais pas été d'accord.

Je ne sais pas ce que la commission en pense. Comme elle n'a pas eu l'occasion de se prononcer, je vous prie de vous rallier à la solution acceptée par la commission, à laquelle le Conseil fédéral a déclaré également se rallier.

Keller-Zürich, Berichterstatter: Ich will nur eine Bemerkung gegenüber dem Votum des Herrn Bundesrat Musy machen. In der Kommissionssitzung lag der Antrag des Herrn Moser nicht vor und ist infolgedessen auch nicht behandelt worden, aber in der Kommissionssitzung haben wir die Frage der Aufsicht des Bundes über das Müllereigewerbe und der Kontrolle des Bundes über den Getreidehandel besprochen. Wir sind dort zur Auffassung gekommen, daß der vom Bundesrat vorgeschlagene Text für beide genügt. Ich wollte nicht mehr auf die Diskussion eintreten, aber mir scheint das Votum des Herrn Moser in einem Punkte mangelhaft. Herr Moser will Dinge in den Verfassungsartikel bringen, die im Gesetz verankert werden können. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir nicht mehr in den Verfassungsartikel hineinbringen wollen, als absolut nötig ist, das andere gehört in das Ausführungsgesetz. Die Punkte, von denen Herr Moser gesprochen hat, sind nach unserer Meinung durch den Verfassungsartikel, wie ihn der Bundesrat vorgeschlagen hat, bereits gedeckt und es bedarf keines Zusatzes mehr. Ich glaube, Ihnen sagen zu dürfen, daß wenn die Kommission nochmals zusammengekommen wäre, sie wohl den ersten Antrag des Herrn Moser als im Stadium der Ausarbeitung des Verfassungsartikels verfrüht bezeichnet hätte und

der Meinung Ausdruck gegeben hätte, das sei alles beim Gesetz zu regulieren.

Herr Moser hat ferner darauf hingewiesen, wie wichtig die Frage der Transporterleichterungen sei mit bezug auf die Höhe der Mahlprämie und die Ueberpreise. Das war wiederum verfrüht, denn die Situation ist doch so, daß wir im Verfassungsartikel Mahlprämie und Ueberpreis nur grundsätzlich bewilligen, dagegen die Festsetzung der Höhe dem Gesetz vorbehalten. Hier sind Herrn Moser nach meinem Gefühl zwei Dinge etwas durcheinander gekommen, er hat Bestimmungen in die Verfassung verpflanzen wollen, deren Existenz im Gesetze am Platze ist.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Moser	3 Stimmen
Dagegen	21 Stimmen

Abs. 4 u. 5.

Angenommen. — Adoptés.

Abs. 5bis.

M. Burklin: Seulement quelques brèves explications pour motiver ma proposition. Elle-là, contrairement à l'opinion de M. le président de la commission, n'a rien de dogmatique. Elle n'est pas plus indésirable que les autres principes qui sont contenus dans le nouvel art. 23bis introduit dans la Constitution fédérale.

Effectivement, dans cet article constitutionnel, nous fixons les obligations des meuniers, nous déterminons la situation des négociants en céréales, nous précisons aussi les droits des agriculteurs. On édicte ainsi des dispositions attribuant certains droits à la Confédération, qui, je tiens à le dire, constituent une limitation au commerce libre.

On a donné satisfaction à ces différents milieux en prévoyant la prise à la charge de l'Etat des frais de transport, maintenant la prime à la mouture. On prévoit éventuellement un monopole — j'insiste sur ce terme —, un monopole d'importation des farines. On a également prévu un subventionnement pour le transport du blé étranger, un subventionnement pour le transport des céréales dans les régions alpêtres. On a donc défini d'une manière précise les avantages qui découleront de l'article constitutionnel pour certaines parties de la population.

Je me permets de dire, du moment qu'on a supprimé le monopole de l'importation des céréales, encore en vigueur, monopole qui a derrière lui un passé de 14 ans, au cours desquels il a fait ses preuves, je me permets de dire que le minimum que l'on peut demander, c'est exiger que la solution sans monopole comporte tout au moins le maintien des mêmes avantages; sinon, je ne vois pas pourquoi on y changerait quelque chose. Si l'on veut, d'une manière précise, que l'article constitutionnel assure les mêmes avantages, il faut alors garantir aussi les droits des consommateurs, et éventuellement prévoir un moyen qui mette ces derniers à l'abri d'un trust englobant tout le commerce des céréales.

Vous remarquerez que, dans l'al. 5 que je propose, je ne dis pas que la Confédération doit fixer le prix du pain et de la farine, mais a le droit de fixer ce prix

de telle manière que les sacrifices financiers consentis profitent aux consommateurs.

Cela signifie simplement ce qui suit: On nous dit que très probablement le bénéfice de ce transfert de charges financières sur d'autres catégories de citoyens, aura comme avantage, de provoquer une baisse du prix du pain. Je veux faire confiance à cette prédiction; je veux admettre que le commerce des céréales n'absorbera pas, pour lui seul, les 10 millions que la Confédération va prélever par une augmentation financière de la statistique douanière; si tel est le cas, si cette répercussion a d'heureux effets sur le consommateur, la Confédération n'aura pas à intervenir. Tandis que si, au contraire, et ceci en opposition aux affirmations qui sont contenues dans le message du Conseil fédéral, si ces 10 millions sont absorbés par le commerce des céréales et si, peut-être, allant plus loin, d'autres montants sont pris sur le dos du consommateur, à ce moment-là, le Conseil fédéral aurait le droit d'intervenir, conformément à ma proposition.

Vous avez vu que dans l'al. 3, il a également envisagé l'éventualité d'un mouvement quelconque dans notre pays, tel que la meunerie ne puisse plus subsister. A cette occasion, on a admis d'une manière plus impérative que je ne le fais pour le consommateur que la Confédération pourra prélever un droit d'entrée sur les farines étrangères et se réserver le monopole d'importer des farines panifiables. Je crois que le mieux à faire c'est également d'édicter une disposition de sécurité et de sauvegarde au profit du consommateur suisse. C'est le motif pour lequel je me permets de recommander à votre bienveillant examen l'al. 5, tel que je le propose.

Keller-Zürich, Berichterstatter: Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Kommission den Antrag des Herrn Burklin mit allen gegen die Stimme des Antragstellers verworfen hat, und zwar deshalb, weil wir die Ueberzeugung haben, daß man damit, daß man dem Bund wieder das Recht gibt, die Mahl- und Brotpreise zu fixieren, auf einem Umweg wieder in die Monopolgegend kommt. Es gehört zu den Monopolrechten des Bundes, die Preise für Mehl und Brot festzusetzen. Das wollen wir nun nicht. Wir haben das Monopol begraben, wir sind daran, eine monopolfreie Lösung festzustellen und dem Volke vorzulegen. Es kann daher nicht angehen, in diesen Artikel eine Bestimmung aufzunehmen, daß der Bund die Preise für Mehl und Getreide festsetzen könne.

Abstimmung. — Vote.

Für den Antrag Burklin	2 Stimmen
Dagegen	Mehrheit

Art. 2.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.*

Art. 3.

Antrag der Kommission.

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission.

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen. — *Adopté.*

Keller-Zürich, Berichterstatter: Die Kommission hat nun noch einen Antrag zu stellen. Man hat in der Kommission die Frage aufgeworfen, ob es nicht richtiger wäre, die beiden Fragen, die dem Volke zur Beantwortung vorgelegt werden müssen, in zwei selbständige Artikel aufzuteilen, statt dem jetzigen Entwurf, wo in Art. 1 die beiden Fragen untergebracht sind. Wir waren in der Kommission der Meinung, daß das eine Frage der redaktionellen Bereinigung sei. Wir beantragen Ihnen, die Frage seinerzeit durch die Redaktionskommission prüfen zu lassen.

Zustimmung. — *Adhésion.*

Gesamtabstimmung. — Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlusentwurfes	26 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 7. Juni 1928.

Séance du matin du 7 juin 1928.

Vorsitz — Présidence: M. Savoy.

2309. Getreideversorgung.

Änderung des Art. 14 des Zolltarifgesetzes.

Approvisionnement du pays en blé. Revision de l'art. 14 de la loi sur le tarif des douanes.

Botschaft und Gesetzentwurf vom 12. April 1928 (Bundesblatt I, 1009). — Message et projet de loi du 12 avril 1928 (Feuille fédérale I, 1057).

Antrag der Kommission.

Eintreten.

Proposition de la commission.

Passer à la discussion des articles.

Bolli, Berichterstatter: Ich hoffe, Sie nicht allzu lange aufhalten zu müssen. Die Kommission beantragt Ihnen einmütig Eintreten auf die Vorlage und Annahme in der Ihnen vorliegenden Fassung, wobei

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.06.1928
Date	
Data	
Seite	97-121
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 429

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

plutôt par les cantons que par la Confédération. Je le veux bien. Il serait tout de même bon de donner une ligne directrice aux cantons, de façon qu'ils soient guidés par un sentiment commun pour étudier un programme réalisable.

Abstimmung. — Vote.

Für Annahme des Postulates Einstimmigkeit.

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

Nachmittagssitzung vom 25. September 1928.
Séance de relevée du 25 septembre 1928.

Vorsitz — Présidence: M. Savoy.

2309. Getreideversorgung. Aenderung des Art. 14 des Zolltarifgesetzes.

Approvisionnement du pays en blé. Revision de l'art. 14 de la loi sur le tarif des douanes.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 121 hievor. — Voir page 121 ci-devant.)

Beschluss des Nationalrates vom 20. September 1928.
Décision du Conseil national du 20 septembre 1928.

Vorlage der Redaktionskommission vom 25. September 1928.
Projet de la commission de rédaction du 25 septembre 1928.

Bolli, Berichtstatter: Bevor wir zur Schlußabstimmung schreiten, möchte ich Ihnen im Einklang mit dem Präsidenten der nationalrätlichen Kommission einen rein redaktionellen Vorschlag machen. Er beschlägt den Art. 2, wo gesagt wird, daß die Bestimmungen auf den Zeitpunkt in Kraft treten, in dem die Bundesgesetzgebung betreffend die Brotversorgung des Landes ihre Wirksamkeit beginnt. Um nun die Uebereinstimmung mit dem Verfassungsartikel herbeizuführen, wäre es redaktionell besser und im übrigen auch schöner, statt «Brotversorgung des Landes» zu sagen «die Versorgung des Landes mit Brotgetreide». Es ist das deutlich und klar und entspricht dann auch der Verfassungsvorlage. Im französischen Text wäre zu sagen statt «l'approvisionnement du pays en céréales», «en blé», auch in Uebereinstimmung mit dem Verfassungsartikel. Mit dieser rein redaktionellen Aenderung schlage ich vor, dem Gesetz endgültig zuzustimmen.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Beschlußentwurfes 33 Stimmen
Dagegen 2 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Vormittagssitzung vom 26. September 1928.
Séance du matin du 26 septembre 1928.

Vorsitz -- Présidence: M. Savoy.

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.
Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Differenzen. — Divergences.

(Siehe Seite 97 hievor. — Voir page 97 ci-devant.)
Beschluss des Nationalrates vom 20. September 1928.
Décision du Conseil national du 20 septembre 1928.

Art. 23bis, Abs. 2 und 3.

Antrag der Kommission.

Mehrheit:

Zustimmung zum Beschluß des Nationalrates.

Minderheit:
(Burklin)

Abs. 2. Zustimmung zum Antrag der Mehrheit.

3. Der Bund trifft die notwendigen Maßnahmen für die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes; desgleichen sorgt er für die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten. Zu diesem Zwecke beaufsichtigt er die Preisbildung und den Verkehr für Brotgetreide, Backmehl und Brot, und zwar derart, daß die durch die Erhöhung der statistischen Gebühr bedingten Leistungen den Konsumenten zugute kommen. Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehles durch Maßnahmen an der Grenze; er kann sich das ausschließliche Recht vorbehalten, das Backmehl einzuführen. Der Bund gewährt nötigenfalls den Müllern Erleichterungen auf den Transportkosten im Innern des Landes. Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, eine Ausgleichung der Mehlpreise herbeizuführen.

Art. 23bis, 2^e et 3^e al.

Proposition de la commission.

Majorité:

Adhérer à la décision du Conseil national.

Minorité:
(Burklin)

Al. 2. Adhérer à la proposition de la majorité.

3. La Confédération prend les mesures nécessaires au maintien de la meunerie nationale; elle sauvegarde également les intérêts des consommateurs de farine et de pain. A cette fin elle surveille les prix et le commerce des céréales panifiables, de la farine et du pain, de façon que les sacrifices financiers occasionnés par le relèvement de la finance de statistique douanière profitent aux consommateurs. La Confédération prend les mesures douanières nécessaires pour régler l'importation de la farine panifiable; elle peut se réserver le droit exclusif d'importer ce produit

La Confédération accorde, en cas de besoin, des facilités aux moulins afin de réduire leurs frais de transport à l'intérieur du pays. Elle prendra des mesures propres à égaliser les prix de la farine en faveur des régions de montagne.

Berichterstattung. — *Rapport général.*

Keller-Zürich, Berichterstatter der Mehrheit: Der Wortlaut des Beschlusses unseres Rates wird Ihnen noch in Erinnerung sein. Er wich etwas von den Anträgen des Bundesrates ab, aber nicht in wesentlichen Punkten. Die Kritik, die dieser Beschluß in der Öffentlichkeit erfuhr, war in bürgerlichen Kreisen zustimmend, von sozialdemokratischer Seite ablehnend. In der bürgerlichen Presse wurde namentlich kritisch hervorgehoben, daß der Artikel des Ständerates zu wenig vom Schutz der Konsumenten spreche und zuviel vom Schutz der Müllerei. Diese Kritik muß bis zu einem gewissen Grade als richtig anerkannt werden, denn die Konsumenten sind im Beschluß des Ständerates seinerzeit nur in einem Nebensatz aufgeführt worden. Man hat ihnen weniger Ehre erwiesen als den Müllern.

Diese Kritik aus bürgerlichen Kreisen, speziell aus den Verbänden der Angestellten hat dann den Herrn Chef des Finanzdepartementes veranlaßt, mit diesen Kreisen in Beziehung zu treten. In der Aussprache konnte eine gegenseitige Annäherung erzielt werden. Unterm 15. August dieses Jahres hat die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände an die Bundesversammlung eine Eingabe gerichtet, und in dieser Eingabe bestimmte Anträge für den Konsumentenschutz formuliert. Diese Eingabe ist Ihnen seinerzeit zugestellt worden. Die Anträge, die gestellt werden, gehen in der Hauptsache dahin, daß Preisabreden und sonstige den Konsumenten schädliche Abkommen über Backmehl und Brot nichtig seien. Anfangs September ist die nationalrätliche Kommission für das Geschäft zusammengetreten. Zu Beginn der Sitzung hat Herr Bundesrat Musy einen neuen Antrag des Bundesrates vorgelegt. Dieser ist nichts anderes als der heutige Nationalratsbeschluß, zu dem wir Stellung zu nehmen haben, mit Ausnahme eines kleinen Punktes: Im Antrag des Bundesrates war noch nicht davon die Rede, daß der Bund die Preisbildung zu beaufsichtigen habe, es war nur die Rede von dem Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot.

Umgekehrt hatten dann die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission einen Antrag eingebracht, der erklärte, daß den Konsumenten schädliche Abmachungen in Getreidehandel, Müllerei- und Bäckereigewerbe nichtig seien, wenn sie nicht nachweisbar durch die Produktionskosten bestimmt sind. Es wird hier wiederum der Gedanke aufgenommen, unter Umständen Preisabreden als nichtig zu erklären, und zwar läge das in der Kompetenz des Bundesrates. Die Herren Sozialdemokraten, die in der nationalrätlichen Kommission im September dieses Jahres diesen Antrag brachten, ließen durchblicken, daß wenn derselbe angenommen werde, sich ihre Partei unter Umständen auch für den Verfassungsartikel festlegen könnte. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen hat dann die Kommission ihre Beratungen ausgesetzt und sich vertagt. Sie kam am 14. September, unmittelbar vor Beginn der Bundesversammlung, wieder

zusammen. Inzwischen hatte der sozialdemokratische Parteitag getagt, aus welchem man entnehmen konnte, daß von einem Einschwenken der Partei zugunsten des Verfassungsartikels bei Annahme des Antrages der Kommissionsmitglieder nicht die Rede sei. Die Partei beschloß, freie Hand zu behalten. Infolgedessen hat sich dann auch die Situation für die Kommission des Nationalrates vereinfacht. Es standen sich nur noch gegenüber der Antrag des Bundesrates und der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder. Die Kommission hat dann den Antrag des Bundesrates mit allen bürgerlichen Stimmen angenommen. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern waren 3 für Ablehnung, 3 haben sich der Stimme enthalten.

Im Nationalrat hat letzte Woche eine große Debatte stattgefunden. Diese Debatte führte zum Schluß dahin, daß auf Wunsch der Kreise, von denen ich schon gesprochen habe — der schweizerischen Angestelltenverbände —, in Abs. 3 ein Zusatz in dem Sinne aufgenommen wurde, daß auch die Preisbildung durch den Bund beaufsichtigt werde. Die betreffenden Kreise, beziehungsweise ihr Vertreter, Herr Nationalrat Schmid-Ruedin haben erklärt, daß sie, nachdem man diese Ergänzung vorgenommen habe, für den Verfassungsartikel eintreten. Der Nationalrat hat am Schlusse seiner Beratungen mit Mehrheit, wie es im Protokoll heißt, dem Verfassungsartikel zugestimmt. So viel über die Vorgeschichte des Verfassungsartikels, seit er unsern Rat verlassen hat.

Die Differenzen, die zwischen den Beschlüssen des Ständerates und denen des Nationalrates verblieben sind, sind die folgenden: In Al. 1 von Art. 23bis besteht keine Differenz, wohl aber in Al. 2 und 3. Gegenüber der Fassung des Ständerates sind in Al. 2 neu hinzugekommen die Worte: «insbesondere die Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes». Ferner sind im gleichen Absatz neu hinzugekommen die Worte «unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgsgegenden». In Abs. 3 wird der Schutz der Konsumenten und der Schutz des Müllereigewerbes auseinandergelassen. Der erste Satz von Abs. 3 betrifft den Schutz der Müllerei, der zweite schützt den Konsumenten. In der Vorlage des Nationalrates ist im Anschluß an den Satz, wo die Beaufsichtigung des Müller- und Bäckereigewerbes aufgenommen ist, ein neuer Satz eingeschoben, der sagt, daß der Bund zu diesem Zwecke im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben die Preisbildung und den Verkehr für Backmehl und Brot beaufsichtigte. Die fünfte Differenz kommt im folgenden Satz. Nach Beschluß des Nationalrates heißt es nun: «Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehls durch Maßnahmen an der Grenze.» Vorher war von Einfuhrzöllen die Rede. Während endlich im Entwurf des Bundesrates und im Beschluß des Ständerates lediglich von Frachtbeiträgen für Mehllieferungen an Gebirgsgegenden gesprochen war, ist nun allgemeiner gesagt: «Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, eine Ausgleichung der Mehlpreise herbeizuführen.»

Ihre Kommission hat sich nun einstimmig dahin ausgesprochen, daß der Fassung des Nationalrates zuzustimmen sei. Wenn Sie unserem Antrag folgen, wird eine Differenz mit dem Nationalrat nicht mehr vorhanden sein. Sie hat sich bei diesem Zustimmungsbeschluß von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Bei der ersten Differenz ist neu hinzugekommen die Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes. Herr Kollege Moser hat schon in den Beratungen des Ständerates einen solchen Antrag eingebracht, ihn dann aber wieder fallen lassen, weil man in der Kommission erklärt hatte, was mit diesem Zusatz beabsichtigt werde, gehöre nicht in den Verfassungsartikel, sondern in das Gesetz, es genüge vollständig, wenn die Verfassung sage, daß der Bund den Anbau von Brotgetreide im Inland fördere, und daß darin auch die Förderung dieses Saatgutes inbegriffen sei. Der Verfassungsartikel sollte nicht so belastet werden. Nun ist dieser Zusatz im Nationalrat doch hineingekommen. Der Nationalrat hat beschlossen, in Abs. 2 diese Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes aufzunehmen. Ihre Kommission ist damit einverstanden. Wir waren materiell durchaus gleicher Meinung. Wenn nun aus der Atmosphäre des Mißtrauens heraus verlangt wird, daß dieser Zusatz aufgenommen werde, möge er zur Beruhigung der Gemüter aufgenommen sein.

Im gleichen Alinea heißt es, daß der Bund die Selbstversorgung unterstütze. Da sind nun neu die Worte hereingekommen «unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgsgegenden». Auch hier ist zu sagen, daß es sich um eine Frage handelt, die ebenso sehr im Gesetz erledigt werden könnte. Aber der Nationalrat hat auf einen Antrag des Herrn Escher-Wallis beschlossen, den Zusatz aufzunehmen. Er ist nicht nötig, denn die besondere Berücksichtigung ist unter dem heutigen System in der Mahlprämie bereits erfolgt. Die normale Mahlprämie war bis jetzt 5 Fr.; im entsprechenden Bundesbeschluß heißt es, für Gebirgsgegenden könne man bis auf 8 Fr. gehen. Die Intention, die Gebirgsgegenden besonders zu berücksichtigen, war und ist also vorhanden. Wenn verlangt wird, daß das zur Beruhigung der Gemüter im Verfassungsartikel gesagt werde, möge es gesagt werden; eine Verschönerung ist es nicht.

Nun der dritte Punkt: Hier ist auf den ursprünglichen Wortlaut zu verweisen. Wir haben gesagt: «Der Bund sorgt unter Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten für die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes.» Hier haben nun die Konsumentenverbände erklärt, es sei eine ungenügende Berücksichtigung, wenn ihre Interessen nur so nebenbei in einer Klammer beim Schutz des Müllereigewerbes hineingebracht werden, sie wollen zum mindesten den gleichen Rang haben, wie das Müllereigewerbe. Deshalb ist der neue Satz beigefügt worden: «Desgleichen sorgt er (der Bund) für die Wahrung der Interessen der Brot- und Mehlkonsumenten.» Statt der Subordination haben wir eine Koordination. Das ist eine Verbesserung, die innerlich durchaus gerechtfertigt und deshalb zu akzeptieren ist.

Zur Erläuterung dieses Satzes wurde nun weiter ein neuer Satz eingeschoben, der die wichtigste Differenz enthält. Der neue Satz sagt, daß zu diesem Zwecke, d. h. zur Wahrung der Interessen der Konsumenten der Bund im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben die Preisbildung und den Verkehr mit Brotgetreide, Backmehl und Brot beaufsichtige. Hier wird nun also gesagt, daß dieser Schutz, der den Konsumenten erwächst, erfolgen soll durch eine Beaufsichtigung des Bundes; und Gegenstand dieser Aufsicht soll sein die Preisbildung und der Verkehr

mit Brotgetreide, Mehl und Brot. In der Kommission haben wir uns daran nicht gestoßen, daß im Nationalrat der Ausdruck «Preisbildung» noch dazu gekommen ist, denn die Preisbildung des Brotes wird schon jetzt statistisch erfaßt und wenn diese Bestimmung dazu führt, daß volkswirtschaftliche Studien gemacht werden, wie das kürzlich in bezug auf die Milch stattgefunden hat, so ist das nur vom Guten. Wir glauben in der Kommission, wir können uns schon damit einverstanden erklären, daß man die Aufsicht über den Verkehr mit Brotgetreide, Mehl und Brot ausdehnt, aber, wie der Zusatz sagt, im Rahmen der dem Bunde übertragenen Aufgaben. Was soll dieser Ausdruck bedeuten? Er will heißen, daß diese Aufsicht nicht beliebig erweitert und nicht uneingeschränkt ausgeübt werden könne, sondern nur basiert auf der Bestimmung der Verfassung. Noch deutlicher ist der französische Text, denn dieser hat für «Aufgaben» den Ausdruck «attributions» gewählt. Wenn man das ins Deutsche zurück übersetzt, heißt es wohl nicht Aufgabe, sondern Zuständigkeit. Es wird zum Ausdruck gebracht, daß sich die Aufsicht nur auf die durch den Verfassungsartikel bestimmten Aufgaben und innert der durch ihn gezogenen Grenzen beziehen kann.

Ueber diesen Satz hat in der Kommission eine längere Diskussion stattgefunden. Sie sehen aus der Ihnen ausgeteilten Vorlage, daß Herr Burklin den Antrag gestellt hat, man solle überhaupt die Worte «im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben» streichen. Allein die Kommission hat gefunden, daß das gefährlich wäre. Wenn man diesen Zusatz von Anfang an nicht in dem Verfassungsartikel gehabt hätte, so wäre die Sache vielleicht annehmbar gewesen, aber jetzt, wo der Zusatz einmal da ist, könnte eine Streichung zu Mißverständnissen Anlaß geben. Daher wird sie besser unterlassen. Es ist auch zu sagen, daß es geradezu erwünscht ist, daß bis zu einem gewissen Grade der Aufgabenkreis bei dieser Aufsicht in der Verfassung gezogen wird.

Ein zweiter Antrag ist von Herrn Baumann gestellt worden. Er ging dahin, es seien die Worte «im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben» zu streichen und zu ersetzen durch die Worte «im Rahmen der Gesetzgebung». Wir haben diesen Antrag abgelehnt; wir wollen, daß der Rahmen für die Aufsicht nicht durch das jeweilige Gesetz, sondern durch den Verfassungsartikel gezogen wird. Die Aufsicht, wie sie durch den jetzigen Verfassungsartikel eingeführt wird, soll nur durch eine Aenderung der Verfassung geändert werden können.

Sie sehen weiter aus der ausgeteilten Vorlage, daß Herr Burklin noch einen Zusatzantrag gestellt hat. Er will am Schluß dieses Satzes sagen, die Aufsicht müsse so erfolgen, daß die durch die Erhöhung der statistischen Gebühr bedingten Leistungen den Konsumenten zukommen. Etwas ähnliches hat Herr Burklin schon im Plenum im Juni vorgeschlagen bei der ersten Behandlung des Verfassungsartikels; etwas ähnliches ist letzte Woche auch im Nationalrat wieder beantragt worden. Wir haben im Juni diesen Antrag abgelehnt, der Nationalrat letzte Woche. Wir wollen nicht, daß Bestimmungen in die Verfassung hineinkommen, aus denen heraus der Bund sich in die Preisbildung einmischen könnte. Deshalb ist dieser Antrag des Herrn Burklin abzulehnen.

Die fünfte Differenz besteht darin, daß der Bund die Einfuhr des Backmehles durch Maßnahmen an der Grenze regeln soll nach dem Beschluß des Nationalrates, während der Ständerat lediglich von Einfuhrzöllen gesprochen hat. Das ist aber wohl das gleiche. Es sind drei Modalitäten denkbar: Einfuhrsperre, Einfuhrbeschränkung oder Einfuhrzoll. Die Einfuhrsperre ist im Verfassungsartikel ausdrücklich geregelt in dem Zusatz, daß der Bund sich das ausschließliche Recht vorbehalten könne, Backmehl einzuführen. Die Einfuhrbeschränkungen sind nicht mehr zulässig, die hat man abgeschafft, so daß als Maßnahme an der Grenze nichts anderes angenommen werden darf als eben die Einfuhrzölle.

Ihre Kommission ist mit dieser Fassung ebenfalls einverstanden. Sie geht, wie wir glauben, über die Vorlage des Ständerates nur unwesentlich hinaus.

Die letzte Differenz endlich betrifft die Frachtbeiträge. Sie ist materieller Natur. Der Ständerat hatte beschlossen: «Der Bund gewährt nötigenfalls den Mühlen Erleichterungen, um ihre Transportkosten im Innern des Landes zu ermäßigen.» Dann fuhr der Beschluß weiter: «Er gewährt Frachtbeiträge für Mehllieferungen in Gebirgsgegenden.» Im Beschluß des Nationalrates heißt es nun: «Die Gebirgsgegenden sind durch Maßnahmen zu berücksichtigen, die geeignet sind, eine Ausgleichung der Mehlpriese herbeizuführen.» Die Fassung des Nationalrates geht zweifellos weiter. Während man bei der Fassung des Ständerates an eine Teilunterstützung an die besonderen Lasten denken kann, muß man hier annehmen, daß, weil es sich um eine Ausgleichung handelt, die volle Last durch den Bund zu decken ist. Ihre Kommission ist der Meinung, daß auch diesem Beschluß des Nationalrates zugestimmt werden könne. Er entspricht den allgemeinen Intentionen auf Begünstigung der Gebirgsgegenden, die bei Feststellung des Verfassungsartikels maßgebend waren.

Dann sind noch einige kleinere Differenzpunkte, die aber redaktionellen Charakter haben und die infolgedessen von unserer Redaktionskommission näher zu behandeln sind. Der wichtigste dieser redaktionellen Anträge besteht in einem Antrag Andermatt. Herr Andermatt würde den Initiativartikel in einem Artikel unterbringen und den Gegenentwurf des Bundesrates in einem zweiten Artikel. Diese Angelegenheit gehört vor die Redaktionskommission.

Sie sehen, daß die Kommission auf der ganzen Linie beantragt, dem Nationalrat zuzustimmen. Dabei hat sie allerdings bei dem einen oder andern Punkt gewisse Bedenken gehabt, aber wir standen unter dem Eindruck, daß das Wichtigste nun sei, daß dieser Verfassungsartikel rechtzeitig verabschiedet werde, und daß er, wie das in Aussicht genommen war, so schnell durch das Parlament hindurch gehe, daß die Abstimmung anfangs des nächsten Jahres stattfinden könnte. Wenn Sie dem Antrag Ihrer Kommission folgen und damit die Differenzen aus der Welt schaffen, ist es möglich, in dieser Session die Schlußabstimmung vorzunehmen. Die Redaktionskommission versammelt sich heute nachmittag; wir könnten diese Woche die Schlußabstimmung haben, und hätten die Genugtuung, nicht nur in dieser Session, sondern auch in dieser Amtsdauer den neuen Verfassungsartikel unter Dach gebracht zu haben. Wir dürfen uns wohl von dieser Ueberlegung

leiten lassen, auch im Gedanken daran, daß wir mit diesem Vorgehen die Türe für die folgende Alkoholrevision etwas öffnen, die, darüber sind wir alle einig, eine äußerst dringliche Sache ist. Wir bitten Sie, den Beschlüssen des Nationalrates in allen Teilen zuzustimmen und damit zu ermöglichen, daß wir noch in dieser Woche den Verfassungsartikel verabschieden können.

Baumann: Ich verzichte darauf, den Antrag hier zu stellen, den ich in der Kommission eingebracht habe, die Worte «im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben» zu ersetzen durch die Worte «im Rahmen der Gesetzgebung». Ich halte zwar die von mir vorgeschlagene Fassung für besser, allein ich sehe die Notwendigkeit ein, keine weitere Differenz zu schaffen, sondern die Sache zum Abschluß zu bringen. Wenn ich das Wort ergreife, geschieht es lediglich, um auf die Wünschbarkeit der Verbesserung dieses Artikels in redaktioneller Beziehung besonders hinzuweisen. Es sind verschiedene Unebenheiten darin, die behoben werden müssen. Ich gestatte mir als Beweis anzuführen, daß in Abs. 3 noch steht: «die Preisbildung und den Verkehr für Brotgetreide, Backmehl und Brot». Es sollte doch wohl heißen: «Verkehr mit Brotgetreide». Diese redaktionelle Bemerkung sei der Redaktionskommission, die sich ja heute Nachmittag besammeln wird, zur Berücksichtigung empfohlen.

M. Burklin, rapporteur de la minorité: Hier soir, nous avons procédé au vote final sur la revision de l'art. 14 de la loi sur le tarif douanier. Avec mon collègue M. Wullschleger, je me suis opposé à cette augmentation du droit de statistique douanière.

Nous estimons inutile de mettre encore 10 millions d'impôt sur les épaules du consommateur, car, malgré les affirmations répétées que nous avons entendues, j'ai la conviction qu'il s'agit, en effet, d'une charge nouvelle. Je ne puis d'autant moins m'y résoudre que toute la question des céréales pourrait être réglée sans aucune dépense nouvelle.

Nous possédons actuellement une organisation qui a fait ses preuves depuis treize ans; elle est apte, par ses propres moyens financiers et techniques, à assurer la tâche qui lui est imposée, tout en permettant aux agriculteurs suisses de recevoir un prix rémunérateur pour le blé récolté. Cette organisation a cependant l'inconvénient, pour certaines personnes, de s'appeler monopole. Ces milieux-là veulent rétablir la liberté du commerce des céréales. Mais nous constatons que l'article constitutionnel actuel ne diffère que très peu du système du monopole. Si vous comparez les tâches qui sont actuellement remplies par la Confédération à celles que l'on propose sous le système en discussion, vous constaterez que, quel que soit le système, il est des tâches qui doivent être accomplies.

Ces tâches sont tout d'abord, celle que la Confédération assume de constituer des réserves; dans les deux systèmes, vous trouvez cette obligation. La Confédération doit également acheter, au dessus du prix mondial, les céréales indigènes.

Vous avez vu qu'à cet effet, nous avons déjà un arrêté fédéral qui prévoyait les prix et que nous sommes allés plus loin la semaine dernière en tenant compte de la situation difficile de l'agriculture et

en augmentant le prix payé pour la récolte de cette année.

D'autre part, la Confédération doit aider à ceux qui cultivent du blé pour leur propre consommation, ce point de vue est maintenu dans le projet actuel. L'aide aux régions montagneuses est également prévue. On a introduit une idée nouvelle, c'est l'aide pour les sélections des semences. On a précisé dans l'article constitutionnel, actuellement en discussion, on l'a du reste déjà appliqué, l'aide apportée aux meuniers pour les transports de façon à ne pas avantager ceux qui se trouvent à la périphérie du pays.

Toutes ces mesures, les adversaires du monopole veulent les laisser au monopole exclusif de la Confédération. Il n'y a aucune divergence entre quiconque; on estime que ces tâches-là doivent être remplies par la Confédération. Mais il y avait dans le système actuel, une autre opération, c'est la contrepartie de toutes ces charges de la Confédération, celle qui permettrait de réaliser un gain suffisant pour couvrir ces tâches.

C'est ici que je veux parler de l'importation des céréales. Donc, les adversaires du monopole sont d'accord de laisser toutes les tâches que je viens d'énumérer à la charge de la Confédération, mais ils veulent remettre au commerce privé celles que le monopole avait données à la Confédération; c'est l'importation des céréales de l'étranger et ici on constate que pour donner satisfaction à quelques importateurs, on enlève ce bénéfice et alors il faut trouver des ressources nouvelles. C'est pour cela qu'on ne peut pas dire qu'il s'agit d'une question de principe, mais de la délimitation suivante: lorsqu'il s'agit de bénéfices à réaliser, c'est pour le commerce privé, mais lorsqu'il s'agit de tâches à remplir entraînant des dépenses, c'est à la Confédération à les supporter.

Donc, les dispositions actuelles qui resteront dans l'article constitutionnel, sont, à mon avis, en opposition avec la liberté du commerce, soit avec l'art. 31 de la Constitution fédérale. Je crois pouvoir affirmer à nouveau qu'il n'est pas question de dogmes, mais d'organisation; mais puisqu'en somme la majorité des Chambres se rallie à cet article que vous proposez, il faut prendre note de certaines affirmations. On nous a dit à maintes reprises que les 10 millions ne seront pas absorbés par les intermédiaires; ce n'est pas le commerce privé des céréales qui encaissera le bénéfice mais au contraire ces 10 millions devront profiter aux consommateurs. C'est la thèse défendue soit au sein du Conseil national, soit au sein du Conseil des Etats. Si l'on admet cette nécessité que le sacrifice fait par la collectivité doive profiter aux consommateurs, il faudrait le préciser aussi dans l'article constitutionnel.

On a dit tout à l'heure, et M. le rapporteur de la commission en a fait part, que la commission du Conseil des Etats, dans sa première décision, donc avant le mois de juin de cette année, avait bien admis qu'il était possible de réglementer également la sélection des semences de céréales sans qu'on le précisât dans la Constitution. Vous avez vu que les agriculteurs ont tenu à ce que cet élément nouveau figurât également dans la Constitution de façon qu'il n'y ait aucun doute possible quant au devoir de la Confédération de s'occuper de cette sélection.

Si on admet ce point de vue, on doit également admettre que les droits du consommateur doivent être définis d'une manière très précise dans l'article constitutionnel, qu'il ne suffit pas de dire que la Confédération fixe, dans les limites de ses attributions, le prix des céréales, mais de préciser dans quelle direction on doit limiter; et tout à l'heure notre collègue, M. le rapporteur de la commission, nous a dit qu'on entendait par cette mesure l'établissement d'une statistique concernant le prix du pain dans les différentes régions du pays. Une fois cette statistique établie il considère le rôle de l'Etat comme terminé. C'est ce qui doit vous encourager à nouveau d'accepter l'adjonction que je vous propose. Nous ne voulons pas seulement constater que le prix du pain est plus élevé et que les 10 millions nouveaux produits par les droits de statistique douanière ont été absorbés par des intermédiaires, que ce soient les importateurs de céréales, les meuniers ou les boulangers, mais que nous avons le moyen d'intervenir et c'est ce moyen que nous voulons donner à la Confédération.

A un moment donné, j'avais proposé de réserver à la Confédération le droit de fixer le prix du pain et de la farine; maintenant, j'accorde une latitude plus grande en ce sens qu'on laisse simplement à la Confédération le soin de prendre des mesures. C'est le motif pour lequel j'estime que, si nous voulons garantir et préciser les droits du consommateur, il est indispensable d'accepter la proposition que je vous fais. Cette proposition consiste donc à ajouter à la fin de la deuxième phrase du troisième alinéa du contre-projet de l'Assemblée fédérale, les mots suivants:

« de façon que les sacrifices financiers occasionnés par le relèvement de la finance statistique douanière profitent aux consommateurs ».

Nous aurons ainsi des mesures fixées et toute la tranquillité voulue pour le consommateur; et comme ces derniers sont le plus grand nombre dans notre pays, il est indispensable de donner également cette garantie et ces précisions dans toutes les directions, ainsi que l'on a fait pour l'agriculture. C'est le motif pour lequel j'aimerais vous recommander d'accepter cette proposition.

Puisque j'ai la parole et pour ne pas être obligé de la reprendre, je veux également vous dire que dans mon esprit je pensais vous demander de supprimer les mots: « dans la limite de ses attributions ». Monsieur le président de la commission a dit que ces mots ont donné lieu à discussion; les opinions étaient très diverses. D'un côté, on voulait enlever ces mots; un certain nombre des membres de la commission préféraient les remplacer par: « dans les limites de la législation » et l'argument principal, développé aujourd'hui, a été celui-ci:

Nous ne voulons rien changer et, c'est pour ne pas créer de divergences avec le Conseil national, pour faire une procédure hâtive que la majorité de la commission n'a rien voulu changer. Mais je pense que nous allons au devant d'un régime de longue durée, qui n'aura pas une année ou deux d'existence, mais qui sera fixé d'une manière définitive dans la Constitution fédérale avec les droits et devoirs de la Confédération pour assurer le ravitaillement de notre pays en céréales. Lorsqu'on s'occupe de questions de cette importance, où le consommateur a également des

intérêts vitaux à défendre, on peut faire abstraction, dans une certaine mesure, d'une procédure trop accélérée pour examiner uniquement le fond de la question et tenir compte des intérêts des consommateurs. C'est pour ces motifs que je vous recommande la prise en considération de mes deux propositions.

M. Musy, conseiller fédéral: Si je voulais répondre en détail à toutes les remarques faites par M. Burklin, il faudrait recommencer la discussion de toute la question du blé. Je pense que tel n'est point votre désir. Je me contenterai par conséquent de quelques observations relatives aux modifications apportées par le Conseil national au projet que vous avez approuvé.

Déjà, avant la séance de la commission du Conseil national, la fédération des employés suisses avait adressé au Conseil fédéral une requête dans laquelle elle demandait qu'on introduisît dans l'article constitutionnel une clause prévoyant que « die Preisabreden und sonstige den Konsumenten nachteilige Abkommen über Backmehl und Brot sind nichtig ».

A Heiden, les représentants du parti socialiste, par l'organe de M. Reinhard (tous ses collègues s'étant ensuite solidarisés) ont repris en réalité une formule à peu près analogue en disant que ces accords peuvent être annulés par décision de l'autorité administrative.

On nous avait laissé entrevoir à Heiden que si nous acceptions cette solution ou une autre analogue, ce serait probablement la paix. Ainsi, tout d'un coup, le ciel s'était complètement éclairci et l'on a pu supposer à un moment donné qu'on allait pour la seconde fois manger ensemble la soupe de Kappel. Personnellement, j'étais fort surpris de cette déclaration, surtout après les luttes intenses entreprises dans la presse contre la solution sans monopole. Il me paraissait difficile de faire machine arrière et de se faire suivre par les troupes.

J'ai immédiatement demandé la suspension de la séance de la commission pour me donner le temps d'en référer au Conseil fédéral. A la reprise de la séance, il y a quinze jours, j'ai dû constater qu'un arrangement n'était pas possible. Je n'aurais pas demandé mieux, car je ne veux pas la guerre à tout prix. Mais pour qu'un arrangement soit acceptable, il faut que la paix soit assurée dans la sécurité et dans l'ordre. Or, la proposition qu'on nous avait faite était parfaitement inacceptable. Il est inadmissible, à moins d'abandonner d'emblée tout ce qui fait la sécurité au point de vue judiciaire, le principe de la séparation des pouvoirs, d'admettre les thèses de la proposition qui nous avait été faite. Comment voulez-vous conférer à l'administration la question de savoir si les accords intervenus entre les boulangers sont conformes aux règles du commerce ou non? Nous avons une autorité qui s'occupe de dire le droit, à tort ou à raison, c'est l'autorité judiciaire. Le Conseil fédéral n'a donc pas cru devoir accepter la solution préconisée par M. Reinhard au nom de la fraction socialiste.

Par contre, j'ai désiré conserver ce qu'il pouvait y avoir d'acceptable et de bon dans cette proposition, de façon à donner un peu plus de protection aux consommateurs. Nous avons discuté la formule au Conseil fédéral; cette formule a été acceptée par la commission et par le Conseil national. Je suis heureux de

constater aujourd'hui que votre commission, par l'organe de son président, vous propose également d'adhérer à cette solution.

Il y a encore un passage sur lequel l'honorable M. Burklin a attiré votre attention, c'est l'expression « dans les limites de ses attributions ». A première vue, on peut se demander s'il est bien nécessaire de maintenir cette adjonction. Je crois cependant — et je dois dire que c'est aussi l'opinion du professeur Burkhardt — que cet article du blé constituant une exception à la règle de la liberté du commerce dont le principe est consacré à l'art. 31 de la constitution, il vaut mieux préciser d'une façon définitive que les attributions accordées au Conseil fédéral dans le cadre de cet art. 23 sont sans doute une dérogation à l'art. 31 de la constitution, mais qu'en réalité elles sont exclusivement afférentes aux dispositions de l'art. 23.

Si l'on n'en avait point parlé, il eût peut-être été possible de ne pas introduire cette adjonction. Mais, étant donné que le texte du Conseil fédéral la comporte et qu'au sein de la commission du Conseil national M. Nobs a donné à sa suppression la portée d'une modification d'ordre matériel, je ne puis pas m'y rallier.

J'ai constaté avec satisfaction que votre commission a adhéré à la solution du Conseil national.

Je ne veux pas revenir sur tout ce qui a été dit par M. Burklin concernant la différence qui n'existe pas, selon lui, entre la solution sans monopole et la solution avec monopole.

N'a-t-on pas compris que la solution avec monopole comporte, en faveur de la Confédération, le droit d'acheter et de revendre chaque année 40,000 wagons de blé étranger, c'est-à-dire d'opérer un mouvement financier approchant d'un quart de milliard! C'est précisément parce que j'estime qu'il ne faut pas confier à l'Etat les activités commerciales qui doivent rester l'apanage de l'initiative privée, qu'il est absolument inutile d'accorder à l'Etat le droit de faire le commerce des blés. Il n'y a pas un Etat en Europe, sauf la Russie des Soviets, qui conserve ce monopole. Je comprends que M. Burklin soutienne cette thèse. C'est tout à fait naturel. Je ne comprendrais pas qu'il eût une autre manière de voir; je tiens à marquer ce point. Tous les pays qui ont eu pendant la guerre le monopole du blé l'ont abandonné depuis que les circonstances extraordinaires de guerre ont disparu. Le blé a été rendu au régime normal du commerce privé.

Pourquoi ne voulons-nous pas du monopole? Nous ne pouvons pas opposer les dérogations qui constituent des avantages spéciaux en faveur de la culture indigène, qui sont une nécessité qu'on retrouve également dans les autres Etats, et nous ne pouvons pas accepter qu'on nous dise: Parce que vous faites une dérogation au principe de la liberté absolue du commerce, vous résolvez le problème à peu près de la même façon que par la formule du monopole. C'est complètement inexact. Nous conservons la protection à la culture, nous conservons la prime à la mouture, nous conservons les avantages accordés aux populations des montagnes. Tout cela n'a rien à faire avec le monopole, absolument rien; ce sont des questions complètement distinctes.

La question qui se pose est celle de savoir si le commerce des céréales doit être monopolisé oui ou

non, c'est-à-dire s'il doit à l'avenir constituer définitivement une activité de l'Etat. Toute la question est là.

Je comprends fort bien que M. Burklin et son parti nourrissent les idées dont ils nous ont fait part. Si je faisais partie de leur groupe, je les partagerais. La seule méthode de réalisation des idées collectivistes, c'est l'étatisation. En Suisse, le collectivisme ne réussira jamais. Par conséquent je comprends qu'on s'obstine dans la direction de la seule porte qui reste ouverte. Notre devoir, à nous qui avons des conceptions politiques-différentes, est précisément de nous obstiner à ne pas emboîter le pas derrière vous. Sur ce point, par conséquent, il est inutile de discuter plus longtemps. Deux principes politiques complètement différents s'affrontent. Il s'agit de savoir lequel l'emportera. Nous avons déjà développé les arguments en faveur de la thèse du Conseil fédéral, il me paraît absolument inutile d'y revenir. La question sera posée au peuple. Dans la préparation de cette journée populaire qui tranchera cette question très importante, nous aurons l'occasion d'exposer au peuple notre manière de voir.

Examinons maintenant la question des bénéfiques. M. Burklin, et d'autres avant lui, ont narré les grands avantages du système du monopole. Il pense que les bénéfiques réalisés dans le commerce des céréales permettront de couvrir les primes à la culture. La constitution des réserves coûte à la Confédération, suivant l'importance de la moisson, une somme oscillant entre 12 et 14 millions. Il faudrait que le commerce des céréales réalisât un bénéfice de 12 à 14 millions pour pouvoir dire, avec l'honorable M. Burklin, que l'exploitation commerciale du monopole apporte un bénéfice suffisant pour couvrir les subventions à la culture.

J'ai examiné cette question et je suis bien renseigné. J'ai demandé les chiffres qui ont été puisés dans les mercuriales d'avant-guerre pour le commerce de gros, de mi-gros et de détail. Je suis en mesure, sans que personne puisse contester l'exactitude de ces chiffres, de dire que les bénéfiques réalisés avant la guerre dans le commerce des céréales oscillent; ils s'élevaient à 25 centimes ou 40 centimes par 100 kilos. Avec 50 centimes, nous sommes beaucoup au-dessus de la moyenne réalisée.

Cela représente 14 millions. Comment voulez-vous couvrir 14 millions avec 2 millions? Si quelqu'un pouvait me donner cette formule, je lui en serais très reconnaissant, car cela me permettrait de couvrir beaucoup plus facilement les dépenses de la Confédération.

L'office des céréales a l'obligation de ne pas faire de déficit. Pour cela, il est obligé d'incorporer au prix des céréales les sommes qu'il verse à l'agriculture indigène. En 1924, à un moment où il fallait augmenter le prix du pain, si on voulait éviter des déficits, j'ai accepté de décharger l'office des céréales du prix de la prime à la mouture et de faire figurer 4 millions dans le budget de la Confédération.

Il faut discuter objectivement. Les chiffres sont les chiffres. Lorsqu'on veut les solliciter, la discussion n'est plus possible.

Je suis certain que la solution que nous vous présentons, en déchargeant le consommateur, grâce à la recette nouvelle que nous prenons à l'industrie, profitera au consommateur de pain et que l'agriculture

suisse et tout particulièrement les cultivateurs de blé trouveront dans cette solution un avantage considérable.

On veut actuellement développer la culture du blé. Je souhaite que l'on revienne si possible à la situation d'autrefois, alors qu'une très large proportion de nos besoins en blé était couverte par la culture indigène. Au XVIII^e siècle encore, la totalité, à part quelques importations d'Alsace, était couverte par la culture indigène. Dans certaines régions de nos montagnes, on voit parfois au bord d'un ruisseau une meule de moulin, témoignage qu'il y avait là autrefois un moulin et que du blé était cultivé. Il est possible que nous puissions de nouveau développer la culture des céréales indigènes. Des noms de lieux comme Montorge ou Orgeveaux montrent que l'on cultivait là, autrefois, des céréales. On rencontre d'ailleurs encore cette culture dans l'Engadine, jusqu'à 1500 mètres, alors que chez nous elle a disparu à 900 et même à 850 mètres.

Si la culture est développée, ce ne seront plus 14 millions qu'il faudra faire supporter au consommateur, mais une vingtaine de millions. Il y a intérêt à ne pas laisser subsister l'antagonisme qui pourrait s'établir entre les consommateurs et les producteurs de blé si l'on devait charger les premiers d'une vingtaine de millions pour couvrir la subvention faite à la culture indigène. Le paysan montagnard, comme le citadin pourrait se dire chaque fois qu'il verrait les champs de blé dans la pleine: Ces champs-là, c'est moi qui les subventionne. Et l'on saurait que le consommateur de pain aurait intérêt à voir diminuer la culture indigène du blé, puisque cela signifierait une diminution de la subvention.

M. Graber nous a indiqué un moyen: Le jour où la culture se serait développée, il faudrait réduire la subvention à la culture indigène.

Cela ne concorderait pas précisément avec ce que les Chambres viennent de décider en augmentant le prix des céréales indigènes pour l'année 1928, comparativement au prix payé en 1927. Et, de son côté, M. Vonmoos, de l'Engadine, nous a dit: La prime de mouture que l'on donne aux paysans de la montagne n'est pas suffisante; il faut l'augmenter.

Il ne faut pas oublier qu'il importe de ne pas rendre plus aigu le conflit entre consommateurs et producteurs.

C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous a proposé cette combinaison financière.

On nous a suggéré, au Conseil national, de supprimer cette proposition. Je le comprends, car c'est la pierre d'angle de la construction. Si vous êtes assez fort pour me l'enlever, tout l'édifice sera démoli. Mais le Conseil national a décidé, à une très forte majorité, de maintenir cela et M. Burklin, je crois, n'insiste pas en faveur de cette proposition.

Il y a des faits précis qui montrent que le transfert sur le consommateur des droits de statistique est une impossibilité pratique.

Prenons par exemple le cuivre. Le droit de statistique pour un wagon de cuivre est actuellement de deux francs. Avec l'augmentation que nous proposons il devra payer dix francs. Il s'agit de savoir combien de montres l'on fera avec ce wagon de cuivre. Or, en fait, la quantité de métal qu'il représente suffit pour la fabrication de 200,000 montres. Comment voulez-vous dans ces conditions qu'il y ait une répercussion de cette augmentation de huit francs?

C'est pourquoi les industriels réunis à Zurich nous ont dit: Vous nous demandez d'adhérer à une combinaison financière qui signifie que nous devons payer tout cela, car il est impossible que nous reportions ces sommes sur les consommateurs. On nous a indiqué une série d'articles, presque tous ceux qui entrent en ligne de compte, où la répercussion n'est pas possible. C'est le cas, dans le domaine des denrées alimentaires, du riz, du café, du tabac. Un wagon de tabac vaut jusqu'à 100,000 fr. Qu'il y ait 2 fr. ou 20 fr. de droit de statistique, cela ne change rien. Par conséquent, on peut dire que c'est l'industrie et le commerce qui supporteront l'augmentation des droits de statistique.

J'insiste là-dessus, parce que l'on prétendra que c'est le consommateur qui devra finalement supporter cela et que cette combinaison, qui tend à protéger le consommateur de pain, sera inefficace. Or, il n'en est rien et l'industrie le sait parfaitement.

Je crois donc que cette modification était heureuse et qu'il n'y a pas lieu de supprimer ce dernier article qui fait partie de la construction à laquelle nous vous prions de donner votre adhésion.

Il y a deux ou trois modifications d'ordre rédactionnel sur lesquelles je n'insiste pas. Le texte a été revu un peu rapidement par la commission, qui a siégé jusque vers 1½ heures. Je crois qu'au lieu d'améliorer le texte du Conseil fédéral, on en a plutôt diminué la valeur. La commission qui se réunira cet après-midi pourra nous rapporter un texte meilleur.

Voilà ce que je voulais vous dire en vous priant d'écarter la proposition présentée par M. Bürklin.

Böhi: Ich möchte noch auf einen Druckfehler aufmerksam machen, der sich in der deutschen Vorlage findet. Wenn Sie Art. 23bis, Abs. 2, ansehen, so besteht gar keine Differenz zwischen dem Beschluß des Nationalrates und dem Antrag des Bundesrates. Sie lauten wörtlich gleich. Das kommt daher, weil der Beschluß des Nationalrates als Antrag des Bundesrates aufgenommen wurde. Der ursprüngliche Antrag des Bundesrates ist verschwunden. Das trägt nicht zur Vereinfachung des Studiums bei. Der Entwurf des Bundesrates hätte so reproduziert werden sollen, wie er in der ursprünglichen Vorlage vom 2. April 1928 enthalten war. Er ist aber abgeändert und es ist der Beschluß des Nationalrates an seine Stelle gesetzt worden.

Keller-Zürich, Berichterstatter: Die Sache, die Herr Böhi hier vorgebracht hat, ist offenbar so zu erklären: Herr Bundesrat Musy hat namens des Bundesrates in Heiden eine neue Fassung vorgebracht, und diese ist nun von der Kanzlei als Antrag des Bundesrates aufgenommen worden. Deshalb haben wir in der neu ausgeteilten Vorlage nicht mehr den Antrag des Bundesrates, wie er in der Botschaft vorhanden war.

Gegenüber Herrn Bürklin möchte ich doch etwas sagen und darauf hinweisen, daß der Antrag des Herrn Bürklin von heute materiell nichts anderes ist, als was er schon im Juni beantragt hat. Herr Bürklin bestreitet das. Ich möchte den Entscheid Ihnen überlassen. Er hat im Juni folgenden Antrag gestellt: «Der Bund behält sich das Recht vor, den Brotpreis und den Mehlpreis derart festzusetzen, daß die Geldopfer, die durch die Erhöhung der statistischen Zollgebühren bewilligt werden, den Verbrauchern zugute

kommen.» Heute beantragt er: «daß die durch die Erhöhung der statistischen Gebühr bedingte Leistung den Konsumenten zugute kommt.» Das ist genau das gleiche, nur mit dem Unterschied, daß im Juni direkt gesagt wurde, der Bund behält sich das Recht vor, diese Preise festzustellen, während der neue Antrag das auf dem Wege der Aufsicht tun will. Ich glaube, wir haben über diese Frage bereits einmal abgestimmt. Damals ist der Antrag des Herrn Bürklin mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt worden.

M. Musy, conseiller fédéral: Au point de vue formel, la question a été soulevée de savoir, si, à l'art. 31 de la Constitution, il fallait insérer dans la liste des exceptions au principe de la liberté du commerce et de l'industrie l'exception découlant des dispositions nouvelles de l'art. 23 relatif aux céréales. J'ai fait valoir qu'au point de vue de la pratique suivie, depuis un certain temps, cela n'était pas nécessaire. En effet, on n'a plus inséré à l'art. 31 les exceptions apportées à la liberté du commerce et de l'industrie. Je cite, par exemple, l'interdiction de la fabrication de l'absinthe. Celle-ci a fait l'objet d'un article spécial mais elle n'a pas donné lieu à une mention nouvelle à l'art. 31, dans la nomenclature des exceptions. Il n'est donc pas nécessaire que nous le disions. On a cité à la commission le fameux art. 39 où une dérogation principielle a incontestablement été faite à la liberté du commerce et de l'industrie. Or, cet article a été incorporé dans la Constitution, sans allonger la liste des exceptions au principe de la liberté du commerce et de l'industrie, ceci soit dit en passant.

M. Bürklin a dit que cette disposition constituait une dérogation. Cela est incontestable. Mais ce n'est nullement parce qu'on n'est pas partisan du monopole qu'on est partisan de la liberté du commerce et de l'industrie, telle qu'elle est comprise dans la doctrine de Manchester. Personnellement, je suis un adversaire de l'étatisme, mais je suis aussi un adversaire de la politique de Manchester. J'estime qu'il ne faut pas assigner à l'Etat des activités économiques qui doivent rester l'apanage de l'initiative privée. Je considère que cette liberté doit être exercée dans le respect des droits d'autrui, sous la protection de l'Etat. C'est dans cette direction que plus tard, nous finirons peut-être par nous trouver avec ceux qui sont aujourd'hui des adversaires de la politique de Manchester. Ce n'est nullement dans la direction de l'étatisation et des monopoles.

Abstimmung. — Vote.

Art. 23bis, Abs. 2:

Für den Antrag der Kommission Einstimmigkeit

Abs. 3.

Für den Antrag der Kommissions-	34 Stimmen
mehrheit	
Für den Antrag Bürklin	2 Stimmen

An die Redaktionskommission.
(A la commission de rédaction.)

Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1928
Date	
Data	
Seite	281-288
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 476

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 27. September 1928.
Séance du matin du 27 septembre 1928.

Vorsitz: — Présidence: M. Savoy.

**2285. Maß und Gewicht. Aenderung des Art. 25
 des Bundesgesetzes.**

Poids et mesures. Révision de l'art. 25 de la loi.

(Siehe Seite 227 hiervoor — Voir page 227 ci-devant.)
 Beschluss des Nationalrates vom 25. Juni 1928.
 Décision du Conseil national du 25 juin 1928.

M. Charmillot, rapporteur: Notre collègue M. Dietschi, président de la commission, ayant dû s'absenter aujourd'hui, m'a prié de bien vouloir faire savoir au Conseil que la commission n'a aucune observation à formuler au texte définitif du projet, tel qu'il vous est soumis. Elle vous recommande donc l'adoption, en vote final, de ce texte de loi fédérale modifiant l'art. 25 de celle du 24 juin 1909 sur les poids et mesures.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Gesetzes-
 entwurfes Einstimmigkeit

An den Nationalrat.
 (Au Conseil national.)

2307. Getreideversorgung. Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

Fortsetzung. — Suite.

(Siehe Seite 281 hiervoor. — Voir page 281 ci-devant.)
 Beschluß des Nationalrates vom 20. September 1928.
 Décision du Conseil national du 20 septembre 1928.
 Vorlage der Redaktionskommission vom 26. September 1928.
 Projet de la commission de rédaction du 26 septembre 1928.

Keller-Zürich, Berichterstatter: Ihre Redaktionskommission hat gestern nachmittag den Verfassungstext, dessen Differenzen wir gestern morgen erledigt haben, behandelt. Das Ergebnis ihrer Beratungen ist Ihnen ausgeteilt worden als Vorlage der Redaktionskommission. Die Redaktionskommission hat im Text einige Verdeutlichungen vorgenommen, hat auch einige Umstellungen angebracht und ist auf die

Anregung des Herrn Andermatt, eine Umstellung der Art. 1 und 2 vorzunehmen, nicht eingetreten. Die Gründe, die sie dazu geführt haben, waren die folgenden: Maßgebend ist, daß der Stimmzettel, der seinerzeit den Referendumsbürgern unterbreitet wird, deutlich ist. Er hat nun die gleiche Fassung, ob wir bei dem Entwurf der Redaktionskommission bleiben oder ob wir nach dem Antrag Andermatt verfahren. Herr Andermatt selbst hat unter diesen Umständen gefunden, er könne seine Anregung fallen lassen. Wir beantragen Ihnen, nunmehr der Vorlage in der Fassung, wie sie heute früh von der Redaktionskommission ausgeteilt worden ist, zuzustimmen.

Schlussabstimmung. — Vote final.

Für Annahme des Beschlußentwurfes 26 Stimmen
 Dagegen 2 Stimmen

An den Nationalrat.
 (Au Conseil national.)

**2039. Alkoholwesen. Abänderung der Art. 31
 und 32 bis der Bundesverfassung.**

*Régime des alcools. Révision des art. 31 et 32 bis de la
 Constitution.*

Fortsetzung. — Suite.

Siehe Seite 260 hiervoor. — Voir page 269 ci-devant.

Abs. 3.

Antrag der Kommission.

Die gewerbsmäßige Herstellung gebrannter Wasser wird durch Konzessionen genossenschaftlichen und andern privatwirtschaftlichen Unternehmungen übertragen. Die erteilten Konzessionen sollen die Verwertung der in der Brennerei verwendbaren Abfälle des Obst-, Wein- und Zuckerrübenbaues und der nicht anders verwertbaren Ueberschüsse des Obst- und Kartoffelbaues ermöglichen.

Al. 3.

Proposition de la commission.

La production industrielle des boissons distillées est concédée à des sociétés coopératives et à d'autres entreprises privées. Les concessions accordées doivent permettre l'utilisation des déchets et résidus distillables provenant de l'arboriculture, de la viticulture et de la culture des betteraves à sucre et celle des excédents de la récolte des fruits et des pommes de terre ne pouvant être utilisés ailleurs que dans la distillerie.

Bäumann, Berichterstatter: Dieser Absatz ordnet die gewerbsmäßige Herstellung gebrannter Wasser im Gegensatz zur nicht gewerbsmäßigen Herstellung,

Getreideversorgung Volksbegehren.

Approvisionnement du pays en blé. Initiative populaire.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1928
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	2307
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.09.1928
Date	
Data	
Seite	289-289
Page	
Pagina	
Ref. No	20 030 478

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.